Rudolf II und seine Zeit.

1600—1612.

Von

Anton Gindely.

Band I.

Zweiter durchgesehener Abdruck.

Prag.

Carl Bellmann's Verlag.

1863.

Druck und Papier von Carl Bellmann in Prag. 1863.

Vorrede
zur ersten Auflage.

Hiermit übergebe ich der Oeffentlichkeit ein Werk, welches auf Grundlage fast durchwegs unbekannter Quellen erster Bedeutung verfaßt worden ist. Die letzten zwölf Jahre der Regierung Rudolfs II und seiner Zeit, die ich zum Gegenstande meiner Erzählung machte, sind durch die ständischen Bewegungen in Oesterreich und durch die Vorbereitungen Heinrichs IV, das Verderben der Habsburger herbeizuführen, ausgefüllt. Mehr oder weniger ist der Gang der Ereignisse bereits bekannt und wenn es mir bei dem Studium einiger noch nie für diese Zeit durchforschter Archive möglich war, eine ununterbrochene Kette neuer Thatsachen dem Leser zu bieten, so will ich darauf weiter kein besonderes Gewicht legen. Worauf ich allein ein Gewicht lege, ist, daß es mir vielleicht gelang von der Lage der österreichischen Länder, von ihrem Verhältniß zu Deutschland und zu den wichtigsten Reichen Europa's ein Bild zu liefern, das keineswegs willkürliche Kombinationen, sondern die Kenntniß von den politischen Bestrebungen der handelnden Fürsten und ständischen Korporationen zur Grundlage hat. — Mit der Geschichte „Rudolfs II und seiner Zeit" ist zugleich auch die Vorgeschichte des dreißigjährigen Krieges geliefert. Ich will nicht zum Beweise in einzelnes eingehen, sondern nur auf eine Begebenheit: die

Gründung der Union und auf eine Person: den Fürsten von Anhalt hinweisen. Man kennt die Bedeutung und den Einfluß beider auf den Beginn des dreißigjährigen Krieges; um sie aber nach ihren Tendenzen richtig zu würdigen, muß man sie im Zenith ihrer Wirksamkeit beobachten, der weniger in die Zeit von 1618—1620 als in die Jahre 1608—1611 hineinfällt. Die Union trat in's Leben einzig und allein im Hinblick auf die Zersetzung der Rudolfinischen Monarchie und hatte damals durch ihr bloßes Dasein fast so viel bewirkt, als die Stände von Ungarn, Böhmen und Oesterreich durch ihr bewaffnetes Auftreten gegen Rudolf und Mathias. Sie war ganz und gar die Schöpfung eines Mannes, der zwar nicht an Charakter aber an staatsmännischem Talent alle seine Zeitgenossen überstrahlt. Nicht etwa Heinrich IV sondern Christian von Anhalt ist es, den wir meinen. Eine solche Betonung seiner Wirksamkeit neben und troß des so hochgestellten Heinrich IV mag wohl überraschen, allein wo wir immer die Geschichte der Ereignisse der ersten zwanzig Jahre des 17. Jahrhunderts beginnen wollen, ob wir in Böhmen, Ungarn, Deutschland oder Frankreich weilen, überall tritt uns dieser Mann entgegen als das eigentlich die Ereignisse bewegende Rad. Heinrich IV trug sich mit großen Plänen, ihm standen aber auch große Mittel zu Gebote, und nie würde er ohne Anhalt ihrer Verwirklichung so nahe gekommen sein. Anhalt war durch eine wunderbare Geschicklichkeit in der Benützung günstiger Verhältnisse im Laufe dreier Jahre (1608—1611) dreimal nahe daran, allein das zu bewirken, wozu Heinrich so langjähriger Vorbereitung und so großer Anhäufung von Mitteln bedurfte und was er doch erst kurz vor seinem plötzlichen Tode erreichte, nämlich die ernsteste Gefährdung der riesigen Herrschaft der Habsburger.

Die ältere Geschichte der Länder des heutigen Kaiserstaates

bis zum Jahre 1526 ist durch bedeutende Männer unter den Deutschen, Ungarn und Böhmen mit Rücksicht auf deren nationale Entwicklung erzählt worden. Die neuere Geschichte dagegen fand so wenig Bearbeiter, daß man sie beinahe an den Fingern einer Hand abzählen könnte, nicht weil ihre Bedeutung eine geringere wäre, sondern weil ihre Bearbeitung, wenigstens in gewisser Beziehung, größeren Schwierigkeiten unterliegt. Im ganzen genommen scheint es eine starre Masse zu sein, mit der man es zu thun hat, wenigstens seit mit dem dreißigjährigen Krieg das politische Leben im Innern auf lange Zeit erstorben ist. Alles bekommt aber durch die Gegenwart wieder neues Leben und neue Wärme und zeigt sich von einer immer interessanteren Seite; denn für die verwickelten Verhältnisse unserer Tage bietet die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte die einzige Erklärung und wenn auch nicht momentan, so doch für die Zukunft den Fingerzeig für eine friedliche Ausgleichung. Das Ziel, das ein Geschichtsschreiber dieser Zeit in Oesterreich stets anstreben muß, ist die rückhaltsloseste Wahrheit; sie mag schmerzen, aber sie muß doch wieder versöhnen. Ich hatte bei meiner Arbeit unverrückt dies Ziel vor Augen.

Die Geschichte „Rudolfs II und seiner Zeit" wird mit dem zweiten Band, welcher im Anfang des nächsten Jahres erscheinen wird, vollendet sein. Ich bemerke noch, daß alle Zeitbestimmungen, sowohl im Text wie in den Noten, nach dem neuen Stil berechnet sind, wofern nicht ausdrücklich das Gegentheil angedeutet ist.

Prag am 19. Juli 1862.

Rudolf II und seine Zeit.

Erstes Kapitel.

I. Die Heirat Philipps von Oesterreich mit der Prinzessin Johanna von Spanien. Die spanische Herrschaft in Italien. Karl V und seine Kämpfe mit Frankreich. Seine Stellung zu den Päpsten; Clemens VII. Paul III. Philipp II und Paul IV. Philipps II Anschläge auf die französische Krone, seine Einmischung in die Papstwahlen, die Streitigkeiten wegen der geistlichen Jurisdiction in Mailand. Charakteristik der Herrschaft Philipps, sein Tod, Folgen seiner Regierung. — II. Die deutschen Habsburger: Ferdinand I und Maximilian II. Rudolf II, seine Persönlichkeit, sein Charakter und seine Beschäftigung. Die vier Reichsbehörden. Das Gesandtschaftswesen. Die Hofämter. Kaiserliche Finanzen. — III. Die deutschen Habsburger außer Rudolf um 1600.

I

Unter den ehelichen Verbindungen, durch die während des Mittelalters Ländergebiete zu einem einzigen Reiche verbunden wurden, welche von der Natur nicht dazu bestimmt waren, nimmt vor allem die Heirat des Erzherzogs Philipp von Oesterreich mit der spanischen Infantin Johanna den ersten Platz als die bedeutsamste und folgenreichste ein. Der frühzeitige Tod einer Reihe legitimer Erben hatte zur Folge, daß der Sprößling der Ehe zwischen dem deutschen Prinzen und seiner spanischen Frau, Don Carlos, die Aussicht auf den Besitz von Spanien, Neapel, den Niederlanden und Oesterreich erlangte und sonach eine Monarchie begründen konnte, welche bis dahin ihres Gleichen nicht gehabt hatte. Denn alle älteren großen Monarchien waren zusammenhängende Gebiete, in denen stets ein Volk die Herrschaft ausübte; nun sollten aber so viele und verschiedene und so weit von einander entlegene Völker zu einem Reiche vereint werden, ohne daß eines von ihnen mit Recht die Herrschaft über alle übrigen ansprechen konnte, weil für ihre Vereinigung kein

anderer Grund vorlag, als zufällige Erbverhältnisse, welche einem Prinzen zu Gute kamen.

Den wichtigsten Theil der großen Monarchie, die einst Karl beherrschen sollte, bildete Spanien, welches eben durch die Anstrengung Ferdinands von Aragonien und seiner Gemahlin von dem letzten Rest der Maurenherrschaft befreit worden war und nun in jugendlichem Uebermuth die erprobte Kraft in auswärtigen Unternehmungen zu verwerthen begann. Italien, das damals im Innern zerrissener als je war und um dessen Theile mit rasch wechselndem Glücke einheimische Abenteurer und auswärtige Herrscher rangen, lockte auch die Aufmerksamkeit und Herrschgier Ferdinands an. Er stürzte sich mit überlegener Schlauheit in das Gewebe der Intriguen, welche wider dies Land gesponnen wurden und an dem sich mit einer bis dahin noch nicht gekannten Uebereinstimmung die bedeutendsten Fürsten Europas, voran Heinrich VII von England, Ludwig XII von Frankreich und Kaiser Maximilian I betheiligten. Vor allem waren es Ludwig, Maximilian und Ferdinand, denen es sich um die Erwerbung von italienischen Provinzen handelte, und da jeder von ihnen zu seinem Ziele nur gelangen konnte, wenn er die andern von der Mitbewerbung ausschließen und doch zeitweise als Freunde benützen konnte, so sahen sie sich genöthigt in der Abschließung mannigfacher Allianzen, welche jeden Augenblick wiederum den entgegengesetzten Platz machten, und im Bruche der feierlichsten Eide eine solche Kunstfertigkeit zu entwickeln, daß mit Recht der Ursprung der ränkevollsten Art von Diplomatie in diesen Kämpfen um Italien gesucht wird. Für die Päpste war es, abgesehen von der Persönlichkeit eines Mannes wie Alexander VI, eine unendlich schwere Sache mitten unter diesen Fürsten eine ehrenhafte Selbstständigkeit zu behaupten. Von dem doppelten Wunsche geleitet den Kirchenstaat möglichst zu vergrößern und keine Fremdherrschaft in Italien aufkommen zu lassen, verbanden sie sich heute mit Ferdinand um Ludwig zu bekämpfen und morgen schon wandten sie alle Macht gegen ihren Freund von gestern wie gegen einen verruchten Gegner an. Bei diesem Spiel der Herrschsüchtigen, die noch heftiger die Größe eines Rivalen fürchten, als sie die eigene Vergrößerung wünschen, geschieht es doch, daß Zufall oder List einem unter ihnen allein zum Siegespreis verhilft. So geschah es, daß Ferdinand zuletzt gegen alle seine Freunde und Gegner Neapel gewann und so den Preis eines langjährigen diplomatischen und zuletzt auch militärischen Feldzugs davon trug.

Einige Zeit dachte Ferdinand der Katholische daran, die gewonnenen italienischen Besitzungen, mit denen er bald auch Mailand vereinen zu können hoffte, nicht seinem ältesten Enkel Karl, sondern dem Bruder

desselben, dem Infanten Ferdinand, zu hinterlassen*). Zum Unglück seines Hauses that er es nicht, sondern kettete das Loos desselben an den „verfluchten" italienischen Boden, wie er in unserer Zeit von spanischen Historikern, die das Unglück ihres Vaterlandes aus den ewigen Kriegen um Italien herleiten, genannt wird. Karl V übernahm die Herrschaft von Spanien, den Niederlanden und Neapel; ein Reich, dem er durch den Besitz der deutschen Krone eine noch weit höhere Bedeutung beilegte. An seinen Bruder Ferdinand trat er die deutschen Besitzungen ab und verhalf ihm dadurch zur Krone von Ungarn und Böhmen, deren Einwohner unter dem betäubenden Eindruck der Schlacht von Mohacz den Erzherzog um seines mächtigen Bruders willen zum Könige wählten. So hatte sich das Haus Habsburg in zwei Aeste abgetheilt, aber selbst dadurch bei dem anfänglichen Zusammenwirken der Brüder an Kraft nur gewonnen. Darf es uns Wunder nehmen, wenn Karl im Vollgefühl seiner Macht nicht genug an seinem Besitze hatte, sondern mit kritischer Genauigkeit strittige Ansprüche seiner Vorfahren wieder zu erheben gedachte und wenn er vor allem Burgunds nicht vergaß, das seiner Großmutter von den französischen Königen entrissen worden war? Zwischen Ferdinand dem Katholischen einerseits und Ludwig XII und Franz I andererseits hat es noch Momente gegeben, in denen sie an die Versöhnung ihrer streitenden Interessen zu glauben vorgaben, wenigstens versicherten sie zeitweise einander ihrer aufrichtigen und innigen Freundschaft; seit Karl V aber machte dies wechselvolle Verhältniß einer dauernden Feindseligkeit Platz. Die französischen Könige vielleicht die ländersüchtigsten, welche es je in Europa gegeben, sahen mit dem tiefsten Unwillen der Bildung der spanischen Monarchie zu und dieser Unwille verwandelte sich in einen unauslöschlichen Haß, seit Karl durch seine Ansprüche auf Burgund die französischen Interessen auf das ernstlichste gefährdete und die Könige von Frankreich sogar genöthigt wurden, von ihren Eroberungsplänen abzulassen und sich selbst zu vertheidigen. Karl gelangte zwar nicht zu seinem Zweck, er eroberte nicht Burgund, aber er gewann während seiner langen Kriege mit Franz I Mailand und verband es unauflöslich mit seinem Reiche. So zeigte die Erfahrung, daß seine Macht groß genug sei, um keinen Gegner fürchten zu müssen und daß trotz aller ihrer Wachsamkeit sich ihm bald da bald dort Gelegenheit zu neuem Gewinne biete, was zuletzt selbst zur Niederwerfung der stärksten Gegner führen müsse. Es ist begreiflich, daß das Mißtrauen, ja selbst der Haß gegen einen so mächtigen Herr-

*) Archiv von Simancas. Korrespondenz mit Deutschland. Erster Faszikel.

scher bald auch außer Frankreich reichliche Nahrung und fruchtbaren Boden fand.

Als die zwei wichtigsten Aufgaben, die sich Karl V in seinem Leben gestellt hatte, kann man die Aufrechthaltung der spanischen Macht in Italien und die Niederwerfung seines französischen Gegners ansehen; alles übrige wünschte er im Statusquo zu erhalten. Um Franz I allein zum Gegner zu haben, that er in Deutschland nichts zur Vermehrung der kaiserlichen Rechte und deshalb suchte er auch mit England um jeden Preis allen Streit zu vermeiden; nach seiner Meinung konnte ein König von Spanien im Kriege mit England nichts gewinnen, sondern nur verlieren*). Seinem Glückstern gelang es, sich lange alle Fürsten vom Halse zu halten, denen er kein unmittelbarer Gegner war. Nur einen dieser Fürsten, dem er noch schonender begegnete als Heinrich VIII von England, dessen Zufriedenstellung seine unablässige Sorge war, den er weder mit einem gegenwärtigen noch künftigen Angriffe bedrohte, konnte er doch nicht zum Stillschweigen bringen und dies waren die Päpste, die nach Adrian VI im Vatican residirten.

Seit Ferdinand der Katholische Neapel erworben hatte, waren die Päpste aus ihrer Ruhe aufgescheucht worden und sie betrachteten das Gleichgewicht in Italien, welches an die unabhängige Existenz von Venedig, Mailand, Savoyen, Florenz und Neapel geknüpft war, als auf das nachdrücklichste gestört. Einen Augenblick zwar konnte man meinen, daß die geistige Bewegung in Deutschland ihre Aufmerksamkeit von Italien abziehen würde, dann schien auch der Einfluß, welchen Karl V auf Adrians VI Wahl geübt hatte, gleichsam den Beweis zu liefern, daß das Kardinalskollegium seine Unabhängigkeit eingebüßt habe und der Papst nunmehr ein „spanischer Kaplan" sei. Aber diese momentane Allgewalt Karls in Rom war nicht von langer Dauer. Nach Adrians Tode ward der Kardinal Medici zum Papste unter dem Namen Clemens' VII gewählt und mit ihm begann eine lange Reihe von Päpsten, welche mit nur kurzen Unterbrechungen einen dauernden Kampf mit Spanien begannen, aus dem zuletzt die kämpfenden Theile, wie das zu geschehen pflegt, bis zum Tode verletzt hervorgingen. Wohl hätte man denken sollen, daß, wenngleich dem Papst die Interessen von Italien heilig waren und er also eine Fremdherrschaft daselbst nicht sehen mochte, ihm doch als Oberhaupt

*) Archiv von Simancas. Diese Aeußerung citirte Olivarez, als es sich im spanischen Staatsrath darum handelte, ob man den vertriebenen Kurfürsten von der Pfalz wieder einsetzen sollte, um England zu befriedigen. Um wie vieles hätte Philipp II klüger gehandelt, wenn er sich dieselbe vorgehalten hätte.

der Kirche die Interessen der letztern in Deutschland noch tausendmal heiliger sein müßten und daß ihm keine andere Wahl übrig blieb, als sich Karl V, der allein im Stande war das Ansehen des päpstlichen Stuhles in Deutschland herzustellen, unbedingt und rückhaltslos anzuschließen. Aber theils übten seit der Erweiterung des Kirchenstaates durch Julius II die weltlichen Interessen mehr als je einen bedeutenden Einfluß auf die kirchliche Politik der Päpste aus, theils schlug ihr Herz warm für ihre Landsleute und theilte den allgemeinen Haß derselben gegen die fremden Eindringlinge. Clemens VII legte seine Interessen als italienischer Fürst in die eine Wagschale und seine Rücksicht für die deutsche Kirche in die andere; die letztere wog in seiner Seele weniger. Was man auch den Päpsten des Mittelalters nachsagen mag, Gutes oder Böses, Eines kann ihnen nicht Schuld gegeben werden, daß sie je die Bekämpfung von Sekten anderen Rücksichten untergeordnet hätten; ihre Stellung übte auf ihre Anschauung einen bewältigenden Einfluß aus. Erst Clemens VII verband sich mit Franz I, um die Spanier aus Italien zu vertreiben und sah mit Befriedigung die Opposition der protestantischen Fürsten in Deutschland erstarken, weil sie Karls Macht schwächte.

Karls Glück und Macht siegte über die Coalition seiner Gegner; er bereicherte sich sogar, wie erwähnt wurde, mit Mailand, und der Tod befreite ihn bald auch von Clemens VII. Der Nachfolger desselben Paul III, war im Innern seiner Seele den Spaniern ebenso abhold wie sein Vorgänger, aber das mißlungene Auftreten des letztern und die immer größere Erstarkung des Protestantismus in Deutschland hielten ihn von einem feindlichen Vorgehen zurück. Einige Zeit lang suchte er sogar bei Karl auf friedlichem Wege zu erreichen, daß er selbst seine Macht in Italien mäßige. Es wurde darüber unterhandelt, daß der Kaiser sich mit Neapel begnüge und Mailand an einen Verwandten abtrete; ein Mittel, wenigstens in etwas das Geichgewicht in Italien herzustellen. Diese Verhandlungen führten jedoch zu nichts, weil Karl, wie es scheint, zu große Gegenforderungen machte. Als nun kurz darauf der schmalkaldische Krieg ausbrach, geberdete sich Paul III wie ein Freund Karls, aber kaum nahm derselbe für letztern einen günstigen Verlauf, so machte auch die Freundschaft des Papstes einer entschiedenden Feindseligkeit Platz. Er mahnte den König von Frankreich, „in Deutschland die zu unterstützen, die noch nicht geschlagen seien", und hoffte auf eine schießliche Niederlage des Kaisers, weil, wie der französiche Gesandte berichtet, „er diese Niederlage wünschte"*). Die Ereignisse machten

*) Dumortier an den König von Frankr. Ribier I 637. S. d. Ranke: Päpste I, 254 u. f.

die Berechnung zu Schanden, Karl V ging bei Mühlberg als Sieger hervor; aber war nun zu erwarten, daß er den günstigsten Moment zur Unterdrückung der Protestanten benützen würde, nachdem er sich überzeugt hatte, daß Paul III dieselbe Politik verfolge wie Clemens VII? „Die Absicht des Papstes ist von Anfang an gewesen, uns in diese Unternehmung (den schmalkaldischen Krieg) zu verwickeln und dann zu verlassen," so schrieb Karl an seinen Gesandten in Rom. Es ist doch merkwürdig, daß der Besitz von einem Stück italienischen Bodens auf das Sein und Nichtsein des Protestantismus einen entscheidenden Einfluß ausüben sollte. Ist es nicht, als hätte die Vorsehung den Verstand der großen Gegner verwirrt?

Karl V trat vom Schauplatz der Ereignisse ab und überließ seinem Sohne die Behauptung einer Macht, gegen welche sich jetzt weit mehr Gegner als zur Zeit ihrer Begründung erhoben, denn die fruchtlosen Versuche Franz des I und der Päpste die Kette zu zerreißen, die sie umschlang, hatten alle Welt aufgereizt. In Rom war indessen nach zwei unbedeutenden Pontifikaten der Kardinal Caraffa als Paul IV auf den päpstlichen Stuhl gestiegen. Die Kardinäle hatten ihn gewählt, weil sie ihn für den fähigsten zur Durchführung der allgemein gewünschten kirchlichen Reform hielten, denn er war ein Mann voll glühender Energie und diese schien nothwendig. Dennoch sollte die Erwartung, die man sich von seiner Thätigkeit machte, vorerst getäuscht werden. Trotz seiner 79 Jahre, die er zur Zeit seiner Wahl zählte, fühlte er wie ein Jüngling, vergaß sein in den stärksten Ausdrücken gegebenes Versprechen, sich mit der Reform zu befassen, und dachte an nichts anderes, als an die Leiden seines Vaterlandes und an die Uebel der Fremdherrschaft. Die Verbindung der deutschen Protestanten mit Heinrich II schien ihm eine Bürgschaft, daß die Niederlage, welche Karl V von Moriz von Sachsen erlitten hatte, auch Philipp II treffen und seiner Herrschaft in Italien vollends ein Ende machen könnte. Aufgeregt von diesen Erwartungen und Hoffnungen pflegte er stundenlang von nichts anderem zu sprechen als von der Nothwendigkeit die Spanier aus Italien zu vertreiben; er nannte sie Ketzer, Schismatiker, Vermaledeite Gottes, Samen von Juden und Maranen, Hefe der Welt und beweinte dabei das Unglück Italiens, welches ihnen in die Hände gefallen sei. Er erklärte Italien von ihnen befreien zu wollen und würde er auch in diesem heiligen Unternehmen allein gelassen werden, so werde man in der Zukunft doch sagen können, daß es wenigstens einen alten Italiener gegeben habe, der, obwohl nahe dem Tode, statt sich Ruhe zu gönnen, so erhabene Pläne gefaßt habe. Bei solchen Gesinnungen darf es nicht Wunder nehmen, daß

er sich mit Heinrich II verband, und daß ihre vereinten Heere in Italien auf die Eroberung von Neapel und Mailand ausgingen. Aber das Geschick schien jedes Unternehmen, an dem sich die päpstlichen Waffen betheiligten, verderben zu wollen. Trotz zahlreicher Heere und guter Verbindungen wurden die Franzosen und die päpstlichen Truppen überall in Italien geschlagen und Rom fiel zuletzt dem Herzog von Alba in die Hände. In Frankreich siegte Philipp II entscheidend bei St. Quentin und Paul IV mußte mit seinem Bundesgenossen froh sein, daß ihnen der Sieger Frieden gewährte (1559), statt daß sie, wie sie geträumt hatten, Italien unter sich getheilt hätten.

Diese totale Niederlage verfehlte nicht auf Paul IV einen tiefen Eindruck zu machen. Wie ein Gottesurtheil nahm er die Ereignisse auf und vergaß von nun an völlig auf die Spanier, um sich nur einem einzigen Gegenstande, der kirchlichen Reform, zu widmen. Die spanische Herrschaft in Italien blieb zwar nach wie vor verhaßt und auch Pauls IV Nachfolger sahen sie keineswegs mit günstigen Augen an, aber auf alle drückte die Resignation, welcher sich ein so kühner Mann, wie Paul IV, zuletzt hingegeben hatte. Dennoch würden vielleicht selbst heilige Männer, wie Pius V und Gregor XIII, mehr als einmal die Anwandlung gefühlt haben, in die Fußstapfen ihrer kriegerischen Vorgänger zu treten, wenn nicht Frankreich indessen durch innere Kriege eine Beute der Anarchie geworden wäre, was dessen Beherrscher hinderte ihren Blick nach außen zu kehren und wenn nicht Philipp II wegen der Beschäftigung, die er nachgerade an den rebellischen Niederländern fand, an Furchtbarkeit verloren und an Berücksichtigung als katholischer Herrscher gewonnen hätte. So wirkten mehrere Ursachen zusammen, in Italien Ruhe zu erhalten: die fromme, ja heilige Gemüthsart einiger Nachfolger Pauls IV, die innern Unruhen Frankreichs und der Aufstand in den Niederlanden.

Karls gewinnende Eigenschaften hatten ihm manche Freunde erworben und gewiß bot seine eigene Persönlichkeit nirgends Veranlassung den Widerwillen, welcher gegen die bedrohliche Größe der spanischen Herrschaft entstand, noch zu vergrößern. Anders war es der Fall mit dem Sohne. Das kalte und schroffe Wesen dieses Fürsten und ein nicht zu läugnender Zug von Härte des Gemüthes machten seine Herrschaft zu einem harten Joch; mit der vollen Entfaltung seines Wesens beginnt der Zeitpunkt, von dem an Spanien und alles, was daran erinnerte, in Europa allgemein verwünscht wurde. Wir fühlen uns genöthigt das, was wir über Philipps Gemüthsbeschaffenheit hier sagen, durch ein Beispiel zu beleuchten.

Philipp II hatte an Antonio Perez einen gewandten Diener

und Minister gefunden; er hatte denselben stets vorgezogen, bis er entdeckte, daß dieser von der Prinzessin Eboli, mit welcher er selbst ein vertrautes Verhältniß unterhielt, begünstigt werde. Viele Fürsten haben bei solchen Entdeckungen das Leben der untreuen Diener nicht geschont, und würde Perez durch den Dolch irgend eines Meuchelmörders geendigt haben, so wäre dies weiter nicht auffallend. Nicht so aber Philipp. Länger als zehn Jahre ängstigte er seinen Minister mit der Anklage wegen eines Mordes, den dieser doch im Geheimen auf des Königs eigenen Befehl (!) vollführt hatte, hielt ihn bald gefangen, bald gewährte er ihm Freiheit und Hoffnung auf Verzeihung, um ihn zuletzt sogar auf die Folter spannen zu lassen. Endlich schien er sich an der Angst seines Opfers hinreichend gesättigt zu haben und dasselbe durch den Tod weitern Qualen entziehen zu wollen, als es Perez gelang nach Frankreich zu entfliehen. Es gab viele Fürsten, die ihre Rache nur in dem Blute derjenigen kühlen konnten, von denen sie sich beleidigt wähnten, andere auch verurtheilten ihre Opfer zu lang dauernden Qualen; es ist uns aber kein Fall bekannt, daß irgend einer sein Opfer während so vieler Jahre bald durch Qualen, bald durch Versprechungen und thatsächliche Erfüllung derselben, zwischen Furcht und Hoffnung ein zehnfach grausameres Schicksal als den Tod hätte erleiden lassen. Wir haben dies Ereigniß nur angeführt, um die kalte Klugheit und Vorsorge anzudeuten, mit der Philipp stets darauf bedacht war, zu seinem Zwecke zu gelangen. Er wollte Rache im vollsten Maße nehmen, und das war nur der Fall, wenn er sich diesen Genuß durch eine lange Zeit verschaffen konnte*).

---

*) Die Geschichte mit Perez ist ein skandalöser Flecken auf dem Andenken Philipps, noch skandalöser als die heimtückische Ermordung Montigny's. Es ist derselbe Montigny, welchen die Holländer nach Spanien als Gesandten abgeschickt hatten, der daselbst von Philipp II festgenommen und heimlich hingerichtet wurde. Auf des Königs Anordnung mußte die Hinrichtung so vorgenommen werden, daß am Körper keine Spuren davon sichtlich waren. Es wurde dann verbreitet, Montigny sei gestorben und erst in unsern Tagen fand man den Beweis vom Gegentheil im Archiv von Simancas, wo sich der detaillirte Befehl zu Montigny's Hinrichtung vorfand. — Bei der ersten Auflage dieses Werkes hat der Kritiker der in Wien erscheinenden katholischen Literaturzeitung mich wegen meiner Beurtheilung Philipps II angegriffen, und mir den Vorwurf gemacht, wenig auf das Resultat der neuesten Forschungen Rücksicht genommen zu haben. Ohne die in Deutschland und Oesterreich angestellten Forschungen unterschätzen zu wollen, stehen sie doch entschieden dem nach, was von Gachard, Mignet und den Herausgebern der Documentos ineditos geliefert wurde und was bei Beurtheilung von Philipps Charakter vor allem in Betracht zu ziehen ist. Diese Quellen dienten mir zur Richtschnur. Außerdem

Kehren wir zur politischen Thätigkeit Philips II zurück und sehen wir, wie er, lange vorausrechnend, die Ereignisse nach seinem Willen zu lenken suchte.

Die Vorgänge unter seinem Vater und die eigenen Erfahrungen hatten ihn genugsam belehrt, wessen er sich zu versehen habe, wenn der König von Frankreich frei über seine Macht verfügen konnte und wenn in dem Papst weltliche Herrschsucht und schrankenlose Vaterlandsliebe über eine kirchliche Gesinnung die Oberhand erlangte. Seine Aufmerksamkeit kehrte sich also keinen Augenblick weder von Frankreich noch von Rom ab; er begrüßte mit Genugthuung die reformatorische Thätigkeit der Päpste, weil sie ihm eine Garantie gegen ihre kriegerischen Gelüste schien und unterstützte bei den Wahlen jene Kardinäle, von denen er sich eine Abkehr vom weltlichen Treiben versprechen konnte. Die Kunst, im Kardinalskollegium Einfluß zu gewinnen, um die Papstwahl nach seinem Belieben zu lenken, brachte er in ein förmliches System, dessen Theile einen interessanten Beitrag zur Geschichte menschlicher Selbsttäuschung liefern. Von Paul IV war unter den strengsten Kirchenstrafen jede Einflußnahme auf die Papstwahl und namentlich jede Verhandlung über dieselbe bei Lebzeiten des Papstes verboten worden; dennoch glaubte Philipp Kardinäle mit Pensionen betheilen und den so betheilten in den Konklaven die Wahl der von ihm bezeichneten Kandidaten zur Pflicht machen zu dürfen. Um billig zu sein, muß man auch sagen, daß er hierin vielleicht unter dem Einfluße der allgemeinen Ereignisse handelte, die darnach angethan waren, ihm eine hohe Meinung von sich beizubringen. Er durfte von sich behaupten, daß kein Fürst in Europa seine Länder mit solchem Eifer und Erfolge vom Protestantismus freizuhalten wisse wie er, und

---

habe ich mich selbst in Simancas mit der römischen Korrespondenz Philipps II von 1589 an beschäftigt und habe hierin für meine Beurtheilung ausreichende Gründe gefunden, mehr natürlich als ich in diesem Werke unterbringen kann. — Der erwähnte Kritiker rechtfertigt Philipp II auch bezüglich der Hinrichtung Montigny's und stellt sie in eine Linie mit der Ermordung Martinuzzi's und Wallensteins. Der Leser möge urtheilen, ob diese Zusammenstellung erlaubt sei. Montigny kam nach Spanien, wohl als Unterthan Philipps aber auch zugleich mit dem Charakter eines Gesandten bekleidet, Martinuzzi und Wallenstein dagegen verrieten schmählich ihre Herren. Ich habe nicht Philipp in ein schlechteres Licht zu setzen gesucht im Vergleich zu anderen seiner Zeitgenossen, sondern nur als jenen herrschsüchtigen Mann geschildert, der außer der eigenen Berechtigung keine fremde anerkennen mochte. — Ob man mit solcher Frivolität über die Geschichte von Perez hinausgehen kann, wie der erwähnte Kritiker gethan, mögen jene beurtheilen, welche Mignets Werk: Antonio Perez et Philippe II kennen.

die Vorgänge in den Niederlanden selbst zeugten mindestens für seinen unbeugsamen Willen. Er konnte ohne weiters sich den einzigen Fürsten von Bedeutung in Europa nennen, welcher der Kirche treu geblieben war, denn sowohl die deutschen Kaiser, wie die letzten Valois waren machtlose Herrscher. Diese Betrachtung, welcher er sich unausgesetzt hingab, und welche unter bewundernden Ausdrücken von seinen Untergebenen ihm unabläßig nahe gelegt wurde, erzeugte in ihm einen Hochmuth eigener Art. Er hielt sich alles Ernstes für eine Säule der Kirche und darnach berechtigt, in ihr Regiment einzugreifen. Es wurde offen vor ihm der Satz erörtert und mit den mannigfachsten Bibelstellen bewiesen, daß nur jener Papst der Kirche frommen könne, welcher dem spanischen Könige genehm sei; seine Rathgeber und Beichtväter hielten es für ausgemacht, daß die Interessen der spanischen Krone und die der Kirche identisch seien. Unter dem Eindruck dieser Vorstellungen hielt er es zuletzt für ein löbliches Werk, wenn er mit Außerachtlassung von Bullen und Censuren die Wahl der Päpste in seine Hand nehme. Was er that, trägt nicht den Stempel jener frivolen Bestechung, welche sich später Heinrich IV bei den Papstwahlen, unbekümmert um eine theologische Billigung und Mißbilligung seiner That, erlaubte; Philipp kalkulirte Jahre lang bedächtig über seine Einflußnahme und seine Pensionen und überzeugte sich zuletzt, daß er in beiden tadellos handle*).

Den päpstlichen Stuhl von sich abhängig zu erhalten, war indessen nur ein Theil seines politischen Systems; von seinem Vater hatte er noch den glühenden Wunsch ererbt, Frankreich zu demüthigen. Nach der Schlacht bei St. Quentin, welche gleich in den Beginn seiner Regierung fiel, verfolgte er nicht seine Siegeslaufbahn, denn er fand Heinrich II noch zu mächtig. Aber als die Parteien Frankreich unter den letzten Valois ohnmächtig machten, begann ihm eine neue Hoffnung zu leuchten. Die Grundsätze der legitimen Succession, für welche er in England gar sehr ins Feuer gegangen war, schienen ihm in Frankreich einer Verbesserung von seiner Hand bedürftig. Denn da mit dem Aussterben der Valois Frankreich daran war, einem protestantischen Fürsten, seinem Gegner Heinrich IV, in die Hand zu fallen, so zögerte er keinen Augenblick, sich den französischen Katholiken, die dies verhindern wollten, anzuschließen und die vielleicht nimmer wiederkehrende Gelegenheit zu ergreifen, das Land an seine Familie zu ketten und dessen feindlichem Antagonismus

---

*) Wir haben über Spaniens Einflußnahme auf die Papstwahlen nach den Papieren von Simancas einen Aufsatz in den Sitzungsberichten der kaiserlichen Akademie Jahrgang 1861 veröffentlicht.

ein Ende zu machen. Aber in nichts tritt so wie in den Ereignissen der Geschichte die regelnde Hand einer überirdischen Macht an den Tag, welche alle Vorsicht und Berechnung der Menschen zu Schanden macht. Ein Jahr vor dem Tode Heinrichs III hatte sich Philipp in die unglückliche Unternehmung gegen England eingelassen und damit seine Finanzen bis zur vollen Erschöpfung angegriffen. Was wäre wohl geschehen, wenn die Nachricht von Heinrichs III Ermordung den König von Spanien noch vor der Ausrüstung der unüberwindlichen Flotte erreicht hätte? Wie die Dinge in Frankreich standen, wäre Heinrich IV wahrscheinlich unterlegen, wenn sein Gegner nicht ebenfalls banquerot gewesen wäre, wie er.

Wie oft mag wohl Philipp bedauert haben, daß er seinen langsam vorbereiteten Rachezug gegen England nicht noch um einige Jahre verschoben hatte; was wäre aus dem englischen Reiche, was aus dem Anglikanismus geworden, wenn eine französische und spanische Flotte vereint an den Ufern der Themse gelandet wäre? Dennoch gab Philipp das Spiel auch mit seinen geschwächten Kräften nicht verloren. Nicht bloß verband er sich auf das engste mit der französischen Liga, um mit Beseitigung Heinrichs IV die eigene Tochter, die Infantin Isabella, als Nachkomme und Erbin der Valois auf den französischen Thron zu bringen, sondern er suchte auch durch die innigste Verbindung mit dem Papste dieses Unternehmen als im Interesse des Glaubens gelegen hinzustellen und durch geistliche Mittel und päpstliches Geld zu ersetzen, was ihm am eigenen Vermögen gebrach. Gerade saß Sixtus V auf dem päpstlichen Stuhl und obwohl dieser sparsame und kluge Kirchenfürst keine Vorliebe für Spanien besaß und die Traditionen seiner letzten Vorgänger nichts von Bündnissen mit diesem Lande wußten, so nahm er doch die Forderungen, welche Philipp jetzt an seine Billigung und, was noch mehr sagen will, an seinen Schatz stellte, gnädig auf. Kaum war jedoch dieses römisch-spanische Bündniß zu Stande gekommen, so starb Sixtus V, und es war für Philipp eine Frage von höchster Bedeutung, wer wohl dessen Nachfolger werden würde.

Vertreter Spaniens am römischen Hofe war im J. 1590 der Graf von Olivarez, Vater des später so berühmten Herzog-Grafen. Dieser besaß die gemessensten Weisungen, die Wahl eines Kardinals zu unterstützen, welcher in die Fußstapfen strenggläubiger Vorfahren tretend, alles thun würde, um die Herrschaft eines protestantischen Königs in Frankreich zu verhindern. Die Aussichten für Philipp II waren die besten, denn um diese Zeit war vielleicht das halbe Kardinalskollegium durch Pensionen an das Interesse von Spanien geknüpft, und auch die französische Partei,

welche sonst in den Konklaven die gefährlichste Gegnerin war, stand diesmal auf seiner Seite, da sie von der katholischen Liga abhängig war. Dennoch machten kleinliche Interessen, wie so oft, die klügsten Berechnungen zu Schanden. Ein paar italienische Duodezfürsten sahen mit Schrecken den Moment kommen, wo Philipp im Vatikan und in Paris allmächtig sein sollte; ihre Besitzungen schienen ihnen umklammert von spanischer Uebermacht keinen Tag mehr sicher. Auch sie geboten über einige, zwar nur wenige, aber desto ergebenere Anhänger im Konklave. Ihrer Ueberredungsgabe und ihren Einflüsterungen gelang es eine Wahl durchzusetzen, von der sich Philipp für seine Anschläge auf Frankreich nicht viel versprechen konnte.

Urban VII, so hieß der neue Papst, lebte jedoch nur 13 Tage und das Konklave trat von neuem zusammen. Dieselben Intriguen kleiner Fürsten und ihrer Anhänger, dieselben Manöver im Konklave, um die Häupter der Parteien von Spanien abzuziehen, wiederholten sich auch diesmal. Aber Philipp II war jetzt nicht gewillt, so leichten Kaufes sich verloren zu geben. Welcher Eigennutz auch immer seiner Handlungsweise ankleben mochte, er durfte mit Wahrheit von sich behaupten, daß er mit seinem Krieg in Frankreich zugleich die Alleinherrschaft der katholischen Kirche bezwecke. Wenn ein Kardinal gewählt wurde, der seine Unterstützung im Kampfe gegen Heinrich IV verweigerte, so konnte dies Philipp mit Recht als einen Sieg der Intrigue und Inkonsequenz bezeichnen. Seit Jahrhunderten hatten die Päpste zum Kampf gegen die christlichen Sekten aufgefordert: gegen die Albigenser in Frankreich, gegen die Waldenser in Italien, gegen die Husiten in Böhmen war das Kreuz gepredigt; gegen die Protestanten in Deutschland war Karl V zur Exekution gemahnt worden. Es ist wahr, Clemens VII hatte es mit der Vernichtung der deutschen Protestanten nicht so ernstlich gemeint und für Paul III und IV waren sie sogar willkommene Werkzeuge gegen Karl V. Allein diese ganz eigenthümliche Verweltlichung der päpstlichen Politik, welche schließlich in Deutschland den Nachfolgern des heil. Petrus keine guten Früchte trug, sollte sie verewigt und nunmehr auch auf Frankreich angewendet werden, weil man dessen in Italien gegen die weltlichen Uebergriffe Spaniens für nöthig hielt? Wenn solche Betrachtungen unter den Kardinälen maßgebend waren, so war Philipp in der Lage mit ihnen eine Sprache zu führen, auf die sie kaum anders als mit Ausflüchten antworten konnten. In der That, er war entschlossen, es auf das äußerste ankommen zu lassen; aus der Liste seiner Anhänger wählte er sieben Kardinäle, zu deren Treue er besonderes Vertrauen hegte und bezeichnete sie durch den Grafen Olivarez dem Kardinalskollegium als diejenigen, deren Wahl allein ihm genehm wäre. Ueber einen solchen Ein-

griff in die Wahlfreiheit wurde bitter gescholten, zwei Monate lang wehrten sich die Gegner Spaniens nachzugeben, bis endlich die Anhänger Philipps siegten. Er hatte einen Papst verlangt, der ihn im Kampfe gegen Heinrich IV mit allen geistlichen und weltlichen Waffen unterstützen sollte, und er war mit seiner Forderung im Recht, wenn die Kardinäle nicht auf eigene Gefahr die alten Traditionen Roms mit Füßen treten wollten. Gregor XIV, so hieß der neue Papst, war der Mann nach dem Sinne Philipps. „Wir sind jetzt Herren in Rom", so ungefähr äußerte sich Olivarez an seinen Gebieter über diese Wahl.

Allein kein Sterblicher konnte sich weniger auf die Beständigkeit des Glücks verlassen, als Philipp II. Kaum hatte Gregor XIV durch den innigsten Anschluß ihm in Frankreich bedeutende Dienste geleistet, so starb er auch schon und sein Nachfolger Clemens VIII, von Spanien nicht mit Mißtrauen betrachtet und deshalb bei der Wahl auch nicht angefeindet, hatte weniger darauf Bedacht, Heinrich IV für immer von dem französischen Thron auszuschließen, als vielmehr durch dessen Erhaltung auf demselben jenes Gleichgewicht in Europa zu stützen, dessen Verschwinden in Italien ein Gegenstand dauernden Grames für die Päpste abgab. Das französische Volk und der niedere Adel, ohnedies den Fremden abgeneigt, ergriffen mit Freuden die Gelegenheit, sich völlig Heinrich IV anzuschließen, als dieser katholisch wurde und der Papst ihm die Hand zur Versöhnung bot. Durch diese zwei unerwarteten Ereignisse: den unvorhergesehenen Uebertritt Heinrichs und die nachsichtsvolle Milde des Papstes sah Philipp seinen Anschlag auf die französische Krone mit einemmale vereitelt. Er stand jetzt im hohen Alter, zwischen 60 und 70 Jahren, das Schwinden seiner körperlichen Kräfte stand im Einklang mit dem Verfall, der sich seiner Länder, Spaniens obenan, bemächtigte. Seine Feinde dagegen triumphirten nach einander alle über ihn und waren in eben dem Grade mächtiger geworden, in welchem er schwächer geworden war. Frankreich eilte unter Heinrich IV einer Blüthe entgegen, welche die Macht seiner Könige über die Franz' I erhöhen mußte, England hob sich zusehends unter Elisabeths Regierung und die Generalstaaten konnte man nicht mehr bettelhafte Rebellen nennen, denn sie hatten ein geordneteres Regierungswesen als das von Altcastilien selbst und ihre Finanzen waren besser bestellt, als es die von Spanien je gewesen waren.

Bei diesem völligen Mißlingen aller seiner Pläne auf Frankreich, Holland und England war es schließlich auch Philipp II nicht erspart in Italien den Beginn eines neuen Kampfes zu erleben, gerade als er sich wahrhaft nach allseitiger Ruhe sehnte. Zwar kam es bei diesem Kampfe nicht auf die Entscheidung der Waffen an, aber nur um desto

gefährlicher konnte der Verlauf desselben für den spanischen Besitz in Italien sein. Der Gegenstand, um den es sich handelte, betraf die Ausdehnung der geistlichen Jurisdiktion. In Spanien hatte der König auch in dieser Beziehung seine Gewalt zu erweitern gesucht und war mit der geistlichen Gerichtsbarkeit in beharrliche Opposition getreten. Corregidoren, welche von den bischöflichen Gerichten wegen Schmälerung kirchlicher Rechte am öftesten excommunicirt worden waren, erfreuten sich bei ihm als tapfere und unerschrockene Diener seines Willens besonderer Berücksichtigung, während ein Beamte, der nicht mindestens zehn Monate excommunicirt war, für minder eifrig in der Pflichterfüllung galt*). In Italien würde sich Philipp gern mit den alten Rechten begnügt und nicht nach ihrer Erweiterung getrachtet haben, aber hier sah er sich hinwiederum aus der Rolle eines Angreifers in die eines Vertheidigers versetzt. In Neapel und Mailand waren in jedem Bisthum nach altem Gebrauch bischöfliche Gerichte etablirt, welche vor ihr Forum nicht bloß Gegenstände geistlicher Natur zogen, sondern ihre Kompetenz zeitweise derart zu erweitern suchten, daß neben ihren Ansprüchen, die wir bald näher kennen lernen werden, nur schwer noch ein weltliches Regiment bestehen konnte. Schon Ferdinand der Katholische hatte in dieser Beziehung große Kämpfe in Neapel zu bestehen, aber seine im Kampfe mit den Mauren und in der Erfindung und Benützung der Inquisition zum schroffen Despotismus ausgebildete Natur wußte sich durch die gewagtesten Mittel Ruhe zu schaffen. Seinem Vicekönig in Neapel Don Juan von Aragon befahl er einmal jeden päpstlichen Boten aufzuhängen (!), der Schreiben nach Neapel brächte, die seinen Rechten widerstritten, und dem Papste drohte er augenblicklich mit der Versagung der Obedienz, wenn er ein Breve, um dessentwillen der Streit entstanden war, nicht zurücknehmen würde **). Solche Entschie-

---

*) Alberi, Relationen I. 5. S. 485. Relation des Agostino Nani vom J. 1598: In quanti modi contraria il re all' autorita ecclesiastica parte lunghissima. La religione e la giustizia si stimano a ragion di stato. Nei dispareri che nascono tra il nunzio, ovvero il collettore, e il consiglio reale il re spesso s'intromette per sedarli. Non è tenuto per buon ministro quell' alcalde o corregidor, che non sia stato almeno dieci mesi scomunicato, e quello è tenuto per miglior ministro che fa maggior forza contra la giurisdizione ecclesiastica.

**) Das Original des Schreibens Ferdinands befand sich seiner Zeit im Archiv von Neapel und befindet sich wohl noch dort. Abschriften davon kursirten in Spanien mehrere. Es heißt darin unter andern: Nos (Ferdinand) escrivimos sobre este caso a Geronimo de Vicq nuestro Embaxador en Corte de

denheit erreichte ihren Zweck, und weder Ferdinand noch Karl V hatten später Ursache wider die Uebergriffe geistlicher Jurisdiktion auf weltliches Gebiet viel zu klagen.

Anders gestaltete sich aber unter Philipp II die Sache. Die katholische Kirche nahm durch den Feuereifer frommer Päpste einen neuen Aufschwung, der vor allem sich darin kundthat, daß die Bisthümer frommen und gelehrten Männern wiederum übertragen wurden. Diese thaten nun alles, um die geistliche Jurisdiktion zu ihrer früheren Höhe zu bringen, und da sie dabei von reinen Motiven geleitet waren, so konnte ihnen Philipp nicht von Anfang an jenen Widerstand entgegensetzen, den er ihnen sonst gern entgegengesetzt hätte. Als Pius IV (1559 — 1565) seinen Neffen, den Kardinal Karl Borromeo, zum Erzbischof von Mailand ernannte, nahm unter diesem später von der Kirche heilig gesprochenen Mann das kirchliche Leben in Mailand einen Aufschwung, der an die Zeiten des heiligen Ambrosius erinnerte; dem König von Spanien war aber dabei nicht ganz wohl zu Muthe. Sein Statthalter, der Herzog von Albuquerque, hatte gerade so viel Macht, als ihm der Erzbischof zu belassen beliebte, und die übrigen Bischöfe des Herzogthums richteten sich nach dem Beispiele, welches ihnen ihr Metropolit gab. Der Streit, welcher wegen einer solchen Ausdehnung der geistlichen Jurisdiktion zwischen dem Erzbischof und dem Herzog ausbrach, wurde durch die Intervention des Papstes zwar geschlichtet, allein, wie sich leicht denken läßt, nicht eben zum Vortheile Spaniens. Nach dem Tode Karl Borromeo's trat eine Art von Waffenstillstand zwischen den geistlichen und weltlichen Behörden ein, jede überließ der andern, was ihr unbestritten nach dem Herkommen und dem Beispiel anderer Länder gebührte, und so vertrug man sich leichter bei den weniger zahlreichen Kompetenzkonflikten. Anders war es jedoch, als Friedrich Borromeo, ein Neffe Karls, von Papst Klemens VIII mit dem Purpur bekleidet das Erzbisthum Mailand gleicherweise durch päpstliche Verleihung überkam. Jetzt ward der Kampf von neuem aufgenommen und sein Verlauf zeigte nur zu deutlich, daß man weniger die Erweiterung der geistlichen Jurisdiktion als das Verderben der spanischen Herrschaft beabsichtigte. Seine Amtswirksamkeit leitete der neue Erzbischof damit ein, daß er dem königlichen Statthalter und Konnetable Don Juan de Velasco den Ehrensitz in der Kirche versagte,

---

Roma lo que vereys por las copias, que van con la presente y estamos muy determinado, si Su Santidad no revoca luego el Breve y los autos por virtud de fechos de le quitar la obediencia de todos los reynos de la corona de Castilla y de Aragon y de hazer otras provisiones convenientes a caso tan grave y de tanta importancia. 22. Mai 1508.

der seit langem den Vertretern des Königs eingeräumt worden war; dann wurde auf den geistlichen Gebäuden hie und da das königliche Wappen nicht ohne Ostentation entfernt und ihm ein Platz unter dem des Erzbischofs angewiesen. Nach diesen vorausgegangenen Nergeleien beanspruchte der Erzbischof, daß die geistlichen Gerichte ungeschmälert ihre Jurisdiktion ausüben dürften. Nach seinen Ansichten gehörten aber nicht bloß Glaubens- und Disciplinarsachen, Eheangelegenheiten und endlich der Clerus vor das bischöfliche Gericht; es sollten auch von demselben alle Prozesse entschieden werden, die zwischen Clerikern und Laien entstehen konnten, ferner alle Prozesse gleichviel zwischen wem geführt, welche auch nur entfernt wucherische Geschäfte betrafen, es sollten dem geistlichen Gerichte weiter alle Pächter geistlicher Güter und alle Arbeiter (!) auf denselben in Civil- und Personalangelegenheiten unterstehen, dasselbe sollte schließlich mit allen sogenannten Laien-Brüderschaften, deren es damals eine große Menge gab, der Fall sein. Auf diese Art gab es nahezu Niemand im Mailändischen, der nicht auf irgend eine Weise vor das geistliche Forum hätte gezogen werden können. Hiezu kam noch, daß der Erzbischof nach und nach auch die Kriminalgerichtsbarkeit über das ganze Land unter denselben Vorwänden an sich zu reißen suchte und schließlich den Satz aufstellte, jedes Vergehen, mit dem zugleich eine Todsünde verbunden sei, gehöre zur Aburtheilung allein vor das geistliche Forum. Die geistlichen Gerichte schritten überall ohne Benachrichtigung der weltlichen zur Verhaftung aller Personen ohne Unterschied, auf die sie ihre Hand legen wollten, ja sie griffen selbst an ihre Gütter, bestimmten willkürliche Geldstrafen und sprachen sogar Konfiskationen aus*). Da der Statthalter des Königs gegen diese Prätensionen endlich mit Macht auftrat und in einem Bando mit schwerer Strafe alle jene bedrohte, welche in Angelegenheiten, die vor das Civilgericht gehörten, sich an das geistliche wenden würden, so kam es zum Bruche. Der Erzbischof excommunicirte den Statthalter und den königlichen Rath in Mailand, ließ in allen Kirchen die Gebete wiederholen, mit denen die verfolgte Christenheit zu Diocletians Zeiten um Schutz bat und rief überhaupt eine Aufregung hervor, welche in jedem Augenblicke einen allgemeinen Aufstand erregen konnte; Mailand selbst füllte sich mit Tausenden von Wegelagerern und Räubern, die ihre Ge-

---

*) Die Geschichte sämmtlicher Steitigkeiten zwischen den weltlichen und geistlichen Gerichten in Mailand fand ich in einer höchst merkwürdigen und weitläufigen Relation des Condestable Don Juan de Velasco d. d. 1. Juli 1597 gerichtet an Philipp II. Eine Kopie dieser Relation findet sich in der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag.

legenheit abwarteten und indessen sich das Asylrecht der Kirchen zu Nutzen machten. Endlich legten sich der Papst und Philipp II ins Mittel, der Streit wurde in etwas ausgeglichen, Friedrich Borromeo ermäßigte seine Forderungen, aber immerhin unbedeutend genug, so daß die Streitigkeiten auch nach Philipps II Tode immer von neuem entbrannten. Gegen 30 Jahre verwaltete Friedrich die Diözese von Mailand und konnte ruhig drei Königen von Spanien in derselben Trotz bieten. Es ist bekannt, welch' ein gesegnetes Andenken er in Italien hinterlassen, wie er sein Lebelang den Bedrückten Trost und Hilfe gewesen und wie er zur Zeit der furchtbaren Pest in Mailand den Gipfel der Tugend erreichte; ob er sich aber immer daran erinnerte, daß er dem verhaßten Könige von Spanien mindestens dieselbe Rücksicht schulde, wie sie die ersten Christen nicht einmal Nero vorenthielten, möchten wir nicht behaupten. So lang er lebte, ließ er die Spanier seinen Haß fühlen und theilte so die Stimmung jener Päpste, in deren Seele neben dem feurigsten Eifer für die Kirche doch noch Raum blieb, um gegen die Spanier wenn nicht Haß doch die tiefste Abneigung zu fühlen. Konnte es sich doch seiner Zeit selbst der heilig gesprochene Pius V (1566—1572), der Inbegriff von Frömmigkeit nicht versagen, Philipp II wenigstens den Rath zu geben, das Königreich Neapel als ein unrechtmäßig erworbenes Gut abzutreten*).

Nach so herben Erfahrungen stürzte sich Philipp in kein großes Unternehmen mehr, sondern war nur noch auf die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens bedacht. Bei der hohen Meinung, welche er von seiner eigenen Thätigkeit hegte, mußte sich seiner Betrachtung oft genug in quälender Weise das Mißverhältniß aufdrängen, das zwischen seinen Bestrebungen und den erlangten Erfolgen bestand; bei solchen Erwägungen erinnerte er sich des Erben, der nach ihm die weite Monarchie beherrschen sollte und der trotz seines noch jugendlichen Alters apathischen Geistes dahinlebte; er konnte sich dann nicht enthalten, bedauernde Worte darüber zu äußern, daß ihm das Geschick einen solchen Sohn gegeben habe**). Aus diesem Grunde wollte er demselben die Monarchie im Friedensstande hinterlassen, denn wie sollte dieser schwache Jüngling besser dem Anprall der Feinde widerstehen als er selbst? Mit England, Holland und Frankreich wurden Friedensunterhandlungen angeknüpft, doch hatten

---

*) Archiv von Simancas. Römische Korrespondenz unter Paul V. Paul V führte einmal im Gespräch mit dem spanischen Gesandten dieses Factum selbst an, als die Spanier die Verdammung des Werkes von Baronius über die sicilianische Monarchie verlangten.

**) Don Modesto Lafuente: Historia de España.

nur die mit Heinrich IV Erfolg und führten zum Frieden von Vervins (1598). Mit England kam kein Vergleich zu Stande, denn die Engländer wollten den Krieg, da er ihnen Vortheil brachte. Mit Holland auf der Grundlage zu unterhandeln, welche nicht weiter zu umgehen war, nämlich auf Grund der Anerkennung der Unabhängigkeit der Republik, dagegen empörte sich der kastilische Stolz, und so sollte Spanien noch ferner an dieser Wunde eitern. Gleichwohl verfiel Philipp II auf ein Auskunftsmittel, welches mindestens geeignet schien, sein und seines Nachfolgers Budget von der Last des holländischen Krieges zu befreien und einen faktischen Friedenszustand herbeizuführen. So lange ein Theil der Niederlande im spanischen Besitz blieb, sahen sich die Generalstaaten bedroht und glaubten nicht an einen dauernden Frieden, rüsteten und zwangen Spanien zu Gegenrüstungen. Wie nun, wenn Philipp den ihm gehörigen Theil der Niederlande von seiner Monarchie trennte und damit seine friedlichen Gesinnungen verbürgte? In der That bestimmte er, daß seine Lieblingstochter, die Infantin Isabella, Belgien im Verein mit der Franche Comté erben und beides ihrem künftigen Gemahl als Mitgift zubringen sollte; sie und ihre Nachkommen sollten unter spanischer Oberhoheit diese Länder beherrschen. Dieser Ausweg leistete zwar nicht, was Philipp sich davon versprach, aber er konnte sich doch für Spanien günstiger gestalten, als die Fortdauer des früheren Verhältnisses.

Nach diesen Bestimmungen verordnete er noch, daß seine Tochter den Erzherzog Albrecht zum Gemahl nehmen solle, entschied sich für die Heirat seines Sohnes mit der Erzherzogin Margaretha und knüpfte so beide Linien des Hauses Habsburg wieder enger an einander. Alles dies geschah in den letzten Tagen seiner Anwesenheit in Madrid, wenige Monate vor seinem Hinscheiden. Am 30. Juni 1598 reiste er nach dem Escurial, in der Hoffnung, durch diesen veränderten Aufenthaltsort seine zerrüttete Gesundheit wieder etwas herzustellen. Aber schon der Weg verschlimmerte sein Leiden und er konnte wegen furchtbarer Gichtschmerzen nur langsam von Ort zu Ort in einem Tragsessel fortgeschafft werden. Im Escurial angelangt nahm seine Krankheit jenen bösartigen Charakter an, in dem nicht wenige seiner Gegner eine besondere Heimsuchung Gottes erkennen wollten; der ganze Körper bedeckte sich mit Eiterbeulen, von denen eine nach der andern aufbrach und um ihn herum einen unerträglichen Gestank verbreitete; dazu kam noch, daß sich die eiternden Wunden mit Ungeziefer anfüllten, das nicht mehr entfernt werden konnte. Trotzdem, daß er augenscheinlich der Auflösung entgegenging, selbst nicht die geringste Bewegung im Bett aus eigener Kraft mehr ausführen konnte, sondern unbeweglich auf derselben Seite liegen mußte, bekümmerte

er sich noch um die Leitung des Staates und da er nicht dem Urtheile seines Sohnes in der Auswahl der Diener vertraute, so ordnete er einige Veränderungen im Staatsrathe an, von denen er hoffte, daß sie der Erbe respektiren würde. Letzte Täuschung des Sterbenden; der Infant hatte im Geiste bereits anders über die hohen Aemter verfügt. Nach diesem Eingriff in die Regierung wandte Philipp seine alleinige Sorgfalt seinem Seelenheile zu. Vielleicht haben wenige Sterbliche solche Martern überstanden, wie er, vielleicht haben aber noch wenigere mit einer solchen Resignation dem letzten Momente entgegengesehen, wie er. Ohne eine Klage im Munde ließ er die schmerzlichsten Operationen mit sich vornehmen; sein einziger Trost dabei bestand darin, daß er sich die Geschichte der Leiden Christi vorlesen ließ, um bei deren Anhörung sein eigenes Schicksal erträglicher zu finden. Beschäftigt mit seinem Seelenheile duldete er um sich herum fast nur noch Geistliche, obenan seinen eigenen Beichtvater Fray Diego de Yepes; ab und zu frug er sie in der Angst vor dem kommenden Gerichte, was er noch zu thun habe um sich zu entsündigen, und auf ihr Anrathen bedachte er Arme und Kirchen mit ebenso zahlreichen als königlichen Geschenken. In den letzten Tagen seiner Krankheit sprach er nur von seinem Tode, ordnete auf das genaueste die Art und Weise an, wie er eingesargt werden wollte und verlangt endlich am 1. September, daß man ihm die letzte Oelung reiche. Bevor seinem Wunsche willfahrt wurde, ließ er seinen Sohn an sein Krankenlager herankommen und sagte ihm: Ich wünschte, mein Sohn, deine Gegenwart, damit du siehst, was es um die Königreiche und Herrschaften dieser Welt für ein Bewandtniß habe, und damit du den Tod selbst kennen lernest. Mache dir die Erfahrung zu Nutzen, denn morgen hast du selbst zu regieren. Am Tage nach dem Empfang der Sterbsakramente ließ er sich das Crucifix bringen, mit dem in der Hand sein Vater dem letzten Augenblick in San Yuste entgegengesehen und das als eine theure Familienreliquie im königlichen Schatze aufbewahrt wurde. Als man dasselbe herbeigebracht hatte, bemerkte er, daß in einer Lade des Crucifixes zwei Disciplinen verborgen seien, eine, die gebrauchte, rühre von seinem Vater her, der sie fleißig benützt habe, die ungebrauchte gehöre ihm. Er wollte nicht aus der Welt mit einem falschen Schein von Frömmigkeit scheiden. Am 13. September 1598 starb er*).

*) Die Nachrichten über seinen Tod entnehme ich einer handschriftlichen Relation de algunas cosas particulares y notabiles que passaron y dixo el Rey (Phelipe II) en el discurso de la enfermedad, de que murió. Das MS. ist in der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag. Die Erzählung rührt von einem unterrichteten Zeitgenossen her.

Philipp II hat in der Geschichte ein Andenken hinterlassen, welches ihn wie eine Art von Fluch belastet. Hat sein unläugbar finsterer Charakter und seine harte Gemüthsart den bedeutendsten Einfluß auf die Unleutseligkeit seiner ganzen Regierung gehabt, so ist wohl ihr Verlauf nur um dessentwillen so traurig geworden, weil er ein Reich zu beherrschen hatte, dessen Theile nun und nimmermehr zusammenpaßten. Die Niederländer hatten trotz der Leutseligkeit Karls V, den sie doch einen Sohn ihres Landes nennen konnten, den Verlust ihrer früheren Selbstständigkeit und das Gekettetsein an ein so fernes, wie das spanische Interesse nimmer gern ertragen mögen, und als nun unter Philipp spanischer Absolutismus und spanische Inquisition ihrer Existenz den Todesstoß geben wollte und sie zugleich auch nur noch von Spanien regiert werden sollten, hielten sie nicht länger an sich. Die Italiener, von Anfang her Gegner der minder gebildeten und von ihnen verachteten Spanier, wurden in ihrem Haß gegen die Fremdherrschaft durch alle Erinnerungen der Heimat, vor allem aber durch das aufreizende Beispiel der Päpste bestärkt. Wo solche Gegensätze in einem Reiche sich finden, da ist die Trennung das einzige Auskunftsmittel, oder es bleibt schließlich nichts übrig, wie das Schwert, um die Widerspänstigen niederzuhalten. Da nun Fürsten die Herrschaft über einzelne Theile ihrer Gebiete um des Hasses der Einwohner willen nicht niederzulegen pflegen, so darf man Philipp nicht darüber besondere Vorwürfe machen, was er zur Behauptung der Niederlande gethan und ihm nicht das Unrecht anthun, in dieser Beziehung ihn seinen fürstlichen Zeitgenossen, die in ihren Kreisen dasselbe thaten, nachzusetzen. Das wahre Maß zu seiner Beurtheilung liefert Spanien allein, hier konnte sich die Individualität des Herrschers frei ausprägen, da er hier nur Sympathien begegnete, und hier ist auch schließlich die Verurtheilung seiner Regierung besiegelt. Die letzten Reste von Freiheit auf dem Boden dieses Landes vertilgte er mit tyrannischer Wuth in Aragonien, und mit Hilfe der Inquisition, welche die ihr eigenthümliche Stufe der Vollkommenheit unter ihm erreichte, vervollständigte er jenes absolute Regierungssystem, welches die geistige und materielle Entwicklung der Spanier auf fast zwei Jahrhunderte hinaus vernichtete*). Philipp II

---

*) Nani's Relation 1598 bei Alberi I, 5. S. 485. Daß die Inquisition ganz und gar ein Instrument der spanischen Könige gewesen sei, darin sind alle venetianischen Gesandten einig. So sagt Nani an der citirten Stelle: Il re si può dir capo dell' officio dell' inquisizione, denominando esso gl' inquisitori e ministri. Adopra quest' offizio per tener in freno i sudditi e castigarli con la segretezza e severità con che si procede in esso, dove non può farlo con

war nicht eroberungssüchtig; nach dem einstimmigen Zeugnisse sämmtlicher venetianischer Gesandten liebte er den Frieden und dachte nur an die Behauptung seines ererbten Besitzes, erst als ihm dies durch England in den Niederlanden erschwert wurde, und als er gleiche Gefahr von Seite Frankreichs, wenn es erstarken würde, befürchten mußte, erst da ließ er sich in seine gewaltigen Kriegsunternehmungen und Eroberungspläne ein und hielt dann seinem Charakter gemäß an ihnen so fest, daß ihn erst der absolute Mangel an Mitteln zur Ruhe bringen konnte. Weil er bei seinen Bestrebungen auch von dem Wunsche geleitet war, die katholische Kirche überall in ihrer Herrschaft zu erhalten, so hielt er sich für ein Werkzeug Gottes und für berechtigt sich seine eigene Theologie zu bilden*). Beim Antritt seiner Regierung, heißt es, sei er religiös, gerecht, sparsam und friedlich gewesen. Aber im Laufe der Zeit habe sich alles an ihm verschlechtert, seine Religiosität wich staatlichen Rücksichten, seine Gerechtigkeit machte grausamer Strenge Platz, die Sparsamkeit schlug in Geiz um und seine Friedfertigkeit konnte mit dem Verlangen, Schiedsrichter der Christenheit zu sein, nicht weiter bestehen**).

Philipp war mit einer außerordentlich seltenen Arbeitskraft ausgerüstet. Von seinem Palast in Madrid, welches er zur Hauptstadt erhoben hatte und vom Escurial aus, welchen er in einer unwirthbaren und traurigen Gegend der Quadarama erbaut hatte, lenkte er die gesammte äußere Politik und die Verwaltung seiner Länder. Zu den Hunderttausenden von Aktenstücken, die ihm in seinem Leben in die Hand kamen und welche er mit Sorgfalt las, schrieb er regelmäßig seine Bemerkungen am Rande nieder, und hat hiedurch der Nachwelt die beste Gelegenheit gegeben, in die geheimsten Falten seiner Seele einzudringen***). Während seiner Regierung war der Einfluß seiner Räthe und Minister

---

l' autorità ordinaria secolare, se ben suprema, del consiglio reale. L' inquisizione e il consiglio reale si danno mano insieme e s' aiutano in servizio del re per rispetto di stato.

*) Soranzo's Relation von 1602 bei Alberi: Spagna, 158: Il re passato nelle cose ecclesiastiche con lungo uso e con l'aver formato una coscienza secondo il parere de'suoi teologhi, che forse non sempre ardivano di contrariare alla sua inclinazione, pareva che avesse fatto un abito un poco libero.

**) Nani's Relation von 1598 bei Alberi I Vol. S. 488 5: Il già re era religioso, giusto, parco e pacifico. Ma la prima qualità si convertiva in ragion di stato, la seconda in severità crudele, la terza in avarizia, la quarta in voler esser arbitro della cristianità.

***) Diese kostbaren Randglossen finden sich in den Korrespondenzen, welche im Archiv von Simancas aufbewahrt werden.

auf ein kleines Maß herabgedrückt, denn seine eigene Geschäftskenntniß enthob ihn in den meisten Fällen der Mühe, sich bei Andern Raths erholen zu müssen. Einige Sekretäre und seine Tochter Isabella waren schließlich die einzigen, deren Hilfe er sich bediente*).

Von Philipp II datirt es her, daß der spanische Name in Europa wie mit einem Brandmal befleckt war. Der Abscheu gegen spanischen Einfluß und spanisches Wesen ging von den Niederlanden und zum Theil auch von Italien aus und theilte sich allmälig den angrenzenden Völkern, Katholiken wie Protestanten mit. Auf diese Weise bekam alles, was mit Spanien verbunden war oder es schien, eine gewisse unheimliche und geradezu finstere Bedeutung, welche überdies noch künstlich von den Gegnern Spaniens genährt wurde. Ein Theil des allgemeinen Hasses gegen Spanien traf dessen Beherrscher und diese verwickelten durch ihre Verwandtschaft auch die deutsche Linie der Habsburger in die allgemeine Anfeindung. Aber merkwürdig, die Beschuldigung, daß das Haus Habsburg die Herrschaft über Europa anstrebe und gegen die Freiheit der Fürsten und Völker unabläßig konspirire, wurde am heftigsten nach Philipps II Tode erhoben, also zu einer Zeit, wo eigentlich die Kraft dieses Hauses gebrochen war und die zwei Vertreter desselben, Philipp III und Rudolf II, auch nicht im entferntesten mit ehrgeizigen Plänen sich trugen. Die Lösung dieses Räthsels ruht darin, daß andere Mächte nach der Herrschaft rangen, welche vor kurzem die Habsburger eingenommen hatten, und daß die Durchführung ihrer Pläne nur möglich war, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit noch immer auf den früheren, wenn gleich erschöpften Gegner gerichtet blieb. Heinrich IV in Frankreich war es vor allem, der die Eroberungspläne seines Vorfahren Franz des I wieder aufnahm; um ihr Gelingen zu sichern, benützte er den auf Spanien lastenden Haß und bereitete eine gemeinsame europäische Coalition vor, in die er alle Gegner des Hauses Habsburg aufnehmen wollte. Die Geschichte von 1600—1648 ist eigentlich nichts anderes, als die eines ununterbrochenen diplomatischen und militärischen Kreuzzugs gegen die Habsburger, an dem sich unter Frankreichs Anführung nach und nach die meisten Staaten Europa's betheiligten. Als mit dem westphälischen Frie-

*) Soranzo's Relation 1602 bei Alberi S. 135. Il re passato aveva il consiglio di stato, si può dire, tutto nella sua propria testa . . . diceva egli stesso, che non poteva valersi del consiglio di persona che avesse maggiore esperienza nè che avesse più lungamente trattato e maneggiato le cose di stato che lui modesimo; perciò a lui si ridecevano tutte le consultazioni e dall' esperienza e dalla prudenza del solo suo consiglio dipendevano tutte le risoluzioni.

den das Ziel erreicht schien, stand Frankreich mit einemmale so mächtig da, daß es im Stande war, die Rolle Spaniens aufzunehmen. Die frühere Wuth gegen die Habsburger wich rasch einer nüchternen Anschauung und der spanische Name verlor seine finstere Bedeutung, denn man fand heraus, daß die tugendhafte Entrüstung so vieler Fürsten gegen das „Haus Oesterreich" doch nichts als Neid und Herrschsucht gewesen sei, und daß sie mit denselben Mitteln ausgerüstet wie einst Karl V und Philipp II für die öffentliche Freiheit nicht minder gefährlich geworden wären.

In welchem Verhältnisse stand nun die deutsche Linie der Habsburger zu der spanischen seit Ferdinand I bis Rudolf II?

II.

Während die spanische Linie des Hauses Habsburg durch ihre großen und zerstreuten Besitzungen zu einer hervorragenden Theilnahme an allen Weltereignissen und zu einer schroffen Parteistellung, namentlich dem Protestantismus gegenüber, hingedrängt wurde, entwickelte sich die österreichische Linie in einer mehr vermittelnden Weise. Erzherzog Ferdinand, dem sein Bruder die deutschen Besitzungen abgetreten hatte, wurde bald darauf von den Böhmen und Ungarn zu ihrem Könige gewählt, da der traurige Ausgang der Schlacht von Mohacs diese Länder nöthigte, sich nach einem Prinzen umzusehen, dessen eigene Macht und dessen Familienverbindungen ihre Widerstandskraft gegen die Türkengefahr erhöhen konnte. In beiden Königreichen hatte sich indessen der Protestantismus bedeutend Bahn gebrochen und Ferdinand konnte, ein so eifriger Katholik er selbst auch immer sein mochte, seine Regierung nicht füglich mit einer Verfolgung desselben beginnen, um so weniger, da der protestantische Adel zum Theil seine Wahl mitbefördert hatte. Vom Anfange also seiner Regierung sah sich Ferdinand den Protestanten gegenüber zu einer versöhnlichern Haltung genöthigt; er konnte es wohl versuchen, ihre Rückkehr auf friedlichem Wege anzubahnen, mehr durfte er aber nicht thun, da die Nähe der Türken ihm die Nothwendigkeit klar machte, mit seinen Unterthanen in erträglichem Einvernehmen zu stehen. Eine solche maßvolle Haltung, seine tüchtige Persönlichkeit und die schönen Familienverhältnisse an seinem Hofe bewirkten, daß die Theile des neuerstandenen österreichischen Großreiches in ein innigeres Verhältniß traten, dessen Fortdauer nicht besonderen Gefahren preisgegeben schien. Der schmalkaldische Krieg, welcher in Deutschland mit dem Siege Karls V endigte, verfehlte indessen nicht, die Leidenschaften auch in den Besitzungen Ferdinands

wachzurufen und namentlich war es Böhmen, dessen Einwohner ihre Sache mit der des Protestantismus identificirten und gegen Ferdinand eine feindliche Haltung annahmen. Doch glich sich dieselbe wieder aus und auch Ferdinand kehrte nach einer mehrere Jahre andauernden schroffen Haltung gegen gewisse protestantische Sekten wie z. B. die böhmischen Brüder und die Wiedertäufer, wieder zur früheren Mäßigung zurück. Der Augsburger Religionsfriede, obwohl für die Länder Ferdinands ohne Giltigkeit, übte doch auf dieselben eine Rückwirkung aus. Denn in der Behandlung der religiösen Angelegenheiten hatte sich unter diesen schwankenden Verhältnissen der Grundsatz ausgebildet, daß der Adel frei seine Religion bekennen dürfe, während die Bauern und Bürger in ihrem Glauben der beliebig wechselnden Willkür ihrer Herren preisgegeben waren.

Zwischen Karl V und Ferdinand I gab es mancherlei Aehnlichkeit im Charakter und in der Handlungsweise, beide erkannten die Macht der Verhältnisse an und regelten darnach ihren Glaubenseifer; zwischen ihren Erben dagegen macht sich bereits eine ungeheure Kluft geltend. Philipp II und Maximilian II, welchen verschiedenen Klang haben ihre Namen! Der erstere ein schroffer, herrschsüchtiger und dabei entschiedener Charakter, der letztere von allem das Gegentheil. In seiner Jugend kümmerte sich Maximilian mehr um schöne Frauen, als um den Glaubenszwiespalt und verfiel in seinem männlichen Alter in eine gewisse Schlaffheit, welche vielleicht die Folge allzuvieler Hingabe an das Vergnügen war. Verschieden von den meisten seiner Zeitgenossen, die entweder feurige Freunde oder grimmige Hasser des Katholicismus zu sein pflegten, verschieden insbesondere in dieser Beziehung von Philipp II, konnte er sich sein Lebelang aus vollem Herzen weder für die eine noch für die andere Richtung entscheiden. So lange sein Vater lebte, spielte er die Rolle eines grollenden Sohnes, opponirte demselben, umgab sich mit Personen, die der katholischen Kirche feind waren, und mied die Theilnahme an den Gebräuchen der letztern, so daß die Protestanten überall die größten Hoffnungen auf seinen Regierungsantritt bauten. Als er aber seinen Vater beerbte, hielt er auf der betretenen Bahn inne; er neigte sich wieder mehr den Katholiken zu und bekannte sich auch äußerlich zu ihnen. Doch auch die Protestanten konnten sich nicht über ihn beklagen, denn nicht bloß, daß er nichts zu ihrer Unterdrückung that, bereitete er sogar ihre Einigung vor, indem er bei ihnen die Errichtung eines förmlichen Kirchenregiments, namentlich in Böhmen und Oesterreich, förderte. Und gerade so wie Maximilian in den religiösen Angelegenheiten sich benahm, gewährend, vermittelnd und stets versöhnlich, so be-

nahm er sich auch in den politischen. Die Stände seiner Länder konnten sich eines steten Zuwachses ihrer Freiheiten und einer fast unabhängigen Stellung von ihrem Herrscher rühmen, und daß der Kaiser auch in Deutschland nichts that, um seine Auctorität zu erhöhen und die der Reichsstände zu beschränken, ist bekannt genug. Wenn er mit seinen Unterthanen in Frieden lebte und die türkischen Angriffe nur leidlich abweisen konnte, so war Maximilian zufrieden gestellt; weiter gingen weder seine Sorgen noch seine Wünsche. Was erfolgt wäre, wenn ihn Philipps II Geist beseelt hätte und wenn er dessen Kampf mit den Niederländern von Deutschland aus hätte unterstützen wollen, läßt sich schwer sagen. Unzweifelhaft waren die Verhältnisse in den österreichischen Ländern günstiger für ihn, als dies später unter Ferdinand II der Fall war. Aber dieser Vereinigung Philipps und Maximilians stand nicht bloß ihre verschiedene geistige Richtung entgegen, sondern zugleich eine tiefe Abneigung, welche seit Jahren bei Maximilian sich gegen seinen Vetter festgewurzelt hatte, und von der man sogar einige Zeit befürchtete, sie könne zum Kriege zwischen ihnen führen. Sie hatte ihren Grund in den Ansprüchen, welche seiner Zeit Philipp II auf den deutschen Kaiserthron erhoben hatte, und in der Annahme der jüngeren Linie der Habsburger, daß sie bei der Theilung des Erbes der Königin Johanna verkürzt worden sei*). Man spricht wohl häufig von einem habsburgischen Familieninteresse und wie dasselbe unablässig verfolgt wurde. Dies ist eine Behauptung, welche der Wahrheit nicht ganz entspricht; beide Linien des Hauses Habsburg standen einander in Wirklichkeit ziemlich fremd gegenüber, verfolgten ihre eigenen Zwecke und nur darin zeigten sie sich befreundet, als man mit Sicherheit annehmen konnte, daß sie einander nie bekriegen würden. Erst unter Ferdinand II, der seine Rettung den Spaniern allein zu danken hatte, machte sich durch längere Zeit eine gemeinsame Familienpolitik geltend.

Maximilians Widerwille gegen Philipp II minderte sich, als ihm die Hoffnung auf die Beerbung seines Vetters zu winken begann. Philipp hatte damals nur einen einzigen Sohn Don Carlos, dessen schwächliche Gesundheit nach der allgemeinen Annahme keine lange Lebensdauer erwarten ließ, und er hatte sich deshalb die Zusendung zweier

*) Relation Tiepolo's vom J. 1563 bei Alberi I. Vol. V S. 49. Maximiliano chiamandosi quanto si possa credere mal satisfatto ed ingannato dal re catolico, nel parlar con diversi e con me ancora, mentre ch'io era a quella corte, si lasciò chiaramente intender dell'odio grandissimo ch'egli portava a' spagnuoli ed al re, in modo tale que pareva che non gli mancasse altro a moversi contra di lui che occassione e facoltà di farlo.

Söhne des Kaisers erbeten, um sie in Spanien zu erziehen und damit für den Thron dieses Landes fähiger zu machen. So kam es, daß die Erzherzoge Rudolf und Ernst aus dem väterlichen Hause gegeben wurden*), ein verhängnißvolles Ereigniß für die Folgezeit, denn man darf wohl annehmen, daß die Eindrücke, welche Rudolf in Spanien empfing, jene geistige Krankheit vorbereiteten, welche ihn in seinem Alter zum unglücklichsten Manne machen sollte.

Ferdinand I hatte bei seinem Tode nicht sein ganzes Reich dem ältesten Sohne hinterlassen, sondern auch die zwei jüngern, Ferdinand und Karl, mit Ländern ausgestattet und dadurch sein Haus in drei Linien, die österreichische, tiroler und steirische abgetheilt; Maximilian setzte die Theilung nicht weiter fort, sondern hinterließ seinen ganzen Besitz dem ältesten Sohn. So trat Rudolf in einem Alter von 24 Jahren die Regierung von Ungarn, Böhmen und Oesterreich an und verband damit auch die deutsche Kaiserkrone, nachdem er schon zu Lebzeiten seines Vaters zum römischen König gewählt worden war. Zu seiner Residenz wählte er Prag, richtete die Burg daselbst wohnlicher ein und gab sich einer ruhigen durch Kunstgenüße aller Art angenehm erheiterten Lebensweise hin. Obwohl ein Liebhaber der Jagd und dadurch zu öfteren Ausflügen auf das Land genöthigt, liebte er doch gleich im frühesten Manesalter so wenig die Bewegung, daß er es lange nach dem Tode seines Vaters aufschob, sich von der Markgrafschaft Mähren huldigen zu lassen, ein Akt, der ihm erst die Regierung des Landes gesetzlich in die Hände gab und der sonst von Souveränen am wenigsten versäumt wird; erst dringende Mahnungen konnten ihn zu der unliebsamen Reise vermögen. Aus Spanien brachte er wohl strengere kirchliche Anschauungen mit, als man sie an seinem Vater kennen gelernt hatte, aber die Ereignisse in seinen letzten Lebensjahren so wie sein lauer Eifer in seinen jüngeren Jahren berechtigten zu der Annahme, daß diese Anschauungen viel zu wenig auf sein Gemüth einwirkten, als daß er die Neigung empfunden hätte, dem von seinem Erzieher gegebenen Beispiel aus freien Stücken nachzukommen. Die Protestanten waren nicht ohne mannigfache Besorgnisse, als Rudolf seinem Vater auf dem Throne folgte, aber wenige Jahre seiner Regierung beruhigten sie vollständig, denn hatten sie auch nicht bei ihm auf die Freundlichkeit des Vaters zu hoffen, so brauchte ihnen auch nicht vor der Strenge des Sohnes bange zu sein. Die ganze Regierung Rudolfs nahm nach allen ihren Beziehungen den Charakter einer friedlichen an, der Kaiser liebte die Ruhe, überließ die Geschäfte so weit es

*) Alberis Relationen Ser. I Vol. V S. 98.

möglich war, seinen Räthen, bahnte zwar damit Intriguen und einer unlautern Ministerwirthschaft den Weg, aber blieb dabei doch im ganzen in den von seinem Vater betretenen Geleisen. Unter solchen Umständen wäre es bald dahin gekommen, daß die Katholiken dem aggressiven Protestantismus überall unterlegen wären, hätte sich Rudolf nicht in einem Punkte, aber dies in einem sehr wesentlichen, von seinem Vater unterschieden. Ungleich diesem und offenbar hierin beherrscht von seinen spanischen Erinnerungen ertheilte er die wichtigsten Posten der Regierung nur Katholiken und zwar von der strengeren Richtung. Diese im Verein mit den unter dem Einfluße des Tridentiner Konzils reformirten Bischöfen, den Jesuiten und dem gleichgesinnten Klerus hielten den weiteren Verfall des Katholicismus ab und bewirkten eine Wiederbelebung desselben, wofür wir noch viele Belege anzuführen haben werden.

So wäre über Rudolfs Regierung oder genauer gesagt, über sein persönliches Eingreifen in die Ereignisse nahezu nichts zu berichten, wenn er im männlichen Alter dahingeschieden wäre. Was in Deutschland, was in Oesterreich vor sich ging, begann ohne seine Anregung und ging ohne seine Theilnahme vorüber; er lebte in einer Welt für sich, hatte nur seine Sorgen und seine Vergnügungen. Aber die Krankheit, welche sich seines Geistes in den letzten Lebensjahren bemächtigte und denselben verdüsterte, stürzte ihn in die gewaltsamsten Bewegungen, nöthigte ihn an denselben einen steten und persönlichen Antheil zu nehmen und damit trat er mitten auf den Schauplatz der Ereignisse, dem er sonst so ferne gestanden war. Seine Krankheit begann ungefähr um das J. 1600 und dauerte bis zu seinem im J. 1612 erfolgten Tode. Es ist unsere Absicht, theils die inneren theils die äußeren Bewegungen zu schildern, welche in Oesterreich und in den wichtigsten Ländern Europa's durch diese Krankheit entweder veranlaßt oder von ihr begleitet wurden.

Die Berichte, die wir über Rudolf aus einer Zeit besitzen, wo er im reifen männlichen Alter stand, und unter denen die venetianischen den ersten Platz behaupten, schildern seine persönliche Erscheinung als einnehmend. Er war von kleiner Gestalt, nicht unschönem Wuchs und in seinen Bewegungen ziemlich behend. Seine blasse Gesichtsfarbe, seine edel geformte Stirn, sein fein gekraustes Bart- und Haupthaar und seine großen Augen, mit einer gewissen Milde um sich blickend, verfehlten nicht, auf Alle, die ihm begegneten, einen tiefern Eindruck auszuüben. Die habsburgische Familienähnlichkeit verriet er durch größere und nach rechts hin etwas verdrehte Lippen. In seinem Auftreten lag nichts von einem herrischen Wesen; er benahm sich vielmehr scheu und etwas furchtsam, mied jede lärmende Gesellschaft und schien überhaupt keinen Theil an ge-

wöhnlichen Vergnügungen nehmen zu können; Scherze waren ihm unlieb und lachen sah man ihn nur äußerst selten, eine Eigenthümlichkeit, welche er mit seinem Bruder Ernst und mit Philipp II und III gemein hatte. Neben der Jagd unterhielt er sich auch noch mit Ballspiel und Reiten, aber je mehr er in den Jahren vorschritt, desto mehr zeigte er, daß es sich ihm bei diesen Unterhaltungen nicht um Vergnügen, sondern nur um die nöthige körperliche Bewegung handle. Bei Audienzen zeigte er sich geduldig, auch sonst war er gegen seine Umgebung wohlwollend, zugänglich im Gespräch, wenn er gleich selbst nur wenig sprach und dies wenige mit auffallender Bequemlichkeit. Er verstand mehrere Sprachen, die deutsche, lateinische, französische und einigermaßen die böhmische, namentlich war ihm aber auch das Spanische als die Sprache seiner Erziehung sehr geläufig, nichts desto weniger zeigte er für das Deutsche eine besondere Vorliebe und bediente sich derselben fast ausschließlich*).

Dem Temperament nach war der Kaiser ein Phlegmatiker, doch machte das Phlegma bei zunehmendem Alter einer immer ausgesprocheneren Melancholie Platz. Seine geistige Begabung mag nicht gering gewesen sein, denn selbst so feine Beobachter wie die venetianischen Gesandten setzte er durch die Schärfe seines Urtheils in Verwunderung und mehr als ein Gesandte war über die Kenntnisse und treffenden Bemerkungen erstaunt, welche der Kaiser bei den Verhandlungen entwickelte. Allein nicht auf die Regierung war die Leidenschaft des Kaisers gerichtet, sondern auf Beschäftigungen, die einem reichen Privatmanne allenfalls zum Ruhme gereichen mögen, von einem Kaiser aber nur auf Kosten der ihm obliegenden Aufgabe betrieben werden können. Von frühester Zeit an entwickelte Rudolf große Neigung zu den Künsten, zur Malerei, Bildhauerei, Mosaikarbeit und unter den Wissenschaften selbst beschäftigte er sich sehr viel mit Chemie und Astronomie. Während die Regierungsgeschäfte

---

*) Ha li capelli e la barba ricciuta et di colore fra il blanco et l'argentato, gli occhi grossi et bianchi, ma di guardatura benigna le labbra grosse et verso la parte destra al quanto distorte, il volto di colore tra il bianco et il pallido ma tutto pittiginoso. E più tosto di natura flemmatico et mansueto che colerico, più tosto timido che molto ardito et sopra tutto malinconico tanto, che pochissime volte si vede ridere ne si dilette molto d'altri spassi, che delle caccia del gioco della palla et del manegiar cavalli pigliandosi questi essertitii più tosto per conservarsi, che per diletto essendo S. Mta in questa parte come anco nel bere et mangiare molto temperata. E di costumi assai piaccevole benigno et affabile .... MS der kaiserlichen Hofbibliothek in Wien N. 6371. S. auch die Relation des Soranzo vom J. 1607 MS in Marciana.

eine unverweilte Erledigung bedurften, dauerte es oft Monate und Jahre, bevor er in dringenden Angelegenheiten einen Entschluß faßte; den Besuch der Sitzungen des geheimen Rathes kürzte er je weiter je mehr ab, alles nur, um sich seinen Lieblingsneigungen allein hingeben zu können. Zurückgezogen in der Burg, unterhielt er sich entweder damit, den Künstlern, welche er um sich versammelt hatte, zuzusehen, oder er zog sich in seinen Arbeitssaal zurück und beschäftigte sich daselbst in Gesellschaft eines Dieners und eines Gehilfen mit Malerei, Schnitzarbeiten, chemischen Untersuchungen oder mit dem Stellen des Horoskops. Personen, welche Gemälde und Schnitzwerke von seiner eigenen Hand gefertigt zu Gesicht bekamen, behaupteten, er habe darin eine bemerkenswerthe Geschicklichkeit an den Tag gelegt. Bei dieser Beschäftigung kann es nicht Wunder nehmen, wenn der Kaiser auch mit Leidenschaft eine Sammlung von Kunstgegenständen aller Art anlegte; kostbare Gemälde, Statuen, Juwelen, Schmucksachen, Mosaikarbeiten und Kuriositäten aus fernen Ländern wurden von ihm um jeden Preis angekauft und aus allen Gegenden strömten Kunsthändler herbei, um seinen Geschmack zu befriedigen. Selbst in den Tagen bitterer Finanznoth hatte Rudolf immer noch so viel Geld übrig, als nöthig war, um keine Gelegenheit zur Befriedigung seiner Leidenschaft vorübergehen zu lassen. Wir können hier nicht unerwähnt lassen, daß diese mit so viel Ausdauer, Geld und feinem Kunstsinn angelegten Sammlungen sich nicht des besten Schicksals erfreuten. Ein Theil kam später nach Wien und dieser hat sich erhalten; alles das aber, was in Prag zurückblieb, wurde in den stürmischen Zeiten der J. 1618—1620 eine Beute der mannigfachsten Angreifer und die Kostbarkeiten der verschiedensten Länder zerstreuten sich in dieselben noch schneller als sie in denselben gesammelt werden waren. — Mit dem Geschmack an den Künsten vereinigte sich bei Rudolf leider noch der an der Alchymie und Astrologie, diesen traurigen Auswüchsen edler Wissenschaften, worin er an einer seiner Zeit eigenthümlichen Krankheit litt. Kaum trat eine bedeutendere Person in seine Nähe und in Geschäftsverbindung mit ihm, ja verlangte sie nur eine Audienz, so wurde ihr das Horoskop gestellt und von den Resultaten desselben hing das Benehmen Rudolfs ab. Aus diesem Grunde fehlte es am Prager Hofe nie an Sterndeutern und Chemikern, denn Rudolf bedurfte ihrer bei seinen Untersuchungen. Von den erstern waren Tycho de Brahe und Kepler ehrliche Männer und erlangten unsterblichen Ruhm in ihrer Wissenschaft, während die letztern Aventuriers waren, die sich bald der Goldmacherkunst rühmten, bald wunderbare Wirkungen durch sympathische Mittel verhießen.

Rudolf war nicht verheiratet. Bald nach seiner Thronbesteigung

hieß es, er werde die Infantin Isabella, die älteste Tochter Philipps II, zur Frau nehmen und Unterhandlungen würden bezüglich dessen in Spanien gepflogen, die aber durchaus zu keinem Abschluß führen wollten, obwohl sich die Kaiserin Marie, die Witwe Maximilians, selbst ins Mittel legte. Theils mag Philipp sich nicht von seiner Lieblingstochter haben trennen wollen, theils waren die Forderungen, welche Rudolf bezüglich der Mitgift erhob und die auf nichts weniger als eines der Länder Philipps hinzielten, Ursache, daß zuletzt die Unterhandlungen ganz abgebrochen wurden. Es geschah dies, nicht ohne bei beiden Theilen eine feindselige Stimmung geweckt zu haben *), die sogar so weit ging, daß Philipp seinen Neffen im Verdachte geheimen Einverständnisses mit den Niederländern hielt und Rudolf selbst einiges that, um diesen Verdacht noch zu bestärken. Einige Zeit darauf trat der Kaiser in ein vertrautes Verhältniß zu der natürlichen Tochter seines Antiquars Strada, aus welcher Verbindung seine natürlichen Kinder, sechs an der Zahl, drei Söhne und drei Töchter, ihr Dasein herleiten **). Ihr Schicksal wird uns später noch beschäftigen.

Als Ferdinand I mit seinen deutschen Besitzungen die Königreiche Ungarn und Böhmen vereinte, dachte er nicht entfernt an die Möglichkeit, daß damit ein neues Großreich geschaffen werden könnte, welches der politischen Selbstständigkeit der einzelnen Theile ein Ende machen würde. In seiner Person vereinte sich die Herrschaft über drei durch Sprache, Verfassung und Geschichte geschiedene Ländergebiete; er allein gab das vermittelnde Element zwischen ihnen ab, denn in Böhmen, Ungarn und Oesterreich trat in der Verfassung nicht die geringste Aenderung ein und jedes einzelne dieser Länder regierte sich in so exklusiv nationaler Weise wie früher. Bei diesem Charakter der ersten österreichischen Regierung ist es begreiflich, daß Ferdinand bei seinem Ableben den größten Theil der deutschen Besitzungen seinen jüngern Söhnen vermachte, während der älteste vorzüglich auf Ungarn und Böhmen angewiesen war. Eben so wenig wie Ferdinand dachte Maximilian II an eine Amalgamirung der ihm unterthanen Länder und würde er dies auch gewollt haben, so wäre er gewiß durch die Einsprache der Stände daran gehindert worden. Denn Ungarn und Böhmen wachten mit strenger Sorgfalt darüber, daß

---

*) Alberis Relationen I. 5. S. 369, 431, 467.

**) Ancel an Villeroy ddo. 25. Februar 1602. MS in der kaiserlichen Bibliothek in Paris, Collection Harlay. Ancel nennt den Vater der jungen Dame Monsieur Strada. Aus den Citaten des Kritikers der Wiener kathol. Literaturzeitung 1862 Nr. 34 ersehen wir, daß Strada Antiquar des Kaisers gewesen sei.

keine Angelegenheit der ungarischen oder böhmischen Krone von Jemandem Andern entschieden oder auch nur mitberathen werde, als wer nach der Verfassung dazu berechtigt war, also von den Ständen und Räthen der betreffenden Krone allein. Aber die Macht der Dinge ist größer als alle Vorsicht der Menschen, wenn sie gegen die Natur der Verhältnisse ankämpft. Die Staatsgewalt war in den Zeiten des feudalen Staates nicht so von der Person des Herrschers getrennt, wie dies heutzutage der Fall ist, wo jede Aeußerung derselben nur durch verfassungsmäßig bestimmte Behörden vor sich geht. Die Staatsgewalt ist jetzt zu einer künstlichen Maschinerie geworden, welche der Regent nur leiten kann, wenn er sich den durch die Beschaffenheit derselben gegebenen Bedingungen fügt. Im 16. Jahrhundert war die königliche Gewalt selbst in den Staaten, wo die Stände eine große Bedeutung hatten, ein persönliches Recht, zu dessen Handhabung dem Könige ein weiter Spielraum gelassen wurde. Weder Böhmen noch Ungarn noch Oesterreich wollten eine Amalgamirung ihrer Verhältnisse, jedes wahrte eifersüchtig seine Selbstständigkeit und doch brachte der Umstand, daß sie vereint unter demselben Herrscher standen, Einrichtungen zu Wege, die sie anfangs gar nicht bekämpften, weil sie deren Tragweite nicht begriffen, die unmerklich, aber nur um desto sicherer, ihre staatliche Selbstständigkeit untergruben und eine Auflösung des neugeschaffenen Reiches unmöglich machten. Das Folgende wird dies erklären *).

Bei den steten Kriegen gegen die Türken sahen sich die österreichischen Herrscher dauernd genöthigt, auf die Organisirung des Heerwesens bedacht zu sein. Die ständischen Aufgebote reichten nicht mehr hin, seit die Einübung der Truppen und die Kriegführung selbst zu einer Wissenschaft geworden war, seit das Festungswesen eine große Rolle spielte und eine tüchtige Artillerie etwas mehr als einige in der Eile ausgehobene Ackerknechte erforderte. Die Türken waren in dieser Beziehung ganz trefflich eingeschult und es blieb sonach selbst für so friedliche Herrscher, wie Ferdinand, Maximilian und Rudolf nichts übrig, als es ihnen wo möglich gleichzuthun.

---

*) Wir bemerken hier, daß die nachfolgende Schilderung des kaiserlichen Hofhalts und namentlich der finanziellen Verhältnisse der Zeit von 1580 angehörig ist. Die Quelle ist uns hiebei eine venetianische Relation, MS der Hofbibliothek in Wien Nr. 6371. — Sämmtliche Hofämter, wie sie unten werden aufgezählt werden, bestanden schon unter Ferdinand I; von den vier Aemtern oder Rathskollegien, die wir hier gewissermaßen als Reichsämter anführen, bestanden die Hofkammer, der Hofkriegsrath und der Reichshofrath auch zu Ferdinands I Zeiten, der geheime Rath oder Staatsrath hatte aber noch nicht die Ausbildung wie unter Rudolf II. Man sehe die venetianischen Relationen bei Alberi I Serie Vol. 2 und 3 nach.

Mit Hilfe der Einkünfte aus ihren Gütern, der Geldbeiträge der Stände und sonstiger in der Fremde erlangter Geldunterstützungen konnten diese Kaiser eine Anzahl Regimenter ausrüsten und im Stand halten, welche den Kern eines Heeres abgaben, das sich, wenn es Noth that, aus den Hilfstruppen und Aufgeboten der einzelnen Provinzen ergänzte. Die Grenzfestungen in Ungarn gegen die Türken wurden nachgerade nicht mit ungarischen sondern mit kaiserlichen Truppen besetzt und bildeten so die Wiege und Schule für eine Armee, welche weder ungarisch, noch böhmisch, noch österreichisch, sondern im strengsten Sinne des Wortes kaiserlich war. Die gemeinsamen Angelegenheiten des kaiserlichen Heerwesens wurden von einem Hofkriegsrath geleitet, der in der Residenz des Kaisers, also bei Rudolf in Prag, seinen Sitz hatte. Die Hofkriegsräthe waren im Anfang nichts anderes als Gehilfen des Kaisers; die Verhältnisse machten aber aus ihnen eine österreichische Reichsbehörde, lange bevor man noch an die Möglichkeit eines österreichischen Staates dachte. Gegen das Ende des 16. Jahrhunderts zählte der Hofkriegsrath sechs Mitglieder, einer von ihnen, welcher 1500 fl. Gehalt hatte, scheint, wenn auch nicht den Titel eines Präsidenten geführt, doch dessen Funktionen versehen zu haben; die übrigen bekamen einen Gehalt von 600 fl.

Mehr noch als der Hofkriegsrath dehnte die Hofkammer ihre Thätigkeit über das ganze Reich aus. Sie bestand aus einem Präsidenten mit 1200 fl. Gehalt und neun Mitgliedern mit 800 fl. Gehalt. Ihre Aufgabe war die Berechnung sämmtlicher Einkünfte des Kaisers, die ihm, da als König, dort als Markgrafen, da wieder als Erzherzog gehörten und an ihn von den königlichen Kammern von Ungarn, Böhmen, Mähren und überhaupt aller ihm unterthanen Länder abgeführt wurden. Neben der kaiserlichen Hofkammer hatten die einzelnen Länder ihre besonderen Rechnungskammern, welche die Finanzen derselben verwalteten; die Hofkammer war allein für den Kaiser und sein Finanzwesen da. Ihre Bedeutung tritt dadurch noch mehr an den Tag, daß sie nicht bloß die Einkünfte des Kaisers einsammelte, sondern auch seine Ausgaben zu berechnen und zugleich die Mittel anzugeben hatte, durch welche die Mehrausgaben gedeckt werden sollten. Auch beriet sie zuerst über die finanziellen Vorlagen, welche der Kaiser den einzelnen Landtagen machte oder über die Steuerforderungen, welche er da erhob. Da Rudolf um diese Zeit nicht allein seine Einkünfte aus seinen Besitzungen bezog, sondern Beträchtliches aus Deutschland an ständigen Einnahmen oder an periodischen Reichssteuern erhielt, da endlich die Bezüge aus Italien noch nicht ganz erloschen waren, schließlich auch der Papst und Spanien dem Kaiser beträchtliche Geldsummen schenkten, welche alle in die Kasse der

Hofkammer floßen, so ergibt sich daraus der weite Umfang ihres Geschäftskreises*). Endlich gehörte auch noch die Ordnung und Bezahlung der kaiserlichen Schulden in ihr Ressort.

Der Reichshofrath war eine Behörde, deren Ursprung bereits in die Zeiten Kaiser Maximilians I zurückreicht. Es war dies anfangs ein Gericht, welches er für seine Erblande errichtet hatte, dessen er sich aber später als eines deutschen Reichsgerichtes bediente, das auch als solches in Deutschland anerkannt wurde. Der Reichshofrath blieb aber nicht eine bloße Justizbehörde, sondern diente nachgerade auch den Kaisern als ein berathendes Kollegium, vor welches die gesammten deutschen und später auch die italienischen Angelegenheiten gewiesen waren. Da in Ungarn der Reichshofrath keine Jurisdiktion ausüben konnte und in Böhmen faktisch keine ausübte, so stand er verhältnißmäßig den früher genannten Rathskollegien an allgemeiner Bedeutung für Oesterreich nach. Er war sehr stark besetzt; um 1580 zählte er 31 Mitglieder, deren Gehalt verschieden nach dem Rang war, den sie darin einnahmen und zwischen 600–2000 Gulden schwankte. Präsident des Reichshofrathes war der Kurfürst von Mainz als Reichserzkanzler, aber da er nicht selbst fungirte, hatte er das Recht einen Stellvertreter, den Vicekanzler, zu ernennen und dieser leitete dann die Geschäfte.

Das vierte Rathskollegium, das dem Kaiser zur Seite stand und welches an Wichtigkeit alle anderen überragte, war der geheime Rath, gewissermaßen die älteste Form des österreichischen Ministeriums. In denselben wurden die wichtigsten Personen am kaiserlichen Hofe berufen: der Obersthofmeister, der gewöhnlich die Stelle des Präsidenten versah, der Reichsvicekanzler und einige wenige Personen von Rang, die das besondere Vertrauen des Kaisers genoßen. Seine Mitglieder waren meistens Deutsche, nur selten wurden Böhmen oder Ungarn in denselben gezogen, doch fehlten sie nie darin. Unter Rudolf gehörten nach einander in denselben die Kanzler von Böhmen Wratislaw von Pernstein und später Zdenko Popel von Lobkowitz. In den Geschäftskreis des Geheimrathes gehörte alles, was der Kaiser demselben zuzuweisen beliebte, natürlich vor allem die Leitung der auswärtigen Politik und alle Angelegenheiten, zu deren Entscheidung die Initiative des Kaisers gehörte. In den besseren Jahren seiner Regierung wohnte Rudolf den

*) Im weitern Verlauf der Erzählung werden wir einen genauen Nachweis über diese verschiedenen Einkünfte des Kaisers, namentlich was Deutschland betrifft, liefern; die ständigen Einkünfte von daher waren sehr gering, desto bedeutender aber der Ertrag der Türkenhilfen von 1591–1603.

Sitzungen der sämmtlichen eben genannten Rathskollegien regelmäßig bei; später beschränkte er seine Theilnahme an den Staatsgeschäften fast nur auf einen unregelmäßigen Besuch des Geheimrathes. Die Gehalte der Mitglieder desselben waren verschieden und bloß eine Ergänzung zu den Bezügen, welche dieselben von den ihnen sonst eigenthümlichen Aemtern bezogen; im ganzen entschied dabei kaiserliche Gunst, die Einzelne mitunter mit großen Geldsummen bedachte.

Als Ergänzung der durch die vier Rathskollegien repräsentirten gewissermaßen allgemeinen Verwaltung von Oesterreich kann man noch das kaiserliche Gesandtschaftswesen ansehen, denn mit dem Moment, wo ein und derselbe Herrscher in Pest, Wien und Prag gebot, hörte die Entwicklung einer selbstständigen ungarischen und böhmischen Politik auf und machte einer persönlichen Politik seiner Herrscher Platz, die sich nach und nach zu einer dynastischen ausbildete.

Rudolf unterhielt nur wenige Gesandtschaftsposten und zwar dort, wo sie wegen des täglichen Geschäftsverkehres unumgänglich nothwendig waren, nämlich in Madrid, Rom, Venedig und Konstantinopel. Die Gesandten in Rom und Madrid bekamen jährlich 9000 Gulden, der in Venedig 6000 und der in Konstantinopel 12000. Weder in Polen noch in Frankreich und England, noch auch an den kleinen deutschen und italienischen Höfen hielt Rudolf die Unterhaltung von Gesandtschaftsposten für nöthig, wogegen es in Prag, namentlich um das J. 1600, an diplomatischen Agenten aller nur irgendwie bedeutendern Fürsten wimmelte. Während Rom, Venedig, Spanien und Frankreich um diese Zeit und namentlich seit Heinrich IV auf gute diplomatische Verbindungen das sorgsamste Auge hatten, stand man am kaiserlichen Hofe weit hinter dem Bedürfnisse der Zeit zurück und sah in einem Theil der Gesandten nur Spione, welche mit den malkontenten Ständen dieser oder jener Provinz Verbindungen anzuknüpfen suchten. Diese Anschauung war wohl völlig richtig, aber die österreichischen Herrscher gaben nicht unwichtige Vortheile aus der Hand, indem sie nicht frühzeitig genug dieselben Waffen gegen ihre Gegner zu gebrauchen wußten.

Während die genannten Rathskollegien und das Gesandtschaftswesen zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten bestimmt waren, besorgten fünf oberste Hofwürdenträger den kaiserlichen Haushalt. Der erste unter ihnen, der oberste Hofmeister, war die bedeutendste Person am Hofe, neben dem Präsidium des geheimen Rathes hatte er die Leitung des wichtigsten Theiles des Haushaltes. In sein Ressort gehörte die kaiserliche Küche, das Jagdwesen, die Leibgarde und die Kapelle. Die Ausgaben für alle in der Küche, im Keller und bei der kaiserlichen Tafel als

Aufwärter angestellten Personen, von denen die meisten Edelleute waren, beliefen sich jährlich auf 33272 Gulden. — Die Leibwache bestand aus 130 Bogenschützen zu Pferde und 120 Hellebardieren und der Sold für dieselben betrug, die Kapitäne mit eingeschlossen, jährlich 36720 Gulden. — Die kaiserliche Kapelle zählte einen Prediger, zwei Almoseniere, sechs Kapläne und für die Verherrlichung des Gottesdienstes eine Anzahl von Sängern und Musikern; die Auslagen für sie betrugen 9976 fl. — Mit den Ausgaben für das Jagdpersonale, welche sich im Jahre auf 5684 fl. beliefen, betrugen die vom Obersthofmeisteramt ausgezahlten Gehalte jährlich 85652 fl. ungerechnet die Bezüge des Obersthofmeisters selbst.

Die Auslagen für die kaiserliche Kanzlei*), welche unter einem Kanzler stand und von welcher neben anderem auch die diplomatische Korrespondenz besorgt wurde, betrugen jährlich 17496 fl.

Der Obersthofmarschall hatte die Gerichtsbarkeit am kaiserlichen Hoflager unter seiner Obsorge; er hatte über den Burgfrieden zu wachen und Streitigkeiten zu entscheiden, welche am Hofe vorkamen. Die Ausgaben für ihn und sein Dienstpersonal betrugen jährlich über 16000 fl.

Der Oberstkämmerer, die ihm unterstehenden Kämmerer und das sonst ihm zugehörige Dienstpersonale hatten die Wache in den kaiserlichen Gemächern. Sie führten die Audienzsuchenden beim Kaiser ein. Die jährliche Ausgabe für das Oberstkämmereramt ist uns nicht genau bekannt, sie dürfte aber keineswegs die für das Obersthofmarschallamt überstiegen haben.

Die Dienstleistungen des Oberststallmeisters sind zunächst durch seine Benennung bezeichnet; neben der Obhut über den kaiserlichen Stall hatte er aber noch die Aufsicht über die kaiserliche Rüstkammer, über die Pagen und Trompeter zu führen. Die Ausgaben für dieses Hofamt betrugen jährlich 11544 fl.

In dem Hofstaate des Kaisers prägte sich am meisten der gemischte Charakter des Reiches aus, welches er beherrschte. Es fanden sich in demselben Ungarn, Böhmen, Deutsche und Italiener vor, vorherrschend jedoch waren die beiden letztern Nationalitäten vertreten.

---

*) Ich gestehe, daß ich mir die Stellung der kaiserlichen Kanzlei nicht deutlich genug machen kann. Nach dem italienischen Berichterstatter, dem ich in der Schilderung des Hofwesens folgte, scheint es, als ob die gesammte Expedition des geheimen Raths, des Reichshofraths u. s. w. von dieser kaiserlichen Kanzlei aus besorgt worden wäre und als ob der Reichsvicekanzler zugleich der Vorstand oder Kanzler der kaiserlichen Kanzlei gewesen wäre.

Alle Ausgaben des Kaisers für die hier angedeuteten Aemter, weiter die Auslagen für Getränke und Lebensmittel im kaiserlichen Haushalte, einige Gehalte für das Personal der Statthalterschaft in Ungarn und Oesterreich, der Tribut und die Geschenke, welche jährlich nach Konstantinopel zu zahlen waren, endlich die Kosten für die Artilleriearsenale wurden um das Jahr 1580 mit 613.380 fl. berechnet. Die Kosten des in den ungarischen Grenzfestungen untergebrachten Heeres, welches man auf 20.000 Mann berechnete, wurden mit 1,500.000 fl. angeschlagen. Schließlich hatte der Kaiser noch die Interessen der von seinem Vater hinterlassenen Schuldenlast, die sich auf 12 Millionen Gulden belief und mit 5—15 Procent verzinst wurde, zu zahlen. Die Verwaltung der einzelnen Länder selbst verursachte dem Kaiser nicht die geringsten Auslagen, denn diese wurden von den Einwohnern selbst bestritten. Die Einkünfte, welche Rudolf von seinen Ländern aus den gewöhnlichen Steuern bezog, berechnete man im J. 1607 auf 3 Millionen Gulden, sie dürften also im J. 1580 kaum geringer gewesen sein*). Sie reichten gerade hin, um die Kosten des Hofstaates, der kaiserlichen Verwaltung und die Interessen für die Schulden zu decken; jede andere Ausgabe, namentlich für das Heerwesen, konnte nur durch Kontrahirung neuer Schulden und durch außerordentliche Hilfsmittel, die wir in Detail später kennen lernen werden, gedeckt werden. Aber wir müssen schon hier erwähnen, daß das Finanzwesen des neuen Großstaates die traurigste Seite desselben war, denn das österreichische Reichsbudget kannte vom J. 1591 an bis 1607 zu seiner größern Hälfte keine andere als zufällige Deckungen; Ungarn, Böhmen und das Erzherzogthum Oesterreich sonderten ihre Finanzen streng von den, man kann sagen, an die alleinige Person des Kaisers geketteten Reichsfinanzen. Man glaube aber nicht, daß es diesen Ländern darum besser erging. Sie waren eine Vereinigung eingegangen, welcher sie mit Unrecht auch dann noch fremd bleiben wollten, als sie unvermeidliche Konsequenzen bereits im Gefolge hatte. Die eifersüchtige Hütung der einzelnen Landesverfassungen reichte nicht mehr zu dem gewünschten Zwecke aus; sollten dieselben in der That unverletzt erhalten bleiben, so war es nothwendig, daß man daran dachte, dem gesammten Reiche auch eine eigene Verfassung zu geben, an der die Kaiser zwar eine Schranke aber auch eine Stütze gefunden hätten. Wir werden sehen, wie dieser Gedanke von einigen der edelsten Männer aufgegriffen wurde und wer Schuld daran gewesen, daß er nicht durchgeführt ward.

---

*) Soranzo, Relation vom Jahre 1607, MS der Marciana.

III

Werfen wir noch einen Blick auf die drei Linien der deutschen Habsburger, die österreichische, tiroler und steirische, wie sie durch Ferdinands I Ländertheilung begründet worden waren.

Maximilian II, der älteste Sohn Ferdinands und der Stammvater der österreichischen Linie, hinterließ nach seinem Tode eine Wittwe 1576
mit sechs Söhnen und drei Töchtern. Alle Zeitgenossen sind darin einig, die eingezogene Lebensweise der Kaiserin-Wittwe Maria, ihre Frömmigkeit und ihre Freigebigkeit gegen die Armen, welche sie oft in Geldverlegenheit stürzte, zu bewundern. Nichtsdestoweniger war selbst diese fromme Dame nicht frei von weltlichem Ehrgeiz. Nach dem Tode ihres Gemahls wollte sie nach dem Beispiele französischer Königswittwen einen Antheil an der Regierung der österreichischen Länder haben, aber die Unfreundlichkeit ihres ältesten Sohnes vernichtete schnell alle Illusionen, die sie gefaßt hatte. Theils in der Erwartung, daß es ihr in Spanien, wo ihr Bruder herrschte, besser gehen dürfte, theils in der Absicht, dort die Interessen ihrer Söhne zu vertreten, vertauschte sie im Geleite ihrer Tochter Margaretha den Aufenthalt in Wien mit dem in Madrid und ließ sich da in einem Karmelitenkloster nieder. Allein welche Erwartungen und Absichten sie auch immer hegen mochte, sie sah sich in allem getäuscht, denn Philipp II war nicht der Mann, der mit irgend einem Sterblichen freiwillig seine Gewalt theilen mochte oder sich in seinen Entschlüssen von Verwandten, mochten sie ihm noch so nahe stehen, bestimmen ließ. Die Kaiserin wurde wohl in Spanien mit aller Courtoisie behandelt, aber ihr Einfluß reichte nie viel weiter als die Klostermauern, in die sie sich eingeschlossen hatte*). Sie lebte da bis zu ihrem im Jahre 1603 erfolgten Tode.

Maximilians II ältesten Sohn Rudolf haben wir kennen gelernt. Ernst, der zweite, war frühzeitig nach Spanien zur Erziehung geschickt worden und konnte sich nach dem Tode des Don Carlos Hoffnung machen, mit der Hand der Prinzessin Isabella dereinst die spanische Monarchie zur Mitgift zu erhalten. Philipp II war dem Erzherzog nicht ungeneigt, bediente sich seiner in mancherlei Angelegenheiten und übertrug ihm zuletzt die Statthalterschaft in den Niederlanden, auf welchem Posten Ernst nach kurzer und nicht besonders erfolgreicher Thä-

*) Relationen von Alberi, Spagna 1, 5 S. 366 und 426, dann die Relationen des 17. Jahrhundertes, Spagna S. 163.

1594 tigkeit starb. Einige Zeit hatte er auch seinem Bruder als Statthalter von Oesterreich gedient.

Mathias, der dritte Sohn, war in Deutschland unter den Augen seines Vaters aufgewachsen und zeichnete sich durch dieselbe Leutseligkeit wie dieser aus. Ueberdrüßig einer thatenlosen Zurückgezogenheit, von seinem Ehrgeiz und einigen falschen Freunden übel berathen, war er als junger Mann ohne Vorwissen seines Bruders nach den Niederlanden entwichen und hoffte durch seine persönlichen Eigenschaften daselbst zu erreichen, was Philipp II durch Waffengewalt nicht erreichen konnte, nämlich die Pacification der Niederlande und vielleicht auch die Herrschaft über dieselben. Nach kurzer Zeit sah er jedoch ein, daß diejenigen Niederländer, welche ihn zu diesem abenteuerlichen Schritte beredet hatten, sich seiner nur als Deckmantel für ihre eigenen Bestrebungen bedienen wollten, und er zog sich (1580) beschämt über sein unreifes Unternehmen, bei dem er zwei unvereinbare Dinge, nämlich die Billigung Philipps und die Gunst der Niederlande zu vereinen gehofft hatte, wieder in die Heimat zurück. Seine Mutter verhalf ihm nach einiger Zeit zu einem freundlichen Verhältniß mit Rudolf, den er durch sein eigenmächtiges Vorgehen beleidigt hatte, und dieser ernannte ihn später zum Statthalter von Oesterreich und ertheilte ihm auch zeitweise den Befehl über die kaiserlichen Truppen in Ungarn.

Maximilian, der vierte Sohn, war ebenfalls in Deutschland erzogen worden und hatte sich seiner Zeit um den polnischen Thron beworben, war aber dabei von den Anhängern des schwedischen Prinzen Sigismund überstimmt und im Kampfe gegen dieselben geschlagen worden. Von da an leistete er bald als Anführer kaiserlicher Truppen gegen die Türken bald als Vormund der minderjährigen steirischen Prinzen seinem Hause wichtige Dienste, bis er endlich im J. 1595 nach dem Erlöschen der tiroler Linie die Verwaltung von Tirol übernahm und mit dieser später noch die des Elsasses vereinte. Er war zugleich Hoch- und Deutschmeister. Ohne persönlichen Ehrgeiz wachte er sein ganzes Leben über für die Interessen seiner Familie und trug vielleicht durch seine Uneigennützigkeit, mit der er zuletzt auf seine Erbansprüche zu Gunsten Ferdinands von Gratz verzichtete, mehr zu dessen endlichem Siege bei als Spanien mit seinen großartigen Subsidien.

Erzherzog Albrecht, der fünfte Sohn, war ursprünglich zum geistlichen Stand bestimmt und erlangte auch bereits in seinem 18. Lebensjahre den Kardinalshut. Philipp II, bei dem der Prinz einen Theil seiner Jugend verbracht hatte, gewann ihn besonders lieb, übertrug ihm durch einige Zeit die Statthalterschaft von Portugal und verlieh ihm zu-

letzt das Erzbisthum Toledo mit seinem fürstlichen Einkommen. Als hierauf der König die Trennung der Niederlande von Spanien zur Erreichung eines allgemeinen Friedens für nothwendig hielt und mit denselben seine älteste Tochter ausstatten wollte, gab er dieselbe dem Erzherzog, der auf seine geistlichen Würden verzichtete, zur Frau*). Die Infantin hatte unter diesen ewigen Zögerungen bereits ein Alter von 32 Jahren erreicht. Albrecht ward ein friedliebender Herr und ohne persönlichen Ehrgeiz; vielleicht rührte beides von seiner schwachen körperlichen Beschaffenheit her, die ihn häufigen Krankheitsanfällen aussetzte. In den Niederlanden bemühte er sich redlich, wenn auch mit geringem Erfolge, um die Herbeiführung eines dauernden Friedensstandes.

Erzherzog Wenzel, der sechste Sohn starb bereits zwei Jahre 1570
nach seinem Vater in einem Alter von 17 Jahren. — Von diesen sechs Prinzen der österreichischen Linie lebten im J. 1600 nur noch vier, und da alle sich in einem höhern Alter befanden, so lag bereits die Vermuthung nahe, daß die Herrschaft über alle Länder der deutschen Habsburger über kurz oder lang an die steirische Linie kommen würde.

Von den Töchtern war die älteste Anna im Alter von 21 Jahren mit Philipp II, ihrem Oheim, verheiratet worden und gebar ihm den spätern Erben Philipp III. Diese Heirat erlangte für die weitern Schicksale der österreichischen Monarchie eine nicht geringe Bedeutung, denn der Sprosse derselben machte, da sämmtliche männliche Nachkommen Maximilians II kinderlos waren, Ansprüche auf die Königreiche Ungarn und Böhmen und trat so als Rival Ferdinands von Gratz auf. So wenig er für seine Forderungen eine rechtliche Grundlage hatte, da Anna feierlich vor der Ehe auf alle Erbansprüche verzichtet hatte, Ungarn eine Wahlkrone war und in Böhmen seit jeher die Frauen allen männlichen Nachkommen der regierenden Dynastie nachstanden, so mußte doch Ferdinand die Ansprüche Philipps III durch mancherlei Versprechungen und durch die Abtretung des Elsasses abkaufen**).

---

*) Die Heirat fand jedoch erst 1599 einige Monate nach Philipps II Tode statt.

**) Die Verhandlung, welche wegen der Ansprüche Philipps III auf die Kronen von Ungarn und Böhmen geführt wurden, begannen im Jahre 1613 zwischen Mathias und Ferdinand einerseits und den Gesandten Philipps III andererseits. Einige Andeutungen darüber gab schon Khevenhiller und sie haben mit Recht in neuerer Zeit Aufsehen erregt. Erst Hurter brachte aus dem Wiener Staatsarchiv nähere Details bei, aber alles dies wird durch die im Archiv von Simancas befindlichen Korrespondenzen überboten. Ferdinand hatte sich nach diesen verpflichtet, seiner Zeit den Elsaß an Spanien abzutreten, und wenn er Kaiser werden würde, Philipp III und seine Nachfolger mit allen Reichslehen in Italien, welche erledigt werden würden, zu be-

Die zweite Tochter Isabella, eine Dame von großer Schönheit, war mit Karl IX von Frankreich verheiratet worden, der sie die tugendhafteste Frau der ganzen Welt nannte. Es ist natürlich, daß sie bei einer solchen Beschaffenheit völlig vereinsamt an dem galanten französischen Hofe stand und auch nicht den leisesten Antheil an den Gräueln der Bartholomäusnacht hatte. Nach dem Tode ihres Gemahls fühlte sie sich unheimlich in Frankreich und zog sich nach Oesterreich zurück, wo sie von ihren Einkünften dem Wohlthun lebte. Philipp II bot ihr nach dem Tode seiner vierten Gemahlin, ihrer Schwester Anna, die Hand an, aber sie verschmähte dieselbe trotz des Zurathens ihrer Mutter und ihrer Brüder und erklärte, sie wüßte kein Beispiel, daß eine königliche Wittwe von Frankreich geheiratet hätte und wolle auch nicht zuerst dasselbe geben. Sie starb im J. 1592. In ihrem Gefolge befand sich ein unscheinbarer burgundischer Edelmann, Saint-Hilaire mit Namen, der nach ihrem Tode auch ferner seiner neuen Heimat treu blieb und in die Dienste des Kaisers trat, um später an der Spitze eines Reiterregiments Ferdinands II Retter zu werden, als dieser in der Wiener Burg den Angriffen der Protestanten zu unterliegen in Gefahr war. So sonderbare Zufälle müssen oft walten, um von weiter Ferne einen Mann zu holen, der für eine That gleichsam prädestinirt erscheint*).

---

lehnen und endlich hatte er, mit Ausschluß seiner eigenen Brüder und ihrer männlichen Nachkommen, das Erbrecht auf ganz Oesterreich der männlichen spanischen Linie vor der eigenen weiblichen (falls seine männliche Nachkommenschaft erlöschen würde) zugestanden. Dieser geheime Vertrag ward im J. 1617 ohne Mathias' Vorwissen abgeschlossen und sollte, sobald Ferdinand zur Regierung in Ungarn und Böhmen gelangt sein würde, bezüglich der Artikel, welche die Erbfolge bestimmten, als Staatsgrundgesetz publizirt und in die Landtagsabschiede dieser Länder einverleibt werden. Wer nur einige Einsicht in die ungarischen und böhmischen Verhältnisse hat, wird begreifen, daß Spanien Ferdinand Zugeständnisse abgerungen hatte, welche dieser weder zu thun berechtigt war, noch auch erfüllen konnte. Waren Böhmen und Ungarn Wahlreiche, so war der Vertrag an und für sich ungiltig, waren sie Erbreiche, so hatte unbedingt die deutsche männliche und weibliche Linie der Habsburger den Vorzug vor der spanischen. Wir können uns über diesen Gegenstand hier nicht weiter auslassen und bemerken nur noch, daß Philipp IV später selbst das Unausführbare des Vertrags einsah, von einem Theil der Verpflichtung Ferdinand ausdrücklich entband und den andern Theil mit Stillschweigen überging. Die von uns zu edirenden Korrespondenzen von Simancas aus den Jahren 1613—1617 und 1624—1628 werden darüber alles nöthige Licht verbreiten.

*) Hurter hat in seiner Geschichte Ferdinand II die Behauptung aufgestellt, Saint-Hilaire sei kein Franzose sondern ein Deutscher, Namens Santhil-

Margaretha, die dritte Tochter und stete Gefährtin ihrer Mutter, verbrachte ihr Leben in einem Karmelitenkloster in Madrid und starb da im J. 1633.

Die Tiroler Linie war durch Ferdinand, den zweiten Sohn Kaiser Ferdinands I, begründet worden, erlosch aber bereits mit diesem Erz- 1594
herzog, da die zwei Söhne, welche ihm seine erste Gemahlin Philippine Welser geboren hatte, nicht successionsfähig waren. Es waren dies der Kardinal Andreas von Oesterreich, welcher im J. 1600 starb und der Markgraf von Burgau, der trotz seiner zweifachen Ehe auch keine Nachkommen hinterließ. In der zweiten Ehe wurden dem Erzherzog zwei Töchter geboren, Anna, die spätere Gemahlin Kaiser Mathias' und Anna Katharina, welche ihr Leben im Kloster zubrachte und beschloß.

Die steirische Linie, welche mit Ferdinand II wieder den gesammten Besitz der deutschen Habsburger vereinen sollte, leitete ihren Ursprung von Karl, dem dritten Sohne Ferdinands I her. Erzherzog Karl war mit Marie einer Schwester Herzog Albrechts V von Baiern vermählt, einer Dame von großem kirchlichem Eifer und bewunderungswürdiger Lebenserfahrung und Klugheit. Nach dem frühzeitigen Tod ihres Gatten leitete sie die Erziehung ihrer Kinder, von denen der älteste Sohn geb.
Ferdinand, später als Kaiser der zweite dieses Namens, eine so be- 1578
deutende Rolle in den allgemeinen Ereignissen spielte. In seiner Bildung und seinen Lebensansichten schloß er sich in vielfacher Beziehung an seinen Zeitgenossen und Vetter, den Herzog Maximilian von Baiern an. Beide waren Zöglinge der Jesuiten, beide vertraten mit dem Eifer eines Philipp II aber mit mehr Klugheit und Schonung die katholische Kirche und beide entwickelten in der Beurtheilung der allgemeinen Verhältnisse, so weit ihr Vortheil damit in Zusammenhang stand, einen bewunderungs-

---

lier, gewesen, dessen Name zu der falschen Vermuthung über seinen Ursprung Veranlassung geboten habe. Dem ist nun nicht so und Saint-Hilaire ist thatsächlich ein Franzose burgundischer Abstammung gewesen. Wir erfahren dies aus zwei Briefen des französischen Agenten in Wien, Grafen Wahlenberg (1624–1628), welche sich beide im Original im Archiv des französischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten befinden. Antriche Vol. 13. In diesen Briefen erzählt Wahlenberg, Saint-Hilaire, der mit der Königin Elisabeth in Oesterreich eingewandert sei, sei gestorben und habe zwei Söhne hinterlassen, von denen der eine in Frankreich der andere aber bereits in Oesterreich geboren sei. Da nun der letztere nicht nach französischen Gesetzen in Burgund die Güter des Vaters miterben könne, so ersuche er (Wahlenberg), der König möge für ihn eine Vergünstigung eintreten lassen, für welche derselbe in Oesterreich auf mancherlei Weise dankbar sein könnte.

würdigen Scharfblick. Maximilian von Baiern war der an Geist begabtere, aber bei ihm treten alle die bezeichneten Eigenschaften weniger hervor, denn seine Bedeutung war durch die engern Grenzen seines Gebietes beschränkt, desto mehr aber bei Ferdinand. Schon als junger Mann und dies war er in der Zeit, von welcher wir reden, sah er die Sache des Protestantismus kaltblütig als eine politische Angelegenheit an, und weil er von dem Erstarken desselben das Verderben seines Hauses befürchtete, so verfolgte er ihn unnachsichtlich überall, wo er ihm begegnete, vermied es jedoch immer, daß der Kampf eine wilde Härte annehme. Die Protestanten haben diesem Prinzen vom Anfang an nicht getraut, sie haben ihn gehaßt und frühzeitig mit dem Rufe eines zweiten Philipp bedacht. Ferdinand vergalt es ihnen reichlich. Gegen Männer wie Heinrich IV, den Fürsten Christian von Anhalt und den Prinzen von Oranien, welche lange voraus den Kriegsplan gegen das Haus Habsburg erwogen, bevor sie ihn in Ausführung brachten, war Ferdinand der einzig ebenbürtige Gegner, weil er eben so lange voraus schon auf die Vertheidigung bedacht war. Doch wir dürfen den Ereignissen nicht vorgreifen, die diesen Prinzen am besten charakterisiren werden. — Von den Brüdern Ferdinands spielte nur Erzherzog Leopold eine bedeutendere Rolle; wir werden ihn tief in die Schicksale Rudolfs verflochten sehen. Von den Schwestern war eine, Margaretha, an Philipp III verheiratet, eine andere, Christine, an den Fürsten von Siebenbürgen; Anna und Constantia folgten einander als Gemahlinnen Sigismunds III von Polen, Maria Magdalena endlich wurde später mit dem Großherzog von Toskana vermählt.

Sieht man von der politischen Thätigkeit der Habsburger ab und vergleicht ihr Privatleben mit dem ihrer Antagonisten, der Valois und Bourbons, so ergibt sich ein interessanter Unterschied. In Frankreich übersprudelnde Fröhlichkeit und Genußsucht, die nur zu häufig zur Liederlichkeit ausartete, im ganzen ein Leben voller Liebesintriguen, sowohl bei den Prinzen wie bei den Prinzessinnen, Uneinigkeit im königlichen Haus, dessen Mitglieder an der Spitze der Parteien sich mit den Waffen in der Hand bekämpfen. Von allem diesem zeigt das Hofleben in Madrid, Wien, Gratz und Prag nichts*). Wirkte vielleicht noch die düstere Gemüthsanlage der Infantin Juana in ihren Nachkommen nach, oder war es der fortdauernde Kampf mit den Protestanten und Türken, der die Habsburger ununterbrochen in so große Gefahren versetzte, daß die

*) Wir beziehen dies und das Folgende nur auf die Zeit, welche der Theilung der Habsburger in zwei Linien folgte.

Heiterkeit bei ihnen keine rechte Stätte finden konnte? Von je zwei Prinzen dieses Hauses konnte man regelmäßig annehmen, daß einer das Lachen nur vom Hörensagen kannte. Von dem Leben habsburgischer Kaiserinnen, Königinnen und Prinzessinnen läßt sich mit Ausnahme der staatsklugen Marie von Ungarn fast nichts erzählen: sie waren als Frauen treu, bewahrten die Ehre des Hauses und lebten zurückgezogen, als Wittwen und als ledige Damen suchten sie regelmäßig die Klostermauern auf, um hinter denselben der Frömmigkeit zu leben; ein Karmelitenkloster in Madrid und das Kloster Hall in Tirol pflegten diese Zufluchtsstätten zu sein. Von offenen Zwistigkeiten unter den Habsburgern kann man seit der Zeit ihrer Theilung in eine deutsche und spanische Linie auch nichts berichten; Mathias machte die erste Ausnahme. Und selbst diesem läßt sich, wenn man von seinem kindischen Zug nach den Niederlanden absieht, wegen seines Auftretens gegen Rudolf kein gegründeter Vorwurf machen. Diese bürgerliche Zurückgezogenheit und Einfachheit der Habsburger, so rühmlich sie an sich selbst ist, ist gleichwohl einer der Gründe gewesen, weshalb dies Haus so isolirt stand und auf die kleinen Höfe, deren politische Richtung oft nur Geschmackssache ist, einen so geringen Einfluß ausübte.

Zweites Kapitel.

I. Rudolfs geistige Krankheit. Vergebliche Anstrengungen den Kaiser zur Bestimmung der Nachfolge zu vermögen. Die geheimen Räthe. Mathias. Philipp III und Lerma. Clemens VIII. — II. Der Türkenkrieg in Ungarn. Charakter der Magnaten. Rudolfs kühne Pläne in Ungarn. Der Reichstag von Preßburg. Der 22. Artikel. Aufstand der Ungarn und Siebenbürger. Bocskay. Die Erzherzoge in Prag. Heiratspläne des Kaisers. Der Frieden von Wien. Vertrag der Erzherzoge. Friede von Zsitwa-Torok. Des Kaisers Opposition. — III. Zustand der Finanzen im J. 1607.

I

Um das J. 1600 nahm zum erstenmale Rudolfs melancholische Gemüthsstimmung eine so krankhafte Wendung, daß sie nahe an Verrücktheit grenzte. Die Geschäfte, schon früher vernachlässigt, ruhten zeitweise vollständig und Audienzen wurden fast gar nicht ertheilt, denn sonderbare Vorstellungen trübten den Verstand des Kaisers und erhitzten seine Phantasie derart, daß er sich den mannigfachsten Befürchtungen hingab. Gestützt auf eine Prophezeiung Tycho Brahe's glaubte er steif und fest daran, daß ihm das Schicksal Heinrichs III von Frankreich bevorstehe und er also von einem Mönche würde ermordet werden. Nicht nur daß er von da an jedes Erscheinen in der Oeffentlichkeit vermied, selbst in seiner Burg glaubte er sich nicht sicher genug und wendete auch da besondere Vorsichtsmaßregeln an. In dem Garten, der an die Burg stieß und von allen Seiten eingeschlossen war, ließ er gedeckte Gänge aufführen, um bei seinen Spaziergängen weder von einem neugierigen noch von einem feindlichen Auge gesehen zu werden. Von den frühern Unterhaltungen, dem Ballspiel und Reiten, so nothwendig bei seiner eingeschlossenen Lebensweise, war nun vollends keine Rede mehr; dann und wann ließ er sich noch seine prachtvollen spanischen und italienischen Rosse, zum Theil Geschenke des Königs von Spanien, unter die Fenster seines Zimmers führen

und erfreute sich an ihrem Anblick, aber dies war auch alles, was seinen Zusammenhang mit der Außenwelt anzudeuten schien*). Uebrigens beherrschten ihn seine alchymistischen und astrologischen Träumereien mehr denn je.

Es konnte nicht fehlen, daß diese Furcht vor eingebildeten Gefahren bald genug weitere Folgen nach sich zog. Zuerst faßte der Kaiser einen Widerwillen gegen das religiöse Leben; man sah ihn nicht mehr die Kirche besuchen und merkte ihm eine ausgesprochene Abneigung gegen die Geistlichkeit und was mit ihr zusammenhing an, natürlich, da ein Mönch sein Mörder werden sollte. Dann und wann rief er wohl auch den Teufel herbei und bat ihn, er möge sich doch seiner bemächtigen. Zur selben Zeit lebte in Prag der in der Geschichte des Kapuzinerordens bekannte Laurenz von Brindisi, ein Mann von einer damals weit berühmten Frömmigkeit, der sich auf Veranlassung einiger katholischen Herren mit mehreren italienischen Mönchen seines Ordens am Hradschin angesiedelt hatte und dadurch Begründer des noch heute daselbst existirenden Klosters geworden war. Um von dem Kaiser den Einfluß böser Geister, denen man die krankhaften Symptome zuschrieb, fernzuhalten, bekam er den Auftrag mit seinen Brüdern für ihn zu beten, doch umsonst, denn das Uebel ward nur noch schlimmer und der Kaiser behauptete geradezu, daß er durch diese Gebete erst recht gepeinigt werde. Die zeitweilige Einsicht in seine Lage mußte ihm natürlich selbst die Ueberzeugung beibringen, daß er nicht weiter für die Regierung tauglich sei, deshalb quälte ihn neben der Furcht vor dem Tode auch die Angst, man wolle ihn vom Throne stürzen. Niemandem und am allerwenigsten Personen von Einsicht trauend, fing er an ganz untergeordneten Leuten Einfluß zu gestatten, und entfernte aus seinem Dienste Jeden, der ihm irgendwie verdächtig ward. Seine Umgebung mußte sich sogar Mißhandlungen von ihm gefallen lassen; kam die Stunde seiner wahnsinnigen Anfälle, so tobte er wie ein Rasender und schlug, was ihm in den Weg kam. Er selbst hielt sich für verzaubert**).

Man kann leicht begreifen, welches Aufsehen dieser Zustand des Kaisers verursachte und wie namentlich seine Verwandten dadurch auf das äußerste aufgeregt wurden. Mathias, welchem als dem ältesten Bruder des Kaisers zunächst die Pflicht oblag, sich von dessen Befinden persönlich zu unterrichten, eilte von Wien, wo er als Statthalter von Oesterreich 1600
lebte, nach Prag, und gewann da alsbald die Ueberzeugung von der drin-

*) Relation von Francesco Soranzo. MS in der Marciana in Venedig Klasse VIII Codice 696.

**) Hurter V 74, Soranzo in der zitirten Relation.

genden Nothwendigkeit, seinem Bruder einen Gehilfen in der Person eines vorausbestimmten Nachfolgers zu geben. Der Erzherzog konnte billigerweise annehmen, daß es ihm in Verein mit den andern Prinzen des Hauses gelingen dürfte, den Kaiser zu überreden, in die Wahl eines Nachfolgers zu willigen, da er ohne legitime Erben war. Der so bestimmte Nachfolger konnte dann unter dem Titel eines römischen Königs als Coadjutor einen Theil der Reichsgeschäfte versehen, wenn dies die Kränklichkeit des Kaisers weiter nöthig machte. Es war das ein Ausweg, durch welchen Rudolf, dem alle Ehrenrechte, die meisten Einkünfte und von der Regierung so viel, als er versehen wollte und konnte, bleiben sollte, sich keineswegs gekränkt fühlen durfte, ein Ausweg, welchen zu wählen er nicht bloß seiner eigenen Gesundheit sondern auch seinem Hause schuldig war. Seit mehreren Generationen hatte sich das Haus Habsburg die deutsche Krone dadurch gesichert, daß der regierende Kaiser die Wahl des Nachfolgers noch bei seinen Lebzeiten in die Hand nahm und so dieselbe nach Belieben lenkte. Eine gleich kluge Vorsicht hatten Ferdinand I und Maximilian II auch in Böhmen und Ungarn bethätigt und keiner von diesen Fürsten schied aus der Welt, ohne daß sein Erbe in den unangefochtenen Besitz aller Kronen trat, die er selbst besessen hatte. Wenn aber diese Vorsicht je nöthig war, so war sie es gewiß jetzt, wo innere und äußere Feinde sich zum Angriff gegen die Habsburger bereit machten.

Daß die Nachfolge schon jetzt bestimmt werden müsse, war übrigens auch die Meinung, welche die wichtigsten Personen am Hofe Rudolfs theilten, voran die zwei bedeutendsten Mitglieder des geheimen Rathes Rumpf und Trautson, in deren Händen bisher die meisten Regierungsgeschäfte gelegen waren. Wir besitzen keine Nachrichten über den Einfluß, welchen Mathias auf diese beiden Herren ausübte, wir werden aber gewiß nicht fehl gehen, wenn wir annehmen, daß der Eifer, mit dem sie seit des Erzherzogs Anwesenheit in Prag dem Kaiser die Nothwendigkeit eines Coadjutors ans Herz zu legen begannen, von Mathias und wahrscheinlich auch von dem Gesandten Philipps III angefacht und durch besondere Versprechungen warm gehalten wurde. Allein es zeigte sich bald, daß sie sich eine schwierigere Aufgabe gestellt hatten, als anzunehmen war, und daß der Widerwille gegen die Wahl eines Nachfolgers, welchen der Kaiser schon in seinen gesunden Tagen oft genug gezeigt hatte, mit seiner Krankheit nicht ab- sondern zugenommen hatte. Es scheint, als habe Rudolf längere Zeit dem Andringen seiner Minister nur einen passiven Widerstand entgegengesetzt, indem er sich auf ihre Vorstellungen
Ende Sept. nicht weiter einließ, aber eines Tages bemächtigte sich seiner die Wuth gegen
1600 die Dränger und er befahl einem seiner Kämmerer beiden, Rumpf und

Trautson, den Befehl zu überbringen, von seinem Hofe abzureisen. „Ich werde so lange nicht Ruhe haben, so lange diese Leute um mich herum sind, geht und sagt ihnen, sie sollen sich entfernen, damit ich sie nicht mehr sehe,“ rief er im höchsten Zorn aus. Rumpf hatte diese Worte selbst im Nebenzimmer vernommen, fiel in Folge des Schreckens in Ohnmacht und mußte in seine Wohnung getragen werden. Des Kaisers Unwille war nicht zu besänftigen, beide vor kurzem noch allmächtige Minister verloren ihre Stellen, reisten vom Hofe ab und ihre Herrlichkeit war zu Ende*). So lautete Rudolfs Antwort auf die ersten Rathschläge bezüglich der Wahl eines Coadjutors.

Dieser mißliche Erfolg konnte natürlich diejenigen, welche an der Bestimmung der Nachfolge ein Interesse hatten, nicht zurückschrecken, sondern mußte sie bei des Kaisers dauernder und zunehmender Krankheit nur noch mehr zur Eile mahnen. Mit Hilfe der Geheimräthe war aber nichts mehr auszurichten, denn diese, gewarnt durch das Schicksal zweier ihrer ehemaligen Collegen, waren für lange Zeit abgeschreckt; auch war der Geheimrath selbst nicht mehr aus so homogenen Elementen zusammengesetzt wie früher, denn der Kaiser berief bald darauf in denselben Herrn Karl von Liechtenstein, einen mährischen Kavalier**), den er zugleich zum Obersthofmeister ernannte und dem er damit auch das Präsidium im Geheimrath übertrug. Liechtenstein war ein Mann, der mit unglaublicher Volubilität den verschiedensten Parteien sich anzuschließen und mit noch größerem Scharfblicke bei seinem Anschluß diejenige zu errathen wußte, welcher für die nächste Zeit die Herrschaft beschieden war. Als Präsident des Geheimraths hatte er also die Umstände, die seine Berufung veranlaßt hatten, vor Augen und erklärte sich zum Gegner der spanischen Politik, welcher Rudolf die Pläne wegen Bestimmung der Nachfolge vor allem zur Last legte. Der Geheimrath Barvitius, neben Liechtenstein die angesehenste Persönlichkeit, und zugleich am meisten in den Geschäften bewandert, stellte sich jetzt an die Spitze der spanischen Partei, welche noch immer die zahlreichsten Anhänger unter den wichtigsten Personen am Hofe zählte, denn der Kaiser hatte sie wohl durch seinen Zorn zum

---

*) Der französische Gesandte Ancel an Heinrich IV ddo. 30. September. Kaiserliche Bibliothek in Paris. Collection Harlay Fol. 471. Die Worte Rudolfs waren nach dem Berichte des Gesandten: Enfin, je n'aurai repos en mon esprit, tant que ces gens seront proche de moi, allez leur dire, qu' ils aient à déloger et que je ne les voie plus.

**) Wir sind nicht im Stande genau den Tag der Berufung anzugeben, jedenfalls geschah diese spätestens im Jahre 1601.

Schweigen aber nicht zum Wechsel ihrer Sympathien, die sie sich übrigens gut bezahlen ließen, bringen können*).

Es mußten also die Personen, deren Interesse an der Bestimmung der Nachfolge ein unmittelbares und dauerndes war, aus ihrer bisherigen reservirten Haltung hervortreten; es waren dies außer Erzherzog Mathias noch Philipp III und der Papst. Mathias' Stellung war die schwierigste, da er Rudolf gegenüber nicht unabhängig war und sein Drängen leicht so ausgelegt werden konnte, als handle es sich ihm vor allem um persönliche Zwecke. Dies selbst einsehend beschloß er sich an die Reichsfürsten zu wenden und durch diese einen Druck auf seinen Bruder, wenigstens was die Nachfolge im Reich betraf, auszuüben. Vor allem ersuchte er deshalb den Kurfürsten von Sachsen um seine Intervention**), allein dieser, welcher mit dem Kaiser auf einem guten Fuß stand, lehnte es ab, in einer Angelegenheit zu vermitteln, welche ihm allenfalls Unannehmlichkeiten aber keinesfalls einen Vortheil bringen konnte. Die deutschen Fürsten hatten kein Interesse daran, einen kranken und geistesschwachen Kaiser durch einen tüchtigen zu ersetzen, und deshalb war es von vornherein ein verfehlter Weg, sie für die wichtigste Angelegenheit der Habsburger interessiren zu wollen. Gleich die ersten Schritte Mathias', das Wohl seines Hauses sicherzustellen, scheiterten also vollständig und er sah sich in die Nothwendigkeit versetzt, es andern zu überlassen, das Gemüth des Kaisers und vielleicht nicht zu seinen als des nächsten Erben Gunsten umzustimmen.

Den wichtigsten Antheil an der Bestimmung der Nachfolge im Reich und überhaupt an dem Bestand der habsburgischen Herrschaft in Oesterreich und Deutschland nahm nach Mathias der König von Spanien Philipp III. Es war zwei Jahre her, daß dieser Fürst seinem Vater auf dem Throne gefolgt war und schon gab sich sowohl in der innern als in der äußern Politik Spaniens ein mannigfacher Unterschied gegen frühere Zeiten zu erkennen. Was die veränderte Richtung in der äußern Politik betrifft, so machte sie sich vor allem darin geltend, daß Spanien in die Schicksale Oesterreichs unmittelbar einzugreifen begann, weil es, wie wir bald näher erfahren werden, von einem unter seinem Einfluße gewählten

---

*) Der spanische Gesandte in Prag schreibt an Philipp III bei den mannigfachsten Gelegenheiten, man könne in Prag nur unterhandeln, wenn man die Hände in den Taschen habe. Man habe es da nicht mit Ministern, sondern mit Kaufleuten zu thun.

**) Mathias an den Kurfürsten v. Sachsen, ddo. 16. Oktober 1600. Sächsisches Staatsarchiv, Kurfürstenzusammenkunft 10675.

Kaiser eine günstige Diversion in den Niederlanden erwartete; in der innern Verwaltung traten die durch Philipp II in den Hintergrund gedrängten Granden wieder mehr hervor und gaben der Regierung einen aristokratischen Anstrich. Was die Persönlichkeit des jungen spanischen Herrschers betrifft, so war er ein gutmüthiger und frommer aber ein sehr schwacher Fürst. Er war gelehrt worden, seinen Willen unbedingt und durchwegs seinem Vater unterzuordnen und seine Unselbstständigkeit, eine Folge solcher Erziehung, artete hie und da in Willenlosigkeit aus. Als Philipp II ihn verheiraten wollte, gab er ihm die Wahl zwischen drei Prinzessinnen frei, aber der gehorsame Sohn konnte sich nicht zu einer Willensäußerung entschließen, sondern überließ seinem Vater allein die Entscheidung. Bei einem solchen schwachen Charakter stand zu erwarten, daß er die Regierung schnell seinen Günstlingen überlassen werde. In der That berief er nach dem Tode seines Vaters den Grafen von Lerma an die Spitze der Geschäfte und gab später auch den unerhörten und an asiatische Zustände mahnenden Befehl, daß die Unterschrift dieses Ministers die Geltung der königlichen haben solle. Was er an Gnaden und Würden auf seinen Günstling häufen konnte, das häufte er, und der in kurzem zum Herzog erhobene Lerma ward bald nicht nur der mächtigste, sondern auch der reichste Kavalier von Spanien. Philipp II hatte es vorgezogen seine Diener und Räthe nicht einer einzigen Partei zu entnehmen, damit unter ihnen kein Einverständniß möglich sei und ihm als König stets die Entscheidung zwischen den sich streitenden Interessen freistehe, auch wählte er größtentheils seine Staatssekretäre unter Personen von geringer Bedeutung und nicht unter den Granden seines Reiches, weil er das Ansehen der letzteren nicht noch durch einflußreiche Stellungen erhöhen mochte. Von allem diesem war die Regierung seines Sohnes das Gegentheil. Mit dem Herzog von Lerma bekam die Aristokratie die Regierung des Staates vollständig in die Hand, und von zwei Parteien am Hofe, wie ehedem unter Philipp II, war jetzt so wenig die Rede, daß eigentlich alle hohen Posten in die Hände zweier verschwägerter Familien, der Lerma's und der Zuñiga's, gelangten, die natürlich nur ein gemeinschaftliches Interesse kannten. Die Diener des verstorbenen Königs wurden unter mannigfachen Vorwänden entfernt und von den Staatssekretären nur Don Juan de Idiaquez wegen seiner genauen Geschäftskenntniß, deren man nicht entrathen konnte, beibehalten*). — Der Herzog von Lerma selbst, der in allem und jedem die Regierung leitete, war ein Kavalier mit mancherlei glänzenden Außenseiten ausgestattet und scheinbar begabt mit den verschiedensten

*) Relazion über Spanien von Soranzo 1602. Bei Alberi. S. 153.

Fähigkeiten. Die Gunst seines Herrn hatte er sich dadurch erworben, daß er ihm als Prinzen mehrere Aufmerksamkeiten erwies, welche in dem dankbaren Gemüthe desselben um so mehr haften blieben, als die Diener Philipps II gegen den Erben dieses Monarchen nichts weniger als zuvorkommend sein durften. Den Südländern ist nächst Gastfreundschaft die Freigebigkeit eine der hervorragendsten Eigenschaften, die sie an ihren Königen und Staatsmännern nicht missen können und mehr als andere Tugenden mit Lob erwähnen. So hatte sich auch Lerma durch eine passend hie und da angebrachte Freigebigkeit und durch besondere Freundlichkeit in seinem Benehmen Freunde und Lobredner erworben und es fehlte zuletzt nicht an Schmeichlern, die ihn groß finden wollten*). Sieht man aber auf seine Verwaltung, so merkt man, daß er nichts weniger als ein Staatsmann gewesen und nichts besseres kannte, als durch eigene Bereicherung und durch die luxuriöseste Lebensweise die Finanzen seines Landes noch tiefer herabzubringen, als dies ohnehin der Fall war. Um den König bei guter Laune zu erhalten, unternahm er mit demselben zahlreiche und nutzlose Reisen von einem Orte in Spanien zum andern, was fabelhafte Ausgaben zur Folge hatte. An dem Beispiele Heinrichs IV von Frankreich hätte er lernen können, worin die Größe eines Staatsmannes beruhe, in der Hebung nämlich des Wohlstandes seines Landes und daß dieser zugleich die unerläßliche Grundlage aller auswärtigen Erfolge sei. Für solche Betrachtungen mangelte es aber in Spanien absolut an Verständniß. — Da Lerma's Macht über Philipp auf keinen großen staatsmännischen Diensten, sondern allein auf der persönlichen Zuneigung des letztern beruhte, so war er besorgt, durch alle Mittel sich dieselbe zu bewahren und jene Personen fernzuhalten, die ihm gefährlich werden konnten. Vor allem war die junge Königin für ihn ein Gegenstand steter Angst und steten Argwohns. Der König liebte seine Gemahlin, so weit er überhaupt eines starken Gefühles fähig war, und diese, eine fröhliche

---

*) Relation über Spanien von Contarini 1605. Bei Alberi 299: Il duca di Lerma tanto rinomato negli affari della Spagna è un gentiluomo di buone intenzioni, grande di Spagna e molto ricco; una volta invece era povero, benchè la sua casa sia antica e vanti illustri natali, ora poi è ancor più nobilissima dopo li seguiti matrimoni di suoi figli e figlie dimodochè tiene dalla Spagna tutto quello che ha di meglio; è buon cristiano e molto amabilissimo nel parlare, e della sua morale sono tutti contenti e ne fanno molto calcolo; è per altro un uomo pieno d'ambizione, invidioso e goloso di tutto, mutabile senza veruna costanca molto impetuoso ed anche furioso e non mostra di essere uomo d'ordine, nessuno lo ha mai creduto un grand' uomo, ma presentemente lo fanno gli adulatori.

und aufgeweckte Dame, suchte nach einem Antheil an der königlichen Macht, da ihr Gemahl selbst von derselben keinen Gebrauch zu machen wußte. Dies war es, was Lerma vor allem zu verhindern suchte und auch verhinderte, denn bis in das königliche Schlafgemach hinein wußte er seinen Willen geltend zu machen und jede Vertraulichkeit, die sich auf Staatsgeschäfte bezog, zu verhindern. Die Königin war über die Schwäche ihres Gemahls so aufgebracht, daß sie oft dem kaiserlichen Gesandten, Grafen Khevenhiller, versicherte, sie zöge es vor, Klosterfrau in Gratz als Königin in Spanien zu sein*). Da Lerma weder alle müßigen Augenblicke Philipps III auszufüllen vermochte, noch dazu die Lust besaß, endlich auch nicht Zeit gewann, um die wichtigsten Staatsgeschäfte allein zu versehen, so sorgte er durch ganz ergebene Stellvertreter, welche er in des Königs Nähe brachte, seine Macht auch für die Zukunft ungeschmälert zu erhalten. Zum Gesellschafter des Königs wählte er deshalb seinen eigenen Sohn, den Herzog von Uzeda, nach des kaiserlichen Gesandten Urtheil einen „ungehobelten und leeren Menschen“, an dessen Unterhaltung nichtsdestoweniger der König bald das höchste Behagen gewann, und zu seinem Gehilfen in der Regierung suchte er sich Don Rodrigo Calderon aus, einen Mann von niedriger Herkunft, dessen er sich früher selbst in seinen Privatgeschäften bedient hatte und auf den er sich als auf sein Geschöpf verlassen konnte**). Die Kaiserin Marie***), welche noch immer in

---

*) Lünig: Europäische Staatskonzilien 609. Khevenhiller an Rudolf II ddo. 10. Jänner 1606. „Die Königin ist zum höchsten disgustirt, ja so sehr, daß sie mir offt gesagt, sie wollte lieber zu Grätz eine Stifftkloster-Frau, als also Königin in Spanien sein, denn diese Leute ihren Gemahl von ihr auf alle Weise zu verführen gedencken und wenn der König nicht so christlich, es schon längst geschehen wäre; Ihr seyn alle Hände gebunden, was man ihr zuwider thun kann, das thut man, wenn sie was heimlich redt, so habe man sie in Argwohn, es sei wider die Hertzoge Lerma und Uceba, oder die Ihrigen angesehen, ihren Gemahl examinirten sie, was sie mit ihme im Bette redet und haben ihr verboten, bey dem König um keine Sachen zu intercediren, noch im Bette oder allein mit ihm Negotia zu tractiren, was sie nach Teutschland schreibt, will man wissen und fangen.“ — Khevenhiller machte einmal über zwei Stunden dem Herzog Vorstellungen über seine Regierungsweise, die dieser zwar freundlich aufnahm aber nicht weiter beachtete. Khevenhiller nennt ihn inconstante, sospechoso, codiciosissimo y para sacar un gusto o interesse suyo no mirara cosa ninguna.

**) Calderon ereilte das traurige Schicksal mancher Günstlinge. Nachdem er vom König zum Marquis von Siete Iglesias ernannt worden war, wurde er später in den Sturz Lerma's verwickelt und beim Regierungsantritte Philipps IV hingerichtet.

***) Maximilians II Wittwe.

Madrid in einem Karmelitenkloster lebte und mit dem Regierungsantritt Philipps III auf bessere Tage für ihre Familie gehofft hatte, statt dessen aber die Allmacht Lerma's erstehen sah, konnte sich nicht enthalten, ihrem Neffen selbst Vorwürfe zu machen, daß er so weit aus den Geleisen des Vaters trete*). Die Antwort Lerma's auf solche an seinen Herrn gerichtete Vorwürfe war die Verlegung des königlichen Hofes nach Valladolid, das wieder zur Hauptstadt von Spanien auserſehen ward. Man glaubte nicht anders, als daß Lerma durch Zauberei seine Macht über den König erhalten habe; gewiß ist, daß der letztere nicht ohne ihn leben und vor ihm auch nicht das geringste verheimlichen konnte.

Die äußere Politik Lerma's war durch seine persönlichen Tendenzen bestimmt. Bei seiner Sucht sich zu bereichern und seinem Hange nach Verschwendung war er natürlich nicht im Stande, sich in kostspielige auswärtige Unternehmungen einzulassen. Hatte doch Philipp II selbst für vieles die Mittel nur durch seine an Geiz grenzende Sparsamkeit beizuschaffen vermocht. Lerma's Politik war darum eine friedliche und dies harmonirte auch mit der alle Anstrengung und Unruhe fliehenden Gemüthsart des Königs. Aber bei der Zusammensetzung des spanischen Staates und bei den Nachwirkungen der Politik Philipps II hing es nicht so ganz von den Wünschen des Königs und seines Ministers ab, ob ihre friedlichen Intentionen auch stets realisirbar sein würden. Denn schon das Auskunftsmittel, durch welches Philipp II Spanien von den Kosten des niederländischen Krieges befreien wollte, bewährte sich nicht; Albrecht und seine Gemahlin Isabella wurden ebenso bekriegt, wie früher die spanischen Statthalter, und da die Holländer ununterbrochen von Elisabeth und Heinrich IV unterstützt wurden, so mußte Philipp III nach wie vor die Kosten der Vertheidigung tragen, wenn er nicht zusehen wollte, wie Belgien in feindliche Hände überging. Rasch einen Frieden mit den Niederländern unter Anerkennung ihrer Souverainität zu schließen, dazu vermochte sich noch immer nicht der spanische Stolz zu entschließen. Zudem machte sich noch eine andere Ursache geltend. Die Heirat zwischen Albrecht und Isabella war kaum vollzogen, als man auch schon an der Fruchtbarkeit dieser Ehe zu zweifeln begann, wenn aber Isabella kinderlos starb, fiel ihr Besitz wieder an die spanische Krone und dies war mit ein Grund, daß das friedfertige Kabinet Philipps III so zähe in seiner Feindschaft gegen die Holländer verharrte.

Aber nicht bloß die Niederlande waren der Punkt, wo die Angelegenheiten Spaniens trübe verwickelt waren, auch von Frankreich aus begann Ge-

---

*) Khevenhiller in dem eben citirten Schreiben.

fahr zu drohen. Heinrich IV hatte zwar mit Philipp II den Frieden von Vervins geschlossen, aber mit diesem Friedensschluße es nicht so gemeint, als ob er sich Ruhe gönnen wollte; er beabsichtigte vielmehr damit nichts weiter, als seinem erschöpften Volke einige Erholung zu gönnen, um bald möglichst mit den frischen Kräften desselben die Pläne Franz I wieder aufzunehmen und einen neuen Kampf gegen das Haus Habsburg auf Leben und Tod zu beginnen. Trotz des vorläufigen Friedens mit Spanien unterstützte er also die Holländer auf das nachdrücklichste mit Geld, um sich ihre Kraft ungeschmälert zu erhalten. Sully sagte geradezu dem spanischen Gesandten Balthasar von Zuñiga, der ihn wegen dieser Unterstützung zur Rede stellte, sein Herr könne aus „Staatsraison" nicht anders handeln und dürfe die Herrschaft Spaniens in den Niederlanden nicht dulden, weil er sonst in Paris nicht sicher wäre*). Man wußte aber auch noch in Spanien, daß es sich bei Heinrich IV nicht bloß um Vertheidigung, sondern um einen kühnen Angriff handle, daß er mit einer Emsigkeit ohne Gleichen nach Allianzen in der Fremde strebe, daß er in Deutschland und Italien gegen Oesterreich und Spanien die Fürsten aufwiegle und zu einem gemeinschaftlichen Kreuzzuge zu bereden suche. Daß der Angriff von Frankreich kommen würde, das wußte man in Spanien und machte sich darauf gefaßt und da Heinrich dem militärischen Feldzug einen diplomatischen voranschickte, so trat man ihm auch zuerst auf diesem Gebiete entgegen.

Mit allen diesen Betrachtungen und Besorgnissen traf nun aus Prag die Nachricht von Rudolfs Krankheit zusammen und Lerma konnte leicht die Gefahr voraussehen, welche der Tod des Kaisers oder seine dauernde Geisteszerrüttung im Gefolge haben konnte, wenn die Nachfolge im Reiche unbestimmt gelassen wurde. Die Berathungen darüber begannen sogleich im spanischen Kabinet und drehten sich zugleich auch um die Person, auf welche die Aufmerksamkeit des Kaisers gelenkt werden sollte. Das dynastische Interesse würde wohl erheischt haben, daß man nur die Kandidatur des Erzherzogs Mathias als des nächsten Erben zulasse, allein diese Betrachtung war in Valladolid nicht die maßgebende. Gegen Frankreich und gegen die Holländer glaubte man nur dann sicher

---

*) Zuñiga's Instruction für Pedro von Toledo zu seiner Reise nach Frankreich. 1608. MS der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag: A mi (Zuñiga) me dixo (Sully) una vez claro, que su amo (Heinrich IV) no podia en razon de Estado dexar de sostentar los Olandeses, porque de su conservacion dependia sú seguridad, pues si el Rey de España los asugetasse, no estaria seguro el Rey de Francia en Paris. Y esta maxima corria entonces por muy assegurada, aunque los otros ministros nunca hablavan tan claro.

zu sein, wenn man auf irgend eine Art Deutschland in den bevorstehenden Kampf verwickeln konnte. Unter Maximilian II und Rudolf II war das nicht der Fall gewesen, wie nun, wenn es gelang den Besitzer von Belgien und der Franche Comté auf den deutschen Thron zu bringen, wenn also Erzherzog Albrecht Rudolfs Nachfolger wurde? Konnte Deutschland dann nicht zur Vertheidigung des Privatbesitzes seines Kaisers verpflichtet werden, ja konnte man es nicht zu einem Angriff gegen die rebellischen Niederländer vermögen und dadurch erreichen, was Philipp II mit allen seinen Schätzen nicht erreichen konnte? Und wenn einmal Isabella und Albrecht kinderlos starben, pflückte nicht Philipp III als ihr Erbe alle die Früchte einer so klugen Politik? In der That entschied sich der König nach einer Staatsrathssitzung für die Kandidatur des Erz-
Okt. herzogs Albrecht und befahl seinem Gesandten in Prag, Don Guillen
1601 de San Clemente, um jeden Preis und mit Zuhilfenahme aller Mittel den Kaiser zu bewegen, die Wahl eines Nachfolgers zuzulassen*). Erzherzog Albrecht wurde vorerst nicht als der von Spanien gewünschte Nachfolger bezeichnet; man mußte des Erfolges beim Kaiser gewiß sein, bevor man mit diesem Kandidaten hervortrat.

Während nun San Clemente in Prag diejenigen Mittel in Bewegung setzte, durch die er den Kaiser gewinnen wollte — Mittel, welche in nichts anderem als in der Bestechung aller Personen bestanden, die auf Rudolf einen Einfluß hatten oder haben konnten — trotzdem aber bald nach Hause berichten mußte, daß es ihm nicht besser als dem Erzherzog Mathias ergehe und daß der Kaiser einen starren Widerstand allen auf die Nachfolge bezüglichen Rathschlägen entgegensetze, that auch der Papst in dieser Angelegenheit einen Schritt. Noch immer saß Clemens VIII auf dem päpstlichen Stuhl, derselbe, dessen bereitwilliges Entgegenkommen gegen Heinrich IV einst Philipp II so bitter enttäuscht hatte und der auch jetzt keine besonders freundlichen Gesinnungen für Spanien hegte. Dennoch war dieser Papst kein Gegner des Hauses Habsburg, sobald es sich vornehmlich um deutsche Angelegenheiten handelte, und so gern er der Herrschaft dieses Hauses in Italien ein Ende gemacht hätte, so wenig wollte er in Deutschland die Hand dazu bieten. Nach seiner Meinung, welche er konsequent in seiner Politik vertrat, war

---

*) Archiv von Simancas 707. Pedro Franqueza an Guillen de San Clemente, ddo. 6. Oktober 1601. Der Gesandte soll nach dem Befehl des Königs por todos los medios que pudiere procurar, ganar los que mas pueden aprovechar, para reducir la voluntad del emperador a lo que se desea, en lo de la eleccion de Rey de Romanos.

die deutsche Kirche nur sicher, wenn die Kaiserkrone bei den Habsburgern verblieb; jeder Uebertragung derselben auf ein anderes Haus, und würde sie selbst von seinem Schützling Heinrich IV versucht, mußte er sich als einer gefährlichen Intrigue widersetzen. Theils also eigene Ueberzeugung, theils wohl auch die Insinuationen des spanischen Gesandten in Rom, endlich Vorstellungen, welche von deutschen Bischöfen selbst an ihn gerichtet wurden, veranlaßten ihn zu einer Parteiergreifung in der Successionsfrage. In einem völlig von seiner Hand geschriebenen Briefe — bei Päpsten eine große Seltenheit — mahnte er den Kaiser in 22. Nov.
scharfer Weise an seine Pflicht, für die Sicherheit seiner Länder und 1601
das Wohl seines Hauses Sorge zu tragen. Weder Worte noch Vorstellungen sparend, suchte er dem Kaiser das Unangenehme des Gegenstandes durch die Erklärung erträglicher zu machen, daß er nichts anderes wünsche als die Bestimmung der Nachfolge im Reich, gleichviel zu wessen Gunsten, wenn dies nur ein Prinz des habsburgischen Hauses sei. Wen immer also der Kaiser aus seinen Brüdern und Vettern zum Nachfolger ernennen wolle, der sei ihm genehm*). — Aber selbst diese Aufforderung, welche so wenig als möglich Rudolf verletzen wollte, erreichte nicht ihren Zweck, denn die nun von allen Seiten an den Kaiser ergehenden Mahnungen reizten vollends seinen Argwohn, und sein kranker Geist konzentrirte sich in dem Entschluße, unter keiner Bedingung eine Herrschaft aus der Hand zu geben, zu der man ihn nicht für fähig hielt. Ueber ein Jahr war es nun her, daß er sich wegen der Succession bedrängt sah, und da er sowohl Philipp III wie dem Papst seinen Unwillen auf die markirteste Weise an den Tag legen wollte, so empfing er seit dieser Zeit ihre Vertreter in keiner Audienz mehr, trotzdem daß diese in schriftlichen Eingaben ihn unabläßig darum baten und trotz der Schreiben ihrer Gebieter selbst, welche ihm den verhaßten Gegenstand nahelegten. Lange Zeit hatte auch der französische Gesandte Ancel umsonst um eine Audienz angesucht, jetzt gewährte Rudolf eine solche nicht nur ihm, sondern auch dessen Nach- 3. Aug.
folger Baugy, unterhielt sich gnädig mit ihnen und machte Miene, als 1602
ob er die französische Politik selbst gegen seinen Vetter in Spanien unterstützen wolle**). Es war eine sonderbare Lage, in der sich Rudolf befand. Zu gleicher Zeit war er, wie wir bald erzählen werden, in einen Krieg mit den Türken verwickelt und nur dann im Stande denselben

*) Wiener Staatsarchiv Wahl- und Krönungsakten des Königs Mathias 7. 22. November 1601. Clemens VIII an den Kaiser.

**) Ancel an Heinrich IV ddo. 20. April 1602 und an Villeroy ddo. 3. August. MS der kaiserlichen Bibliothek in Paris. Collection Harlay 238/3 Fol. 503 und 523.

fortzuführen, wenn Spanien und der Papst ihn mit bedeutenden Subsidien unterstützten. Seine Gesandten in Rom und Valladolid überboten sich in der Schilderung der Gefahren, welche der Christenheit von den Türken drohten, wenn ihr Herr verlassen würde. Und doch antwortete dieser selbst auf die Gegenbitten der Fürsten, deren Subsidien er erflehte, mit verächtlichem Schweigen. Er kannte nur zu gut, dem Papst und seinem Vetter gegenüber, die Vortheile seiner Lage; er wußte, daß sie ihn gegen die Türken nicht verlassen konnten, wenn er sich auch keine Mühe gab, ihre Wünsche zu erfüllen, und nach dieser Einsicht handelte er.

Mittlerweile hatte auch der Kurfürst Ernst von Köln, ein Bruder Herzog Wilhelms V von Bayern an den Kaiser geschrieben und ihn ersucht, sowohl die Nachfolge im Reiche wie die Herstellung des Friedens in den Niederlanden und zwar beides mit Hilfe eines zu berufenden Reichstags sich angelegen sein zu lassen *). Die Fortdauer des niederländischen Krieges war vor allem den rheinischen Kurfürsten unangenehm, theils wegen des Schadens, den sie auf die mannigfachste Weise erlitten, theils wegen des noch größeren, den sie unausgesetzt befürchten mußten, wenn der Krieg weitere Dimensionen annahm und sich vielleicht nach Deutschland erstreckte. Auch an den Papst schrieb der Kurfürst und ersuchte ihn um seine Intervention. Clemens VIII kam dieser Aufforderung nach und erwog offen und umständlich mit dem spanischen Gesandten in Rom, dem Herzog von Sessa, was zu thun und wie der Kaiser denn doch mürbe gemacht werden könnte**). Das Resultat ihrer Besprechung war, man müsse dem Kaiser große Subsidien gegen die Türken gewähren, ohne dabei jedoch die kaiserlichen Räthe zu übersehen, die, weil sie kein anderes Interesse als ihren Eigennutz hätten, vor allem durch Bestechung gewonnen werden müßten. San Clemente aber, der vermöge seines steten Aufenthaltes in Prag die Sachlage besser zu beurtheilen wußte, verzweifelte schon um diese Zeit, daß es überhaupt ein Mittel gebe, den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu bringen, ob man es nun versuche ihn selbst, dann seine Diener oder gar beide zu bestechen. Indem er mit Bestimmtheit die Meinung aussprach, der Kaiser würde sterben, ohne für die Nachfolge vorgesorgt zu haben, erklärte er zugleich mit überraschender Kühnheit, daß man allein dann zum Ziele gelangen könne, wenn man Rudolf absetzte. Doch, fügte er hinzu, sei selbst dieses schwer, denn die Krankheit

---

*) Archiv von Simancas. Guillen de San Clemente an Philipp III ddo. 7. April und 22. Juni 1602 Prag.

**) Simancas 707. Der Herzog von Sessa an Philipp III ddo. Rom 10. September 1602.

des Kaisers, so vielen Schaden sie auch verursache, sei nicht der Art um einen vollständigen Beweis für seine völlige Unfähigkeit zum Regieren zu liefern*).

Während so San Clemente an dem Erfolge diplomatischer Bestrebungen, um den Kaiser in der Successionsfrage zur Nachgiebigkeit zu stimmen, verzweifelte, kam Erzherzog Mathias selbst nach Prag, an- Jän. scheinend um sich daselbst Instructionen für den Reichstag, wohin er als 1603 kaiserlicher Kommissär reisen wollte, zu holen, in der That aber, um als Bruder zum Bruder eindringlich wegen der Succession zu reden. Aber auch er mußte unverrichteter Dinge abreisen, denn die kaiserlichen Räthe „bedrohten" ihn mit der höchsten Ungnade Rudolfs, wenn er mit diesem von einem so verhaßten Gegenstande reden wollte, ja einige von ihnen warfen sich ihm geradezu zu Füßen und flehten dringend, er möchte doch ihren Rath befolgen und nicht sich selbst und sie bei dem Kaiser verderben**). Mathias reiste also eben so unverrichteter Dinge ab, wie er gekommen. Statt seiner kam wohl Erzherzoz Maximilian nach Prag, um eben- Juni falls mit dem Kaiser über alle Uebelstände im Reiche und in den kaiser- 1603 lichen Ländern zu reden und eine Abhilfe zu begehren, die selbstverständlich nur dann eintreten konnte, wenn Rudolf sich zur Annahme eines Coadjutors verstand; doch auch dieser Erzherzog war nicht glücklicher wie sein Vorgänger. Zwar versprach ihm der Kaiser eine entscheidende Antwort, aber erst in drei Monaten, offenbar nur um den lästigen Mahner von Prag zu entfernen***).

---

*) Simancas, San Clemente an Philipp III ddo. 31. Jänner 1603... porque las enfermedades del Emperador hasta aqui, aunque causan el daño presente no son de manera, que le hagan incapaz de ninguna cosa, si el quisiese atender a ellas y para deponelle y tratar de dalle un successor sera menester de provarle incapacidad.

**) Archiv von Simancas 707. Don Guillen de San Clemente an Philipp III ddo. Prag 31. Jänner 1603. . . . Los ministros le (den Erzherzog Mathias) estan amenaçando, que si habla con su hermano sobre esta materia (der Nachfolge) que perdera con el la gracia y voluntad que tiene de nombrarle. — Derselbe an Philipp III ddo. 24. Februar 1603: Un dia antes de partirse el S. Archiduque Matias para Ratisbona, que fue a los 19 deste me afirmò que en todo el tiempo que ha estado aqui, que han sido cinco semanas, se le han hechado muchas vezes a los pies algunos ministros a pedirle, que no hablasse palabra al emperador sobre esta materia, porque le alteraria y hecharia a perder todes los demas negocios.

***) Archiv von Simancas. Guillen de San Clemente an den König ddo. Prag 28. Juni 1603.

Es verflossen drei Monate, es verging das ganze Jahr 1603 und 1604 und der Kaiser begnügte sich allen Mahnungen wegen der Succession einen steten Widerstand entgegenzusetzen. Er würde unzweifelhaft seinen Zweck erreicht und bis an seinen Tod die Zügel der Regierung festgehalten haben, da seine Brüder, nicht von Ehrgeiz sondern nur von berechtigten Motiven geleitet, ihn drängten und zu einem Aufstand nicht fähig waren, wenn sein getrübter Verstand ihm nicht selbst den Fall bereitet hätte. Seine ganze Handlungsweise fing an eine Richtung einzuschlagen, in der er nicht bloß alle Interessen seines Hauses, sondern auch die seiner Völker verletzte; er stürzte sich in die gefährlichsten Unternehmungen, nur weil sie ihm ein Schutz gegen die verhaßte Bestimmung der Nachfolge schienen, bis er zuletzt alle Welt gegen sich zu seinem Verderben einte. Den Ausschlag gaben die Ereignisse in Ungarn.

II

Der Türkenkrieg hatte in Ungarn im J. 1591 wieder seinen Anfang genommen, hauptsächlich hervorgerufen durch die steten Streifereien der Parteigänger an der türkisch-ungarischen Grenze. Die ersten Erfolge waren für den Kaiser so günstig, daß Sultan Mohammed III, um den allseitigen Verlusten zu begegnen und den gesunkenen Muth der Seinen wieder zu beleben, sich genöthigt sah, selbst ins Feld zu ziehen. Es gelang ihm
1595 auch, die Christen in der Schlacht bei Keresztes zu schlagen, allein die Resultate dieser Niederlage, welche sich übrigens die Geschlagenen durch ihre unmäßige Beutelust selbst zugezogen hatten, waren nicht derart, um die Wagschale des Krieges zu Gunsten der Türken sinken zu machen. Zudem entfernte sich der Sultan nach dieser Schlacht wieder vom Heere, das nun sowohl durch seine minder regelmäßige Verpflegung, wie durch die Abnahme seiner Stärke eine nicht geringe Einbuße erlitt und dadurch den Christen, für die nicht besser vorgesorgt war, minder überlegen wurde. Auf beiden Seiten war darauf jedes folgende Jahr mit dem Verlust oder der Einnahme einzelner Plätze, mit einem gewonnenen oder verlorenen Gefechte bezeichnet, doch so, daß die Kühnheit der Unternehmungen, welche einen völligen künftigen Sieg prophezeite, auf Seite der Ungarn und der kaiserlichen Heere war.

Seit jeher mußte sich der Kaiser allein mit seinen Hilfsmitteln und mit denen der Ungarn, so weit sie ihm zu Gebote standen, gegen die Türken wehren. Siebenbürgen hatte seit des ersten Zapolya Zeiten zu den Türken und nicht zu dem Könige von Ungarn gehalten und dadurch eben so sehr die Vertheidigung Ungarns erschwert, wie die Türken zu

Angriffen ermuthigt. Jetzt aber eröffnete sich die Aussicht auf eine völlige Veränderung dieses Verhältnisses, denn Sigismund Bathory, der Großfürst von Siebenbürgen, welcher nach erreichter Großjährigkeit selbst die Zügel der Regierung ergriff, verließ die Bahn der türkischen Allianz, an die sich seine Vorfahren gelehnt hatten, um ihre Sebstständigkeit den Kaisern gegenüber zu behaupten. Er that dies unter dem Einfluße seines Erziehers, des spanischen Jesuiten Alphons Carillo, welcher ihm natürlich einen engen Anschluß an den christlichen Kaiser gegen die Türken als erste Pflicht eines katholischen Herrschers empfahl. Ein Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Großfürsten besiegelte diesen Umschwung in 1595
der Politik Siebenbürgens und gewann noch dadurch an Festigkeit, daß Bathory sich mit der Erzherzogin Christine vermählte und so in ein verwandtschaftliches Verhältniß zu den Habsburgern trat. Bald jedoch der Regierung und seiner Gemahlin überdrüßig, reiste er nach Prag und trat an den Kaiser Siebenbürgen gegen die Fürstenthümer Oppeln und 1597
Ratibor und einen Jahresgehalt ab. Wenn der Kaiser im Besitze der nöthigen Mittel gewesen wäre, um der Abtretung, gegen welche im Lande selbst Niemand einen wesentlichen Widerstand erheben konnte, Nachdruck zu geben, so wäre Siebenbürgen sein unbestrittenes Eigenthum geworden, aber er vermochte nichts anderes als Kommissäre zur Besitzergreifung abzusenden, was einen chaotischen Zustand unter den unbotmäßigen Einwohnern des Landes herbeiführte. Mittlerweile bereute Sigismund die Abtretung seines Erbes, und eben so wie er früher den Kaiser durch dieselbe überrascht hatte, überraschte er ihn jetzt dadurch, daß er plötzlich von Oppeln, wohin er sich zurückgezogen hatte, nach Siebenbürgen entfloh und dessen Einwohnern erklärte, daß er die Regierung wieder über- 1598
nehmen wolle. So verlor sich für den Kaiser in demselben Momente die Aussicht Siebenbürgen zu gewinnen, in welchem sie sich ihm eröffnet hatte. Allein kaum war Bathory wieder im unbestrittenen Besitz der Regierung, so trug er sie auch schon seinem Vetter, dem Kardinal Andreas Bathory, an und nöthigte ihn sogar durch Drohungen zu ihrer Uebernahme, als dieser in der ersten Ueberraschung dieselbe anzunehmen sich 1599
weigerte. Auch dieser neue Großfürst blieb nicht lange im Besitz seiner Würde, sondern verlor sie mit seinem Leben an den Woiwoden der Walachei, Michael, einen listigen und grausamen Menschen, der sich durch Kühnheit und Ausdauer eine große Macht erworben und selbst den Türken furchtbar gemacht hatte und nun auch gegen den schwach gerüsteten Kardinal Siebenbürgen gewann. Sein barbarisches Benehmen in dem eroberten Lande verfehlte indessen nicht, ihm überall Feinde zu erwecken, und als Rudolf, der vermöge des mit Sigismund Bathory im J. 1597 geschlossenen

Vertrags Ansprüche auf das Land machte, seinen General Basta mit einem Heere zu dessen Eroberung abschickte, ward letzteres nicht unbeträchtlich mit unzufriedenen Siebenbürgern verstärkt. Die Schlacht bei
1600 Dés entschied gegen Michael und zwang ihn zur Räumung des Landes.

Kaum daß Basta sich anschickte Siebenbürgen in Besitz zu nehmen, trat der fast verschollene Sigismund Bathory aus seiner Zurückgezogenheit wieder hervor. Es ist schwer zu sagen, worüber man mehr staunen soll, ob über die Charakterlosigkeit dieses Mannes, der im Besitz der Herrschaft sich nach der Zurückgezogenheit und in der Zurückgezogenheit nach der Herrschaft sehnte, oder über die Siebenbürger, die ihn immer von neuem zu ihrem Fürsten annahmen. Auch jetzt stellten sie sich auf seine Seite und Rudolf konnte nur durch vielfache Anstrengung und eigenthümliche Bündnisse so weit siegen, daß Sigismund sich zu neuen Unterhandlungen herbeiließ, in denen er Siebenbürgen gegen einen
1602 Jahresgehalt von 50000 Dukaten abermals an den Kaiser abtrat und darauf in Böhmen seinen Wohnsitz aufschlug. Allein wenn Basta's Klugheit zu diesem Erfolge der kaiserlichen Waffen beigetragen hatte, so reizte seine noch heute in schrecklichem Andenken stehende Grausamkeit die Einwohner zu neuer Erhebung. Moses Székely stellte sich an ihre Spitze und machte sich schnell das ganze Land unterthan. Doch war der Verlust für den Kaiser nur ein kurz vorübergehender, denn Basta wandte sich an die Walachen um Hilfe und mit ihnen gelang es ihm Székely,
1603 der bereits den Titel eines Großfürsten angenommen hatte, zu schlagen und zu tödten. Das Land ward abermal völlig unterworfen und kaiserliche Kommissäre erschienen, um neben Basta die Verwaltung zu leiten. Auf wie schwachen Füßen jedoch diese ganze Eroberung ruhte, ergibt sich schon aus dem raschen Wechsel der einander folgenden Fürsten während der letzten zehn Jahre. Die fortdauernden Kriege hatten die Mehrzahl der siebenbürgischen Häuptlinge zu Freibeutern gemacht, für die Eid, Gehorsam und Treue nur fast leere Worte waren. Das Unglück wollte, daß jene, welche fähig und würdig waren zu herrschen, keinen Anhang fanden, und die, welche Anhang hatten, der Herrschaft nicht würdig waren.

Am Ende des Jahres 1603 stand Rudolf in Ungarn im Zenith seiner Macht*), denn die, wie er hoffen mochte, dauernde Erwerbung von

---

*) In diesem Jahre nahmen auch die Friedensverhandlungen zwischen dem Kaiser und der Pforte eine ernste Richtung. Baugy, der französische Gesandte in Prag berichtet an Villeroy ddo. 20. Dezember 1603, daß der Kaiser den Krieg nur noch zwei Jahre fortführen kann, pendant lesquelz Sa Majesté taschera, ne pouvant obtenir une paix avec les avantages, qu'elle desire de faire un

Siebenbürgen war nicht bloß wegen der Vergrößerung seines Besitzes sondern auch dadurch wichtig, daß die ungarischen Malkontenten an Siebenbürgen keine Stütze mehr fanden, sondern geradezu mit den Türken sich verbinden mußten, was doch immer eine schlimmere und auch gefährliche Seite für sie hatte. Aber weder Rudolf noch seine Rathgeber konnten sich verhehlen, daß ihre ganze Herrschaft nur auf dem Heere beruhe und in der Bevölkerung, oder besser gesagt, in den Häuptlingen derselben keine Stütze habe. Von der Größe des Heeres also und seiner Verläßlichkeit hing allein die kaiserliche Herrschaft in Ungarn ab.

Man könnte wohl dies Verhältniß sonderbar finden, wenn man bedenkt, wie die Ungarn unablässig von den Türken bedroht wurden und den letzten Rest ihrer Unabhängigkeit allein der Unterstützung der Kaiser dankten. Aber wenn man auf die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse Ungarns einen Blick wirft, so wird man diese Anomalie wohl begreiflich finden. Die Anläufe, welche die Magyaren unter ihren bedeutendsten Königen, Ludwig dem Großen und Mathias Corvinus, gemacht haben, um ihr Staatswesen dem des westlichen Europa näher zu bringen, waren allein dadurch möglich geworden, daß die genannten Könige mit eiserner Faust die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten und dadurch zur Blüthe der untern Stände, namentich der Städte, beigetragen hatten. Unter der Herrschaft der schwachen Jagellonen fegte die Anmassung des Adels und seine unbändige Herrschsucht die kaum sichtbaren Blüthen einer höhern Civilisation wie ein Sturmwind hinweg und statt daß der Adel wenigstens seine Aufmerksamkeit gegen die näherrückende Türkengefahr gerichtet hätte, beschäftigte er sich mit Erweiterung seiner Rechte und erlaubte sich eine solche Bedrückung der einheimischen Bauernschaft, daß dieser selbst das Türkenjoch eine Erleichterung sein mußte. Ehedem war Ungarn das Land, von dem die benachbarten Völker namentlich die Italiener eine große Menge Schlachtvieh, Massen von Getreide und große Quantitäten von Metallen bezogen, alles dies nahm im 16. Jahrhunderte ein Ende und das Land erzeugte selbst kaum so viel, als es brauchte. „Dahin, heißt es, gelangte es durch die Nachlässigkeit und allzu große Schwächlichkeit der Könige Wladislaw und Ludwig, das müßige Leben, den Ehrgeiz und Uebermuth, die Raubsucht und Feindseligkeit seiner Magnaten, Ursachen, von denen jede einzelne hingereicht hätte, um ein mächtiges Reich zu Grunde zu richten, und gar erst, wenn alle zusammentrafen*)." Wie bei mongolischen Chanaten, die sich

effort pour chasser entièrement les Turcs de Hongrie. Kaiserliche Bibliothek in Paris Collektion Harlay 238/3 Fol. 655.

*) Marino Cavalli: A questa condizione (daß nämlich das Land ruinirt sei) ha

aufzulösen beginnen, ging die Herrschaft von den Königen in Ungarn auf eine Anzahl adeliger Häuptlinge über, welche keinen Herrn mehr über sich ertragen wollten und das Land zu einem immerwährenden Kampfplatz ihrer ehrgeizigen Leidenschaften machten.

Venetianische Berichterstatter, denen an der habsburgischen Herrschaft in Ungarn nichts gelegen war und die sonach keinen Grund hatten, die Magyaren und ihr Treiben anders als mit Unparteilichkeit zu betrachten, sind einstimmig in ihrer Verurtheilung und finden den wahren Grund ihrer Opposition gegen die habsburgischen Könige in dem Umstand, daß sie keine geordnete Regierung ertragen mochten. Sie erkennen mit übereinstimmendem Lobe die Tapferkeit der Ungarn und manche damit zusammenhängende glänzende Außenseite an, aber ihr Aergerniß, das sie an den öffentlichen Verhältnissen in Ungarn nahmen, war darum nicht geringer. Die Magnaten kannten nach ihren Berichten keine Grenze für ihre Raubsucht; Kleriker und Laien, sobald sie minder mächtig waren, wurden von ihnen ohne Unterschied bedrückt und um ihr Eigenthum gebracht*). Ferdinand I ordnete seiner Zeit unter dem Beispiel aller Rechtlichdenkenden ein außerordentliches Gericht in Preßburg an, um solchen Willkürlichkeiten ein Ende zu machen und die größten Uebelthäter zu bestrafen, aber da ihm die nöthige Macht fehlte, die Urtheilssprüche wirklich auszuführen, so schlug der Versuch fehl den Bedrückten Recht zu schaffen, dessen

---

ridotto quel regno la negligenza e la troppa delicatezza di quei re, la vita oziosa, l'ambizione la superbia, la rapina e inimicizia di quei Baroni; delle quali cause ciascuna da sè sola avria bastato a rovinare ogni potente impero, nonche tutte insieme. Bei Alberi I 3. Seite 132.

*) Marino Cavalli: Fu in Possonia a petizione quasi di tutto il regno ordinato un consiglio, come una Rota, per reprimere la rapacità delli grandi, quali si facevano lecito pigliar il possesso de' beni ecclesiastici e temporali de signori men potenti di loro, e il principal consultore di questo fu il quomdam Vescovo d'Agria, il quale affermava ad ognuno e principalmente alla maestà del re, che bisognava dominar li regni e massime li Ungheri con severa giustizia e castigo; e certo se questa cosa fusse stata fatta un poco più opportunemente, cioè in tempo che il re fusse stato un poco più padrone dell' Ungheria, che non era, avrebbe prodotto mirabil effetto, perchè li popoli e li offesi, che erano i più, sariano restati soddisfattissimi, e la giustizia averia avuto il suo luogo. Ma interveniva il contrario, perchè li autori delle sentenze che erano state fatte contro li grandi diventivano inimici, e per le poche forze che erano in Ungheria, le restituzioni alli poveri non si poteron eseguire, onde molti vi persero e pochi vi guadagnarono: dal che si vede, che le cose anco buone, quando non sono eportunamente fatte, nuocono poco meno che le cattive. Bei Alberi I. 3. S. 132.

Gelingen sonst „wunderbare Wirkungen" hervorgebracht hätte. Lorenzo Contarini, welcher im J. 1548 Gesandter bei Ferdinand I war, schließt sich den obigen Anschauungen vollständig an und meint, die Ungarn seien Menschen von böser Naturanlage, hochmüthig und treulos und hätten einen König nöthig, der das Schwert über ihrem Rücken unausgesetzt geschwungen halte. Auch er berichtet, daß die Magnaten als Räuber den Besitz ihrer Nachbarn unsicher machten, ja für ihre Frechheit bilde nicht einmal die eigene Macht eine Grenze, sondern sie wagten es selbst die Güter des Königs sich anzueignen*). Berichterstatter aus der Zeit um 1580 sagen, man könne die Herrschaft, welche der Adel in Ungarn über das Volk ausübe, nicht mit diesem Namen bezeichnen, man müsse sie Tyrannei nennen. Es sei eine solche Verwilderung der Sitten in Ungarn eingetreten, daß man zwischen den Christen und den türkischen Eroberern kaum einen Unterschied bemerke, sie seien einander gleich in Tracht, Lebensweise und Gebräuchen. An und für sich, meint Soranzo, welcher in der Zeit, deren Geschichte wir hier erzählen, über Ungarn berichtet, wären die Magyaren im Stande den Türken allein zu widerstehen, aber sie seien gegen frühere Zeiten gewaltig gesunken; innere Kriege, allgemeine Verschlechterung und die „Insolenz" der Magnaten hätten das Land zu einer Ruine gemacht. Auch Soranzo bemerkt, daß zwischen den Magyaren und den Türken in Sitte und Lebensweise kaum ein Unterschied zu finden sei und daß die allgemeine Herrschaft der letztern das Ende aller der Bewegungen sein würde, von denen Ungarn unabläßig in Unruhe versetzt werde**).

Daß Ferdinand I im Jahre 1526 auf den ungarischen Thron gewählt wurde, hatte seinen Grund in der Angst der Magnaten vor der Aggression der Türken, die überall tapfer mit ihrer Herrschaft auf-

---

*) Lorenzo Contarini: Sono gli Ungari uomini di mala natura, fieri, ed hanno fama di mancatori di fede; hanno bisogno di un re, che sempre gli tenga una spada addosso, il che non si facendo è causa di molti inconvenienti; perche molti baroni, anchè né luoghi che ora tiene il re vedendo le cose di quel regno andare ogni di peggiorando, si sono dati ad usurpare i beni de quel che può manco di loro; e molti hanno ancora tolti di quelli che s' aspettano a sua maestà. Alberi's Relation I. 1. S. 399.

**) Die Ungarn sind poco differenti nella barbarie dalla maniera de Turchi, come lo sono anco negli abiti; odiano naturalmente la casa d'Austria, perchè lor pare d'esser stati tenuti non solo soggeti ma sprezzati assai, avendoli essa sempre sottoposti al governo de Tedeschi loro naturali inimici. Soranzo Relation MS. der Marciana Klasse III, Codice 696. Dann venetianische Relation (um 1580), MS der kaiserlichen Hofbibliothek in Wien Nr. 6371.

räumten. Aber diese Wahl war weder eine einstimmige, wie die Gegenwahl Zapolya's beweist, noch von den Wählern selbst eine aufrichtig gemeinte. Ungarn zerfiel alsbald in drei Theile, den von den Türken, den von Zapolya und den von Ferdinand beherrschten. Ferdinand, als er die Regierung antrat, verstand sie in der Weise, wie man sie unter allen gebildeten Völkern versteht, eben deshalb rief er eine ununterbrochene Aufregung gegen sich hervor, welche schließlich in eine tiefe Abneigung gegen sein Haus umschlug und nur der Gelegenheit lauerte, um ohne Gefahr vor den Türken die habsburgische Herrschaft abzuschütteln. Eine der wichtigsten Ursachen dieser Opposition war auch darin begründet, daß Ferdinand kein einheimischer sondern ein deutscher Herrscher war. Die Ungarn sahen es mit Unlust und mit steigendem Groll an, daß sie in der neuen Monarchie nur eine Nebenrolle spielten, daß ihre Könige sich vornehmlich mit deutschen Räthen umgaben und diese selbst in den Angelegenheiten des Krieges gegen die Türken die entscheidende Stimme hatten. Dazu kam noch, daß schon Ferdinand I genöthigt war, wegen der Unzuverlässigkeit der ungarischen Truppen, wegen ihres Mangels an Disciplin und ihrer geringen militärischen Ausbildung in die ungarischen Grenzfestungen fremde Söldner, meistens Deutsche, zu legen und das Kommando über dieselben ebenfalls Fremden anzuvertrauen. Die Folge davon war die allerdings nicht ungerechtfertigte Besorgniß der ungarischen Magnaten, ihre Herrschaft werde über kurz oder lang in die Hände der Deutschen übergehen, und daß sich zu dieser Besorgniß auch ein grimmiger Haß gegen die Deutschen selbst gesellte, ist nur zu begreiflich. In Wahrheit trugen sich die Habsburger bei diesen Maßregeln anfangs mit keinen tiefern Plänen, sondern sie sahen sich zu denselben ihrer eigenen Sicherheit wegen genöthigt; um sich der Türken zu erwehren, mußten sie sich Ungarns als des Zwischengebietes versichern, da die Ungarn selbst ihre Selbstständigkeit nicht aufrechterhalten konnten. Die letztern mögen ihr Geschick anklagen, allenfalls auch die Türken, aber nicht die Habsburger, denn gerade so wie diese würden die Böhmen oder Polen gehandelt haben, wenn sie zu Ungarn in das Verhältniß der österreichischen Herrscher gerathen wären. Seit der Schlacht von Mohacz war Ungarn kein Reich, sondern ein Schlachtfeld: wer am Kampfe theilnehmen muß, frägt nicht nach dem Rechte anderer, sondern nach seiner eigenen Sicherheit. Fassen wir zusammen, was uns die Geschichte und aufmerksame Beobachter an Stoff zur Beurtheilung des ungarisch-österreichischen Verhältnisses am Schluße des 16. Jahrhunderts liefern, so ergibt sich daraus folgendes: das Schicksal von Ungarn lag in den Händen einiger Hundert adeliger Häuptlinge, welche vor allem von einem dauernden Haß gegen geordnete Re-

gierungszustände beseelt waren, ungeduldig den Augenblick erwarteten, die habsburgische Herrschaft abzuschütteln und nur aus Furcht vor der noch gefährlichern der Türken davon zurückgehalten wurden. Die österreichischen Herrscher dagegen hatten vor allem bei ihrer Herrschaft in Ungarn die Vertheidigung gegen die Türken vor Augen und suchten sich gegen die Unbeständigkeit der Magyaren sicherzustellen. Die Magnaten beklagten sich bei ihrer Opposition, daß ihre Verfassung verletzt werde und nicht mit Unrecht, allein es gab Verfassungen, wie z. B. die schwedische und dänische des 18. Jahrhunderts, deren Verletzung durch den König als eine Wohlthat für das Gemeinwesen angesehen wurde, und daß zu diesen vor allem auch die ungarische gehörte, dies kann billig nicht bezweifelt werden.

Indessen war dennoch im Laufe des 16. Jahrhunderts eine Trennung unter den Magnaten eingetreten, welche einen Theil derselben zu einem nachgiebigen Benehmen gegen den König drängte. Die Ursache lag in der religiösen Spaltung, welche wie überall so auch in Ungarn von großem Einfluße war. Fast ganz Ungarn warf sich mit Hast der Glaubensneuerung in die Arme und kleidete nun seine politische Opposition auch in ein religiöses Gewand. Die Bischöfe aber und jener kleine Theil des Adels, welcher bei der katholischen Kirche verharrte, sahen jetzt mit ungewohnter Ehrerbietung nach ihrem König, weil dieser ihren einzigen Schutz gegen die feindliche Aggression bildete.

Als nun im J. 1603 in Folge glücklich geführter Kriege Rudolf über einen größern Theil von Ungarn herrschte, als je einer seiner Vorfahren, sein Heer Achtung gebietend in Siebenbürgen dastand und die Türken nicht ungeneigt waren, ihm einen günstigen Frieden zu bewilligen, bemächtigte sich seiner ein förmlicher Rausch und er beschloß seine Lage in einer Weise auszubeuten, die nach seiner Meinung zu seiner Sicherheit führen sollte, in der That aber nur sein Verderben herbeiführte. In seinen Gedanken beschäftigte er sich unabläßig mit den Forderungen, welche von allen Seiten wegen Bestimmung der Nachfolge an ihn gerichtet worden waren; wie nun wenn er die Zügel der Regierung fester an sich zog, sich in allen seinen Ländern zu einem mächtigern Herrscher als irgend einer seiner Vorfahren erhob und dadurch faktisch den Beweis lieferte, daß er zur Regierung tauglicher sei, als man dies allgemein verbreitete? Trotz seines Trübsinnes wußte er, daß er keinen bewaffneten Angriff weder von seinen Brüdern noch von dem katholischen Theil seiner Unterthanen zu befürchten habe, nur die Protestanten und die an sie sich kettende ständische Opposition konnten ihm gefährlich werden, und deshalb war seine Ruhe für die Zukunft gesichert, wenn er diesen gegenüber eine drohende Haltung annahm und sie wo möglich für immer zu einem strikten Ge-

horsam verpflichtete. Während seiner ganzen Regierung hatte er nie über ein so starkes Heer geboten wie im Augenblicke, und nie hatte dasselbe den äußern Feind so siegreich abgewehrt. Es schien ihm der Moment gekommen, wo er dasselbe gegen den innern Feind verwenden und die Stellung eines Herrschers von Oesterreich der eines Königs von Frankreich oder England in ihrer Machtfülle näher bringen konnte. Offenbar mußte der Kampf da eröffnet werden, wo die Armee stand, also in Ungarn, und hier der Hand in Hand gehenden protestantischen und ständischen Opposition der erste Schlag versetzt werden.

Es ist leicht einzusehen, daß das Gelingen einer so herausfordernden Politik, welche neben dem noch immer dauernden äußern Krieg zugleich einen innern nicht scheute, vor allem von der Stärke des Heeres abhing, über das Rudolf gebot. Was dieses betrifft, so wurde es durch Werbung zusammengesetzt und es bot keine Schwierigkeit, dasselbe bei der Masse jener Leute, welche sich dem Kriegshandwerk in Deutschland hingaben, auf einer beliebigen Höhe zu erhalten; alles kam nur darauf an, ob dazu die nöthigen Geldmittel vorhanden waren. Wir haben früher erwähnt, daß die Einkünfte des Kaisers aus seinen Erbländern etwa drei Millionen Gulden betrugen, welche nur zur Erhaltung seines Hofstaates und zur Zahlung der Interessen seiner Schulden hinreichten, und daß die Erhaltung des Heeres im Kriege mehr oder weniger Sache außerordentlicher Zuflüße war. Seit dem J. 1591, seit der Türkenkrieg wieder ausgebrochen war, war die Armee in Ungarn wie durch ein fortgesetztes Wunder erhalten worden und im J. 1603 war der Kaiser nahezu auf der Neige mit allen finanziellen Operationen, welche ihn bis dahin erhalten hatten und welche wir bald detaillirt kennen lernen werden. Wenn der Sieg beharrlich bei seinen Fahnen blieb, so konnte er vielleicht noch ein Jahr die nöthigen Auslagen bestreiten, länger aber gewiß nicht. Eine nüchterne Erwägung der Verhältnisse hätte ihm leicht die Ueberzeugung beibringen müssen, daß ein Kampf mit der ständischen Macht etwas länger als ein Jahr währen dürfte, aber diese Betrachtung stellte er, der nur für den nächsten Augenblick lebte, nicht an.

Man ist gewöhnt, alle Maßnahmen der österreichischen Herrscher zu Gunsten der katholischen Religion direkten Einflüßen aus Rom oder der Einflußnahme der Jesuiten und ihrer Freunde zuzuschreiben. So wahr dies in vielen Fällen auch sein mag, die Maßregeln, welche jetzt Rudolf gegen den Protestantismus zu ergreifen beschloß, waren gewiß nicht das Resultat kirchlicher Einwirkung. Erinnern wir uns doch, daß der Kaiser vom J. 1600 an, in dem seine geistige Gesundheit der früher geschilderten Zerrüttung anheimfiel, eine ausgesprochene Abneigung gegen das kirchliche

Wesen und namentlich gegen die Geistlichkeit an den Tag legte, und daß er in den Tagen seiner Gesundheit durch eine apathische Gleichgiltigkeit den Protestanten von sich selbst aus keinen Widerstand entgegengesetzt hatte. Es war also mit seiner Krankheit gewiß nicht der Moment gekommen, wo er ein offeneres Ohr für die Rathschläge strenger Katholiken gehabt hätte. Auch läßt sich aus dem gesammten diplomatischen Briefwechsel nach 1600 kein einziger Fall konstatiren, daß Rudolf eifrige Geistliche in einer Privataudienz empfangen oder daß er mit dem Nuncius und dem spanischen Gesandten einen vertrauten Verkehr gehabt hätte. Beide vielmehr wurden, wie sie selbst an ihre Herren mit steten Klagen berichten, im Laufe mehrerer Jahre höchstens ein- bis zweimal und nur während der Dauer einiger Minuten vor den Kaiser gelassen und hiebei war der alleinige Gegenstand des Gespräches entweder die Successionsfrage oder die Türkenhilfe.

Alles berechtigt uns also anzunehmen, daß die strengen Maßregeln, welche Rudolf gegen die Protestanten zu ergreifen sich entschloß, das Resultat seines eigensten Entschlußes gewesen seien, von Spanien und Rom so wenig beeinflußt, daß diese nicht einmal um ihre Entstehung wußten*). Philipp III und Clemens VIII hatten übrigens beide eine zu ungünstige Meinung von Rudolf, als daß sie denselben nach dem J. 1600 noch mit einem Unternehmen betraut hätten, welches so eben in Steiermark trotz der Ueberzeugungstreue und eisernen Zähigkeit Ferdinands mit den gewaltigsten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. — Den Schlag, welchen Rudolf gegen die Ungarn im J. 1604 zu führen sich entschloß, mag er lange, mindestens zwei Jahre lang, bei sich überdacht haben. Denn nicht allein in Ungarn wollte er mit dem Protestantismus aufräumen, sondern auch in Böhmen und Mähren. Anknüpfend an ein Mandat König Wladislaws II vom J. 1508, welches damals gegen die böhmische Brüderunität erlassen wurde und alle ihre Anhänger mit dem Tode bedrohte, ließ er dasselbe plötzlich zur Ueberraschung aller Welt im J. 1602 in Prag unter feierlichem Trompetenschall an allen Plätzen der Stadt verkünden, in der Meinung dadurch alle jene zu erschrecken, welche von dem

*) Feßler in seiner Geschichte der Ungarn ist zwar nicht verlegen, den Kapuzinern und Jesuiten einen solchen Einfluß auf das Gemüth des Kaisers zuzuschreiben, allein wir müssen die Richtigkeit dieser Behauptung vollständig in Abrede stellen, da uns die Kenntniß der spanischen Korrespondenz über die herrschenden Einflüße am Prager Hofe nicht im Zweifel läßt. Aus diesem Grunde müssen wir auch die bei Feßler in jedem Augenblick betonte Einflußnahme San Clemente's und des Nuncius in das Gebiet bloßer Faseleien verweisen.

katholischen Glauben oder von dem alten Utraquismus abgewichen waren*). Es war dies für Prag und Böhmen ein so unerwartetes Ereigniß, daß man darüber mehr verwundert als erschrocken war, denn von Vorbereitungen, das Mandat zur Geltung zu bringen, sah man nichts, und es gegen neun Zehntel der Einwohnerschaft von Böhmen ohne solche Vorbereitungen und Gewaltmittel zu exequiren, davon konnte doch keine Rede sein. In Mähren geschah nichts ähnliches, denn daselbst konnte kein altes Gesetz gegen die Protestanten zu Hilfe gerufen und republizirt werden, aber desto gewaltsamer war der Druck, welchen der Kaiser auf die Verfassung durch seine Beamten ausübte. Die wichtigsten von ihnen, der spanisch-römischen Schule angehörend, machten es sich zum Geschäft durch stete Verletzung der Gesetze des Landes dem Absolutismus Bahn zu brechen, um so den Weg für alle andern Ziele zu ebnen**). Diese Periode der Reaction trat mit aller Wucht um das J. 1602 auf und erschütterte die auf die Vorrechte des Adels begründete Verfassung bis in ihre Fundamente.

Jetzt kam endlich die Reihe an Ungarn. Die gewöhnlichen Klagen wegen Verfassungsverletzung hatten daselbst neue und vielfache Nahrung gefunden. Zunächst hatte Rudolf bereits seit Jahrzehenden die Stelle eines Palatins unbesetzt gelassen, die Gewalt der Bane von Kroatien und Slavonien beschränkt und durch Besetzung der Grenzfestungen mit deutschem Militär unter deutschen Befehlshabern das Beispiel seines Vaters und Großvater's befolgt. Er hatte sich wie diese in den ungarischen Angelegenheiten wenig um den Rath geborner Ungarn umgesehen und selbst einzelne Reichswürden mit Ausländern besetzt, denen, um der gesetzlichen Form zu genügen, wie zum Spotte der Eingebornen das ungarische Indigenat verliehen wurde. Die einzelnen Gespanschaften blieben Jahre lang ohne einen Obergespan, Bisthümer ohne Bischöfe, eine Unzahl von Gegenständen, die des Königs Entscheidung erheischten, konnten keine Entscheidung finden und bei allem, wo eine Initiative seitens des Regenten nöthig war, wurde diese vergeblich erwartet. Daß die Mehrzahl von jenen, welche in Ungarn, sei es ein Militär- sei es ein Civilamt bekleideten, fern von der Kontrolle eines strengen Herrn willkürlich schalteten, konnte man bei Rudolfs Zurückgezogenheit von vornherein annehmen, wenn nicht auch dafür haarsträubende Berichte vorlägen. Unter solchen Umständen bekamen die Klagen der Ungarn eine ganz andere Bedeutung als früher; nicht die Magnaten, das Volk selbst, litt unter dem kaiserlichen Regiment und nichts konnte demnach leichter

*) Meine Geschichte der böhmischen Brüder, Band II.
**) Chlumecky: Karl von Zierotin.

sein, als dasselbe im günstigen Momente zu einem allgemeinen Aufstand zu vermögen. Und bei dieser Beschaffenheit der Gemüther war es, daß Rudolf sich zum Angriff gegen etwas rüstete, was nicht allein die Magnaten betraf, sondern was bereits auch dem Volke theuer geworden war, nämlich sein neuer Glaube.

Als demnach Basta Siebenbürgen abermals unterworfen hatte und in Ungarn der General Graf Belgiojoso das kaiserliche Ansehen, nicht ohne Härte, überall aufrecht hielt, glaubte Rudolf den rechten Moment gekommen, in welchem er der Opposition des Landes durch einen offenen Angriff auf die Protestanten den kräftigsten Schlag versetzen könnte. Den Anfang machte er mit den Lutheranern in Kaschau. Vor kurzem war Erlau an die Türken verloren worden, und Bischof und Kapitel dieser Stadt sahen sich plötzlich ohne Kirche. Rudolf befahl nun den Lutheranern in Kaschau ihre Kirche, ein schönes Denkmal gothischer Baukunst, zu räumen und dem Kapitel abzutreten, und Belgiojoso ward beauftragt jeden etwaigen Widerstand niederzuschlagen. Ganz Ungarn wiederhallte natürlich von diesem Ereigniß, das man als den Anfang einer langen Reihe wohl durchdachter und auf das Verderben der Protestanten abzielender 3. Feb.
Maßregeln ansah. Auf dem Reichstag, der kurz darauf in Preßburg sich 1604
versammelte, forderten die Protestanten Genugthuung und eine solche Umänderung der Verfassung, durch welche die Freiheit ihres Bekenntnisses und der Besitz ihrer Kirchen gesetzlich geschirmt werden sollte, während Erzherzog Mathias als königlicher Kommissär im Auftrag seines kaiserlichen Bruders vom Reichstag die Verbannung aller lutherischen und kalvinischen Prediger, die Auflösung aller protestantischen Gemeinden und überhaupt die völlige Restitution der katholischen Kirche verlangte. Natürlich erhoben die Protestanten gegen diese Forderungen die heftigste Opposition und da sie mit ihren eigenen Wünschen nicht durchdringen konnten, sich aber doch gegen ähnliche Angriffe wie die in Kaschau wo möglich sicher stellen wollten, protestirten sie vor ihrer Abreise gegen jeden Befehl des Königs und jede Maßregel, durch welche ihrem Bekenntnisse und ihren Kirchen nahegetreten würde. Da griff Rudolf, um seinen Willen durchzusetzen, zu einem Mittel, einzig in der ungarischen Geschichte dastehend; die 21 Artikel, welche über die verschiedenen Angelegenheiten des Landes auf dem Preßburger Reichstage von den Ständen mit dem Erzherzog vereinbart worden waren und dadurch Gesetzeskraft erhielten, vermehrte der Kaiser eigenmächtig mit einem zweiundzwanzigsten und publizirte denselben im Verein mit den übrigen. Durch diesen 22. Artikel bestätigte er alle Gesetze und Verordnungen, welche seit des ersten Königs Stephan Zeiten zum Schutze der katholischen Religion erlassen worden

waren und bedrohte alle jene mit den strengsten Strafen, die fortan religiöse Gegenstände, unter was immer für einem Vorwande, in öffentliche Verhandlungen verflechten würden.

Es war ein Glück für die Magnaten, daß sie in dem Kriege, welcher ihrer politischen Stellung damit angesagt wurde, im voraus auf Bundesgenossen zählen konnten, denn die Städte und Bauern waren gleichmäßig durch die königlichen Erlässe aufgeregt, es bedurfte nur eines kühnen Hauptes um sich an die Spitze der Unzufriedenen zu stellen, so flammte der Aufruhr in Ungarn an allen Ecken und Enden auf. Dieses Haupt fand sich in Stephan Bocskay. Derselbe, ein reich begüterter siebenbürgischer Edelmann, war während des mannigfachen Wechsels der Herrschaft in seiner Heimat um seine Güter gekommen und war nach Prag gereist, um durch Vermittlung des kaiserlichen Hofes wieder in den Besitz des verlornen zu kommen. Er hatte sich daselbst längere Zeit aufgehalten, aber trotz aller Anstrengung nichts erlangt und zuletzt sogar eine schnöde Behandlung in den kaiserlichen Vorzimmern erfahren müssen*). Von Durst nach Rache beseelt war er in seine Heimat zurückgeeilt, fand da bereite Freunde, die sich mit ihm zum Kampfe gegen den Kaiser um so eher verbanden, als die letzten Ereignisse in Ungarn sie einen allgemeinen Anschluß der Magnaten hoffen ließen. Diese Berechnung täuschte sie nicht und in kurzem galt in Siegenbürgen und in den angrenzenden Theilen Ungarns allein die Auktorität Bocskay's. Nichtsdestoweniger würde die weitere Ausdehnung des Aufstandes über Ungarn an der starken kaiserlichen Armee gescheitert sein, wenn nicht in diesen entscheidenden Augenblicken die Leere der kaiserlichen Kassen die Treue der Truppen und ihre Ausdauer zum Schwanken gebracht hätte. So kam es, daß der anfangs siegreiche Widerstand des kaiserlichen Heeres gegen das Umsichgreifen des Aufstandes zuletzt mit einer völligen Niederlage endigte und Bocskay mit den Ungarn bald bis nach Preßburg gebot, während Rudolfs Auktorität nur noch in jenen Plätzen anerkannt wurde, welche er mit deutschen Truppen angefüllt hatte.

Groß war die Befriedigung, mit welcher die Türken diesen Ereignissen zusahen. So eben waren sie nicht mehr im Stande den Kaiser mit Erfolg anzugreifen, als die Ungarn durch ihr Auftreten ihnen gleichsam den Sieg in die Hände spielten. So stark waren sie indessen doch nicht, um gegen die kaiserlichen Festungen und gegen die Ungarn zugleich aufzutreten; sie zogen es deshalb vor, mit diesen ein Bündniß abzuschließen und so den letzten Resten der kaiserlichen Herrschaft ein Ende zu machen. Gelangten sie in den Besitz der bedeutendsten Festungen, und um das han-

---

*) Relazion von Francesco Soranzo. MS der Marciana.

delte es sich ihnen, so kam seiner Zeit auch die Reihe an die Ungarn und dieselben Magnaten, welche sich jetzt gegen Rudolf erhoben hatten, konnten es einst noch bedauern, daß sie nicht die Herrschaft des Kaisers einem kurzen Traum von Selbstständigkeit vorgezogen hatten.

Das Bündniß der Ungarn und Türken begann alsobald seine Wirkung zu äußern. Die Türken begaben sich ungesäumt an die Belagerung der Grenzfestungen und Bocskay in seinem Rücken gesichert, rückte mit seinen wilden Schaaren gegen die mährisch-österreichische Grenze, um den Krieg in des Kaisers erbliche Besitzungen zu tragen. Es ist schwer zu sagen, wodurch die unglücklichen Einwohner von Oesterreich, Steiermark und Mähren jetzt ärger heimgesucht wurden, ob durch die Truppen Rudolfs, welche überall herausgedrängt in die benachbarten Länder sich zurückzogen, oder durch die räuberischen Horden der Tartaren, Heiduken und Kumanen, welche den Ungarn als Avantgarde überall plündernd vor- 1605
aneilten. Zwischen der Publikation des 22. Artikels und dem Einfall der plündernden Feinde in den genannten Grenzländern lag nur die kurze Frist eines Jahres, aber bezeichnet für den Kaiser mit Niederlagen ohne Gleichen. Ein Schrei der Entrüstung und des Jammers erhob sich durch alle Provinzen, und mit stummen und lauten Vorwürfen kehrte alles die Blicke nach Prag, erwartend, wie der Kaiser dem Elend des Reiches wenigstens in den Erbländern abhelfen würde. Von Prag aber kam weniger Hilfe als je, der Kaiser, unzugänglicher wie sonst, lebte, als wüßte er nicht einmal um die Leiden seiner Völker, weder gewillt energisch sich ihrer anzunehmen und seinen letzten Schatz hinzuopfern, noch geneigt einen Frieden zu schließen, sei es auch, um welchen Preis es wolle.

Man kann sich denken, welche Bitterkeit sich der Erzherzoge bei dem Gedanken bemächtigen mußte, daß durch ihres Hauptes theils absichtliches Thun, theils schuldvolle Unthätigkeit der Familienbesitz einem sichern Ruin entgegengeführt werde; sie mußten sich gestehen, daß kein Opfer an Geld und Gut etwas nützen könnte, so lange die oberste Leitung der Dinge sich in solchen Händen befand wie bisher. Im Momente des bevorstehenden Ausbruches der Ungarn aus ihren Grenzen, also im Momente der größten Gefahr, kamen die Prinzen, getrieben von dem Wunsche, Rath und Hilfe zu schaffen in Linz zusammen und zwar die zwei Brüderpaare, Mathias mit Maximilian und Ferdinand mit Maximilian Ernst. Was früher Mathias vom Kaiser wegen der Krankheit des letztern erbeten hatte, nämlich die Bestimmung der Nachfolge und die Wahl eines Coadjutors, dies lag jetzt auch im Interesse aller österreichischen Länder, die nur durch eine kräftige Hand der schlimmen Lage entrissen werden konnten, in die sie Rudolfs unselige Politik gestürzt hatte. Die versammelten Prinzen

einigten sich also nach kurzer Berathung in dem Entschluße den Kaiser zu ersuchen, er möge Mathias die Leitung der ungarischen Angelegenheiten übergeben und allen Ernstes die Nachfolge, da er nun doch selbst ohne Erben sei, regeln. Kaum jedoch von ihrem Vorhaben in Kenntniß gesetzt, schickte ihnen der Kaiser den Hofmarschall Breuner entgegen und verbot
Anfang ihnen die Reise nach Prag, zu der sie sich in Gemeinschaft entschlossen
Juni hatten, um ihrem Ansuchen mehr Gewicht zu geben. Als trotz dieses for-
1605 mellen Verbotes die Erzherzoge in Prag eintrafen, ließ sich wohl der Kaiser ihre Ankunft gefallen, wenn gleich er auf alle Weise kundgab, daß sie nicht willkommene Gäste seien, ertheilte ihnen auch einzeln und insgesammt eine Audienz und nahm eine Schrift entgegen, welche ihre Beschwerden und Forderungen enthielt; allein hiemit war auch das Maß seiner Willfährigkeit erschöpft. Alles, wozu er sich herbeiließ, war das Versprechen, daß er durch Auszahlung des Soldes an die Truppen Basta's, welche hauptsächlich durch die stete Noth so rasch aus Ungarn verdrängt worden waren, das Heer wieder in bessere Verfassung setzen wolle. Von einem Eingehen auf die wichtigsten Forderungen der Erzherzoge, seinem Bruder Mathias die Verwaltung von Ungarn unter dem Titel eines Vicekönigs zu übergeben und die Nachfolge zu regeln, war keine Rede*).

Der Plan des Kaisers, Ungarn zu seinen Füßen zu legen und daraus das Fundament seiner Macht zu bilden, von dem aus er ruhig den Forderungen seiner Verwandten Trotz bieten könnte, war vollständig gescheitert und eine Pacification Ungarns um jeden Preis wäre wohl für ihn die vernünftigste Politik gewesen. Allein da diese Politik ein Eingehen auf Mathias' Wünsche nöthig gemacht hätte, so wurde sie ohne Zögern verworfen und der Kaiser setzte den dräuenden Gefahren eine Unthätigkeit entgegen, als wünsche er lieber das Verderben seiner eigenen Macht als den Uebergang derselben in die Hände des ihm von der Natur bestimmten Nachfolgers. Und in der That waren seine nächsten Handlungen mehr darauf berechnet, sich die Brüder als die Ungarn vom Halse zu schaffen. Gegen Erzherzog Maximilian nämlich, der nach der Abreise der übrigen Erzherzoge in Prag zurückgeblieben war, nahm er plötzlich die Rolle eines lebensüberdrüßigen Mannes an, der sich tief von Melancholie gedrückt fühle und für den es sonach am ersprießlichsten sei, in die Berge von Tirol sich zurückzuziehen, wie einst Karl V nach San Juste sich zurückgezogen hatte. Konnte man wohl etwas anderes als tiefes Mitleiden mit dem höchsten

---

*) Archiv von Simancas, Guillen de San Clemente an den König ddo. Prag den 17. Juni 1605. Chlumecky: Karl von Zierotin S. 345.

Würdenträger der Erde fühlen, wenn er so zerknirscht sprach, und mußten nicht die kaiserlichen Prinzen Gewissensbisse fühlen, wenn sie weiter ihrem Haupte zur Last fielen und nicht abwarten wollten, bis die Natur selbst die Lösung der hängenden Schwierigkeiten übernahm? Aber die Maske, welche Rudolf vornahm, war zu wenig dicht und ließ zu sehr seine Herrschsucht blicken, als daß sie Jemanden getäuscht hätte. Es ist nichts wie Betrug oder Angst, die den Kaiser so sprechen läßt, sagte geradezu San Clemente*). Kaum merkte Rudolf, daß er damit nichts gewonnen habe und sich keine Ruhe verschaffen würde, so griff er nach einem andern Auskunftsmittel, er drohte nämlich mit einer Heirat. Nach den langjährigen Verhandlungen, die er ehedem wegen der Infantin Isabella geführt, konnte man allerdings nicht annehmen, daß er jetzt in seinen Bewerbungen eiliger sein würde, allein da diese nur ein Abschreckungsmittel für Mathias sein sollten, so durften sie auch nicht enden und begleiteten den Kaiser bis zu seinen letzten Augenblicken. Statt also Tag und Nacht auf nichts anderes als auf die Beschützung von Mähren und Oesterreich und auf die Besiegung der ungarischen Rebellen zu denken, schickte er nach Tirol in aller Eile einen Maler, damit dieser das Bildniß zweier dort lebenden Erzherzoginnen aufnehme; von dort hatte sich derselbe nach Würtemberg zu begeben und gleicherweise die Tochter des Herzogs, von deren Schönheit man sich viel erzählte, zu portraitiren. Die Sache wurde plötzlich mit solcher Eile betrieben, als ob die Hochzeit alsogleich vollzogen werden sollte. Ja, nicht zufrieden mit dieser Auswahl ließ Rudolf auch noch den Herzog von Savoyen um die Portraite seiner Töchter ersuchen, reihte auch die Prinzessin von Toskana in die Zahl seiner möglichen Bräute ein, und als wollte er wirklich Ernst machen, ließ er zuletzt dem Herzog von Würtemberg entbieten, er möchte seine Tochter nicht verheiraten, da er selbst Absichten auf sie hege. Unglückliche Prinzessinnen, wenn ihnen das Geschick der Infantin, um die 16 Jahre lang geworben wurde, auch zu Theil werden sollte *).

Das war also die Antwort des Kaisers auf die Hilferufe der Länder und der Erzherzoge. Während ein Theil von Mähren in eine Wüstenei verwandelt wurde, unterhielt sich der Kaiser mit Heiratsprojekten; während Ungarn, wenn es nicht für immer verloren sein sollte, eine eben so kluge Politik als die äußerste Kraftanstrengung erheischte, wehrte sich der Kaiser mit aller Macht und allem Eigensinn seinem Bruder eine Gewalt zu überlassen, die in seinen Händen nur verderblich wirkte. Es ist fast so, als habe Rudolf gehofft, die Welt müsse stille stehen, wenn er selbst nicht vor-

*) 1605, 18. Oktob., Simancas 2492/99 und 12. Jän. 1606, Simancas 2492/125.

wärts ginge. Die Mährer, vom Kaiser verlassen, halfen sich zuletzt so gut sie konnten, und nicht im Stande den Feind zu bewältigen, schloßen
1605 sie endlich mit demselben einen mehrmonatlichen Waffenstillstand. In ähnlicher Weise sorgten auch die Oesterreicher für sich*).

Trotz des allgemeinen Anschlußes der Ungarn an Bocskay und des letztern an die Türken, die ihn sogar als Großfürsten von Siebenbürgen und König von Ungarn unter des Sultans Oberhoheit anerkannten, war für den Kaiser nicht alles verloren, wenn er den Umständen sich fügte und das Unrettbare aufgab. Trotz ihres raschen Sieges fühlten die Ungarn nur zu wohl, daß sie für sich allein nicht im Stande sein würden, künftig die Feindschaft des Kaisers und die selbstsüchtige Freundschaft der Türken zu ertragen, ohne zu Grunde zu gehen. Schon der Umstand, daß sie für sich weder zur Bemannung noch zur Unterhaltung der Grenzfestungen gegen die Türken die nöthigen Mittel besaßen und somit fortan nur eine offene Grenze gegen die immer wiederkehrenden Raubzüge der Paschas besitzen sollten, daß weiter die Türken durch die in aller Eile betriebene Belagerung der mit kaiserlicher Besatzung versehenen Festungen zu deutlich ihre schließliche Absicht verrieten, alles das mußte sie mit Besorgniß erfüllen. Nicht etwa unter den katholischen sondern unter den protestantischen Magnaten selbst brach sich diese Anschauung Bahn und machte sie geneigt auf Friedensunterhandlungen einzugehen, welche eine vollständige Restauration ihrer Verfassung zur Grundlage haben und Ungarn wie früher in drei verschiedene Gebiete theilen sollten, ein Zustand, der ihnen die beste Garantie für ihre Freiheiten schien. Siebenbürgen und ein Theil von Ungarn sollte unter einem unabhängigen christlichen Fürsten stehen, der nach Umständen sich entweder an die Türken oder an den Kaiser anschließen konnte, je nachdem die Gefahr der Unterjochung von da oder dort drohen würde; das übrige Ungarn sollte zwischen dem Kaiser und den Türken getheilt sein, wodurch der erstere auch weiterhin ein Interesse an der Vertheidigung des Landes hatte, ohne doch ferner im Stande zu sein, dem zu schaden, was die Magnaten für ihre Freiheit hielten. Uebrigens erheischte die seit 14 Jahren durch den Türkenkrieg und die Regierungswechsel in Siebenbürgen bis zum Entsetzen gesteigerte Verwüstung des Landes gebieterisch einige Nachgiebigkeit; denn wenn auch die Ungarn im Stande waren die benachbarten Provinzen zu verwüsten, ihr eigenes Land konnte doch erst durch den Frieden gewinnen. Diese
Dez. Betrachtungen machten sich auf dem Landtag von Kärpfen geltend,
1605 wo neben Bocskay die bedeutendsten Magnaten von Ungarn wie

*) Chlumecky: Karl von Zierotin.

Stephan Illeshazy, Valentin Druget de Homonna, Christoph Thurzo, Michael Czobor und viele Komitatsvertreter anwesend waren. Nach Bocskay genoß Stephan Illeshazy in dieser Versammlung theils um seiner persönlichen Eigenschaften, theils um seiner Vergangenheit willen das größte Ansehen. Er war nämlich kurz vor dem Ausbruche der Bocskayischen Unruhen in einen Prozeß von den königlichen Beamten verwickelt worden, in dem er verurtheilt und aller seiner großen Güter beraubt wurde. Ob nun, wie die Ungarn lange behaupteten, an ihm ein Justizmord verübt worden, oder wie neuere von Ungarn selbst ausgehende Forschungen nachzuweisen suchen, sein Verbrechen unläugbar war, so viel ist gewiß, daß an ihm die Form verletzt und er nicht von ungarischen Richtern verurtheilt worden. Je mehr also Illeshazy Grund haben mochte, sich einem natürlichen Rachegefühl hinzugeben, desto wirksamer mußte sein Auftreten sein, wenn er selbst der Versöhnung das Wort führte und die Versammlung zum Einschlagen friedlicher Wege mahnte. Da jedoch Sigmund Forgacs der Gesandte des Erzherzogs Mathias, dem Kärpfner Landtag von Seite des Kaisers keine befriedigenden Anerbietungen zu machen im Stande war, so kam es zu keinem andern Beschluß, als daß die Versammlung eine doppelte Botschaft abordnete, die eine an Mathias, um mit diesem über die Friedensbedingungen zu unterhandeln, die andere nach Deutschland an die weltlichen Kurfürsten, vor allem an den Pfalzgrafen, um sie von jeder Unterstützung des Kaisers abzuhalten. Stephan Illeshazy und Mladosewics übernahmen die Gesandtschaft nach Wien, der gelehrte Dichter Bocatz aus Kaschau die nach Deutschland*).

An den Ereignissen in Ungarn hatte Mathias bis jetzt keinen andern Antheil genommen, als daß er, soweit sein persönlicher Einfluß reichte, einzelne Magnaten in Ungarn durch geheime Unterhändler zur Versöhnung mit dem Kaiser mahnte. Insbesondere war er bereits vor dem Kärpfner Landtag mit Illeshazy in Verhandlungen getreten und suchte denselben zu bestimmen, den in einzelnen Festungen von den Türken allzuhart bedrängten kaiserlichen Truppen geheime Verstärkungen zukommen zu lassen, weil dies die Interessen Ungarns selbst erheischten**). Illes-

---

*) Ueber die ungarischen Angelegenheiten geben folgende Schriftstücke, welche sich in der pfälzischen Abtheilung des Münchner Staatsarchivs befinden, wichtige und entscheidende Aufschlüße: Bocatz an einen Freund ddo. 26. November 1605, Müncher Staatsarchiv 546/11 Fol. 319—332; die ungarischen Stände an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Kärpsen 10. Dezember 1605, Fol. 340; Stephan Bocskay an Kurpfalz ddo. Kaschau 30. Dezember 1605, Fol. 367.

**) Relation des Gesandten Mathias'. MS. der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag.

hazy hatte zwar eine solche offene Parteinahme abgelehnt, aber seine friedliche Sprache in Kärpfen war die Folge dieser Unterhandlungen und veranlaßte auch seine Absendung nach Wien. Was Mathias betrifft, so beurtheilte er die Sachlage richtig, er wußte die Mittel abzuschätzen, die seinem Bruder zu Gebote standen und sah ein, daß diesmal mehr von dem guten Willen der Ungarn als von Waffengewalt zu erlangen war, und daß die wichtigsten Forderungen derselben, religiöse Freiheit und Befriedigung Bocskay's weiter nicht zu umgehen waren. Nun hatte aber Rudolf noch durch nichts an den Tag gelegt, daß er ernstlich sich in Unterhandlungen begeben und den Frieden wieder herstellen wolle. Kam Illeshazy nach Wien und konnte ihm der Erzherzog mit keinen Vollmachten entgegentreten, so war es nur zu wahrscheinlich, daß derselbe, statt nach Prag zu reisen, nach Hause zurückkehren, und die Ungarn überhaupt jede Versöhnung mit Oesterreich ablehnen würden, so gefährlich auch für ihre Zukunft ein solches Vorgehen war. Um nun die Dinge nicht auf das äußerste kommen zu lassen, wollte Mathias noch den letzten Versuch bei seinem Bruder wagen, ehe er sich dann vielleicht entschloß auf eigene Faust zu retten, was zu retten war, und was Rudolf aller Welt zum Trotz verlieren wollte. Begleitet von den Erzherzogen Maximilian und Ferdinand, die mit ihm hierin eines Sinnes waren, reiste er nochmals nach Prag und übergab im Verein mit ihnen dem Kaiser eine
10.Dez Denkschrift*). Aehnlich der vom Monat Juni desselben Jahres schilderte
1605 sie die Gefahren in Ungarn und verlangte zu deren Abwendung, daß dem Erzherzog Mathias die Leitung der Regierung von Ungarn und Oesterreich überlassen, überdies aber auch die Nachfolge bestimmt werde. Der Kaiser wußte diesmal so wenig wie früher das zu wählen, was seine Pflicht war; ungnädig alle Vorstellungen aufnehmend, entließ er die Erzherzoge ohne jeden Trost für die Zukunft.

Jetzt war Mathias bei dem Wendepunkt seines Lebens angelangt. Schnöde zurückgestoßen von seinem Bruder, der — es ist peinlich zu sagen — wieder mit seinen Heiratsprojekten Geräusch machte, ging er nach Wien, entschlossen den Forderungen der Ungarn die Hand zu bieten, wenn es ihm dadurch gelingen konnte, sie zu gewinnen. Da übrigens die Türken, mit denen der Kaiser gern einen Frieden geschlossen hätte, um Bocskay und seinen Anhang zu isoliren, wiederholt erklärt hatten, ohne vorgängige Befriedigung ihrer Bundesgenossen in keine Unterhandlungen sich einlassen zu wollen, so mußte es Rudolf zugeben, daß die Vertreter Bocskay's und der Ungarn nach Wien kamen, um da über die Bedingungen des

*) Chlumecky: Zierotin, S. 346.

Ausgleichs zu verhandeln. Mathias schloß mit denselben unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Wien einen Waffenstillstand, der am 24. Juni 1606 enden sollte, wenn innerhalb dieser Zeit der Abschluß eines definitiven Friedens nicht bewerkstelligt werden konnte. Zu den Berathungen in Wien waren von Seite Bocskay's und der Ungarn vier Abgeordnete, darunter Illeshazy und Paul Apponyi, erschienen; im Namen des Erzherzogs und des Kaisers verhandelten mit ihnen Franz Forgács, Bischof von Neutra und Kanzler von Ungarn, Trautson, Karl von Liechtenstein, Molart, Breuner, Georg und Stephan Thurzo und andere, die meisten von ihnen kaiserliche Räthe. Unter den 16 Artikeln, über welche sich beide Parteien nach langen und heftigen Debatten 9. Feb. 1606
einigten, waren die hervorragendsten: der erste, welcher den Protestanten gesetzliche Freiheit ihres Bekenntnisses gewährte; der dritte, welcher die Wahl eines Palatins anordnete und mit derselben den nächsten Landtag betraute; der vierte, welcher verordnete, daß die ungarische Krone ins Land selbst oder wenigstens näher an die Grenze gebracht werde; der eilfte, welcher bestimmte, daß, da der König selbst außer Stande sei in Ungarn Hof zu halten, er den Erzherzog Mathias mit den ausgedehntesten Vollmachten (cum omni plenipotentia) zu seinem Stellvertreter ernennen solle; der sechzehnte endlich, durch welchen Bocskay mittelst Abtretung Siebenbürgens und jener Theile von Ungarn, welche Sigmund Bathory besessen, befriedigt werden sollte. Durch die übrigen Artikel suchten sich die Ungarn auch noch gegen die fernere Verleihung von Reichsämtern an Fremde und gegen die Verletzung des ordentlichen Rechtsganges zu wahren*).

Dieser vorläufige Vertrag bedurfte nun einer doppelten Genehmigung, der des Kaisers in Prag und der Bocskay's und seiner Verbündeten. Erzherzog Mathias hatte sich während der Verhandlungen den Ungarn entschieden genähert und der Ausdruck dieser Annäherung war der eilfte Artikel, durch welchen Mathias zum Stellvertreter des Königs in Ungarn ernannt werden sollte. Wenn ihm Rudolf die Hand bot, so konnte dies vertraute Verhältniß sowohl zum Heile des Hauses als auch zur Herstellung eines Friedenszustandes, wie ihn eben die erlittenen Niederlagen möglich machten, beitragen. Zwar gab der Kaiser in diesem 21. März 1606
einem Hauptpunkte gleich nach und ernannte den Erzherzog zu seinem Statthalter**), allein in den übrigen Friedenspunkten war wenig Aussicht zur Nachgiebigkeit, da er überhaupt keinen Frieden wollte. Zu seiner

*) Katona t. 28. p. 495.
**) Katona t. 28. p. 511.

eigenen Sicherung hielt es also Mathias für nothwendig, daß ein Familienrath zusammentrete, der die Sachlage erwäge und ihn mit der nöthigen Vollmacht bekleide, den außerordentlichen Verhältnissen entsprechend zu handeln. Da übrigens der Kaiser ein neues frevles Spiel begann, so mochte Mathias sich in seinem Innern jeder Schonung überhoben fühlen. Mit einemmale verlautete es nämlich von Prag, der Kaiser gedenke die Nachfolge dem jungen Erzherzog Leopold, einem Bruder Ferdinands von Steiermark, zuzuwenden und hiedurch seinen ältesten Bruder zu zwingen, von seinem Drängen abzulassen. Aber die Frage stand in Oesterreich nicht mehr so wie vor zwei Jahren, wo allerdings der Kaiser durch ein solches Manöver sich Ruhe verschaffen konnte. Die ungarischen Angelegenheiten verlangten ihre Lösung und zwar unabhängig von jeder andern Angelegenheit und ließen sich am wenigsten durch das Vorschieben des jungen Erzherzogs, von dem bisher Niemand etwas erfahren hatte, zur Ruhe bringen. Zu der trostlosen Unthätigkeit allen äußern Gefahren gegenüber, wollte Rudolf mit Verletzung aller Familienrechte, denen er allein seine Stellung zu danken hatte, Zwietracht unter seine Verwandten säen, in der trügerischen Meinung sich dadurch Ruhe zu schaffen. Solchem frevelhaften Treiben gegenüber, das jede entschuldigende Stimme zum Schweigen bringen mußte, fühlten sich auch die Erzherzoge zu außerordentlichen Maßregeln befugt. Ueber Aufforderung des Erzherzogs Mathias kamen also Maximilian, Ferdinand und Maximilian Ernst nach Wien und entschloßen sich nach vorläufiger Berathung zu dem berühmten Vertrag vom 25. April 1606.

In diesem Vertrag erklärten sie gemeinschaftlich: Da es durch den beweinenswerthen Zustand des fast ganz verlornen Ungarn und der durch die Rebellen verwüsteten österreichischen Länder leider offen am Tag liege, daß Se. Majestät aus Krankheit und Gemüthsverstimmung in gefährlichen Zwischenräumen zur Regierung der Reiche und Länder minder fähig und tauglich sei, so daß er ihr nicht in dem Grade, wie es erforderlich, vorstehen könne, so hätten die Erzherzoge aus diesen und andern augenscheinlichen Gründen von ungeheurem Schmerz bewegt ihre Zusammenkunft in Wien beschleunigt, und hier nach reiflicher Ueberlegung kein anderes Mittel gefunden, als in Kraft der bestehenden Familienverträge und nach bisherigem alten Herkommen, so wie auch vermöge Kaiser Ferdinands I Hausordnung, den Erzherzog Mathias als den Erstgebornen zum Haupte und zur Stütze des Hauses im eigenen und aller übrigen minderjährigen Erzherzoge Namen zu erwählen. Das, was hierüber mit Spanien, dem Erzherzoge Albrecht, dem Papste und

andern Fürsten zu verhandeln sein würde, dies bestätigen sie in voraus und wollen dabei den Erzherzog Mathias mit Rath und That unterstützen. Wenn es dann aus gleichen Ursachen zur Kaiserwahl kommen sollte, so würden sie alle ihre Anstrengungen vereinen, dem Erzherzog Mathias zu dieser Würde zu verhelfen*).

Betrachtet man, unter welchen Umständen dieser Vertrag abgeschlossen wurde und erwägt man, daß er den Erzherzog Mathias bevollmächtigte mit dem Papst und dem König von Spanien zu unterhandeln, so frägt man unwillkürlich, was eigentlich verhandelt werden solle. Offenbar konnte Mathias nichts anders verhandeln oder wissen wollen, als ob im äußersten Falle der Papst und der König in die Absetzung Rudolfs willigen oder sonst ihm zu einem selbstständigen Vorgehen die Zustimmung geben wollten. Da der Vertrag beiden in seiner Vollständigkeit mitgetheilt werden sollte, sonach auch der Punkt wegen der Kaiserwahl zu Spaniens Kenntniß gelangen mußte, so konnte allerdings ein Zweifel entstehen, ob dieses so schnell die Hand zur Bestätigung des Vertrages bieten würde, weil ja dadurch die Erhebung des Erzherzogs Albrecht vereitelt werden mußte. Dies Hinderniß bestand jedoch gegen Mathias nicht mehr, denn die Ansichten im spanischen Kabinet über die Nachfolge im Reich hatten indessen eine Wendung genommen. Während man früher die Erhebung des Erzherzogs Albrecht gewünscht hatte, weil die Niederlande am ehesten durch einen Kaiser pacificirt werden konnten, der in Brüssel residirte und ein persönliches Interesse daran hatte, fiel es den spanischen Staatsräthen jetzt wieder ein, daß gerade durch Albrecht die Niederlande völlig der spanischen Krone entfremdet werden könnten, weil Deutschland auf seinen Nachlaß, falls er ohne legitime Erben, wie wahrscheinlich, starb, einen schwer zurückzuweisenden Anspruch erheben könnte. Diese Meinung gewann im Beginn des J. 1606 im spanischen Kabinet die Oberhand und führte dahin, daß die Gesandten informirt wurden, auf geschickte Weise schon jetzt einer möglichen Erhebung Albrechts entgegenzuwirken, ohne daß der Erzherzog es merken sollte, woher der Schlag gegen ihn komme**).

*) Dieser Vertrag ist abgedruckt bei Hammer: Leben des Kardinals Khlesl.

**) Archiv von Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 29. April 1606. Der Herzog von Feria soll nach Deutschland reisen, um den Kaiser zur römischen Königswahl zu vermögen. Pero sera bien advertir al duque, que se viere, que es menister procure diestramente, que se excluya al S. Archiduque Alberto, porque el consejo entiende, que si le tocase la suerte, no se lo redifficultaria la devolucion de los estados de Flandes a esta corona pero que quedarian perpetuamente unidos con el imperio, i porque seria desinconveniente, que su Altessa entendiesse el fin, que en esto se lieva,

Mit dem Moment, wo Philipp III seine Augen von Albrecht abwandte, richtete er seine Aufmerksamkeit, und fast möchte man sagen, seine Gunst auf Mathias. Diese Aenderung der Gesinnung, wenigstens so weit sie die Person des Erzherzogs betraf, darf ganz und gar den Berichten San Clemente's zugeschrieben werden. Durch ein Viertel Jahrhundert hatte derselbe als Gesandte am Prager Hof gelebt und während dieser Zeit eine so gründliche Kenntniß von den österreichischen Zuständen gewonnen, daß seine Voraussagungen gewöhnlich eintrafen, was seinen Kredit am Hofe von Valladolid nicht wenig erhöhte. In jedem seiner Briefe an Philipp fügte er einige charakteristische Züge von Rudolfs Unthätigkeit und Unverläßlichkeit, von der zunehmenden Verwirrung und dem dabei sichern Ruine des Hauses bei, kehrte immer wieder zu der anfangs behutsam, später immer kühner ausgesprochenen Nothwendigkeit von Rudolfs Absetzung zurück, und empfahl die Unterstützung Mathias' als das einzig vernünftige Auskunftsmittel unabläßig an, so daß zuletzt weder der König noch irgend ein Mitglied des spanischen Staatsrathes ein Bedenken gegen die Erhebung dieses Erzherzoges hegten*).

Der Boden in Spanien war also bereits für Mathias geebnet, ehe er es noch wußte und ahnte, denn er war einige Zeit sehr in Zweifel, wen er an Philipp mit so wichtigen Mittheilungen absenden sollte. Endlich entschloß er sich, nachdem er auch schon früher vertragsmäßig dem Erzherzog Albrecht Nachricht von allem gegeben hatte, dem spanischen Gesandten in Prag die erforderlichen Mittheilungen zu machen und diesem es zu überlassen, an seinen Herrn zu berichten; Philipp III selbst sollte dann

---

sera bien advertir al Duque, que lo tenga para se y no trate dello sino que en caso de necessidad, y solo lo communique con Don Guillen de San Clemente. — Es ist interessant, daß man zur selben Zeit, in welcher Spanien die Kandidatur Albrechts aufgab, in Deutschland und Frankreich fest glaubte, daß Spanien die Erhebung Albrechts beabsichtigte. Noch interessanter ist, daß im Jahre 1603 im Rathe des Königs von Spanien darüber Rath gepflogen wurde, ob Philipp III nicht Belgien wieder an sich ziehen und seinen Schwager von der Verwaltung entfernen sollte. Der Admiral von Aragon riet dem König diesen Schritt als einen höchst unbesonnenen ab. — Schreiben des Admirals an den König ddo. 16. September 1603. MS Der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag.

*) Archiv von Simancas, Legajo 2492/115. Guillen de San Clemente an den König ddo. Prag 26. November 1605; 2492/115 derselbe an den König ddo. 12. Jänner 1606; 2462/146 derselbe an den König ddo. 30. September 1606. San Clemente sagt da geradezu, die einzige Hilfe aus den österreichischen Wirren herauszukommen sei, den Kaiser abzusetzen, wozu es genug Ursachen gebe.

in einer Weise, wie er es für gut fände, den Papst ins Geheimniß ziehen. Als diese Nachrichten vor den spanischen Staatsrath kamen, erschraken die Räthe über den Vertrag, da sich dessen Folgen gar nicht übersehen ließen, aber überzeugt von der Unmöglichkeit mit Rudolf weiter zu regieren, rieten sie dem König den Dingen ihren Lauf zu lassen und Mathias zwar nicht aufzumuntern aber auch nicht zu hindern. Philipp entschied sich für diese Politik, die trotz ihrer anscheinenden Neutralität schon einer Entscheidung zu Mathias' Gunsten gleichkam*). — Erzherzog Albrecht trat dem Aprilvertrage durch Ausfertigung einer Zustimmungsurkunde vollständig und förmlich bei**).

Mathias hatte nicht unrichtig vorausgesehen, daß der in Wien mit den Ungarn vereinbarte Friede auf Hindernisse stoßen würde, deren Ueberwindung er nur auf sich nehmen konnte, wenn er des Beifalls der übrigen Erzherzoge sicher war. In Prag und in Kaschau machte man an demselben Ausstellungen; weder war Bocskay mit dem zufrieden, was ihm von Ungarn abgetreten werden sollte, noch begnügten sich die Magnaten mit den gemachten Zugeständnissen. Daß Rudolf, der den Frieden mehr als den Krieg scheute, nichts von Zugeständnissen wissen wollte, die ihn in Ungarn um alle Macht bringen und das Gebiet von 3300 Quadratmeilen, über welches er vordem dort geherrscht hatte, mit einem Federstrich auf 1200 also um zwei Drittheile reduciren sollten, ist begreiflich. Mathias hörte jedoch mehr auf die Ungarn als auf seinen Bruder, und als daher Illeshazy nebst drei andern Abgeordneten zum zweitenmale nach Wien mit dem nach den Wünschen Bocskay's und der Ungarn modificirten Vertragsentwurfe kam, fand er den Erzherzog selbst zur Annahme dieser härteren Bedingungen bereit. So geschah es, daß am 23. Juni die Verhandlungen mit der Unterzeichnung des Friedens- 1606
vertrages ihr Ende nahmen. Der Wiener Friede, so hieß dieser mit Bocskay und den Ungarn geschlossene Vergleich, gewährte dem erstern außer Siebenbürgen und dem Lande auf dem linken Theißufer auch das, was er am rechten Theißufer ansprach; den Ungarn ward volle Autonomie in der Verwaltung ihres Landes, gesetzliche Freiheit für ihren Glauben und Rückgabe der konfiscirten Güter gewährt und überhaupt die nationale Herrschaft des magyarischen Adels in ihrem vollen alten Umfange restaurirt. Neben der Ratification durch den Kaiser verlangten die Ungarn auch die Bestätigung des Friedens von Seite der österreichischen, mährischen und böhmischen Stände, die dadurch zu einer Art

*) 1605, 5. August Simancas 709.
**) Hammer, Khlesl II, Urkunde 189.

Garanten erhoben wurden. Die Bestätigung der Stände lief ohne Schwierigkeit ein, da sie sich ohnedies nach Frieden sehnten und dasselbe zu erreichen wünschten, was die Ungarn jetzt erreicht hatten. Länger dauerte es mit der Ratification des Kaisers, bis auch diese am 6. August erfolgte und vom Herrn Strahlendorf nach Wien überbracht wurde. Ueber dieser Ratification schwebt indessen ein Dunkel; Erzherzog Mathias stellte sie so hin, als ob sie den Vertrag vom 23. Juni vollständig gutheiße, von Seite des Kaisers wurde jedoch später behauptet, sie habe sich nicht auf alle Punkte dieses Vertrages bezogen, sondern einige derselben fernerer Vereinbarung auf dem Landtage vorbehalten und namentlich jede Benachtheiligung der katholischen Kirche abgewiesen. Es trägt den Stempel innerer Wahrscheinlichkeit an sich, daß Rudolf mit seinen Behauptungen Recht hatte, und daß Mathias sich eigenmächtig über die ihm gezogene Schranke hinwegsetzte*).

Jetzt nahmen auch die Verhandlungen über den Türkenfrieden zwischen Kommissären des Erzherzogs, Bocskay's und des Sultans ihren Anfang und da auf der Grundlage des Statusquo im Besitzthum verhandelt wurde, kam er bald auf die Dauer von 20 Jahren zum Abschluß. (11 Nov. 1606) Er bekam von dem Sitze der kaiserlichen Kommissäre, dem Dorfe Torok, welches bei dem Ausfluße der Zsitwa in die Donau liegt, den Namen des Friedens von Zsitwa-Torok. Durch denselben wurden Vorkehrungen getroffen, um die Grenzstreitigkeiten fortan auf friedlichem Wege beizulegen, der Bau neuer Festungen wurde verboten, dagegen die Ausbesserung alter gestattet und endlich bestimmt, daß der Kaiser dem Sultan ein für allemal 200.000 Dukaten als Geschenk bei der Auswechslung der Friedensurkunden zu geben habe. An orientalischen Phrasen fehlte es im Vertrage nicht; der Kaiser nahm den Sultan darin zum Sohne an, dieser jenen zum Vater. Wenn man den Umfang Ungarns und seiner Nebenländer auf 5163 Quadratmeilen veranschlagt, so gehörten davon jetzt den Türken 1859 Quadratmeilen, dem Bocskay 2082 und demjenigen, der allein den Titel eines Königs von Ungarn führte, also dem Kaiser nur 1222. — Achtundvierzig Tage nach diesem Friedensschluße starb Bocskay, wahrscheinlich an Gift, das ihm sein Kanzler Katay beigebracht haben soll.

Wie wenig dieser Friede dem Kaiser genehm war, zeigte sich schon darin, daß Althan, der ursprünglich in seinem Namen zu den Verhandlungen abgeordnet worden war, alle möglichen Hindernisse anregte, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen**). Als nichtsdestoweniger der

*) Hurter Ferd. II, V, 150. **) 1606, 3. Okt. Wiener Staatsarchiv Hungarica Nr. 63.

Friede geschlossen und die Urkunde desselben zur Ratification nach Prag geschickt wurde, konnte man hoffen, sie treffe den Kaiser in einer günstigern Geistesverfassung, als dies seit Jahren der Fall war. Im Monat Oktober 1606 gewann es nämlich den Anschein, als wolle er einen gewaltsamen Versuch machen, sich aus seiner Melancholie herauszureißen und wieder unter Menschen gehen, was er seit sechs Jahren nicht mehr gethan hatte; wenigstens äußerte er die Absicht, öffentlich dem Gottesdienst beiwohnen zu wollen. Als um dieselbe Zeit eine wüthende Pest in Prag ausbrach, welche den Aufenthalt daselbst gefährlich machte, entschloß er sich sogar nach dem drei Meilen entfernten Brandeis zu übersiedeln und wohnte daselbst zum allgemeinen Erstaunen seiner Umgebung einer Jagd bei. Die Hoffnungen, die man auf die Veränderung der Luft und Beschäftigung gesetzt hatte, wurden aber bald zu nichte, und es zeigte sich, daß Rudolf keine anderen Wünsche und Gedanken mehr hatte, als seinen Bruder zu erniedrigen, daß er ihn haßte, weil die Natur ihn zu seinem Nachfolger bestimmt hatte*). Nachdem er sich nämlich in einer seiner unberechenbaren Geistesstimmungen entschlossen hatte, den türkischen Frieden zu ratificiren, reute ihn unmittelbar darauf die vollzogene Handlung, und er befahl die Urkunde zurückzubehalten. Da er zugleich die stipulirte Räumung einiger Festungen an der ungarischen Grenze verweigerte, die dem Illeshazy in Mähren gehörigen und konfiscirten Güter noch immer nicht herausgab, so schwand jede Hoffnung auf Nachgiebigkeit von seiner Seite und alles ging einer stürmischen Zukunft entgegen.

In eben dem Grade, als Rudolfs Widerwille gegen den Frieden zunahm, in eben demselben Grade wuchs auch sein Haß gegen Mathias und jene Räthe, welche er im Verdacht hatte, seines Bruders Ehrgeiz aufzustacheln. Der Gedanke, sein Bruder trachte auf gewaltsame Weise in den Besitz der ungarischen Krone zu kommen, verließ ihn keinen Augenblick mehr, aber anstatt durch kluges und brüderliches Benehmen dessen schwach auflodernden Ehrgeiz zur Ruhe zu bringen, reizte er ihn durch Mißtrauen und Lieblosigkeit und nöthigte ihn zuletzt zum offenen Aufstand. Von Brandeis aus schickte er gegen das Ende des Jahres 16. Dez. 1606
den Kardinal Dietrichstein und Herrn von Lamberg an Mathias mit mehreren Fragen und Begehren ab, die nur im Stande waren, den Bruch zu erweitern. Die kaiserlichen Gesandten hatten vom Erzherzog zu fordern, daß er Herrn von Krenberg, Ottavio Cavriani und

*) Brüsseler Staatsarchiv. Bodenius an Erzh. Albrecht ddo. 21. Oktober 1606. — Münchner Reichsarchiv. Bodenius an Max von Bayern ddo. 23. Oktober. — Archiv von Simancas, San Clemente an den König ddo. 21. Oktober.

Khlesl alsogleich aus seinem Rathe entferne, und falls er es zu thun sich weigern sollte, dieselben gegen Handschlag zu verpflichten, sich auf Befehl in Prag zu stellen. Dem Erzherzog selbst sollten sie des Kaisers entschiedenes Mißfallen über den Türkenfrieden kundgeben, denn er habe ihn eigenmächtig abgeschlossen und nicht, wie er gesollt, die einzelnen Punkte der Verhandlung von Zeit zu Zeit nach Prag berichtet, er habe „ohne irgend welche Schwierigkeit, ohne Einholung einer Zustimmung dem Bocskay ganz liederlich Siebenbürgen bewilligt." Auch wünschte der Kaiser zu wissen, ob Mathias sich mit den Ungarn zu verbinden gedenke, um sich des Landes zu bemächtigen, und was seine Gesandtschaften nach Spanien und an den Großherzog von Toskana bedeuteten, ob er sich etwa verheiraten wolle und ob er nicht wisse, daß er dies nicht ohne seine Zustimmung zu thun habe*). Der Erzherzog empfing die Gesandten freundlich aber entschlossen und las ihnen als Antwort an seinen Bruder eine längere Schrift vor, in welcher er insbesondere sich in Bezug auf den eiligen Abschluß des ungarischen und türkischen Friedens mit den dringenden Umständen entschuldigte, statt weiterer Rechtfertigung aber den Kaiser selbst anklagte, daß er gegen ihn alle brüderlichen Rücksichten außer Acht gelassen und sogar bei Tische vor seinen Gästen einen Schelm gescholten habe. Er gab zu, daß die Ungarn ihm die Krone angeboten hätten und setzte noch bei, daß selbst mehrere Räthe des Kaisers ihm zu ihrer Annahme gerathen, er aber habe uneigennützig gehandelt und diese Anerbietungen und Verlockungen von sich gewiesen. — Da er seine Räthe, Khlesl, Cavriani und Krenberg, von sich zu entfernen ablehnte, nahmen Dietrichstein und Lamberg denselben durch Handschlag das Versprechen ab, sich in Prag zu stellen, wenn sie dazu aufgefordert würden.

Daß eine solche Antwort den Kaiser eben so wenig befriedigte, wie die Absendung der beiden Inquisitoren dem Erzherzog genehm war, ist leicht begreiflich und der Riß zwischen Prag und Wien nahm eine immer größere Bedeutung an. In Erzherzog Mathias' Benehmen läßt sich nicht verkennen, daß er, gestützt auf die Zustimmung der Erzherzoge und vertrauend auf den Beifall von Spanien und Rom, seinem Bruder gegenüber jetzt eine festere Sprache führte; dennoch überschritt er nie gewisse Grenzen, um eine Versöhnung möglich zu machen, wenn Rudolf dieselbe auf einer vernünftigen Grundlage wollte und mit Rücksicht auf den Zustand seiner Gesundheit sich Opfern unterzog, welche die Natur selbst gebieterisch erheischte, ja, die billig erwogen, keine Opfer waren.

*) Hammer, Khlesl II, Urkundensammlung S. 31. – Simancas 1606. 2493/20 u. 22.

Allein der Kaiser, statt in diese Bahn einzulenken, schlug, um seinem Bruder wehzuthun, doppelt gefährliche Wege ein. Zuerst war von der Ratification des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens in Prag gar keine Rede mehr; man unterhielt sich daselbst nur von der Wiederaufnahme des Krieges, gerade so als hätte man über die Schätze von Potosi zu gebieten. Dann aber, um Mathias nicht im Zweifel zu lassen, auf welche Seite er sich zu schlagen habe, sprach Rudolf bei den mannigfachsten Gelegenheiten die Absicht aus, dem Erzherzoge Leopold die Nachfolge zuzuwenden.

Erzherzog Leopold, ein Bruder Ferdinands von Steiermark, war im J. 1586 geboren, also um diese Zeit kaum 21 Jahre alt. Seine Mutter, die kluge und sorgsame Marie von Baiern, hatte ihn als jüngern Sohn zum geistlichen Stand bestimmt und der Einfluß seines Hauses verhalf ihm schon in früher Jugend zu dem Bisthum von Passau. Seine persönliche Neigung traf jedoch nicht mit dieser Bestimmung zusammen; er war ein lebenslustiger Kavalier, der sich eben so wenig um theologische Studien wie bischöfliche Pflichten kümmerte und bei jeder Gelegenheit eine entschiedene Anhänglichkeit an den Soldatenstand und das diesem eigenthümliche freie Leben verriet. Auf diesen Prinzen warf Rudolf seine Augen und beschloß seine Unerfahrenheit auszubeuten. Unreif an Jahren und an Charakter konnte Leopold in der Hand eines listigen Greises, der seinen noch schlummernden Ehrgeiz wachrief, ein bequemes Werkzeug werden, denn, selbst ohne eigenen Länderbesitz und ohne legitime Aussicht zu demselben zu gelangen, mußte er sich willenlos zu den Plänen des Kaisers hergeben. Erzherzogin Marie nahm mit Betrübniß das Spiel wahr, welches der letztere mit ihrem Sohne beginnen wollte, und ließ es an nichts ermangeln, was Rudolfs Aufmerksamkeit von Leopold entfernen konnte*). Aber der Kaiser war bald durch die Gewalt der Umstände dahin gedrängt, das, was er anfangs nur zum Trotz und Spott seines Bruders betrieb, jetzt, wenn nicht mit Ernst, doch mit beharrlichem Schein zu wollen.

Da nun Rudolf trotz aller Bitten von Seite Mathias' und der am meisten betheiligten Länder, nämlich Mährens und Oesterreichs, die Ratification des Türkenfriedens herauszugeben sich weigerte, wendeten sich die Stände derselben an Philipp Lang, den durch seine Habsucht und Niederträchtigkeit jeder Art berüchtigten kaiserlichen Kammerdiener und es gelang ihnen durch dessen Bestechung die Absendung der Friedensratification an Mathias zu bewirken. Vier Monate waren seit der 21. April 1607

*) Simancas 2493/16 und 43, ddo. 7. März und 23. Jänner 1607.

Unterschrift des Kaisers verflossen, und was keine Bitten der Völker und der höchstgestellten Personen vermocht hatten, gelang jetzt einem Kammerdiener, den man für einige Gulden gewonnen hatte*). Doch auch diese Genugthuung sollte nur von kurzer Dauer sein, denn kaum war Mathias im Besitz der ersehnten Urkunde, so langte auch schon ein Befehl des Kaisers an, dieselbe nicht an die Türken auszuliefern. Vergebens reiste jetzt Erzherzog Mathias selbst nach Prag und bot Cavriani's Entlassung an, vergebens beschwor er den Kaiser in drei persönlichen Unterredungen die Friedensbestätigung ausfolgen zu lassen, es war alles umsonst und Rudolf hart wie ein Stein. Mathias reiste unverrichteter Dinge zurück und Rudolf fing an, sich zum Kriege zu rüsten.

III

Nach dem Abschluße des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens hatte die Hofkammer wiederholt dem Kaiser Vorstellungen über den gänzlichen Mangel an Geld zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse gemacht und ihm auf das Nachdrücklichste die Abdankung alles Kriegsvolkes, dessen man nicht mehr bedürfe, empfohlen**). Sie sah sich zu diesen Vorstellungen um so mehr gedrängt, als die Kriegsauslagen der letzten Jahre des Kaisers Schuldenlast bis auf 16 Millionen Gulden gesteigert hatten***), so daß die jährlichen Einkünfte aus den Kammergütern und aus den Steuern der einzelnen Länder, welche drei Millionen Gulden betrugen und früher zur Bezahlung der Interessen und zur Unterhaltung des kaiserlichen Hofes und der Regierung hinreichten, nunmehr nicht einmal für diese Zwecke genügten. Ihre Gutachten sprachen es unverholen aus, daß, wenn nicht schnell auf die Eröffnung neuer Einnahmsquellen Bedacht genommen werde, der Dienst des Kaisers unberechenbaren Benachtheiligungen ausgesetzt sein würde. In Folge dessen fanden mancherlei Berathungen am Hofe statt, wie der Noth abgeholfen werden könnte, und unter den Finanzprojekten, welche zur Sprache kamen, schlug eines derselben die Erhebung einiger Prozente vom gesammten Werthe sowohl der liegenden Gründe wie der fahrenden Habe in den Ländern des Kaisers vor und berechnete, daß das Erträgniß hinreichen würde, um an die Tilgung der Schuldenlast zu denken und jedes Unternehmen zu ermöglichen. Aber dieses Projekt wurde

*) Chlumecky: Karl von Zierotin 367.

**) Wiener Staatsarchiv Bohemica Fasc. III. Die Hofkammer an den Kaiser ddo. 20. November 1606 und ddo. 22. Dezember 1606.

***) Soranzo's Relation. MS.

so wie viele andere bei Seite gelegt, da man wenig Wahrscheinlichkeit hatte, die Stände für dieselben zu gewinnen, und selbst die Zeit zu ihrer Durchführung mangelte*).

Wir haben früher erwähnt, daß die gewöhnlichen Einkünfte des Kaisers nur hinreichten, um die Ausgaben in Friedenszeiten zu decken und daß in außerordentlichen Fällen, wie namentlich in Kriegszeiten, es bloßen Zufälligkeiten überlassen war, ob der Kaiser den vermehrten Anforderungen würde genügen können. Seit dem Ausbruche des Türkenkrieges, also seit 1591, waren diese Zeiten eingetreten und seit 16 Jahren war es, man möchte sagen, ein fortgesetztes Wunder, daß der Kaiser, ohne um mehr als 4 Millionen die ererbte Schuldenlast zu vergrößern, allen an ihn gestellten Anforderungen genügen konnte. Da wo er nach modernen Staatsprinzipien die nächste und ausreichende Unterstützung hätte finden sollen, nämlich bei seinen Unterthanen selbst, ward sie ihm nicht zu Theil. Ungarn, Böhmen und Oesterreich betrachteten ihren Herrscher zugleich als deutschen Kaiser, die Deutschen also als Mitunterthanen und mitverpflichtet an den Kriegsauslagen sich zu betheiligen. Aus diesem Grunde ging es nie ohne heftige Kämpfe her, wenn der Kaiser von einzelnen Landtagen außerordentliche Hilfeleistungen verlangte, doch wurden sie ihm stets unter dem Titel „zur Unterhaltung der Grenzfestungen" bewilligt; ihr Ertrag belief sich in ganz Oesterreich mit Ausnahme Ungarns jährlich auf 536.000 fl.**). Neben dieser Geldhilfe nahmen die Stände noch regelmäßig die Unterhaltung von einigen Tausend Mann zu Roß und zu Fuß auf sich, deren Kosten die erwähnte Summe manchmal selbst um das doppelte überschritten***). Mag auch die Angabe, daß der Kaiser jedes Jahr für den Krieg 6 Millionen Gulden verwendete†), zu hoch sein, jedenfalls reichten die eben erwähnten Beiträge nicht für die wirklichen Ausgaben aus und der Kaiser sah sich genöthigt in der Fremde aufzutreiben, was ihm noch fehlte. Es war ein Glück für ihn, daß der Türkenkrieg damals noch nicht die Bedeutung eines bloßen politischen hatte, sondern als eine Abwehr gegen Angriffe auf Christenthum und Civilisation galt, und dieser Anschauung gemäß der Angegriffene berechtigt war, bei der gesammten Christenheit um Hilfe zu bitten. Unter diesen Umständen war es möglich, daß Rudolf nicht bloß beim Papste, als seinem in diesem Falle natürlichen

---

*) Wiener Staasarchiv. Bohemica III. Gutachten für den Kaiser ddo. 3. Februar 1606.

**) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 68/23. Gutachten der Hofkammer.

***) Die Nachweise hierüber finden sich in den Landtagsverhandlungen der einzelnen Provinzen.

†) Relation des Soranzo 1607, MS. der Marciana.

Beschützer und bei dem Könige von Spanien, als seinem Verwandten, sondern auch bei den deutschen und italienischen Fürsten, ja selbst bei dem Könige von Frankreich um Unterstützung ansuchen konnte. Was den Papst betrifft, so hatte Clemens VIII Jahr aus Jahr ein dem Kaiser theils mit Geld ausgeholfen, theils hatte er bei wichtigen Expeditionen die Unterhaltung einer gewissen Truppenzahl auf sich genommen. Als Clemens VIII starb, ward in den zwei schnell auf einander folgenden Konklaven die Unterstützung des Kaisers als Pflicht des künftigen Papstes anerkannt, und Paul V. war ernstlich gewillt, derselben nachhaltiger wie seine Vorgänger zu genügen. — Weit bedeutender waren die Geldsummen, welche Rudolf von Spanien bezog; schon Philipp II ließ ihn in dieser Beziehung nicht leer ausgehen, sein Nachfolger Philipp III unterhielt ununterbrochen in Ungarn einige Tausend Mann auf eigene Kosten und fast gewinnt es den Anschein, als ob Spanien in allen Fällen ausgeholfen habe, wo der Kaiser mit seinen Hilfsquellen auf der Neige war*). Die Rechnungen über diese Unterstützungen haben sich in ihrer Vollständigkeit nicht erhalten und so können wir nur annäherungsweise vermuthen, daß der jährliche Betrag dessen, was von Spanien einlief, gewiß nicht unter 200.000 fl. war, zeitweise aber sich auf die doppelte ja sogar noch auf eine höhere Summe belaufen mochte. — Es bedarf wohl keiner näheren Erwähnung, daß die Versuche, welche von Prag aus gemacht wurden, auch Heinrich IV zu einer Geldhilfe zu vermögen, vollständig scheiterten**).

Am ausgiebigsten war jedoch die Unterstützung, welche Rudolf von Deutschland aus empfing und welche ihn eigentlich allein in den

---

*) Archiv von Simancas 2492/161 und an anderen Orten. Die Korrespondenz des spanischen Gesandten in Prag, San Clemente, mit Philipp ist ein Beweis für diese ununterbrochene Unterstützung.

**) Man wäre wirklich versucht, an der Wahrhaftigkeit solcher Versuche zu zweifeln, wenn nicht die wiederholten Berichte des französischen Gesandten von Prag vorlägen. So schreibt Ancel an Heinrich IV ddo. Prag, 9. Februar 1602: Du secours pour la guerre de Hongrie, Sire, je les ay tousjours renvoyés si loin, quand ils m'en ont mis en propos par deçà, que je conjecture ce point là comme avoir esté rayé de la minute de son instruction (des kaiserlichen Gesandten nämlich, der bei Heinrich neben andern Geschäften auch die Hilfeleistung betreiben sollte). Kaiserliche Bibliothek in Paris, Collection Harlay 238/3 Fol. 484. In demselben Briefe erzählt auch Ancel: L'on depesche aussi un autre courrier à Rome pour entendre ce que le Pape voudra contribuer ceste année en Hongrie, mais d'autant que l'on a promis au Nonce de lui faire avoir audience devant le partement dudit courrier, je ne say, quand ce sera. —

Stand setzte, den Krieg in Ungarn fortzuführen. Da die ordentlichen Einkünfte aus Deutschland nur einige Tausend Gulden betrugen, so hatte er gleich im Anfange des Krieges von den Reichstagen die Bewilligung eines außerordentlichen Beitrags verlangt. Es ging damit jedoch nicht ohne Schwierigkeit ab. Schon seit Ferdinand I hatte man in Deutschland geltend gemacht, daß die Kriege in Ungarn das Reich durchaus nicht zu Beiträgen verpflichteten, weil sie nicht deutsches Gebiet beträfen, nichtsdestoweniger ließen sich die Stände, nachdem sie so das Prinzip gewahrt hatten, zu freiwilligen Beisteuern vermögen. Aber unter Rudolf II waren selbst diese allen jenen Fürsten lästig, welche der Unterordnung des deutschen Reiches unter ein Haupt überdrüßig waren und sich nach Gelegenheit sehnten, durch Verbindung mit dem Auslande dem Reste der kaiserlichen Hoheit ein Ende zu machen. Kurpfalz, welches sich zum Dolmetscher ihrer Gesinnungen machte, wollte sich also nicht einmal zu einem freiwilligen Beitrag bequemen, mußte sich aber der entgegenstehenden Majorität fügen, da selbst Sachsen sich zu Gunsten des Kaisers aussprach. Auf diese Weise kam es, daß alle seit dem Ausbruche des Türkenkrieges gehaltenen Reichstage dem Kaiser eine Unterstützung gewährten; nur waren die vor dem J. 1600 abgehaltenen freigebiger als die darauffolgenden. Berechnet man dieselben nach ihrem Werthe und fügt man noch die auf einzelnen Kreistagen besonders bewilligten Beisteuern hinzu, so stellt sich bis zum J. 1600 der durchschnittliche Betrag, den Rudolf erhielt, auf jährlich dreißig einfache Römermonate d. i. ungefähr 1,600.000 Gulden heraus, nach dem J. 1600 bekam er durchschnittlich nur vierundzwanzig und einen halben Römermonat d. i. ungefähr 1,300.000 Gulden. Indessen ging diese allerdings bedeutende Summe nicht ordentlich ein und hatte also in der Wirklichkeit einen geringern als den angedeuteten Werth; viele Reichsstände weigerten sich nämlich durch Monate und Jahre ihren Beitrag zu leisten, andere verwendeten sogar das von ihren Unterthanen erhobene Geld zu wucherischen Geschäften und ließen sorglos jahrelang Mahnungen über sich ergehen. Der Kaiser war deshalb genöthigt, Anlehen auf diese später einlaufenden Steuern zu machen und zahlte für die auf Wechsel geliehenen Summen anfangs 10 Procent Interessen, nach dem J. 1600 aber, als seine Geldnoth stieg und sein Kredit abnahm, sogar 20 bis 30 Procent, so daß sich sein jährlicher Verlust an den bewilligten Reichssteuern beinahe auf vier Römermonate belief, da er so viel an Interessen für die anderweitig aufgetriebenen Kapitalien bezahlen mußte*).

---

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten. 68/23 Gutachten der Hofkammer vom

Auch Italien hatte der Kaiser in den Kreis seiner finanziellen Operationen hineinzuziehen gesucht. Nachdem faktisch längst die deutsche Herrschaft daselbst ein Ende genommen hatte, blieben gleichwohl ihre rechtlichen Ansprüche aufrecht und wurden auch, was wenig bekannt ist, in gewisser Beziehung respectirt. In Ober- und Mittelitalien galten außer dem Herzogthum Mailand nicht weniger als etwa 200 Güter von verschiedenem Umfange und Einkünften als kaiserliche Lehen, und ihre Besitzer erkannten noch am Anfange des 17. Jahrhunderts ihre Pflichten gegen den Kaiser um so eher an, je weniger Leistungen damit verbunden waren, ja selbst der Papst, Savoyen, Toskana und Genua gaben die Lehenbeschaffenheit einzelner ihrer Besitzungen zu. Es kam wohl häufig vor, daß die Besitzer der Lehen dieselben in ein völlig unabhängiges Eigenthum verwandeln wollten und dieser Versuch ihnen glückte, daß Andere sich in den Besitz erledigter Lehen setzten, ohne viel nach den Obereigenthumsrechten des deutschen Kaisers zu fragen; im ganzen wurde aber seine Auktorität dennoch respectirt und sein Ausspruch gab jeder Besitzveränderung erst die unantastbare Sanction. Als nun der Türkenkrieg die Hofkammer nöthigte, an die Eröffnung neuer Hilfsquellen zu denken, erinnerte man sich in Prag der italienischen Lehen und beschloß
1592 dieselben zu besteuern. Anfangs verlangte man von den Vasallen freiwillige Beiträge und in der That liefen im Laufe des folgenden Jahres Zusagen am kaiserlichen Hofe ein, nach denen man den Ertrag auf mehr als 100.000 Kronen hätte veranschlagen können, wenn alle Lehensbesitzer pünktlich gezahlt hätten. Da dies aber nicht der Fall war, so hielt man es darauf für zweckmäßiger, die Vasallen nach ihrem Jahreseinkommen direkt zu besteuern, doch auch diese Besteuerungsart hatte nicht den gewünschten Erfolg. Es wurde also für das passendste angesehen, mit Bewilligung der Vasallen unmittelbar von ihren Unterthanen eine Steuer zu erheben und zwar von jeder Feuerstätte den Betrag einer Krone. Der Reichshofrath Garzweiler reiste im J. 1603 selbst nach Italien, um diesen Besteuerungsmodus durchzuführen und erlangte im ganzen einen Erfolg, den man einen glänzenden nennen muß, wenn man die absolute Ohnmacht des Kaisers in Italien berücksichtigt. Er unterhandelte mit den einzelnen Lehensbesitzern, erhielt von einem Theile Abschlagszahlungen auf den anzuhoffenden Steuerertrag, bei andern wurde der ganze Ertrag nach den Feuerstellen wirklich erhoben und nur eine verhältnißmäßig geringe Zahl suchte unter Angabe verschiedener Ursachen um vollen Steuernachlaß

---

8. Oktober 1607. Dieses Gutachten enthält die detaillirten Angaben über die Reichssteuern, welche wir hier angeführt haben.

an. Ja was am meisten Beachtung verdient, sogar der Herzog von Savoyen war geneigt zu zahlen und schloß einen Vertrag, vermöge dessen er für alle bis zum J. 1603 fälligen Steuern 50.000 Kronen in vier Jahresraten zu erlegen sich verpflichtete. Man kann sonach annehmen, daß Italien während der J. 1603 und 1604 an 200.000 Kronen in die kaiserliche Kammer theils wirklich ablieferte, theils eine formelle Verpflichtung zur Zahlung derselben einging*).

Noch haben wir die Beiträge Ungarns zu den allgemeinen Kriegslasten anzuführen. Auf dem Reichstage von Preßburg im J. 1602 bewilligten die Stände dem Kaiser die Unterhaltung von 2000 Mann zu Fuß und 2000 Mann zu Roß **), was nach den ungarischen Soldverhältnissen und bei dem Umstand, daß die Truppen sechs Monate lang im Feld gehalten und nur eben so lang gezahlt wurden, einer Ausgabe von etwas über 200.000 Gulden gleichkömmt. Um diese Summe bewegten sich denn auch mehr oder weniger regelmäßig Ungarns vertragsmäßig bestimmte Beiträge zur allgemeinen Kriegslast; faktisch hat das Land weit größern Opfern sich unterziehen müssen, denn das fremde Kriegsvolk wirthschaftete unmenschlich, die Befehlshaber erhoben willkürliche Kontributionen; Basta's und Belgiojoso's Gewaltsamkeit in dieser Beziehung war ja einer der hauptsächlichsten Gründe der eben geschilderten Empörung.

Man wird uns also in Erwägung der verschiedenen Quellen, aus denen Rudolf die Mittel für den Krieg schöpfte, gewiß ohne Zögerung beistimmen, daß die Menge der Schwierigkeiten und unberechenbaren Zufälle groß genug war, durch welche eine oder die andere Quelle plötzlich ins Stocken gerathen und den Kaiser einer furchtbaren finanziellen Kalamität preisgeben konnte. Ja diese Kalamität war nicht bloß zu befürchten, sie war bereits vorhanden, denn während der Verhandlungen von Zsitwa-Torok konnte den Hofdienern in Prag ihr Gehalt nicht mehr ausbezahlt werden, und kaum war der Friede mit den Türken geschlossen, so erklärte die Hofkammer, daß keine Mittel vorhanden seien, den noch nicht entlassenen Regimentern den Sold auszubezahlen. Konnte Rudolf erwarten, daß diejenigen, welche ihm bisher hilfreich die Hand geboten hatten, weil die Vertheidigung gegen die Türken ihn ihrer Unterstützung empfahl, ihm auch in einem Angriffskriege gegen die Ungarn beistehen würden; konnte er erwarten, daß das wahre Motiv seiner kriegerischen Gelüste, Haß

---

*) Sächsisches Staatsarchiv, Loc. 7388 Fol. 30—46. Kurfürstentagsakten. Extract des heiligen römischen Reichs-Lehen in Italien u. s. w. Es ist dies eine umständliche Schilderung der kaiserlichen Lehen in Italien.

**) Feßler, Geschichte der Ungarn Bd. VII S. 479.

gegen die berechtigten Ansprüche seiner Familie, auf die Dauer der Welt verborgen bleiben dürfte? Er konnte, wenn er kaltblütig die Verhältnisse erwog, auf Niemanden mit Sicherheit bauen. Paul V hatte wohl bei seinem Regierungsantritte viel Eifer an den Tag gelegt, um seine Vorgänger in der Unterstützung des Kaisers zu beschämen und sogar eine Koalition der katholischen Fürsten gegen die Türken wieder ins Leben rufen wollen; seit jedoch seine Streitigkeiten mit Venedig beglichen waren, hatte er eine Seite des Charakters hervorgekehrt, die ihm den Vorwurf einer an Geiz grenzenden Sparsamkeit zuzog, für den Kaiser also traurige Aussichten eröffnete. Und hatte nicht der Kaiser selbst während des venetianischen Interdictstreites sich der Republik geneigt gezeigt, weil er den Papst dafür strafen wollte, daß derselbe sich in die Successionsangelegenheit einmenge*); mußte dies nicht die Sympathien des Papstes für Rudolf erkalten machen? Spanien hatte bis jetzt den Kaiser so viel als möglich unterstützt, aber der letztere kannte nur zu gut die Stellung, welche Philipp III in der Successionsfrage einnahm und konnte sich also keine vernünftige Hoffnung machen, daß er ihn in einem Kampfe unterstützen werde, der geradezu gegen die Interessen des Hauses unternommen würde. In Italien neue Steuern aufzutreiben, dazu war die Aussicht sehr gering, denn mit den Beiträgen im J. 1603 und 1604 glaubten sich die Italiener wenigstens für ein Menschenalter, wo nicht für immer, von weitern Leistungen entbunden; es blieben also nur noch Oesterreich selbst und Deutschland. Was nun die einzelnen Länder Oesterreichs betrifft, so war es gewiß, daß Ungarn bei jedem Angriffskriege des Kaisers sich alsogleich den Türken oder dem Erzherzog Mathias in die Arme werfen würde, und mindestens fraglich waren dann die Leistungen der Erbländer bei einem durch und durch willkürlichen und in seinem unglücklichen Ende leicht vorauszusehenden Kriege. Die Geldbeiträge, welche Deutschland auf dem Reichstage von 1603 bewilligt hatte, waren bereits völlig erschöpft und weitere Unterstützungen konnten nur durch die Berufung eines neuen Reichstages erlangt werden. Konnte man sich bei der Beschaffenheit seiner protestantischen Mitglieder noch Rechnung machen, daß dieselben Geld zu einem Unternehmen hergeben würden, welches mit der Bekämpfung ihrer Glaubensgenossen begonnen hatte und im besten Falle mit ihrer Unterdrückung enden mußte? Und selbst wenn alle früheren Bundesgenossen Rudolf nach wie vor unterstützt hätten, würden doch diese Hilfen, da es eine lange Zeit bedurft hätte, um sie festzusetzen und flüssig zu machen, zu spät gekommen sein, denn alle Ge-

*) Soranzo's Relation vom Jahre 1607. MS der Marciana.

fahren einer kriegerischen Politik brachen schon jetzt über den Kaiser herein, während er erst in einer unbestimmten Zukunft im Stande gewesen wäre, denselben zu begegnen.

Nachdem sich aber der Kaiser für den Krieg entschlossen hatte, obwohl er nicht die leiseste Gewißheit besaß, daß ihm die allgemeine Unterstützung zu Theil würde, verlangte er sowohl von seinem Hofkriegsrath wie von der Hofkammer ein Gutachten über dessen Führung. Es scheint, als ob zu allen Zeiten die Männer vom Schwerte ihre Aufgabe vorzugsweise in Vermehrung der Streitkräfte und in Herbeiführung eines Krieges gesucht hätten, denn auch unser Hofkriegsrath im J. 1607 vermochte sich nicht zur kaltblütigen Erwägung der allgemeinen politischen und finanziellen Verhältnisse zu erheben und billigte, in die Wünsche des Kaisers einge- 30. Sep. 1607
hend, dessen Entschluß zur Kriegführung, indem er zugleich die Ansicht aussprach, daß der Krieg die beste Gelegenheit bieten würde, „um die Unterthanen in größerer Devotion zu erhalten, die rebellischen Ungarn zum Gehorsam zu bringen und zugleich die Disposition (d. i. Verfassung) des Landes nach Gefallen und Billigkeit fürzunehmen (d. i. umzuändern)*). Die Hofkammer hatte durch ihre vorangegangenen Berichte über den Mangel an Geld am besten die Situation charakterisirt; auf die nunmehrige Aufforderung des Kaisers über die Herbeischaffung der nöthigen Mittel zu berathen, ging sie ohne weiteres Abnahmen ein, indem sie demselben in Form eines Gutachtens eine doppelte Rechnung zuschickte; die eine 8. Okt.
bestimmte die Auslagen, welche bei vollem Frieden mit den Türken und Ungarn die Unterhaltung der Grenzfestungen verursachen würde, die andere nahm den Kriegsfall in Aussicht und berechnete also auch die Kosten einer Operationsarmee. Am Schluße ergieng sich die Hofkammer in der Bezeichnung der Wege, auf denen die nöthigen Geldmittel beigeschafft werden könnten. Wir zweifeln, daß sie selbst an die Möglichkeit eines günstigen Erfolgs beim Einschlagen derselben glaubte, allein ihre Pflicht war es, einen Plan vorzulegen, und dieser Pflicht suchte sie zu genügen.

Nach diesem Gutachten**), welches uns als Ariadnefaden in dem Irrgarten der damaligen finanziellen Verhältnisse dient, stellte es sich heraus, daß die sämmtlichen Grenzhäuser, von Kroatien angefangen bis Siebenbürgen, eine ständige Garnison von mindestens 25.744 Mann er-

---

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 68 Nr. 25. Gutachten des Hofkriegsrathes ddo. 30. September 1607.

**) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 68 Nr. 23. Hofkammer-Information und Gutachten den künftigen Reichstag betreffend. 8. Oktober 1607.

foderten, von denen die größere Hälfte Deutsche sein mußten und nur der Rest aus Ungarn bestehen durfte, weil sonst auf die Treue der Besatzung kein Verlaß war. Nach den bisherigen Soldverhältnissen, welche sich für ungarische Truppen niedriger als für deutsche stellten, konnte man die jährlichen Kosten für die gesammten 25.744 Mann auf 2,641.018 Gulden veranschlagen; hiezu kamen die Auslagen für Zeughäuser, Pulver, Blei, Brückenwesen, Baumeister, der Gehalt für die hohen Offiziere und die Kriegsräthe, was mit nicht weniger als 325.061 fl. im Jahre bestritten werden konnte, so daß die Gesammtauslage auf 2,966.079 fl. sich belaufen mußte. Durch die lange Dauer des Krieges und die wiederholten Niederlagen der letzten Jahre waren auch die Grenzhäuser in einen so elenden Zustand gerathen, daß zu ihrer theilweisen oder vollständigen Wiederherstellung mindestens eine Baarauslage von 1,000.000 fl. nöthig war; schließlich mußten anstatt der in den letzten Jahren an die Türken verlorenen Festungen Canisa, Gran und Erlau nach dem Gutachten des Hofkriegsrathes mindestens zwei neue gebaut werden, um den Verlust weniger empfindlich zu machen, ein Bau, der füglich nicht mit weniger als mit ein bis anderthalb Millionen bestritten werden konnte. Die Bezahlung des rückständigen Soldes und der Schulden an die Lieferanten konnte auch nicht länger aufgeschoben werden, so daß nach der Berechnung der Hofkammer im Fall des Friedens die Besatzung der Grenzfestungen eine jährliche Auslage von 2,966.079 fl. erforderte, ein für allemal aber noch die Summe von drei Millionen Gulden zum Bau der Festungen, zur Befriedigung der Lieferanten und zur Berichtigung des rückständigen Soldes zu erlegen war. — Im Falle der Krieg ausbrach, konnte die Operationsarmee nicht weniger als etwa 4000 Mann zu Roß und 24.000 Mann zu Fuß betragen. Wenn man dieselben nach dem damaligen Kriegsgebrauche fünf Monate im Felde ließ und dann mit einem Solde von anderthalb Monaten abdankte, so betrugen die Ausgaben für die Reiter in einem Jahre 546.000 fl., für das Fußvolk 2,288.000, im Ganzen also 2,834,000 fl. Berechnete man hiebei die Auslagen für die hohen Offiziere, für Pulver, Blei, für Brückenwesen und dergleichen mit 898.465 fl., so beliefen sich die Kosten einer Operationsarmee von 28.000 Mann, durch fünf Monate im Felde gehalten, in einem Jahre auf 3,752,465 fl. Rudolf bedurfte also, wenn er Krieg führen wollte, für die Grenzfestungen und die Operationsarmee jährlich wenigstens 6,698.544 fl. und außerdem für vorläufige und nicht wiederkehrende Auslagen die Summe von drei Millionen Gulden*).

---

*) Dies entspricht auch Soranzo's Berechnung, der behauptet, der Kaiser habe

Bezüglich der Deckung dieser Summen berechnete die Hofkammer, daß es möglich sei, von den österreichischen Erbländern und von Böhmen einen größern Betrag als bisher zu erzielen, im Falle der Krieg ausbräche, und zwar sei zu hoffen, daß diese Länder ihren Beitrag auf die Grenzfestungen, welcher sich auf 536.000 fl. belaufe, auf 1,800.000 fl. erhöhen würden. Bezüglich der noch fehlenden Summe von 4,898.544 fl., welche der Ausbruch des Krieges erheischte, und der drei Millionen einmaliger Auslagen, also im ganzen bezüglich der Summe von 7,898.544 fl. wußte sie zur Deckung kein anderes Mittel als die Berufung eines Reichstags vorzuschlagen, an welchen der Kaiser das Ansuchen um Unterstützung stellen solle. Vergleicht man die angeführten Zahlen, welche die geringste Summe des Bedarfs repräsentiren, mit dem, was die Reichstage früher geleistet hatten, so ist uns damit jeder weitere Nachweis erspart, daß die Pläne des Kaisers Ausgeburten einer kranken Phantasie waren und daß sein Regiment schon aus finanziellen Gründen einem schnellen Sturze entgegenging. Nichtsdestoweniger beschloß der Kaiser auf dem eingeschlagenen Wege auszuharren und einen Reichstag nach Regensburg zu berufen. Um die Gefahren, in welche er sich selbst und seine Familie dadurch stürzte, zu begreifen, müssen wir auf die Pläne der antihabsburgischen Koalition, die sich unter Heinrichs IV Anführung seit Jahren organisirte, eingehen und sehen, wie sie Schritt für Schritt die Zersetzung in Oesterreich beobachtete, um in dieselbe einzugreifen und endlich ihren Hauptschlag auszuführen.

---

in den Jahren 1600—1606 jährlich sechs Millionen für den Krieg verbraucht. Es scheint uns nichtsdestoweniger, daß diese Summe etwas zu hoch gegriffen sei, da wir nicht wissen, woher der Kaiser so viel Geld genommen hätte. — Erwähnenswerth ist noch, daß der Kaiser (nach Häberlin, neueste deutsche Reichsgeschichte, Bd. 21 S. 625) im Jahre 1599 das Haus Würtemberg aus der Afterlehnschaft, in welcher es bis dahin gestanden hatte, entließ, wofür der Herzog von Würtemberg sich zur Zahlung von 400.000 Gulden innerhalb 16 Monaten verpflichtete, was er auch mit Hilfe seiner Stände zu Wege brachte.

Drittes Kapitel.

I. Heinrich IV, Beschaffenheit seiner Regierung. Seine politische Stellung. Die ersten Versuche zur Gründung der deutschen Union. — II. Heinrichs Stellung zu den italienischen Fürsten. Vorgänge in den Konklaven bei der Wahl Leo's XI und Pauls V. Des letztern Bestrebungen. Der venetianische Interdiktstreit. Die Versuche zur Protestantisirung Venedigs. Heinrichs Verhandlungen mit Savoyen und Venedig wegen Abschluß einer Liga. — III. Christian von Anhalt, seine Pläne. Erzherzog Maximilian für den Kaiserthron designirt. Anhalts Reise nach Paris. Die Verhandlungen in Deutschland zur Gründung der Union. — IV. Anhalts Verbindungen mit Wok von Rosenberg. Weitere Verhandlungen mit Erzherzog Maximilian.

I

Mit steigendem Interesse hatte man in den übrigen Ländern Europa's den österreichischen Ereignissen der letzten Jahre zugesehen: zuerst dem Ausbruch der Bocskay'schen Rebellion, ihrem siegreichen Fortgang und nunmehr den unzweifelhaften Anzeichen eines tiefen Zerwürfnisses des Kaisers mit seiner Familie und je nach der Parteistellung hoffte oder fürchtete man den unvermeidlichen Zusammenstoß. Denn gewiß war es, daß der Kampf zwischen Rudolf und Mathias nicht lange mehr ausbleiben konnte und daß der Ausbruch desselben nur von dem Momente abhing, in welchem entweder Rudolf über neue Kriegsmittel gebot oder Mathias sich vollends in die Arme jener Länder warf, denen Rudolf's Mißregierung nicht weiter erträglich war. Der Papst und die geistlichen Kurfürsten in Deutschland hatten Rudolf zu einer vernünftigen Handlungsweise zu bewegen getrachtet, nachdem sie aber in diesem Bestreben gescheitert waren, harrten sie, so zu sagen die Hände im Schoß, der Dinge, die da kommen sollten. Nicht so passiv sahen aber diejenigen, denen das österreichische Zerwürfniß erwünscht kam, dessen weiterer Entwicklung entgegen; im Gegentheile sie bereiteten sich vor, dasselbe in einer ihnen

zusagenden Weise auszubeuten, nachdem sie schon lange auf eine passende Gelegenheit zu einem erfolgreichen Kampfe gegen die Habsburger gewartet hatten. Es waren dies Heinrich IV von Frankreich und seine Verbündeten in Deutschland, den Niederlanden und Italien, unter welchen vor allem dem Fürsten Christian von Anhalt der erste Platz gebührt; sie alle traten als natürliche Bundesgenossen zusammen, da ihr Streben entweder auf den Ruin der Habsburger oder des Papstthums oder auf beides gerichtet war.

Heinrich war ein Fürst, welcher von der Natur mit den ausgezeichnetsten Talenten zu seinem hohen Posten ausgestattet war. Obwohl er sein Leben größtentheils im Kriege zugebracht hatte und keine wissenschaftliche Bildung besaß, hatte er doch ein gesundes Verständniß für alle Beschäftigungen des Friedens und wußte sich in der Leitung des Staates einer so klugen Politik zu bedienen, als hätte er sich in seinem Leben mit nichts anderem als mit den Staatswissenschaften beschäftigt. Gleich nach der Beendigung des Krieges führte er mit Hilfe Sully's im Staatshaushalt die strengste Sparsamkeit ein, zahlte alte Schulden, baute Brücken und Straßen, um den Handel zu heben, und trachtete den Ackerbau auf alle Weise wieder in Flor zu bringen. Paris wurde durch die Anlage neuer Straßen und durch monumentale Bauten verschönert. Stets bedacht auf seine künftigen Unternehmungen suchte sich Heinrich zu Land wie zu Wasser in einen tüchtigen Vertheidigungszustand zu setzen; die Kriegsmarine wurde vergrößert, die Artilleriearsenale in dauernde Thätigkeit gesetzt und die Festungen aus ihrem Schutte gehoben und für ihren Zweck tauglich gemacht*). Den innern Frieden in seinem Reiche hatte Heinrich vor allem neben seinen ruhmvollen Kriegsthaten seiner anziehenden Persönlichkeit und seinem versöhnlichen Gemüth zu danken. Er hatte einen durchdringenden Scharfblick in der Beurtheilung der Menschen, entdeckte leicht die Beschaffenheit ihres Herzens und obwohl er bei den Erfahrungen, die er gemacht, von einem dauernden Argwohn gegen die Treue seiner Unterthanen beherrscht war, benahm er sich doch so, daß er gleichsam nur die Bestätigung seines Argwohnes suchte, um verzeihen zu können. „Diese große Herzensgüte und seine Sparsamkeit", welche von manchen selbst als Geiz bezeichnet wurde, haben ihm nach dem Urtheile eines spanischen Staatsmannes **) die Krone verschafft. — Großen Regenten war Heinrich auch darin ähnlich, daß er in der Wahl seiner Diener von einem bewunderungswürdigen Instinkt geleitet wurde. Obwohl ihn alle Erinne-

*) Badoers Relation vom J. 1603. Bei Alberi S. 105.

**) Zuñiga's.

rungen seiner Jugend und persönliche Dankbarkeit an die Protestanten hätten binden sollen, so berief er dennoch die ausgezeichnetsten Katholiken in seinen Rath, wenn anders ihre Geschäftskenntniß hervorragend war, und machte sie durch sein Vertrauen zu ebenso entschiedenen Anhängern seiner Regierung, als sie früher erbitterte Gegner derselben waren*). Seine Macht theilte er mit drei Personen, welche ihm in der obersten Leitung der Staatsangelegenheiten hilfreich zur Seite standen, mit dem Hugenotten Sully und mit den Katholiken Villeroy und Sillery. Der erste von ihnen, in dessen Ressort vorzüglich die Finanzen gehörten, besaß den größten Einfluß und wußte allein um die Geheimnisse und Intentionen des Königs**); Villeroy hatte die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Sillery war zuerst Großsiegelbewahrer und nahm später den Posten eines Kanzlers ein.

Den Katholiken gab Heinrich die ausreichendsten Garantien, daß er ihre Rechte und ihre Herrschaft nicht schmälern wolle; er bewies dies durch sein fortdauernd gutes Einvernehmen mit dem päpstlichen Stuhle, für dessen Erhaltung er nicht leicht ein Opfer scheute, er machte den strenggesinnten unter ihnen Hoffnung auf die Wiedereinführung der Jesuiten und erfüllte später diese Erwartungen, er begegnete endlich den Ausschreitungen der Hugenotten überall, wo die Katholiken ein Recht zur Klage hatten. Dieses Benehmen, von manchen Eiferern wohl durchschaut und deshalb nicht für genügend befunden, befriedigte die Gesammtheit der französischen Katholiken und gewann sie für das Königthum der Bourbonen. Die Hugenotten selbst, obwohl durch den Uebertritt des Königs arg verletzt, waren durch das Edikt von Nantes in ihren legitimen Wünschen zufriedengestellt, und Heinrichs Persönlichkeit war ihnen eine

*) Badoers Relation über Frankreich 1603. Bei Alberi 102. È la Maestà Sua principe di vivaccissimo ingegno, sicchè da congetture esteriori, penetra facilmente ne' cuori degli uonuni scoprendo li disegni e fini di tutti, e per le prove fatte a suo costo della volubilità de' suoi sudditi, vive con continua gelosia della fede d' ognuno, ma è anco di natura cosi ingenua ch'ella stessa publicherà il suo suspetto a quelli modesimi, dei quali dupita, presupponendo con quella maniera di trattare, di ritirarli da ogni perverso disegno. — Zuñiga's Relation über den französischen Hof, MS. der Lobkowitzer Bibliothek in Prag. Tiene (Heinrich) una excelente virtúd, que es grandissima clemencia, que como assienta sobre grande opinion de valor, le haze muy estimado. S. auch Priuli's Relation von 1608 bei Alberi.

**) Zuñiga's Relation in der Lobkowitzischen Bibliothek: M. de Rosni, Duque de Sully . . . es hombre altivo y mal acondicionado en los negociantes, pero que professa sincillez y verdad en su trato y realmente el Nuncio y yo nos hallavamos mejor a negociar con el, que con otro.

Bürgschaft, daß das Edikt zur Wahrheit werden würde. Dann und wann mochte der König mit ihren Häuptern in aller Vertraulichkeit der Katholiken spotten und zeigen, daß er im Herzen ihnen noch immer so nahe stehe, als früher*), und wenn ein solches Betragen ihn in den Augen strenger Hugenotten nicht hob, so verscherzte er damit gewiß nicht ihr Zutrauen in seine Behandlung der religiösen Angelegenheiten. Seinen persönlichen Wünschen hätte es am meisten zugesagt, wenn sein Uebertritt zugleich den aller bedeutenden Hugenottenchefs mitveranlaßt hätte und thatsächlich fanden manche derartige Bekehrungen nicht ohne seine Einflußnahme statt, ja Sully selbst, der Stolz der Hugenotten, wäre unter solcher Einwirkung katholisch geworden, wenn nicht persönliche Verhältnisse ihm zuletzt das Gegentheil gerathen hätten**). Heinrich wußte aus eigener Erfahrung, wie leicht die religiösen Gegensätze zu politischen Intriguen und namentlich zu innern Zwistigkeiten ausgebeutet werden konnten; bei seiner zeitweise auftauchenden Hinneigung zum Protestantismus hatten sonach seine auf Schwächung desselben abzielenden Bestrebungen keine andere als eine politische Ursache zur Grundlage.

Dieser Fürst war es nun, welcher, nachdem er Frankreich aus langer Ohnmacht gehoben und einer innern Blüthe entgegengeführt hatte, seine Blicke nach auswärts schweifen ließ. Das rasche Aufblühen seines Reiches hatte in Europa nicht geringes Aufsehen erregt und jene, welche mit den bestehenden Verhältnissen nicht zufrieden waren, stützten bereits ihre Hoff-

---

*) Bei einem Besuch, den der Landgraf Moriz von Hessen dem Könige im Jahre 1602 machte, äußerte sich der letztere sehr zu Gunsten des Protestantismus. Moriz erzählt bezüglich der gehabten Unterredung: Quant à la religion ré formée, le Roi s' ouvrit dans cette occasion trés amplement, m' assurant plusieurs fois avec grandes protestations: qu' il etait encore dévoué a la religion reformée et que même il avait le dessein d' en faire de nouveau, avant sa fin, une confession publique. Rommel: Correspondance de Henri IV avec Maurice S. 79. Diese Angabe ist wohl von entscheidendem Gewicht in der Beurtheilung von Heinrichs religiöser Gesinnung. Seine Pläne, seine Allianzen und solche Reden sind ein schlagender Beweis, daß er weder Katholik noch Protestant war, sondern in den religiösen Verhältnissen je nach dem persönlichen Vortheile sich entschied.

**) Badoers Relation vom J. 1603. Bei Alberi S. 117. M. de Rosni (Sully) è calvinista, ma credo che sia, di quelli che vogliono esser tali per interessi temporali e però pareva che una volta a persuasione del re egli si volesse far cattolico, ma dopo l' accidente che gli occorse con il conte di Soissons, ei s' è fermato più ostilmente che mai nella sua perfida eresia . . . weil nämlich Sully nach Heinrichs Tode die Rache des Grafen von Soissons fürchtete und deshalb des Schutzes der Hugenotten sicher bleiben wollte.

nungen auf Heinrich. In Italien, in Deutschland und selbst in den Niederlanden hatten lange Zeit theils Patrioten theils ehrgeizige Häupter schmerzlich der Ohnmacht Frankreichs zugesehen, desto freudiger begrüßten sie das Ende derselben. Es kam hiebei Heinrich seine religiöse Doppelseitigkeit zu statten. Die Katholiken Italiens konnten sich mit dem Freunde des Papstes ganz ruhig verbinden, während ihm seine protestantische Vergangenheit bei den Gegnern der katholischen Kirche, die sich ihm nie innerlich entfremdet glaubten, Vertrauen erwarb. Wollte er also aktiv in seiner äußern Politik auftreten, so hatte er die sichere Aussicht überall Verbündete zu finden; wollte er sich ruhig verhalten, so war das Haus Habsburg und namentlich die spanische Linie desselben, gegen welche sich seine Thätigkeit richten mußte, gern erbötig, seine Ruhe mit einem hohen Preise zu bezahlen. Er allein besaß in Europa die Mittel für große Unternehmungen; er hatte also zu wählen, ob er sich in diese stürzen oder sich seine Friedfertigkeit abkaufen lassen wolle. Bei der Beschaffenheit seines Geistes und Charakters muß man es natürlich finden, daß er sich für die aktive Rolle entschied.

Man schreibt Heinrich IV in Bezug auf die Umgestaltung Europa's weitgehende und abenteuerliche Projekte zu; eine Anzahl neuzubegründender Erb- und Wahlreiche sollten für immer der habsburgischen Doppelmonarchie und Uebermacht ein Ende machen und das Gleichgewicht in Europa auf dauernden Grundlagen herstellen. Möglich, daß sich Heinrich mit seinen Vertrauten über derlei Projekte unterhielt, möglich auch, daß sie das Endziel seiner Politik gebildet hätten, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, ein Jahrhundert lang zu regieren; gewiß ist nur dies eine, daß seine Pläne, wenn sie aus der nebelhaften Unbestimmtheit des bloßen Erwägens hervortraten, sich als scharf und engbegrenzt erwiesen und nur nach einem mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichbaren Ziele hinstrebten. Es ist dasselbe Ziel, welches vor ihm Franz I, nach ihm Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV unabläßig anstrebten, und das in der Vernichtung oder wenigstens in der andauernden Schwächung der habsburgischen Macht bestand. Frankreich war in der That beinahe überall von Ländern begrenzt, welche dem unmittelbaren oder mittelbaren Einfluße der Habsburger unterlagen, und bei jedem gewaltsamen oder friedlichen Versuche nach Vergrößerung fühlte es sich daran von diesem Hause gehindert. Um diese Schranke zu durchbrechen, gab es nur ein Mittel: Heinrich IV mußte es versuchen, ob er den Habsburgern nicht Italien und Deutschland, in welchem ihre Herrschaft und ihr Einfluß auf schwachen Füßen ruhten, entwinden könnte. Es hatten dies Franz I und Heinrich II versucht,

aber beide waren dabei verunglückt, eine Mahnung für Heinrich IV die äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Für Heinrich, der sich durch das Schicksal seiner Vorgänger nicht abschrecken, sondern nur belehren ließ, handelte es sich also darum, die Sympathien, welchen er in Deutschland und Italien begegnete, auf eine entsprechende Weise auszubeuten. Es gab hiezu keinen bessern Weg, als die Begründung einer Verbindung unter allen Fürsten, welche sich ihm für das eine oder andere Ziel seiner Politik anschließen wollten. Eine Union der deutschen und eine andere der italienischen Fürsten, an welche sich gewiß die freien Niederlande, vielleicht auch die schweizer Konföderation und einer von den nordischen Staaten anschloß, dies und nichts weniger hielt Heinrich für nothwendig, wenn er sich in einen Kampf mit der sichern Aussicht auf den Sieg stürzen sollte, und dies war auch das Ziel aller seiner Politik von dem Momente an, seitdem er seine Aufmerksamkeit dem Auslande zuwandte.

Die ersten Versuche zur Verwirklichung dieser Idee machte Heinrich in Deutschland im J. 1602, weil er den Boden zur Begründung einer Union daselbst für den am besten vorbereiteten hielt, die deutsche Union zugleich seine mächtigste Verbündete sein sollte und seine Pläne vor allem gegen die östliche Grenze gerichtet waren. Die deutschen Fürsten des 17. Jahrhunderts waren, so wie ihre Vorfahren seit Jahrhunderten, müde über sich ein Oberhaupt zu haben, jetzt aber erbitterter wie sonst, weil ein und dasselbe Haus seit mehreren Generationen die kaiserliche Würde inne hatte und ihr bei seiner sonstigen Macht unter günstigen Umständen eine Bedeutung geben konnte, welche den Souverainitätsgelüsten der Fürsten einen wirksamen Schlag versetzen konnte. Sie alle waren mehr oder weniger geneigt, ihrer Besorgniß wenigstens dadurch ein Ende zu machen, daß sie die Kaiserkrone auf ein anderes Haus, dessen Schwäche mit keiner Gefahr drohte, zu übertragen gewillt waren. Heinrich konnte also mit Grund auf das schnelle Zustandekommen einer deutschen Union hoffen, wenn er sich den Bestrebungen jener Fürsten anschloß, deren Ziel es war, das Haus Habsburg bei der nächsten Kaiserwahl vom deutschen Throne auszuschließen; dies und nichts anderes waren aber auch seine eigenen Wünsche in Bezug auf Deutschland und deshalb säumte er nicht, sich zum Vorkämpfer jener Bestrebungen aufzuwerfen. Gelegenheit bot sich ihm hiezu leicht. Seit vielen Jahren her war er mit den deutschen Fürsten in mannigfache Verbindungen getreten, da diese ihm nicht unbedeutende Dienste während seiner Kämpfe mit der Liga geleistet hatten und konnte sie also ohne Aufsehen durch Gesandte von seinen Absichten benachrichtigen; gleichwohl zog er es in dieser wichtigen Angelegenheit vor,

die ersten Verhandlungen persönlich zu beginnen und benützte hiezu die Gelegenheit, als ihn der Landgraf Moriz von Hessen auf einer Reise nach Frankreich besuchte. Er selbst drückte seinem Gast den Wunsch nach einer Verbindung mit den deutschen Fürsten aus; die Union sollte im allgemeinen das Interesse der Verbündeten wahren, insbesondere aber das Haus Oesterreich bei der künftigen Kaiserwahl ausschließen und, wo möglich, Baiern an dessen Stelle setzen. Der Landgraf erklärte, nach seiner Kenntniß der deutschen Verhältnisse zweifle er nicht, daß für ein solches Bündniß Pfalz, Brandenburg, Braunschweig, Hessen, Baden und Anhalt in voraus gewonnen wären und daß der Zutritt anderer Mitglieder mit Grund zu hoffen sei*). Die französischen Gesandten arbeiteten nun emsig daran, dem Gedanken der Union in Deutschland festen Boden zu bereiten und dieselbe zum Abschluße zu bringen. Nichtsdestoweniger ging es damit in den nächsten drei Jahren nicht recht vorwärts; theils sahen sich die deutschen Fürsten zu einem schnellen Abschluße nicht gedrängt, da Rudolf in die Verhältnisse von Deutschland nahezu gar nicht eingriff und eine Kaiserwahl noch immer auf sich warten ließ, theils mahnten sie inzwischen eingetretene Ereignisse in Frankreich zu einiger Vorsicht. Zwischen Heinrich IV und einigen der vornehmsten Hugenottenführer, darunter dem Herzog von Bouillon, waren indessen Zerwürfnisse eingetreten, die mit dem Ausbruch eines Krieges drohten. In diesem Fall waren jene deutschen Fürsten, die sonst am eifrigsten zu Heinrich hielten, wie Pfalz und Hessen, nicht geneigt, ihn in seinen Plänen zu unterstützen, da ihnen vor allem daran lag, daß die Hugenotten in Frankreich in ihrer politischen Bedeutung nicht vernichtet würden. Die Unionsverhandlungen ruhten also in Deutschland und wurden erst wieder aufgenommen, nachdem Heinrich die ausgebrochenen Unruhen durch seine gewöhnliche kluge Versöhnlichkeit gedämpft und in Italien selbst die vorbereitenden Schritte zu einer gleichartigen Verbindung gemacht hatte. Werfen wir einen Blick auf seine italienische Politik.

II

Heinrichs IV Politik unterscheidet sich wesentlich von der seiner Vorfahren Franz' I und Heinrichs II, daß er Italien im Bereiche seiner politischen Kombinationen Deutschland nachsetzte und seinen Angriff gegen die Habsburger zuerst von Deutschland aus durchzuführen ge-

---

*) Rommel, Correspondance inedite de Henri IV et du Landgrave de Hesse. S. 67.

dachte. Nichtsdestoweniger war Italien der stete Gegenstand seiner Beschäftigung und die Allianz mit den antispanisch gesinnten Fürsten die Bedingung, unter welcher er das Endziel seiner Politik erreichen zu können hoffte. Für eine solche Allianz fand Heinrich auch in Italien einen wohlvorbereiteten Boden. Die einheimischen Fürsten und ihre Unterthanen hatten ihren Widerwillen gegen die Spanier ungeschwächt erhalten und hofften von jeder Veränderung, die ein gewaltsamer Zusammenstoß zwischen Frankreich und Spanien herbeiführen konnte, für sich das beste. So war es in Toskana, so in Modena, so in Mantua, so selbst auch in Venedig der Fall. Nur die Herzoge von Savoyen, so unruhig sie an sich selbst waren und den Krieg als ein Mittel zur Vergrößerung herbeisehnten, waren gegen Spanien und Frankreich gleichmäßig auf der Hut, da sie zu klug waren, um nicht die Konsequenzen von Heinrichs erhöhter Macht einzusehen. — Zu den alten nie vergessenen Ursachen der in Italien herrschenden Abneigung gegen Spanien kamen von Zeit zu Zeit wieder neue hinzu. Wir haben gesehen, eine wie große Anzahl von Besitzungen in diesen Gebieten für deutsche Reichslehen angesehen wurden, wie selbst die bedeutendsten Fürsten ihre Abhängigkeit vom deutschen Kaiser durch wenn auch schwache Geldzahlungen anerkannten. Wenn nun, was häufig genug geschah, ein Lehen erledigt war, so entschied der Kaiser allein rechtmäßig, in wessen Hände es zu übergehen habe. Spanien beutete nun sein Verhältniß zu demselben in der Art aus, daß es alle erledigten Lehen in Besitz nehmen wollte und gab dadurch stets neue Verlassung zum Haß gegen seine Uebermacht. Uebrigens suchte sich Philipp III in Italien dadurch Ruhe zu erhalten, daß er alle wichtigeren Fürsten mit Pensionen betheilte*), und ein gleiches that er bezüglich des Kardinalskollegiums, in welchem sich beinahe ein Drittheil spanischer Pensionäre befand. Dies würde ihm jedoch nur wenig gegen Angriffe genützt haben, wenn seine Macht nicht an und für sich Achtung gebietend gewesen wäre, denn man sprach in Italien laut davon**), daß alle Fürsten troß der erlangten Pensionen zu einer Verbindung

---

*) Der Herzog von Savoyen erhielt jährlich an 200.000 Scudi, für welche er zugleich eine Anzahl Truppen in Bereitschaft halten sollte.

**) Französische Relation von Badoer 1605. Bei Alberi S. 163: Delli sopranominati principi (Savoyen, Parma, Modena, Urbino), ancorchè stipendiati dal re di Spagna si premettono i Francesi, che si mostreriano più obligati a procurare la libertà d' Italia sempre che si presentasse l' occasione, e con questo si consolano. — Die Natürlichkeit eines Anschlußes Venedigs an Frankreich betont Badeor mit den stärksten Worten. Er sagt: che non possa essere nella cristianità una amicizia fra principi più conveniente, che fra la corona di Francia e questa Serenissima Repubblica.

mit Frankreich stets geneigt seien und von einzelnen Kardinälen, welche Philipp gewonnen zu haben glaubte, erfuhr er nachgerade, daß sie sich mit besonderer Vorliebe über die Möglichkeit verbreiteten, die Spanier wieder aus Italien zu vertreiben *).

Wollte Heinrich in Italien vorwärts kommen und nöthigenfalls eine antihabsburgische Union zu Wege bringen, wie er sie in Deutschland beabsichtigte, so war ihm die Zustimmung des Papstes nöthig und diese zu gewinnen, mußte der Anfang und das Ende seiner Politik sein. Von Clemens VIII hatte er unendlich viel erlangt, der Papst hatte ihn in Frankreich anerkannt und dadurch seine Krone mehr befestigt als einige gewonnene Schlachten es thun konnten. Bei alledem war Clemens weniger auf eine Schwächung Spaniens als auf die Stärkung Frankreichs bedacht; er wünschte die Herbeiführung freundschaftlicher Verhältnisse unter den katholischen Regenten, um sie sowohl zum Widerstande gegen die Türken wie gegen die Protestanten stärker zu machen. Solche Gesinnungen konnten natürlich Heinrich nicht genügen, und seine Bestrebungen waren also darauf gerichtet, auf den päpstlichen Stuhl einen Mann zu bringen, der bereit war, die Rolle eines Clemens VII oder eines Paul IV wieder aufzunehmen.

Es war im Beginn des J. 1605, gerade in der Zeit, in welcher Heinrich IV in Deutschland energisch die Begründung der Union in Angriff nehmen wollte, als Clemens VIII nach einem kurzen Krankenlager verschied. Schon lange hatten sich sowohl Spanien wie Frankreich auf diesen Fall vorbereitet und alle Mittel angewendet, um die Häupter des Kardinalskollegiums sich geneigt zu machen. Seit fast einem Jahrhunderte pflegte sich dasselbe in drei bis vier Parteien zu theilen, deren Häupter regelmäßig Nepoten vorangegangener Päpste waren. Die Gnaden und Ernennungen eines Papstes hingen nämlich mehr oder weniger von einem seiner Verwandten ab, den er mit dem Purpur bekleidet hatte; je nach der längern oder kürzern Regierungsdauer eines Papstes war demnach auch die Zahl der Kardinäle größer oder kleiner, über welche sein Nepote einen ziemlich entscheidenden Einfluß ausübte. In dem Konklave, welches sich nach Clemens' VIII Tode versammelte, gebot der Kardinal Aldobrandini, der Neffe des verstorbenen Papstes, über nicht weniger als 28 Stimmen, während dem Kardinal Montalto, Nepoten Sixtus' V, nur eine kleine durch den Tod vielfach gelichtete Schaar folgte. Die Kardinäle, deren Ernennung von Päpsten mit sehr kurzer Regierungsdauer herdatirte oder die bereits von ihren Verpflichtungen

*) Archiv von Simancas, Römische Korrespondenz unter Paul V.

gegen die Nepoten sich losgelöst hatten, ohne sich an eine der weltlichen Mächte zu verkaufen, nahmen die unabhängigste Stellung ein. Eine eigene Gruppe bildeten die ausländischen Kardinäle, welche auf Ersuchen ihrer Fürsten ernannt worden waren; diese bildeten im Verein mit jenen Kardinälen, welche durch Annahme von Pensionen sich fremden Souverainen dienstbar gemacht hatten, eine kompakte Masse, welche der Papstwahl eine politische Richtung geben wollten, während die Nepotenparteien mehr für die Fortdauer von Familieninteressen und die daraus entstandenen Verbindungen kämpfte. Nur Frankreich und Spanien hatten im Kardinalskollegium förmliche Parteien; der Kaiser, obwohl das erlauchteste Haupt der katholischen Welt, zählte in demselben weniger Anhänger als der unbedeutendste Fürst Italiens. Spanien mußte bedeutende Pensionen zahlen, um eine Schaar von Kardinälen zu gewinnen, während Frankreich eine solche um einen billigern Preis gewann, da die Verbindung mit letzterer Macht für einen patriotischen Akt galt, zu dem sich mehrere drängten, als Heinrich selbst bezahlen wollte*).

Da man mit Sicherheit annehmen konnte, daß Aldobrandini bei der Papstwahl den Ausschlag geben würde, so war er schon bei Lebzeiten seines Oheims Gegenstand der mannigfachsten Aufmerksamkeiten von Seite Philipps III und Heinrichs IV gewesen, bis es endlich ersterem gelang, ihn völlig für sich zu gewinnen. Aldobrandini verpflichtete sich durch einen feierlichen Eid, er werde bei der künftigen Papstwahl jeden Kardinal ausschließen, welcher Spanien nicht genehm sein sollte, und jenen bei der Wahl unterstützen, welchen ihm Philipp bezeichnen würde**). Dieser Vertrag, obwohl eine der flagrantesten Verletzungen der bezüglichen Kirchengesetze, erregte in Spanien nicht geringe Befriedigung und man gab sich daselbst den besten Hoffnungen hin. Allein kaum war das Konklave zusammengetreten, so zeigte sich gleich im Beginn eine solche Gruppirung der Par-

---

*) Baboers französische Relation von 1605. Bei Alberi S. 159. . . . nè sarà difficile ai Francesi l' avanzare ogni giorno più di autorità in quella corte, perchè siccome molti cardinali s' obbligano al re di Spagna per pochi scudi di pensione, non ci saria cardinale italiano, che non credesse esser stimato più integro ad obligarsi piuttosto al re di Francia, che al re di Spagna, perchè gli Spagnuoli non vogliono pontefici se non quelli che facciano a modo loro, ed i Francesi non dimandano, se nonchè sieno buoni italiani, al che ognuno può accomodare molto meglio la sua coscienza. — Es waren indeß nicht pochi scudi, für welche Spanien die Kardinäle gewann, wie die Rechnungen in Samancas ausweisen.

**) Archiv von Simancas 1870/117. Bericht des Staatsrathes an den König ddo. 26. April, sobre las cartas del Duque de Escalona y otros papeles sobre todo, que ha passado en la Eleccion de summo Pontifice.

teien, welche mit den Verheißungen Aldobrandini's im Widerspruche stand; statt nämlich sich den Anhängern Spaniens anzuschließen, vereinigte er sich mit allen jenen Kardinälen, welche als Gegner Philipps galten und unter denen natürlich die französischen den ersten Platz einnahmen. Dieser Treubruch hatte darin seine Ursache, daß es inzwischen Heinrich IV gelungen war, durch Geschenke, welche die des Königs von Spanien überboten und die man auf nicht weniger als 300.000 Thaler veranschlägt, die Zahl seiner Anhänger zu vermehren und namentlich Aldobrandini selbst zu gewinnen*). — Philipp III hatte dem Kardinal Avila, welcher im Konklave das Haupt der spanischen Partei war, diejenigen Kardinäle bezeichnet, deren Wahl er um jeden Preis verhindert wissen wollte, es waren dies Medici, Verona, Arigone, Baronius, Bellarmin und Borromeo. Gewiß wird man nicht wenig staunen unter der Zahl der Ausgeschlossenen drei Namen zu begegnen, welche zu ihrer Zeit die Zierde der katholischen Welt ausmachten, wir meinen Baronius, Bellarmin und Borromeo. Allein wenn wir uns erinnern, daß der letzte jener Erzbischof von Mailand war, der mit den Spaniern unablässig wegen der Jurisdiktion im Streite war, und wenn wir nicht übersehen, daß Baronius in seinen historischen Werken die Rechtmäßigkeit des spanischen Besitzes in Unteritalien angriff**), und daß Bellarmin als der eifrigste Vertheidiger der kirchlichen Immunitäten neue Jurisdiktionskämpfe in Aussicht stellte, so wird man ihre Ausschließung begreifen. Medici wurde für einen Anhänger Frankreichs gehalten und man vergaß nie in Spanien, daß er und Baronius es gewesen, welche Clemens VIII zur Versöhnung

*) Henri Martin, histoire de France. tome X p. 545.

**) Unmittelbar vor der Eröffnung des Konklave ereignete sich eine Scene im Kardinalskollegium, die aller Welt kundgab, wie man in Spanien gegen Baronius gesinnt war. Man las nämlich in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Schreiben vor, welche an das Kollegium eingelaufen waren, eines derselben war vom Vicekönig von Neapel, in welchem derselbe Beschwerde über das erwähnte Werk des Baronius und die in demselben bezüglich der spanischen Herrschaft gebrauchten Ausdrücke führte. Baronius ungeduldig über diese Vorwürfe unterbrach die Lektüre des Briefes mit den Worten: Os peccatoris et os dolosi super me apertum est und vertheidigte sein Werk mit aller Wärme, berief sich auf Clemens VIII, der dasselbe gebilligt habe, und auf die Bestimmung zweier Kardinäle, die es gelesen hätten. Avila dagegen billigte das Schreiben des Vicekönigs und die darin enthaltenen Vorwürfe, was nun eine tumultuarische Scene zur Folge hatte, indem nach und nach alle Kardinäle für oder wider und fast gleichzeitig an der Debatte theilnahmen. So erzählt der Kardinal Paravicini in einem Schreiben an Rudolf ddo. Rom, 12. März 1605. Wiener Reichsarchiv MS. 39/238.

mit Heinrich IV gerathen hatten. Verona hielt man für einen verkappten Venetianer und Arigone für einen allzu strengen Mann, der in Borromeo's Fußstapfen treten könnte.

Indem wir hier jene Personen bezeichnet haben, welche Spanien nicht mochte, haben wir zugleich einige von jenen genannt, welche Frankreich sehr zusagten, es waren dies vor allem Baronius und Medici. Für Baronius sprach seine erwiesene Parteinahme für Frankreich und sein unverholener Abscheu gegen die spanische Herrschaft in Italien, dem er in seinen Schriften mannigfachen Ausdruck verlieh. Uebrigens war er ein Mann von eben so exemplarischer Frömmigkeit wie Gelehrsamkeit, gutmüthig obwohl nicht ohne einen Anflug von Spottsucht, die er auch an sich selbst übte, so oft er auf seine Erhebung zum Kardinalat zu sprechen kam*). In seinem Hause lebte er nicht anders, als wie ein armer Priester und verwendete seinen ganzen Ueberfluß, zu dem kein Fürst mit einer Pension beisteuerte, auf Arme oder auf den Aufbau von Kirchen. Wenn Heinrich den Kardinal Baronius unterstützte, so konnte er sich mit Recht seiner Handlung rühmen, denn er schaffte der Kirche kein unwürdiges Haupt. Die eigentliche Gunst Frankreichs konzentrirte sich aber auf den Kardinal von Medici. Derselbe hatte lange Zeit in Paris als Nuncius gelebt, hatte sich da mit dem französischen Wesen innig befreundet, war fein in seinen Manieren, besaß Geschmack an schönen Wissenschaften und hatte mehr Neigung zu weltlichen Intriguen als zur Fortsetzung des kirchlichen Reformwerkes. Ein solcher Mann, welchen man in das Getriebe der Politik hineinziehen und für die Wiederaufnahme der Rolle Clemens' VII und Pauls IV gewinnen konnte, war offenbar ein unvergleichlich wünschenswertherer Papst als Baronius mit seiner mehr theoretischen Antipathie gegen Spanien und mit seiner allzugroßen Frömmigkeit, die ihn nur zu einem unverläßlichen Freunde für Heinrich machen mußte. Heinrich IV unterstützte demnach Baronius, wünschte aber den Kardinal Medici.

Aldobrandini, indem er sich der französischen Politik anschloß, entschied sich vorerst für die Unterstützung des Baronius, da er lieber die Wahl eines solchen Kandidaten sah, welcher die Ernennung zum Kardinal seinem Oheim dankte, als die eines Mannes, der wie Medici bereits von Gregor VIII zum Kardinalat berufen worden war und ihm

---

*) Relation für den Kardinal von Este. MS. der Wiener Bibl. Codex Foscar. n. 169. Daselbst heißt es von Baronius, er sei molto amato per la dottrina, bontà e semplicità sua: si dimostra tutto spirito, tutto resignato in dio: si burla del mundo e della propria esaltatione di se stesso.

1605 sonach keinen persönlichen Dank schuldete. Vom 14. März angefangen, an welchem Tage die erste Abstimmung stattgefunden hatte, bekam bei den täglichen Scrutinien Baronius gewöhnlich die meiste Stimmenzahl, bis sich schließlich der ganze Anhang Aldobrandini's für ihn erklärte. Da aber das Konklave genau 60 Mitglieder zählte, reichte ihre selbst durch die französischen Kardinäle verstärkte Anzahl nicht aus, um eine Wahl zu bewerkstelligen, zu welcher mindestens 40 Stimmen nöthig waren. Es wurden nun die gewaltigsten Anstrengungen gemacht, um aus der gegenüberstehenden Partei, welche sich unter die Leitung des Kardinals Avila gestellt hatte, einige Personen zu gewinnen und sie von der weitern Unterstützung des spanischen Interesses abwendig zu machen. Besonders ließ man sich die Gewinnung des Kardinals von Dietrichstein, der eigens von Mähren nach Rom gereist war, angelegen sein; man erinnerte ihn an die Gnaden, die ihm Clemens VIII erwiesen und bemerkte in Bezug auf die Persönlichkeit des Baronius, daß er ja selbst für ihn die höchste Achtung hegen müsse*). Dietrichstein begann zwischen seiner eigenen Neigung und zwischen der Verpflichtung, die ihn an das Haus Habsburg kettete, zu schwanken; einige Stunden lang bemächtigte sich eine fieberhafte Aufregung des Konklaves, denn man hielt ihn für Baronius gewonnen und da mit ihm zugleich auch der Uebertritt noch einiger anderer Kardinäle gesichert war, so hing die Entscheidung vollständig von ihm ab. Es bedurfte eines langen Zuredens von Seite der Kardinäle Madrucci, Doria und Farnese, welche alle auf spanischer Seite standen, bevor Dietrichstein schließlich die Unterstützung des Baronius ablehnte. Avila gebot darauf über 23 Stimmen, welche die Wahl des genannten Kardinals nicht zugeben wollten. Nachdem das Konklave 18 Tage gedauert hatte, mußte sich Aldobrandini gestehen, daß er mit der Kandidatur des Baronius nicht durchdringen werde, und so entschloß er sich, dieselbe fallen zu lassen.

Es war Mittags den ersten April, als Aldobrandini diesen Entschluß faßte, da das am Vormittage abgehaltene Scrutinium für Baronius nur 28 Stimmen ergeben hatte. Während der Mittagsstunden legten die französisch gesinnten Freunde des Kardinals von Medici eine außordentliche Thätigkeit an den Tag; nicht nur suchten sie Aldobran-

*) Die Erzählung über diese und andere Vorgänge im Konklave entnehmen wir theils der Korrespondenz des Herzogs von Escalona mit Philipp III im Archiv von Simancas, theils einer daselbst befindlichen authentischen Relation: Conclave por la muerte de Papa Clemente y Election de Alexandro de Medicis llamado Leon XI. Römische Korrespondenz in Simancas 1870/119.

dini zu überreden, sich nunmehr die Kandidatur Medici's gefallen zu lassen, sondern sie gewannen selbst einige von den bisherigen Anhängern Avila's, welche für Medici freundschaftliche Gesinnungen hegten, da dieser ein freigebiges und liberales Regiment verhieß. Aldobrandini war persönlich nicht zur Unterstützung Medici's geneigt, konnte sich aber nach den mit den Franzosen getroffenen Verabredungen nicht leicht demselben entgegensetzen und ließ sich also gefallen, daß im Konklave nunmehr für Medici allseitig geworben wurde. Er selbst begab sich in die Zelle des Kardinals und verhandelte da anderthalb Stunden mit ihm. Inzwischen wurde Avila von allen Seiten benachrichtigt, was im Werke sei, und er aufgefordert, seine Anhänger gehörig beisammen zu halten, um die Exclusion auch dieses neuen Kandidaten zu sichern, er gab sich jedoch für den Augenblick einer sorglosen Ruhe hin und dachte, daß die Wahl nicht anders als ordnungsmäßig mit Vornahme neuer Scrutinien vor sich gehen werde. Darin täuschte er sich; Dietrichstein selbst folgte dem Beispiele einiger Anhänger Spaniens und zeigte sich ernstlich gewillt, Medici's Wahl zu unterstützen, wenn dieser über seine Regierungsmaximen eine beruhigende Erklärung abgeben wollte. Mit Paravicini, dem Protector der katholischen Kirche von Deutschland, ging er deshalb in die Zelle Medici's der nicht zögerte ihnen beiden die beruhigendsten Versicherungen zu geben: den Kaiser Rudolf und den König Philipp werde er stets wie ein Vater lieben und als zwei Säulen der Kirche achten und beschützen*). Diese Worte, welche einer feierlichen Ablehnung aller Projekte eines Paul IV gleichkamen und auch so aufgefaßt wurden, beruhigten die beiden Kardinäle und verbanden sie innig mit der Schaar der übrigen Freunde Medici's. Noch zögerte Aldobrandini das Zeichen zur Anerkennung des letztern zu geben, und schien den Spaniern Zeit gönnen zu wollen, sich in hinreichender Anzahl zum Proteste zu vereinigen, allein er wurde jetzt von seinem Anhange gedrängt, eine augenblickliche Entscheidung zu fällen und Baronius selbst, der erst vor wenigen Stunden nahe der höchsten christlichen Würde gestanden war, machte sich zum Dolmetscher dieser Wünsche und sprach gleichfalls für Medici und dessen unverweilte Anerkennung. So gedrängt leistete Aldobrandini keinen Widerstand mehr, reihte sich der Schaar der Kardinäle an, welche für die Erhebung Medici's waren, und begab sich zur Zelle des letztern, wo sich bereits mehr als zwei Drittheile der Wähler eingefunden hatten, und auf diese Weise ohne jedes vorangegangene Scrutinium den Kardinal zum Papste wählten. In diesem letzten Stadium

*) Wiener Reichsarchiv MS. 39/248, Kardinal Paravicini an Rudolf II ddo. Rom 2. April 1605.

erwachte erst Avila aus seiner Sorglosigkeit, suchte seine Anhänger um sich zu schaaren und protestirte, als er deren Reihen gelichtet sah, geradezu im Namen Spaniens gegen die Erhebung Medici's auf den päpstlichen Stuhl. Allein diese Anstrengung diente zu nichts mehr; man entgegnete ihm: es sei nicht mehr Zeit zu einem Proteste, nachdem der Papst bereits gewählt sei, und als er nichtsdestoweniger auch in der paulinischen Kapelle, wo die Kardinäle zur Adoration des neuen Papstes sich versammelten, seinen Protest erneuerte und mehrmals wiederholte, daß Philipp III den Kardinal von Medici nicht zum Papste haben wolle, mahnten ihn selbst die eifrigsten Anhänger Spaniens zum Schweigen, denn es handle sich nicht mehr um die Wahl sondern um die Adoration des allgemein anerkannten Papstes. So ward der Kardinal von Medici am Abend
1605 des 1. Aprils nach einer Verhandlung von kaum zwei Stunden ohne alle Stimmenabgabe zum Papste gewählt*).

Man kann sich denken, welche Genugthuung die französische Partei in diesem Ereignisse fand und wie nahe man die Zeit mächtiger Veränderungen in Italien glaubte, da Leo XI, so hieß der neue Papst, als ein naher Anverwandter der Großherzoge von Toskana gleichsam von selbst sich genöthigt fühlen mußte, den italienischen Fürsten durch Verminderung der spanischen Macht mehr Sicherheit zu bieten. In der That begannen unmittelbar nach seiner Wahl Verhandlungen mit Toskana und Savoyen, welche beide den Königstitel haben wollten, ein Begehren, zu dessen Befriedigung sich der Papst gegen eine gewisse Geldentschädigung geneigt zeigte und für welche er auch die Zustimmung des Kaisers gewinnen wollte. Da zu dieser Zeit über einer Heirat zwischen dem Sohne des Großherzogs von Toskana und der Schwester Ferdinands von Gratz verhandelt wurde, so suchte der Papst diese Verhandlungen, weil dem spanischen Interesse günstig, rückgängig zu machen, empfahl eine Heirat zwischen Savoyen und Toskana, und trug sich sogar an, zur Mitgift beizusteuern. Diese durchwegs gegen Philipp III gerichteten Unterhandlungen und die allseitig in Aussicht gestellte Liga der italienischen Fürsten mit Frankreich und dem Papste rechtfertigen nur zu sehr die Sorge, welche man vor Leo's Wahl in Spanien gehabt hatte. Daß der Papst ungeachtet des den Kardinälen Dietrichstein und Paravicini gegebenen Versprechens das habsburgische Interesse so wenig berücksichtigte, dazu mögen nicht wenig die wiederholten Proteste Avila's beigetragen haben, welche der sonst einer allgemeinen Zustimmung sich

---

*) Alles dies nach der citirten Relation von Simancas 1870/119.

erfreuenden Wahl einen unliebsamen Makel anhängten; wenigstens beklagte sich Leo zu seinen Vertrauten häufig darüber und zeigte sich persönlich verletzt*). Allein es war ihm nicht vergönnt seiner antispanischen Politik, wenn er dies überhaupt je thun wollte, eine folgenreiche Wirksamkeit zu geben; 26 Tage nach seiner Wahl starb er bereits, und Heinrichs Pläne und ihre Erfüllung waren abermals den unberechenbaren Schwankungen einer neuen Papstwahl preisgegeben.

In dem Konklave, welches neuerdings zusammentrat, waren in Folge der letzten Vorgänge die Parteien einigermaßen desorganisirt. Aldobrandini hatte sich noch immer nicht ganz mit der Erhebung Medici's versöhnt und war jetzt entschlossener als je, keine andere Wahl zuzugeben, als die eines Kardinals seiner Partei, und um diesen Preis war er selbst geneigt, eine Allianz mit den Spaniern einzugehen. Dagegen stemmte sich Baronius, welchem Spaniens Abneigung die Hoffnung auf die eigene Erhebung vollständig abschnitt, mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens gegen die Wahl solcher Personen, welche nicht den Anforderungen der Kirche entsprechen, sondern nur dem Familieninteresse der Aldobrandini dienen sollten. Da viele andere Kardinäle ebenso dachten, so neigten sich anfangs die meisten Stimmen dem Kardinal Sauli zu, welcher für den größten Staatsmann des ganzen Kollegiums galt und auch sonst eines trefflichen Rufes sich erfreute; weil er jedoch seine Ernennung zum Kardinal Sixtus dem V dankte, setzte sich Aldobrandini mit aller Macht seiner Wahl entgegen, obwohl sich die Franzosen selbst für ihn verwendeten**). Bei dieser Gelegenheit waren die Spanier mit Aldobrandini, die Franzosen mit Montalto und seiner von Sixtus V herrührenden Schaar verbündet. Nachdem sechs Tage in vergeblichen Scrutinien verflossen waren, lenkte sich die Aufmerksamkeit auf den Kardinal Tosco, der gleichfalls sowohl von den Spaniern wie von Aldobrandini unterstützt wurde. Der letztere suchte nun Montalto, mit dem auch diesmal die Franzosen sich verbunden hatten, für Tosco zu gewinnen und schon schienen die Verhandlungen ein günstiges Resultat zu versprechen, als Baronius in diesem kritischen Augenblicke sich gegen die Wahl erklärte und das ganze Gewicht seines Ansehens geltend

---

*) Ueber das ganze antispanische Gebahren Leo's berichtet der Marquis von Villena an Philipp ddo. 14., 15. und 16. Mai 1605; Bericht des Staatsrathes an den König ddo. 10. Juni 1605 im Archiv von Simancas 1870/128.

**) Bericht des spanischen Staatsraths an den König ddo. 10. Juni 1605. Archiv von Simancas 1870/128.

machte, um die Christenheit von einem Oberhaupte zu bewahren, dessen Manieren und Redeweise besser für einen Landsknecht als für einen Nachfolger des h. Petrus paßten. Tosco, ein Lombarde von Geburt und nunmehr ein Greis von 70 Jahren, hatte in seinem Leben so wenig Mühe auf die Erlernung der italienischen Sprache verwendet, daß er sich keines andern Dialekts als desjenigen zu bedienen wußte, mit welchem das Volk im Mailändischen das feine Ohr eines gebildeten Italieners zerreißt. Und nicht bloß in der Grammatik und Aussprache, selbst in der Ausdrucksweise verläugnete der Kardinal nie seinen Ursprung, denn seine Reden würzte er mit den körnigen aber nur um so schmutzigeren Ausdrücken des Volkes und liebte es auch, sie mit Schwüren und Betheuerungen zu untermischen, welche an Blasphemie grenzten. In dem Momente also, wo das gesammte Kardinalskollegium schon im Begriffe stand, Tosco die Adoration zu leisten, trat Baronius mit einem Eifer auf, den man seit langem nicht mehr im Konklave bemerkt hatte, protestirte gegen die Wahl Tosco's, welche er ein Skandal nannte, das selbst in den entferntesten Ländern Europa's Aergerniß erregen würde und fügte hinzu, daß er für seine Person der letzte sein werde, welcher Tosco die einem Papste schuldige Adoration leisten würde. Diese muthigen Worte waren im rechten Augenblick gesprochen, denn Montalto trat darauf entschieden von Tosco's Unterstützung zurück; aus der Mitte seiner Anhänger erhob sich der einstimmige Ruf, man möge Baronius selbst als den würdigsten Kandidaten zum Papste wählen und thatsächlich beugten sich alle vor ihm nieder und erwiesen ihm die einem Papste übliche Verehrung. Tosco's Anhänger ließen sich durch diesen Vorgang nicht außer Fassung bringen, sondern thaten ihrerseits dasselbe und man hatte nun im Konklave das an die Schismen des 15. Jahrhunderts mahnende Schauspiel einer doppelten Papstwahl. Sieben Stunden dauerte dieser befremdende Vorgang, da die Parteien hartnäckig an ihren angeblichen Wahlen festhielten. Nachdem jedoch die eine wie die andere von der Unmöglichkeit, mit ihrem Kandidaten durchzubringen, sich überzeugt hatte, ließ sie dieselben fallen und es begannen am Abend neue Unterhandlungen zwischen Aldobrandini und der Gegenpartei, welche endlich dahin führten, daß sich die letztere verpflichtete, einen von drei Kardinälen, welche ihr derselbe vorschlagen würde, zum Papste zu wählen. Er schlug die Kardinäle San Clemente, Borghese und Arigone vor, Männer von durchwegs gutem Rufe und in politischer Beziehung den Großmächten nicht besonders verdächtig. Montalto's Anhang erklärte sich für Borghese, und so ward derselbe im Verlauf von einer halben Stunde — so lange hatten diese letzten Unterhandlungen gedauert — vom gesammten Konklave als

Papst anerkannt*). Er bestieg unter dem Namen **Pauls** V den päpstlichen Stuhl. 16. Mai 1605

Der neue Papst, der in einer so kritischen Zeit wie die, in welcher **Heinrich** IV regierte, die Christenheit leiten sollte, hatte sich als Kardinal des besten Rufes erfreut. Geboren in Rom im Jahre 1552 trat er frühzeitig in die Dienste der Kirche, wurde unter **Gregor** XIV Auditor der päpstlichen Kammer und darauf von Klemens VIII unter allgemeiner Billigung mit dem Purpur bekleidet. Seine sanfte und freundliche Art im Umgang und sein gutes Herz erwarben ihm eine solche Anerkennung, daß die „**Gutmüthigkeit des Kardinals Borghese**" zu einer sprichwörtlichen Redensart in Rom wurde. Einige Zeit hatte er in Spanien als Nuncius zugebracht und genoß seitdem eine Pension von 3000 Scudi, welche ihm **Philipp** II aus Dankbarkeit für ein Gutachten anwies, das sein Vater, ein berühmter Rechtsgelehrte, über die Ansprüche Spaniens auf Portugal ausgearbeitet hatte. Im Gespräche war Paul gelassen und zurückhaltend, in seiner Lebensweise zeichnete er sich durch außerordentliche Sittenreinheit aus, so daß auch nicht der leiseste Makel seinen Ruf verunglimpfte, in der Erfüllung seiner Pflichten war er von strenger Pünktlichkeit. Seine äußere Erscheinung war majestätisch aber gemildert durch einen Zug von Gutmüthigkeit, der sein ganzes Wesen belebte. Da seine Wahl ohne jedes Zuthun seinerseits erfolgt war, hielt er dieselbe für eine ganz besondere Fügung der Vorsehung und sich demnach um so mehr verpflichtet, in die Fußstapfen reformfreundlicher Päpste zu treten, den Dekreten des Tridentiner Koncils Eingang zu verschaffen, die geistliche Gerichtsbarkeit wieder auf ihre durch die Kirchengesetze bestimmte Höhe zu bringen und überhaupt jener vermittelnden und nachgiebigen

---

*) Die Nachrichten über diese eigenthümlichen Vorkommnisse im Konklave schöpfte ich aus den authentischesten Dokumenten, nämlich aus den Berichten des spanischen Gesandten in Rom (Archiv von Simancas 1870/128) und aus einem Briefe des Kardinals Paravicini an Rudolf II (Wiener Reichsarchiv MS. 39/248) ddo. Rom 21. Mai 1605. Paravicini erzählt: Baronio diceva, saria di scandalo nelli paesi lontani; dalle parole dette da Baronio come erano in moto per adorar Tosco s' alzo voce da Montalto et suoi seguaci: facciamo Baronio, duró questa dissensione sino al vicino à farsi notte. — Nach dem Bericht des venetianischen Gesandten (bei Mutinelli: Storia arcana e aneddotica d' Italia (Bd. III S. 97.) sagte Baronius zu Aldobrandini bezüglich der versuchten Wahl Tosco's: Monsignor Illustrissimo volete far papa chi non merita et chi ha molte imperfetioni: io, concorrendovi gli altri, farò l' istesso, ma voglio esser l' ultimo, et lo scriverò nelli miei Annali. Dovereste fare un huomo da bene, et che vaglia, nè parlo per mio interesse perchè sono escluso.

Weise, welche er an Clemens VIII tadeln zu müssen glaubte, ein Ende zu machen. Er sah demnach sowohl bei Priestern wie bei Bischöfen auf eine exemplarische Erfüllung ihrer Pflichten und duldete nicht, daß Kardinäle unter was immer für einem Vorwande entfernt von ihren Diözesen lebten. Seine Art des Vorgehens dabei war milde und erreichte dadurch um so sicherer ihren Zweck. So oft er nämlich einen der Kardinäle in Rom erblickte, dessen bischöfliches Amt ihm einen andern Aufenthalt anwies, befahl er ihm nicht nach dem Beispiel anderer Päpste die Abreise, sondern sagte ihm ruhig, er könne ihn von der Todsünde, deren er sich nach den Kirchengesetzen durch ein solches Betragen schuldig mache, nicht lossprechen, so daß der Getadelte beschämt und der Mißachtung preisgegeben selbst so schnell als möglich sich entfernte*). — In Italien war man durch Pauls V Wahl zufriedengestellt und namentlich in Venedig hoffte man, an dem neuen Papste einen besonderen Freund der Republik gefunden zu haben; in Spanien befriedigte seine Persönlichkeit um so mehr, als man in ihm eine gewisse Vorliebe für dies Land bemerkt zu haben glaubte und er sogar als Papst sich bereit zeigte, die von ihm als Kardinal bezogene Pension noch weiter zu erheben**). Dieser letzte etwas sonderbare Umstand stimmt allerdings zu der weitgehenden Sparsamkeit dieses Papstes, welche einige seiner Gegner minder lobenswerth an ihm fanden. Auch in Frankreich erregte Pauls V Persönlichkeit keinen Anstoß, im Gegentheile ersieht man aus der diplomatischen Korrespondenz Heinrichs IV, daß sich der letztere mindestens auf eine Spanien feindliche Neutralität des Papstes, wo nicht gar auf einen noch innigern Anschluß Hoffnung machte.

Als Paul V die Regierung der Kirche antrat, glaubte man allgemein, daß er in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse einen von den beiden Wegen betreten werde, auf denen eine ganze Reihe seiner Vorfahren gewandelt war, daß er entweder nach einigem Schwanken Spanien begünstigen und so die Ruhe in Italien aufrecht zu erhalten suchen werde, oder daß er Frankreich die Hand reichen würde. Aber solche Annahmen waren eben nur möglich, so lange man noch nicht wußte, wie fest sein Entschluß war, sich mit kirchlichen Reformen zu befassen. Gegen alle Vermuthung kehrte er also den politischen Händeln der Zeit den Rücken und vertiefte sich in den Gedanken, auf welche Weise das Ansehen der Kirche in ihrem mittelalterlichen Glanze restaurirt werden könnte. Als

---

*) Molino, Relation an den venetianischen Senat. Ranke, Geschichte der Päpste, III, S. 366.

**) Archiv v. Simancas 1870/129, der Staatsrath an den König, dd. 28. Juni 1609.

ehemaliger Jurist und Kanonist beabsichtigte er nichts geringeres als die strikteste Durchführung der Kirchengesetze in allen katholischen Staaten und namentlich wollte er die Befreiung der Geistlichkeit und ihrer Einkünfte von allen den Fesseln herbeiführen, in welche sie im Laufe einiger Jahrhunderte die fortgeschrittene Staatsentwicklung eingeschlossen hatte. Von Spanien verlangte er zuerst mit aller Heftigkeit die Befreiung der Jesuiten von dem Zehnten, der auf ihnen lastete, von den Herzogen von Parma und Savoyen und von der Republick Genua die Abstellung gewisser Benachtheiligungen der kirchlichen Regierung, und da keiner dieser Staaten zuerst einen Kampf mit ihm heraufbeschwören mochte, so glückte es dem Papste überall mit seinen Forderungen*). Diese Erfolge berauschten ihn und er träumte bereits davon, die Macht des Papstthums auf eine höhere Stufe als irgend einer seiner Vorfahren zu erheben. Erinnerte man ihn daran, daß selbst die ausgezeichnetsten Päpste in gewissen strittigen Fällen nicht die Strenge geübt hatten, welche er anwende, so ließ er sich dadurch nicht beirren, sondern erklärte, jene seien entweder getäuscht worden oder müßten nun Rechenschaft für ihr Betragen vor Gott ablegen, er aber wolle nicht nach ihrem Beispiel sein Gewissen belasten**). Der Großherzog von Toskana, indem er sich jenen beigesellte, welche des Papstes Strenge tadelten, schrieb dieselbe seiner Unerfahrenheit zu und meinte, derselbe wisse noch nicht, welch ein Unterschied es sei, eine bloße Stadt wie Rom und die Welt zu regieren***).

Die großen Streitigkeiten, in welche der Papst noch im Laufe des J. 1605 mit Venedig geriet, sind bekannt; sie hatten ihren Grund darin, daß die Republik ihr Kirchenwesen so viel wie möglich von Rom unabhängig machen wollte. Sie beabsichtigte deshalb den Besitz der Geistlichkeit ihrer Besteuerung zu unterwerfen und gestattete nicht, daß päpstliche Exemtionen davon auch ferner giltig sein sollten; sie trat der

*) Cornet: Paolo V e la republica Veneta.

**) Molino, Relation vom Jahre 1605: — — non admettendo (der Papst) consuetudini, ch' egli chiama abusi, nè esempj de consenso de' pontefici passati, ai quali non solamente dice che non saperia accomodar la sua conscientia, ma che possono aver fatto male et potriano render conto a dio o che saranno stati ingannati, o che la cosa sarà stata diversa da quella che a lui viene portata, li lascia per il più malcontenti.

***) Cornet: Paolo V e la republica Veneta S. VIII: Il Granduca di Toscana così parlava al Molin del Borghese: che il Pontefice era novo, che non era uso a governar come principe grandissimo, perchè haver havuto qualche governo di città della chiesa, dove si procede col rigor ecclesiastico et da preti, non basta per saper governar come capo supremo.

Vermehrung des Kirchenvermögens direkt entgegen, indem sie die Veräußerung liegender Gründe an geistliche Corporationen verbot, endlich suchte sie den römischen Einfluß noch dadurch zu verringern, daß sie sämmtliche Pfründen und das wichtige Amt der Inquisition nur mit Einheimischen besetzt wissen wollte. Diese Anordnungen waren theils alten Gesetzen entnommen, theils waren sie erst beschlossen worden, alle aber standen mehr oder weniger mit den Kanones des Kirchenrechts im Widerspruch. Die Verhaftung zweier Geistlichen von Seite der republikanischen Magistrate brachte die bittere Stimmung, welche zwischen Rom und Venedig herrschte, endlich zum Ausbruch; der Papst drohte der Republik mit der Exkommunikation aller Magistrate und mit der Verhängung des Interdikts, wofern sie jene Gesetze, welche mit dem Kirchenrecht im Widerspruch standen, nicht aufgebe und die verhafteten Geistlichen ihm nicht ausliefere. Eine Reihe außerordentlicher Umstände, welche gerade jetzt bei der Neuwahl der Magistrate Personen an die Spitze der Republik brachten, die entschieden kirchenfeindlich gesinnt waren, darunter vor allem der Doge Donato, machten eine friedliche Beilegung des Streites unmöglich, und führten endlich dahin, daß der Papst in einem Konsistorium feierlich die angedrohte Exkommunikation und das Interdikt aussprach. Die
17. Ap. 1606
bedeutendsten Kardinäle, darunter Baronius und Bellarmin, hatten ihre volle Zustimmung zu diesem Schritt gegeben, und vertheidigten in Schrift und Wort die Maßnahmen zur Aufrechthaltung der kirchlichen Jurisdiktion.

Das war nun allerdings ein Vorgehen, welches Heinrich IV auf die unangenehmste Weise in seinen Berechnungen störte; er träumte von einer Verbindung der kleinen italienischen Staaten mit dem Papste, um sie allesammt gegen Spanien zu hetzen, und nun brach ein Streit zwischen Rom und Venedig aus, der sich so bitter anließ, daß selbst, wenn er wieder geschlichtet war, seine Nachwehen noch lange fühlbar sein mußten. Der Papst fing allen Ernstes an zu rüsten, um die Republik zum Gehorsam zu bringen; diese säumte nicht mit ihren Gegenrüstungen und so schien der Ausbruch des Krieges in Italien unvermeidlich. Die Rollen für Frankreich und Spanien waren bei einem solchen Kampfe in voraus angewiesen; das letztere konnte nichts lieber sehen, als die Zertrümmerung der Republik und mußte deshalb den Papst begünstigen, Heinrich dagegen durfte unter keiner Bedingung Venedigs Schwächung zugeben, um nicht Philipp in Oberitalien allmächtig werden zu lassen. Frankreich bot also seinen Beistand in Venedig an, Spanien in Rom.

Dennoch kam es nicht zum Kriege. Philipp III und Lerma sahen wohl gern weitgreifende Entzweiungen zwischen italienischen Fürsten,

aber einen Krieg mochten sie doch nicht; die spanische Staatskassa war zu leer, um ihnen zu erlauben einen Kampf zu wagen, bei dem auch eine Betheiligung Frankreichs vorauszusehen war. Ihre Versicherungen in Rom, mit allen Mitteln dem Papste zu Hilfe zu eilen, waren zwar ernstlich gemeint, es frug sich jedoch, ob diese Hilfe auch ausgiebig sein würde und Paul V war nicht der Mann, sich einer solchen Erwägung zu entschlagen. Unterdessen boten die Franzosen alle ihre diplomatische Gewandtheit auf, den Streit mit Venedig auf eine anständige Weise auszugleichen; Heinrich IV sandte selbst den Kardinal Joyeuse als Vermittler nach Italien, und so bekam die sowohl in Rom als in Venedig vorhandene Neigung zum Frieden wieder die Oberhand. Venedig machte die ersten entgegenkommenden Schritte, um dem Papste die Aufhebung der Censuren zu ermöglichen und ließ in den folgenden Unterhandlungen von einem Theile jener gesetzlichen Bestimmungen ab, welche denselben so sehr verletzt hatten; andererseits begnügte sich dieser mit der geringsten Summe von Nachgiebigkeit, um einer Entzweiung ein Ende zu machen, die allzuschlimme politische und kirchliche Konsequenzen im Gefolge hatte. Am 9. Juni 1607 machte der Gesandte Venedigs wieder in Rom dem Papste seine Aufwartung und erfreute sich einer zuvorkommenden Aufnahme. Paul V versicherte ihn besonderer Achtung und Liebe für die Republik, erklärte, daß von dem guten Einvernehmen zwischen dem römischen Stuhle und Venedig die Freiheit Italiens abhänge und versprach, sich der Vergangenheit nicht weiter zu erinnern; „Alles sei neu, das alte sei vergessen", fügte er am Ende hinzu*).

Aber trotz dieser freundlichen Worte des Papstes und trotz der theilweisen Nachgiebigkeit der Republik war der Streit doch nicht ohne ganz bedeutsame Folgen geblieben. In der Aufregung des Kampfes hatten sich in Venedig Lehren Bahn gebrochen, welche einen dauernden Bruch mit Rom herbeizuführen drohten. Neben Paolo Sarpi, dessen Erörterungen über die weltlichen Rechte der Republik Italien wie ein zündender Funke in Brand setzten, hatten sich auch Andere mit der Frage befaßt, ob man nicht versuchen solle, Venedig völlig von der römischen Kirche abwendig zu machen und dem Protestantismus in den Schooß zu führen. Zum

---

*) Contarino an den venetianischen Senat ddo. 17. Juni 1607 . . . che Sua Beatitudine li ha risposto, . . . che della buona intelligenza tra la Santità sua et la Santa Sede et la Republica dipende la conservatione della libertà d' Italia, che non voleva ricordarsi le cose passate, ma che nova sint omnia et vetera recedant. Bei Cornet: Paolo V e la republica Veneta.

Verständniß dieses Ereignisses ist es nöthig, auf dessen Urheber zurückzugehen.

Am Schluße des 16. Jahrhunderts gab es unter den Vertretern des Protestantismus in Europa einige halb geistliche halb politische Häupter, von denen die einen mit einem fanatischen Haß gegen den Katholicismus als Lehre, die anderen wieder gegen die politische Gewalt seiner Vertreter erfüllt waren. Es war nicht ihre Absicht, ihrer Ueberzeugung bloß auf friedlichem Wege Bahn zu brechen, sondern es drängte sie selbst, mit der Macht des Schwertes jene anzugreifen, welche ihnen als das vorzüglichste Hinderniß gegen den Erfolg ihrer Bestrebungen galten. Da dies vor allem das Haus Habsburg und der Papst waren, so erblicken wir sie bei allen politischen Verwicklungen unter den Gegnern dieser zwei Mächte, und sehen sie allen ihren Einfluß gegen dieselben aufbieten. So lange Heinrich IV noch Protestant war, galt er ihnen natürlich als der auserwählte Streiter Gottes und sie waren seine treuesten Verbündeten. Indessen führte sein Uebertritt ihren Abfall nicht herbei, denn wiewohl seine Wege nicht mehr die ihrigen waren, so förderten die Resultate seiner Politik, selbst gegen seine Absicht, ihre Zwecke. Das Haupt dieser, nicht durch förmliche Verabredungen sondern durch eine Art geistigen Bandes zusammengehaltenen Verbindung war der berühmte Hugenottenführer Duplessis-Mornay, der durch lange Jahre Heinrich IV große Dienste geleistet hatte und sein ganzes Leben beharrlich einem Ziele widmete, nämlich, durch Gewalt oder auf friedlichem Wege seiner Ueberzeugung Bahn zu brechen. In Deutschland, in Oesterreich, in Italien, in den Niederlanden, vor allem aber in Genf, dem kalvinischen Rom, hatte er seine Agenten und suchte mit ihrer Hilfe religiöser Zwecke halber dasselbe allgemeine Bündniß gegen den Papst und die Habsburger zu Wege zu bringen, welches Heinrich IV um politischer Zwecke willen gegen die letzteren allein abschließen wollte. Er war es, der die Staatsmänner der Niederlande wie Olden-Barneveldt und Aerssens auf die Nothwendigkeit einer innigen Verbindung mit den deutschen Protestanten und mit Venedig aufmerksam machte und der wiederum bei diesen den Anschluß an die Niederlande empfahl. In Deutschland begegnete er auf halbem Wege dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Fürsten Christian von Anhalt, in Oesterreich baute er auf Karl von Zerotin*), in Italien hoffte er von Venedig aus den Sturm auf Rom eröffnen zu können. Er erwartete daselbst viel von

*) Die Persönlichkeit dieses mährischen Magnaten wird in der weitern Erzählung stark hervortreten.

Paolo Sarpi und Fra Fulgentio, das meiste aber von Diodati. Dieser, ein Venetianer von Geburt, war Protestant geworden, hatte sich nach Genf zurückgezogen und wirkte von da aus nach Venedig hin im Sinne des Kalvinismus mit einer an Wuth grenzenden Beharrlichkeit, eine Eigenschaft, welche ihn zu einem geistigen Verwandten Duplessis machte, der ebenfalls in der Bekämpfung und Beurtheilung des Katholicismus zeitweise eine verrückte Exaltation an den Tag legte. Diesen antikatholischen Bestrebungen gesellten sich überall die diplomatischen Agenten Englands als eifrige Förderer bei; man kann sagen, daß die Agitation gegen die katholische Kirche einen Theil ihrer amtlichen Beschäftigung ausmachte.

Der Beginn des Streites zwischen Venedig und Rom versetzte Duplessis-Mornay in eine außerordentlich freudige Aufregung, denn er hoffte von jetzt an theils auf den Ausbruch eines Krieges gegen den Papst, theils auf die Erstarkung des protestantischen Elements, das bereits seinen Weg nach Venedig gefunden hatte. In der That war neben dem Dogen Donato eine große Anzahl der Mitglieder der Staatsinquisition antipäpstlich gesinnt und sonach der Eingang von Meinungen nicht weiter gehemmt, zu denen man noch vor kurzem sich nur mit großer Gefahr bekennen durfte. Auf Veranlassung des englischen Gesandten in Venedig, Wotton, ließ Diodati in Genf eine große Auflage des neuen Testamentes drucken, um sie nach Venedig einzuschmuggeln; bewährteren Anhängern wurden ganze Bibeln zugeschickt. Der englische Gesandte bot sein Haus einem Prediger zum Aufenthalte an, wenn ein solcher es unternehmen wollte, der noch durch keine äußern Abzeichen geeinigten Gemeinde eine feste Begründung zu geben*), und lud dazu Diodati selbst ein, da dieser, als Italiener von Geburt und nur um seines Glaubens willen in Genf lebend, die bedeutendste Wirkung hätte ausüben können. Da Diodati für den Augenblick diese Aufforderung als zu gefährlich ablehnte, wurde es als das beste Mittel für die Organisirung der protestantischen Gemeinde in Venedig angesehen, wenn fremde Gesandte in möglichst großer Anzahl in dieser Stadt ihren Sitz aufschlügen und in ihrem Gefolge Prediger sich befänden, die vorläufig in lateinischer Sprache ihrem Glauben Eingang

---

*) Correspondance de Duplessis-Mornay. Diodati an Duplessis-Mornay ddo. 22. April 1605. Bd. X. S. 80 . . . le ministre dudict sieur ambassadeur m' escrit en ces termes: Ecclesiæ Venetæ reformationem brevi speramus. Un aultre de là mesme escrit que la liberté y sera dans peu de temps plus grande qu' elle n' est en France; composée des plus grands et notables personnages dudict lieu et sçais de très bonne part, que le duc mesmes a grande entrée en la cognoissance de verité.

zu verschaffen wüßten *). Dies war auch der Grund, weshalb Duplessis den Kurfürsten von der Pfalz mehrmals mahnte, einen Agenten zu diesem Zwecke in Venedig zu unterhalten. Indessen kam es im Laufe der nächsten Jahre nicht weiter, als daß der Kaplan des englischen Gesandten die vorgeschrittensten Gesinnungsgenossen bei sich in geheimen Versammlungen empfing, ein allerdings unzureichendes Auskunftsmittel, da man rechnete, daß nicht weniger als 300 Edelleute und 15.000 Personen aus dem Volke den neuen Lehren anhingen **).

Eigenthümlich und merkwürdig ist die Stellung, welche die Venetianer selbst dieser Bewegung gegenüber einhielten und namentlich jener Mann, dessen Name in der geistigen Entwicklung jener Zeiten immer wiedertönt, Paolo Sarpi. Noch bevor derselbe im Streite gegen Paul V den hervorragendsten Platz einnahm und in seinen Entgegnungen auf Bellarmins und seiner Freunde Behauptungen sich als den grimmigsten Gegner der mittelalterlichen Auktorität des Papstes bewährte, war er in Venedig als ein Anhänger der Neuerungen bekannt und alle jene, welche deren Einführung wünschten, wendeten sich mit vollem Vertrauen an ihn ***).

---

*) Mémoires et correspondance de Duplessis-Mornay, tome X, p. 141. Mémoire des affaires de Venise par le retour de M. de Liques, qui feut à la fin de Novembre 1605. . . . Quant à ce qu'on peult demander s'il s'en trouve au moins quelques ungs bien instruicts et qui avec zele desirent une réformation entiere; le pere Paolo (Sarpi) bien que selon l'humeur de la nation avec beaucoup de reteneue, m'asseura, que du Peuple pouvoit faire estat de plus de douze ou quinze mille personnes, qui, des la premiere occasion, feront corps pour se retirer en tout et partout de l' Eglise romaine. . . . — Nachdem Liques erzählt, daß man trotz aller günstigen Verhältnisse sich zu einem öffentlichen protestantischen Gottesdienste nicht versammle, sagt er weiter: Semble donc pour le present de donner ouverture à ces assemblées secrettes, et ne se peult que par deux voies; ou que les Flamands ou Grisons qui sont là en grand nombre commencent tout doucement à faire corps, et soubs ombre de quelques communications d'affaires ou de marchandise, accoustument le peuple à les voir assembler ordinairement; ou que remonstrans, qu'estans si grand nombre et si long temps absens des lieux de leur liberté ils demandent de s'exercer en leur relligion, chose non tant esloignée d'esperance, si on les y peult resouldre veu la permission obteneue par l'Ambassadeur de faire prescher chés soi . . . Mais rien ne facilitera tant cest oeuvre, que si on pouvoit persuader les princes protestans de tenir à Venise chacung un gentilhomme.

**) Des Unionsgesandten Leuck Relation ddo. Nov. 1610. Archiv von Bernburg, MS. 98. — Münchner Staatsarchiv 548/7 250. Leuck an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. 15/25. Sept. 1609.

***) Wie dies unter andern das oben erwähnte Memoire Liques' des längern nachweist.

Als nun der Streit ausbrach, billigte er alle Versuche, welche von dem englischen Gesandten und von der Genfer Propaganda in Venedig für die Einführung des Protestantismus geschahen, ohne jedoch selbst offen für denselben aufzutreten. Die mannigfachen und vertrauten Unterredungen, welche er mit Protestanten über diesen Gegenstand hatte, machen uns sein Benehmen einigermaßen begreiflich. Zu allen Zeiten erklärte er, daß es sich ihm um den Sturz des Papstthums handle und daß er hiezu das gewaltsamste Mittel, einen Krieg in Italien, allen andern vorzöge, weil dieser allein zum Ziele führe. Ueber dies hinaus scheint Sarpi den konfessionellen Bestrebungen fremd, wo nicht gar feindlich gegenüber gestanden zu haben. Als ihm der Gesandte des Pfalzgrafen von Neuburg ein Exemplar der augsburgischen Konfession überreichte, erklärte er ihm, er finde keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Lutherthum und Kalvinismus und hoffe, daß, wenn das „Evangelium" einmal in Italien zum Durchbruch käme, es zu keinen derartigen Streitigkeiten wie in Deutschland kommen würde*). Er wollte vor der Hand nur jene Lehren vertilgen, welche ihm als Anhängsel des Papstthums galten, also die Anrufung der Heiligen, den Glauben an das Fegefeuer, an die Rechtfertigung durch die Werke, auch wünschte er in der Ausspendung der Sakramente eine vollständige Reform; um diesen Preis war er geneigt die katholischen Ceremonien im ganzen beizubehalten. Da er außerdem auf das vielfache Andrängen der Ausländer, sich doch offen zum Protestantismus zu bekennen, immer entgegnete, es sei dies gerade nicht nöthig, Gott sehe auf das Innere und darnach urtheile er, so dürften wir vielleicht in der Annahme nicht fehl gehen, daß es sich ihm um die allgemeine Verbreitung eines protestantischen Bekenntnisses, selbst eigener Redaktion, nicht handelte, sondern daß er bloß jenen Lehren, welche dem Papstthum als Grundlage dienten, den Boden entziehen, und nur dieses allein vernichten wollte, vor der Hand unbekümmert darum, welche Wege die geistige und kirchliche Entwicklung dann einschlagen würde. Damit ist es vereinbar, daß er selbst täglich mit vielem Anstand die Messe las, die Ordensregeln beobachtete, die Beichte hörte und andererseits alle Bestrebungen der protestantischen Propaganda, mochten sie kalvinischer oder lutherischer Natur sein, willkommen hieß, die Einwanderung von Predigern und Erziehern aus Deutschland billigte und in allen Verhandlungen mit ausländischen Diplomaten, deutschen, niederländischen und englischen, einen Krieg in Italien als das einzige Mittel anpries, die an-

---

*) Münchner Staatsarchiv 548/7, 254. Leuck an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Venedig 9/19. Okt. 1609.

gestrebte Reform rascher durchzuführen, und daß er endlich die Beschützung der Protestanten in Kärnthen, Krain und Steiermark dringend empfahl, damit auch von dort aus auf das Festland von Venedig eingewirkt werden könnte*). Er bezeichnete als Ziel seiner Bestrebungen die Zurückführung der „entarteten Kirche" auf den apostolischen Standpunkt; da er aber dem Konfessionalismus so wenig das Wort redete, mag er wohl dem modernen Rationalismus näher gestanden haben, als den alten Kirchenlehrern, die ja, abgesehen von ihrer Orthodoxie, ausschließlich auf dem Boden eines artikulirten und nach allen Seiten hin streng begrenzten Bekenntnisses wurzeln. Mit dieser Zurückhaltung ermüdete und reizte er aber nachgerade seine Freunde; Diodati und Duplessis mißbilligten dieselbe und der Fürst von Anhalt schalt ihn sogar deshalb einen „suffisanten" Menschen**); er selbst ließ jedoch bis zu seinem Tode nicht von dem eingeschlagenen Benehmen ab. Hätte Heinrich IV seine politischen Pläne durchgeführt, würde vielleicht Sarpi eine andere Entwicklung durchgemacht haben, so aber wirkte sein Einfluß und sein Beispiel verzögernd auch auf jene Venetianer ein, welche sich mit aller Kraft in die antirömische Bewegung stürzen wollten, wie dies besonders bei Fra Fulgentio***), Sarpi's Schüler und Freund, der Fall war. Gleich letzterem trat Fulgentio mit der ausländischen Propaganda in den regsten Verkehr, wirkte mit seinem ganzen

*) Münchner Staatsarchiv 548/7-256. Leuck an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Venedig 19/29. Okt. 1609.

**) Archiv von Bernburg, Reg. F. 1, 23/152. Anhalt an Sebottendorf den Erzieher seines Sohnes. Il me semble que ce bon fra Paolo soyt un trés suffisante personnage et qu'il ammoneste fort bien qu'on se doybt fort bien garder affin qu'e cest Embrion d' Eglise ne soyt estouffé dans son premier et trés tendre mouvement. C'est pourquoy, que le S. Diodati s'en doubte meritement de ceste Maxime non san pareil que fra Paolo en doybt tenir à scavoir, que Dieu regarde seulement l'interieure et par consequent, que se puisse dire encores messe. — Mémoires et correspondance de Duplessis-Mornay t. X. p. 268. Diobati an Duplessis-Mornay ddo. 8. Jänner 1608. Diodati berichtet, er sei im geheimen nach Venedig gereist und habe da über die Sache des Protestantismus mehrere Konferenzen mit Sarpi gehabt; bei dieser Gelegenheit beklagt er sich über des letztern Mangel an kühner Entschlossenheit, wodurch er auf andere einen hemmenden Einfluß ausübe. Dann sagt er: Mais j'ai decouvert plus avant le fonds de sa pensée; c'est qu'il ne pense poinct que la profession soit du tout necessaire, que Dieu regarde au coeur et à sa bonne inclination.

***) Fra Fulgentio war nach Diodati's und des englischen Gesandten Wotton Zeugniß kühner und offener in seinen Angriffen gegen den Papst. Man sehe in der citirten Korrespondenz Duplessis' Bd. X. S. 294 Wottons Brief an Duplessis ddo. 17. März 1609.

Einfluß gegen den Papst und schonte ihn selbst nicht in seinen Predigten, aber von einem formellen Abfall hielt ihn die zaudernde Hand des Meisters ab. Es ist in diesem ganzen venetianischen Protestantismus etwas Gemachtes und Eisiges; Doge, Senat, Hunderte von Edelleuten, Tausende aus dem Volk scheinen bereit, sich ihm in die Arme zu stürzen und werden nur durch Rücksichten, welche mehr ihre Einbildung als die Wirklichkeit zur Grundlage hatten, davon zurückgehalten. Die ganze Opposition gegen Rom hatte doch nur in Fremdlingen und Politikern ihren Halt und ging mit derselben politischen Strömung wieder unter, welche sie emporgehoben hatte.

Die Heimlichkeit, mit welcher das Werk der Glaubensneuerung betrieben wurde, machte, daß weder der Papst noch Heinrich IV den ganzen Umfang der geistigen Bewegung kannten, welche sich in Venedig vorbereitete. Es war und blieb diese ein Geheimniß, welches neben Duplessis wohl auch Sully kannte, das man dem Könige aber verbarg, weil man wußte, wie wenig derselbe Ereignisse herbeisehnte, die einen neuen Konflikt zwischen dem Papst und der Republik herbeiführen und seine italienischen Pläne durchkreuzen konnten. Unmittelbar nach der Beilegung des Interdiktstreites nahm Heinrich die Begründung der Union in Italien mit aller Energie in Angriff und er hatte in der That keine Zeit zu verlieren, denn in Deutschland war dieselbe ihrem sichern Abschluße ganz nahe, und die Ereignisse in Oesterreich forderten das gleiche dringend in Italien. Zwar Toskana, auf welches Frankreich sonst sicher rechnen konnte, mußte vor der Hand außer Acht gelassen werden, seitdem zwischen dem Sohne des Großherzogs und der Schwester Ferdinands von Steiermark eine Heirat zu Stande gekommen war; es blieben aber Venedig und Savoyen, deren Beispiel gewiß die kleinern Fürsten und schließlich vielleicht auch der Papst befolgte. Schon während des Interdikts hatte der französische Gesandte wie aus eigenem Antriebe dem Senate in Venedig eine Liga mit Frankreich proponirt, allein da dieser Antrag etwas kalt aufgenommen wurde, desavouirte Heinrich den Schritt seines Gesandten und erklärte, daß so lange die Streitigkeiten mit dem Papste nicht ausgeglichen seien, er an keine Verbindung mit Venedig denke, um nicht dem Papste Grund zur Vermuthung zu geben, als sei sie gegen ihn gerichtet. Kaum war aber der Friede zwischen Rom und Venedig hergestellt, so machte Heinrich sowohl dem venetianischen Gesandten in Paris als auch dem Senate in Venedig selbst den Antrag zu einem Bündniß. Der Senat, dem damals die Streitigkeiten in Graubündten am Herzen lagen und der in keine Verbindungen mit Frankreich sich einlassen wollte, deren Ziel er nicht genau voraussehen

konnte, zog die Verhandlungen darüber in die Länge, so daß auch das J. 1607 vorüberging, ohne daß Heinrich seinem Ziele näher gekommen wäre*). Er bediente sich nun Savoyens als eines Treibers. Der Herzog Karl Emmanuel war die ganze Zeit, in welcher Philipp II Aussicht hatte, den Sieg über Heinrich IV davonzutragen, mit Spanien verbündet und hatte von daher große Subsidien bezogen, mit deren Hilfe er sich nach der französischen Grenze hin auszubreiten gesucht hatte. Kaum war jedoch Heinrich IV Sieger geworden und kaum hatte er seine Regierung in dem Grade befestigt, um an auswärtige Unternehmungen denken zu können, als auch für Karl Emmanuel die Zeit zum Wechsel seiner Allianz gekommen war. Unausgesetzt begierig nach Erweiterung seines Besitzes, sah er jetzt größere Gelegenheit hiezu nach der italienischen als nach der französischen Seite und der Gewinn von Mailand schien ihm schließlich nicht unmöglich. Während er von Spanien noch Subsidien bezog, die jährlich etwa 200.000 Scudi**) betrugen, begann er bereits mit Heinrich IV Verhandlungen über ein gegen Spanien selbst gerichtetes Bündniß. Offenbar nach vorläufiger Verabredung mit dem Könige machte er wie von freien Stücken dem venetianischen Gesandten in Frankreich, Foscarini, bei seiner Durchreise durch Turin den Vorschlag zu einer gemeinschaftlichen Union der italienischen Staaten mit Heinrich IV***), und auch der letztere forderte, mit Beziehung auf den Vorschlag des Herzogs von Savoyen, Venedig abermals zu einer gemeinschaftlichen Liga auf. Nichtsdestoweniger verfloßen noch das J. 1608 und ein guter Theil des folgenden, ohne daß es zwischen Frankreich und Italien zu festen Verabredungen gekommen wäre. Desto bedeutender waren indessen die Resultate der Verhandlungen, welche Heinrich IV mit Deutschland durch Vermittlung des Fürsten von Anhalt geführt hatte.

III.

Während der venetianische Interdiktstreit Heinrich IV nöthigte, die Rolle eines Vermittlers in Italien aufzunehmen und den Abschluß einer Union daselbst spätern Zeiten zu überlassen, ging es ihm in Deutschland nach Herzenswunsch. Zwar waren bereits drei Jahre verflossen, seit er mit dem Landgrafen Moriz von Hessen zuerst die Mög-

*) Informazione fatta dall' ambasciatore Pietro Priuli sullo stato delle trattative per una lega tra la Francia ed i Principi d' Italia 1608. Bei Alberi.

**) Contarini, Relation von Savoyen 1601.

***) Priuli in der eben citirten Information bei Alberi.

lichkeit einer deutschen Union erörtert hatte*) und noch immer war kein entscheidender Schritt zu ihrer Realisirung geschehen, aber daran waren mehr die protestantischen Bewegungen in Frankreich als der Mangel an Geneigtheit bei den deutschen Fürsten Schuld. Er bedurfte übrigens in Deutschland selbst eines Mannes, der im Stande war, durch seine diplomatische Geschicklichkeit und seine Stellung alle die Bedenken wegzuräumen, welche sich immer neuen Verbindungen selbst bei jenen hemmend entgegenstellen, welche gern bereit sind, sich ihnen anzuschließen. Diesen Mann fand er in dem Fürsten Christian von Anhalt-Bernburg, einem der größten diplomatischen Talente und Intriguanten seines Jahrhunderts.

Christian von Anhalt war im J. 1568 geboren und hatte in seiner Jugend alle die Bildung erhalten, welche man zu seiner Zeit jungen Fürsten zu geben pflegte; man erzog ihn im Kriegshandwerk und brachte ihm die Kenntniß mehrerer Sprachen, vor allem der französischen bei, deren er sich mit gleicher Gewandtheit wie seiner Muttersprache bediente. Als Heinrich am meisten von Spanien und der Liga bedrängt wurde, zog er ihm, im Alter von 23 Jahren, an der Spitze eines Heeres von 16.000 Mann zu Hilfe, zu dessen Ausrüstung mehrere deutsche Fürsten beigetragen hatten. Bei der Belagerung von Rouen ward er am rechten Fuße an der Seite des Königs verwundet; auf des letztern Frage, ob dem so sei, erwiederte er mit einer etwas theatralischen Gleichgiltigkeit: Vielleicht Sire. Da Heinrich dem deutschen Hilfsheere den Sold auszuzahlen nicht im Stande war, so zog sich dasselbe wieder in die Heimat zurück und auch Anhalt gab den Dienst in Frankreich auf, weil er sich dabei allzugroßen Vermögensverlusten aussetzte. Einige Zeit lebte er nun unthätig zu Hause, bis er von Seite des Kaisers aufgefordert wurde, in seinen Dienst zu treten und sich im Kriege gegen die Türken verwenden zu lassen. Die Verhandlungen zerschlugen sich jedoch und Anhalt trat darauf in die Dienste des Kurfürsten Friedrichs IV von der Pfalz, welcher ihn zum Statthalter 1595
über die Oberpfalz machte, worauf er seinen Sitz in Amberg aufschlug. Trotz seiner verhältnißmäßigen Jugend hatte sich Anhalt tüchtig in Europa umgesehen, er hatte auch den Hof Rudolfs besucht, war selbst bis nach Konstantinopel gekommen und hatte sich auf diese Weise bei seiner scharfen Beobachtungsgabe eine genauere Kenntniß der allgemeinen Verhältnisse erworben, als Tausende seiner Zeitgenossen. Die abseitige Lage Ambergs — fern von den Centralpunkten deutschen Lebens und nahe an der böhmischen Grenze — übte auf ihn keineswegs diejenige Wirkung

*) Im J. 1602.

aus, die sie sonst auf die meisten Personen seiner Stellung auszuüben pflegt; statt sich nämlich einem müssigen Genußleben daselbst hinzugeben, lauschte er mit aller Aufmerksamkeit den Bewegungen der Zeit, bekümmerte sich ebenso um die innern Angelegenheiten von Oesterreich und Deutschland als um die von Frankreich und erwartete die Gelegenheit, welche sich ihm zur vollen Entwicklung seiner Fähigkeiten bieten würde. Einige Zeit hieß es, er werde die Schwester Heinrichs IV heiraten — wir wissen nicht, ob dieses Gerücht eine tiefere Grundlage hatte — als er sich in Amberg niederließ, heiratete er die Gräfin Anna von Bentheim, mit welcher er in langer und glücklicher Ehe lebte*).

Christian von Anhalt gehörte zu jenen Politikern, welche nicht erst die Ereignisse an sich herankommen lassen, um durch sie bestimmt zu werden, sondern welche dieselben entweder hervorrufen oder voraus trachten ihnen eine bestimmte Richtung zu geben. Er war das, was man einen aktiven Politiker nennen könnte, und in dieser Beziehung hatte er unter seinen Zeitgenossen nur einen einzigen ebenbürtigen Geist, Heinrich IV von Frankreich. Die Staatsmänner der Niederlande, wie der Prinz von Oranien selbst, Olden Barneveldt, van Aerssens, die Politiker Venedigs, so sehr auch ihre Voraussicht und Weisheit zu rühmen ist, können doch nicht mit Heinrich IV oder mit Anhalt in eine Parallele gestellt werden, denn jene vertheidigten nur mit Genialität ihren Besitz, während diese darnach strebten, eine vollständige Aenderung der europäischen Staatenverhältnisse herbeizuführen. Wäre der Fürst von Anhalt ein eben so großer Feldherr gewesen, wie er ein großer Politiker und Intriguant war, so hätten die Resultate seiner Bemühungen noch heute Bestand unter den Staaten Europa's und seine Bedeutung käme der eines Ludwigs XIV und Friedrichs II gleich oder nahe**).

Das Ziel von Anhalts Streben, das er sein ganzes Leben lang unverrückt im Auge behielt, war der Ruin des Hauses Habsburg und so weit dies dazu nöthig war, der der katholischen Religion. Seinen Bestrebungen lagen nicht die Ideen zu Grunde, welche den Aufstand in

---

*) Mehrere der obigen Daten aus Beckmann: Historie des Fürstenthums Anhalt. P. V, VI und VII.

**) Eine solche Betonung von Anhalts Wirksamkeit dürfte vielleicht manchem übertrieben erscheinen, allein wir fügen zu unserer Rechtfertigung nur bei, daß die Geschichtsforschung in Bezug auf die Zeit von 1600—1620 noch sehr im Argen liege und daß man über Anhalt nur gründlich urtheilen könne, wenn man sein Wirken in den Jahren 1606—1612 vor allem aber in den Jahren 1618—1620 kennt.

den Niederlanden entzündet und stets brennend erhalten haben; er war nur, wie so viele andere Fürsten in Deutschland, vom Gefühle des Hasses gegen ein Haus geleitet, welches durch seine Macht unablässig drohte, sie in den Zustand einer Abhängigkeit zu versetzen, welche der des englischen oder französischen Adels von ihren Herrschern gleichkam. Von der Schwärmerei Dupplessis-Mornay's und gleichgesinnter Freunde, welchen trotz ihrer politischen Pläne das religiöse Moment die Richtschnur ihrer Handlungen war und die für ihre Person offen und ehrlich genug waren, die Katholiken nie über ihre letzten Zwecke im Zweifel zu lassen, hatte er keine Spur in sich; sein Kalvinismus war in seinen politischen Bestrebungen konzentrirt und damit auch erschöpft. Eben so wenig Aehnlichkeit hatte er mit den niederländischen Rebellen, so wenig, daß er sogar diese ganze Bewegung wegen ihrer bürgerlichen Tendenzen mit mißfälligen Augen betrachtet hätte, wenn sie nicht gegen Spanien gerichtet gewesen wäre. So klein auch das Land war, das er beherrschte und so geringfügig für uns der Unterschied zwischen ihm und einem Magnaten von Ungarn oder Böhmen erscheinen mag, so fühlte und dachte er doch nicht anders wie die größten Könige; für ihn waren alle Ereignisse nur insofern von Bedeutung, als sie seine Macht zu vergrößern und die des Gegners zu verringern vermochten. Es hieße seine ganze Natur und Wirksamkeit verkennen, wenn man in ihm etwas von einem deutschen Patrioten sehen wollte; der damals in Europa allgemein geltenden dynastischen Politik setzte er nur eine solche entgegen, die von ähnlichen Triebfedern geleitet war; das Wohl oder das Interesse des Ganzen hatte für ihn nur eine höchst sekundäre Bedeutung. Seine Geschicklichkeit in der Auffassung politischer Kombinationen, in der Hervorrufung von Verwicklungen und in ihrer Benützung war von seltener Vollendung, machte es aber auch allein möglich, daß er durch so viele Jahre den Mittelpunkt der Ereignisse in einem guten Theile Europa's bildete.

Bei der Beschaffenheit seines Charakters und bei seinen Tendenzen hatte Anhalt die glücklichste Wahl getroffen, daß er sich in die Dienste des Kurfürsten von der Pfalz begab, denn nirgends sonst hätte er so viel Gelegenheit zu einer Thätigkeit gehabt, welche seinem Wesen am meisten zusagte. Seit dem Beginn seiner Regierung hatte Friedrich IV von der Pfalz nach dem althergebrachten Beispiele deutscher Fürsten die kaiserliche Auktorität zu untergraben gesucht und nach der Beschaffenheit seiner Mittel in der That das Möglichste geleistet. Seine Politik verfolgte ein doppeltes Ziel, ein partikuläres und ein auf ganz Deutschland gerichtetes. Die partikuläre, wir möchten sagen, pfälzische Politik hatte vor allem die Machtverhältnisse im westlichen Deutschland vor Augen. Bei der Lage des

wichtigsten Theiles seiner Besitzungen am Rhein, hatte er auch hier die meisten Interessen zu verfechten und daher seine offene Theilnahme für den günstigen Verlauf des niederländischen Aufstandes, da die Schwächung Spaniens am Niederrhein ihn von allen Sorgen befreite, welche ihm diese Macht als natürliche Verbündete der Kaiser einflößte. Er hoffte zugleich, daß seine und der Niederländer Besitzungen die geistlichen Kurfürsten früher oder später umklammern und dem Schicksale so vieler anderer deutschen Bisthümer entgegenführen würden. Seine verwandtschaftlichen Verhältnisse knüpften ihn übrigens so recht an die Gegner der Habsburger und der Katholiken, seine Gemahlin war eine Prinzessin von Nassau-Oranien und auch der Herzog von Bouillon, eines der bedeutendsten Häupter der französischen Hugenotten, gehörte in den Kreis seiner Sippschaft. Zu einer Zeit, wo allein die Interessen der Machthaber über den Gang der Politik entscheiden, pflegen Heiraten und Schwägerschaften dieselbe überwiegend zu bestimmen und wir werden es begreiflich finden, daß sich Friedrich IV mehr oder weniger mit seinen Verwandten identificirte. — In seiner auf ganz Deutschland gerichteten Politik suchte der Kurfürst eine wo möglich vollständige Trennung und Isolirung des Kaisers zu Stande zu bringen; auf den Reichstagen hatte er sich deshalb, wiewohl erfolglos, an die Spitze jener gestellt, welche dem Kaiser alle Geldhilfen verweigern wollten. In dem religiösen Zwiespalt stand er auf Seite der Kalvinisten und hatte dadurch um so mehr Grund an dem Bau der Reichsverfassung zu rütteln, da dieselbe wohl dem Lutherthum aber nicht dem Kalvinismus eine berechtigte Existenz zuerkannte. Für sich selbst trachtete er begierig nach Vergrößerung seiner Macht, da er aber für sich allein in einer weit ungünstigeren Position als Sachsen und Brandenburg, ja selbst als Baiern war, so konnte er nur durch Bündnisse sein Ziel erreichen und insofern kam er auf halbem Wege Heinrich IV entgegen, wenn dieser sich nach Bundesgenossen umsehen wollte. Ohne Zweifel wäre zwischen beiden noch im J. 1602 oder wenig später eine Verständigung erfolgt, wenn nicht die Irrungen zwischen Heinrich IV und dem Herzog von Bouillon dazwischen getreten wären, während andererseits die Milde des Königs gegen das aufrührerische Benehmen Bouillons ihre Erklärung in der Rücksicht findet, welche er in Bezug auf die deutschen Fürsten namentlich Kurpfalz üben mußte*).

Es geschah im J. 1605, daß der Kurfürst von der Pfalz auf uns unbekanntem Wege in Erfahrung brachte, Spanien wolle den Erz-

*) In Rommels: Correspondance de Henri IV avec le Landgrave Maurice de Hesse zeugen viele Briefe dafür, unter andern S. 319.

herzog Albrecht auf den deutschen Thron bringen. Wir wissen, daß, obwohl diese Nachricht ursprünglich richtig gewesen, dies bereits um diese Zeit nicht mehr der Fall war, da sich in Spanien andere Anschauungen Bahn gebrochen hatten. Für Friedrich IV war jedoch diese wenn gleich falsche Nachricht das Signal zu neuer Thätigkeit, denn wenn er die Vernichtung der kaiserlichen Macht anstrebte, so lange sie auf Böhmen und Ungarn begründet war, um wie viel mehr mußte er seine Kräfte anspannen, wenn sie in Belgien und den Rheinlanden ihren Sitz aufzuschlagen drohte. Alle bisherigen Anstrengungen, im Norden von Seite der Niederlande, im Süden von Seite der Pfalz, den geistlichen und katholischen Besitz in Belgien und den Rheinlanden zu umklammern, zu schwächen und wo möglich zu zertrümmern konnten sonst zu nichte gemacht werden und die Reihe der Niederlagen auf die frühern Angreifer kommen.

Die Kandidatur Erzherzog Albrechts mußte also unmöglich gemacht werden. Im Auftrage des Pfalzgrafen ging der Graf Johann von Nassau zum Landgrafen Moriz von Hessen, um diesem die Gefahr vorzustellen und ihn zu einer Reise zum Könige von Frankreich zu vermögen, damit derselbe durch seinen Einfluß auf die geistlichen Kurfürsten oder auf andere Weise gegen Albrecht Partei ergreife. Als bei dieser Gelegenheit der Gesandte erklärte, man würde schon viel gewonnen haben, wenn Mathias statt Albrechts den Kaiserthron bestiege, erwiederte Moriz, daß man unter solchen Bedingungen auf Heinrichs Beistand nicht rechnen möge. Was der König wolle, sei nichts mehr und nichts weniger als die völlige Ausschließung des Hauses Habsburg; dies habe er ihm bereits vor drei Jahren erklärt und nur den Herzog Maximilian von Bayern als den ihm genehmen Kandidaten bezeichnet*).

Christian von Anhalt, welcher gleich anfangs in diese Verhandlungen eingeweiht worden war, mißbilligte ein so entschiedenes Auftreten gegen das Haus Habsburg, denn es entsprach nicht der Einsicht, welche er inzwischen von den bestehenden Verhältnissen gewonnen hatte. Die Wahl eines fremden Fürsten war nicht eher möglich, als nach Rudolfs Tode, denn ohne dessen Zustimmung war eine Berufung der Kurfürsten zur Wahl nicht denkbar und diese Zustimmung war vom Kaiser, wie die Erfahrung lehrte, nicht einmal für einen Prinzen seines Hauses zu erlangen, noch weniger also, wenn man die Erhebung eines andern Hauses im Sinne hatte. Zudem war die Kaiserkrone ein zu armseliges Flitterwerk geworden, das nur in der Hand des Mächtigen Be-

*) Münchner Staatsarchiv 516/11, 311, Johann von Nassau an Kurpfalz, ddo. 13/23 Nov. 1605.

deutung gewinnen konnte. Das Haus Habsburg, von der Krone ausgeschlossen, blieb doch im Besitz seiner Länder und konnte vielleicht einen schwachen Gegner zermalmen. Es konnte sonach geschehen, daß der Herzog von Bayern oder wem sonst man die Krone anbot, dies gefährliche Geschenk ausschlug, eine Eventualität, welcher sich ein Politiker wie Anhalt nicht aussetzen wollte.

Seit es Könige und Königsgeschlechter gibt, seitdem lehrt die Geschichte, daß der Ehrgeiz nachgeborner Prinzen größer sei, als mit dem Wohle ihres Hauses verträglich. Sollte sich Niemand im Hause Habsburg finden, der geschickt aufgereizt und geleitet, seine Hand nicht nach höherem ausstrecken würde, als worauf ihn die Vorsehung angewiesen? Diese Frage legte sich auch der Fürst von Anhalt vor und war keineswegs lange um eine Antwort verlegen. Daß Heinrich weder an Albrecht noch an Mathias Geschmack fand, begriff er ganz wohl, denn mit der Wahl des einen und des anderen konnte dem Hause Habsburg nur gedient sein. Aber wenn man unter den Prinzen des Hauses einen solchen aufsuchte, dessen Aussichten auf Länderbesitz gering waren, diesen unter allerlei Vorspiegelungen gewann und gegen den Willen aller übrigen als Kandidaten für die Kaiserwürde vorschlug, dann konnte es zu einem Zusammenstoß kommen, der für die Habsburger verderblich werden mußte.

Anhalt hatte sein Augenmerk auf den Erzherzog Maximilian, den damaligen Statthalter von Tirol, geworfen. Von diesem Prinzen, welcher als Hoch- und Deutschmeister eine bedeutende Stellung in der katholischen Kirche einnahm, ging das Gerücht, er sei gegen die Spanier nichts weniger als freundlich gestimmt, und was gleichbedeutend schien, gegen die Protestanten von billiger Gesinnung. Thatsache ist, daß Maximilian bei vielen Gelegenheiten einen gewissen Haß gegen die Spanier zur Schau trug, ihr Mißtrauen und ihre Steifheit verspottete und selbst von sich erzählte, daß, als er einmal in Spanien seine Schwester, die Gemahlin Philipps II, besucht habe, er mit ihr nicht anders als in des Königs Gegenwart und nur in einer demselben verständlichen Sprache, also nicht deutsch, reden durfte. Anhalt glaubte in ihm einen nicht bloß klugen sondern auch listigen und verschlagenen Mann entdeckt zu haben; was Wunder, wenn er Zutrauen zu ihm faßte und in ihm den gewünschten Prätendenten gefunden zu haben wähnte. Wenn Maximilans Ehrgeiz aufgestachelt war, wenn Heinrich IV und, was dann gleichbedeutend schien, die Mehrzahl der Kurfürsten für seine Erhebung gewonnen werden konnten, dann dachte sich Anhalt die weitere Entwicklung der Ereignisse in folgender Weise: Maximilian sollte die Königreiche Ungarn und Böhmen nach Rudolfs Tode an sich bringen, indem er die Stände

dieser Länder zur freien Wahl aufforderte. Die Stände schon vorher gehörig bearbeitet, würden natürlich nichts eiligeres zu thun gehabt haben, als dieser Forderung nachzukommen und mit Uebergehung Mathias' dem Erbrechte der Habsburger den tödtlichsten Stoß versetzt haben. Nach Maximilians Tode war dann sowohl in der Succession der Königreiche, als auch in der der Kaiserkrone völlig freie Bahn. Seine Ehelosigkeit und sein nicht unbedeutendes Alter konnten ihm natürlich bei allen jenen, welche Anhalts Pläne unterstützten, nur zur Empfehlung dienen. Deshalb war der Fürst mit einemmale dafür, daß die Wahl des kaiserlichen Nachfolgers schon bei Lebzeiten Rudolfs vor sich gehe, damit Maximilian im Besitz der deutschen Krone nach dem Ableben des Kaisers desto erfolgreicher Mathias' Erbansprüchen begegnen könnte.

Der Kurfürst von der Pfalz wurde für diesen Plan gewonnen, und
Anhalt, nie müßig in der Durchführung seiner Konceptionen, suchte im Feb.
Beginn des Jahres 1606 den Erzherzog Maximilian auf, als dieser 1606
zufälligerweise auf einer Reise in seine Nähe kam. Ueberrascht von den Eröffnungen und Anerbietungen wies der Erzherzog anfangs jeden ehrgeizigen Gedanken von sich ab, aber wie es schien, mit solcher Unentschiedenheit, daß Anhalt auch weiter in ihn dringen zu dürfen glaubte, bis er zuletzt die Ueberzeugung gewann, diese glänzende Erhebung*) mißfalle Maximilian keineswegs. Um seine Bedenken vollends niederzuschlagen fügte er deshalb bei, es sei dies der einzige Weg, Böhmen und Ungarn — beide Wahlreiche — dem Hause Oesterreich zu erhalten. Anhalt sprach bei dieser Gelegenheit im Namen des Kurfürsten von der Pfalz, und gab zu verstehen, daß derselbe die Erhebung des Erzherzogs als seine Aufgabe betrachten

---

*) Münchner Staatsarchiv 547/1, 58, Relation churfürstlich geheimen Raths des von der Grün zu hoff in presentia Großhofmeisters, Plessen und Loesenii ddo. 20. Feber/2. März 1607. In dem Zwiegespräch, welches sich zwischen Erzherzog Maximilian und Anhalt entwickelte, hieß es . . . Maximilian (sagte), es ermangle aber ihm am patrimonio. Anhalt hoffte, wann die Brüder der Churfürsten Inclination sehen, das sie gern von dem ihrigen ettwas thun würden, würde Böheim auch desto eher bei dem hauß Oesterreich verpleiben, welchen Vorschlag Maximilianus sich gefallen lassen, nit alienus ab hoc opere vermerkt worden. — So viel ich weiß, sind der deutschen Geschichtsforschung diese eigenthümlichen Verhandlungen mit Maximilian bisher unbekannt geblieben. — In dem Schreiben Anhalts an Kurpfalz ddo. März 1606, Münchner Staatsarchiv 547/1, 129 empfiehlt der erstere auf das dringendste das Eingehen in die Intrigue mit Maximilian und meint: Hierdurch brechen E. L. nicht alleyn unserer widerwertigen schedliche intentiones, sondern machten sich für Andere zum haubt dieser Allgemeinen negotiation und consequenter den succesorem zu ihrem beneficiarium.

würde. Alle Ereignisse der Folgezeit berechtigen indessen zu der Annahme, daß Anhalt diesmal auf einen Mann stieß, der ihn durchblickte und überlistete. Um die seinem Hause gelegte Schlinge in der Hand zu haben und wenn möglich den Gegner selbst darin zu fangen, hatte Maximilian die Eröffnungen nicht in der Weise beantwortet, wie ihm seine Wünsche und seine Ueberzeugung wohl geboten haben. Genug, daß er von nun an, gleichsam den Genius seines Hauses vorstellend, allein für den Glanz desselben arbeitete und sorgte und nichts für sich selbst begehrte.

Nachdem so der Erzherzog gewonnen schien, war es Zeit, daß man sich mit Frankreich verständigte*). Fast gleichzeitig mit den Eröffnungen an
27. Jän. Maximilian war der französische Agent Bongars auf Ansuchen des
1606 Kurfürsten von der Pfalz nach Heidelberg gekommen, und es waren ihm da Mittheilungen über die Lage der Dinge in Deutschland und über den Plan Spaniens, Albrecht auf den Kaiserthron zu bringen, gemacht worden**). Jetzt wurde beschlossen, Anhalt selbst solle nach Paris reisen, nicht sowohl um Heinrich IV über die bisherigen Verhandlungen mit Maximilian zu berichten und die sonstigen Absichten des Kurfürsten auseinanderzusetzen, als vielmehr die des Königs selbst zu erforschen***). Kaum war Anhalt abgereist, so lief in Heidelberg ein Schreiben des Herzogs von Bouillon ein, welches dazu bestimmt war, jeder Zurückhaltung von Seite des Pfalzgrafen ein Ende zu machen†). Bouillon, mit den Absichten des Heidelberger Kabinets theilweise bekannt, hatte mit

---

*) Münchner Staatsarchiv 546/11, 335. Anhalt an Kurpfalz ddo. Anspach. Ebendaselbst 547/1, 8. Entwurff, waß ohngefähr bei der Kön. Mt. in Frankreich Pfalz unßeres gnedigsten herrn wegen im Vertrauen per Bongarsium anzubringen. ddo. 17/27. Jänner 1606. Ebendaselbst 547/1, 14. Extrakt aus dem Heidelberger Protokoll ddo. 5/15. März 1606.

**) Aus den Korrespondenzen Heinrichs bei Berger de Xivery ist ersichtlich, daß er um diesen Plan Spaniens von seinen eigenen Agenten her wußte und daß auch er an ihn noch glaubte, als ihn Spanien bereits aufgegeben hatte.

***) Münchner Staatsarchiv 547/1, 350. Nebenmemorial des Kurfürsten von der Pfalz für Christian von Anhalt zu seiner Reise nach Frankreich ddo. 28. Juni/8. Juli 1606. Ebendaselbst Kurpfalz an Anhalt ddo. Heidelberg 5/15. Juli 1606.

†) Münchner Staatsarchiv 547/1, 362. Der Herzog von Bouillon an Kurpfalz ddo. Juli 1606 . . . Je ne puis rien adjouster a ce que dessus si non que si de vos parts vous nous faictes bien et exactement cognoistre vos volontés, unions et moyens, et qu'ils soient capables de faire juger au Roy qu'il y doibt joindre les siennes, qu'il le fera y ayant ses affections et interests joincts en sorte, que vous y portans ce que vous y peut competer, j'espere, que vous lairrez a vous et aux vostres une liberté et seureté en la religion et police plus grande, que vos predecesseurs ne la vous ont acquise.

Heinrich über dieselben gesprochen und dieser sich zu einem entschiedenen Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten erbötig erklärt, wenn er von den Wünschen, Mitteln und Verbindungen der deutschen Fürsten, namentlich aber des Pfalzgrafen und des Kurfürsten von Brandenburg, genauen Bericht bekäme. Bouillon theilte dies mit und fügte hinzu, jetzt sei die Gelegenheit gekommen, alles zu erreichen, aber man müsse zugleich alles Zögern und alles Verheimlichen aufgeben und dem Könige sagen, was man wolle und über welche Mittel man gebiete.

Anhalt, von dem Schreiben Bouillons in Kenntniß gesetzt, konnte nach seiner Ankunft in Paris bald genug merken, daß es ihm nicht leicht möglich sein würde nach der erhaltenen Instruktion den König nur auszuforschen, ohne selbst Mittheilungen zu machen. Zwar besitzen wir keine ins Detail gehenden Nachrichten darüber, wie weit der Gesandte und wie weit Heinrich in ihren beiderseitigen Mittheilungen gingen, nichtsdestoweniger geben spätere Schreiben Anhalts hinreichenden Aufschluß über den Gegenstand derselben. Von der Successionsfrage im Reich aus- 3. Aug.
gehend gab Heinrich zu, daß, wenn das Kaiserthum den Habsbur- 1606
gern nicht genommen werden könne, Erzherzog Maximilian der „bequemste" Kandidat sein würde; nur wollte der König von der Bestimmung der Nachfolge bei Lebzeiten Rudolfs nichts wissen*), gewiß mit dem Hintergedanken, daß bei Erledigung des Thrones es ihm doch gelingen könnte, ein anderes Geschlecht auf denselben zu bringen; Anhalt dagegen wollte durchaus nicht diesen Zeitpunkt abwarten, weil dann Mathias vor Maximilian einen unendlichen Vorsprung haben mußte. Wichtiger aber als diese Berathungen über die Succession waren die Besprechungen über den in Deutschland abzuschließenden Bund, welcher sich binnen kurzem zu der so viel genannten Union entwickelte. Ob Heinrich ob Anhalt schärfer die Nothwendigkeit dieses Bundes betonten, läßt sich nicht sagen, gewiß ist jedoch dies, daß derselbe beiden als ein unumgängliches Mittel zum Zwecke galt. Der König erbot sich bei dieser Gelegenheit in die künftige Bundeskasse für die Durchführung gemeinschaftlicher Zwecke zwei Drittel von dem zu zahlen, was die übrigen Bundesmitglieder zusammen beisteuern würden**).

*) Rommel: Correspondance de Henri IV avec Maurice de Hesse, S. 319. In dem daselbst befindlichen Briefe Heinrichs an den Landgrafen ddo. 14. August 1606 berichtet ersterer über die Verhandlungen mit Anhalt wegen Abschluß einer deutschen Union und bittet den Landgrafen das seine dabei zu thun. In diesem Brief erwähnt Heinrich nichts von den Plänen bezüglich des Erzherzogs Maximilian.

**) Münchner Staatsarchiv 547/1 380. Anhalt an Kurpfalz ddo. 29. Juli/8. Aug.

Der Bund, oder wie man ihn gleich von allem Anfang an nannte, die Union sollte vor allem die beiden Kurfürsten von Brandenburg und der Pfalz, den Herzog von Würtemberg, den Landgrafen von Hessen und sonst so viel Fürsten umfassen, als zu gewinnen waren, und als sich mit den gegen das Haus Habsburg gerichteten Zwecken vertrug. Deshalb hatte man den Kurfürsten von Sachsen zuerst nicht in Rechnung gezogen, weil er mit dem Kaiser auf einem guten Fuße stand und weil er nur durch Koncessionen zu gewinnen war, durch deren Zugeständniß man nothwendig Kurbrandenburg verlieren mußte. Daß die Union bloß Protestanten zu umfassen habe, verstand sich gewissermaßen von selbst.

Das Resultat der Pariser Reise bestand also darin, daß Heinrich sich vorläufig die Kandidatur Maximilians gefallen ließ und daß die Abschließung der Union unter französischem Schutz der Gegenstand der nächsten Bestrebungen in Deutschland sein sollte. Der Anfang der Ver-
17 Sep. handlungen wurde in Heidelberg, wohin deshalb der Rath des Herzogs
1606 von Würtemberg, Buwinkhausen, gekommen war, gemacht*). Der Kurfürst selbst wollte sich an den Sitzungen betheiligen, da er sich aber bei den Mahlzeiten stets so volltrank, daß er während der anberaumten Tage nie nüchtern war, wohnten den Konferenzen nur seine Räthe, Anhalt an der Spitze, und Buwinkhausen bei. Anhalt entwickelte in denselben mit einem großen Aufwande von Phrasen Plan und Zwecke der Union; der König von Frankreich beabsichtige mit derselben nichts anderes als das Wohl der deutschen Fürsten, wolle aus freien Stücken zwei Drittel der künftigen Geldeinlagen beisteuern und wünsche vor allem des Herzogs von Würtemberg, den er über die Maßen hochachte, gewiß zu sein. Buwinkhausen, welcher diese Sprache zu gut kannte, um sich durch sie verlocken zu lassen, hörte mit einer gewissen ungläubigen Miene allen diesen Versicherungen zu und meinte am Schluße, es scheine ihm doch, daß hinter der ganzen Angelegenheit etwas mehr stecke, als man sage, daß man weniger damit das allgemeine Beste als „private Interessen“ vor Augen habe, und daß es „kaum glaublich sei, daß Ihre Königlichen Würden von Frankreich so gar umsonst Geld weggeben wollte, ohne dafür starke Gegenleistungen zu fordern“. Indessen nahm er es über

---

1606. Ebendaselbst 547/1, 666. Anhalt an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. 28. Dezember 1606/7. Jänner 1607. Ebendaselbst 547/1, 609. Anhalt an Kurpfalz ddo. Darmstadt 26. September/6. Oktober 1606. Ebendaselbst 547/1, 623. Kurpfalz an Anhalt ddo. 7/17. Okt. 1606.

*) Münchner Staatsarchiv 117/4, 74. Extrakt Protokolli, was von den pfälzischen Räthen in Beisein Anhalts mit dem würtembergischen Rath Buwinkhausen wegen der Union gehandelt worden am 7. und 8. Sept. 1606.

sich, dem Herzog über die erhaltenen Mittheilungen Bericht zu erstatten*), nachdem Anhalt mit diplomatischer Geschmeidigkeit diese Besorgnisse zu zerstreuen sich bemüht hatte. Das vorsichtige und mißtrauische Auftreten Würtembergs darf nicht so aufgefaßt werden, als hätten da andere Prinzipien in der auswärtigen Politik gegolten als bei Kurpfalz; es war nur die Folge der Besorgniß, daß die rührige pfälzische Partei von den Vortheilen der künftigen Union sich den Löwenantheil zueignen könnte. — Auch die weitern Verhandlungen mit jenen deutschen Fürsten, auf deren Geneigtheit zur Bildung der Union man zunächst hoffte, übernahm Anhalt in eigener Person. Zuerst reiste er nach Kassel zu dem Landgrafen Moriz, dem alten Freunde Heinrichs IV, aber auch hier begegnete er unerwarteten Schwierigkeiten, denn der Landgraf hatte allerlei Ausflüchte, weshalb er nicht alsogleich der Union beitreten könnte, und als Anhalt nach Berlin kam, fand er daselbst den Boden noch 30. Okt. 1606 unebener. Der Kurfürst von Brandenburg hatte seine ganze Aufmerksamkeit auf die jülichische Erbschaft gerichtet; da er noch nicht im klaren war, ob des Kaisers oder Frankreichs Gunst ihm hiezu leichter verhelfen würde, so zögerte er in eine Verbindung einzutreten, die ihm eine sichere Feindschaft zuziehen mußte, während sie ihm eine noch nicht erprobte Freundschaft in Aussicht stellte**). Mit einem Worte, als am Ende des J. 1606 Anhalt über seine Bemühungen, der Sache der Union in Deutschland festen Boden zu verschaffen, Rechenschaft ablegte, mußte er bekennen, daß fast nichts zu ihrer Realisirung geschehen sei. Nach seiner jetzt gewonnenen Erfahrung mußte sich der König von Frankreich selbst dieses Werkes annehmen, selbst durch Gesandte den Boden in Brandenburg, Würtemberg und Hessen ebnen; ohne Frankreichs entschiedenes Eingreifen hielt Anhalt die Sache der Union für verloren***) — Besseres war nur von den kleinen Reichsfürsten und Grafen, die seit langem zur Klientel des Kurfürsten von der Pfalz gehörten, zu erwarten; auch auf die Reichsstädte und namentlich Nürnberg warf jetzt Anhalt sein Augenmerk und setzte

---

*) Wiener Reichsarchiv MS. 42. Relation Bewinkhausens ddo. 10/20. Sept. 1606.

**) Münchner Staatsarchiv 117/4, 70. Anhalt an Kurpfalz ddo. Dessau 17/27. Okt. 1606. Ebendaselbst 117/4 64, Anhalt an Kurpfalz ddo. Zerbst 4. Nov./25. Okt.

***) Münchner Staatsarchiv 117/4, 56, Anhalt an Kurpfalz ddo. 3. Jän. 1607/24. Dez. 1606. „Fürs Anderst bleibe ich noch in der Meynung, es werde diese Union durch eine Zusammenschreybung derjenigen, mitt denen schon gehandelt worden, sehr wol befurdert werden. Solche conventus aber bey weyttem nicht eynen so guten ausgang erreychen wurde, wo nicht zuvor Frankreych seyn authoritet interponirt und bei Zeytten allerley Nottürstige untterbauungen und Anmahnungen gethan hatte.

auf sie einige Hoffnung. Nicht mit Unrecht, denn während die deutschen Fürsten einen scharfen Einblick in das Getriebe der Politik hatten und sich nicht so leicht von religiösen Vorspiegelungen fangen ließen, waren die Städte viel kurzsichtiger und ehrlicher, weil sie meistens noch immer so eifrige Anhänger des Protestantismus waren, als 60 Jahre vorher.

Auf Anhalts Vorschlag ordnete also Friedrich IV einen neuen Gesandten nach Paris in der Person des Geheimrathes Plessen ab*), und auch der Herzog von Würtemberg schickte, um sich über die Zwecke der Union an der eigentlichen Stelle Licht zu verschaffen, seinen Rath Buwinkhausen nach Paris. Heinrich mag nicht wenig erstaunt gewesen sein, daß er so unerwartet auf Hindernisse stoße und deshalb hielt er es für angezeigt, Buwinkhausen gegenüber auf das Entschiedenste in Abrede zu stellen, als beabsichtige er mit Hilfe der Union eine herausfordernde Politik zu beobachten und dadurch die deutschen Fürsten in allzu große Auslagen zu stürzen, oder als wolle er sein Verhältniß zur Union auch nur entfernt so ausbeuten, um sich eine Art Oberherrlichkeit über ihre Mitglieder anzueignen. In der überzeugendsten Weise von der Welt suchte er auf sein eigenes Alter und auf die Jugend seiner Kinder als auf einen Umstand hinzuweisen, der es ihm wünschenswerth mache, mit Jedermann im Frieden zu leben und überall Verbündete zu haben. Die Union solle also einen wahrhaft defensiven Charakter haben, sie solle die deutschen Fürsten wider alle Angriffe von Seite des Kaisers, wider alle Hofprozesse, Exekutionen, Achtserklärungen, feindliche Einquartierungen und Durchzüge schützen, mit einem Worte, sie solle „die Reichskonstitutionen" aufrechthalten; dagegen solle sie auch ihm selbst (dem Könige) zu Gute kommen, falls er in seinem Reiche angegriffen würde. Da anzunehmen war, daß der letztere Fall nicht so leicht eintreten konnte, wie die angebliche Verletzung der Reichskonstitutionen, so schien die Union hauptsächlich auf den Vortheil der deutschen Fürsten gerichtet zu sein; Heinrich selbst stellte dies so dar und säumte nicht die wahre Ursache seines Edelmuthes anzugeben. Er fühle sich niedergedrückt von dem Vorwurf der Undankbarkeit, mit welcher er die ihm früher erwiesenen Dienste deutscher Fürsten bisher gelohnt habe, da er noch immer nicht die ihnen schuldigen Geldsummen bezahlt habe; er wisse, „diese Offension sei so groß, daß nicht nur seine auswärtigen Freunde sondern auch seine Unterthanen der Mei-

*) Münchner Staatsarchiv 117/4, 62, Memorandum Anhalts für Kurpfalz über das, was mit Frankreich verhandelt werden solle ddo. 25. Okt./4. Nov. 1606 und das schon citirte Schreiben Anhalts an Kurpfalz ddo. 21. Dezember 1606/3. Jänner 1607.

nung wären, er könne sich selbst im äußersten Nothfall keiner Hilfe aus Deutschland getrösten"*). Um also den Vorwurf der Undankbarkeit von sich abzuwälzen und zugleich seinen Unterthanen die „Opinion" zu benehmen, als ob er von seinen frühern Freunden verlassen sei, wünsche er den Abschluß der Union**).

*) Diese Angelegenheit ist ein ekler Schmutzflecken auf dem Andenken Heinrichs. Wir haben erwähnt, daß Anhalt im J. 1591 mit 16.000 Mann ihm zu Hilfe gezogen sei, nachdem sich der letztere durch Turenne verpflichtet hatte, den Sold der Truppen in einem bestimmten Betrage zu zahlen. Die vorläufigen Ausgaben wurden von mehreren deutschen Fürsten und von Christian von Anhalt selbst getragen. Das deutsche Hilfsheer diente hierauf ein Jahr in Frankreich, bekam aber während dieser Zeit nicht einen Kreuzer Sold ausgezahlt und wurde schließlich von den Führern, welche die Kosten nicht mehr erschwingen konnten, zurückgeführt und entlassen. Bei ihrem Abzuge stellte Heinrich dem Fürsten von Anhalt einen Schuldschein auf 1,073.449 Kronen oder 2,146.898 Gulden aus, welche er bei besserer Gelegenheit zu zahlen sich verpflichtete. Der Schuldschein erliegt noch heute im Original im Archiv von Bernburg, ist also bis auf den heutigen Tag noch nicht bezahlt worden, obwohl für Heinrich bald genug so günstige Zeiten eintraten, daß er selbst Schätze aufhäufen konnte. Es ist dies gewiß eine schmutzige Undankbarkeit und ein Beweis des Geizes, den ihm so viele seiner Zeitgenossen vorwarfen. Als Moriz von Hessen im J. 1602 Frankreich besuchte, äußerte er sich ziemlich wegwerfend gegen Villeroy über das Benehmen Heinrichs in dieser Beziehung (Rommel, Correspondance de Henri IV avec Maurice de Hesse, S. 72) und sprach die Besorgniß aus, daß es ein Hinderniß für die Union abgeben dürfte. Wolle Heinrich die deutschen Fürsten gewinnen, müsse er sie zuerst bezahlen; er sagte, que s' il fallait toujours que nous vissions la France dedommager tout le monde de ses pertes excepté nous seuls, cela ne pourrait produire un bon effet und könnte zuletzt die deutschen Fürsten zu einer Allianz mit Oesterreich vermögen. Villeroy malgré son désir de trouver quelque excuse pour le Roi, ne pouvant plus résister à ces argumens rejeta enfin toute la faute sur les autres conseilleurs du Roi, qui craignaient toute dépense. A quoi je répartis franchement: Réglez, je vous prie, les affaires de sorte que le Roi fasse pour deux années cesser les grands batimens, car avec l' argent épargné, nous lui construirons un palais tout propre à ses intentions, à son agrandissement et à sa gloire. — Nichtsdestoweniger zahlte weder Heinrich IV noch Ludwig XIII und XIV diese Schuld, eine wahre Ehrenschuld der Bourbonischen Monarchie. Als im J. 1815 bei Gelegenheit des zweiten Pariser Friedens die siegenden Mächte ältere und neuere Ansprüche auf Schadenersatz erhoben, kam auch Anhalt-Bernburg und verlangte die Bezahlung des seit 200 Jahren fälligen Schuldscheins, wurde aber auch jetzt abgewiesen. S. Vaulabelle: Histoire des deux réstaurations. — Fürst Christian von Anhalt, der am härtesten bei der ganzen Angelegenheit getroffen wurde, benahm sich in derselben sehr mäßig und zurückhaltend; die hohen Ziele, welche er verfolgte, erlaubten ihm nicht wegen einer Geldsumme mit Frankreich zu brechen, so sehr er auch sonst das Geld nöthig hatte.

**) Wiener Reichsarchiv MS. 42. Relation Buwinkhausens ddo. 29. Mai/8. Juni 1607.

Obwohl der Herzog von Würtemberg klug genug gewesen sein mag, um diese Sprache ihres diplomatischen Gewandes zu entkleiden, so zeigte er sich nichtsdestoweniger von nun an dem Gedanken der Union be-
Ende freundet und begann deshalb mit dem Kurfürsten von der Pfalz die zu
Mai ihrer Begründung nöthigen Verhandlungen. Dieselben betrafen die Art
1607 und Weise, wie für die Union die nöthige Zahl von Mitgliedern gewonnen werden könnte, vor allem aber die Festsetzung der Prinzipien, welche die Union in ihrer deutschen Politik zu befolgen haben würde. Bezüglich der Anwerbung neuer Mitglieder vertheilte der Kurfürst von der Pfalz die Rollen so, daß er abermals die Gewinnung von Kurbrandenburg und Hessen versuchen, außerdem aber noch bei Braunschweig eine Anfrage stellen wollte; der Herzog von Würtemberg sollte sich angelegen sein lassen Pfalzneuburg und die Reichsstädte Ulm, Straßburg und Nürnberg zu gewinnen. Die Herbeiziehung der Reichsstädte wurde als eine schwierige aber nothwendig zu lösende Aufgabe angesehen. Die deutschen Fürsten wußten, daß die Reichsstädte nicht gern mit ihnen Bündnisse abschlößen, weil die Erfahrung lehrte, daß die Bürger stets übel dabei wegkamen; nichtsdestoweniger mußte dieser Widerwille um jeden Preis überwunden werden, da man das Geld der Reichsstädte für die Union brauchte. Der Kurfürst von der Pfalz war deshalb dafür, daß man die Städte mit gebundenen Augen in die Union einführe, ohne sie den ganzen Umfang dieser Verbindung merken zu lassen, und riet, man solle „anfangs Frankreichs gar nicht gedenken" und wenn man später doch Frankreichs erwähnen müßte, so habe dies nur nebenbei mit der Behauptung zu geschehen, dasselbe habe „die Union keineswegs angefangen, sondern sei nur ein Accessorium zu ihrer Stärkung." Man müsse vornehmlich auf das religiöse Gefühl der Städte einzuwirken suchen und hiezu böten die Ereignisse in Donauwörth gerade die beste Gelegenheit. Habe man so die wichtigsten Reichsstädte gewonnen, so sei nicht zu zweifeln, daß die übrigen sich ihrem Beispiele anschließen würden*).

Würtemberg schloß sich diesen Ansichten an, und so erörterte man weiter, was der Gegenstand der Berathung bei einer etwa in Weihnachten 1607 abzuhaltenden Versammlung sein sollte, denn bis dahin hoffte man, von Fürsten und Städten so viele, als nöthig schien, gewonnen zu haben. Schon hatte Rudolf seine Einladungen an die deutschen Fürsten ergehen lassen, sich bei einem Reichstage in Regensburg einzufinden und zugleich bekannt gegeben, daß er sie um Subsidien gegen die Türken ersuchen wolle. Der Kurfürst von der Pfalz hatte für diesen Fall bereits ein Programm fertig,

---

*) Wiener Reichsarchiv. MS. 42. Buwinkhausens Relation ddo. 29. Mai/8. Juni 1607.

dessen Durchführung die erste Aufgabe der Union sein sollte. Bei dem Reichstage sollten nämlich die Mitglieder derselben in allen Berathungen und Beschlüßen als eine Körperschaft auftreten, um den durchzuführenden Bruch in der Reichsverfassung auch mit Erfolg versuchen zu können. Auf die Forderung Rudolfs um Subsidien habe man einstimmig zu entgegnen, daß man dieselben bewilligen wolle, im Falle der Kaiser der Kompetenz des Reichshofrathes über Deutschland ein Ende machen und folglich das Kammergericht als alleinige Reichsbehörde bestehen lassen wolle. Was dies zu bedeuten hatte, ergibt schon die einfache Betrachtung der Beschaffenheit und Wirksamkeit des Reichskammergerichts und des Reichshofraths. Das Kammergericht wurde vom Kaiser und von den Reichsständen gemeinschaftlich besetzt, hatte seine engbegrenzte Wirksamkeit und hing in der Exekution der gefällten Urtheile vom guten und schlechten Willen der Reichsstände ab. Der Reichshofrath dagegen hing allein vom Kaiser ab, konnte seine Wirksamkeit je nach den Umständen erweitern oder verengern und war deshalb den auf den Zerfall Deutschlands bedachten Reichsständen als eine dauernde wenn auch jetzt minder wirksame Drohung verhaßt. Mit der Vernichtung des Reichshofrathes sollte also eine der letzten Institutionen sinken, welche die Stände daran mahnen konnte, daß sie doch nichts anderes als Unterthanen eines wenn auch morschen Reiches seien*). Da vorauszusehen war, daß der Kaiser auf die Abschaffung des Reichshofrathes oder auf eine gleichbedeutende Suspension seiner Wirksamkeit während einer beträchtlichen Anzahl von Jahren nicht eingehen werde, so schlug Kurpfalz für diesen Fall die Verweigerung jeder Reichshilfe im Türkenkriege vor und zwar selbst dann, wenn die Majorität des Reichstages sich für die Bewilligung einer solchen aussprechen würde. Der Kurfürst betonte ausdrücklich, daß die zu begründende Union sich Majoritätsbeschlüßen nicht unterordnen dürfe, sondern in geschlossener Reihe den Reichstag verlassen müsse, sobald die Verhandlungen eine ihr ungünstige Wendung nehmen würden. Friedrich IV, welcher unter dem Einfluße Anhalts so verwegenen Absichten das Wort lieh, drückte nichts weiter aus, als was die protestantische Hälfte Deutschlands mehr oder weniger klar dachte und wollte, und begegnete also in voraus der Zustimmung Würtembergs. Man sieht, der angeblich defensive

*) Die Abschaffung der Jurisdiktion des Reichshofrathes war beinahe seit einem Jahrzehend der stete Gegenstand der Verhandlung auf mehreren von den Protestanten besonders gehaltenen Versammlungen. Man siehe Häberlins: Neueste deutsche Reichsgeschichte, 21. und 22. Band. Der Kurfürst von der Pfalz nahm also in das Unionsprogramm einen Punkt auf, für welchen er einer ziemlich allgemeinen Zustimmung gewiß war.

Charakter der Union zeigte sich in Wirklichkeit als ein sehr offensiver, statt die Reichsverfassung zu erhalten, bezweckte sie geradezu ihre Zertrümmerung und wir werden bald genug finden, daß sie, weit entfernt die Vertheidigung des eigenen Besitzes zu bezwecken, geradezu auf Eroberungen bedacht war. So schnell theilte sich der Geist Heinrichs IV den vorsichtigen deutschen Fürsten mit.

IV

Während der Kurfürst von der Pfalz im Verein mit dem Herzoge von Würtemberg die Begründung der Union fest ins Auge faßte, vergaß er, oder besser gesagt, der Fürst von Anhalt, keinen Augenblick auf die mit dem Erzherzog Maximilian eingeleitete Intrigue, sondern suchte dieselbe dem gewünschten Abschluße nahe zu bringen. Heinrich war für dieselbe gewonnen oder trat ihr wenigstens nicht entgegen, es kam also darauf an, daß sowohl in Oesterreich als auch in Deutschland der Boden für dieselbe vorbereitet werde. In Oesterreich konnte dies durch geheime Verhandlungen mit den Ständen, namentlich dem protestantischen Theile derselben, in Deutschland durch Gewinnung der Kurfürsten geschehen.

Für die Verhandlungen mit den Ständen war Niemand besser geeignet als Anhalt, der gerade in dieser Art von Geschäften eine unerreichbare Meisterschaft besaß. Schon seit mehreren Jahren hatte er sich bemüht mit einem Theile des protestantischen Adels in Oesterreich in Verbindung zu treten, um bei Gelegenheit daraus Nutzen zu ziehen. Jene Kavaliere, welche ihrer Ausbildung oder ihrer Lust wegen Deutschland bereisten, fanden nirgends eine so zuvorkommende Aufmerksamkeit und Theilnahme als gerade in seiner Residenz zu Amberg, wo er als Statthalter lebte, oder in Heidelberg bei dem Kurfürsten von der Pfalz; die Unterhaltung drehte sich da fast ausschließlich um die Verhältnisse ihrer Heimat und die Bemerkungen und Antworten des Wirthes ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die österreichischen Stände in ihren antidynastischen Bestrebungen an dem Kurfürsten von der Pfalz und an dem Fürsten von Anhalt die ausdauerndsten und opferwilligsten Freunde finden würden. So glaubte man auch in den österreichen Ländern selbst und die rebellischen Ungarn gaben sonach im J. 1605, als sie einen Gesandten an den Kurfürsten von der Pfalz abordneten, dieser allgemeinen Annahme nur einen passenden Ausdruck. Bocatz, der Gesandte des Kärpfner Landtags und Boskay's kam nach Deutschland im Beginn des J. 1606 und verlangte im Namen seiner Auftraggeber, der Kurfürst solle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verhindern, daß der Kaiser von den Reichs-

ständen Hilfe gegen Ungarn erlange und zugleich seinen ganzen Einfluß aufbieten, damit den Ungarn in ihren Forderungen genügt werde*).

Bei dieser Gelegenheit wurde Anhalt von dem Kurfürsten um Rath befragt, wie weit man sich mit den Ungarn einlassen solle, und kam nun zum erstenmale in die Lage, sich über die österreichischen Verhältnisse in entschiedener und folgenreicher Weise auszusprechen. Er riet dem Pfalzgrafen, die Verbindung nicht von sich zu weisen, doch auch nicht mit zu großer Hast sich in dieselbe zu stürzen, denn der Geist der ungarischen Nation sei „listig" und es sei deshalb um so schwerer mit ihnen in ein Bündniß sich einzulassen, da ihre Verbindung mit den Türken notorisch sei. Nichtsdestoweniger riet er den angeknüpften Faden nicht abzuschneiden, sondern den Ungarn so weit thunlich den Boden zu ebnen, sie etwa an den Prinzen Moriz von Oranien zu weisen und mit ihm in ein Bündniß zu bringen, für welches man auch die Böhmen auf eine geschickte Weise gewinnen müßte, weil für die evangelischen Stände im Reich mit der Zeit daraus „allerhand gute Gelegenheiten und Vortheile" entstehen könnten. Ja er meinte sogar, man müßte dahin trachten, daß das deutsche Reich in Ungarn selbst intervenire und zwischen den Aufständischen und dem Kaiser einen Frieden herstelle, was natürlich nichts anderes als die Vernichtung aller Auktorität Rudolfs zur Folge gehabt hätte**). Da Mathias selbst mit den Ungarn sich verband und dadurch den Wiener und Türkenfrieden herbeiführte, so hatte dieser Versuch einer Einmischung in die ungarischen Angelegenheiten vorerst keine Folgen, aber man hatte sich doch kennen gelernt, und in allen Ländern Oesterreichs galt es nunmehr als eine erwiesene Thatsache, daß die Protestanten auf die Pfalz unter allen Umständen rechnen könnten.

Christian von Anhalt that darauf einen Schritt weiter. Von Amberg aus, welches der böhmischen Grenze sehr nahe liegt, trat er in einen vertraulichen Briefwechsel mit dem letzten Stammhalter der berühmten Familie der Rosenberge. Peter Wok von Rosenberg lebte, um diese Zeit an der Schwelle des Greisenalters stehend, in Wittingau und vertrieb sich daselbst nach einem wechselvollen theils am kaiserlichen Hofe theils im Kriege zugebrachten Leben die Langeweile mit den alchy-

*) Münchner Staatsarchiv 517/27. Vortrag des Gesandten Bocskay's und der ungarischen Stände zu Schwezungen ddo. 7/17. Febr. Ebend. Fol. 47, Kurpfalz an Bocatz ddo. 13/23. Feber 1606.

**) Münchner Staatsarchiv 547/139. Unvorgreiflich bedencken, was bey herrn Botschkay und der Oberhungarischen Stende Abgesandten anbringen in acht zu nehmen und ferner zu deliberiren sein möchte ddo. 10/20. Feber 1606. Das Gutachten ist von Anhalt.

mistischen Spielereien seines Jahrhunderts, mit hübschen Mädchen und mit politischer Planmacherei. Seine Vorfahren hatten einst als glühende Vertheidiger der katholischen Kirche deren Bestand in Böhmen vor völligem Ruin gesichert, er dagegen hatte sich dem Protestantismus in die Arme geworfen und war zuletzt der Unität der böhmischen Brüder beigetreten. Anhaltende körperliche Schwäche, ob nun eine Folge erduldeter Strapazen oder genossener Vergnügen, hinderte ihn seinen Wohnort zu wechseln, er hatte deshalb Wittingau zu seinem beständigen Aufenthalt gewählt und aus seinem Schloß eine wohlverwahrte Festung gemacht, wie es damals keine zweite in Böhmen gab. Für seine Umgebung wurde er bald durch seine sonderbare Lebensweise, die in mehr als einer Beziehung an das orientalische streifte und durch seine Launen, in welchen Grausamkeit mit Wohlwollen abwechselnd das Glück oder Unglück jener, die ihm nahe kamen, begründete, eine Art mythischer Person. Zur Besorgung seiner Korrespondenzen hatte er sich in der Person eines gewissen Theobald Hock, der aus der Pfalz gebürtig war und mehrere Sprachen geläufig sprach, einen habsüchtigen und intriguanten Mann gewählt, der wahrscheinlich die erste Veranlassung zu einem vertrautern Verkehr zwischen Herrn von Rosenberg, dem Pfalzgrafen und dem Fürsten von Anhalt geboten hatte. Thatsache ist, daß der letzere im Anfang des J. 1607 seinem „Oheim und Vater" Peter Wok, einen in der Chemie erfahrenen Arzt zuschickte*), und zu gleicher Zeit in vertraulicher Weise alle wichtigen Vorfälle mit ihm brieflich erörterte. Gerade um diese Zeit nahmen die ungarischen Ereignisse bereits eine solche Wendung, daß der Zusammenstoß zwischen Mathias und Rudolf zu erwarten stand. Sowohl die Ungarn als auch diejenigen österreichischen Herren, welche sich dem Auftreten derselben anschließen wollten, darunter Erasmus von Tschernembl obenan, hatten ein großes Interesse daran, den mächtigsten und reichsten Kavalier von Böhmen in ihre Verbindung zu ziehen. Rosenberg, welcher sich in seiner Zurückgezogenheit mit einemmale von zwei deutschen Fürsten auf das schmeichelhafteste behandelt sah, jetzt auch bei den mannigfachsten Veranlassungen Zuschriften aus Ungarn und Oesterreich bekam, hielt sich nachgerade für berufen, mit dem Gewicht seiner Person und seines Vermögens selbstständiger in die Politik einzugreifen, während er doch nur dem Impulse folgte, welchen seine auswärtigen Freunde auf ihn ausübten. Anhalt legte ihm durch Hock seinen Plan einer Verbindung der Protestanten, wie er sich später in der Union verwirklichte, nahe und Rosenberg, diese Idee als eine eigene auffassend, schickte bald darauf seinen Sekretär als Unter-

*) Bernburger Archiv F. 1, 226, Fol. 29.

händler an den pfälzischen Hof den Kurfürsten zu mahnen, eine Vereinigung aller Protestanten zu einem Bündnisse anzubahnen. Auf diese Weise sah sich Friedrich IV förmlich zu etwas gedrängt, was er ohnedies auf das heftigste wünschte, und was er selbst Herrn von Rosenberg nahe gelegt hatte, ohne daß dieser davon eine Ahnung besaß*). Den ungarischen und österreichischen Freunden machte der letztere Hoffnung auf seine Unterstützung, die nach der Lage der Dinge vorerst nur in Geld bestehen konnte. Der Fürst von Anhalt selbst versuchte schon frühzeitig, wie weit die Opferwilligkeit Rosenbergs reichen würde, und bat ihn um ein Anlehen von 10.000 Thalern, wahrscheinlich unter dem Vorwande, daß sie zur Erreichung großer Zwecke dienen sollten. Rosenberg kam nicht nur dieser Aufforderung auf das bereitwilligste nach, indem er das Geld in Fässern im geheimen nach Amberg bringen ließ, sondern er machte auch Hoffnung auf fernern Beistand, so daß Anhalt nicht genug mit seiner neuen Freundschaft zufrieden sein konnte und nicht lange zögerte, dieselbe durch die Bitte um ein zweites Anlehen von 30.000 Thalern zu 12. Okt. 1607
erproben. Er schämte sich nicht, bei dieser Gelegenheit auch als Erbschleicher aufzutreten, denn da Rosenberg als der letzte des Stammes sein Vermögen lachenden Erben hinterlassen mußte, behauptete er steif und fest, die Familien Anhalt und Rosenberg seien mit den römischen Orsini's einer und derselben Abstammung und versprach zuletzt seinem Verbündeten Hock zehn Prozent von der Erbschaft zu geben, welche er ihm bei Rosenberg zu Wege bringen würde**).

Dieser Anschluß an den böhmischen Magnaten, welchem Anhalt so schnell eine einträgliche Seite abzugewinnen wußte, war zugleich auch von einem regen Austausch von Wünschen und Ansichten zwischen Ungarn,

---

*) Bernburger Archiv Reg. I. F. I. 226. Solms an Anhalt ddo. 9/19. August 1607. Sa demande (des Hock im Namen Rosenbergs) estoit, que Son Altesse (der Kurfürst) comme directeur entre les Evangelicques cognoissant de ce sien rapport l'estat present des eglises voisines le débvoit prendre au coeur et y travailler à vive force, qu' une Union et meilleur correspondance se puisse former entre les Estats protestans pour tant mieux pouvoir obvier aux dangeureuses pratiques et desseigns de nos ennemis communs.

**) Das Interessanteste an der Sache ist, daß Anhalt nach Rosenbergs Tode dem Theobald Hock die versprochenen 10 pCt. zu zahlen sich weigerte und sich ein Gutachten von seinen eigenen Beamten ausstellen ließ, welche ihn von seinem Versprechen losbanden. Ihr wichtigster Grund war, daß Hock die Hoffnungen, welche man sich von seiner Bemühung versprach, bei weitem nicht erfüllt habe und Rosenbergs Vermächtniß an Anhalt nur unbedeutend sei. Es betrug 30.000 Thaler. Hock sah sich in seinen Erwartungen betrogen. Die Akten sind im Bernburger Archiv.

Oesterreich und Böhmen einerseits und Amberg andererseits, welche alle ihren Weg über Wittingau machten, begleitet. Theils sandte Rosenberg nach Amberg detaillirte Nachrichten von dem, was ihm selbst zur Kenntniß gelangte, theils schickte er geradezu Hock zu Anhalt, um ihm durch diesen solche Mittheilungen zukommen zu lassen, welche am sichersten mündlich zu machen sind. Durch Rosenberg und Hock ertheilte wiederum Anhalt den Häuptern des österreichischen Adels namentlich Herrn von Tschernembl seine Rathschläge. Abermals vertrat er die Meinung, daß das deutsche Reich selbst in Ungarn interveniren und gegen den Kaiser Ruhe schaffen müsse, ja er ging noch weiter und empfahl eine Einverleibung Ungarns ins deutsche Reich, eine Maßregel, welche natürlich nur darauf berechnet war, das Land den Habsburgern so zu entwinden, wie sich ihnen Deutschland selbst entwunden hatte. Dabei blieb es ihm jedoch nicht verborgen, daß sich zwischen Mathias und jenen Ländern, welche Rudolfs Herrschaft abschütteln wollten, ein gutes Einvernehmen anbahne und daß vielleicht der Vortheil der Revolution, deren Ausbruch er selbst beschleunigte, dem Erzherzog zu Gute kommen könnte. Allein er rechnete, daß, wenn Mathias mit Hilfe der protestantischen Stände siegte, dieser Sieg auch der ständischen Macht und dem Protestantismus zu Gute kommen müßte und daß sich damit genug Gelegenheit bieten würde, gegen die Habsburger weiter zu intriguiren, im entscheidenden Moment an Mathias' Stelle den Erzherzog Maximilian zu bringen oder ganz und gar mit dem verhaßten Hause aufzuräumen. Anhalt machte sich auf einen längern Kampf in Oesterreich gefaßt, dessen Chancen er lenken zu können hoffte. So viel ist gewiß, er wußte um die Katastrophe, welche sich in Oesterreich vorbereitete, schürte die Unzufriedenheit daselbst und fand es den Interessen, welche er vertrat, entsprechend, daß der Kaiser ohne Rettung seinem Ruin entgegengehe*).

So wie Anhalt den österreichischen Ständen sich so viel als möglich näherte, um einen Einfluß auf sie zu gewinnen, so trachtete er gleichzeitig in Deutschland den Boden für die künftigen Operationen zu ebnen. Hier mußte er mit seinem Plane, den Erzherzog Maximilian auf den deutschen Thron zu erheben, offener hervortreten, um die Ausschlag ge-

*) Bernburger Archiv F. 1. 226 Fol. 47 Rosenberg an Anhalt ddo. 5. April 1607; Fol. 74 Rosenberg an Anhalt ddo. 10. Mai, Fol. 66 Hock an Dr. Crell ddo. 22. Mai; Fol. 80 Anhalt an Rosenberg ddo. 3/13. Juli; Fol. 85 Memorial Anhalts niedergeschrieben anfangs August; Fol. 98 und 104 Rosenberg an Anhalt und Hock an Anhalt. — Münchner Staatsarchiv 547/3, 175. Memorial Anhalts für den Kurfürsten von der Pfalz ddo. 2/12. Oktober 1607.

benden Personen zu gewinnen, während es in Oesterreich hinreichte, wenn
man die Stände daran gewöhnte, ihr Heil von pfälzischer Einwirkung zu
erwarten. Da nun die Kurfürsten in der Besetzung des deutschen Thrones
die schließliche Entscheidung in den Händen hatten, so trachtete Anhalt,
sie zuerst zu gewinnen. Man sollte wohl erwarten, daß er die Verhandlungen
mit dem protestantischen Theil derselben begonnen habe, aber dieser kluge
und scharfsichtige Politiker sah mehr Gedeihen für seine Unternehmung,
wenn er sich unmittelbar an die geistlichen Kurfürsten wagen würde,
sobald es ihm nur gelingen könnte, einen derselben zu gewinnen. Den
ersten dahin abzielenden Versuch machte der Pfalzgraf auf sein Anrathen
bei dem Erzbischof Schweickhart von Mainz und die Gelegenheit
hiezu boten die Berathungen des Kurfürstentages von Fulda. Die völlige
Apathie des Kaisers in den deutschen Reichs-Angelegenheiten hatte nämlich
den Kurfürsten von Mainz veranlaßt, einen Konvent nach Fulda zu be-
rufen, welcher von den Gesandten sämmtlicher Kurfürsten beschickt und 1606
in dem unter andern berathen wurde, wie dem Kriege in den Nieder- Aug.
landen ein Ende gemacht und wie für das Reich durch die Wahl eines
Königs gesorgt werden könne. Die geistlichen Kurfürsten hatten ein großes
Interesse daran, daß das Reichsoberhaupt einigermaßen seine Pflicht
thue und deshalb waren ihre Wünsche nach einem Vertreter Rudolfs
ziemlich aufrichtig. Pfalz bei seinen auf Maximilian gerichteten
Intentionen war damit zufrieden, daß die Königswahl in Antrag ge-
bracht werde; Sachsen und Brandenburg schloßen sich der Mehrheit
ohne tiefer gehende Absichten an. Es wurde beschlossen, sämmtliche
Kurfürsten sollten sich in einem gemeinsamen Schreiben an den Kaiser
wenden, damit dieser zur eigenen Erleichterung die Wahl eines Königs
gestatte, der ihm bei der Regierung als eine Art Coadjutor behilflich sein
solle. Die drei geistlichen Kurfürsten unterzeichneten das Schreiben,
als aber der Pfalzgraf dies thun sollte, besann er sich plötzlich eines
andern, denn er fand, daß eine solche Aufforderung an den Kaiser, für
die Nachfolge zu sorgen, allzusehr der Wahlfreiheit „präjudizirlich" sei*).
Das Schreiben ward sonach nicht abgeschickt, da auch Brandenburg und
Sachsen nicht unterzeichneten, die Successionsfrage aber, um derentwegen
der Tag von Fulda vornehmlich ausgeschrieben worden, war in weitere
Ferne als je gerückt.

---

*) Sächs. Staatsa. Kurfürstenzusammenkunft 7387/13. Kursächs. Instruktion für den Tag von Fulda ddo. 28. Juli/ 7. Aug. 1606. Münchner Staatsa. 547/1, 419. Kurpfälzische Instruktion für den Tag von Fulda ddo.11/21. Aug. 1606. Ebendaselbst 547/3, 15. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg, 22. Jänner/ 1. Feber 1607.

Auch erinnerte sich jetzt Anhalt, daß der Pfalzgraf dem Kaiser erst vor einigen Jahren das Versprechen gegeben habe, er werde die Wahl eines römischen Königs auf keine Weise in Anregung bringen. Die Mahnung des Tages von Fulda wäre nicht nur ein Bruch dieses Versprechens gewesen, sondern sie hätte den Kaiser in gleicher Weise gegen Kurpfalz wie gegen andere Kurfürsten eingenommen. Anhalt riet deshalb andere Wege einzuschlagen. Durch einen vertrauten Agenten konnte nach seiner Meinung dem Kaiser in Prag nahegelegt werden, daß sich das allgemeine Verlangen nach der Bestimmung der Nachfolge im Reiche nicht weiter unterdrücken lasse, und daß es deshalb für den Kaiser weit besser sei, wenn er diese Angelegenheit selbst in die Hand nehme und im Verein mit Kurpfalz und andern Wählern einen Prinzen erhebe, der ihm keinesfalls gefährlich werden könne*). Aber um diesen Vorstellungen den gehörigen Nachdruck zu geben, war es nöthig, daß Pfalz nicht bloß im eigenen Namen auftrat, sondern zum voraus mit einem der wichtigsten Kurfürsten sich verständigte.

Als daher der Pfalzgraf dem Erzbischof von Mainz erklärte, er könne das Schreiben an den Kaiser nicht unterzeichnen, ersuchte er ihn zugleich um eine Zusammenkunft, in der sie beide im engsten Vertrauen die Successionsfrage besprechen könnten**). Diese Zusammenkunft fand wirklich in Neuenschloß statt, wo Kurmainz und Kurpfalz, begleitet von
27. März 1607 ihren vertrautesten Räthen sich einfanden***). Hier besprachen sie umständlich die öffentlichen Verhältnisse und nachdem ihre Ansichten in einigen wichtigen Punkten sich begegneten, beschloßen sie einander mitzu-

---

*) Münchner Staatsa. 547/1, 598. Anhalt an Kurpfalz ddo. Lautern 20/30. Sept. 1606. Ebendaselbst 547/1, 663. Anhalt an Kurpfalz ddo. 21/31. Nov. 1606. Ebendaselbst 547/1, 666. Anhalt an Kurpfalz ddo. 28. Dez. 1606/7. Jänner 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 58. Kurpfalz an Anhalt ddo. 7/17. Feber 1607.

***) Münchner Staatsa. 547/3, 113. Memorial für Kurpfalz, was bei der Zusammenkunft in Neuenschloß verhandelt werden solle. „Beim Punktum in causa successionis möchte von Meintz defectus patrimonii Ertzherzogs Maximilians erregt werden. Daruff aber geantwortet werden, obwohl pacta familiae in selbigem hauß, daß der Aeltiste nur die Lande haben sollt, vorhanden sein möchten, das doch noch zweifelich, ob die sich nit disputiren laßen köndten. Contrarium finde sich daß practicirt worden, indem Grätz davon kommen durch theilung. Wann derwegen hiernegst Maximilian ettwas windts bekhäme, wurden J. F. D. auch selbst alßdan bedacht sein von den Erblanden waß zu erlangen oder auch sonsten mittel vorschlagen. So möcht sich Beheim und Ungarn uff solchen Fall auch desto leichter an J. F. D. ergeben. — Ebendaselbst Fol. 107 und 112 sind die Reverse, durch welche sich Pfalz und Mainz gegenseitig ihre Verschwiegenheit garantirten.

theilen, wem sie bei der künftigen Wahl ihre Stimme geben würden und leisteten zugleich einen Eid, das Geheimniß „bis in die Grube" bewahren zu wollen, wofern sie sich nicht für eine und dieselbe Person entscheiden könnten. Nachdem diese Vorbereitungen zu Ende waren, bezeichneten sowohl Schweickhart als Friedrich IV den Erzherzog Maximilian als die Person, deren Erhebung sie wünschten. Ob durch die vorangegangenen Verhandlungen, was wahrscheinlich, oder durch eigene Ueberzeugung der Erzbischof zu Maximilians Gunsten gestimmt worden war, ist uns nicht bekannt. Die beiden Kurfürsten beschloßen dann, nachdem sie in so trefflicher Uebereinstimmung sich befanden, ihre übrigen Kollegen zu gewinnen; Mainz sollte dies Geschäft bei den geistlichen, Pfalz bei den weltlichen übernehmen und beide das Geheimniß durch ähnliche Vorsichtsmaßregeln wie Eidleistung und Revers schützen. Fügen wir gleich jetzt hinzu, daß bald darauf auch Köln und Trier für Maximilian gewonnen wurden*), so ergibt sich, wie nahe Anhalt an seinem Ziele angelangt schien.

Vor allem war nun nöthig, sich der Zustimmung Maximilians vollständig zu versichern. Ducker, der vertraute Rath des Erzherzogs, wurde aufgefordert, nach Mainz und Heidelberg zu kommen, wo ihm wichtige Mittheilungen gemacht werden würden. Er wurde daselbst in Kenntniß gesetzt, daß bereits vier Kurfürsten für seinen Herrn gewonnen seien und deshalb ersucht, sich zu erklären, ob derselbe die Wahl annehmen würde, und welche Hoffnungen er in diesem Falle habe, durch freiwillige Zustimmung der Brüder einen Theil des Familienbesitzes oder das Ganze in seine Macht zu bekommen. Bezüglich des letztern konnte Ducker keine positiven Erklärungen abgeben, bezüglich der Wahl dagegen meinte er, daß obwohl Erzherzog Maximilian durchaus sich nicht in den Vordergrund dränge und andere nicht benachtheiligen wolle, er gleichwohl von sich eine Krone nicht abweisen werde, die ihm durch „besondere Schickung Gottes"**) angetragen werde. Anhalt wollte

*) Münchner Staatsa. 547/3, 134, Kurpfalz an den Grafen Joh. Albrecht zu Solms ddo. 6/10. April 1607. Ebendaselbst Fol. 142, Solms an Kurpfalz ddo. 23. April/3. Mai 1607. Ebend. Fol. 144, Kurmainz an Kurpfalz ddo. 2. Mai 1607. Ebend. Fol. 146, Zusammenkunft von Kurmainz, Kurpfalz und Anhalt in Ladenburg ddo. 20/30. Mai. Ebend. Fol. 170, Bericht des Grafen von Solms ddo. 5/15. Juli 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 170. Relation des Grafen Solms ddo. 5/15. Juli 1607: Ducker beteuerte nochmahls, daß J. D. Ertzhertzog Maximilianus darnach (nach der deutschen Krone) nicht trachtete vor ihre Persohn . . . da es aber Gott also gefallen sollte, daß J. D. von denen, so es gebüret, hierzu solte

nun, daß der Erzherzog mit dem Pfalzgrafen und dem Erzbischof von Mainz zusammenkomme, damit bei dieser Gelegenheit genau die weitern Schritte berathen und namentlich bestimmt würde, wie der Kaiser für die gewünschte Wahl gewonnen werden könnte*). Während der Kurfürst von Mainz mit der Zustimmung zu dieser Zusammenkunft zögerte und sie, um Aufsehen zu vermeiden, bis zu dem künftigen Reichstag verschieben wollte, lief ein Schreiben Duckers ein, worin dieser im Namen seines Herrn ersuchte, Kurmainz möge durch Gewinnung des Grafen Sixt Trautson, eines der wichtigsten Räthe des Erzherzogs Mathias, diesen letztern selbst zur Abtretung der Erbländer an Maximilian bewegen**). Auch in dieser Beziehung mag der Kurfürst von Mainz nicht das Gewünschte gethan haben; dagegen einigte er sich in einer abermaligen Zusammenkunft mit dem Pfalzgrafen, daß nunmehr auch Kurbrandenburg ins Geheimniß gezogen werde, und Anhalt selbst übernahm die Reise nach Berlin***). Bei diesem Punkte blieben aber die Verhandlungen und überhaupt der ganze Versuch, Maximilian auf den deutschen Thron zu bringen, stehen. Die nun plötzlich eintretenden Ereignisse, welche Mathias in den Vordergrund brachten, machten die Kandidatur Maximilians unmöglich. Anhalt aber, wenn er seine Absicht den Habsburgern zu schaden, nicht aufgeben wollte, mußte einen andern Weg einschlagen, und hiezu schaffte er sich, wie wir bald sehen werden, durch seine ans geniale streifende Anlage zur Intrigue unverweilt neue Gelegenheit.

---

erfordert und beruffen werden, wolte sie es vor eine sonderbahre schickung Gottes halten und den herren Churfürsten nit aus handen geben.

*) Münchner Staatsa. 547/3, 188. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 16/26. Juli 1607. Ebend. Fol. 207. Kurmainz an Kurpfalz ddo. Aschaffenburg 10. August 1607. Ebend. Fol. 210. Anhalt an Kurpfalz ddo. 10/20. August 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 213. Vorschlag Duckers wegen der römischen Königswahl. Beilage von Anhalts Schreiben an Kurpfalz ddo. 10/20. Aug. 1607.

***) Münchner Staatsa. 547/3, 237. Kurpfälzische Instruktion für Anhalt zu seiner Reise zum Kurfürsten von Brandenburg ddo. 29. Sept./9. Okt. 1607.

Viertes Kapitel.

I. Berufung des Reichstags von Regensburg. Seine Mitglieder. Die kaiserlichen Propositionen. Opposition der Protestanten. Die Verhandlungen wegen Bestätigung eines erweiterten Religionsfriedens. Die Protestanten verlassen den Reichstag. — II. Rudolfs unvorsichtiges Auftreten gegen die Ungarn. Die wichtigsten Parteihäupter in Ungarn, Oesterreich, Mähren und Böhmen. — III. Die Rossitzer Zusammenkunft. Der Preßburger Reichstag. Das Bündniß der Oesterreicher und Ungarn mit Mathias. Mathias' Gesandtschaften. Ferdinands feindliche Stellung. — IV. Des Kaisers schwankende Politik. Khlesl in Prag. Aufregung in Mähren. Revolutionäre Auftritte in Brünn. Der Tag von Austerlitz. Der Landtag in Prag. Der Landtag in Eibenschitz. Die Mährer treten dem ungarisch-österreichischen Bündnisse bei.

I

Nachdem der Kaiser seine letzte Hoffnung auf die Unterstützung eines deutschen Reichstags gesetzt hatte, ließ er sich dessen Zustandekommen mit allem dem Eifer angelegen sein, dessen er bei seiner kranken und in der Wahl der Mittel ewig unschlüssigen Gemüthsart überhaupt fähig war. Um den Willen der bedeutendsten Fürsten in voraus sich geneigt zu machen, ordnete er an sie im Laufe des J. 1607 Gesandte ab, welche sie über den Charakter der ungarischen Bewegung in einer ihm günstigen Weise unterrichten sollten, selbst aber suchte er durch eine mehr als gewöhnliche Zuvorkommenheit seine fürstlichen Unterthanen, wenn sie zum Besuche nach Prag kamen, zu verbinden. So benahm er sich gegen den Kurfürsten von Sachsen, mit welchem er seit Jahren auf einem guten Fuße stand, bei seiner Anwesenheit in Prag als ein höchst artiger Juli
und gastfreundlicher Wirth, gestattete, daß dessen Kaplan Polikarp 1607
Leiser öffentlich predigen durfte, obwohl dieses kein geringes Aergerniß bei allen Katholiken hervorrufen mußte, und fetirte den wegen seiner unflätigen Sprache, Gefräßigkeit und Trunksucht berüchtigten Kurfürsten in

solcher Weise, daß dieser selbst den Tag vor der Abreise bei der Tafel bekannte: „Ihre Majestät halten mich so wohl, daß ich fast keine Stunde zu Prag nüchtern gelebt.*)" — Als seinen Gesandten nach Deutschland schickte Rudolf den Landgrafen von Leuchtenberg mit dem Auftrage, sowohl das Vorgehen der Ungarn als auch das des Erzherzogs Mathias in entschiedener Weise zu verdammen und alle Hilfe der Fürsten anzusprechen, so weit sie zur Herstellung der kaiserlichen Auctorität nöthig sei. Es macht auf uns einen eigenthümlichen Eindruck, wenn wir den Landgrafen auf seiner Rundreise durch Deutschland am Hofe von Heidelberg gerade in dem Momente Halt machen sehen, in welchem der Kurfürst mit dem Gesandten des Herzogs von Würtemberg über die künftige Sprengung
Nov. 1607 des Reichstags verhandelte**) und wenn wir vollends die Sprache hören, welche Rudolf daselbst führen ließ. Er ergoß sich in den heftigsten Klagen wider den Erzherzog Mathias, beschuldigte ihn, daß er bloß auf den Rath von Ausländern und Weibern höre, daß er seine Befehle verachtet, absichtlich den Verlust von Gran herbeigeführt, den ungarischen Aufstand geschürt und darauf eigenmächtig einen „schändlichen Frieden" mit den Türken und Ungarn abgeschlossen habe. Ja in seiner gestörten Auffassungsweise führte er sogar noch Klage über alle jene Erzherzoge, welche vor zwei Jahren von Linz aus die Reise nach Prag unternommen hatten, um ihn an seine Pflicht zu mahnen; er beschwerte sich über sie, daß sie damals mit „spöttischen Vorschlägen zum Frieden" und nur um ihn zu quälen nach Prag gekommen seien. An diese Beschuldigungen knüpfte der Kaiser die Hoffnung, der Pfalzgraf werde mit allen Mitteln und selbst mit gewaffneter Hand ihm zur Wiederherstellung seiner Auktorität behilflich sein. Wie kläglich nehmen sich Bitten und Klagen aus, wenn man sie an einen Feind richtet, welcher derselben offen spottet, und wie sehr war dies da der Fall! Die Antwort, welche der Landgraf bekam, war mehr höhnisch als nichtssagend; der Pfalzgraf sprach nämlich die Hoffnung aus, Erzherzog Mathias werde, wenn ihm der Kaiser das vorhalten werde, wessen ihn der Graf von Leuchtenberg hier be-

---

*) Münchner Reichsarchiv XXI/13, 22, Bodenius an Max von Bayern. ddo. Prag 15. Juli 1607: De ipsius (des Kurfürsten) obscoenis verbis vix ausim scribere. — Archiv von Simancas 2493/68 Guillen de San Clemente an Philipp III ddo. 28. Juli 1607: Ordinariamente esta bebiendo, a sido buena suerte la del Emperador que este hombre aya venido a esta corte, porque los Boemios, que le tenian en gran veneracion y quiça puestos los ojos en el, algunos dellos con su presencia se an desengañado.

**) Die beiden Gesandten waren gleichzeitig in Heidelberg.

schuldigt habe, gewiß zur Nachgiebigkeit sich bequemen*). Diese Gewißheit von Mathias' Nachgiebigkeit war eben so sicher, als die Aufrichtigkeit des Pfalzgrafen, mit welcher er dieselbe zu wünschen vorgab.

Der Reichstag selbst war nach Regensburg ausgeschrieben worden. Da der Kaiser demselben nicht beiwohnen wollte, so mußte er nach der Gewohnheit früherer Zeiten eine fürstliche Person als seinen Stellvertreter absenden, welche den Titel Prinzipalkommissär führte. Bei den letzten Reichstagen hatte er sich hiebei seines Bruders Mathias bedient, wovon natürlich diesmal keine Rede war; seine Wahl traf jetzt den Erzherzog Ferdinand von Gratz. Die Ernennung dieses Prinzen stieß in Deutschland auf allgemeine Mißbilligung, denn selbst den geistlichen Kurfürsten wäre es genehmer gewesen, wenn eine den Protestanten minder verhaßte Persönlichkeit gewählt worden wäre. Rudolf nahm jedoch die Ernennung nicht zurück, obwohl er darum sogar ersucht wurde, und Ferdinand machte sich im November des J. 1607 auf den Weg nach Regensburg. Schon der Umstand, daß der Kaiser den Reichstag nicht selbst eröffnete, reichte hin, daß auch die Kurfürsten und die angesehensten Fürsten wegblieben und nur ihre Gesandten abschickten, aber auch diese, so wie diejenigen Reichsstände, welche in eigener Machtvollkommenheit erschienen, säumten mit ihrer Ankunft so lange, daß Ferdinand bereits im zweiten Monat in Regensburg weilte, bevor er den Reichstag eröffnen konnte, was endlich am 12. Jänner geschah. 1608

Es ist für das Verständniß der folgenden Verhandlungen nöthig zu wissen, daß der deutsche Reichstag nicht in einer einzigen Versammlung beriet, sondern altem Herkommen nach aus drei Abtheilungen bestand: dem Kurfürstenrath, dem Fürstenrath und den Städten. Zu dem Kurfürstenrath gehörten die drei geistlichen und drei weltlichen Kurfürsten; der König von Böhmen übte bei keiner von ihren Versammlungen mit Ausnahme der Kaiserwahlen irgend welche Rechte aus, wozu theils die seit den Husitentagen stets gesteigerte Entfremdung Böhmens von Deutschland, theils der Umstand beigetragen hatte, daß seit langem die böhmische Krone regelmäßig mit der Kaiserkrone verbunden war. Die Ausschließung des Königs von Böhmen von allen Verhandlungen des kurfürstlichen Collegiums ging so weit, daß sich weder Maximilian II noch Rudolf II noch auch später Mathias und Ferdinand II, die alle vor ihrer

*) Münchner Staatsa. 547/3, 284, Rudolf an den Pfalzgrafen ddo. 2. November. Ebendaselbst Fol. 287. Verzeichniß, waß des herren Landtgraffs zu Leuchtenberg F. G. neben der ordinari Werbung ferner wegen der Kay. Mt. Pfalz vorbracht.

Wahl auf den deutschen Thron bereits die böhmische Königskrone trugen, an den Berathungen betheiligen durften, welche unmittelbar vor der Wahl über die kaiserliche Capitulation, also über einen ganz besonderen Gegenstand des öffentlichen Rechtes geführt wurden. — Der Fürstenrath war in zwei Bänke getheilt, auf der ersten Bank, der „geistlichen", saßen die Herrscher von Oesterreich, die Erzbischöfe, darunter der von Salzburg obenan, der Deutschmeister, die Bischöfe, die gefürsteten Aebte und die Vertreter der Abteien. Auf der weltlichen Bank saßen Bayern, Pfalz-Neuburg, Sachsenweimar, Braunschweig, Pommern, Meklenburg, Baden, Jülich, Würtemberg und andere Fürsten, außerdem noch die Vertreter des schwäbischen und wetterauischen Reichsadels. Während die Fürsten und Bischöfe Virilstimmen hatten, waren die Prälaten, Grafen und Reichsritter nur durch je zwei Stimmen im Fürstenrath vertreten, doch war es keinem derselben verwehrt, persönlich den Verhandlungen als Zuhörer beizuwohnen. Im Kurfürstenrathe hatte stets Mainz den Vorsitz, im Fürstenrathe wurde er sonst von Salzburg und Magdeburg angesprochen; jetzt trat an Magdeburgs Stelle Oesterreich, denn seit dieses Erzbisthum in protestantische Hände gekommen, war es wie viele andere säkularisirte Kirchengüter nicht mehr am Reichstage vertreten. Auch der Städterath zerfiel in zwei Bänke, die rheinische und schwäbische; jede der Reichsstädte hatte in diesem Rathe Sitz und Stimme. Wenn es nothwendig war, daß der gesammte Reichstag in einen einzigen Körper als Reichsdeputation oder Ausschuß zusammentrat, war für jeden der einzelnen Räthe die Stimmenzahl gesetzlich bestimmt. In diesem Fall hatten die Kurfürsten sechs Stimmen, eben so viele der Fürstenrath und die Städte zwei. Es war sonach möglich, daß die Kurfürsten in den Ausschüßen überstimmt werden konnten, was zur Folge hatte, daß sie nur höchst ungern zur Bildung derselben die Hand boten; nichtsdestoweniger traten sie fast regelmäßig bei den Reichstagen zur Schlichtung minder wichtiger Angelegenheiten oder solcher, die keinen Aufschub duldeten, zusammen. Die Zerfahrenheit, welche in die deutsche Verfassung durch die Religionsverschiedenheit und den nach voller Souverainität lüsternen Geist der Reichsstände gekommen war, bewirkte indessen, daß die Verhandlungen der Ausschüße ebenso schleppend und von baldiger Uebereinstimmung ebenso entfernt waren, als der vollständige Reichstag selbst. Sobald es sich um eine Religionsangelegenheit handelte, war im Kurfürstenrath kein Beschluß zu erzielen, da sich konstant die geistlichen und weltlichen Kurfürsten gegenüberstanden. Dagegen war der Fürstenrath um so entschiedener auf katholischer Seite, weil nicht alle Besitzer der säkularisirten Bisthümer und Erzbisthümer, so sehr sie dies auch anstrebten, einen Sitz darin erlangen konnten, also die übrig gebliebenen kirchlichen Würdenträger mit den welt-

lichen katholischen Fürsten die Majorität bildeten. Der Städterath war protestantisch, da sich die Reichsstädte fast ausnahmslos der Glaubensneuerung zugekehrt hatten*).

Längere Zeit hatte man sich in Prag berathen, welche Gegenstände man auf dem Reichstage zur Verhandlung kommen lassen solle; der Kaiser wollte zwar nichts anderes als Geld erhalten, aber mit diesem nackten Verlangen konnte er demselben nicht ohne weiteres entgegentreten. Es mußten also in das kaiserliche Programm mehrere Punkte, deren Entscheidung in Deutschland mehr oder weniger allgemein gewünscht wurde, aufgenommen werden. Schon lange forderten der Fortschritt der Zeit und mancherlei Besitzänderungen eine durchgehende Verbesserung der Reichsmatrikel, nach welcher die Steuern bemessen wurden; das Münzwesen bedurfte einiger allgemein bindender Anordnungen; der langsame Gang aller Prozesse bei dem Reichskammergerichte erheischte eine Vermehrung, wo nicht Verdoppelung seiner Beisitzer und eine Verbesserung seiner Gerichtsordnung und endlich hatte man auch vielfach angeregt, daß das Reich nicht theilnahmlos dem Kriege in den Niederlanden zusehe, sondern seine Autorität zur Herstellung des Friedens geltend mache. Dies waren Punkte, welche seit vielen Jahren fortwährend besprochen werden und zu deren Entscheidung der Kaiser sich bereitwillig erklären mußte, wenn er andererseits die Befriedigung seiner Bedürfnisse erwarten wollte**). Als demnach Erzherzog Ferdinand dem Reichstag die kaiserliche Proposition, welche den Gegenstand seiner Berathungen ausmachen sollte, vorlegte, bestand dieselbe aus fünf Punkten. Der erste betraf die Geldhilfe, deren der Kaiser dringend gegen die Türken bedürfe, der zweite die Aenderungen am Reichskammergericht, welche als eine „Reform des Justizwesens" bezeichnet wurden, der dritte den niederländischen Krieg, bei welchem das Reich seine Autorität wahren solle, der vierte das Münzwesen und der fünfte die Reichsmatrikel.

Der wichtigste unter diesen Punkten war jener, welcher die „Reform des Justizwesens" betraf. Der Kaiser verstand darunter theils eine solche Reform des Reichskammergerichtes, wodurch dasselbe in die Lage käme, schneller Recht zu sprechen, theils die Beseitigung aller Hindernisse,

*) Wiener Reichsarchiv. Vom Ausschreiben eines Reichstags MS 94. Es ist dies ein langer Aufsatz über die Beschaffenheit der Reichstage, dessen man sich in der kaiserl. Kanzlei vor dem Regensburger Reichstag von 1613 bediente.

**) Wiener Staatsa. Reichstagsakten Nr. 68. Dr. Roths Bedencken über den Reichstag. Es ist dies ein ausführliches Gutachten für den Kaiser, welche Propositionen er dem Reichstage vorlegen solle.

welche sich der Exekution der reichskammergerichtlichen Urtheile entgegenstellten. Dies war aber nicht der Sinn, welchen die deutsche Aktionspartei, den Pfalzgrafen an der Spitze, mit der Reform des Justizwesens verband. Liest man die Schriften dieser meistens kalvinischen Partei, so begegnet man in denselben ununterbrochenen Klagen über den üblen Zustand der Justiz im Reiche und ununterbrochenen Beschuldigungen des Kaisers, daß er seine Pflicht vernachlässige; alle diese Klagen beabsichtigten jedoch nichts anderes als geradezu die Vernichtung jeder Reichsjustiz. Die Wortführer der Justizreform in Deutschland verstanden unter derselben vor allem die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes, die Sistirung aller Exekutionen gegen jene, welche die vom Reichstage bewilligten Steuern dem Kaiser nicht zahlten und endlich die Ungiltigkeitserklärung aller kammergerichtlichen Urtheile, welche Gegenstände betrafen, die ihrer Behauptung nach religiöser Natur waren und sonach nur von Kaiser und Reich d. i. eigentlich nie oder nur nach der Willkür der Mächtigern entschieden werden sollten. Nicht eine Reform ward also beabsichtigt, welche eine schnelle Justiz herbeiführen sollte und welche alle streitigen Angelegenheiten in Deutschland vor ein allgemein giltiges Forum zöge, es ward vielmehr versucht, den Umfang dessen, was durch Gesetze und richterliches Erkennen der Willkür der einzelnen Fürsten entrückt werden sollte, auf das geringste Maß herabzudrücken; nicht deshalb wurde die Unterdrückung des Reichshofrathes gewünscht, weil eine einheitliche Justiz zwei konkurrirende Gerichtshöfe nicht vertrage, sondern deshalb, weil der Kaiser durch den Reichshofrath Rechte ausübte, deren Vernichtung man anstrebte. Erinnern wir uns noch, daß der Pfalzgraf als das Ziel der Union hinstellte, man dürfe sich den Majoritätsbeschlüßen des Reichstages nicht fügen, so wird man den richtigen Standpunkt gewinnen, von dem aus man die Politik seiner Partei, ihre Justiz- und Verfassungsreformen würdigen kann.

Der wichtigste Punkt in der Justizreform, wie sie von der Partei des Pfalzgrafen verstanden wurde, betraf die Sistirung der Kompetenz des Kammergerichtes in Gegenständen religiöser Natur und die Ungiltigkeitserklärung der in dieser Beziehung gefällten Urtheile. Es ist bekannt, daß es in Deutschland seit dem Augsburger Religionsfrieden zu keiner Einigung über den „geistlichen Vorbehalt“ gekommen war; Protestanten und Katholiken standen einander mit ihren Forderungen schnurstraks gegenüber. Nichtsdestoweniger rissen die erstern nach wie vor überall, wo sie konnten, geistliche Güter an sich, und fast bei jedem Reichstag konnten die Katholiken über den abermaligen Verlust eines Bisthums oder einer Abtei Klage führen. Vom Kammergerichte erfolgte während langer

Zeit auf die deshalb anhängigen Klagen keine Entscheidung, bis endlich unter Rudolf die Beschwerden der Katholiken daselbst wieder Gehör fanden und dasselbe die Protestanten auf Grundlage des Augsburger Religionsfriedens in vier Fällen, welche Klöster betrafen, zur Restitution verurtheilte*). Diese Entscheidungen waren von großer prinzipieller Bedeutung, denn wenn sie exequirt wurden, wer schützte dann die Protestanten vor dem Versuche, ihnen auf dem Rechtswege alles das zu entreißen, wessen sie sich seit dem J. 1556 faktisch bemächtigt hatten? Theils aus eigenem Antriebe, theils aufgefordert von ihren Glaubensgenossen fochten also die Verurtheilten die Giltigkeit der reichskammergerichtlichen Erkenntnisse an und verlangten eine Revision derselben. Zur Vornahme dieser und anderer seit dem J. 1586 zur Revision angemeldeten Prozesse hatte der Reichstag von 1598 angeordnet, daß eine Deputation in Speier zusammentreten und dieselbe vornehmen solle. Da sich an dem Urtheil des Kammergerichtes in der „Vierklosterfrage" mehrere protestantische Assessoren zu Gunsten der Katholiken entschieden hatten, und Rechtsgelehrte, welche der Kurfürst von der Pfalz nachträglich befragte, sich gleichfalls in einer den Katholiken günstigen Weise über die Rechtsfrage ausließen**), so fürchtete der Kurfürst von der Pfalz, daß möglicherweise in der vom Reichstage angeordneten Deputation sich ein oder der andere Protestant auf die Seite der Katholiken schlagen und hiedurch den letzteren zum Siege verhelfen könnte. Sein Bestreben war es demnach, die Deputation durchaus zu keiner Revision kommen zu lassen oder wenn eine solche doch vorgenommen wurde, wenigstens die Vierklosterfrage davon auszuschließen, denn nach seiner Behauptung gehörten Entscheidungen über Religionsangelegenheiten nicht zur Kompetenz des Kammergerichtes, das an und für sich nicht berechtigt sei, die Tragweite des Religionsfriedens zu interpretiren; der Kaiser und der Reichstag allein seien zum Eingreifen in solche Angelegenheiten befugt. Da der Kurfürst nicht allein stand, sondern von einer großen Anzahl der Reichsstände in seiner Opposition eifrig unterstützt und von andern wenigstens nicht gehindert wurde, so kam es in der That zu keiner Revision der Prozesse und bei dem Reichstage von 1608 mußte, wenn man die „Justizreform" in Angriff nahm, die Vierklosterfrage prinzipiell entschieden werden, d. h. man mußte über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit des Augsburger Religionsfriedens oder über seine Interpretation einen Beschluß fassen. Welches gefährliche Thema demnach, wenn der Reichstag die Verhandlungen über die Justizreform

---

*) Häberlin. Neueste deutsche Reichsgeschichte. Bd. 21. S. 636.

**) Londorp, S. 545. Gutachten des Visitationsgesandten Leonhardt Schuch.

wirklich in Angriff nahm; der ganze Gegensatz zwischen den katholischen und protestantischen, zwischen den kaiserlichen und den fürstlichen Interessen trat hierin offen an den Tag und ließ, wie die Dinge nun einmal standen, keine Ausgleichung mehr hoffen. Für den Kaiser war es also eine Angelegenheit von höchster Bedeutung, daß die Geldbewilligung nicht in irgend einer Weise mit dem gordischen Knoten der Justizreform in Verbindung gebracht werde, für die Protestanten und alle jene, welche eine Sprengung des Reichstages beabsichtigten und dem Kaiser kein Geld mehr geben wollten, war es dagegen vor allem nöthig, daß die Berathung über die Justizreform zum Ausgangspunkt der Verhandlungen genommen werde, weil sie dann sicher sein konnten, daß der Reichstag nie über diesen ersten Punkt hinauskommen würde.

Gleich nach der Vorlage der kaiserlichen Propositionen durch den Prinzipalkommissär erhoben also die Protestanten ihre Einwendung gegen die Reihenfolge derselben, bestritten dem Kaiser das Recht, die Ordnung der Berathungen zu bestimmen und verlangten, daß zuerst die Justizreform erwogen werde. Indessen war diese Opposition nur insofern ernstlich gemeint, als dadurch viele Tage in unnützen Debatten hingingen, denn die Protestanten ließen sich zuletzt zum „Beweise ihrer freundlichen Nachgiebigkeit" die Berathungen in der vom Kaiser bestimmten Ordnung gefallen, aber nur um, wie wir gleich sehen werden, auf einem Seitenwege zu ihrer ursprünglichen Absicht zurückzukehren. Es ward nun in allen drei Räthen die ungarische Angelegenheit und die Berathung über die dem Kaiser zu leistende Geldhilfe an die Tagesordnung gesetzt.

Bei dieser Gelegenheit wurde der Stand der Angelegenheiten in Ungarn von allen Seiten untersucht und schon in der Auffassung derselben zeigte sich ein prinzipieller Unterschied, der natürlich in der Frage über Bewilligung und Nichtbewilligung der Geldhilfe von Entscheidung sein mußte. Die katholischen Kurfürsten und die katholische Mehrheit des Fürstenrathes rieten dem Kaiser zur möglichsten Nachgiebigkeit gegen die Ungarn, damit so der Friede mit ihnen und den Türken zu Stande käme, die protestantischen Kurfürsten dagegen, die protestantische Minorität des Fürstenrathes und die Städte glaubten dem Kaiser nicht erst zum Abschluße des Friedens, sondern zur Einhaltung des bereits geschlossenen rathen zu müssen. Es sei nämlich bekannt, sagten die letztern, daß im J. 1606 sowohl mit den Ungarn als mit den Türken ein Friede geschlossen worden sei, und leicht würde derselbe Dauer und Geltung finden, wenn der Kaiser selbst die Bedingungen desselben, nämlich die Aufrechthaltung der Privilegien und der religiösen Freiheit der

Ungarn, so wie die Absendung eines Gesandten mit Geschenken an die Pforte einhielte. — Die Katholiken auf dem Reichstage wußten also von einem wirklich abgeschlossenen Frieden nichts und erklärten demgemäß sich zu einer Geldhilfe bereit, wenn der Krieg trotz aller Nachgiebigkeit des Kaisers, zu welcher sie ihm dringend rieten, seinen Fortgang nehmen sollte. Die Protestanten dagegen, welche auf den Abschluß des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens hinwiesen, legten es dem Kaiser allein zur Last, wenn er dessen ungeachtet sich wieder in einen Krieg verwickeln würde; in ihrer Opposition gegen jede Geldbewilligung betraten sie jedoch nicht alle denselben Weg. Ein Theil von ihnen, der schroffere, an dessen Spitze selbstverständlich der Kurfürst von der Pfalz stand, wollte absolut von keinem Geldbeitrag etwas wissen und erklärte, daß bei dem offenbaren Nothstand im deutschen Reich die Erhebung einer Steuer unmöglich und daß es zugleich vergeblich sei, an eine Sicherstellung des Reiches zu denken, wenn es an der innern Sicherheit gebreche und wenn nicht in der Reform des Justizwesens und des Reichshofraths, vor allem aber in der Sicherstellung des Religionsfriedens alles Nöthige geschehe. Der andere Theil, die Mehrzahl der Protestanten umfassend, schloß sich einer so absoluten Weigerung nicht an, verlangte aber als Grundbedingung für jede Geldbewilligung, daß ihren eben bezeichneten Forderungen Genüge geschehe und so kehrten alle, nachdem sie ihre anfänglichen Bedenken gegen die Reihefolge der kaiserlichen Propositionen „zu Ehren des Kaisers und seines Kommissärs" fallen gelassen hatten, auf diesem Seitenwege zu ihrer ursprünglichen Absicht zurück, durch Vorschiebung anderer Berathungsgegenstände, über die man sich nie einigen konnte, den Reichstag überhaupt 2. Feb.
zu keinem Beschluße kommen zu lassen*). 1608

Wir haben schon auseinandergesetzt, wie weit umfassend der Begriff war, welchen die Protestanten mit dem Worte der Justizreform verbanden, daß sich derselbe nicht bloß auf die Reform des Kammergerichtes, sondern auch auf die Aufhebung des Reichshofrathes und auf die Anerkennung jener Interpretation bezog, welche sie dem Augsburger Religionsfrieden gaben. Indem jetzt ein Theil die Unterstützung des Kaisers davon abhängig machte, daß derselbe die Justizreform in ihrem Sinne durchführe, legten sie doch nicht auf alle Punkte derselben ein gleich großes Gewicht, sondern betonten vor allem jenen, welcher die Sicherstellung des Religionsfriedens betraf. Sie formulirten ihre dahinzielenden Wünsche in dem

---

*) Londorp und Häberlin sind hier zum Theile auch als Quellen anzusehen. — Wiener Staatsa. Reichstagsakten 66. Graf von Zollern an den Kaiser. ddo. Regensburg 2. Feber 1608.

Verlangen nach erneuerter Bestätigung des Religionsfriedens mit der Interpretation, welche sie ihm gaben, und nach dem Gewicht, welches sie auf eine Befriedigung in dieser Beziehung legten, konnte man annehmen, daß sie sich wenigstens auf dem gegenwärtigen Reichstage mit ihren übrigen Forderungen zufrieden geben und denselben in seiner Kompetenz nicht weiter anfechten würden. Da es sich nicht darum handelte, den Protestanten etwas zu bewilligen, was sie noch nicht hatten, sondern nur zu sanktioniren, was faktisch Geltung hatte und was, weil im Widerspruch mit den Reichsgesetzen, nicht wenig zur Mißachtung des öffentlichen Rechtes beigetragen hatte, so war es in der That für ihre Gegner an der Zeit zu erwägen, ob Nachgiebigkeit nicht besser am Platze sei, als starrer und fruchtloser Widerstand.

Diejenigen, welchen vor allem an dem Bestande Deutschlands, selbst mit seiner verfaulten Verfassung, lag, waren die geistlichen Reichsstände und der Kaiser. Für die Bischöfe und Aebte war es keines weitern Beweises bedürftig, daß ihr weltlicher Besitz am gesichertesten bei dem Bestande der Reichsverfassuug sei, mochte sie auch immerhin in sehr vielen Fällen ihnen nicht mehr ausreichenden Schutz geboten haben. Die Kaiser selbst besaßen zwar nur eine sehr geringe Macht in Deutschland, die vielleicht in keinem Verhältniß zu den Beschwerden der deutschen Krone stand, aber es war für sie als Besitzer der österreichischen Monarchie von großer Wichtigkeit, daß das benachbarte Land weder unter ein fremdes Oberhaupt kam, noch in Länderatome zerfiel, welche auf die kaum geschaffene Monarchie einen ähnlich auflösenden Einfluß ausgeübt hätten. Die Kaiser und die geistlichen Würdenträger waren es bisher vornehmlich, welche den Fortschritten des Protestantismus den meisten Widerstand entgegengesetzt hatten, denn den Habsburgern mußte um ihre Krone, den Bischöfen um den Rest ihres Besitzes bange sein und deshalb suchten sie ihn wenigstens in die Schranken des Augsburger Religionsfriedens zurückzuweisen. Da dies jedoch eine baare Unmöglichkeit war, weil an eine Durchführung der Exekution gegen die seitherigen Uebertreter nicht zu denken war, sollte es nicht ihr eigenes Interesse erheischt haben, auch die spätern Verluste sich gefallen zu lassen, die Usurpation der neuen Besitzer zu sanktioniren und demnach den Augsburger Religionsfrieden so zu erweitern, als die Umstände es erheischten, vorausgesetzt natürlich, daß mit diesem großen Opfer ein für allemal jedem weitern Angriffe auf katholisches Kirchengut ein unübersteiglicher Damm entgegengesetzt würde?

Wir müssen indessen hier in Abrede stellen, daß durch ein solches Opfer irgend ein Vortheil für die Katholiken erzielt worden wäre. Als

die Protestanten auf dem Reichstage zu Regensburg die Forderungen einer neuerlichen Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens erhoben, meinten es ihre Wortführer damit keineswegs aufrichtig; es genügte ihnen weder die Sanktionirung aller von ihnen vorgenommenen Säkularisationen noch eine Anerkennung des in den Augsburger Religionsfrieden nicht eingeschlossenen Kalvinismus. Was sie unter erneuerter Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens verstanden, war nichts anderes als die Macht, auch in Zukunft die Katholiken unter dem Schutze des Gesetzes überall da zu unterdrücken, wo sich die Gelegenheit bot.

Für die hier behauptete Tendenz der Protestanten bietet das Auftreten des Kurfürsten von der Pfalz einen eben so vollgiltigen als merkwürdigen Beweis. Seinen Gesandten, welche er nach Regensburg schickte, befahl er vor allem den Grundsatz anzufechten, daß der Reichstag Majoritätsbeschlüße fassen könne, welche die Gesammtheit verpflichten; sie sollten vielmehr mit Entschiedenheit das Recht jedes einzelnen Reichsstandes, den Beschlüßen beizutreten oder sie abzulehnen, vertheidigen. An dieses schloßen sich seine Weisungen, welche die den Verhältnissen entsprechende Bestätigung eines erweiterten Religionsfriedens betrafen. Anknüpfend nämlich an die Vierklosterfrage gab er seinen Gesandten den Befehl, in derselben unnachgiebig zu sein, weil von ihrer Entscheidung die Existenz des Protestantismus abhänge und fügte hinzu: da es doch geschehen dürfte, daß auf dem Reichstage vermittelnde Vorschläge von Seite der Katholiken auf die Bahn gebracht werden könnten, derart nämlich, daß die Katholiken auf alles das, was seit dem Augsburger Frieden in den Besitz der Protestanten gekommen sei, Verzicht leisten wollten, wofern die letztern ihnen andererseits die Versicherung geben würden, fortan ihren Besitzstand in keiner Weise zu verletzen, so wolle es ihm doch bedünken, daß dies nicht bloß ein nicht rathsamer, sondern sogar ein gefährlicher Ausweg sei. Denn da die Erfahrung zeige, daß sich die Katholiken nicht gescheut hätten, den Augsburger Religionsfrieden als ungiltig hinzustellen, wer sichere die Protestanten in der Zukunft, daß nicht von ihren Gegnern auch in dem neuen Vertrage Lücken aufgefunden würden, welche Handhaben genug böten, ihn nicht einzuhalten? Nur in dem Falle, wenn die Katholiken als Grundsatz zugeben wollten, daß auch fernerhin jeder evangelische Reichsstand seinen jetzigen Besitz oder was ihm künftig durch Erbschaft oder „auf einem andern Weg“ zufallen könnte, reformiren, d. i. die Klöster und Stifter darin aufheben und die Einwohner zu seiner Religion nöthigen dürfe, und daß auch katholische Reichsstände, sobald sie protestantisch würden, mit gleicher Vollgewalt ihre Besitzungen reformiren könnten, nur dann könne man einen neuen Vertrag mit den Katholiken, denen man übrigens

gleiche Rechte zu einer Reformation in ihrem Sinne zugestehen wolle, abschließen. Wollten die Katholiken nicht auf diese Vorschläge eingehen, so sei es vorzuziehen, bei dem „alten Herkommen" zu bleiben*).

Es kann wohl kaum Jemand so unbillig sein, um in Abrede zu stellen, daß diese Erklärungen des Pfalzgrafen auch eine genügende Rechtfertigung für die Katholiken seien, wenn sie nicht auf eine Erweiterung des Augsburger Religionsfriedens, auf eine friedliche Verzichtleistung der seit 1556 entrissenen Kirchengüter eingingen. Wozu konnte ihnen ein Vertrag dienen, wenn ihre Gegner in einem Athem erklären: was wir euch genommen haben, behalten wir und was wir euch noch nehmen können, das werden wir nehmen. Im vorhinein erweitern diese ihr Reformationsrecht nicht bloß auf ihren gegenwärtigen Besitz, nicht bloß auf das, was ihnen durch Erbschaft zufallen könnte, sondern auch auf das, was ihnen auf „andere Weise" zu Theil werden würde. Diese „andere Weise" war es, welche ihnen zum Besitz so vieler reichsunmittelbarer Bisthümer verholfen hatte, dieselbe „andere Weise" war es, welche sie erst vor kurzem in der Säkularisirung von Kurköln versucht hatten, und die nackt herausgesagt, nichts als Gewalt war. Und nun bedenke man, daß die Urheber und Vertreter der pfälzischen Instruktion, Männer wie Camerarius, Plessen, vor allem aber der Fürst von Anhalt, sich nicht entblödeten, gegen Jesuitismus, papistischen Despotismus, gegen den gewaltsamen Unterdrücker der „evangelischen Wahrheit" Ferdinand von Gratz zu donnern, sie, die doch Grundsätze aufstellten, in denen der Gewissensfreiheit des Volkes mindestens eben so wenig Rechnung getragen wurde, als dies bei jenen der Fall war, welche sie nicht müde wurden zu verlästern und auf den Pranger zu stellen. Und diese Männer, welche um ein unbeschränktes Reformationsrecht ausüben zu dürfen, dasselbe, wenigstens in der angeführten Instruktion, auch den Katholiken zugestehen wollten, sonach also nicht einmal den Schein einer tiefern eigenen Ueberzeugung besaßen, diese Männer konnten dennoch ihrer Zeit die öffentliche Meinung in Oesterreich und Deutschland für sich haben und bei der Mehrheit als Vertheidiger der „evangelischen Wahrheit" gegen papistische Tyrannei gelten! Wenn wir aber berücksichtigen, daß in Oesterreich, Ungarn und Böhmen einige Hundert Adelshäupter, in Deutschland einige Dutzend Fürsten und Grafen mit

*) Münchner Staatsa. 547/3, 326. Instruktion für den churpfälzischen Gesandten. 5. Jänner 1608/26. Dez. 1607. — Auch Erzh. Ferdinand drückt die Absichten der Protestanten klar genug in einem Schreiben an seine Mutter aus ddo. 18. April 1608. — Hurter, Ferdinand II, V. S. 501.

Hilfe solcher Grundsätze ihre Herrschaft in den ihnen unterworfenen Gebieten schrankenlos über die Leiber und Geister erweitert haben, so daß Niemand vorhanden war, welcher dem von ihnen auf die öffentliche Meinung ausgeübten Druck wirksam begegnet wäre und wenn wir nicht vergessen, daß auch katholische Herrscher, zwar nicht theoretisch aber doch praktisch, in ähnlich absoluter Weise die kirchlichen Verhältnisse ihrer Unterthanen zu bestimmen trachteten, so begreifen wir, daß solche Männer wie der Pfalzgraf und sein gesammter Anhang nicht in ihrem wahren Werthe von Jedermann erkannt wurden.

Es ist keineswegs unsere Absicht, mit dieser Polemik gegen das religiöse Element des Protestantismus aufzutreten. Wir haben es hier nur mit den weltlichen Häuptern der Katholiken und Protestanten zu thun, und nur zu erzählen, was sie gethan und durch welche Mittel und Grundsätze die einen über die andern den Sieg errungen haben. Unsere Absicht war es, an einem der wichtigsten Fälle nachzuweisen, daß deutsche Fürsten in einer konsequenten Bedrückung des Gewissens ihrer Unterthanen Philipp II nicht nachstanden, und wenn letzterer durch die Härte seiner Maßregeln sie weit überbot, so hat er wieder andererseits ihre Anmassung nicht erreicht, mit welcher sie sich in der Bestimmung des Glaubens ihrer Unterthanen höhere Rechte beilegten, als selbst Päpste und Koncilien. Und doch wie wenig hat man dies bei der Auffassung der Vergangenheit berücksichtigt und wie falsch hat man namentlich die Urheber des tödtlichen Kampfes beurtheilt, welcher dreißig Jahre lang Mitteleuropa zerfleischte. Die Protestanten, schließlich die Sieger auf dem Schlachtfelde, sind bisher auch die Sieger auf dem literarischen Kampfplatze gewesen; sie haben die Geschichte des 17. Jahrhunderts geschrieben und darin liegt der Grund der üblichen Beurtheilung der pfälzischen Partei. Indem wir auf Grundlage von Quellen, welche entscheidender sind als die Sympathien geistiger Gesinnungsgenossen, Männern wie Anhalt nicht ihre bedeutenden Anlagen und ihre Regsamkeit, wohl aber die höhere Weihe eines edlen Strebens absprechen, gedenken wir gleichwohl nicht, zu anderer Gunsten, in einen ähnlichen Fehler zu verfallen.

Die Gesinnungen des Pfalzgrafen waren für die Protestanten am Regensburger Reichstag maßgebend. Gleich vom Beginne der Verhandlungen an bildeten seine Gesandten das Centrum der Opposition und wurden als Direktoren der befreundeten Reichsstände sowohl von den Protestanten als von den Katholiken anerkannt. Der Anschluß der kleinern deutschen Fürsten an die Pfalz war diesmal enger als je, denn zu gleicher Zeit wurden ja zwischen ihnen die Verhandlungen weiter geführt, welche

den Abschluß der Union zum Zwecke hatten und die also schon jetzt eine gleichartige Politik anbahnten. Brandenburg und Sachsen waren zwar nicht zu einer solchen Opposition gegen den Kaiser wie Kurzfalz aufgelegt, allein da die Geldfrage mit ihrem günstigen Fortgang im Zusammenhang stand, so ließen sie sich dieselbe gefallen und unterstützten sie, wenn auch mit maßvoller Zurückhaltung*). Die Einigkeit machte sich übrigens durch eine äußere Einrichtung geltend; die Versammlung der protestantischen Gesandten legte sich den Titel „evangelischer Korrespondenzrath" bei und regelte unter dem Vorsitz der kurpfälzischen Gesandten sowohl die Ordnung wie den Inhalt der Debatten und das gemeinschaftliche Auftreten. Während nun in Regensburg die Protestanten erörterten, wessen Inhalts der Vertrag sein müsse, welcher zwischen den Katholiken und Protestanten einen neuen Religionsfrieden herstellen solle, die Katholiken dagegen die Nothwendigkeit eines solchen neuen Vertrags nicht zugeben wollten, verstrichen nicht weniger als drei Monate, und noch immer war nicht die leiseste Hoffnung für den Kaiser vorhanden, zu irgendwelcher Geldhilfe zu gelangen. Der Versuch einer Vermittlung von Seite des Erzherzogs Ferdinand führte zu keinem Ziele, da er den Standpunkt der katholischen Reichsstände einnahm und nichts anderes beabsichtigte, als die Entscheidung über die Kirchengüterfrage der Zukunft vorzubehalten. Der Kaiser, von allen diesen Vorgängen benachrichtigt und jetzt erst die volle Wucht der Gefahren einsehend, in welche er sich gestürzt hatte, ließ dem Reichstage die Erklärung zukommen, daß er sich entschlossen habe, sowohl den Wiener als den Zsitwa-Toroker Frieden zu ratificiren und daß er sonach die Unterstützung der Stände nur in einem geringern Maße für seine unabweisbaren Bedürfnisse in Anspruch nehmen wolle. Aber auch
22. Ap. diese Mittheilung machte auf die protestantischen Stände keinen Eindruck und sie entgegneten endlich, daß, nachdem sie so lange und ohne jeden Erfolg in Regensburg verweilt hätten, sie entschlossen seien, den Reichstag zu verlassen. Die Bitte des Erzherzogs Ferdinand, doch noch auf die Entscheidung des Kaisers, dem er von ihrem Beschluße Nachricht geben wolle, zu warten, hatte weiter keine Folge; am 28. April erklärten die pfälzischen Gesandten, daß sie am folgenden Tage Regensburg verlassen würden, erfüllten in der That ihre Drohung und gaben damit das Signal zum allgemeinen Aufbruche. Erzherzog Ferdinand verlangte nun von

---

*) Wiener Staatsarchiv, Reichstagsakten 66. Haniwaldt an den Kaiser ddo. Dresden, 27. April 1608. Kursachsen allein war geneigt den Regensburger Reichstag fortzusetzen, auch wenn der Kaiser die religiösen Forderungen nicht befriedigte. Gleichwohl war auch Kursachsen zur Geldhilfe nicht geneigt.

den katholischen Gesandten, daß sie wenigstens für ihren Theil dem Kaiser eine Steuer bewilligen möchten, allein diese, welche wohl noch energischer als der kaiserliche Prinzipalkommissär selbst gegen jede Benachtheiligung der katholischen Kirche geeifert und viel von der Nothwendigkeit gesprochen hatten, die seit dem J. 1556 säkularisirten Güter wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückzugeben, nahmen keinen Anstand den Kaiser hilflos zu lassen. Sie meinten, eine bloß von den Katholiken ausgehende Geldbewilligung würde den Protestanten Veranlassung geben, auch ihrerseits unter sich Sammlungen anzustellen und der Bürgerkrieg könnte die Folge der Trennung sein. Es bleibe nichts übrig, als den Reichstag zu vertagen und indessen durch bessere Vorbereitungen eine Wiederholung seines gegenwärtigen Verlaufes zu verhüten*). — Dies war das Ende des Reichstages, von welchem der Kaiser Unterstützungen im Betrage von einigen Millionen Gulden erwartet hatte, um seinen Bruder, die Ungarn und die Türken zu bekämpfen.

---

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 66. Schriftliche Relation des Erzh. Ferdinand an Ihre Kayserliche Majestät die zwischen den Gesandten beider Religion entstandene Differenz wegen der neuen Bestettigung und confirmation deß in anno 1555 aufgerichteten Religionsfrieden betreffend, ddo. 28. April 1608. — Wir sehen uns noch genöthigt, gegen die Richtigkeit einer Mittheilung Ranke's über den Regensburger Reichstag, welche sich in seiner Geschichte der Päpste (Bd. II, S. 412) befindet, Einsprache zu thun. Ranke erzählt, Rudolf habe sich entschlossen, auf die Wünsche der Protestanten in Bezug auf den Religionsfrieden einzugehen und habe einen darauf bezüglichen Erlaß an Erzherzog Ferdinand abgeschickt. Fra Felice Milensio, Generalvikar des Augustinerordens, welcher dem Reichstage an der Stelle des Nuncius beiwohnte, habe kaum Nachricht von dieser Entschließung Rudolfs erhalten, als er zu dem Erzherzog geeilt sei und ihn beschworen habe, die kaiserliche Concession nicht zu publiciren, um der katholischen Kirche keinen tödtlichen Schlag zu versetzen. Ferdinand habe diesen Bitten Gehör gegeben und so habe ein einfacher Augustinermönch auf das Schicksal Deutschlands und auf den Verlauf des Reichstages einen entscheidenden Einfluß gehabt. — Wir können nicht umhin, die Richtigkeit dieser Angaben zu bezweifeln und müssen annehmen, daß Milensio sich ein Verdienst zugeschrieben habe, welches er nicht besaß. Das Wiener Staatsarchiv ist in Bezug auf die Geschichte des J. 1608 von Hammer, Hurter und uns eingehend durchforscht worden und Keinem gelang es, auch nur einer einzigen Nachricht auf die Spur zu kommen, welche Milensio's Bericht bestätigen könnte. Dagegen bieten die aufgefundenen Korrespondenzen den Beweis vom Gegentheil. Wir ersuchen übrigens den alle wichtigen und minder wichtigen Ereignisse berichtenden Briefwechsel Erzherzog Ferdinands mit seiner Mutter während des Regensburger Reichstags, wie er sich in seiner Vollständigkeit bei Hurter (Geschichte Ferdinands II, Bd. V, Urkunden) vorfindet, durchzulesen und fragen, ob es wahrscheinlich, daß Ferdinand versäumt hätte, seiner Mutter eine so wichtige Nach-

II

Es läßt sich leicht denken, wie sehr man in Oesterreich auf den Verlauf des Regensburger Reichstags gespannt war, da von dessen Nichteingehen auf die Wünsche des Kaisers allein das Gedeihen der Pläne abhing, deren Durchführung indessen eine Anzahl Parteihäupter in Ungarn, Oesterreich und Mähren zu ihrer Aufgabe machten. Die fortgesetzte Weigerung des Kaisers, dem Wiener und Zsitwa-Toroker Frieden seine volle Zustimmung zu geben, seine Verhandlungen mit den deutschen Reichsständen, um mit ihrem Gelde den Krieg von neuem zu beginnen, erfüllte die ruhigen und dem Hause Habsburg ergebenen Leute mit Schrecken und Widerwillen, da sie sich auf alle Gräuel eines innern Krieges gefaßt machen mußten, alle unruhigen und der Dynastie feindlich gesinnten Köpfe aber mit Freude, weil ihnen die Gelegenheit winkte, das, was sie im J. 1606 unvollendet gelassen hatten, zu Ende zu bringen. Denn jetzt konnten sie sicher sein, daß sie sich bei jedem Schritt gegen den Kaiser einer allgemeinen Zustimmung erfreuen würden und daß dem letztern auch noch die Freunde fehlen würden, welche er zwei Jahre zuvor gehabt hatte. Was Ungarn durch den Wiener Frieden erlangt hatte, religiöse Gleichberechtigung und Restauration der alten Adelsverfassung, das schien auch den übrigen Ländern, Böhmen, Mähren und Oesterreich eines Kampfpreises werth, und wir werden bald sehen, daß in eben dem Grade, in welchem Rudolfs kriegerische Absichten klar wurden, die Annäherung zwischen den Parteihäuptern der einzelnen Provinzen eine innigere wurde und daß auf geheimen Wegen Besprechungen und Berathungen stattfanden, wie dem kommenden Kampfe gerüstet entgegenzutreten. Stellte sich Erzherzog Mathias an ihre Spitze, so konnte er die Bewegung insofern meistern, als sie keine antidynastische Richtung nahm, keineswegs durfte er aber hoffen, ihr Ziel und Maß zu geben, da

richt mitzutheilen. In den Korrespondenzen, welche wir aufgefunden haben und welche sich auf den Verkehr Ferdinands mit dem Kaiser während des Regensburger Reichstags beziehen, findet sich nicht die leiseste Andeutung über den angeblichen Beschluß des Kaisers. Ja, als Ferdinand in seiner am Eingang dieser Note citirten und an den Kaiser gerichteten Relation (ddo. 28. April 1608) alle Vorgänge am Regensburger Reichstage über die religiöse Frage umständlich erzählt, erwähnte er auch da mit keinem Worte eines Beschlußes, wie ihn Rudolf nach Fra Milensio gefaßt haben soll. Ist dieses Schweigen nicht entscheidend? Beifügen wollen wir noch, ohne darauf weiter ein Gewicht zu legen, daß auch der spanische Gesandte trotz seines regen Verkehrs mit dem Nuncius und Erzherzog Ferdinand nichts von der mehr erwähnten Entscheidung des Kaisers weiß-

die letzten drei Jahre die Feinde allzusehr erbittert, die Freunde aber mißtrauisch und zaghaft gemacht hatten.

Rudolf selbst handelte in der Zeit, welche dem Regensburger Reichstage voranging, mit all' der Unbesonnenheit, welche wir an ihm gewöhnt sind und die durch seine geistige Krankheit sich allein erklärt. Statt Maß zu halten und Niemanden weiter zu reizen, so lange er nicht die Mittel zu einem neuen Kampfe in den Händen hatte, benahm er sich gegen die Ungarn rücksichtslos und suchte nicht einmal den Schein zu wahren. Es unterblieb also, wie wir bereits erzählt haben, nicht bloß die Uebergabe einiger noch immer mit deutschen Truppen besetzten Festungen an die Ungarn, auch die Konfiskation der Illeshazy'schen Güter wurde aufrecht gehalten. Von allen Seiten wurde er zur Berufung eines Reichstages gedrängt, statt aber einfach diesem Drängen einen starren Widerstand entgegenzusetzen, wie das seinem Plane entsprach, reizte er nur noch mehr durch scheinbare Nachgiebigkeit. Er schrieb nämlich in der That auf den Monat Juli 1607 einen Reichstag nach Preßburg aus, als aber die Magnaten daselbst zusammenkamen, warteten sie vergeblich durch acht Wochen auf die Eröffnung desselben und auf die Mittheilung der königlichen Propositionen. War dies Benehmen schon unerhört, so war es vollends empörend, daß der Kaiser den Reichstag, welchen er sodann auf den Monat November berief, abermals vertagte. Die Gährung erreichte darüber den höchsten Grad; die Haiduken waren die ersten, welche zu offener Empörung Zuflucht nahmen, mit den Türken ins Einvernehmen traten, Ungarn von neuem zu verheeren begannen und mit gleich barbarischen Einfällen in die benachbarten Länder, wie zwei Jahre vordem, drohten. In Oesterreich und Mähren stieg die Angst bis zur Verzweiflung, und zu der Furcht vor dem Feinde gesellte sich der bitterste Groll über das Treiben des Prager Hofes. Mathias mitten in diesen Ereignissen und Befürchtungen lebend, eilte nach der zweiten Vertagung des Preßburger Reichstags nach Prag, um den Kaiser nochmals zu bitten, den Frieden einzuhalten und ihn auf die Empörung aller Gemüther über sein Benehmen aufmerksam zu machen. Es war das letztemal, daß sich die kaiserlichen Brüder in ihrem Leben sprachen. Mathias' letzte Anstrengung mißglückte vollständig; er mußte sich von Prag entfernen, ohne den Kaiser zu vermögen, von seiner wahnsinnigen Politik abzulassen. Zurückgekehrt nach Wien war es ihm klar, daß, wenn je der Moment da gewesen, selbstständig aufzutreten, er jetzt für ihn gekommen sei. Er berief deshalb auf eigene Gefahr den ungarischen Reichstag nach Preßburg, um mit ihm zu berathen, was für den Frieden zu thun wäre. Dem Kaiser selbst gab er von diesem Schritte Nachricht und bat ihn, seine Sanktion dazu zu geben,

23. Dez. weil die Empörung der Haiduken und der Untergang Ungarns nicht anders zu verhindern seien*). Statt aller Antwort ließ Rudolf durch Erzherzog Ferdinand den deutschen Reichstag in Regensburg eröffnen, so daß also die ungarischen und deutschen Stände beinahe zu gleicher Zeit ihre Sitzungen begannen.

Der Aprilvertrag von 1606 war ein Versuch, durch eine Art von Familiengericht Rudolf als zur Regierung untauglich zu beseitigen; er leistete aber nicht das, wozu er doch bestimmt war. Alle Prinzen des Hauses, den König von Spanien mit eingeschlossen, erkannten zwar, daß Rudolf zur Regierung nicht fähig sei; sie scheuten sich aber vor einem weitern Vorgehen, das, welche Rücksicht man auch immer dabei beobachtete, zur Verringerung der königlichen Auktorität beizutragen schien. Als nun die höchste Gefahr herangekommen war, der Aufstand in Ungarn zum Theil bereits seinen Anfang genommen hatte und den übrigen Provinzen sich mitzutheilen drohte, sah sich Mathias von seinen Brüdern und Vettern nur wenig unterstützt und deshalb genöthigt, die unter allen Umständen unbedingt nothwendige Entfernung seines kranken Bruders mit Hilfe einer Revolution zu versuchen, welche er vergeblich durch ein Familiengericht zu bewirken gehofft hatte. Aus diesem Grunde sehen wir den friedlichen Erzherzog, und zwar unter der Einwirkung solcher Rathgeber, deren katholische Gesinnung über allen Verdacht erhaben war und welche sich sonst keineswegs als Freunde der ständischen Macht benahmen, den ungarischen Parteihäuptern die Hand bieten und dadurch dem Bündnisse beitreten, welches sich zwischen ihnen und einigen Freunden in Mähren und Oesterreich seit längerem vorbereitet hatte und endlich im Dezember 1607 in Rossitz**) zum Abschluß gediehen war.

Zum Verständnisse der folgenden Ereignisse ist es nöthig, jene Männer, welche in den einzelnen Ländern Oesterreichs eine bedeutende Stellung einnahmen und von denen die meisten die Urheber und Theilnehmer des Rossitzer Bündnisses waren, umständlicher zu charakterisiren.

Dieselben Männer, welche in Ungarn im J. 1605 sich mit Bocskay gegen Rudolf verbunden hatten, waren es auch jetzt, welche Mathias aufforderten, sich an ihre Spitze zu stellen, um dem Regiment des Kaisers ein Ende zu machen. Es war dies Illeshazy, Hommonai, Thurzo, Revay und andere, theils Protestanten, theils Katholiken, denn jetzt kämpfte man nicht wie bei der Bocskay'schen Rebellion

*) Hurter, Ferdinand II, V, 417. Mathias an Rudolf ddo. 23. Dez. 1607. — Chlumecky, Zerotin.

**) In Mähren gelegen, eine Besitzung Karls von Zerotin.

bloß um die Glaubensfreiheit, nicht bloß um ständische und nationale Privilegien, sondern um Hab' und Gut, welches der Wiederausbruch eines Krieges auf das ernstlichste gefährdete. Die Katholiken, welche ehedem treu zu Rudolf gehalten, hatten sich seitdem in die unvermeidliche Anerkennung des Protestantismus gefügt und wußten es einem Manne wie Rudolf keinen Dank mehr, wenn er unter falschen Vorwänden oder unerfüllbaren Vorspiegelungen einen neuen Kampf heraufbeschwor und sie einem gewissen Untergange preisgab. Mit einem Worte, Ungarn war völlig einig der Herrschaft des Kaisers ein Ende zu machen, weil sein Thun und Treiben seit dem Abschluße des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens nur darauf gerichtet war, die Verwirrung ins Endlose zu unterhalten und weil er nur die Macht hatte, Böses zu thun, aber weder Willen noch Kraft etwas in Ordnung zu bringen.

Oesterreich, ein altes Besitzthum des Hauses Habsburg, hatte zeitweise Kämpfe mit seinen Fürsten; dieselben waren aber immer so beigelegt worden, daß zwischen diesen und ihren Unterthanen wieder ein herzliches Einvernehmen eintrat. Die Reformation, die auch nach Oesterreich gedrungen war, hatte da wie überall zur Aufregung und Zwietracht zwischen den Herrschern und Beherrschten beigetragen, aber doch keine so tiefe Spaltung herbeigeführt, weil Ferdinand I und Maximilian II der geistigen Bewegung nicht barbarische Gewalt, sondern nur einen mäßigen Widerstand entgegengesetzt hatten. Maximilian II hatte sich sogar dem protestantischen Adel genähert und demselben freie Glaubensübung, zwar nicht durch ein Staatsgrundgesetz oder Privilegium, wie man dies damals nannte, aber doch auf eine bindende Weise gewährt. Unter Rudolf dauerte dieser Zustand fort, die Reformation fand auch in den Städten, wohin sie nur theilweise vorgedrungen war, so allgemeinen Eingang, daß an eine Unterdrückung derselben vernünftigerweise nicht gedacht werden konnte. Nichtsdestoweniger machte sich während der Statthalterschaft des Erzherzogs Mathias der Bischof von Wiener-Neustadt, Khlesl, an diese Aufgabe. Mit hevorragendem Talent, eben so viel Willensstärke und Ausdauer begabt, um seines Zweckes willen zur Intrigue eben so geneigt, wie zum geraden entschlossenen Handeln, hatte sich dieser Mann trotz niederer Herkunft durch seinen kirchlichen Eifer, seine Gelehrsamkeit und seine tadellose Lebensweise zu einer hohen kirchlichen Würde emporgeschwungen. In dieser Stellung hatte er den Protestanten überall den größten Abbruch gethan, ohne dabei zu einem andern Mittel zu greifen als besonders Widerspänstige zur Auswanderung zu nöthigen; immer bedacht durch geistliche Zusprache zu bekehren und die neue Ueberzeugung zu befestigen, war er selbst am thätigsten, wo es galt

den Protestanten zu predigen, den Gewonnenen zum erstenmal das Abendmal zu reichen und hatte dadurch Erfolge erzielt, deren sich begreiflicherweise nicht viele Bischöfe rühmen konnten. Die Magistrate der Städte füllten sich wieder mit Katholiken, die Klöster und Ordensgeistlichen bequemten sich zu strengerer Einhaltung der Regel, die Pfarrgeistlichkeit entschied sich zwischen dem Weibe oder dem Verlust des Amtes, kurz überall, wohin des Kaisers Macht reichte, da reichten auch Khlesls Thätigkeit und Erfolge. Nur der Adel setzte ihm auf seinen Gütern eine unübersteigliche Schranke entgegen. — Erzherzog Mathias war bald nach der Uebernahme der Statthalterschaft in Oesterreich mit Khlesl bekannt geworden, nahm ihn in seinen Rath auf und von da an spielte der Bischof vermöge seines Talentes und seiner unvermüdeten Thätigkeit in demselben die bedeutendste Rolle. Auch an dem sich entwickelnden Bruderzwist nahm Khlesl keinen geringen Antheil, indeß läßt sein gesammtes Benehmen nicht den Verdacht aufkommen, als habe er den Erzherzog Mathias aus Uebelwollen oder Ehrgeiz gegen seinen Bruder gehetzt; er that nichts mehr, als daß er Mathias zum entschlossenern Handeln da aufforderte, wo Zögern nur Verderben der Dynastie bringen konnte. Aller Wahrscheinlichkeit nach war er der vorzüglichste Urheber des Vertrages unter den Erzherzogen im J. 1606*). Ihm, als einem scharfsichtigen Gegner der Protestanten in kirchlicher und staatlicher Beziehung, mußte es klar sein, daß eine Erhebung Mathias' gegen den Kaiser denselben zum Nutzen gereichen müsse, wenn die gesammte kaiserliche Familie nicht einig gegen Rudolf stand; daher sein Bestreben diese Einigkeit herbeizuführen. Als jedoch der Aprilvertrag seine Dienste nicht leistete, hielt er die Verbindung mit den Protestanten für minder schlimm, als die längere Regierung des Kaisers.

Neben Khlesl standen wohl noch mehrere Katholiken im Dienste des Erzherzogs, ihre Bedeutung ragte jedoch nicht über die Mittelmäßigkeit hinaus, wenn gleich Rudolf durch die spezielle Anfeindung Cavriani's und Krenbergs diesen beiden eine höhere Bedeutung zuzuerkennen schien.

Unter den protestantischen Häuptern in Oesterreich stand Erasmus Freiherr von Tschernembl als ein Mann von hoher Begabung, tiefer Einsicht und unermüdeter Thätigkeit obenan. Er gehörte zur kalvinistischen Partei, welche bis dahin in Oesterreich nur sehr wenige Mitglieder zählte, aber gerade diese wenigen überflügelten an Thätigkeit und politischem Scharfsinn alle übrigen. Tschernembl hatte sich auf

*) Hammer weist dies in seiner Biographie Khlesels nach.

weiten Reisen eine große Weltkenntniß erworben; er sprach und schrieb geläufig mehrere Sprachen namentlich die französische, welche damals das gemeinschaftliche Band des Calvinismus abgab. Unter den gleichzeitigen österreichischen Staatsmännern sowohl der katholischen als der protestantischen Richtung ist er, wo nicht der hervorragendste, so doch unbedingt den hervorragendsten an die Seite zu stellen. Zwei Ziele verfolgte er unverwandt in seinem Leben; die absolute Freigebung des Protestantismus in Oesterreich beim Adel und in den Städten war das eine, das andere die Umgestaltung der österreichischen Monarchie zu einer föderativen Republik mit einem monarchischen Haupte. Der Föderation sollte die dreifache Staatengruppe der deutschen, böhmischen und ungarischen Länder zu Grunde liegen; eine um so merkwürdigere Thatsache, wenn man bedenkt, daß er die ideale Grundlage für einen Staat zu schaffen suchte, den seine eigenen Besitzer, die habsburgische Dynastie, noch nicht für ein unauflösbares Ganze ansahen. Gewandt in der Rede und in der Feder nicht bloß wie wenige seiner Standesgenossen, sondern selbst wie wenige in der gleichzeitigen Gelehrtenrepublik, ward ihm von seinen Gesinnungsgenossen überall, wo er auftrat, der erste Platz eingeräumt. Er war nicht darauf bedacht, seine Absichten langsam und auf friedlichen Wegen zu erreichen, sondern hatte etwas von der Ueberstürztheit und Ungenirtheit moderner Revolutionäre an sich, daher wohl auch der Beiname eines Tribuns, welchen man ihm gab. Das, was er in diesem Augenblick vor allem anstrebte, war, seinem Glauben eine durch die Verfassung selbst garantirte Berechtigung zu erringen und das Recht des freien Bekenntnisses Jedermann zu verschaffen. Deshalb unterhielt er heimliche Verbindungen mit Ungarn und mit Deutschland, in letzterem namentlich mit dem Fürsten von Anhalt, um, wenn die Verhältnisse günstig sein sollten, durch fremde Hilfe zu erreichen, wozu es seinen Landsleuten vielleicht an Muth oder Ausdauer gebrach.

Am nächsten zu Tschernembl standen die Brüder Gottfried und Richard von Starhemberg, beide hochangesehene Mitglieder des österreichischen Adels, Kalviner, und geneigt, mit Gewalt das zu erreichen, was die Zeit im friedlichen Wege nur langsam herbeiführt. Mit Tschernembl sehen wir sie stetig an allen folgenden Umwälzungen und Ereignissen einen hervorragenden Antheil nehmen; sie standen ihm nur an Gelehrsamkeit und Heftigkeit nach, an Ausdauer waren sie kaum zu überbieten. Ein geschickter Unterhändler und eifriger Vertreter des Protestantismus war auch Erasmus von Eizing.

Die Motive, welche die Oesterreicher jetzt als Feinde Rudolfs auftreten ließen, waren doppelter Art, religiöser und politischer. Das religiöse betraf allein die Protestanten, denen es sich um eine gesetzliche Bestimmung ihrer Glaubensfreiheit handelte. Merkwürdig ist in dieser Beziehung, daß sie mehr Grund zu Beschwerden gegen Erzherzog Mathias als gegen den Kaiser hatten, denn seit der Erzherzog Statthalter und Khlesl sein Rathgeber war, seitdem war ihnen in den Städten der meiste Abbruch geschehen. Wenn sie sich nichtsdestoweniger mit Mathias verbinden wollten, so thaten sie dies in einer doppelten Hoffnung, erstens daß es ihnen gelingen werde, Khlesl aus dem Rathe seines Herrn zu entfernen und zweitens, daß ein Bündniß mit den protestantischen Ungarn zuletzt ihren Wünschen einen mächtigen Vorschub geben müsse. Der politische Grund, welcher alle Oesterreicher ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß einigte, beruhte theils auf der Unsicherheit, der die österreichischen Länder seit dem Bocskay'schen Aufstand preisgegeben waren und die neuerdings durch des Kaisers Benehmen in einen verheerenden Krieg umzuschlagen drohte, theils auf den fortdauernden Bedrückungen, denen sie durch die Reste der kaiserlichen Truppen, welche auf ihr Gebiet verlegt waren und daselbst von Plünderung lebten, preisgegeben waren. Eine solche Behandlung von Seite ihres Souverains erschütterte bei dem katholischen Adel und selbst bei dem Prälatenstand die Treue zu dem Kaiser und machte sie nicht ungeneigt, sich auf Mathias' Seite zu schlagen.

Auf Ungarn und Oesterreich hatte der Erzherzog als ihr Statthalter den meisten Einfluß und es konnte ihm also keine Schwierigkeiten machen, sie gegen den Kaiser ins Feld zu führen, wenn er wollte. Anders und zweifelhafter stand es mit Mähren, das er gleichwohl zu gewinnen trachten mußte, wofern er einen sichern Schlag führen wollte. Nicht als ob der Zunder der Unzufriedenheit in Mähren ein geringerer gewesen wäre, im Gegentheil, keine Provinz hatte seit Jahren so viel Mißhandlungen erlitten als gerade diese, aber es schien, als ob diese Mißhandlungen die Kraft zum Widerstande oder zu einer Erhebung gebrochen hätten. In keinem Lande der österreichischen Monarchie war sonst die Herrschaft des Adels eine so stark befestigte als daselbst, und nirgends hatte zugleich die religiöse Freiheit so feste Wurzeln geschlagen als eben da. Auf dem kleinen Gebiet von etwa 400 Quadratmeilen lebten Katholiken, Utraquisten, Lutheraner, Kalviner, Brüder und Wiedertäufer ungehindert neben einander, und es war dieser Zustand kein neuer, sondern er hatte sich seit den Zeiten Wladislaws II von Böhmen († 1516) von selbst so gestaltet und keiner der habsburgischen Regenten hätte darin eine Aenderung her-

vorbringen können*). Während zu Maximilians II Zeiten alle Provinzen, namentlich Böhmen und Oesterreich nach einem Privilegium verlangten, welches ihre religiöse Freiheit garantiren sollte, verschmähte es Mähren allein, eine gleiche Forderung aufzustellen, denn es besaß die religiöse Freiheit als ein Vermächtniß der Altvordern, als etwas, was dem Boden des Landes eigenthümlich schien und durch kein Gesetz eine größere Bekräftigung erlangen konnte. Eben so mächtig aber, als die religiöse Freiheit in Mähren aufgeblüht war, eben so mächtig hatte sich auch da die Adelsherrschaft gestaltet; in der Verwaltung und im Gerichtswesen war sie so vollständig organisirt, daß der Markgraf von dem Lande kaum mehr als den Titel und die jährlichen Steuern hatte. Gegen diese Adelsherschaft hatte nun Rudolf ungefähr am Schluße des 16. Jahrhunderts einen hartnäckigen ununterbrochenen und rücksichtslosen Kampf eröffnet, indem er theils mit Verletzung der Verfassung in die Gerichte und Landesämter Personen seiner Wahl brachte, theils gegen jene Personen, welche Widerstand leisteten, ungerechte Prozesse anhängig und sie dadurch unschädlich machte. Mit diesem politischen Absolutismus ging eine religiöse Restauration, vornehmlich geleitet von den Bischöfen von Olmütz und den mährischen Jesuitenkollegien, Hand in Hand. Vielleicht würde mancher tüchtige Herrscher es für seine Pflicht gehalten haben, der oligarchischen Adelsregierung Mährens eine Schranke zu setzen und dem bürgerlichen Element mehr Geltung zu verschaffen, gewiß ist aber, daß Rudolf zu dieser Reform nicht berufen war und an die Stelle des Angefeindeten nur etwas schlimmeres setzen konnte. Die traurigsten Dinge gingen in Mähren in der Zeit von 1605—1608 vor sich. Vier Jahre lang trat ein vollständiger Gerichtsstillstand im Lande ein, theils weil der Kaiser keinen Oberstlandrichter ernannte, welcher den Sitzungen zu präsidiren hatte, theils weil ämtersüchtige Leute es auch nach der Ernennung zu keiner Sitzung kommen ließen**). Könnte sich wohl heutzutage nur eine Regierung in der Welt halten, die solche Dinge triebe? So wie Oesterreich, litt auch Mähren Unsägliches durch die kaiserlichen Truppen, die sich dahin nach dem ungarischen Aufstande gezogen hatten. Zwar hatten, um von der Plage frei zu werden, mehrere Städte große Summen dem Kaiser gegeben, damit er Mittel zur Abdankung der Soldaten hätte, aber das Geld wurde zu anderen Zwecken verwendet und dieselben Soldaten plünderten nach wie vor dieselben Bürger. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß Männer, welche ehedem dem

*) Chlumecky, Karl von Zierotin. — Meine Geschichte der böhmischen Brüder.
**) Chlumecky, Karl von Zierotin.

Kaiser bei seinem absolutistischen Treiben aus Ehrgeiz behilflich waren, nunmehr doch Anstand nahmen, ihm zu dienen. So kam endlich die Regierung von Mähren in die Hände nichtswürdiger Personen, welche die öffentlichen Gelder auf noch schmählichere Weise als das Gesetz angriffen. Zuletzt ging der Kaiser so weit, daß er im J. 1607 in der Person Ladislaws von Berka, einen des Unterschleifs notorisch bezüchtigten Mann, zum Landeshauptmann von Mähren, also zum Haupt dieser Provinz machte.

Niemand war in Mähren durch diese Aenderungen so hart getroffen worden, als Herr Karl von Žerotin, der Sprosse eines alten Geschlechtes. Von früher Jugend an hatte dieser Kavalier an seiner Ausbildung mit allem Eifer und strenger Selbstkritik gearbeitet und nicht bloß das eigene, sondern auch des Vaterlandes Wohl zu fördern für die Aufgabe seines Lebens erkannt. Geboren und erzogen in den strengen Grundsätzen der Brüderunität verläugnete er sie keinen Augenblick seines Lebens, aber vor allen feurigen Anhängern ihres Glaubens erscheint er unter seinen Zeitgenossen dadurch wahrhaft bedeutend, daß er den Glauben zu einer Angelegenheit des innern Menschen und nicht zum Gegenstande der Politik machen wollte, also vor einer Verfolgung oder Unterdrückung Andersgläubiger zurückschauderte, selbst wenn er im Siege war. Vielleicht hatte diese evangelische Toleranz nicht immer eine Stätte in seinem Herzen aufgeschlagen gehabt; in seinem frühesten Mannesalter war er mit einem Theile seines Vermögens Heinrich IV zu Hilfe geeilt, als dieser in der größten Gefahr war der Ligue und den Spaniern zu unterliegen. Aber wenn er vielleicht damals von einem andern Geiste getrieben war, als dem, einem ungerecht Verfolgten zu helfen, so wurde er gründlich davon geheilt durch seine Wahrnehmungen in Frankreich und durch den unter seinen Augen vollzogenen Uebertritt Heinrichs IV zur katholischen Kirche. Dieser Uebertritt, der sich ihm als der schnödeste und von den unreinsten Gelüsten verursachte Abfall vom Glauben darstellte, war für ihn maßgebend in dem, was man von Fürsten erwarten könne und was nicht. Fortan sonderte er streng die Sache der Religion von der der Politik und bot in seiner öffentlichen Wirksamkeit das Schauspiel eines unwandelbar konsequenten Mannes, der weder durch die Bestürmungen seiner Freunde, noch durch die Verlockungen oder Verfolgungen seiner Gegner sich in seiner Handlungsweise irre machen ließ; nach einander gesucht und hochverehrt von den Gegnern des kaiserlichen Hauses und von den Prinzen dieses Hauses selbst, von seinen Glaubensgenossen und von den höchsten katholischen Würdenträgern, und von allen diesen wieder verlassen und preisgegeben. Er allein hatte sich nicht ge-

ändert, aber seine wandelbaren Schicksale liefern den Beweis, daß ein Mann seiner Ueberzeugung für die Zeit nicht paßte, weil er zu isolirt da stand und daß der Grundsatz, die Politik von der Religion zu trennen, sich platterdings noch nicht durchführen ließ. Für seine großen Dienste in der Zeit von 1608—1611 erntete er von seinen Glaubensgenossen nicht einmal so viel Dank, um im Jahre 1619 in Ruhe gelassen zu werden, als er bei Ferdinand II aus Ueberzeugung verharrte, er ward vielmehr — es ist fast unglaublich zu hören, aber leider wahr — mit dem Schicksale Slawata's und Martinitz's bedroht*). Nichtsdestoweniger zog er es vor, später das Schicksal seiner Landsleute zu theilen, welche um des Glaubens willen von Ferdinand II zur Auswanderung genöthigt wurden, obwohl ihm für seine Person das Verbleiben in der Heimat gestattet war; er ging nach Breslau und kehrte von da erst wenige Tage vor seinem Tode nach Mähren zurück.

Žerotin hatte nach seiner Rückkehr aus Frankreich an dem öffentlichen Leben in seinem Vaterlande Antheil genommen, gerade zu der Zeit, als Rudolf gegen die mährische Verfassung seinen traurigen Kampf begann. Gleich im Anfang stellte sich Žerotin in die vordersten Reihen ihrer Vertheidiger und trat mit gleicher Entschiedenheit in die Schranken für seine Nationalität, denn auch diese sah er durch die in der spanischen Schule der Politik geübten Diener Rudolfs gefährdet. Der ganze Haß der letzteren konzentrirte sich alsobald gegen ihn, denn es war klar, daß so lange Žerotin nicht aus dem Landrechte und Landtage entfernt und zum Schweigen verurtheilt sein würde, ihre Angriffe gegen die mährische Verfassung kaum von einem Erfolge begleitet sein dürften. Aus diesem Grunde wurde durch Bestechung und durch offenbare Verletzung alles Rechtes ein Prozeß wegen beleidigter Majestät gegen Žerotin anhängig gemacht, und dieser durch fortwährende Beängstigung und Drohung mehrere Jahre lang zu einer qualvollen Zurückgezogenheit verurtheilt. Dies war es aber, was man wollte, und von da an nahmen auch die Mißhandlungen der Mährer auf alle Weise zu, bis sie endlich in der Zeit von 1605—1606 den Höhepunkt erreichten. Die Einfälle der Ungarn, die kaiserlichen Soldaten und endlich Herr von Berka selbst plünderten das Land um die Wette, so daß, wo ehedem Wohlstand und eine frische männliche Gesinnung lebte, jetzt nur noch Armuth und Verzweiflung ihre Hütten aufge-

---

*) Im J. 1619 ward Žerotin mit dem Kardinal Dietrichstein von den aufrührerischen Ständen in Brünn ans Fenster des Landtagssaales geschleppt und wenig fehlte, so wären sie beide auf die Gasse herunter geworfen worden. Skala zur Geschichte des J. 1619 MS im böhmischen Museum.

schlagen hatten. Das ganze Land war eines Sinnes in der Verurtheilung des Rudolfinischen Regiments, und Aller Augen waren auf Žerotin gerichtet, ob er nicht das Zeichen zur Erhebung geben würde, aber die Gegner standen auf ihrer Hut und sonach war ein Auftreten gegen dieselben nur möglich, wenn auswärtige Hilfe kam.

Neben Karl von Žerotin, dem anerkannten Haupt der Protestanten und sonach der weitaus größern Mehrzahl der Bevölkerung, beherbergte Mähren noch zwei andere nach einer andern Seite hin nicht minder einflußreiche Kavaliere, welche in den meisten Beziehungen das gerade Gegenbild zu ihm boten, aber durch mannigfache Verkettung der Verhältnisse im J. 1619 seine einzigen Freunde wurden, während jetzt ihre Ziele und Wege weit auseinandergingen. Es waren dies der Bischof von Olmütz, Kardinal Franz von Dietrichstein und Herr Karl von Liechtenstein, der erste aus seinem Hause, welcher später den Fürstentitel erlangte. Der Kardinal stammte aus einer Familie, welche seit mehreren Generationen der habsburgischen Dynastie treu ergeben und von ihr mit Vermögen und Würden ausgestattet worden war. Adam von Dietrichstein war seiner Zeit Gesandter Maximilians II am spanischen Hofe und hatte sich da mit einer Spanierin Margarite von Cardona vermählt*); ein Sprößling dieser Ehe war der Kardinal, welcher in Madrid das Licht der Welt erblickte und sowohl durch seine Umgebung als durch seine Erziehung sich jenen unter allen Umständen thätigen und rücksichtslosen Glaubenseifer aneignete, der damals die hervorragendste Eigenschaft aller aus Philipps II Schule hervorgegangenen Staatsmänner war. Von Papst Clemens VIII, welcher als Kardinal bei seiner Durchreise durch Mähren den jungen Dietrichstein kennen gelernt und wegen seiner geistigen und körperlichen Vorzüge lieb gewonnen hatte, wurde er nach Rom als Kämmerer berufen, wie ein vertrauter Freund behandelt, bei jeder Gelegenheit ausgezeichnet und zuletzt im Alter von 29 Jahren zur Würde eines Kardinals erhoben, mit welcher er unmittelbar darauf durch die doppelte Gunst des Papstes und Kaisers die eines Bischofs von Olmütz verband. Kaum hatte er von dem bischöflichen Stuhle Besitz genommen, als er mit Benützung aller Vorrechte desselben sich an das Werk der kirchlichen Reform in Mähren begab, eine Unternehmung, welche bei der unabhängigen Stellung des Adels und bei der ins Blut des Volkes übergangenen Hinneigung zum Protestantismus geradezu undurchführbar erschien. Zu ihrer Erschwerung gesellte sich noch bei, daß der Kardinal, welcher vermöge seines fast ununterbrochenen Aufenthaltes in der Fremde der böhmischen Sprache

*) Richter, Series Episcoporum Olomucensium.

nicht mächtig war, gleich im Anfang seiner Thätigkeit gegen das wichtigste und natürlichste Recht seines Landes und dessen Sympathien verstieß, indem er sich bei den Sitzungen des Landrechts, denen er als Bischof beizuwohnen berechtigt war, einer fremden Sprache bedienen wollte. Karl von Žerotin war es damals, der gegen diese beispiellose Anmassung protestirte und den Kardinal nöthigte, sich eines Dolmetschers so lange zu bedienen, bis ihm selbst das Böhmische geläufig sein würde. Der Kardinal nahm zwar diese Behandlung als eine der stärksten Beleidigungen auf, widmete sich aber nichtsdestoweniger mit allem Eifer dem Studium der Landessprache und bediente sich ihrer in kurzer Zeit mit der nöthigen Sicherheit und Geläufigkeit. So gerüstet nahm er mit allem Eifer die kirchliche Restauration in seinem Vaterlande in Angriff, indem er theils selbst theils durch verläßliche Gehilfen, vor allem aber durch die Jesuiten, auf die religiöse Umkehr des Volkes und Adels hinarbeitete. Man kann nicht verkennen, daß er sich dieser Unternehmung mit aller Kraft seiner Jugend, aller Hingebung seines Amtes und allem Eifer eines Südländers hingab. Während er für seine Person mit seinen Bemühungen nur den Pflichten seines Standes entsprach und keinen politischen Zwecken dabei dienen wollte, arbeitete er aber doch auch jener absolutistischen Politik in die Hände, welche mit der religiösen Restauration zugleich der ständischen Freiheit ein Ende zu machen suchte, um wo möglich die mustergiltigen spanischen Zustände einzuführen. Es ist leicht erweisbar, daß der Protestantismus in den ersten Jahrzehenden seines Bestehens in allen Ländern, in welche er eindrang, einen Rückschritt in der Lage des Volkes herbeiführte*) und die Macht der Fürsten und des Adels demselben gegenüber erhöhte, aber eben so wenig läßt sich in Abrede stellen, daß die Wiederherstellung der katholischen Kirche überall von solchen politischen Maßregeln begleitet erscheint, bei welchen weder die ständische Freiheit noch das Gemeinwohl einen Gewinn davon trugen.

Herr Karl von Liechtenstein war der reichste und folglich mächtigste Kavalier in Mähren; seine jährlichen Einkünfte beliefen sich auf mehr als 40000 Thaler und sein Bruder befaß nicht weniger**). Seine Vorfahren nehmen in der Geschichte der mährischen Wiedertäufer, denen sie lange Zeit Beschützer und Freunde waren, eine hervorragende Stelle ein, und er selbst war ursprünglich mit Karl von Žerotin in einer Brüderschule erzogen worden und gehörte bis in sein männliches Alter den Protestanten an. Durch welche Verkettung von Umständen und welche Motive

*) Döllinger in seinem neuesten Werke: Kirche und Kirchen führt den Beweis durch.
**) Archiv von Simancas. So hoch gibt San Clemente ihre Einkünfte an.

er katholisch geworden, ist uns nicht bekannt; nur so viel ist gewiß, daß er gleich anfangs einen großen Eifer in seinem neuen Glauben an den Tag legte und mit den vorzüglichsten Vertretern des Katholicismus, Fürsten und Mönchen, in einen engen Verkehr trat, der ihn jedoch nicht hinderte, mit seinen ehemaligen Glaubensgenossen ein vertrautes Verhältniß zu unterhalten. Der Grundzug seines Charakters war flammender Ehrgeiz, der bis zur Hoffart ausartete; träumte er doch wenige Jahre später, nachdem er bereits in den Fürstenstand erhoben worden war, von nichts geringerem, als wie er bei dem erwarteten Zerfalle Oesterreichs nach Mathias' Tode Markgraf von Mähren werden könnte und manche Zweideutigkeit seines Charakters erklärt sich durch einen solchen Wunsch am besten*). Nachdem er in die Dienste Kaiser Rudolfs getreten war, stieg er rasch zu den höchsten Würden, ward Landeshauptmann von Mähren, Obersthofmeister des Kaisers und damit Präsident des geheimen Rathes, damals die höchste Würde in Oesterreich. Schon um diese Zeit standen die Angelegenheiten des Kaisers schlecht, und ein so kluger und vorsichtiger Mann, als Liechtenstein stets gewesen, mußte eigene Motive haben, wenn er in eine Stellung trat, in welcher die Vorgänger keineswegs an Ehre und Ansehen gewonnen hatten, und welche bei des Kaisers unglücklicher Gemüthsart ihm selbst noch zu größerem Nachtheil ausschlagen konnte. In der That soll er gehofft haben, die Bezahlung eines bedeutenden Anlehens, auf welche er bisher vergeblich gedrungen hatte, leichter zu erlangen. Kaum hatte er aber das Amt eines Obersthofmeisters angetreten und kaum war er mit den Einrichtungen des Prager Hofes besser bekannt, als er sowohl die Hoffnung aufgab, zu seinem Gelde zu kommen, als in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten einen schnelleren Gang herbeizuführen. Zum Kaiser zu gelangen war ihm unmöglich, wenn er sich nicht deshalb an den Kammerdiener wenden und dessen Gunst den Zutritt verdanken wollte, und daß er stolz genug war, dies Mittel zu verschmähen, kann ihm gewiß nicht verargt werden. Den Sitzungen des geheimen Rathes wohnte er nur eine Stunde am Vormittag bei; am Nachmittag ging er täglich in das neugegründete Kapuzinerkloster am Hradschin und brachte da regelmäßig gegen drei Stunden zu, gewöhnlich im Zwiegespräche mit dem Quardian

*) Erzherzog Ferdinand von Gratz, der gewiß eher zu Gunsten als zum Nachtheil Liechtensteins urtheilte, nannte ihn selbst hoffärtig. Brüsseler Staatsarchiv, Secretairie d' Etat allem. Carton 163. Peter von Vischer an den Sekretär des Erzherzogs Albrecht, ddo. Regensburg 8. März 1608.

**) Brüssel, Secret. d'Etat allem. Carton 163. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 7. März 1608.

P. Laurentius von Brindisi, einem Italiener von weit gerühmter Frömmigkeit. Da man ihm zuletzt Vorwürfe über seine Saumseligkeit im Besuche des geheimen Rathes machte, entgegnete er barsch, was er da thun solle; es sei kein Geld vorhanden und keine Mittel dasselbe herbeizuschaffen. Es währte nicht lange, so wurden diese Worte dem Kaiser hinterbracht und es kam zu einem heftigen Dispute zwischen diesem und Liechtenstein, welcher einen Bruch herbeiführte. Liechtenstein, wohl merkend, daß die ungarischen Angelegenheiten den Untergang Rudolfs herbeiführen würden, resignirte schriftlich auf seinen Posten und zog sich, Ende ohne vom Kaiser persönlich Abschied zu nehmen, weil der Zutritt nicht zu 1607 erreichen war, auf seine Güter in Mähren zurück.

Mit der Abreise von Prag und mit dem trotzigen Rückzug auf das Land war jedoch diese Angelegenheit nicht abgethan. Liechtenstein war eine zu wichtige Person, als daß der Kaiser sich nicht weiter um ihn gekümmert hätte, aber die Art und Weise, wie er es that, war nicht darnach angethan, den Bruch zu mildern oder zu heilen. Rudolf legte einen entschiedenen Unwillen gegen den gewesenen Obersthofmeister an den Tag, machte dem geheimen Rath Barvitius mehrmals Vorwürfe, weil er die veranlassende Ursache von Liechtensteins Berufung nach Prag gewesen war, so daß man dies zuletzt als den Anfang weiterer und direkt feindseliger Schritte ansehen konnte. In der That wurden Kommissäre ernannt, welche nach Mähren gehen und Liechtensteins amtliche Thätigkeit, ja seine Reden und sein gesammtes Thun und Lassen untersuchen sollten; es fehlte bereits nicht an solchen, welche den Kaiser überreden wollten, derselbe sei ihm mit Leib und Gut verfallen. Dies alles ging gegen Ende des J. 1607 und im Anfang des folgenden vor sich, gerade also zur Zeit, als Mathias mit seinem Bruder brechen wollte. Die tendentiösen Prozesse, welche dann und wann vom Prager Hofe angestrengt worden waren und für die Betreffenden nie ein gutes Ende nahmen, das traurige Schicksal, dem kaum vor einem Jahre Georg Popel von Lobkowitz*) nach langer Haft zum Opfer gefallen war, eröffneten Herrn von Liechtenstein keine angenehme Perspektive und trieben ihn, so zu sagen, gewaltsam in die Arme des Erzherzogs, von dem er sich, weil er für ihn ein unschätzbarer Gewinn war, der ausgezeichnetsten Aufnahme versehen konnte. Karl von Liechten-

---

*) Münchner Reichs. XXI/14. Bodenius an Max v. Bayern ddo. 4. Nov. 1606 berichtet, daß Georg von Lobkowitz in Elbogen soeben hingerichtet worden sei. Die Nachricht des Münchner Archivs ist die einzige, welche über Lobkowitz' bisher ins Dunkel gehülltes Ende Aufschluß gibt.

stein, der Konvertit und eifrige Katholik, zog den ganzen katholischen Adel Mährens nach sich; der katholische Adel Oesterreichs mußte darin eine glänzende Rechtfertigung für den eigenen Anschluß an Mathias finden und der Welt war damit zum unberechenbaren Schaden Rudolfs klar, daß nicht bloß Protestanten sondern bewährte Katholiken, wenn in nichts anderem, so doch in der Verdammung des kaiserlichen Regiments einig waren. So kam es, daß die beiden Häupter Žerotin und Liechtenstein bereit waren, Mathias die hilfreiche Hand zu bieten, wenn er ihrer bedurfte, Žerotin um seine staatlichen Ideale zu verwirklichen, Liechtenstein um sich vor dem Kaiser zu sichern und von dem neuaufgehenden Glücke des Erzherzogs einen Theil für sich zu gewinnen. Nur der Kardinal Dietrichstein nahm an dieser Kombination keinen Antheil, sondern verkettete jetzt fester als je sein Schicksal mit dem des Kaisers, da ihn dieser nach Liechtensteins Abgang zum Präsidenten des geheimen Rathes ernannt hatte. — Wir dürfen am Schluße nicht unerwähnt lassen, daß in den Städten Mährens die Neigung zu einem Aufstande sich nicht so offen kundgab, als bei dem Adel, theils weil die durch kaiserliche Einflüße ernannten Magistrate gegen den Kaiser keine Agitation betrieben, theils weil die Städte dem Adel mißtrauten und nicht gewohnt waren, seine Wege zu gehen.

Es blieb noch Böhmen, auf welches beim Ausbruch dieses Streites außerordentlich viel ankam, denn vermochte sich Rudolf auf dies Land zu stützen, so konnte das Ende des sich vorbereitenden Kampfes nicht so leicht abgesehen werden, wogegen die Entscheidung in vorhinein ausgesprochen war, wenn sich dasselbe an Mathias anschloß. Zunder zur Unzufriedenheit, insoweit ihn die religiösen Zwistigkeiten bieten konnten, lag auch hier angehäuft vor, weniger fühlte man sich in politischer Beziehung beschwert. Die Landtage wurden regelmäßig berufen, ihre Entscheidungen nicht umgangen, über die Beisitzer der Gerichte und ihre Aussprüche kamen nur sporadische Klagen vor, wie sie wohl zu allen Zeiten wiederkehren werden. Zwar trat auch hier durch langjährige Nichtbesetzung des Postens eines Oberstburggrafen, dessen Bedeutung der eines Palatins von Ungarn nicht ganz unähnlich war, das Streben des Kaisers an den Tag, ein autokratisches Regiment einzuführen; indessen wurden die Klagen darüber schon deshalb nicht lauter, weil die Protestanten keine Aussicht hatten, zu den höchsten Landesämtern zu gelangen. Seit vielen Jahren nämlich hatte der Kaiser nur Katholiken und ihnen gleichgesinnte Utraquisten zu den hohen Würden befördert, eine durch den Buchstaben der Verfassung noch immer begründete Verkürzung des protestantischen Elements; man empfand also des Kaisers Gebahren in der Be-

setzung und Nichtbesetzung der Landesämter mehr als eine religiöse denn als eine politische Beeinträchtigung. Zudem hatte Böhmen von den Einfällen der Ungarn und den gleich gefährlichen Einquartierungen kaiserlicher Truppen während der letzten Jahre nicht zu leiden gehabt, während Mähren und Oesterreich gerade dadurch am meisten aufgereizt worden waren. Wenn also in politischer Beziehung die böhmischen Verhältnisse nicht besorgnißerregend scheinen mochten, so waren sie es in religiöser desto mehr. Maximilan II hatte auf dem Landtage von 1575 den Ständen Böhmens — die Städte nicht ausgeschlossen — nach langen Debatten die Erklärung abgegeben, er werde die Anhänger der ihm von denselben überreichten Konfession ruhig bei ihrem Glauben belassen. Diese Konfession war ein Gemisch von Glaubensartikeln, welche theils dem Lutherthum, theils der böhmischen Brüderunität entnommen waren und die in ihrer Vereinigung das Kompromiß darstellten, welches die Lutheraner und Brüder in Böhmen eingegangen waren, um den Vorwurf abzulehnen, als sei ihr Glaube verschieden. Zwar vereinigten sich auch jetzt nicht die Lutheraner und Brüder zu einer kirchlichen Gemeinde, sondern lebten nach wie vor getrennt unter verschiedenen kirchlichen Obern, aber dies hinderte nicht, daß sie sich vermöge Maximilians Zusage auch in den ersten Jahrzehenden der Regierung Rudolfs einer wohl in einzelnen Fällen geschmälerten im ganzen aber doch nicht viel beanstandeten Freiheit erfreuten. Von dem böhmischen Adel war gewiß nicht einmal der zehnte Theil katholisch, von dem Volke ein noch geringerer Bruchtheil. Erst als im J. 1602 Rudolf mit der Unterdrückung des protestantischen Elements zugleich seinen Bruder zu treffen dachte, schien eine systematische Verfolgung der Unität beginnen zu wollen. Der Kaiser publizirte alte Strafgesetze gegen sie und bedrückte sie in den Städten. Aber da sich diese Verfolgung nicht auf den Adel und seine Unterthanen bezog, that sie den Brüdern nur geringen Abbruch und die religiösen Verhältnissen blieben in Böhmen, so wie sie waren. Nichts destoweniger war die Erbitterung über das eigenmächtige Einschreiten des Kaisers grenzenlos; die Lutheraner*) sahen den gegen die Brüder geführten

*) Wenn von Lutheranern in Böhmen die Rede ist, so darf man sich keine Anhänger der Augsburger Konfession darunter vorstellen, sondern nur Anhänger der Maximilian II im Jahre 1575 überreichten Konfession, deren Beschaffenheit wir eben angedeutet haben und zu der sich auch die böhmischen Brüder bekannten. deutsche Schriften aus dem 17. Jahrhundert bedienen sich wohl des Namens Lutheraner bezüglich der Anhänger der Konfession von 1575, böhmische Schriften jener Zeit aber nie, sie haben nur die Bezeichnung „Utraquisten". Wir bedienen uns deshalb der letzteren nicht, weil wir dieselbe für die noch

Schlag mit Recht auch als gegen sich gerichtet an, und auf dem Landtage von 1603 erhob sich eine kompakte Opposition gegen die kaiserliche Regierung, zu welcher Herr Wenzel Budowec das Signal gab, und seitdem gährte es ununterbrochen. Man fing an im Lande davon zu sprechen, daß die Krone von Böhmen doch eigentlich keine Erb- sondern eine Wahlkrone sei*), und oft erging man sich in der Betrachtung des Glückes, welches ein protestantischer Herrscher dem Lande verschaffen würde, ja viele wiesen auf den Nachbar, den Kurfürsten von Sachsen, hin und sprachen von seinen trefflichen Eigenschaften, die ihn für den Thron befähigten, bis sein Besuch in Prag ihre Illusion auf unangenehme Weise zerstörte.

Die bedeutendsten Persönlichkeiten, welche um diese Zeit in Böhmen lebten, waren auf katholischer Seite der oberste Kanzler Popel von Lobkowitz, auf protestantischer Wenzel Budowec von Budowa, Peter Wok von Rosenberg, Wenzel von Kinsky und Graf Mathias von Thurn. Auch hier also wie in den übrigen Ländern durchwegs Mitglieder des Adels und zwar des ältesten und reichsten im Lande. Kein Bürger, kein protestantischer Theolog, kein hervorragender Gelehrte nahm an den Kämpfen in erster Linie Antheil. Schon dieser eine im hohen Grade auffallende Umstand bezeugt, daß doch die Bewegung vor allem in den nach oligarchischer Macht strebenden Adelshäuptern ihren letzten Grund hatte. Die Bewegungen in Oesterreich, Ungarn und Böhmen waren im kleinern Maßstabe das, was die der deutschen Reichsstände gegen den Kaiser; immer dasselbe Streben, die Macht des Souverains zu vernichten, nicht um das Gemeinwesen besser zu organisiren, sondern um es in eine große Anzahl einzelner Herrschaften aufzulösen. Gleichwohl bildeten die gegenwärtigen Verhältnisse eine Ausnahme, denn Rudolfs Mißregierung reizte mehr oder weniger alle Stände der Bevölkerung und der Adel kam nur einem allgemeinen Wunsche nach, wenn er sich an die Spitze der Bewegung stellte; allerdings stand zu befürchten, daß er den Sieg ganz in seinem Interesse ausbeuten würde.

Es ist ein bemerkenswerther Umstand, daß diejenigen, welche um

---

sporadisch vorkommenden Anhänger des alten im 15. und 16. Jahrhundert giltigen Utraquismus beibehalten.

*) Was es mit dem böhmischen Wahl- oder Erbrecht für ein Bewandtniß habe, werden wir im Verlaufe der Erzählung noch näher andeuten. Wer jedoch mit diesem Gegenstand besser bekannt sein will, findet darüber Genaues in meiner Abhandlung: Beiträge zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges im XXXI Band der Sitzungsberichte der historisch-phil. Klasse der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien, Jahrgang 1859.

diese Zeit der katholischen Restauration große Dienste leisteten, entweder in der Heimat bei den Jesuiten oder in Spanien und Italien ihre Erziehung erhalten hatten oder wenigstens mit spanischen und italienischen Familien durch Heirat verschwägert waren. Der Kanzler Popel von Lobkowitz gehörte durch seine Heirat in die berühmte spanische Familie der Manriquez de Lara und zeichnete sich als der feurigste Vertreter jener spanisch-römischen Staatsmänner aus, welche die kirchliche Reform in Oesterreich durch Vernichtung der hergebrachten religiösen und politischen Zustände anstrebten. Streng den Uebungen seines Glaubens ergeben, überall bei Begründung von Klöstern und bei Erleichterung der Bekehrungen thätig, zeigte er, daß ihm seine Bestrebungen nicht bloß eine Sache des Verstandes, sondern auch des Herzens waren. Seit den dreißig Jahren, welche Rudolf in Prag residirte, hatten sich intime Verhältnisse zwischen einem Theil des Adels und den jeweilig in Prag residirenden Vertretern der katholischen Mächte entsponnen; man wird also leicht begreifen, daß der Verkehr zwischen der spanischen und römischen Gesandtschaft einerseits und der Familie des Kanzlers andererseits von gleich intimen Beziehungen begleitet war und daß diese auf des letzteren Politik keinen geringen Einfluß ausübten*). Welchen Antheil er an den verschiedenen Entschließungen des Kaisers hatte, welche nichtböhmische Angelegenheiten betrafen, ist nicht nachzuweisen, in den böhmischen hatte er einen entscheidenden, da er an staatsmännischen Fähigkeiten alle seine Landsleute überragte**); übrigens besaß er eine zähe Hartnäckigkeit und einen seltenen Muth; den Protestanten hat er nicht bloß in den Tagen des Glückes, sondern auch in denen der Gefahr muthig die Stirn geboten. Er war dem Kaiser auf das unbedingteste ergeben.

Unter den Protestanten hatte um diese Zeit Wenzel Budowec den bedeutendsten Namen und erfreute sich zugleich eines größeren Anhanges unter dem Volke, als alle übrigen Parteihäupter. Dies hatte seinen Grund in der persönlichen Tüchtigkeit dieses Mannes, in seiner Gelehrsamkeit und in seiner Leutseligkeit. Durch langen Aufenthalt in den meisten Ländern Europa's gebildet, mit vielen Sprachen vertraut, war er nach seiner Rückkehr theils als Schriftsteller, theils als Parteiführer im Landtage beschäftigt. Indem er der Unität der böhmischen

*) Archiv von Simancas. Der Sohn des Kanzlers hatte keinen geringern Taufpathen als den König von Spanien selbst, der sich durch seinen Gesandten vertreten ließ.

**) Guillen de San Clemente äußerte sich stets in diesem Sinne in seinen Briefen an Philipp III.

Brüder als eines der eifrigsten Mitglieder anhing, trat er dadurch dem Volke um vieles näher, denn diejenigen Adeligen, welche der Unität angehörten, waren die einzigen in Böhmen, welche dem Gewissen ihrer Unterthanen nicht Gewalt anthaten und billige Rechnung den verschiedenen Konfessionen trugen, ein Benehmen, das nicht verfehlen konnte, Eindruck auf die Menge zu machen. Mit Karl von Žerotin stand Budowec in engem Verkehr und die gegenseitige Achtung und Theilnahme dieser Männer hatte wohl zunächst ihren Grund in der Uebereinstimmung des Zieles, welches sie verfolgten, und in der Gleichheit der Mittel, deren sie sich bedienten. Obwohl Budowec einen großen Antheil an allen folgenden politischen Bewegungen genommen hat, so kann man gleichwohl sagen, daß er nie von andern als von religiösen Motiven dabei geleitet wurde und daß er nicht zu jenen Personen gehörte, welche unter dem Vorgeben für den Protestantismus zu kämpfen, politische Zwecke verfolgten.

Neben Lobkowitz und Budowec war nur noch Wok von Rosenberg eine allgemein gekannte Persönlichkeit, deren politisch religiöse Tendenzen wir unsern Lesern bereits vorgeführt haben. Graf Mathias von Thurn und Wenzel von Kinsky, welche im J. 1609 in dem Munde aller Böhmen lebten, hatten ein Jahr zuvor noch keineswegs eine größere Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Den Ereignissen, welche sich jetzt entwickelten, traten sie mit keinem fertigen Programm entgegen; beide ehrgeizig und eigennützig, waren sie bereit, sich in den Strom der Bewegung zu werfen, aber da sie nach Beute für sich haschten, so ließ sich nicht leicht die Richtung ihrer Thätigkeit bestimmen. Wir überlassen es den folgenden Ereignissen, den Charakter und die Thätigkeit dieser in Böhmens Schicksale so tief verflochtenen Männer zu schildern, denn das ehrgeizige und herrschsüchtige Treiben Thurns, die Zweideutigkeit und Schlechtigkeit Kinsky's und ihrer Beider Stellung zu den religiösen und politischen Bewegungen des Tages vermögen wir kaum deutlich mit einigen Strichen zu zeichnen, so lange wir uns nicht auf einen Theil ihrer öffentlichen Wirksamkeit berufen können.

Bei dieser Schilderung der wichtigsten Persönlichkeiten in den österreichischen Ländern haben wir Schlesien und die Lausitz so wie auch die von den Erzherzogen Maximilian und Ferdinand beherrschten Provinzen übergangen. Der Grund liegt darin, daß in denselben die Regierung ununterbrochen einen geregelten Gang nahm und die Unzufriedenheit, wo sie sich überhaupt vorfand, keinen so hohen Grad erreichte, daß sie einzelnen Personen theils als Anhängern des Bestehenden theils als dessen Angreifern zu einer hervorragenden Stellung verholfen hätte. In Tirol herrschten die Katholiken ohne Widerrede, in Steiermark waren die Prote-

stanten bereits unterdrückt, in Schlesien und in der Lausitz dagegen ließ die Stellung der letztern nicht viel zu wünschen übrig.

III

Der Entschluß, Rudolfs Herrschaft ein Ende zu machen, reifte zuerst in Ungarn und fand beifälligen Anklang in Mähren und Oesterreich. In den gewichtigsten und entscheidendsten Augenblicken waren es Illeshazy, Žerotin und Tschernembl, welche alle Transaktionen verwarfen und auf eine gewaltsame Lösung der seit zwei Jahren unerträglichen, weil zwischen Krieg und Frieden schwebenden Situation drangen. „Wir sind alle," schrieb Žerotin in dieser Zeit, „durch ein gemeinsames Joch der Sklaverei verbunden, an einer Kette werden wir alle ins Gefängniß geführt .... nicht durch Bitten und Ermahnungen, durch andere Mittel müssen die Uebel geheilt werden, denn die Krankheit ist heftig und bedarf deshalb einer starken Medicin." Žerotin von allen Vorgängen in Ungarn auf das genaueste unterrichtet, wußte, wie bereit man daselbst zur Ergreifung jener „andern Mittel" war und hielt deshalb eine vorläufige Einigung von Mähren und Oesterreich für nöthig. Auf seine Einladung fanden sich in Rossitz die Häupter dieser Provinzen zu gemeinsamer Berathung ein, und ohne daß wir genau die Punkte anzugeben vermöchten, über welche man sich daselbst einigte, ist doch so viel gewiß, daß ein eidlich bekräftigtes Uebereinkommen getroffen wurde und daß nach diesem die Oesterreicher sich zuerst der Bewegung der Ungarn anschließen sollten*). Es ist nicht zu bezweifeln, daß Erzherzog Mathias von den Rossitzer Verhandlungen in Kenntniß gesetzt wurde, denn an seinem Hofe und in seinem Dienste weilte ein Schwager Žerotins, welchen der letztere vertraulich von allen Vorgängen in Kenntniß setzte. Dieser Schwager war niemand anderer, als der nachmals so berühmte Albrecht von Waldstein, Herzog von Friedland**).

Unzweifelhaft also von der Rossitzer Zusammenkunft in Kenntniß gesetzt und genau benachrichtigt von der in allen Provinzen herrschenden Stimmung hielt Mathias den Moment zu entscheidenden Handlungen für gekommen. Er berief einen Ausschuß der ober- und niederösterreichischen Stände nach Wien und stellte an ihn die Frage, was überhaupt zur Erhaltung der Länder und insbesondere Ungarns bei der erneuten Rebellion der Haiducken zu thun sei. Die Abgeordneten, zum Theil um

*) Chlumecky: Zierotin S. 399.
**) Chlumecky: Zierotin S. 398.

die geheimen Triebfedern der Ereignisse wissend, zum Theil zwar mit ihnen nicht bekannt aber vom Wunsche nach Frieden beseelt, empfahlen dem Erzherzoge, sich mit den Ungarn zu berathen und erboten sich, ihn nach Preßburg zu begleiten. Mathias nahm dieses Anerbieten an und reiste dar-
1608 auf nach Preßburg ab, wo er am 15. Jänner eintraf und wohin er die ungarischen Stände zu einem Reichstage berufen hatte. Zwei Tage nach ihm fanden sich die österreichischen Ausschüße ein.

Mit der Ausschreibung des Reichstages von Seite des Erzherzogs und mit der Betheiligung der Ungarn an demselben war die Bahn der Rebellion entschieden betreten, denn es war nach dem geltenden Rechte eine unzweifelhafte Befugniß des Königs, daß er allein den Reichstag berufen dürfe. In der Anrede, welche der Erzherzog in lateinischer Sprache an die Stände hielt und die darauf von dem Bischof von Raab verdolmetscht wurde, forderte er sie auf, über die Mittel zu berathen, durch welche das Reich in den vorigen Wohlstand versetzt und der Friede wieder herbeigeführt werden könnte. Die Stände erwiederten darauf, sie könnten nicht früher dem Erzherzog ihre Antwort geben, bevor sie nicht einiges Unvermeidliche bei den Oesterreichern angebracht hätten.

Das was die Ungarn mit den Oesterreichern verhandeln wollten, betraf nichts mehr und nichts weniger als ein Bündniß gegen einen gemeinschaftlichen Feind, welchen man zwar nicht bezeichnete, von dem aber alle Welt wußte, daß es der Kaiser sei. Heutzutage würde die erste Erklärung einer solchen Versammlung, wie die zu Preßburg, eine Absetzung Rudolfs gewesen sein, damals kam man nur auf weiten Umwegen zu diesem Ziel, obwohl man es unverrückt im Auge hielt. Die Ungarn und Oesterreicher waren darin einig, alles Unheil der letzten Zeit rühre davon her, daß der Wiener und Zsitwa-Toroker Friede nicht eingehalten worden sei; ihre Verhandlungen drehten sich also um den Punkt, wie dieser Friede in seinem vollen Umfange gewahrt werden könne. Das zweckmäßigste schien ihnen eine feierliche Erklärung, unterzeichnet vom Erzherzog als ihrem Haupt und von den ungarischen Ständen und von den österreichischen Ausschüßen, des Inhalts, daß sie die beiden im J. 1606 geschlossenen Verträge aufrecht halten wollten gegen Jedermann ohne Ausnahme. Sie konnten sich einbilden, mit einer solchen Erklärung zum Theil auf rechtlichem Boden zu fußen, denn im J. 1606 hatten sich ja alle — die Böhmen, Mährer und Andere mit eingeschlossen — verpflichtet, den doppelten Frieden einzuhalten. Doch hatte man allerdings damals nicht den Fall bedacht, daß man ihn auch gegen den Kaiser werde aufrechthalten müssen. Dieses Bündniß zur Aufrechthaltung der vor zwei Jahren eingegangenen Verpflichtungen bezeichnete also den Kaiser keineswegs als den

gemeinsamen Gegner und wahrte sonach den Schein, thatsächlich aber war es gegen niemanden andern als gegen denselben gerichtet; denn daß Rudolf nicht nachgeben, daß er um keinen andern Preis sich zur Ruhe begeben würde, als bis er seine Gegner, seien es die Prinzen seines Hauses oder die Stände seiner Kronen niedergeworfen haben würde, das war eben so gewiß anzunehmen, wie es durch die folgenden Ereignisse bekräftigt wurde. Ein Theil der Oesterreicher, und zwar die Katholiken und die städtischen Ausschüße, wollten jedoch ein so beredtes Ausschließen des Kaisers nicht auf ihre Verantwortung nehmen, machten Einwendungen gegen die wörtliche Fassung des Vertrages und wünschten, daß der Kaiser mit gebührendem Respekt genannt werde und daß man neue Verhandlungen mit ihm beginne; allein die Ungarn, an deren Spitze Illeshazy die Verhandlungen leitete, verwarfen alle solche unzweckmäßigen Vorschläge und nahmen zuletzt zur Vermittlung des Erzherzogs ihre Zuflucht. Dieser selbst mußte allen seinen Einfluß anwenden, um die theils aus Ueberzeugung widerspänstigen österreichischen Prälaten und Städtevertreter zu gewinnen oder wenigstens zur Nachgiebigkeit zu bringen. So vollendete sich endlich nach mancherlei Schwierigkeiten die Verbrüderung der Ungarn und Oesterreicher am 1. Februar zur gemeinschaftlichen Aufrechthaltung des Wiener und türkischen Friedens mit Ansetzung von Gut und Blut gegen Jedermann. Der Bundesvertrag ward von achtundvierzig Ungarn und vierunddreißig Oesterreichern unterzeichnet. Unter den Ungarn verweigerten einige ihre Unterschrift, an ihrer Spitze stand der Erzbischof von Gran, Franz Forgacz.

Der Kaiser hatte gerade in dem Augenblick, wo die Verhandlungen gegen ihn im besten Zuge waren, einen Sekretär nach Preßburg mit dem Befehle geschickt, die Versammlung der ungarischen Stände solle sich trennen und im März an einem bestimmten Tage wieder zum Reichstag vereinen, dem er dann die nöthigen Propositionen machen wolle. Zweimal im vergangenen Jahre hatte er in rücksichtsloser Mißachtung aller Verhältnisse den bereits ausgeschriebenen Reichstag vertagt und nun versuchte er mit einem so hohlen Versprechen eine Versammlung zu sprengen, in welcher seine wenigen Freunde und seine zahlreichen Feinde gleich erbittert über seine unerträgliche Saumseligkeit waren. Der königliche Befehl auseinanderzugehen wurde nicht weiter beachtet, sondern beschleunigte nur den Abschluß des Vertrages zwischen den Oesterreichern und Ungarn. Als dies geschehen war, hielt man es für nöthig, von diesem Ereignisse alle jene zu benachrichtigen, die man entweder als Freunde ansah, oder von denen man hoffte, daß sie es werden könnten. Boten gingen also mit Zuschriften der ungarischen Stände nach Mähren an Herrn von Zerotin, nach

Böhmen an Herrn von Rosenberg*), auf daß beide Magnaten ihre Landsleute für das österreichisch-ungarische Bündniß gewännen. Erzherzog
9. Feb. Mathias schrieb selbst an Rosenberg wie an einen vertrauten Freund, sprach die Hoffnung aus, die Stände Böhmens würden sich den Ungarn anschließen und „dem Kaiser nicht mehr dergestalt den Zaum lang schießen lassen“ **). Rosenberg wurde auch um seine Vermittlung bei befreundeten deutschen Fürsten ersucht und in der That theilte derselbe in aller Eile dem Fürsten von Anhalt und dem Pfalzgrafen die Verhandlungen von Preßburg mit***) und ehe noch der Kaiser recht wissen konnte, welch' eine Gefahr über ihn hereinbreche, waren bereits in Deutschland die detaillirtesten Nachrichten über die neue Wendung der Dinge verbreitet.

Aber nicht bloß auf diesem indirekten Wege gelangte die Nachricht von dem Preßburger Bündniß nach Deutschland, denn unmittelbar nach dem Abschluße des Bundes schickten die Ungarn eine große Anzahl von Schreiben nach Regensburg an die deutschen Reichsfürsten oder ihre Gesandten ab und erstatteten darin von dem Geschehenen Bericht. Der Bote, welcher das Briefpacket von Wien nach Regensburg brachte, hatte den Auftrag, dasselbe dem Sekretär Siegfrieds von Kolonitsch, welcher als Anhänger Mathias' in Preßburg gute Dienste geleistet hatte, zu überreichen und dieser sollte dann die einzelnen Briefe an ihre Adressen befördern; im Falle jedoch der Sekretär nicht aufzufinden war, sollte der Postbote selbst das Packet öffnen und die Briefe austheilen. Schon war man indessen kaiserlicherseits in Regensburg auf solche Zuschriften vorbereitet und hatte ein sorgsames Auge auf alle Personen, welche von Oesterreich
13. Feb. her kamen. Als demnach der Bote in Regensburg anlangte, wurde er angehalten, das Packet demselben abgenommen und dem Erzherzog Ferdinand als kaiserlichem Kommissär übergeben. Es war nun an diesem zu zeigen, ob er noch an dem Aprilvertrage von 1606 halte und welche Konsequenzen er ihm geben wolle. Erklärte sich Erzherzog Ferdinand offen gegen den Kaiser oder blieb er auch nur im geheimen sein Feind, so konnte er augenblicklich den Reichstag sprengen und ohne diesen gestaltete sich Rudolfs Lage gleich im Anfange ganz hoffnungslos. Aber Erzherzog Ferdinand, wenn er je ernstlich geneigt war, gegen den Kaiser

*) Bernburger Archiv. Reg. I F. I 227/16. Die ungarischen Stände an Peter Wok von Rosenberg ddo. 1. Feber 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. I F. I 227/Fol. 41—43. Mathias an Rosenberg ddo. 9. Feb. 1608. Ebendaselbst Hock an Anhalt ddo. 27. Feber 1608.

***) Bernburger Archiv. Reg. I F. I 227/14, Rosenberg an Anhalt ddo. 18. Feber 1608.

aufzutreten, hatte sich inzwischen eines andern besonnen. Forscht man nach den Motiven einer solchen Umkehr, so mögen diese verschieden sein; zuerst ziemte es ihm allerdings nicht in einem Augenblick, wo er vom Kaiser mit einer Vertrauensmission bedacht worden war, dieses Vertrauen gröblich zu täuschen. Andererseits waren ihm die Mittel und Wege, durch welche Mathias zum Ziele kommen wollte, die Verbindung nämlich mit den als Protestanten und hartnäckigen Rebellen bekannten Ungarn, doppelt verhaßt. Im J. 1606 konnte sich Ferdinand einbilden, römischer und spanischer Druck auf Rudolf würden hinreichen, das Ziel des Aprilvertrags zu erreichen; damals mochte er sich demselben also anschließen, aber die jetzigen Wege wichen weit von seiner frühern Annahme ab, deshalb hielt er sich nicht gebunden, jene Auslegung des Vertrags zu billigen, die ihm Mathias geben wollte*). Kurz Ferdinand beförderte die aufgefangenen Briefe nicht an die Reichsfürsten, sondern über- 14. Feb. schickte sie augenblicklich an den Kaiser und erbat sich Weisungen für sein ferneres Verhalten.

Erzherzog Mathias mochte frühzeitig genug wissen, daß er Ferdinands Ausschlag gebenden Beitritt nicht zu hoffen habe, und ging also auf der in Preßburg eingeschlagenen Bahn entschlossen vorwärts. Zunächst knüpfte er Oesterreich noch enger an sein Loos, indem er einen Landtag nach Wien berief, der Gesammtheit der niederösterreichischen Stände 24. Feb. die Preßburger Beschlüße zur Annahme vorlegte und zugleich verlangte, das Land solle eine beträchtliche Anzahl Volks ausrüsten. Er brachte alle seine Forderungen theils durch seine Anhänger, theils dadurch, daß er selbst öfter den Sitzungen beiwohnte und so einen moralischen Druck ausübte, zur Annahme, denn auch in Wien setzte ein Theil der Stände, die Prälaten und Städte nämlich, welchen schon in Preßburg ein gewaltsames Auftreten gegen den Kaiser mißfiel oder Bangen einflößte, ihre Opposition weiter fort. Ein gleiches Ansinnen stellte Mathias an die Oberösterreicher und hier, wo Tschernembl das große Wort führte, gelangte er leichter zum Ziel. Nicht zufrieden mit dem, was die vereinte Kraft der Ungarn und Oesterreicher ihm für den Augenblick bieten konnte, begann Mathias auch stelbstständig zu rüsten. Das Geld hiezu floß

*) Was er von seinem Vetter selbst hielt, bezeichnet am besten eine vertrauliche Aeußerung an seine Mutter, als die Nachrichten vom Preßburger Bündniß einliefen: Er könne nimmer glauben, Mathias sei so des Verstandes beraubt, daß er solche wider Gott und das jus gentium strafmäßige Resolutionen vornehmen könnte. — Hurter Ferdinand II Bd. V S. 425. Ferdinand an seine Mutter ddo. 14. Feber 1608.

von drei verschiedenen Seiten ein, von denen wenigstens zwei nur des Kaisers eigenes Betragen in Mathias' Arme getrieben hatte. Diese Freunde, welche jetzt mit ihrem Ueberfluße hervorrückten, waren Wok von Rosenberg, Karl von Liechtenstein und — der spanische Gesandte. Daß Rosenberg und Liechtenstein ihre Allianz durch große Darlehen bethätigten, kann man begreiflich finden, ein vernichtendes Licht auf Rudolf wirft aber die Unterstützung, welche gegen Ende Februar oder Anfangs März Guillen de San Clemente auf eigene Verantwortung im Betrage von 28.000 Gulden nach Wien sandte*). Das spanische Kabinet, unmittelbar darauf davon benachrichtigt, billigte dieselbe und besiegelte damit unsere Verurtheilung von Rudolfs gesammter Thätigkeit. Der König von Spanien stand seiner Zeit erhabener als irgend ein Sterblicher über dem Verdacht, protestantische Rebellen unterstützen zu wollen; wenn er Mathias' Benehmen dennoch billigte, so erkannte er dessen eiserne Nothwendigkeit an. — Noch machte auch Mathias einen Versuch 1500 kaiserliche Reiter, welche bei Rockendorf**) unter Trautmannsdorfs Kommando standen, aufzulösen, allein ein rechtzeitig von Prag eingelangter Befehl rettete die Mannschaft für Rudolf.

Die nächste Zeit verging nun unter Bemühungen, die Mährer und Böhmen zum Anschluße an Mathias zu bewegen und in dem Versuche, auswärtige Fürsten durch Absendung von Gesandten für den Erzherzog zu gewinnen und so den Kaiser völlig zu isoliren. Was die Gesandtschaften an fremde Fürsten betrifft, so schickte Mathias zuerst seinen Kämmerer, Alessandro Ridolfi, nach Rom mit der Weisung, unterwegs auch andere italienische Höfe zu besuchen, worauf er zuletzt seinen Weg nach Spanien einschlagen sollte. Wichtiger und auch viel gefährlicher für Rudolf war die Sendung, welche Mathias Herrn Richard von Stahremberg vertraute; dieser sollte nämlich den Fürsten von Anhalt, den Kurfürsten von der Pfalz, den Landgrafen Moritz von Hessen und andere Fürsten aufsuchen, sie auf die Ereignisse, die noch folgen mußten, vorbereiten und, wo nicht um Hilfe, doch um Billigung derselbn ersuchen. Niemand paßte besser als Richard von Stahremberg, der schon seit längerem mit der kalvinischen Partei in Deutschland ein gutes Einvernehmen unterhielt, zu dieser Mission***). Ludwig von Stahremberg, des vori-

*) Archiv von Simancas 2323/32. El Commendador mayor de Leon al Rey ddo. 30. April. — Chlumecky: Karl von Zierotin und Hurter: Ferdinand II, Band V berichten über Liechtensteins und Rosenbergs Geldsendung.

**) Wahrscheinlich in der Nähe von Eggenburg.

***) Bernburger Archiv XIII Vol. I/1. Mathias an Anhalt ddo. 18. Feber 1608. —

gen Bruder, sollte die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen aufsuchen, Bruno von Mansfeld war für die geistlichen Kurfürsten bestimmt, Harrach sollte nach Gratz, Regensburg, München und Inspruck gehen. Den wichtigsten Schritt in seinem Verkehr mit Deutschland that aber Mathias damit, daß er sich endlich entschloß, den Aprilvertrag von 1606 nicht mehr als Geheimniß zu behandeln, sondern den deutschen Fürsten bekannt zu geben. Er konnte hoffen, damit ein doppeltes Ziel zu erreichen, zuerst die Prinzen des Hauses, darunter insbesondere Erzherzog Ferdinand, bloßzustellen und so moralisch zu nöthigen, sich ihm anzuschließen, dann aber der Welt einen unzweideutigen Beweis zu liefern, daß nicht er allein, sondern andere, denen sonst an Rudolfs Wohlfahrt das meiste liegen mußte, über dessen Unfähigkeit zu fernerer Regierung gleichen Sinnes seien. Aus diesem Grunde ließ er in Wien durch einen Notar eine Kopie des Vertrages vidimiren und sandte dieselbe mit noch andern wichtigen Papieren durch seinen Sekretär Seeauer an den ehemaligen Reichspfennigmeister Zacharias Geizkofler in Schwaben. Geizkofler sollte in Bezug auf diese Papiere nach den mündlichen Mittheilungen Seeauers verfahren und zugleich dem Erzherzog für die bevorstehenden Ereignisse Kriegsbedarf aller Art um den Betrag von 200.000 Gulden zusenden.

Am 22. Februar ließ Mathias jenen Vertrag vidimiren und am 1608
2. März traf Seeauer in Regensburg ein, von wo er ohne Aufenthalt weiter reisen wollte. Allein die Aufmerksamkeit auf alles, was von Oesterreich irgendwie Verdächtiges kam, war seit jener ersten Beschlagnahme eines Briefpackets und auf den wiederholten Auftrag des Kaisers nur noch gestiegen und Seeauer ward, kaum daß er in Regensburg eingetroffen war, verhaftet und sein Briefpacket in Beschlag genommen. Als die kaiserlichen Assistenzräthe dasselbe öffneten, fanden sie gleich obenan den Vertrag der Erzherzoge und setzten dadurch Ferdinand, dem sie denselben alsogleich und nicht ohne Vorwürfe vorwiesen, in die grausamste Verlegenheit. Hatte Ferdinand bis dahin jede Unterstützung Mathias' abgelehnt, so mußte er nach diesem Zwischenfalle durch rücksichtsloses Vorgehen, das in Folge einer solchen Entdeckung erschütterte Vertrauen des Kaisers zu gewinnen suchen. Da er seine Partei gewählt hatte, besann er sich keinen Augenblick, sondern suchte durch ein unterwürfiges Schreiben beim Kaiser um Verzeihung für sich

---

Dresdner Staatsarchiv. Der Kurfürst von Brandenburg an den von Sachsen ddo. 7. April/28. März 1608. — Bernburger Archiv O. XIII Vol. 1/150. Zerotin an Stahremberg ddo. XII Cal. Mart. 1608 (18. Feber).

und seinen Bruder als Theilnehmer an dem Aprilvertrage nach. Rudolf zögerte nicht lange, ihm dieselbe zu gewähren, denn was blieb ihm anderes übrig? Ferdinand aber bethätigte seine Aufrichtigkeit gegen den Kaiser noch dadurch, daß er wenige Tage später Bruno von Mansfeld, welcher seiner Sendung an die Kurfürsten nachkommen wollte,
11.Mz. in der Nähe von Regensburg verhaften, ihm seine Briefschaften abnehmen ließ und ihn gegen Ehrenwort verpflichtete, nach Prag zu reisen und sich bei dem Kaiser zu verantworten. Diese doppelte Feindseligkeit erbitterte Mathias nicht wenig und verursachte eine Entzweiung zwischen ihm und der steirischen Linie, welche leicht schlimm für die letztere geendet hätte, wäre Mathias ein rachsüchtiger Charakter gewesen. Es wird sich bald zeigen, wie er im Glück die Hand zur Versöhnung bot und wie er nicht einmal durch Erzherzog Leopolds zwar unreifen aber gefährlichen Ehrgeiz auf die Dauer erzürnt werden konnte.

IV

Wir sind jetzt in der Erzählung der Ereignisse vom Preßburger Bündnisse bei dem Momente angelangt, wo Mähren im Begriffe stand, sich auf die Seite des Erzherzogs zu schlagen. Da mit dieser Begebenheit das Schicksal des Kaisers sich besiegelte, so ist es hier Zeit, das nachzuholen, was er selbst während der letzten Monate gethan, um seinem Bruder die Spitze zu bieten, und welchen Verlauf der Kampf in Mähren nahm, bis des Erzherzogs Anhang einen vollständigen Sieg davontrug.

Als die Stände Ungarns sich in Preßburg versammelten, hoffte Rudolf durch sein gewöhnliches Aushilfsmittel, die Entscheidung der Dinge zu verschieben, auch hier zum Ziele zu kommen. Allein er irrte sich bitter, wenn er glaubte, seine Unthätigkeit würde auch seine Gegner zur Unthätigkeit verurtheilen. Als er demnach seinen Sekretär Himmelreich nach Preßburg mit dem Befehle schickte, die Versammlung solle sich auflösen und in zwei Monaten erst wiederkommen, schadete er sich durch diese verzweifelt konsequente Saumseligkeit mehr als je, abgesehen davon, daß es Jedermann klar war, er warte nur auf den Ausgang des Regensburger Reichstags, um darnach bemessen zu können, welche Saiten er gegen die Ungarn aufziehen solle. Nachdem das Preßburger Bündniß abgeschlossen war, suchte er durch Verbote und Drohungen die Oesterreicher und Ungarn von demselben abzuschrecken, annullirte es vermöge seiner obersten Machtvollkommenheit, aber selbst in diesem Jammer hütete er sich wohl, das Versprechen zu geben, er wolle den Wiener und türkischen Frieden bestätigen, ein Versprechen, das doch allein im Stande war, seinem An-

hang Muth und Kraft zu geben. Dem Erzherzog Mathias schrieb er anfangs noch freundlich, bald aber verbot er ihm in der ernstesten Weise auf dem bisherigen Wege fortzufahren*), da er entschlossen sei, mit ehestem einen Konvent in Prag, bestehend aus den Prinzen des Hauses, darunter auch Mathias, und einigen deutschen Fürsten zu berufen, und diesem die Beilegung aller Streitigkeiten zu übergeben. Da der Kaiser von diesen Drohungen und Mahnungen eine Wirkung nicht ersah, noch auch irgend eine sich versprechen konnte, stieg seine Rathlosigkeit nur immer höher.

Fleißiger als je wurden inzwischen unter dem Vorsitz des Kardinals Dietrichstein die Sitzungen des geheimen Rathes abgehalten, von seinen Mitgliedern aber nur Attems, Lamberg und der Vicekanzler Strahlendorf beigezogen, Ernst von Mollart dagegen, den man im Verdachte geheimen Einverständnisses mit Mathias hatte, zu denselben nicht eingeladen. Alle diese Berathungen brachten jedoch keine erfreuliche Wendung mehr in die verzweifelte Sachlage, denn auch die Rathschläge, welche der Geheimrath dem Kaiser unterbreitete, erfreuten sich nicht dessen Zustimmung, da dieser seine Rettung wieder in kindischen Auskunftsmitteln suchte. Sein eigenes Gewissen mußte ihm sagen, daß er weder vom Papst noch vom König von Spanien eine Unterstützung verdiene, daß er allen Glauben bei ihnen verloren haben müsse, aber nichtsdestoweniger suchte er in dieser späten Stunde noch um ihre Hilfe an und machte ihnen Versprechungen, die er seit Jahren mit unglaublicher Beharrlichkeit gebrochen; dem König von Spanien wollte er sogar die römische Königskrone anbieten**). Seine Räthe bemerkten, daß der unvermeidliche Kampf es ihm zur Pflicht mache, sich in einen bessern Vertheidigungszustand zu setzen und verlangten, er solle doch seinen Schatz angreifen. Trotz der Noth der letzten Jahre, welche selbst bis zum Hofe in dem Grade sich den Weg gebahnt hatte, daß es in diesem Augenblicke sogar auf der kaiserlichen Tafel an Wein gemangelt haben würde, wenn der Kardinal Dietrichstein nicht 1000 Thaler dafür hergeliehen hätte, besaß der Kaiser noch einige Hundert Tausend Gulden, welche er ängstlich verwahrte***). Wenn je der Moment zu ihrer Verwendung gekommen war, so war dies jetzt der Fall, aber trotz alles Zuredens brachten es die Geheimräthe nur dahin,

*) Rudolf an Mathias ddo. 23. Feber 1601, bei Hurter Ferdinand II, Band V S. 507.

**) Archiv von Simancas 2494/41. San Clemente an Philipp III ddo. 29. Feber 1608.

***) Archiv von Simancas 2494/36. San Clemente an Philipp III 15. März.

daß Rudolf sich zur Zahlung von 130.000 Thalern entschloß, um damit 5000 Mann zu Fuß anzuwerben; doch mußten sich die Geheimräthe verpflichten, ihm das Geld seiner Zeit zurückzuzahlen (!), was diese denn in Erwartung spanischer und römischer Hilfe auch thaten*). Aber gleich nach dieser auf Krieg hindeutenden Entschließung geberdete sich der Kaiser, als wolle er Frieden haben, um darauf ebenso rasch anderer Ansicht zu sein, so daß seine Rathgeber, von dem Gefühle der kommenden Niederlage bedrückt, jede sichere Haltung verloren.

Für dieses launenvolle, dem Ruin gewaltsam entgegeneilende und geradezu wahnsinnige Benehmen des Kaisers findet sich eine ausreichende Erklärung nur in der Berücksichtigung seines geistigen Zustandes, der indessen noch weit schlimmer geworden war, als wir ihn am Anfange unserer Erzählung geschildert haben. Schon im Laufe des J. 1606 vor seiner Brandeiser Reise beobachtete man an ihm abermals einen gesteigerten Ekel an allen Geschäften und machte die Erfahrung, daß, wenn er trotz seiner Unlust etwas nicht weiter aufschieben konnte, er sich deshalb ganz wüthend zeigte. Wie früher schlug er auch jetzt zeitweise um sich wie besessen, „brüllte bald wie ein Ochs bald wie ein Löwe", schimpfte gegen die Prinzen des Hauses, die er Mörder, Schelme und Giftmischer nannte, und geberdete sich überhaupt wie ein Rasender. Kam die Zeit der Beichte und Kommunion, dann hatte sein Fluchen kein Ende, und man mußte sich staunend fragen, wie sich eine solche geistige Disposition mit seinen Ketzermandaten zusammenreime. Diese Uebel erreichten nun seit dem Beginne des J. 1608 ihren Höhepunkt. Wer in der Nacht durch die Räume des Schlosses ging, hörte manchmal plötzlich einen wüthenden Lärm in den Gängen; es war der Kaiser, der aus seinem Schlafgemach im Hemd mit einem Rapier bewaffnet herausstürzte und schrie, der Rücken stehe ihm vorn, der Bauch hinten. In solchen traurigen Wuthausbrüchen that er, als wolle er sich das Leben nehmen und in der That versuchte er einmal mit Glasscherben sich den Hals durchzuschneiden, ein anderesmal wollte er sich dadurch tödtlich verletzen, daß er gegen ein Hirschgeweih anrannte, endlich hätte er sich sogar durch Gift umgebracht, wäre es ihm nicht von seinem Kammerdiener heimlich weggenommen worden. Seinen alchymistischen Studien wendete er jetzt mehr Eifer zu als je, und schon gewann die Meinung einigen Boden, er sei ein Teufelskünstler und treibe im Bunde

*) Archiv von Simancas 2494/41, San Clemente an Philipp III ddo. 29. Feber 1608. Dizen, que quiere (der Kaiser) que le prometan los consejeros de restituirsele (das Geld) y ellos lo hazen con confiança, que el Papa y V. M. ayudaran a ello.

mit dem Satan Zauberei. Thatsache ist endlich, daß er durch ein in jeder Beziehung unmäßiges Leben namentlich durch einen zu großen Genuß geistiger Getränke sich selbst die Möglichkeit einer theilweisen Genesung raubte. Es gingen mitunter Dinge im kaiserlichen Schlosse vor, welche der Gesandte des Erzherzogs Albrecht „horrend" nannte und welche er so entsetzlich fand, daß er sie nicht einmal der Feder anvertraute, sondern für spätere mündliche Mittheilung aufbewahrte*).

In diesen Augenblicken, wo theils eigene Unentschlossenheit dem Kaiser selbst das Trostlose seiner Lage näher vor die Augen rückte, theils seine kranke Gemüthsbeschaffenheit den Wahn in ihm erzeugen konnte, daß ihn außerordentliche Entschlüße noch retten könnten, tauchten zum erstenmale jene finstern Rathgeber am Prager Hofe auf, welche durch wüste Anschläge des Kaisers Verstand vollends berückten, weil sie ihn nicht bloß mit der Hoffnung auf Rettung, sondern auch auf Rache köderten. Die Reihe dieser Rathgeber, welche wir zwei Jahre später ihre volle Thätigkeit entfalten sehen werden, eröffnete der Sekretär Hannewaldt**), ein Mann von scharfem Verstande, von dem man nicht weiß, ob ihm die Umstände oder eigene Neigung zur Intrigue in Rudolfs traurigster Regierungszeit zu einer hervorragenden Rolle verholfen haben. Hannewaldt sah den Kampf, welcher sich eben entspann, durchwegs für ein Werk des herrschsüchtigen Adels an und forderte den Kaiser auf, denselben mit der völligen Vernichtung seiner Gegner zu beginnen. Rudolf sollte also nichts mehr und nichts weniger thun, als den ungarischen, österreichischen und mährischen Adel des Hochverraths schuldig erklären, sein gesammtes Hab und Gut konfisziren, die sämmtlichen Unterthanen desselben, Freie und Leibeigene, Bürger und Bauern zu freien und unmittelbaren kaiserlichen Unterthanen machen, und schließlich auch die königlichen Städte gegen den Adel bewaffnen. Welcher Beharlichkeit, welcher Verschlagenheit und welch' langer Vorbereitung hätte es bedurft, auf daß ein österreichischer Herrscher, selbst abgesehen von der Verwerflichkeit des Anschlags, nur den Anfang in dieser Kampfweise hätte machen können, und war Rudolf nicht der letzte, der sich einer solchen Aufgabe hätte unterziehen können? Und dennoch muß dieser Vorschlag öfters am Prager Hofe

*) Bernburger Archiv. O XIII Vol. 1/164, dann Reg. I F. I 228/80. Bericht vom 1. Mai. — Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht. — Hurter Ferdinand II Bd. V, 97.

**) Andere Schriftsteller pflegen den genannten Sekretär „Haniwald" zu nennen, und so pflegt er auch in den Schriften seiner Zeit genannt zu werden. Er selbst unterschrieb sich jedoch regelmäßig „Hannewaldt" und deshalb haben wir diese Schreibweise auch beibehalten.

besprochen worden sein; vielleicht sind die Besprechungen sogar zu zaghaften Versuchen geworden, denn die folgenden Ereignisse sprechen für diese Annahme. Thatsache ist, daß die von uns erörterten Rathschläge dem Kaiser von Hannewaldt gemacht wurden und ebenso sicher ist es, daß verdächtigende Umstände dafür sprechen, man habe mit der Durchführung des verrückten Planes in Mähren den Anfang machen wollen*).

Mitten unter allen diesen Vorkommnissen begegnen wir einer der sonderbarsten Entschließungen des Kaisers. Vor etwas länger als einem Jahre hatte er durch Dietrichsteins Sendung zu Mathias gezeigt, daß er dessen Rathgeber, namentlich Khlesl, als Urheber des sich entspinnenden Streites ansehe und als solche hasse. Fast zu gleicher Zeit war Khlesl einem Anschlage auf seine Freiheit oder sein Leben nur durch einen glücklichen Zufall entronnen und man vermuthete damals, daß man in Prag nach den eigentlichen Urhebern forschen müsse, wenigstens war Khlesl dieser Meinung. Nach diesen Vorgängen und während durch des Bischofs thätige Beihilfe alle Länder sich gegen den Kaiser zu erheben im Begriffe waren, sprach der letztere das sonderbare Verlangen aus, Khlesl möchte zu einer persönlichen Unterredung nach Prag kommen. Was wollte er mit diesem eigenthümlichen Begehren; dachte er Khlesl für sich zu gewinnen oder von ihm eine wahrheitsgetreue Auseinandersetzung der Sachlage zu erhalten, weil er seiner Umgebung mißtraute? Der weitere Verlauf zeigt, daß der Kaiser weder das eine noch das andere beabsichtigte, sondern daß Khlesls Berufung einer jener planlosen Entschlüße war, welche den Inhalt der Prager Politik ausmachten. Der Bischof legte einen bemerkenswerthen Muth an den Tag, denn er nahm keinen Anstand der Berufung zu folgen, wiewohl er sich in seinem Gewissen nicht rein fühlen mochte. Zwar hatte er sich ungehinderte Freiheit der Rückkehr ausbedungen, allein wer weiß es nicht, wie häufig solche Bedingungen beim Ausbruch innerer Streitigkeiten verletzt werden. Angekommen
8. Mz. in Prag, verlangte er beim Kaiser Audienz, aber da bei diesem längst die Stimmung, welche ihm des Bischofs Ankunft wünschenswerth machte, einer andern gewichen war, ließ er ihm den Befehl zukommen, das, was er zu sagen habe, den geheimen Räthen mitzutheilen. Khlesl weigerte sich Folge zu leisten, verlangte persönlich gehört zu werden und nicht weniger als sechs Tage vergingen unter Besprechungen über die zu ertheilende Audienz, bis endlich der Kaiser sich zu derselben unter der Bedin-

*) Brüssel Secretairie d'Etat allem. Bischer an Fleckhammer Sekretär des Erzh. Albrecht ddo. 7. März 1608. Bischer, der Gesandte des Erzh. Albrecht, genau in die Bewegung der Zeit eingeweiht, setzt den Plan Hannewaldts auseinander.

gung herbeilassen wollte, daß Khlesl den unangenehmen Theil seiner Nachrichten zuerst dem Kardinal Dietrichstein eröffne!! Dies that Khlesl, indem er dem letztern, was dieser ohnehin wissen mußte, die Ursachen der jetzigen Bewegungen auseinandersetzte. Endlich am 17. März zur Audienz vorgelassen, nachdem ihn noch vorher Herr von Attems im allerhöchsten Auftrage zweimal gemahnt hatte, kurz zu sein, traf er den Kaiser an einem Tische stehend und auf sein Rapier gelehnt. Nach einigen freundlichen Empfangsworten forderte Rudolf den Bischof auf, offen zu sprechen, den unangenehmen Theil seiner Nachrichten aber für sich zu behalten und den geheimen Räthen mitzutheilen! Khlesl bezeichnete aufrichtig als Grund von Mathias' Erhebung wider den Kaiser die Weigerung des letztern, die Successionsfrage zu Ende zu bringen und als Ursache des Anschlußes der Stände an den Erzherzog das Preisgeben derselben in den ungarischen Wirren, da ein kaiserliches Schreiben an sie sogar die Worte enthalten habe, sie sollten sich helfen, wie sie könnten. Seine Rede ging dahin, dem Kaiser zu Gemüthe zu führen, daß er selbst durch feindseliges und unkluges Benehmen den Sturm heraufbeschworen habe, daß es aber doch noch eine Hilfe für ihn gebe, wenn er die Wege der Unterhandlung betrete, da der Erzherzog gutmüthig sei und gern die Hand zum Vergleiche bieten würde*). Khlesl trat nach dieser Audienz ungehindert seinen Rückzug nach Wien an.

Es ist kein Zweifel, daß, wenn der Kaiser dem Rathe gefolgt wäre, der Erzherzog zu einer Versöhnung sich geneigt gezeigt hätte**). Aber Rudolf nahm sich diese Mahnungen nicht zu Herzen, obwohl in demselben Augenblicke die Vorgänge in Mähren seine Lage zu einer verzweifelten machten. Wir haben erzählt, wie schon im Dezember 1607 Besprechungen zwischen den Häuptern der Oesterreicher und Mährer bei Herrn von Zerotin stattgefunden hatten und wie diese zu einem Vertrag über die einzuschlagende Haltung führten. Zerotins Aufgabe war darnach, unter den mährischen Ständen eine solche Einigung vorzubereiten, daß sie sich im günstigen Falle dem österreichisch-ungarischen Bündnisse, das zuerst zu Stande kommen sollte, anschließen konnten. In der That

*) Khlesls Itinerar bei Hammer: Leben Khlesls Bd. II, Beilage 213.

**) Archiv von Simancas 2494/36 Guillen de San Clemente an Philipp III ddo. 15. März 1608. San Clemente ist um diese Zeit vollständig dem Unternehmen Mathias' günstig gesinnt und fürchtet nur, letzterer werde den Elementen, auf die er sich stütze, zu viel nachgeben müssen. Aunque el S. Archiduque Matias deve llevar buen intento en ellas, no podra ajustar los instrumentos de que se ha querido valer, a que no salgan de limite ni los podra reprimir.

kam Žerotin seiner Aufgabe nach und dies um so leichter, als auch Karl von Liechtenstein das ganze Gewicht seines Ansehens und Einflußes mit in die Wagschale warf, so daß also eine entschiedene Manifestation zu Mathias' Gunsten bei einem Zusammentritt der mährischen Stände zu erwarten stand. Dies war dem Landeshauptmann von Mähren, Herrn von Berka, keineswegs unbekannt, und da er sich bewußt war, den Haß der Stände in noch höherem Grade als der Kaiser sich zugezogen zu haben, suchte er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der befürchteten
1608 Einigung entgegenzuarbeiten. Bei einem Landtag, welcher anfangs Jänner in Olmütz abgehalten worden war, hatte der Kaiser verlangt, man solle über die gemeinsame Vertheidigung gegen einen etwaigen Einfall der Ungarn sich berathen. Damals lehnten die Stände die Berathung ab und vertagten sich bis zum 23. Februar; es war dies durch Karl von Žerotin und seine Freunde veranlaßt worden, weil sie erst über den Ausgang der Preßburger Verhandlungen berichtet sein wollten, bevor sie sich für oder gegen den Kaiser entschieden. Nachdem aber daselbst das Bündniß zwischen den Ungarn, Oesterreichern und Mathias zu Stande gekommen war, war es ihr eifrigster Wunsch, daß Rudolf einen Landtag berufe, um ihnen eine legale Gelegenheit zu bieten, sich zu versammeln und gegen ihn zu erklären. Allein gerade diese Gelegenheit wurde ihnen nicht geboten, und Herr von Berka suchte einer eigenmächtigen Versammlung noch dadurch zu begegnen, daß er kaiserliche Truppen unter dem Kommando Tilly's nach Mähren berief, was nicht verfehlen konnte, auf den Adel einen moralischen Druck auszuüben. Blitzschnell verbreitete sich das Gerücht im Lande, der Kaiser wolle sich der Häupter der Bewegungspartei bemächtigen und an ihnen eine rasche Justiz üben. Wir haben keinen Beweis hiefür in den uns zugänglichen Archiven entdecken können, aber nach den Vorschlägen Hannewaldts und nach der Lage der Dinge gehört ein solcher Beschluß nicht zu den Unmöglichkeiten und gewiß war Berka der Mann ihn durchzuführen. Vielleicht wurde aber auch dies Gerücht von dem unzufriedenen Adel selbst aufgebracht; wenigstens sind die Vergrößerungen und Ausschmückungen desselben offenbar mährischen Ursprungs und absichtlich gegen den Kaiser verbreitet worden, denn daß der Kaiser nicht bloß die Köpfe einiger Adeligen haben wolle, sondern daß Berka und Tilly den Auftrag hätten, sich aller Adeligen zu bemächtigen und diesen Stand auszurotten, war bald eine ausgemachte Sache, an der Niemand zweifeln durfte, wenn er nicht allgemein verlästert werden wollte *).

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., österr. und böhm. Kriegswesen. Buch I Fol. 176. Vertraulicher Bericht des jetzigen Zustandts in Mähren.

Unter dem Unwillen und Schrecken, den diese Gerüchte verursachten, hielten es die Häupter der Bewegungspartei für angemessen, nicht länger zu zögern, sondern sich unverweilt gegen den Kaiser zu erklären. Auf Zerotins und Liechtensteins Veranlassung fanden sich also eine Anzahl von Herren und Rittern am 7. März in Brünn ein, während da- 1608
selbst die üblichen Sitzungen des Landrechts abgehalten wurden. Gerade als die Beisitzer des Landrechtes versammelt waren, trat Herr von Liechtenstein in Begleitung von etwa 60 Herren und Rittern, welche gegen die strenge Gewohnheit früherer Zeiten bewaffnet waren, in den Sitzungssaal und verlangte vom Landeshauptmann, daß die Schranken geöffnet würden und sie alle über die Gefahr, welche dem Lande von fremden Truppen drohe, berathen dürften. Herr von Berka kehrte sich an die Beisitzer, frug sie um ihre Meinung und entgegnete dann, es sei nicht Brauch, daß politische Fragen bei einem Landrecht berathen würden, hiezu sei nur der Landtag berechtigt und dessen Berufung liege im Belieben des Kaisers. Liechtenstein erwiederte darauf, er habe gewisse Nachricht, daß von den Haiducken ein Einfall in Mähren vorbereitet werde, um die kaiserlichen Truppen daraus zu vertreiben, was zum Verderben des wehrlosen und wieder zum Kampfplatz auserlesenen Landes ausschlagen müsse. Auch jetzt verlor Berka seine Besonnenheit nicht; er erklärte von einem Einfalle der Haiducken nichts zu wissen und beschied schließlich Herrn von Liechtenstein mit seinem Anhang auf den folgenden Tag. Bald wäre es nun zu einer mehr als tumultuarischen Scene gekommen, denn der Ungestüm übermannte die Mißvergnügten, sie durchbrachen die Schranken des Gerichts und höhnten und schmähten den Landeshauptmann nicht anders, als wollten sie sich an ihm vergreifen. Zu einer Berathung des Adels kam es jedoch an diesem Tage nicht mehr, da es schon spät geworden war. — In der Nacht blieben sie alle bewaffnet, weil sie einen Ueberfall durch Tilly's Schaaren befürchteten oder wenigstens zu fürchten vorgaben; in einem Gasthause vereint, faßten sie die Beschlüße, welche am folgenden Tage ausgeführt werden sollten. Als am andern Morgen der Landeshauptmann nicht in die Versammlung kam, schickten sie mehrmals nach ihm, und als er endlich erschien, verlangte Liechtenstein eine kategorische Erklärung von ihm, ob er sich ihnen zu ihrer aller und des Landes Vertheidigung anschließen wolle oder nicht. Aber auch jetzt weigerte sich Berka standhaft an den Berathungen theilzunehmen, von denen er klug genug voraus sah, daß sie gewiß nicht den lang gehegten Haß der Stände gegen ihn mildern, jenen des Kaisers aber sicherlich ihm zuziehen würden. Auf dieses erklärte ihn Liechtenstein für unfähig zum Posten eines Landeshauptmanns und für abgesetzt und

forderte mit den Worten: „Wer das Vaterland liebt, folge mir", die Versammlung auf, mit ihm sich zu entfernen. Alle bis auf zwei Personen, welche sich an Berka anschloßen, kamen diesem Verlangen nach, gingen in sein Palais und machten so der Herrschaft des Kaisers ein Ende*).

So ganz vollständig war aber doch noch nicht der Sieg des Adels in Mähren, vielmehr traten auch hier dieselben Elemente wie in Oesterreich in Opposition gegen seine und Mathias' Pläne. Vor allem hatte der Prälatenstand keinen Theil an der Absetzung Berka's, noch weniger aber wollten die Städte von einer Erhebung gegen den Kaiser etwas wissen. Bedenkt man, welch' ein mächtiges Band die Gleichheit des protestantischen Bekenntnisses um Bürger und Adel schlang, so gäbe dies gewiß keine genügende Erklärung, wenn man das frappante Benehmen der Städte allein dem Umstande zuschreiben wollte, daß die Magistrate kaiserlichen Einflüßen ihre Ernennung zu verdanken hatten. Die Ursache lag vielmehr darin, daß sich die Städte gewöhnt hatten, den Adel als einen größern Feind anzusehen, als selbst einen Herrscher wie Rudolf; und in der That bietet ihre Geschichte mehr als einen vollwichtigen Grund dafür. Seit 150 Jahren hatte sich die Zahl der königlichen Städte in Mähren von 30 auf 6 verringert, ein Beweis, daß der Adel seine Herrschaft in nicht zu rechtfertigender Weise ausgebeutet hatte und sich jetzt nicht wundern durfte, auf geringe Sympathien zu stoßen. Die Schritte, welche der in Brünn versammelte Adel that, um diese Stadt, die erste im Lande, auf seine Seite zu ziehen, waren von keinem Erfolge begleitet, sondern schienen nur noch eine größere Entfremdung herbeizuführen. Neue Gerüchte, an die angeblichen Pläne des Kaisers gegen die Landherren sich anschließend, tauchten auf und besagten, die Brünner ständen im geheimen Einverständnisse mit den in der Nähe der Stadt befindlichen Truppen Tilly's, kleine Abtheilungen derselben seien bereits zur Nachtzeit in dieselbe eingelassen worden, und ein allgemeines Blutbad gegen den Adel solle im Anzuge sein. Verdächtige Aeußerungen einzelner Rathsmitglieder, aufgefangene Briefe, in denen dem Prager Hofe nahe stehende Personen ihren Freunden befremdende Nachrichten gaben**), wirkten derart beunruhigend auf den Adel, daß derselbe seinen Aufenthalt in Brünn nicht weiter für gesichert hielt, sondern
8. Mz. sich in Gesammtheit nach dem nahe gelegenen Austerlitz begab, um sich da über die weiteren Schritte zu berathen. Hier wurde alsogleich ein

*) Vischer an Fleckhammer ddo. 12. April 1608. Brüssel Secretairie d' Etat Allem.
**) Bernburger Archiv O XIII, Vol. 1/217, Zeitung aus Linz ddo. 11. April 1608.

Ausschuß mit Liechtenstein an der Spitze gewählt, welcher über die Lage des Landes berichten und das Geeignete vorschlagen sollte. Auf seinen darauf gestellten Antrag beschloß die Versammlung, vorerst 1000 Reiter zu werben, eine allgemeine Steuer auszuschreiben und einen Landtag nach Eibenschitz auf den 13. April zu berufen. Noch hielten es die Versammelten für gut, an den Kaiser zu schreiben, wiewohl die Forderungen, welche sie an ihn stellten, keine Verständigung hoffen ließen; sie verlangten nämlich die Ernennung eines andern Landeshauptmanns, die Sanktionirung des nach Eibenschitz von ihnen ausgeschriebenen Landtags und endlich die Bestätigung des Wiener und ungarischen Friedens; Forderungen, von denen die erste und letzte billig und gerecht, die zweite nur durch des Kaisers eigenste Schuld herbeigeführt worden war, welche aber allesammt dem letztern gleich verhaßt waren.

Berücksichtigt man, daß die Städte Brünn und Olmütz auf die Einladung des Adels, bei dem Eibenschitzer Landtage sich zu betheiligen, ablehnend antworteten und in ihrer dem Kaiser günstigen Stimmung standhaft verblieben, so scheint uns die Politik, welche der Kaiser einschlagen sollte, völlig klar bestimmt. Entweder mußte er auf die Austerlitzer Forderungen eingehen und dadurch in der letzten Stunde retten, was zu retten war, oder er mußte sich auf die Städte durch Gewährung bedeutender Vortheile stützen und mit den Truppen Tilly's und Trautmansdorfs in der That versuchen, wessen ihn das Gerücht so lange beschuldigte, d. h. er mußte mit Waffengewalt in Mähren auftreten, die Rüstungen des Adels hindern und durch Schrecken seine Gegner niederdonnern. Daß die mährischen Landherren sich einem solchen Auftreten gegenüber nicht für sicher hielten, beweist, daß sich ihre Häupter, darunter Zerotin ganz nahe an die ungarische Grenze begaben, um im Moment einer Gefahr flüchten zu können*). Allein von allem, was der schlichteste Verstand dem Kaiser angerathen hätte, that dieser nichts; theils suchte er durch Drohungen, denen keine That folgte, zu schrecken, was nur Erbitterung aber nicht Furcht zur Folge hatte, theils knüpfte er neue Unterhandlungen an, mit denen er es keinesfalls ernstlich meinte, gleichsam als wollte er selbst dem Adel Zeit geben, sich zu rüsten. Vor allem galt es ihm, den Eibenschitzer Landtag zu vereiteln und hiezu hatte man in Prag folgenden Feldzugsplan erdacht.

Kaum waren die ungarischen und österreichischen Stände auf eigenmächtigen Landtagen in die bekannte Verbindung getreten, so mußte am Prager Hofe die Angst rege werden, daß Mähren, Schlesien und viel-

*) Chlumecky: Karl von Zierotin.

leicht sogar am Ende auch Böhmen dem gegebenen Beispiel folgen könnten, um so mehr, als man wußte, wie sehr Mathias' Freunde und der eigene Vortheil der Stände einer solchen Erhebung das Wort redeten. Bezüglich Böhmens fühlte sich der Kaiser zuerst beruhigt; die obersten Beamten, durchwegs Katholiken, gaben ihm die besten Versicherungen und die Stimmung im Lande selbst strafte sie nicht Lügen. Es ist Thatsache, daß von den Böhmen, mit Ausnahme der zwei bittern Gegner der Rudolfinischen Regierung Rosenbergs und Budowec's und ihres engern Anhangs, die Ereignisse in den benachbarten Ländern anfangs mit einer gewissen Gleichgiltigkeit später mit Mißgunst betrachtet wurden, wovon die Ursachen verschieden, vor allem aber darin ihren Grund hatten, daß man eine Erhebung der Provinzen gegen den Kaiser von Folgen begleitet sah, welche Böhmens alter Suprematie über Mähren und Schlesien einen harten Stoß versetzen konnten. Mag übrigens die Ursache welche immer gewesen sein, für den Kaiser war die Wirkung jedenfalls eine vortheilhafte und er beschloß sie dadurch auszubeuten, daß er nach Prag einen General-Landtag der böhmischen Krone berufen wollte, den er mit Hilfe der Böhmen zu beherrschen hoffte. Regelmäßig hielten die Länder, welche zur böhmischen Krone gehörten, bloß Provinzial-Landtage und nur in außerordentlichen Fällen, die erst in Jahrzehenden eintraten, beriefen die Könige General-Landtage nach Prag, bei denen Böhmen, Mähren, Schlesien und die Lausitz gleichmäßig vertreten waren. Zu
1608 diesem Ende schrieb Rudolf zuerst für Böhmen einen Landtag aus, welcher sich am 10. März in Prag versammelte und mit dem er in der kurzen Zeit einer Woche mehrere Bestimmungen vereinbarte, die man als für ihn höchst günstige bezeichnen muß. Zuerst gaben nämlich die Böhmen ihre Zustimmung zu dem General-Landtage, dessen Zusammentreten auf den 14. April anberaumt wurde, dann bevollmächtigten sie den Kaiser, daß er im Verein mit den obersten Beamten vermöge alter Gesetze alle Maßregeln treffen dürfe, die zur Vertheidigung des Landes nothwendig seien. Damit bevollmächtigten sie ihn zu nichts geringerem, als zur Berufung des allgemeinen Aufgebotes, eine Konzession von der größten Wichtigkeit. Endlich gaben sie auch ihre Zustimmung dazu, daß sämmtliche Lehensträger der böhmischen Krone, und dies waren alle weltlichen Kurfürsten, aufgefordert werden sollten, ihrer Pflicht nachzukommen und dem Kaiser gegen jeden Angriff zu Hilfe zu eilen. Nachdem so wichtige und durchwegs dem Kaiser günstige Beschlüße zu Stande gekommen waren, löste sich der Landtag am 17. März auf*).

---

*) Beschlüße des Landtags, welcher Montags nach Oculi begann und Montags

Die Freude an dem Verlaufe des Prager Landtages wurde dem Kaiser durch die fast gleichzeitig einlaufenden Nachrichten aus Brünn und Eibenschitz nur zu stark verbittert; nichtsdestoweniger verharrte er bei seinem Entschluß, einen General-Landtag zu berufen, und dies um so mehr, als die Böhmen durch ihr Betragen sein Zutrauen gewonnen hatten. Sich selbst über die Lage der Dinge in Mähren täuschend, glaubte er noch, dessen Adel für sich gewinnen zu können und schickte deshalb den Kardinal Dietrichstein und Wilhelm von Slavata — denselben, welcher im J. 1618 einen so glücklichen Fall thun sollte — nach Brünn, um die Stände zu beschwichtigen und zu einem Landtag daselbst zu berufen. Da jedoch vom Adel fast Niemand in Brünn anwesend war, so reiste der Kardinal selbst nach dem Orte, wo die Häupter der Opposition eben ihre Berathungen hielten, und vermochte sie, indem er sich persönlich für ihre Sicherheit verpfändete zur Reise nach Brünn, wo thatsächlich der Landtag am 29. März eröffnet wurde. Aber die Forderungen, welche die königlichen Kommissäre, Herr von Slawata und Herr von Lukawec, an die Stände Namens des Kaisers stellten, führten zum Bruche und zum Schluße des Landtags schon an demselben Tage, an dem er begonnen hatte. Sie verlangten nämlich, die Stände sollten den Prager General-Landtag beschicken, ihre Vertreter alsogleich wählen und keine weitern Berathungen vornehmen, insbesondere also die Absicht in Eibenschitz zusammenzukommen aufgeben. Herr von Žerotin war es, der jetzt am meisten gegen die Bewilligung der königlichen Forderungen sprach und deren Verwerfung um so leichter durchsetzte, als einerseits der Adel nicht gewillt war, die Entscheidung seiner Angelegenheiten aus der Hand zu geben und einer Versammlung zu übertragen, deren Tendenzen ihm verdächtig waren, andererseits keines der hervorragenden Häupter nach Prag reisen mochte, weil sie alle befürchteten, daselbst in Haft genommen zu werden. Zwar die Städte und Prälaten verließen auch jetzt nicht des Kaisers Sache, aber bei ihrer verhältnißmäßigen Machtlosigkeit änderte ihr Benehmen nichts an dem schließlichen Resultate. So endete nach vielen und leidenschaftlichen Reden und Gegenreden der Landtag in der Nacht vom 29. auf den 30. März mit vollständiger Verwerfung der königlichen Propositionen. Der Adel reiste noch in derselben Nacht aus der Stadt, welche er wegen der Nähe von Tilly's Truppen wie die Pest zu fürchten schien.

Triumphirend benachrichtigte Žerotin seinen Freund Tschernembl

---

nach Laetare 1608 geschlossen wurde. Das Original dieses Landtagsbeschlußes ist böhmisch.

von diesen Vorgängen, welche er mit Recht seinen Anstrengungen zuschreiben konnte und welche ihm die Erfüllung seines staatlichen Ideals in politischer und religiöser Beziehung als nahe bevorstehend erscheinen ließen. Liechtenstein selbst reiste im Auftrage des mährischen Adels nach Wien zu Mathias, theils um ihm über den Sieg seiner Partei zu berichten, theils zum bewaffneten Aufbruche gegen den Kaiser zu mahnen. Während Mathias, dieser Aufforderung nachkommend, die ungarischen und österreichischen Truppen vereinte und mit ihnen gegen die mährische Grenze aufbrach, kam der Termin heran, in welchem die Mährer auf dem Landtage von Eibenschitz sich versammeln sollten, um ihrem Anschluße an den Erzherzog einen formellen Ausdruck zu geben*). In der That erschienen daselbst nicht weniger als 140 Personen, aus dem Herren- Ritter- und Prälatenstande. Die Städte waren auch jetzt nicht vertreten, aber die Betheiligung des Prälatenstandes, der doch die meisten Gründe haben mochte, sich an den Kaiser anzuschließen, gab ihrem Wegbleiben eine geringere Tragweite. Die ersten Beschlüße der Versammlung betrafen die Absetzung Berka's von der Stelle eines Landeshauptmanns und die Errichtung einer provisorischen Regierung. Karl von Liechtenstein wurde einstimmig an ihre Spitze als Direktor berufen, da er sich durch sein Auftreten am 7. März in Brünn dieses Vertrauens würdig gezeigt hatte und auch als Katholik hiezu am geeignetsten schien; der kluge und vorsichtige Žerotin wollte, daß im Anfange der Bewegung das religiöse Moment ganz bei Seite gelassen werde. Einige Landesoffiziere und Landrechtsbeisitzer wurden als Mitglieder der provisorischen Regierung Herrn von Liechtenstein an die Seite gesetzt**).

Mittlerweile waren Vertreter von Ungarn und Oesterreich nach Eibenschitz gekommen, um den Anschluß an das Preßburger Bündniß völlig zu Stande zu bringen; es waren dies unter anderen Valentin Lepes Bischof von Vesprim, Peter Revay, Jakob Stahremberg und Erasmus von Tschernembl. Vieler Unterhandlungen bedurfte es nicht mehr, schon am 19. April war die Bundesurkunde ausgefertigt, welche Mährens Beitritt besiegelte. Aber hierin gingen die Eibenschitzer Verhandlungen über die Preßburger hinaus, daß von den Mährern erklärt wurde, der Zweck des Bündnisses sei nicht bloß die Aufrechthaltung des ungarischen und türkischen Friedens, sondern auch die Vertheidigung gegen andere ungerechte Angriffe***). Durch diesen letzten Zusatz trat der

*) Chlumecky: Zierotin S. 420 und flg.
**) Chlumecky: Zierotin S. 434.
***) Chlumecky: Zierotin S. 438.

bis auf diesen Augenblick aus Nothwehr gegen den Kaiser geführte Kampf in ein anderes Stadium über; die Stände beabsichtigten auch die Herstellung und Vertheidigung ihrer Freiheiten und mannigfachen Ansprüche und traten damit nicht bloß gegen die vom Kaiser bisher ausgeübte Macht, sondern überhaupt gegen die königlichen Prärogative auf, wie sie entweder seit jeher bestanden oder aber im Laufe der Zeit durch das Herkommen sich vergrößert hatten. Es galt mit einem Worte die vollständige Wiederherstellung und Aufrichtung eines Ständestaates**). Am 21. April be- 1608
nachrichtigten die Stände, von Eibenschitz aus, den Erzherzog Mathias von diesen Vorgängen und nannten sich in dieser Zuschrift seine „getreuen Unterthanen". Auch die Städte waren nicht mehr im Stande dem Drucke zu widerstehen, welchen das abgeschlossene Bündniß und die allseitige Anerkennung desselben auf sie ausübte; einige gaben einfach nach und schloßen sich an den Adel an, in den anderen brach endlich der Unwille der exaltirten Protestanten heftig los und brachte durch gewaltige Aufregung einen gleichen Anschluß zu Stande.

**) Hammer, Khlesl, II Urkundensammlung 216. In dem ungarisch-österreichisch-mährischen Bündnisse heißt es: Ac proinde firmum et inviolabile foedus inire, prout praesentibus inivimus ea conditione, quod si nimirum temporis successu propter vel contra transactionem Viennensem ac turcicam nuperrime conclusam, quam servare intendimus vel qualemcumque aliam ob causam justam et legitimam nobis, Regnis provinciis et patriis nostris ac ejusdem commembris ac confoederatis hostis aut turbator ingrueret. Die Worte vel qualemcumque aliam ob causam justam et legitimam fehlen im Preßburger ungarisch-österreichischen Bündnisse.

Fünftes Kapitel.

I. Mathias' kriegerisches Auftreten, sein Zug nach Mähren. Rudolfs Rüstungen. Dietrichsteins diplomatische Sendungen. Eigenthümliche Haltung der Böhmen. Rosenbergs und Anhalts Absichten. Rudolfs Entschluß zur Nachgiebigkeit. Die böhmischen Kronbeamten. Der Nuncius und Pedro von Montanana in Časlau. Weitermarsch des Erzherzogs. Streit des Kaisers mit den böhmischen Kronbeamten. — II. Mathias in Böhmischbrod. Eröffnung des böhmischen Landtags. Haltung der Böhmen. Ihre Forderungen. Theilweise Nachgiebigkeit des Kaisers. Mathias' Forderungen bei dem böhmischen Landtag. Die Konferenzen in Dubeč und Liben — III. Das Vermittlungsprojekt Maximilians. Anhalts Stellung zu demselben. Seine Pläne. Die Gründung der Union. Anhalts Absicht mit ihrer Hilfe in Böhmen zu interveniren. Vereitelung derselben. — IV. Der päpstliche Legat Kardinal Melino, Balthasar von Zuniga; ihre Botschaft in Prag. Pedro's von Toledo Sendung zu Heinrich IV. Vorschlag zu einer spanisch-französischen Allianz. Der Kurfürstentag von Fulda. Hennot der Gesandte der geistlichen Kurfürsten in Prag.

I

Mathias, durch die Vorgänge in Brünn von der Bereitwilligkeit der Mährer, sich ihm anzuschließen, überzeugt und mit vieler Zuversicht ein gleiches von den Böhmen hoffend, wenn er ihnen dazu Gelegenheit böte, beschloß endlich gegen seinen Bruder zu Felde zu ziehen. Die Rüstungen, welche er seit dem Monate Februar begonnen hatte, waren in dem Moment, wo der Eibenschützer Landtag zu tagen begann, vollendet, so daß er hoffen durfte, bei der Ankunft an der böhmischen Grenze über etwa 20.000 Mann verfügen zu können. Für das Kommando über das Heer war Sigmund von Herberstein designirt, ihm sollten Georg von Hodiz, Georg Andreas von Hoffkirchen und Georg Thurzo als Unterbefehlshaber beigegeben werden. An der ungarischen Grenze selbst stand für alle Fälle Valentin Hommonay mit 18.000 Mann zu Roß und zu Fuß bereit, dem Erzherzog zu Hilfe zu ziehen *).

---

*) Münchner Staatsarchiv 547/4 163. Das Heer Mathias zählte genau 20.350 Mann, darunter 10.900 Mann zu Fuß und 9450 zu Roß.

Während die Streitkräfte des Erzherzogs in der Formation begriffen waren, hatte sich zum erstenmal nach Khlesl's Abreise von Prag der Kaiser bemüßigt gefühlt, den Kardinal Dietrichstein nach Wien zu senden und so direkt einen Vergleich anzubahnen, aber die Instruktion, welche der letztere zur Unterhandlung erhielt, war so eng begrenzt, daß der Gesandte unverrichteter Dinge nach Prag zurückkehrte. Die Nachrichten, welche inzwischen Rudolf von dem üblen Fortgange des Regensburger Reichstags, vor allem aber von der beharrlich weiter schreitenden Empörung der Mährer erhielt, versetzten ihn so in Sorge, daß der Kardinal, kaum nach Prag zurückgekehrt, sich neuerdings auf den Weg nach Wien begeben mußte*). Aber auch jetzt zeigte der Kaiser eine gänzliche Verkennung der Sachlage, denn möchte man es wohl für möglich halten, daß er noch immer an dem türkischen Frieden mäkelte und die Abtretung der drei Festungen Gran, Erlau und Kanischa begehrte, falls er den Frieden ratificiren sollte, eine Forderung, die vor den Türken nur ausgesprochen, einer Kriegserklärung gleich kam. Ueberdies wollte der Kaiser einen Fürstenkonvent nach Prag berufen, um durch denselben die obschwebenden Streitigkeiten schlichten zu lassen. Mit diesen Aufträgen kam der Kardinal gerade in dem Augenblicke in Wien an, wo der Erzherzog sich entschlossen hatte mit seinem Heere an die böhmische Grenze zu ziehen, und wenn ihn etwas noch in seinem Entschluße bestärken konnte, so war es gewiß die Botschaft des Kaisers; denn über die Bestätigung des ungarischen und türkischen Friedens konnte jetzt eben so wenig unterhandelt werden, wie über die Uebertragung der Donau in den Elbestrom. Die Absicht des Erzherzogs bestand nun darin, von einem ständischen Ausschuß aller ihm verbündeten Länder und von dem schlagfertigen Heere begleitet, an die böhmische Grenze zu ziehen und die Böhmen aufzufordern sich in einem Landtage zur Berathung über die öffentlichen Angelegenheiten zu versammeln; er durfte mit Grund hoffen, daß derselbe zu einem ähnlichen Resultate führen würde, wie der von Preßburg und Eibenschitz. Als er demnach in Znaim einzog und da von den bedeutendsten Herren Mährens, namentlich Liechtenstein und Zerotin empfangen wurde, erließ er ein Manifest**), worin er die Ursachen seines Marsches und des in Preßburg und Eibenschitz geschlossenen Bündnisses auseinander setzte. Des Kaisers Unfähigkeit und die bösen Anschläge seiner Räthe hätten das Verderben und die Verzweiflung der gesammten Länder zur Folge gehabt, Aller Wünsche gingen deshalb nach Sicherung des Friedens, Verbesserung

*) Hammer: Khlesl II, 71.
**) Hammer: Khlesl II, Urkundensammlung Nr. 217.

des Regiments und Wiederherstellung der angefeindeten Freiheiten der Länder, und er als ältester Erzherzog habe sich endlich nothgedrungen der Bedrängten angenommen. Da nun weder vom Kaiser noch von den Böhmen Erklärungen eingelangt wären, wie sie es mit dem Frieden halten wollten, so ziehe er, umgeben von den ständischen Ausschüßen Ungarns, Mährens und Oesterreichs, nach Časlau, wohin er die Stände Böhmens und der demselben einverleibten Länder, die, „wie er gewisse Nachricht habe", selbst solches wünschen, zur gemeinsamen Berathung auf den 4. Mai berufe. — In der That schickte der Erzherzog Einladungsschreiben nach Böhmen, Schlesien und der Lausitz ab und ersuchte darin die Berechtigten bei dem Časlauer Landtage erscheinen zu wollen; Herr von Rosenberg, an dessen Kommen wohl am meisten lag, wurde eigens aufgefordert.

Der Kaiser war trotzdem noch zu keiner Nachgiebigkeit bereit, wenngleich die Angst wieder mehr Gewalt über ihn erlangte, da alle Hoffnung, welche er auf den Regensburger Reichstag gesetzt hatte, sich als eitel zu erweisen begann. Zorn, Scham und Schmerz, die sich jetzt um die Herrschaft über ihn stritten, machten ihn gleichwohl dem Verkehr mit der übrigen Welt zugänglicher, als er seit sieben Jahren gewesen. Dem Gesandten des Kurfürsten von Sachsen, Dr. Göbelmann klagte er, er wisse nicht, wer, ob der Türke oder der Papst, Ursache an seinen gegenwärtigen Bedrängnissen seien*). Mit seinem Geld hatte er bisher so zurückgehalten, daß man ihn, nachdem er jene 130.000 Gulden mit so viel Widerwillen hergegeben hatte, für völlig verarmt hielt; jetzt preßte ihm die gesteigerte Angst die Erklärung ab, daß er noch 300.000 Thaler besitze und daß er dieselben zu Rüstungen verwenden wolle**). Endlich nachdem er den Kardinal Dietrichstein zweimal mit unnützen, weil bereits unzeitigen Aufträgen nach Wien geschickt hatte, erkämpfte er auch in dieser Beziehung einen Sieg über sich, und zeigte sich zur Ratifikation des türkischen Friedens bereit. An dieser ersten Nachgiebigkeit hatte der spanische Gesandte und wahrscheinlich auch der Nuncius, welche nach langer Zeit wieder einmal zur Audienz vorgelassen wurden, keinen geringen Antheil. Dietrichstein wurde mit seiner Botschaft eilig nach Mähren abgeschickt, und um der Sendung mehr Nachdruck zu geben, schloßen sich ihm die obersten Beamten von Böhmen, ja sogar der Nuncius und der

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Göbelmann an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 23./23. April.

**) Archiv von Simancas 2494/51. San Clemente an Philipp III ddo. 21. April 1608.

spanische Gesandte mit Billigung des Kaisers an. Sie trafen in Znaim mit Mathias zusammen, boten die Ratifikation des Friedens an und erklärten zugleich, der Kaiser wolle auf Pfingsten nach Prag einen Konvent berufen, zu welchem sämmtliche Erzherzoge, der Kurfürst von Köln und der Herzog von Baiern erscheinen sollten, um durch diese alle Streitfragen zu schlichten. — Eine aufrichtige Einhaltung des Türkenfriedens hätte im Keim alle Streitigkeiten erstickt, jetzt war aber das Anerbieten der Ratifikation desselben viel zu spät, weil Rudolf sich um alles Zutrauen in seine Versprechungen gebracht hatte. Der ursprüngliche Zweck einer Bewegung ändert sich und wächst mit dem Wachsen derselben, und man täuscht sich, wenn man den Riesen mit denselben Mitteln wie den Zwerg bekämpfen zu können glaubt. Rudolf hatte alles Unheil dadurch angerichtet, daß er in der Bestimmung der Nachfolge seiner Familie die schuldige Rechnung nicht tragen wollte und auch jetzt dachte er mehr an die Befriedigung der Stände als an die seines Bruders, um später desto ungescheuter die Machinationen gegen den letztern beginnen zu können. Mathias konnte sich also nicht mehr mit der Befriedigung seiner Verbündeten begnügen, auch Er mußte in seinen Ansprüchen gesichert sein und zwar nicht mehr durch ein bloßes Versprechen, das selbst in diesem Momente der Kaiser zu geben sich noch weigerte.

Nachdem so die Verhandlungen in Znaim sich zerschlagen hatten, trat der Erzherzog mit seiner Armee den weitern Marsch an und zog 30. Ap.
nach Iglau gegen die böhmische Grenze. In Iglau angelangt, kam ihm 1608
der Kardinal mit einer vierten Botschaft entgegen. Da Rudolf auch jetzt zu keinen weiteren Koncessionen sich herbeiließ, sondern alles der Entscheidung eines zu berufenden Fürstenkonventes überlassen wollte, so ließ sich Mathias diesmal noch weniger als in Znaim in eine ernste Verhandlung ein, sondern verwies auf den Landtag von Časlau, wohin er die böhmischen Stände berufen habe und wo über die schwebenden Streitigkeiten die Entscheidung gefällt werden sollte*). In Časlau selbst langte er am 10. Mai an statt am 4., wie ursprünglich angesagt worden war, aber obwohl die Böhmen inzwischen genügend Zeit gehabt hatten, sich daselbst zu versammeln, traf er dennoch Niemand Anderen dort an, als Gesandte des Kaisers und der Kurfürsten. Dieses unerwartete Ereigniß fordert einige Erklärung.

Wir haben gesehen, wie gleich im Anfange der Bewegung Rosenberg durch den Erzherzog von dem Preßburger Bündniß benachrichtigt wurde und wie er sich alsobald auf die Seite der Bewegung stellte. Nicht

---

*) Hammer: Khlesl II, Beilage 218.

nur schickte er dem Erzherzog Geld zu seinen Rüstungen, sondern er wandte sich auch in einem bedrohlichen Schreiben an die obersten Beamten von Böhmen und mahnte sie in der Frage über den ungarischen Frieden sich an Mathias' Seite zu stellen*). Budowec war zur Zeit der Preßburger Vorgänge nach Wittingau gereist, offenbar zu keinem anderen Zwecke, als sich über die künftige Haltung zu berathschlagen**). Bis zu dem Momente, in welchem Mathias seinen Zug unternahm, war zwar von keiner allgemeinen Manifestation zu seinen Gunsten in Böhmen die Rede, allein es war eine sowohl bei dem Erzherzog als bei seinen Freunden allgemein angenommene Meinung, daß es an einer solchen nicht fehlen würde, wenn seine Gegenwart ihr Schutz verspräche; hatte doch sogar das Znaimer Manifest dies als eine gewiß bevorstehende Thatsache angenommen und glaubte man mit Sicherheit auf den Ritterstand rechnen zu können. Da es von größter Wichtigkeit war, wenn Rosenberg selbst nach Časlau eilte, weil seine Gegenwart allen Unentschlossenen Muth und Vertrauen einflößen mußte, so hatte ihn Mathias fast vierzehn Tage vor seinem Aufbruch aus Wien von seinem Vorhaben benachrichtigt und bald darauf ersuchte ihn auch Tschernembl in den dringendsten Ausdrücken, bei der Versammlung in Časlau nicht zu fehlen, ja der österreichische Agitator reiste sogar, um seinen Bitten den gehörigen Nachdruck zu geben, nach Wittingau und wiederholte dort sein Ansuchen persönlich. Aller dieser Bitten ungeachtet kam aber Rosenberg der Aufforderung nicht nach und trug durch dieses Zurücktreten wohl am meisten zu der merkwürdigen Haltung bei, welche die Böhmen insgesammt in den nächsten Monaten beobachteten. Daß Rosenberg durch seine kränkliche Leibesbeschaffenheit, welche ihn seit Jahren an jeder Ortsveränderung hinderte, allein abgehalten wurde, nach Časlau zu gehen, ist zwar möglich aber nicht ganz wahrscheinlich. Bisher hatte er den Erzherzog und seine Anhänger in allem unterstützt und hinderte auch in diesen entscheidenden Augenblicken, daß die südlichen Kreise Böhmens, wo sein Einfluß am größten war, sich dem allgemeinen vom Kaiser angeordneten Aufgebot anschloßen. Aber weiter ging seine Unterstützung nicht, denn die Verbündeten verfolgten, wie es ihm klar ward, vor allem jetzt nur ein Ziel, nämlich der Herrschaft Rudolfs ein Ende zu machen und an die Stelle desselben den Erzherzog zu setzen: diesen Wechsel und alle weitern Umstaltungen in Oesterreich behandelten die rebellischen Stände bloß als eine sie allein betreffende Angelegenheit, welche

---

*) Bernburger Archiv. Rosenberg an die böhm. Landoffiziere ddo. 8. März 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. I F. I 227/29, Hock an Anhalt ddo. 9. Feber 1600.

sie schnell zur Entscheidung bringen wollten. Rosenberg dagegen war der Meinung, daß der Zeitpunkt gekommen sei, in welchem die weltlichen Kurfürsten des Reiches, namentlich aber Kurpfalz, als Vermittler zwischen Rudolf und seinen Gegnern eintreten, in einem Vertrage die Grundsätze für die Regelung sämmtlicher österreichischer Interessen feststellen und zugleich das öffentliche Recht in Ungarn, Böhmen und Oesterreich fortan unter die Garantie des deutschen Reiches stellen sollten. Es war also nicht Rosenbergs Wunsch, daß der Streit zwischen Mathias und Rudolf unter diesen beiden allein abgemacht werde, noch weniger aber, daß der erstere einfach als vollständiger Sieger aus demselben hervorgehe. Nach seiner Meinung sollten die sämmtlichen Länder zwischen Mathias und Rudolf so getheilt werden, daß Ersterem der Besitz von Ungarn, doch ohne den königlichen Titel, eingeräumt würde, der letztere aber alle übrigen Länder, also namentlich Mähren und Oesterreich weiter beherrsche, allerdings unter der Bedingung, daß er in der Verwaltung derselben solche Aenderungen treffe, wie sie sich in den weitern Verhandlungen als nothwendig herausstellen würden. Durch solche Ansichten fand sich Rosenberg bereits im Gegensatz nicht nur zu Mathias, sondern auch zu Žerotin und Tschernembl, welche jede Halbheit verwerfend rasch auf das Endziel, die Beseitigung Rudolfs, gingen, und dies macht es wahrscheinlich, daß Rosenberg bloß deshalb nicht nach Časlau ging, weil er durch seine Gegenwart nicht ihre Zwecke befördern wollte*).

Die sonderbare Erscheinung, daß Rosenberg plötzlich in seinen Bestrebungen von jenen Männern abwich, mit denen er sonst geistesverwandt schien, erklärt sich dadurch, daß er in diesem Augenblicke nicht selbstständig, sondern beherrscht durch die listige Einwirkung des Fürsten von Anhalt handelte. Sobald die Bewegung in Preßburg ihren Anfang genommen hatte, schenkte ihr der Fürst die ungetheilteste Aufmerksamkeit und gab sich den angenehmsten Erwartungen hin, denn wenn sie auch seine Pläne, die er in Bezug auf Maximilian hegte, störte, so eröffnete sie ihm doch wieder die glänzendsten Aussichten, auf andere Weise das Haus Habsburg schwächen zu können. Damit dies aber der Fall sei, war es nöthig, daß er und seine Partei Einfluß auf den Kampf zwischen Rudolf und Mathias gewinne, und dies konnte nur

*) Bernburg O XIII Vol. I/221. Nachricht aus Wittingau ddo. 13. April — Ebendaselbst F. I 227/73, 74. Tschernembl an Rosenberg und an Hock ddo. 30. April 1608. — Bernburger Archiv Reg. I, F. I 227/77. Rosenberg an Anhalt ddo. 4. Mai 1608.

dann geschehen, wenn es ihm gelang als Vermittler und Schiedsrichter in den österreichischen Angelegenheiten aufzutreten. Gleich zu Anfang des Monates April war er also der Meinung, die Kurfürsten sollten sich in den österreichischen Streit einmengen und dem Pfalzgrafen legte er einen detaillirten Plan über die Einmischung, welche man Vermittlung benennen könnte, vor. Nach seiner Ansicht war jetzt die Zeit gekommen, daß die Kurfürsten einen festen Fuß nach Oesterreich setzen, die dortigen Angelegenheiten für deutsche erklären und sie allein entscheiden sollten, um so jeden fremden Einfluß, er möge von Frankreich, Spanien oder Rom kommen, abzuschneiden. Es sollte die Aufgabe der Kurfürsten sein, ein- für allemal die Rechte der Protestanten in Oesterreich festzusetzen und zugleich zu verhindern, daß weder Rudolf über Mathias, noch Mathias über Rudolf einen vollständigen Sieg erringe. Die Theilung der Monarchie in zwei Hälften scheine hiezu das beste Mittel zu sein, so daß Mathias über Ungarn und Oesterreich herrschen, das übrige aber, nämlich die böhmischen Länder, von dem Erzherzog Maximilian unter der nominellen Oberhoheit des Kaisers verwaltet werden sollte*). In diesem klug ausgedachten Plane strebte also Anhalt vor allem die Theilung der Monarchie an und suchte seinem vermeintlichen Schützling, Maximilian, einen Theil des Besitzes zuzuwenden, um ihm mit Benachtheiligung des ältern Bruders den Weg zur Kaiserkrone zu bahnen; die deutschen Kurfürsten sollten die Garanten dieses Ausgleiches sein und Anhalt war kühn genug zu hoffen, daß alle kommenden Verwicklungen, die er nicht minder heftig herbeisehnte, wie er die gegenwärtige freudig begrüßte, damit enden würden, den „terminus fatalis domus Austriacae", das durch das Schicksal bestimmte Verderben der Habsburger, wie er sich ausdrückte, herbeizuführen. Deshalb wich seine Politik weit von den Wegen Tschernembls und Žerotins ab, die wohl eine Schwächung der königlichen Macht, aber nicht das Verderben ihrer Fürsten wollten, deshalb brachte er durch seinen Vertrauten, den Sekräter Hock, Herrn von Rosenberg unmerklich eine solche Anschauung von der allgemeinen Sachlage bei, daß dieser schließlich, die fremden Ideen zu seinen eigenen machend, im Sinne der pfälzischen Politik in Böhmen wirkte und dadurch den völligen Ruin Rudolfs hintanhielt, wohl zu der Habsburger Nachtheil, aber auch, wie sich bald genug zeigte, zu des eigenen Landes Verderben**).

Das Beispiel Rosenbergs, die Anwesenheit der kaiserlichen Trup-

---

*) Bernburger Archiv F. I 227/64. Anhalt an Rosenberg ddo. 13/23. April 1608. Münchner Staatsarchiv 547/4, 81 Anhalt an Kurpfalz ddo. 14/24. April 1608.

**) Bernburger Archiv Reg. I F. I 227/77. Rosenberg an Anhalt ddo. 4. Mai 1608.

pen, welche sich von allen Seiten nach Böhmen zurückgezogen hatten, endlich eine gewisse Abneigung gegen das eigenmächtige Auftreten Mährens brachte also das sonderbare Resultat hervor, daß sich in Caslau von den böhmischen Ständen Niemand blicken ließ. Wir nennen dies Resultat sonderbar, denn wie sollten wir es anders bezeichnen, da von einer tiefern Anhänglichkeit an Rudolf in Böhmen nichts zu spüren war, und schon die nächste Zeit den Beweis lieferte, daß,. was Entschlossenheit zu einer rauhen und rücksichtslosen Behandlung des Kaisers, ja selbst zur offenen Empörung betrifft, die böhmischen Stände den Ungarn oder Mähreren nicht im mindesten nachstanden. Die Stimmung der Böhmen gegen die benachbarten Provinzen nahm in dem Grade den Charakter offener Abneigung an, in welchem Mathias' Heer sich der böhmischen Grenze näherte, dieselbe überschritt und auf Prag losrückte. Man faßte dies als einen Schimpf auf; man fürchtete sich auch vor den Exzessen der einzelnen Heeresabtheilungen, namentlich der Ungarn, von denen man seit Jahren so viel gehört hatte. Alles in allem genommen, erscheinen aber die Ursachen nicht ausreichend, welche die Böhmen abhielten, sich der Bewegung des J. 1608 anzuschließen, da sie sich doch im folgenden Jahre auf eigene Faust bis auf's Aeußerste gegen den Kaiser auflehnten. Es müssen kleinliche Verstimmungen, persönliche Eifersüchteleien und Ueberraschungen bewirkt haben, wozu sonst Anhalts intriguantes Genie und der altersschwache Rosenberg nicht ausgereicht hätten und was wir bei dem Mangel an einheimischen Nachrichten aus jener Zeit nicht mehr genauer anzugeben vermögen.

Konnte Rudolf aber auch der Böhmen sicher sein, das Mißlingen der Znaimer und Iglauer Verhandlungen mit Mathias und des letzteren ununterbrochener Marsch gegen Böhmen minderten die Gefahr für ihn nicht. Zudem erfuhr er nur zu bald, daß der Aufruf, welchen er an die Loyalität der Kurfürsten gemacht hatte, vergeblich war. Während nämlich der Regensburger Reichstag seinem Ende entgegenging, schickte Rudolf Gesandte an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, um sie persönlich mahnen zu lassen, daß sie ihm zu Hilfe eilen möchten; dem Kurfürsten von der Pfalz befahl er sogar, augenblicklich ihm mit allen seinen Kräften Beistand zu leisten, und dies in einer Art, daß vielleicht sein erlauchter Ahnherr, Rudolf I, unter bessern Verhältnissen kein so strenges Machtgebot erlassen hatte. Allein weder die Bitten an Sachsen und Brandenburg noch die Befehle an die Pfalz hatten den gewünschten Erfolg*); der Kurfürst von Sachsen hatte zwar herzlich ge-

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 103 Rudolf an Kurpfalz ddo. 25. April 1608,

meinte Rathschläge und gute Wünsche für den Kaiser, aber auch nicht mehr zur Hand; den Markgrafen kümmerte die Noth des Kaisers schlechterdings nichts und der Pfalzgraf war bereit, den Kaiser selbst zu berauben, wenn Mathias etwas übrig ließ. Alle drei wollten zwar Gesandte zu Hilfe senden, um zu vermitteln und zu entscheiden; Sachsen that es auch in guter Absicht, aber des Kaisers Sinn war nicht so weit getrübt, um nicht zu wissen, daß damit der Marsch des feindlichen Heeres nicht um einen Tag zurückgehalten werde. Neben diesen von allen Seiten auf ihn eindringenden trostlosen Nachrichten, deren Mittheilung er mit und gegen seinen Willen sich jetzt gefallen lassen mußte, beschlich ihn auch noch die Sorge, ob er in seinem bisherigen Aufenthaltsorte sicher sei und erzeugte zuletzt in ihm den Gedanken der Flucht. Aber wohin fliehen? Der deutsche Kaiser war — einmal aus dem Familienbesitz vertrieben — in seinem Reiche überall ein Fremdling und ein ungern gesehener Gast. Trotzdem daß Rudolf dies wissen mußte, wollte er lieber in der Fremde um ein Obdach flehen, als seinem gehaßten Bruder einen Theil der Erbschaft geben, ja lieber wollte er seine Macht ganz zu Grunde gehen sehen, ehe er seinem Bruder nur die Anwartschaft auf dieselbe gegönnt hätte. An den Kurfürsten von Sachsen, seinen wohlgehaltenen Gast im vorigen Jahre, wandte er sich jetzt mit der Bitte, er möchte ihm doch ein Obdach in Dresden gewähren. Sonst pflegten die deutschen Kurfürsten nicht rasch dem Kaiser zu antworten, aber diesmal beeilte sich selbst der gutmüthige Johann Georg mit einer abschlägigen Antwort, aus Furcht, Rudolf könnte am Ende unaufgefordert nach Dresden kommen *).

Mit dieser Antwort traf gleichzeitig die Nachricht aus Regensburg ein, daß der Reichstag ohne jedes Resultat sich aufgelöst habe. Jetzt bemächtigte sich des Kaisers völlige Niedergeschlagenheit und zum erstenmale kam ihm eine klare Einsicht in seine verzweifelte Lage. Ueberall, wo er Hilfe gesucht hatte, war er zurückgewiesen worden und er mußte sich sagen, daß er an seinem Unglücke selbst Schuld sei. Wie würde er sonst an zwei bewährte Freunde, den Papst und den König von Spanien, welche durch alle möglichen Gründe veranlaßt sein mußten, seine Partei zu halten, sich nicht von Anfang her um Hilfe gewendet haben? Aber scheu hatte er bisher den Nuncius und den spanischen Botschafter in Prag

dann Wiener Staatsarchiv. Reichtagsakten 66. Hanewaldt an den Kaiser ddo. 19. April und 27. April 1608. Sächsisches Staatsarchiv. Ung. Oest. Böhm. Kriegswesen I Fol. 270. Rudolf an Kursachsen ddo. 25. April.

*) Sächsisches Staatsarchiv. Rudolf an Kursachsen ddo. 30. April 1608.

von sich fern gehalten; es wurmte ihn mehr als alles andere, daß es Mathias gelungen war, einen Gesandten nach Rom und Spanien zu senden, welcher daselbst eine getreue Schilderung der Sachlage entwerfen konnte, und im eigenen Schuldbewußtsein ließ er sich zu der kindischen Aeußerung verleiten, der Türke oder der Papst habe die letzten Wirren veranlaßt. Endlich in diesem Momente der höchsten Noth, als Mathias schon gegen Časlau rückte, gewann San Clemente für seine Rathschläge den nöthigen Einfluß, der ihm, wofern der Kaiser gerettet sein wollte, schon längst gebührt hätte. Nachdem sich der spanische Gesandte durch die Reise nach Znaim auch in Mathias' Lage und in dessen, wenn nicht positive so doch moralische Verpflichtungen gegen seine Verbündeten einen klaren Einblick verschafft hatte, nachdem er jedes Jahr, ja jeden Tag neue Beweise für Rudolfs Unfähigkeit zur weitern Regierung vor Augen gehabt hatte, trat er, geschützt durch die Auktorität seines Königs und seiner Zustimmung in vorhinein gewiß, energisch für Mathias ein. Ungarn und Oesterreich hatten ihr Geschick unauflöslich mit dem Erzherzog verbunden; es war also nach seiner Meinung das beste, die volle und ungetheilte Herrschaft über diese Länder demselben zu überlassen. Anders war es mit den Ländern der böhmischen Krone; mit Ausnahme Mährens beobachteten sie gegen Mathias eine kühle Haltung, sie sollten also auch ferner bei Rudolf verbleiben. Damit aber der letztere nicht weiter gegen die Nachfolge seines Bruders machinire, sollten ihm die Hände gebunden und Mathias schon jetzt als Anwärter auf die böhmische Krone anerkannt werden. So riet San Clemente.

Es war am 8. Mai, als Rudolf, vielleicht noch ehe er von Dietrichsteins erfolgloser Mission nach Iglau etwas wußte, den schweren 1608 —
Sieg über sich erkämpfte und sich zu dem Opfer von Ungarn und Oesterreich entschloß. In einer lakonischen Zuschrift an seinen Bruder erklärte er, „er sei es zufrieden, daß Seiner Liebden unter kaiserlicher Namenshoheit das Gubernament in Ungarn und Oesterreich absolute führe"*). In der Sache hatte er also eine große, aber wie San Clemente meinte, nicht ausreichende Konzession gethan. Er mußte auch in Böhmen dem Bruder feierlich die Nachfolge zusichern, denn nur dann konnte sich Mathias zufrieden geben. Aber jetzt war der Kaiser nicht mehr der einzige, welcher dieser Forderung Widerstand leistete, neben ihm waren es die obersten Beamten von Böhmen. Diese, obwohl dem kaiserlichen Interesse ganz und gar ergeben und durch ihr einflußreichstes Mitglied,

---

*) Hammer, Khlesl II Urkundensammlung, Nr. 103.

den Kanzler Popel von Lobkowitz, im spanisch-römischen Interesse geleitet, traten auf einmal mit der Behauptung auf, die böhmische Krone sei keine erbliche, sondern eine Wahlkrone, und Rudolf habe sonach kein Recht, seinem Bruder auf dieselbe eine Anwartschaft zu geben. Wie so vieles, was in diesen Kämpfen von Manchem geschah, gegen die eigenen Interessen gar sehr verstieß, so auch jetzt die Theorie, welche die obersten Beamten aus Haß gegen Mathias oder noch mehr gegen seine Verbündeten aufstellten. Durften die katholischen Herren, zu denen die genannten Beamten gehörten, bei einer Königswahl hoffen, ihr Interesse besser zu wahren, als dies allenfalls unter Mathias der Fall sein konnte? Dieselben Herren, welche plötzlich so eifrig das Wahlrecht verfochten, waren es, welche neun Jahre später (im J. 1617) mit noch mehr Eifer für das Erbrecht des habsburgischen Hauses einstanden und jetzt wie später war gerade der Kanzler Popel von Lobkowitz der Urheber und Vertreter dieser einander so diametral entgegengesetzten Meinungen. Vielleicht erklärt sich sein jetziges Benehmen dadurch, daß er ein persönlicher Gegner Karls von Zerotin war und daß er zugleich wußte, mit dem Siege der Gegner habe die Supremetie Böhmens über seine Nebenländer, namentlich über Mähren ein Ende erreicht, wodurch er in seiner Stellung und seinen Einkünften als Kanzler aller böhmischen Länder am härtesten betroffen wurde. Wenn noch andere Gründe bei ihm wirksam waren, so müssen dies durchwegs persönliche gewesen sein, deren Spur nicht verfolgt werden kann. Für seine Kollegen im Amte war aber seine Meinung maßgebend, denn er beherrschte sie, nach dem Berichte San Clemente's, durch seine höhere Einsicht *).

San Clemente's Aufgabe bestand nun darin, den Widerstand der obersten Beamten zu bewältigen und ihre Wahlrechtstheorie zu bekämpfen. Er suchte sie auf und stritt sich mit ihnen nicht weniger als zwei volle Stunden herum, um sie von ihrer Ansicht zurückzubringen. Die Argumente, welche ein Vertreter Philipps III vor Personen, die sich auch dieses Königs Diener nannten, vorbrachte, waren sonst allmächtig bei denselben, diesmal jedoch begegneten sie einem harten Widerstande, bis dennoch dieser brach, da für San Clemente die gesunde Einsicht, selbst bei dem Kanzler, sprechen mußte. Nachdem die Einigung erfolgt war, gingen sämmtliche oberste Beamten der Krone zum Kaiser, um nun selbst diesen zu ersuchen, seinem Bruder die Anwartschaft auf Böhmen zu geben, wozu sich der letztere schließlich verstand. Noch am selben

*) Archiv von Simancas 2494/133 und 134. San Clemente an Philipp III ddo. 10. Mai und 17. Mai.

Tage unterzeichnete er ein zweites Schreiben an Mathias, in welchem er diesem die Anwartschaft auf Böhmen, falls er selbst keine ehelichen Nachkommen hinterlassen würde, zusicherte und zugleich den Mährern volle Amnestie verhieß. So hoffte er Mähren seiner Herrschaft wieder zu gewinnen und mit dem Opfer der halben Monarchie die andere Hälfte zu bewahren*). Uebrigens erklärte er, daß er die Regierung Böhmens nicht weiter fortführen werde, sondern dieselbe durch den Oberstburggrafen besorgen lassen wolle. 8. Mai

Mit diesen Anerbietungen ward Kardinal Dietrichstein zum fünftenmale zu Mathias geschickt; in seiner Begleitung befanden sich wiederum die obersten Beamten und der Nuncius, statt des spanischen Gesandten aber sein Sekretär Pedro von Montañana. San Clemente mochte es für ersprießlicher gehalten haben, in Prag zurückzubleiben, um die wechselnden Stimmungen des Kaisers besser zu reguliren, während er andererseits seinem Sekretär den Auftrag gab, mit allem Eifer für den Kaiser einzustehen und dessen Rechte nicht weiter kürzen zu lassen. Montañana kam seinem Auftrage gewissenhaft nach; in Časlau angelangt, suchte er zuerst bei der Umgebung des Erzherzogs sein Ziel zu erreichen, bevor 12. Mai er diesen selbst zur Nachgiebigkeit auffordern wollte. Deshalb besprach er sich vor allem mit dem einflußreichen Liechtenstein und suchte demselben ohne viel Schonung und Rücksicht die Nothwendigkeit begreiflich zu machen, daß man mit dem Kaiser, nachdem er sich zu so großen Opfern entschlossen habe, glimpflicher umgehe. Das weitere Vorschreiten auf dem betretenen Wege könne nur zum Schimpf und zur Schmach des Hauses Oesterreich gereichen und zum Verlust der deutschen Kaiserkrone führen, denn die Kurfürsten würden den Kaiser absetzen, wenn er auch Böhmen verlöre, aber weder Mathias wählen, noch als König von Böhmen anerkennen, sondern für einen Usurpator ansehen. Vom Kaiser könne man erwarten, er würde sich bald zurückziehen und seinem Bruder auch auf den deutschen Thron verhelfen; gewiß sei er aber für alle Zukunft ungefährlich, da er schon jetzt von der ganzen Welt ohne Vertheidigung gelassen worden sei. Auch zu Herrn von Breuner, einem der wichtigsten Räthe des Erzherzogs, führte Montañana eine ähnliche Sprache, aber weder der eine noch der andere schien besonders von diesen Argumenten bewältigt, ja Breuner sagte geradezu, die Zusagen betreffs der Nachfolge in Böhmen und im Reich als hohl verspottend: „Glücklich

---

*) Archiv von Simancas 2494/133. San Clemente an Philipp III ddo. 10. Mai. — Hurter Ferdinand II Bd. VI Beilage 230.

die, welche im Besitze sind"*). Montañana fing an zu fürchten, daß des Kaisers späte Nachgiebigkeit nicht die gewünschte Aufnahme finden würde.

12.Mai Inzwischen wurden auch Dietrichstein und die obersten Beamten Böhmens von Mathias in feierlicher Audienz in Gegenwart Liechtensteins, Žerotins, Harrachs, Breuners und anderer Häupter seiner Begleitung empfangen und entledigten sich ihrer Botschaft. Sie trugen dem Erzherzog Ungarn und Oesterreich zum völligen Besitz, doch ohne den königlichen Titel, dann die Nachfolge in Böhmen an. Ein Landtag, welcher am 20. Mai sich in Prag versammeln solle, würde diese letzte Angelegenheit zum Abschluß bringen. Mathias dankte für die Anerbietungen, als er aber hinzufügte, dieselben bewegten sich zu sehr in Allgemeinheiten, erklärten die böhmischen Landesoffiziere, der Kardinal habe noch einen ganz besonderen und geheimen Auftrag und nahmen damit ihren Abschied. Der besondere Auftrag des Kardinals, der darauf allein zurückblieb, bestand in dem Anerbieten des Kaisers, seinem Bruder die deutsche Kaiserkrone zu verschaffen. Auch dies schien dem Erzherzog nicht mehr zu genügen.

Jetzt war der Moment gekommen, daß die Vertreter Pauls V und Philipps III im Namen ihrer Herren das Vermittlungsgeschäft in
13.Mai die Hand nehmen mußten. In der That hatte am folgenden Tage zuerst der Nuncius eine Audienz von drei Viertel Stunden bei Mathias.

Aus den Nachrichten, welche sich über diese Unterredung erhalten haben, läßt sich schließen, daß er von dem Erzherzog keine thatsächliche Nachgiebigkeit, sondern nur ein äußerlich schonendes Auftreten gegen den Kaiser verlangte. Der Nuncius war nach Znaim gekommen, vollständig überzeugt von der Unfähigkeit des Kaisers zur Regierung und hielt es daher für das gerathenste, daß derselbe sich in die Einsamkeit nach Tirol zurückziehe, weil seine weitere Herrschaft noch größere Nachtheile für die Religion befürchten ließ, als sein Sturz. Als er jedoch nach seinem wiederholten Besuch bei Mathias dessen Umgebung besser kennen lernte und die Triebfedern, welche bei derselben maßgebend waren, würdigen konnte, erschrak er doch mehr als früher über die möglichen Folgen von Mathias' Siege, weil er fand, daß dieser Prinz nicht mehr selbstständig auftrete, sondern ganz und gar unter dem Einfluße seiner Verbündeten handle. Er erfuhr sogar, Mathias werde von ihnen bedroht, daß, wofern er das Unternehmen nicht zu Ende führen wolle, sie den ersten besten

*) Archiv von Simancas. Pedro von Montañana an Guillen de San Clemente ddo. Časlau 12. Mai.

zu ihrem Haupte wählen und mit dem Kampfe gegen Rudolf betrauen würden. Aber trotz dieses schlimmen Umstandes, Mathias nicht als Herrn der Bewegung zu sehen, würdigte der Nuncius die Sachlage richtig und ließ sich nicht so weit von der Sorge beherrschen, um Rudolf weiter zu stützen. Was er von Mathias verlangte, war, er solle nicht durch Gewalt, sondern durch des Bruders nunmehr fast sichere Nachgiebigkeit die volle Gewährung seiner Wünsche zu erlangen suchen*). Bei dieser Forderung handelte er nicht bloß nach seinem eigenen Ermessen, sondern auch nach den Weisungen, welche er von Rom erhielt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Rudolf und dem Papst, so weit sie zu unserer Kenntniß gelangt sind, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Paul V über die österreichischen Verhältnisse nachgerade zu denselben Anschauungen gelangt war**), denen sich Philipp III in Folge der Berichte San Clemente's zugewendet hatte.

Nach des Nuncius Entfernung wurde Montañana vorgelassen und dieser brachte wohl zumeist diejenigen Argumente vor, die auf Mathias einen Eindruck ausüben konnten. Gleich anfangs erklärte er, das Anerbieten der böhmischen Krone sei einzig und allein das Verdienst San Clemente's, welcher in dieser Angelegenheit keine Bemühung gescheut habe, indem er mehrere Stunden deshalb mit den Böhmen verhandelt, das Ansehen und Gewicht seines Königs und „andere bei dieser Nation nicht minder gewichtige Mittel***)" in die Wagschale geworfen habe. Mit dem Anerbieten der Nachfolge in der böhmischen Krone und der Abtretung der übrigen Länder müsse sich aber Mathias zufrieden geben. Die Welt würde ihn in allem, was er bisher gethan, entschuldigen; man könne zu seiner Rechtfertigung sagen, die Ungarn hätten einen andern König gewünscht und die Oesterreicher und Mährer hätten die Waffen ergriffen, um den Kaiser zur Konfirmation des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens zu nöthigen und volle Glaubensfreiheit für sich zu erringen; Mathias habe also um der katholischen Religion und seinem Hause nicht allzu großen Schaden zufügen zu lassen, suchen müssen, sich zum Haupt ihrer Verbindung zu machen. Weiter ließe sich auch sein Zug nach Böhmen rechtfertigen, weil er den Kaiser habe zwingen

---

*) Simancas 988. Aytona an Philipp III ddo. 30. Mai 1608.

**) Wiener Reichsarchiv. Wir werden später auf den Inhalt der kaiserlichen Korrespondenz mit Rom näher eingehen.

***) Damit ist nichts anderes als Geld gemeint, denn der spanische Gesandte berichtet nicht selten, daß er zu Bestechungen und Geschenken, wie er es nannte, Zuflucht nehmen müsse.

wollen, die Nachfolge ihm zuzugestehen und weil er zugleich die Prätensionen der Böhmen auf ein freies Wahlrecht nicht anders habe umwerfen können. Wenn nun aber sowohl der Kaiser als auch die Böhmen seine Anwartschaft auf die Krone anerkennen wollten, so habe seine Berechtigung zu weitern Schritten aufgehört und es sei nimmer verantwortlich, wenn er den Besitz eines Königreiches erzwingen wolle, dessen Einwohner an ihrem Könige festhielten, wie das die Böhmen durch die That zeigten. Er solle nicht im mindesten zweifeln, daß der Kaiser, sobald er keine Hoffnung auf den angetragenen Ausgleich habe, die Flucht von Prag ergreifen werde und es sei gewiß, daß dann der König von Spanien kaum denselben verlassen dürfte. Er beschwor ihn bei den Wunden Christi, dies alles zu bedenken und nicht durch eine so schnöde Behandlung des Bruders seinem Hause ein unerhörtes Brandmal der Grausamkeit aufzudrücken, denn noch nie habe sich ein Glied desselben einer so ungerechten Handlung schuldig gemacht, wie er sie zu begehen im Begriffe stehe. Er solle erwägen, daß der Kaiser sich bald von der Regierung zurückziehen werde und daß dann der Papst und der König von Spanien allen ihren Einfluß aufbieten würden, um ihm die deutsche Krone zu verschaffen; er habe also in seiner Hand die Wahl zwischen dauerndem Ruhme oder immerwährender Trübsal und dem Fluche der Welt. Er machte ihn zuletzt noch aufmerksam auf den Unwillen, der sich der böhmischen Landesoffiziere gegen ihn bemächtigt habe, weil er sein Wort gebrochen und gegen die gemachte Zusage um zwei Tage früher von Iglau nach Časlau aufgebrochen sei und weil sie nur mit Schmerz die Verwüstungen ansähen, welche die ungarischen Truppen bereits in Böhmen angerichtet hätten. Der Marsch des Erzherzogs nach Kolin, von dem man rede, würde alle weiteren Verhandlungen abbrechen und das Signal zu des Kaisers Abreise von Prag geben*).

Erzherzog Mathias antwortete auf diese Rede wie ein Mann, der in die großen Unternehmungen des Tages wider seinen Willen gezogen wurde. Er erklärte die Ansichten zu theilen, nach welchen San Clemente gehandelt habe; er dankte für seinen Eifer und billigte die Motive, welche Montañana zu der geführten Sprache veranlaßt hätten. Aber er entgegnete zu seiner eigenen Rechtfertigung, daß seine bisherige Handlungsweise ihm gerade durch die Sorge für die Religion und für sein Haus diktirt worden sei. Er wolle zwar keine Möglichkeit vorübergehen lassen, um des Kaisers Auktorität nicht weiter zu schä-

*) Archiv von Simancas Pedro von Montañana an Guillen de San Clemente ddo. Časlau 13. Mai.

digen, aber nach Kolin müsse er gehen, doch wolle er in dieser Beziehung sein dem Nuncius gegebenes Wort halten und nicht früher gegen Prag vorrücken, bis nicht der Kardinal Dietrichstein mit einer Antwort vom Kaiser auf den ihm jetzt ertheilten Bescheid zurückkommen werde. Was er wolle, sei mit einem Worte Alles, aber nichtsdestoweniger sei es möglich, daß seine Verbündeten zufriedengestellt würden, wenn ihm nicht bloß die Anwartschaft auf Böhmen gewährt werde, sondern wenn das Land schon jetzt ihm als König den Eid der Treue leiste, wie einst Ferdinand I bei Maximilian II und der letztere bei Rudolf geschehen ließ*).

Die Antwort, welche Mathias dem Kardinal für den Kaiser mitgab, erörterte weitläufiger die Bedingungen, unter welchen er sich zufrieden geben wollte. Zuerst dankte er für das Angebot von Ungarn und Oesterreich, verlangte aber noch die Auslieferung der ungarischen Krone, um sich dieselbe schon jetzt aufs Haupt zu setzen, dann wünschte er den Besitz von Mähren, weil dieses mit Ungarn und Oesterreich verbündet sei und nicht von ihm verlassen werden könne. Was Böhmen selbst betraf, so wollte er sich zufrieden geben, daß der Kaiser noch ferner daselbst dem Namen nach herrsche, für sich aber verlangte er neben der Zusicherung der Nachfolge auch die Uebertragung der Verwaltung; denn da der Kaiser erklärt habe, er wolle sich nach Tirol zurückziehen und statt seiner dem Oberstburggrafen die Regierung überlassen, so sei es doch viel passender, wenn er lieber ihn, seinen ältesten Bruder und ersten Prinzen des Hauses, als einen Fremden dazu berufe. Mathias würde aus einem solchen Gnadenbeweis neue Veranlassung schöpfen, dem Kaiser forthin in allen Nöthen „nicht allein wie ein Bruder sondern wie ein gehorsamer Sohn mit Leib- und Lebenskräften" beizuspringen. Zugleich verlangte er, daß das böhmische Aufgebot rückgängig gemacht und der auf den 21. Mai nach Prag ausgeschriebene Landtag mit keiner andern Angelegenheit sich befasse, als wie seinen Wünschen auf dies Königreich und dessen Verwaltung genügt werden könne. Seine Forderungen stellte der Erzherzog nicht allein in seinem Namen auf; er verlangte deren Befriedigung in seinem und seiner Verbündeten Namen**).

---

*) Ferdinand I ließ schon bei seinen Lebzeiten seinen Sohn Maximilian zum Könige von Böhmen annehmen und als solchen krönen, er selbst führte aber nach wie vor die Regierung weiter. Diese weit bindendere Zusage der Nachfolge als ein einfaches Versprechen verlangte auch jetzt Mathias.

**) Hammer, Khlesl II Beilage 220.

Nach dieser Erklärung setzte der Erzherzog seinen Marsch von Časlau
14. Mai nach Kolin fort, wo er am 14. Mai mit seinem Heere eintraf. Er er-
1608 hielt daselbst einen Brief vom Kaiser, worin er ihn nach Prag zu einer persönlichen Unterredung einlud*), und zwar ohne die Begleitung seines Heeres. War diese Forderung schon an und für sich kindisch, so war es vollends Erbarmen erregend, daß der Kaiser in demselben Briefe von dem Erzherzog strenge die Entlassung Cavriani's verlangte, gleichsam als sei dieser allein der Urheber des ganzen Kriegszuges nach Böhmen, während doch von dessen Bleiben und Nichtbleiben im Rathe des Erzherzogs nichts mehr abhing, denn ganz andere Männer hatten die Leitung der Ereignisse in die Hand genommen. Diese besondere Bezeichnung Cavriani's war übrigens eine Folge des Hasses, welchen der Kaiser gegen alle jene fühlte, die ehemals in seinen Diensten gestanden waren und durch ihren Anschluß an den Bruder ihn in der öffentlichen Meinung bloßstellten. Gleich darauf entwarf Rudolf ür Dietrichstein eine neue Instruktion und schickte ihn abermals in Begleitung der obersten Landesoffiziere dem Bruder nach Kolin entgegen. Die gereiztere Stimmung des Kaisers, die sich schon in seiner auf Cavriani bezüglichen Forderung geltend gemacht hatte, gab sich auch in der für seinen Bruder bestimmten Botschaft zu erkennen. Man sollte füglich meinen, daß Rudolf nichts anderes übrig geblieben sei, als die in Časlau gemachten Anerbietungen zu erweitern oder wenigstens durch besondere Gründe annehmenswerther zu machen, statt dessen wollte er sich nur zur Abtretung von Ungarn und Oesterreich und zwar unter Bedingungen verstehen, welche nicht mehr von Mathias eingegangen werden konnten; von seinen früheren Anerbietungen in Bezug auf Böhmen verlautete kein Wort. Die Antwort des Erzherzogs auf diese Botschaft war ziemlich derb und zurückweisend**); sein Heer setzte den Marsch von Kolin fort und stand bereits am 19. Mai in Böhmisch-Brod, nur vier Meilen von Prag.

Auf die Nachricht von diesem Vorrücken war der Kaiser wie von Schrecken gelähmt. Zeitweise hatte er Miene gemacht, als wolle er sich vertheidigen und dahin schien das Aufgebot von Böhmen, dahin die Berufung seiner geworbenen Truppen nach Prag zu zielen. Er selbst hatte zuletzt noch 4000 Mann zu Fuß und 500 Reiter aus seinen Gütern herbeizogen, aber trotz dieser nicht unbedeutenden Truppenzahl konnte er

*) Der Brief bei Hurter: Ferdinand II, 6. Bd. Beilage 231.

**) Hurter Ferdinand II Bd. VI S. 26.

nicht daran denken, es auf einen Kampf ankommen zu lassen, denn das Heer, worüber er verfügte, war nichts als ein ungeordnetes Chaos*). Kein Mensch wußte, wer zu kommandiren habe; jeder Offizier erwartete seine Befehle vom Kaiser und daß der letztere auch in dieser Beziehung in seiner krankhaften Unthätigkeit verblieb, bedarf wohl keiner Erwähnung mehr. Zu diesem mehr lächerlichen als elenden Zustand der Dinge kam noch, daß die Auszahlung des Soldes an die geworbenen Truppen au- hörte und so sich alles zur Desorganisation des kaiserlichen Heeres ver- einte und es tauglicher zur Meuterei als zur Verwendung gegen den Feind machte**). Ueber die Beschaffenheit seines Heeres gab sich Ru- dolf wie es scheint, selbst keinen Täuschungen hin, und da er auch die Fähigkeit nicht in sich fühlte, den Zustand desselben zu verbessern, griff er abermals den Plan zur Flucht auf. Wohin aber fliehen, nachdem ihm die Gesandten des Kurfürsten von Sachsen persönlich erklärt hatten, daß ihr Herr auf den Empfang eines solchen Gastes nicht vorbereitet 12. Mai
sei? Rudolf hatte damals dieser Mittheilung die Augen voll Thränen zugehört und sein Schicksal bejammert, da er von Jedermann verlassen sei und nicht einmal seinen Dienern und Räthen trauen dürfe***). Das Fluchtprojekt wurde für eine Woche bei Seite gelegt, aber jetzt wieder in Berathung gezogen, da die geheimen Räthe des Kaisers, na- mentlich Attems, dasselbe befürworteten, weil ihnen bei einem Siege des Erzherzogs und seiner Verbündeten für ihre Zukunft bange wurde. Gegen die Flucht erhoben sich aber mit aller Energie die böhmischen Großen; sie waren es, welche in der letzten Zeit die Sache des Kaisers zu ihrer eigenen gemacht und durch eine von Niemandem vermuthete ge- schickte Benützung der Umstände das Land in Gehorsam erhalten hatten und welche nun befürchten mußten, daß die Rache der Gegner sie zuerst treffen würde, wenn des Kaisers Flucht sie wehrlos preisgab. Es kam

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., Oest. und Böhm. Kriegsakten 257. Die säch- sischen Gesandten in Prag an Kursachsen ddo. 15/25. Mai.

**) Bernburger Archiv. Reg. I F. I 228/175. Nach einer daselbst befindlichen Liste über die kaiserlichen Truppen stellt sich die Zahl derselben wie folgt heraus. Eingeübte und verläßliche Truppen 3200 Mann, welche außerhalb Prag kam- pirten. 4000 Mann in Prag halb unbrauchbare Truppen zum Theil dem all- gemeinen Aufgebot angehörig. Dazu kam das Aufgebot der Kreise, so weit es zu Stande kam. — Die Gesammtzahl der Truppen, welche in den kritischen Tagen in und bei Prag als auf des Kaisers Seite befindlich angegeben werden, ist 10.000 und dürfte der Wahrheit vollständig entsprechen.

***) Sächsisches Staatsarchiv. Ungar., Oesterr. und Böhm. Kriegsakten, I 515. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 3/13. Mai 1608.

deshalb zu den heftigsten Erörterungen zwischen den Geheimräthen und den Landesoffizieren und namentlich that sich Herr von Waldstein in Angriffen gegen die erstern hervor; Attems mußte es sich gefallen lassen, ein Dieb gescholten zu werden, dessen schlechtes Gewissen ihm allerdings rathe, Sicherheit zu suchen, mochte auch immerhin das Land den feindlichen Truppen schutzlos zur Beute anheimfallen. Der Kanzler, welcher die ganze Zeit über mehr Klugheit und Muth an den Tag gelegt hatte als jeder andere, drang jetzt zum Kaiser vor und beschwor ihn auf den Knien, den Gedanken der Flucht aufzugeben; wenn er auch nicht auf seine Würde als König von Böhmen Rücksicht nehme, möge er doch die des Kaisers nicht vergessen. Der Streit zwischen den Geheimräthen und den böhmischen Kronbeamten wiederholte sich selbst in Gegenwart Rudolfs und diesmal waren es nicht bloß die Geheimräthe, welche sich die Beschuldigungen der letzteren gefallen lassen mußten, sogar gegen den Kaiser wandte sich der Unwille der Böhmen und sie warfen ihm geradezu vor, daß seine „Trägheit und seine völlige Vernachlässigung des Gemeinwohles die Ursache dieser Bewegungen sei." Als Rudolf, der von einer unangenehmen Nachricht nie etwas wissen mochte, solches vernahm und übermannt von Scham und Schmerz sein Gesicht abkehrte, um nichts weiter zu hören, faßte ihn der Kanzler am Kleid und zwang ihn auf das zu horchen, was ihm weiter über die schlimme Lage Böhmens berichtet wurde. Aus Angst vor diesem Zwang vergaß Rudolf seine Angst vor dem Bruder und versprach endlich zu bleiben, nicht aber ohne zugleich seine Beschützung den Kronbeamten zur ersten und alleinigen Pflicht zu machen*). Von diesem persönlichen Standpunkte faßte das Haupt der Christenheit seine eigene und seiner Diener Pflicht den nächsten Ereignissen gegenüber auf.

II

Der Entschluß des Kaisers, in Prag zu bleiben, mußte entweder eine weitere Nachgiebigkeit gegen Mathias oder aber den Ausbruch des Kampfes zur Folge haben. Da das letztere nur eine sichere Niederlage voraussehen ließ, so blieb dem Kaiser nichts übrig, als auf die Časlauer Zusagen zurückzugehen und dieselben in der von Mathias gewünschten Weise zu erweitern. In der That schickte er den Kardinal Dietrichstein, den viel geplagten Unterhändler in einer so trostlosen Angelegenheit, nach Böhmisch-Brod und trug nun seinem Bruder sowohl den voll-

*) Münchner Staatsarchiv. 517/4, 394. Relation an Kurpfalz ddo. 15/25. Mai 1608.

ständigen Besitz von Ungarn und Oesterreich mit allen Ehren und Rechten, als auch die Nachfolge in der böhmischen Krone mit dem vorläufigen Titel eines designirten Königs von Böhmen an. Der Kaiser war zugleich erbötig, diese Nachfolge nicht bloß durch sein Versprechen dem Erzherzog sicherzustellen, sondern den böhmischen Landtag selbst zu berufen und demselben einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen. Dagegen verlangte er nebst einer jährlichen Geldentschädigung für den Verlust der aufzugebenden Länder auch die Abtretung aller Ansprüche, welche Mathias auf den Mitbesitz von Tirol erheben konnte*).

Diese Anerbietungen, so umfassend sie waren, verstießen noch immer gegen ein großes Interesse, welches an die ganze Unternehmung des Erzherzogs geknüpft war, als daß dieser sich mit ihnen hätte begnügen dürfen. Es handelte sich nämlich um Mähren, welches der Kaiser nicht abtreten, sondern auf welches er seinem Bruder nur eine Anwartschaft geben wollte. Aber gerade das war es, was Liechtenstein und Zerotin unter keiner Bedingung zugeben mochten und wozu sich auch Mathias nicht verstehen durfte, wenn er nicht von seinen Verbündeten als Verräther an ihrer Sache behandelt sein wollte. Er konnte sich wohl damit einverstanden erklären, daß derjenige Theil der böhmischen Kronländer, die an dem Kaiser fest hielten, auch ferner unter seiner Herrschaft belassen würde und durfte hoffen, hiefür die Zustimmung seiner Verbündeten zu erlangen, welche ihm solches vielleicht als Schwäche, keineswegs aber als Falschheit auslegen konnten. Aber Mähren durfte er nicht preisgeben; es war dies nur eine unvermeidliche Konsequenz aller bisher gemachten Schritte. Diesen Verhältnissen entsprach die Antwort des Erzherzogs. Er verlangte abermals, sein Bruder solle sich neben der vollständigen Abtretung Ungarns und Oesterreichs auch zur Abtretung der Verwaltung von Böhmen und der einverleibten Länder verstehen, mindestens müsse er auf seine Herrschaft über Mähren Verzicht leisten. Was die verlangte jährliche Geldentschädigung betraf, so erwiederte Mathias, er könne hierin aus eigener Macht nichts thun, da die Entscheidung darüber von den Landtagen der einzelnen Länder abhänge, denen ungesäumt der Wunsch des Kaisers vorgelegt werden solle. Daß dies einer vollständigen Ablehnung gleichkam, begreift man leicht, denn es war kein Grund vorhanden, welcher die Stände zu Geldzahlungen an Rudolf veranlassen konnte, nachdem sie ihn gestürzt hatten. Das entmuthigendste für den Kaiser war aber,

*) Tirol wurde um diese Zeit wohl von Erzh. Maximilian verwaltet, eigenthümlich besaß er es aber nicht. Ansprüche auf den Besitz Tirols wurden von allen Prinzen der deutsch-habsburgischen Linie erhoben.

daß der Erzherzog selbst von ihm 400.000 Gulden zur Bezahlung des Heeres verlangte, mit welchem er in Böhmen eingebrochen war*).

Die theilweise Ablehnung der kaiserlichen Proposition schnitt den Faden der Unterhandlungen nicht ab und veranlaßte auch kein weiteres Vorrücken des erzherzoglichen Heeres gegen Prag, da inzwischen eine neue Macht auf den Schauplatz der Ereignisse getreten war, deren Ausspruch den Streit zwischen Rudolf und Mathias zu einem Abschluß bringen mußte. Aus dem General-Landtag der böhmischen Krone, welchen Rudolf auf den 14. April berufen hatte, war nach mehrfachen Verzögerungen wenigstens ein Landtag von Böhmen geworden, welcher am 23.
23. Mai 1608 Mai eröffnet wurde. — Seit dem Beginne seiner Krankheit hatte sich Rudolf nicht mehr dem Volke gezeigt, so daß die Sage in Prag herumging, er sei seit Jahren nicht mehr am Leben, und ein Schuster habe indessen seine Stelle eingenommen. Daß er auch jetzt nichts von einer persönlichen Betheiligung an der Ceremonie der Landtagseröffnung wissen mochte, versteht sich von selbst, aber gerade diesmal verlangten die obersten Beamten mit allem Nachdruck, der Kaiser solle sich dem Volke zeigen und den Landtag selbst eröffnen, und setzten nach hartem Widerstande ihren Wunsch durch. Unter Seufzen und mancherlei Aeußerungen krankhafter Besorgniß ließ sich Rudolf am Morgen des gefürchteten Tages ankleiden und zu dem Landtagssaal geleiten. Der ungewohnte Anblick dicht gedrängter Menschenmassen auf den Gängen und im Saale selbst äußerte auf ihn den erwarteten Eindruck, bleich, zitternd und die Augen zu Boden geschlagen, schritt er hinter dem bloßen Schwert einher, welches ihm sein Stallmeister, Herr von Waldstein vortrug, bis er endlich auf dem vorbereiteten Thronsitz anlangte. Nicht ohne Staunen bemerkten die Zuschauer die Veränderung, welche sich an der Gestalt des Kaisers nach seiner langjährigen Zurückgezogenheit kennbar machte; seine gekrümmte Haltung gab ihm den Anschein, als sei er höckerig, sein Haar war grau geworden und sein ganzes Aussehen das eines dem Tode zuwankenden Greises. Bei diesem Anblick wurde das Mitleiden der Anwesenden allgemein rege und gab sich in lauten Aeußerungen von Sympathie kund; man rief einander zu: seht, es lebt doch unser Kaiser und die Gerüchte über seinen Tod waren falsch; ja Manche konnten sich nicht der Thränen enthalten**). Als Rudolf sich niedergelassen hatte, dankte er mit

*) Antwort des Erzherzogs auf die kaiserlichen Propositionen bei Hammer, Khlesl II, Urkundensammlung 226 und 227.

**) Münchner Staatsarchiv 547/4, 394 Relation aus Prag ddo. 15/25. Mai 1608. — MS. des Leitmeritzer bischöflichen Archivs. L. XIV Fol. 39.

einigen Worten den Ständen für ihr zahlreiches Erscheinen und übergab die Proposition, welche am Landtage zur Verhandlung kommen sollte, schriftlich der Versammlung mit der entschuldigenden Erklärung, daß er zu schwach sei, um ihrer Vorlesung beiwohnen zu können. Er erhob sich darauf, um sich zu entfernen, und da unterdessen seine Bestürzung bei der freundlichen Haltung der Menge einer gewissen Ruhe Platz gemacht hatte, trat er den Rückweg etwas gefaßter an. Die ganze Scene im Landtagssaale hatte kaum vier Minuten gewährt.

Die kaiserliche Proposition beschränkte sich lediglich auf den Vorschlag, die Stände möchten den Erzherzog Mathias „zum Anwärter des Königreichs annehmen", im Falle dieser selbst „den Privilegien und Freiheiten desselben gemäß darum ansuchen würde"*). So einfach diese Bitte war, so war die Stimmung der Stände doch nicht mehr der Art, daß sie ungesäumt dieselbe erfüllt hätten, denn schon hatte die Noth des Kaisers auch sie aus ihrer bisherigen nachgiebigen Unterthänigkeit aufgerüttelt. Den Katholiken und namentlich den obersten Kronbeamten war es bis jetzt gelungen, Böhmen in einer anscheinend vollständigen Ergebenheit gegen den Kaiser zu erhalten, obwohl die Protestanten im Laufe der letzten Jahre vielfache Veranlassung gefunden hatten, sich gegen die vom Kaiser befolgte innere Politik zu beschweren und namentlich die im J. 1602 erfolgte Erneuerung des Wladislawischen Mandats als eine Verletzung der von Maximilian II zugestandenen religiösen Freiheit anzusehen. Als sie jetzt in Prag zusammenkamen und Gelegenheit fanden, das Kriegsvolk des Erzherzogs, welches auf der Straße von Böhmisch-Brod nach der Hauptstadt zu vertheilt war, mit dem zu vergleichen, was an Vertheidigungsmitteln dem Kaiser zu Gebote stand, hätten sie geradezu nicht einen Funken von jener ungebärdigen Entschlossenheit besitzen müssen, welche ihre Vorfahren so oft bewährt haben, wenn sie sich noch weiter ruhig verhalten hätten. Die Gelegenheit war zu verlockend: auf der einen Seite stand der Kaiser um ihre Hilfe flehend und ihrem Ausspruche es überlassend, was er Mathias gewähren solle und was nicht; auf der andern Seite befanden sich die Stände von Ungarn, Oesterreich und Mähren und luden sie zu völligem Anschluß an den Erzherzog ein, um den ständischen und religiösen Freiheiten und Rechten einen dauernden Sieg zu verschaffen. Man sagte ihnen, und der Augenschein sprach dafür,

*) Artikel des Landtags von 1608, welcher Montag nach Exaudi seinen Anfang nahm. Die im Texte angeführte Stelle lautet im Original: Když toho Arcikníže při nich (stavech) pořádně a náležitě vedle privilegium a svobod jích vyhledávati bude.

daß durch ihren Beitritt die verbündeten Stände ohne Gefahr und Anstrengung die Oberhand behaupten müßten, Rudolf entthront und Mathias, ein willfähriger Regent, an seine Stelle gesetzt werden würde. Nicht immer ist aber die einfachste und am sichersten zum Ziele führende Politik diejenige, welche Königen und Völkern beliebt. Nicht Treue und Anhänglichkeit an den Kaiser, sondern dieselben halb unfaßbaren halb selbstsüchtigen Gründe, welche die Protestanten von Časlau fern gehalten hatten, veranlaßten sie auch in Prag zur Ergreifung einer Politik, welche weder kalt noch warm, weder dem Kaiser noch dem Erzherzog günstig war, für welche sie aber in den folgenden Jahren, nicht ohne es verdient zu haben, büßen mußten.

Statt also auf die Propositionen des Kaisers einzugehen und mit ihrer Berathung den Anfang ihrer Verhandlungen zu machen, erklärten die Protestanten auf Budowec's Vorschlag, daß ihre eigenen Beschwerden zuerst berathen und vom Kaiser behoben werden müßten. Dieser Erklärung schloß sich auch eine Anzahl Katholiken an, welche in der Allianz mit den Protestanten ihre Rechnung fanden, da fast alle Beschwerdepunkte der letztern, mit Ausnahme des religiösen, ihr Interesse so nahe als möglich berührten. Denn neben der Freiheit des Gewissens verlangten die Protestanten eine Reihe von Bestimmungen, welche der Unordnung oder Willkür des bisherigen Regiments ein Ende machen und namentlich den tendentiösen Prozessen der jüngsten Zeit begegnen sollten. Wiewohl nämlich die Handhabung der Gesetze in Böhmen eine geordnetere war, als in allen übrigen Theilen der Rudolfinischen Monarchie, so war doch auch hier in der Auslegung und Anwendung derselben in Fällen, wo die Politik ins Spiel kam, eine besorgnißerregende Schwankung eingetreten. Kein Mensch in Böhmen konnte genau das Verbrechen definiren, um dessentwillen der ehemalige Oberhofmeister, Georg von Lobkowitz, aller seiner Güter beraubt, länger als siebzehn Jahre festgehalten und endlich ohne Urtheilsspruch hingerichtet worden war! Und das war ein Mann, welcher mit den ersten Familien Böhmens verwandt war, ein Katholik, für welchen sich selbst der Papst verwendet hatte*)! Die sonderbaren Anschauungen, welche das deutsche Kaiserthum als eine Fortsetzung des römischen gelten ließen, verschafften auch den tyrannischesten

*) Georg von Lobkowitz wurde wegen künstlicher Aufreizung der Opposition am Landtage von 1589, durch welche er den Kaiser zwingen wollte, ihn zum Oberstburggrafen zu ernennen, prozessirt. Was Georg von Lobkowitz damals that, thun heutzutage Minister und Deputirte aller Länder, ohne daß sie deshalb prozessirt würden.

römischen Auffassungen von Hochverrath eine in Böhmen durch nichts begründete Geltung und nöthigten also die Stände zu der bringenden Bitte, der Kaiser möge doch die Fälle formuliren, wann das Verbrechen des Hochverrathes eintrete. Eben so unbestimmt und willkürlich war die bisherige Anwendung der Konfiskationsstrafe und die Prozessirung der höhern Stände bei gemeinen Verbrechen: allzu mild bei den einen, hart bei den andern. Mit einem Worte, das öffentliche wie das Privatrecht forderten eine Reihe von Bestimmungen, welche nicht den Parteiinteressen, sondern dem allgemeinen zu Gute kommen sollten.

Budowec wurde von seinen Gesinnungsgenossen beauftragt, die sämmtlichen Beschwerden zu formuliren und er that dies, indem er eine Schrift verfaßte, welche in 25 Artikeln die gemeinsamen Forderungen enthielt, obenan natürlich die, welche die religiöse Gleichberechtigung betrafen. Man muß gestehen, daß in diesem ersten Punkte Budowec nicht jenen egoistischen Standpunkt festhielt, dem wir sonst in derartigen ständischen Bittschriften des 16. Jahrhunderts begegnen, denn vermöge des genannten ersten Punktes sollte die Gewissensfreiheit jedem Menschen in Böhmen, und wäre er selbst dem leibeigenen Bauernstande angehörig, zu Gute kommen. Beinahe alle Mitglieder des Landtages unterzeichneten 24. Mai Budowec's Schrift und die Kronbeamten wurden darauf ersucht, dieselbe dem Kaiser vorzulegen; alle Unterzeichner erklärten sich zugleich bereit, sobald ihre Forderungen erfüllt sein würden, ungesäumt auf die Berathung der königlichen Proposition einzugehen.

So wichtig jeder der 25 Artikel war und so sehr sich der Kaiser sonst gegen jeden einzelnen gewehrt haben würde, so war doch kein Zweifel, daß er den Wünschen der Stände in allem, was die Religion nicht betraf, ohne Zögern nachgeben werde. Aber daß er gerade in diesem Punkte noch Schwierigkeiten erheben konnte, muß uns im höchsten Grade befremden. Sein persönliches Verhalten gegen den Nuncius in Prag und gegen die Diener der katholischen Kirche überhaupt war seit Jahren nichts weniger als freundlich, sicherlich war diese Gemüthsstimmung Grund genug, um ihm eine Nachgiebigkeit gegen die Protestanten nicht zu einem persönlichen Opfer zu machen; ja selbst die Erfahrung der letzten Zeit, daß er sowohl vom Papste als vom Könige von Spanien preisgegeben oder wenigstens nicht gestützt worden sei, konnte ihn keineswegs zu einem gefährlichen Widerstande gegen die Protestanten aufmuntern. Seine Politik, durch allgemeine Unterdrückung der letztern die Stände in Gehorsam zu erhalten und dadurch den Mitgliedern seiner Familie zu imponiren, um nicht weiter in der Successionsfrage gedrängt zu werden, hatte eine vollständige Niederlage erlitten und es war kein Grund mehr vorhanden

dieselbe fortzusetzen; im Gegentheile, jetzt arbeitete er durch weitern Widerstand gegen die Protestanten seinem Bruder erst recht in die Hände. Als Mathias ein halbes Jahr später in ernste Zerwürfnisse mit den Oesterreichern eben wegen der Religion geriet, war der Kaiser zu allen Konzessionen geneigt, nur um die verlorene Herrschaft wieder an sich zu bringen, und dennoch war er jetzt im Begriffe, das Gegentheil zu thun! Doch seine Krankheit ist wohl ein hinreichender Erklärungsgrund für alle Widersprüche seines Betragens.

Es scheint, als ob der Kaiser in diesem Augenblicke weniger auf die Eingebungen seines dem Bruder abgeneigten Herzens als auf den Rath einiger Männer gehört habe, welche von einer gesetzlichen Anerkennung des Protestantismus nichts wissen wollten und an deren Spitze noch immer der Kanzler, Zdenko von Lobkowitz, stand. Gleichwohl beherrschte derselbe nicht mehr so unbedingt wie früher die Stimmung der übrigen Kronbeamten und konnte sonach nicht verhindern, daß auch andere Rathschläge zu dem Ohre des Kaisers gelangten. An der Spitze der zu einem Ausgleiche mit den Protestanten geneigten Räthe des Kaisers stand der seit wenigen Tagen neu ernannte Oberstburggraf, Adam von Sternberg, ein Mann, der sich der allgemeinen Achtung erfreute und durch seine unverdächtige Anhänglichkeit an die katholische Kirche seiner Anschauung ein um so größeres Gewicht verschaffte. Nichtsdestoweniger drang er mit seinen Ansichten im kaiserlichen Rathe nicht durch, denn die Antwort, welche Rudolf den Ständen auf ihre Forderungen entbieten ließ, lautete vollständig ablehnend und verlangte von ihnen die unverweilte Erwägung der königlichen Proposition.

Mittlerweile waren die Gesandten des Erzherzogs Mathias nach Prag gekommen, um bei dem Landtage selbst das zu erlangen, um was ihr Herr vergebens den Kaiser ersucht hatte. Man kann sich kaum etwas Eigenthümlicheres vorstellen, als die gegenwärtige Sachlage. Der Landtag von seinem legitimen Herrscher berufen, befindet sich in offener Opposition und die Gesandten der gegen ihren Herrn rebellirenden Unterthanen dürfen in denselben treten und die treu gebliebenen Stände zur Theilnahme an dem Aufstande auffordern. Im Namen des Erzherzogs kamen neben andern nach Prag der Bischof von Vesprim, Valentin Lepes, Žerotin und Tschernembl, Personen, die nicht passender gewählt sein konnten, weil von denselben die meiste Einwirkung auf die Böhmen zu erwarten
25. Mai stand. In den Landtagssaal eingeführt, hielt daselbst Žerotin eine glän-
1608 zende Ansprache an die böhmischen Stände, in welcher er länger als eine Stunde die letzten Ereignisse unter allgemeiner Aufmerksamkeit besprach. Indem er die Ursachen, welche den Zug der verbündeten Länder nach

Böhmen veranlaßt hatten, erörterte, führte er als solche das durch und durch verderbte kaiserliche Regiment und die auf stete Schmälerung der Landesprivilegien gerichtete Thätigkeit desselben an und erklärte offen, daß vom Kaiser selbst keine Hilfe mehr zu erwarten sei, denn wiewohl er denselben mit Anklagen verschonen wolle, so müsse er doch bemerken, seine Lebensweise sei der Art, daß für die Zukunft nur das schlimmste befürchtet werden könne. Alle Anstrengungen, eine Reform der kaiserlichen Regierung herbeizuführen, würden eben so lange ohne jeden Erfolg und Werth sein, so lange der Kaiser an der Spitze bleibe. Die Böhmen möchten sich sonach den verbündeten Ländern anschließen und das begonnene Werk vollenden; einerseits würden sie damit einen Zerfall der Länder der böhmischen Krone verhüten, andererseits sich die Enttäuschung ersparen, die ihnen unvermeidlich bevorstehe, wenn sie sich von den gegenwärtigen Versprechungen des Kaisers irre führen ließen *). Žerotin beendete seine Rede unter ungetheilter Aufmerksamkeit, dennoch vernahm man im Saale am Schluße kein Wort freudiger Zustimmung, ein schlechtes Zeichen für ihren Erfolg. Nur der Obersthofmeister, Christoph von Lobkowitz, ergriff darauf das Wort und antwortete im Namen des Landtags, daß derselbe die Vorschläge Žerotins in Erwägung ziehen werde.

Es begannen nun Tage schwerer Kämpfe für den Kaiser. Die böhmischen Stände verblieben zwar bei der einmal eingeschlagenen Politik und weder Žerotins öffentliche Anrede noch seine und Tschernembls private Bemühungen waren im Stande, ihren Entschluß, an dem Bündnisse mit Mathias nicht theilzunehmen, umzuändern, desto heftiger verlangten sie aber jetzt, daß Rudolf ihren Forderungen nachgebe. In einer Audienz, welche Rudolf ihnen bewilligen mußte, trug Graf Andreas Schlick, das Haupt des mehr lutherisch-gesinnten Theils der Stände, die Bitten des Landtages vor und verlangte ein augenblickliches Eingehen auf dieselben. Betroffen über solche Kühnheit antwortete Rudolf gepreßten Herzens mit der Frage, was er thun solle; man entgegnete, er solle die 25 Artikel entweder annehmen oder verwerfen. Dennoch erlangte er einen Aufschub bis zum folgenden Tag, nachdem Budowec auf Ersuchen eines kaiserlichen Kammerherrn seinen ganzen Einfluß bei den Ständen verwendet und ihre Zustimmung zu dieser Verzögerung erlangt hatte **). In den darauf in der Burg gepflogenen Berathungen siegte entweder die Partei des Oberstburggrafen über die des Kanzlers oder der Kaiser ließ sich nur noch von seiner dem Bruder feind-

28. Mai

*) Münchner Staatsarchiv 517/7, 464, Zeitungen aus Prag ddo. 18/28. Mai 1608.
**) Meine Geschichte des böhm. Majestätsbriefes S. 23. Chlumecky, Zierotin S. 471.

lichen Stimmung und diesmal zu seinem eigenen Vortheil leiten. Es wurde beschlossen, den Forderungen der Protestanten zwar nicht in der begehrten Form aber doch in der Sache selbst nachzugeben. Der Kaiser bot den Ständen die Gewährung der 25 Artikel mit Ausnahme des Religionsartikels an, bezüglich dieses gab er jedoch die Versicherung, daß er in den nächsten Monaten einen neuen Landtag zur Ordnung der kirchlichen Verhältnisse berufen wolle; bis dahin solle in Böhmen jede Verfolgung zwischen Katholiken und Protestanten, ob nun höhern Ständen oder dem Bauernstande angehörig, unbedingt verboten sein und Niemand in seinem Glauben gestört werden*).

Selbst in der religiösen Frage war also die Nachgiebigkeit des Kaisers eine so große, daß für die Stände der Grund zu jeder weitern Beschwerde wegfiel, wenn sie nur sicher sein konnten, daß ihnen einige Monate später grundgesetzlich werde bewilligt werden, was für jetzt nur eine provisorische Geltung haben sollte. Aber es war schon zweifelhaft, ob den Ständen ein bloßes Versprechen statt eines mit kaiserlicher Unterschrift versehenen Privilegs genügen werde. Sie hatten nur nöthig, dem Erzherzog einen Wink zu geben, so kam dieser eilig mit seinem Heere herbei, vertrieb Rudolf aus dem letzten Theil seines Reiches, setzte sich die Krone auf und bewilligte den Ständen ohne jede Zögerung die begehrten 25 Artikel. Dennoch ließen sich die Stände an der in der Form unvollständigen Nachgiebigkeit des Kaisers genügen; welchen Antheil daran das Vertrauen in das kaiserliche Wort, der Einfluß des allgemein geachteten Oberstburggrafen oder alle die sonderbaren Motive hatten, welche noch immer die Politik der Böhmen beherrschten, wissen wir nicht anzugeben. Der Kaiser gab schließlich eine schriftliche Versicherung von sich, daß er die gemachten
31. Mai Versprechungen einhalten werde**).

Von diesem Augenblick an war eigentlich der Streit zwischen Rudolf und Mathias entschieden oder genauer gesagt, das Ende desselben ließ sich voraussehen. Rudolf mußte sich schließlich mit den Ländern begnügen, welche ihm treu geblieben waren, während andererseits Mathias durch die gewichtigsten Rücksichten von einer gewaltsamen Unterdrückung seines Bruders zurückgehalten wurde. Diese Anschauung theilte sich selbst den protestantischen Häuptern seiner Umgebung mit und Tschernembl erklärte aus freien Stücken, daß der Erzherzog nicht auf die Eroberung Böhmens denken könne, wenn die Stände seine Herrschaft nicht wünschten, aber doch wenigstens sein legitimes Begehren wegen Bestim-

---

*) Böhmische Landtagsartikel von 1608.

**) Artikel des Montags nach Exaudi 1608 gehaltenen Landtags.

mung der Nachfolge befriedigen würden *). Gleichwohl waren die streitenden Parteien noch ziemlich fern von einer Einigung, da jede ihre Forderungen höher spannen zu müssen glaubte, um mindestens das zu erreichen, was sie für nothwendig hielt. Zuerst waren es die Böhmen selbst, welche nunmehr des Kaisers Rechte energisch vertraten; sie erklärten auf die ihnen von den erzherzoglichen Gesandten am 26. Mai gemachten Anträge, daß sie auf eine vollständige Enttrohnung des Kaisers nicht eingehen könnten und ersuchten deshalb, Mathias möge sich neben dem Besitze von Ungarn und Oesterreich mit der Anwartschaft auf die böhmischen Kronländer begnügen, zugleich aber auch mit seinem Heere so schnell als möglich aus Böhmen wegziehen, da die Verwüstungen, welche das letztere anrichte, nicht weiter ertragen werden könnten. Diese Antwort, welche, da sie Mährens Wünschen geradezu entgegenlief, einer Kriegserklärung gleichzukommen schien, verlor gleichwohl dadurch ihre Herbheit, daß der Kaiser selbst Erklärungen im friedlichen Sinne machte und Dubeč, einen zwei Meilen von Prag entfernten Ort, zu weitern Konferenzen zwischen seinen und den erzherzoglichen Vertretern vorschlug. — Ebenso war auch die Antwort, welche der Erzherzog durch Žerotin den Böhmen auf ihre Vorschläge machte, noch weit entfernt, einen raschen Vergleich anzubahnen, denn Žerotin bezeichnete als das geringste Maß der Forderungen, mit denen sich Mathias begnügen könne, die sofortige Abtretung von Mähren, Schlesien und der Lausitz und die Nachfolge in Böhmen nach des Kaisers Tode. Aber auch dieser Antwort war die kriegerische Spitze dadurch abgebrochen, daß Mathias seine Zustimmung zu den Konferenzen in Dubeč ertheilte. — Bevor noch dieselben ihren Anfang nahmen, machte sich eine gewisse Angst und Unruhe im Gefolge des Erzherzogs geltend, da man den Verdacht schöpfte, der Kaiser unterhandle mit einigen Kriegshäuptern des verbündeten Heeres und suche sie an sich zu ziehen und da man auch nicht wußte, welche Stellung die Böhmen bei den Konferenzen selbst einnehmen würden. Sowohl der Erzherzog als auch Žerotin hielten es für nöthig, im Falle der Kampf weitere Dimensionen annehmen sollte, sich auswärtigen, wenn vielleicht auch nur diplomatischen Beistandes zu versichern; Beaugy, der am Prager Hofe weilende Gesandte Heinrichs IV, wurde mit einemmale von ihnen mit entsprechenden Mittheilungen an seinen König betraut **). Indessen blieben diese ohne weitere Folgen, da die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ungar., Oesterr. und Böhm. Kriegsakten 2, 71. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 17/27. Mai.

**) Kaiserliche Bibliothek in Paris Collection Harlay 238/10, 65 Beaugy an Puy-

Mathias bald darauf in raschem Verlaufe zu Ende geführt wurden, und Beaugy selbst sich nicht recht zu entscheiden wußte, auf wessen Seite er sich zu stellen habe.

Am 11. Juni nahmen die Konferenzen in Dubeč ihren Anfang; unter den Gesandten des Kaisers und der Böhmen, welche sich auch zur Beschickung derselben entschlossen hatten, traten der Kardinal Dietrichstein, Adam von Sternberg, Budowec und die Grafen Thurn und Schlick hervor; von denen des Erzherzogs waren die bedeutendsten Karl von Liechtenstein und Žerotin. Die letztern stellten zuerst sämmtliche Forderungen des Erzherzogs auf, sie verlangten unter andern eine Geldentschädigung für die Auslagen, welche der Kriegszug nach Böhmen verursacht habe, einen Beitrag zu den Geschenken für die Gesandten nach der Türkei, die Bestätigung des türkischen Friedens, die Amnestirung der in Böhmen befindlichen Anhänger des Erzherzogs, die vollständige Unabhängigkeit Mährens, nicht nur von der Regierung des Kaisers, sondern auch von der Einwirkung böhmischer Zentralbehörden, denen es in mancherlei Angelegenheiten unterstand, endlich die Absetzung Berka's und die Versetzung desselben in Anklagezustand. Auch jetzt noch verlangten die erzherzoglichen Kommissäre die Ueberlassung der Regierung über alle böhmischen Kronländer an Mathias, allein sie legten darauf keinen entscheidenden Nachdruck mehr. Die Vertreter des Kaisers und der Böhmen gaben auf alle diese Vorschläge keine definitive Antwort, sondern reisten mit denselben nach Prag zurück. Schon zwei Tage darauf kamen sie mit einem Bescheid zurück, welcher im Stande war, den Frieden anzubahnen, denn sie trugen endlich die Trennung Mährens von Böhmen und die Abtretung dieses Landes an den Erzherzog an*). Die Böhmen waren es selbst, welche sich zu diesem schweren Opfer entschließen mußten, während der Kaiser sich abermals einer Ausgleichung feindlicher als sonst zeigte. Seine Widerstandskraft wurde indessen bald wieder eingeschüchtert, als der Erzherzog sein Hauptquartier nach dem nur eine Meile von Prag entfernten Stěrbohol verlegte und damit seine Absicht an den Tag legte, nöthigenfalls in Prag selbst einzurücken.

In Folge so ernster Drohung neigte sich der Kaiser abermals zum Vergleich und dies um so mehr, als indessen Abgeordnete von Schlesien

---

sieux ddo. 7. Juni. Ebendaselbst 66 Beaugy an Puysieux ddo. 14. Juni, desgleichen andere Briefe Beaugy's an Heinrich IV ebendaselbst.

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., Oesterr. und Böhm. Kriegsakten 2, 237. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten ddo. 7/17. Juni 1608. — Chlumecky: Zierotin. Hurter: Ferdinand II Bd. VI.

bei Prag eintrafen und Miene machten, sich mit dem Erzherzog zu vereinen. So begannen am 18. Juni in Lieben neue Verhandlungen zwischen den Gesandten der streitenden Parteien, welche, nachdem man sich über 18 Juni
die Besitzfrage geeinigt hatte, auch mannigfache Nebenpunkte in Ordnung bringen sollten. Nicht geringe Schwierigkeit verursachte die Forderung wegen Mathias' Nachfolge in Böhmen. Die böhmischen Stände wollten eine solche nur in sehr beschränkter Weise aussprechen, während der Erzherzog dieselbe klar formulirt haben wollte. Der Zwist der kaiserlichen Brüder war in dieser Angelegenheit begreiflicherweise von dem größten Einfluße. Die Erblichkeit des böhmischen Thrones in der Familie Habsburg war bis dahin ein zweifelloses Recht der letztern, jetzt kamen plötzlich die Stände in die Lage, über dieses Recht zu Gericht zu sitzen und des Kaisers Betragen, der sie aufgefordert hatte, Mathias zu seinem Nachfolger „zu wählen", munterte sie geradezu auf, Ansprüche auf eine durch sie beeinflußte Bestimmung der Erbfolge zu erheben*). Die Konferenzen dauerten bis zum 24. und mußten häufig unterbrochen werden, da die Unterhändler theils an die Stände theils an den Kaiser und den Erzherzog berichteten, um ihre Zustimmung für die einzeln festgesetzten Punkte zu erlangen. Am 25. unterzeichnete endlich der Kaiser 25 Juni
die Urkunden, welche den Zwist zwischen ihm, seinem Bruder und dessen 1608
Anhängern beenden sollten. Die wesentlichen Artikel derselben waren nachstehende: Der Erzherzog erhielt die Nachfolge in Böhmen zugesichert und sollte die Regentschaft daselbst führen im Falle der Kaiser mit Hinterlassung von Leibeserben versterben würde. Mähren fiel an Mathias und erhielt das Recht, falls der Erzherzog vor dem Kaiser mit Tod abgehen sollte, aus dem Hause Habsburg einen andern Herrn auf die Lebensdauer Rudolfs wählen zu dürfen. Alle Suprematie Böhmens über Mähren sollte während der Zeit der Trennung ein Ende nehmen, nach der Wiedervereinigung aber die früheren staatsrechtlichen Verhältnisse wieder Platz greifen, das Bisthum Olmütz, obwohl ein Kronlehen Böhmens, dem Erzherzog und nicht dem Kaiser unterthan sein. Ungarn und Oesterreich gingen in den vollständigen Besitz des Erzherzogs über und der Türkenfriede von 1606 erlangte endlich die kaiserliche Sanktion. Die Geldforderungen, welche der Kaiser und der Erzherzog gegenseitig erhoben hatten, wurden im Vertrage nicht weiter erwähnt, dagegen ward den Ungarn eine Grenzhilfe gegen die Türken von Seite Böhmens in Aussicht gestellt und schließlich noch eine allseitige Entwaffnung bedungen.

---

*) Artikel des zweiten Landtags von 1608. Das Original böhmisch.

Mathias' Gegenleistung bestand darin, daß er auf seine Ansprüche auf Tirol zu Gunsten des Kaisers verzichtete.

27 Juni Zwei Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages durch den Kaiser wurde dem Erzherzog von einem glänzenden Gefolge die ungarische Krone in das Lager von Stěrbohol gebracht. Bei der Ueberreichung derselben hielt Kardinal Dietrichstein als kaiserlicher Kommissär eine lateinische Anrede, in der es unter anderem hieß, der Kaiser lasse seinem Bruder sagen, daß er diese Krone schon lange für ihn bestimmt habe und wünsche, daß er derselben in mehr Ruhe sich erfreue als er selbst. Graf Thurzo und der Bischof von Vesprim beantworteten die Anrede und dankten für das „freiwillige" Geschenk des Kaisers; in der That, eine passende Entgegnung auf die „aufrichtigen Wünsche" des letztern für seines Bruders Wohl*). Eine glänzende Mahlzeit, an welcher neben Mathias die hervorragendsten Personen aller Parteien theilnahmen, beschloß diese Feierlichkeit.

Für den Erzherzog war das Ziel des Strebens in diesem Momente erreicht, nicht so aber für alle seine Verbündeten. Die Ungarn allein hatten mit dem Siege über den Kaiser zugleich auch eine vollständige Befriedigung ihrer Wünsche erlangt, denn der Wiener Friede, dessen Giltigkeit sich von selbst verstand, sicherte ihnen alles, was sie zu ihrer politischen und religiösen Machtstellung für nothwendig hielten. Mit den Oesterreichern und Mährern stand es aber nicht so, denn wenn sie sich auch in Eibenschitz zur Beschützung ihrer Rechte und Freiheiten verbunden hatten, so war doch nicht genau bestimmt worden, was alles in den Umfang derselben gehöre, um es unter allgemeiner Zustimmung von ihrem neuen Herrn verlangen zu dürfen. Das Beispiel der Böhmen, welche sich in der religiösen Frage sicherzustellen trachteten, rückte die letztere auch der Betrachtung der Mährer und Oesterreicher näher und ehe sie sich durch den bevorstehenden Rückzug des Erzherzogs aus Böhmen trennten, wollten sie wenigstens in dieser Angelegenheit ihr künftiges Betragen genau normiren. Zu diesem Ende einigten sie sich im Lager von Stěrbohol über ein geheimes Bündniß, in welchem sie sich gegenseitigen Beistand zusagten, falls wegen der religiösen Angelegenheiten künftig Streitigkeiten ausbrechen und sie genöthigt sein würden, ihrem neuen Herrn die Huldigung zu verweigern, wofern dieser die Freiheit der Religionsübung
29 Juni ihnen nicht gestatten wollte. Unterzeichnet wurde das Bündniß von 19 Personen, unter welchen die Namen Herberstein, Žerotin, Gottfried

*) Archiv von Simancas 2494/3. Guillen de San Clemente an den König ddo. 30. Juni 1608.

und Richard von Starhemberg, Tschernembl, Stanislaus und Niklas Thurzo hervorragen*). Es war dies Bündniß einer der wichtigsten Schritte auf der abschüßigen Bahn, auf welche die Stände Oesterreichs seit dem Preßburger Reichstag gerathen waren und welche bald dahin führte, daß sie den Schwerpunkt aller Macht, die ganze Exekutive, von ihrem Belieben abhängig machen wollten. Nach der Regierung eines Mannes, wie Rudolf, nach den Ereignissen der letzten Jahre und nach dem Bruche der von Maximilian II herdatirenden Versprechungen in religiösen Angelegenheiten war das Benehmen der Stände nur ein natürlicher Rückschlag.

Unmittelbar nach diesen Ereignissen nahm Mathias seinen Rückzug aus Böhmen. Der Rückmarsch seines Heeres wurde im Lande ebenso freudig begrüßt, wie das Vorrücken desselben gegen Prag einen immer allgemeineren Unwillen wegen der angerichteten Verwüstungen verursacht hatte. Der meiste Haß konzentrirte sich gegen die ungarische Kavallerie, welche, wo immer sie einquartirt wurde, wie in Feindesland hauste. Nicht bloß waren die Einwohner, namentlich das weibliche Geschlecht, den gewöhnlichen Mißhandlungen ausgesetzt, auch das Eigenthum war den unverantwortlichsten Angriffen preisgegeben. Die Ungarn raubten nicht bloß für ihren Bedarf, sondern auch, um mit dem Geraubten Handel zu treiben; ihr Lager glich einem Viehmarkt, in welchem sie um den zehnten Theil des Werthes Pferde, Ochsen, Schafe u. s. w. den Kauflustigen anboten. Während der Verhandlungen in Dubeč, Lieben und Stěrbohol wurden die um Prag liegenden Dörfer aus barbarischer Lust in einen Schutthaufen umgewandelt, und die Einwohner zur Flucht nach der Hauptstadt genöthigt, nur um ihr nacktes Leben zu retten. Die Erbitterung hierüber stieg nach dem Berichte der in Prag befindlichen und in dieser Beziehung unverdächtigen pfälzischen Berichterstatter auf einen so hohen Grad, daß, wenn der Kaiser ernstlich einen Kampf gewollt hätte, er wenigstens beim Volke auf eine ziemlich allgemeine Beistimmung rechnen konnte**). Selbst die Todesstrafe, welche Mathias über einige Un-

*) Der Text des Bündnisses bei Hammer: Khlesl II. Beilagen.

**) Münchner Staatsarchiv 547/7 72. Extract eines Schreibens aus Prag ddo. 21/31. Mai 1608. Ebendaselbst Fol. 227 ddo. 11/21. Juni. In dieser letztern Relation heißt es sogar, wenn der Kaiser ernstlich einen Kampf wollte, so würde kaum das feindliche Heer einer totalen Niederlage entrinnen. Tant sont les Boemiens enflamméz et irritéz pour les pillages et ravages susdits. — Offenbar übertreibt diese Annahme selbst den möglichst glänzenden Erfolg, aber sie macht uns wenigstens die kalte Haltung der böhmischen Stände gegenüber den Verbündeten des Erzherzogs begreiflicher.

garn verhängte, änderte keineswegs das Betragen der Uebrigen. Um nun auf dem Rückzuge neue Verwüstungen so viel als möglich zu verhüten, begleiteten angesehene Mitglieder des böhmischen Landtags die einzelnen Heeresabtheilungen bis an die Grenze; dennoch kam es in Pardubitz noch zu einem Gemetzel, bei welchem über 100 Personen das Leben verloren und nur der angestrengtesten Vermittlung Thurzo's und Budowec's gelang es dem weitern Blutbade Einhalt zu thun*). Ehe noch die erste Juliwoche verflossen war, hatte sich Mathias und sein Heer aus Böhmen entfernt.

III

Die Ereignisse hatten in Böhmen seit dem Einrücken des Erzherzogs einen so schnellen Verlauf genommen, daß die Nachricht von den Liebner Verträgen und dem Rückmarsch der Verbündeten zur Kenntniß der deutschen Fürsten schon gelangte, als sie noch immer erwogen, welchen Antheil sie an dem Kampfe nehmen sollten, dessen längere Dauer sie für gewiß ansahen. Denn daß Rudolf nach seiner in den letzten Jahren bewiesenen Hartnäckigkeit und seinem ungezügelten Durst nach Krieg zuletzt ohne einen Schwertstreich das Feld räumen würde, an diese Möglichkeit hatte Niemand gedacht. Am unangenehmsten war diese Enttäuschung für den Kurfürsten von der Pfalz, besonders aber für Christian von Anhalt, welcher seit dem Beginne des Regensburger Reichstags alles gethan hatte, um im rechten Augenblicke dessen Ende herbeizuführen und den Kaiser jeder Hilfe zu berauben, dann aber wieder alle Minen springen ließ, um in dem Streite zwischen Rudolf und Mathias die Intervention des deutschen Reiches zu veranlassen und dadurch Gelegenheit zu einer fortdauernden und gesetzlichen Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten zu gewinnen. Sonderbarerweise gaben hiezu der Kaiser und die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian selbst die meiste Veranlassung. Als die Vorgänge in Preßburg und das daselbst abgeschlossene Bündniß bewiesen, daß Mathias gestützt auf eine starke Partei gegen den Kaiser auftreten könne, hatte der letztere, wie wir gesehen haben, das Ungewitter dadurch zu beschwören gesucht, daß er einen Kongreß nach Prag berufen und zu demselben neben den Erzherzogen auch einige deutsche Fürsten einladen wollte. Der Streit sollte also seine Lösung nicht durch das bewaffnete Auftreten der ständischen Macht, sondern

*) MS. Der Schafgotschischen Bibliothek in Warmbrunn Y. d. 54, Fol. 16.

durch friedliche Vermittlung von Seite einiger befreundeter Fürsten finden, deren Wahl sich Rudolf vorbehielt. Auf diesen Gedanken ging neben dem Erzherzog Ferdinand auch Maximilian ein, denn auch der letztere obwohl Mitunterzeichner des Aprilvertrages, billigte Mathias' Betragen nicht vollständig und glaubte es im Interesse des Hauses gelegen, daß die Niederlage Rudolfs nicht in der Weise vorbereitet werde, wie es beabsichtigt zu sein schien. Ohne Zweifel ward auch ihm bei dem entscheidenden Hervortreten der Stände vor den Folgen eines Sieges bange, den er sonst Mathias herzlich gegönnt haben würde. Um also den friedlichen Ausgleich, so weit es an ihm lag, herbeizuführen, reiste er von Innsbruck nach der Karthause bei Regensburg und besprach sich da mit Ferdinand über das einzuschlagende Benehmen. Beide einigten sich dahin, den sich bekämpfenden Brüdern den Weg der Unterhandlungen zu empfehlen und ersuchten in diesem Sinne den Kaiser, er möchte so schnell 24. Mrz. als möglich seine Absicht, einen Fürstenkonvent nach Prag zu berufen, ins Werk setzen; von Mathias dagegen verlangten sie, daß er den Besuch des Konventes nicht von sich ablehne und boten ihr eigenes und anderer Fürsten Wort zur Bürgschaft für seine Sicherheit an, falls ihn Mißtrauen von Prag fernhalten sollte*).

Die Vermittlung, wie sich Maximilian und Ferdinand dieselbe mit Hilfe des Konventes dachten, sollte eine freundschaftliche sein, mehr eine Art Familienrath, zu dem die Wahl der Mitglieder dem Kaiser allein zustehen sollte; jedenfalls sollte sie in keiner Weise die Rechte der Habsburger gefährden. Anders dachte sich der Fürst von Anhalt die Vermittlung. Unmittelbar nachdem er von den entscheidenden Schritten der Ungarn und Oesterreicher vernommen hatte, verfaßte er für den Kurfürsten von der Pfalz ein Gutachten, in welchem er die einzelnen Punkte der von Kurpfalz einzuschlagenden Politik erörterte. Er erklärte, alles Streben Friedrichs IV müsse darnach gerichtet sein, die Entscheidung des österreichischen Streites so viel als möglich in die Hand zu nehmen und da er dies nicht allein werde thun können, dafür den Kurfürsten von Mainz zu gewinnen, der geneigt sei, an dieser Einmischung theilzunehmen. Die Vermittlung müßte erstens die volle Freigebung des Protestantismus in allen österreichischen Ländern zum Zwecke haben und zweitens eine völlige Besiegung Rudolfs verhindern. Man sieht, Anhalt, welcher von Amberg aus das Seinige zur Aufhetzung der österreichischen Stände und zum Untergange Rudolfs beigetragen hatte, wollte jetzt den letztern hint-

---

*) Die Briefe Maximilians und Ferdinands an Rudolf und Mathias bei Hurter, Ferdinand II Bd. V, Beilage 205, 206, 207 und 208.

anhalten, allerdings nur zum Scheine. Bekannt mit der Festigkeit des Bündnisses, durch welches Ungarn und Oesterreich an Mathias gekettet waren, wollte er sich einer Abtretung dieser Länder an den Erzherzog nicht entgegensetzen, der Rest aber, also sämmtliche Länder der Krone Böhmen, sollte unbedingt im Besitze des Kaisers bleiben und dieser allenfalls von den Kurfürsten darin geschützt werden. Weil ihm jedoch bekannt war, daß die Stände der böhmischen Länder vielleicht selbst gegen eine fernere Regierung des Kaisers Einsprache erheben würden, so wollte er dieser Schwierigkeit mit dem Vorschlag begegnen, dem Erzherzog Maximilian die Verwaltung derselben zu übergeben, dem Kaiser also thatsächlich nichts weiter als den Titel und einige Einkünfte übrig lassen. Damit sollte dann die Nachfolge Maximilians in Böhmen festgesetzt, jene in Deutschland ermöglicht und der Riß in der österreichischen Monarchie durch die nunmehr herbeizuführende und sorgfältig zu unterhaltende Theilung zu Stande gebracht werden*).

Friedrich IV ging auf die Vorschläge Anhalts vollständig ein und so unternahm der Letztere zuerst eine Reise zu dem Kurfürsten von Mainz, dessen Gewinnung nicht nur an und für sich wichtig war, sondern der auch bei der Geneigtheit, mit welcher er zu Maximilians Erhebung seit einem Jahre her die Hand geboten hatte, als ein natürlicher Bundesgenosse sich empfahl. In der That täuschte Schweickhart von Mainz nicht die Erwartungen, welche man sich von ihm gemacht hatte, sondern versprach die übrigen Kurfürsten zur Vermittlung heranzuziehen und entschloß sich wirklich zur Berufung eines Kurfürstenkonventes, welcher in drei Monaten in Fulda zusammentreffen und die weitern Schritte be-
2. Mai rathen sollte. Nicht lange darauf ging er sogar noch weiter und frug den Kurfürsten von der Pfalz, ob Mathias nicht alsogleich im Namen des Reiches aufgefordert werden sollte, die Waffen niederzulegen und die Vermittlung abzuwarten**). Anhalt war jedoch vorsichtig genug, nicht allein auf die Beschlüße des Kurfürsten seine Pläne zu bauen, er knüpfte vielmehr zu gleicher Zeit mit Erzherzog Maximilian selbst neue Verhandlungen an, welche zum Zwecke hatten, dem Kurfürsten von der Pfalz unter allen Umständen einen Einfluß zu sichern***). Eingeladen von

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 81. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 14/24. April 1608.

**) Münchner Staatsarchiv, 547/4, 165, Kurmainz an Kurpfalz ddo. 2. Mai.

***) Bernburger Archiv F. I, 228/12. Instruktion für Anhalt zu seiner Reise zu Kurmainz ddo. Heidelberg 15/25. März. — Ebendaselbst F. I, 228/34 Ducker an Anhalt ddo. Innsbruck 8. April; Kurpfalz an Anhalt ddo. 20. April; Maximilian an Kurpfalz ddo. 7. April; Kurpfalz an Mainz ddo. 20/30. April.

dem Erzherzog selbst, unternahm er im geheimen eine Reise nach Innsbruck und besprach sich da mit demselben über die Modalitäten der Vermittlung, wie sie Maximilian im Sinne hatte. In der Hauptsache waren beide einig; der Kaiser sollte nicht fallen gelassen werden, Böhmen und die Nebenländer behalten und an Mathias nur die Regierung von Ungarn und Oesterreich und dies sogar ohne den königlichen Titel übertragen werden. Sonst war Maximilian bereits der Ansicht, daß der Friedensvertrag zwischen Rudolf und Mathias unter die Garantie der vermittelnden Fürsten gestellt werden solle, falls die Stände von Oesterreich und Ungarn und vielleicht Mathias selbst dies zu ihrer Sicherheit verlangen würden. Mit diesem war natürlich Anhalt unter allen Umständen einverstanden, da er ja nichts eifriger wünschte, als daß Deutschland auf die Gestaltung der österreichischen Verhältnisse einen Einfluß ausübe, was jedenfalls eintrat, wenn die dortigen Verträge unter die Garantie eines oder mehrerer Kurfürsten gestellt wurden. Nur eine Nachricht berührte ihn unangenehm; der Erzherzog theilte ihm nämlich mit, der Kaiser habe bereits den Herzog Maximilian von Baiern zur Theilnahme am Prager Fürstenkonvent aufgefordert und man müsse sich demnach dessen Gesellschaft gefallen lassen*). Ein instinktmäßiges Mißtrauen gegen Baiern beherrschte alle Mitglieder der pfälzischen Partei, und so wenig sie bis dahin in irgend welche Weiterungen mit dem Herzoge gekommen waren, so fürchteten sie doch von ihm ein Durchkreuzen ihrer Pläne.

Die Hauptsache war jetzt, daß der Kaiser den Fürstenkonvent, von dem er in so vielen seiner Briefe gesprochen, zu dem er aber bis dahin von den deutschen Fürsten nur den Herzog von Baiern geladen hatte, wirklich berufe und auch die Kurfürsten zur Theilnahme auffordere. Wohl hatte der Kaiser den Pfalzgrafen um eben diese Zeit um bewaffneten Zuzug nach Prag aber keineswegs um seine Vermittlung angesucht; da also die so sehr erwünschte Einladung zu der letztern noch immer ausblieb, bot der Pfalzgraf, die bewaffnete Hilfe ablehnend, im Verein mit dem Kurfürsten von Mainz, den er wahrscheinlich zu diesem Schritt bewogen haben mag, dem Kaiser seine guten Dienste selbst an und zeigte sich zur 6. Mai
persönlichen Erscheinung in Prag geneigt**). Bevor noch eine Entgegnung aus Prag einlangen konnte, bat Erzherzog Maximilian den

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 105. Erzherzog Maximilian zu Oesterreich Bedenken. Von Anhalt dem Pfalzgrafen ddo. 23. April/3. Mai mitgetheilt.

**) Bernburger Archiv, F. I, 228/102. Kurmainz und Kurpfalz an den Kaiser ddo. 6. Mai.

Pfalzgrafen dringend, sich an der Vermittlung zu betheiligen und deshalb mit ihm in Mergentheim zusammenzutreffen, wohin er vor seiner Reise nach Prag eigens kommen wolle*). Anhalt war mit der projektirten Zusammenkunft einverstanden und wollte selbst an ihr theilnehmen; um nun auch den Kaiser für eine von Kurpfalz ausgehende Vermittlung zu
25.Mai gewinnen, gab er von allem dem Geheimrath Barvitius mit dem Ersuchen Nachricht, der Kaiser möge ihm (Anhalt) so eilig als möglich seine Wünsche kundgeben, damit er dieselben bei der Berathung in Mergentheim vertreten und seine Interessen wahren könne**). Durch eine eigenthümliche politische Biegsamkeit war also Anhalt so weit gelangt, daß er als kaiserliche Vertrauensperson behandelt sein wollte und die Interessen Rudolfs zu vertreten beabsichtigte.

Unmittelbar darauf ward jedoch Christian von Anhalt durch seine Agenten in Böhmen von Mathias' Ankunft in Böhmischbrod und von dem Entschluße des Kaisers, die Forderungen seines Bruders zu bewilligen, benachrichtigt. Der Plan der Vermittlung löste sich also in ein völliges Nichts auf, denn bevor nur halbwegs eine Einigung über dieselbe zwischen Maximilian, Kurpfalz und allenfalls auch Kurmainz in Mergentheim zu Stande kam, war vielleicht längst ein Vertrag zwischen dem Kaiser und seinem Bruder abgeschlossen, der ihrem Streite ein Ende machte und den Vermittlern nur ein unangenehmes Nachsehen bereitete. Allein Anhalt war nicht der Mann, der einen Plan, auf dessen Gelingen er so große Hoffnungen gesetzt hatte, selbst bei sich aufthürmenden Schwierigkeiten aller Art, sogleich von sich geworfen hätte. Die friedlichen Wege der List, um seine Hand in die österreichischen Wirren zu stecken, daß sah er ein, wurden ihm immer mehr verrammelt, aber noch konnte ein gewaltsames Auftreten zum Ziele führen, und hiezu sollte ihm die eben begründete Union die Hand bieten.

Die Unterhandlungen zur Begründung der Union, von denen wir das Wichtigste berichtet haben und welche anfangs nur zu einer vorläufigen Einigung zwischen Kurpfalz und Würtemberg geführt hatten, waren indessen während des Verlaufes des Regensburger Reichstags so weit vorgeschritten, daß man an ihre wirkliche Konstituirung denken konnte. Zwar Kurbrandenburg, Hessen und Braunschweig so wie die Reichsstädte waren noch immer nicht gewonnen, dagegen hatten sich neben Kurpfalz und Würtemberg auch der Markgraf Georg Friedrich von Baden, der Pfalzgraf

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 264. Erzherzog Max an Kurpfalz ddo. 6. Mai. — Bernburger Archiv F. I, 228/109. Ducker an Anhalt ddo. 7. Mai.

**) Bernburger Archiv F. I, 228/178 Anhalt an Barvitius ddo. 15/25. Mai.

Philipp Ludwig von Neuburg, die Markgrafen von Brandenburg-Anspach und Baireuth, Christian und Joachim Ernst, endlich der Fürst von Anhalt nebst seinen Brüdern für den Beitritt entschieden. Zum Abschluße der Vorberathungen und schließlichen Festsetzung der Bündnißartikel hatten sich die genannten Fürsten zu einer persönlichen Zusammenkunft entschlossen, welche in Ahausen stattfinden sollte. Kaum daß Anhalt seine früher erwähnte geheime Unterredung mit Erzherzog Maximilian in Innsbruck beendet hatte, so eilte er auch schon nach dem bezeichneten Orte, um im Namen des Kurfürsten von der Pfalz, welcher von den genannten Fürsten allein nicht persönlich erschien, die Versammlung eröffnen zu können*). Es geschah dies am 11. Mai, einem der merkwürdigsten Tage in der Geschichte von Mitteleuropa. Sämmtliche Fürsten waren mit ihren vertrautesten Räthen erschienen, man beschloß jedoch die ersten Verhandlungen ohne sie zu eröffnen und sie erst zur Detailberathung über jene Punkte zu berufen, über welche man sich zuvor geeinigt haben würde. So berieten also die Fürsten abgesondert am ersten Tage während eines Zeitraumes von zehn Stunden, worauf während der nachfolgenden fünf Tage die Berathung eine gemeinschaftliche war, zu der auch die Räthe beigezogen wurden. Sie hatte ein solches Resultat, wie sich dasselbe die Mitglieder der Versammlung nur wünschen konnten, denn die Einigung kam vollständig zu Stande, die Artikel des Bündnisses wurden genau festgesetzt und dann von den anwesenden Fürsten unterzeichnet. So trat die Union ins Leben. 11. Mai

Vermöge der einzelnen Artikel des Vertrages ward festgesetzt, daß an der Spitze der Union ein Direktor und an dessen Seite ein General-Lieutenant, der mit dem Kommando über die Unionstruppen betraut sein sollte, zu stehen habe. Für die nächsten drei Jahre wurde Kurpfalz zum Direktor erwählt, in Kriegszeiten sollte aber die Direktion allemal jenem Mitgliede zufallen, in dessen Lande der Krieg geführt wurde. Falls dem Kurfürsten nach drei Jahren die Direktion nicht weiter übertragen würde, so solle ihm das Recht zustehen, den General-Lieutenant zu ernennen. An den Berathungen der Union sollten alle Mitglieder derselben theilnehmen dürfen, doch wurde das Stimmrecht in der Weise beschränkt, daß jedem Fürsten für sich eine Stimme, den Grafen und Rittern eines jeden Kreises zusammen eine Stimme eingeräumt wurde und in demselben Verhältnisse wie den letztern auch den Reichsstädten eines jeden Kreises nur eine Stimme angewiesen ward. Die bewaffnete Macht der Union

*) Bernburger Archiv. Unionsakten I/8. Anhalt an Kurpfalz ddo. Gonzenhausen den 8/18. Mai 1608.

sollte nicht aus der Mannschaft, welche die einzelnen Mitglieder stellen könnten, zusammengesetzt werden, sondern sie sollte zur Erzielung einer größern Einheit im Namen der Union geworben und die Kosten dafür durch die Geldbeiträge der Mitglieder bestritten werden. Im Kriege sollten den Unionstruppen die Städte und festen Plätze aller Mitglieder offen stehen. Was an „liegenden Gütern" von der Union als solcher im Kriege würde erobert werden, das sollte unter die Mitglieder derselben im Verhältniß ihrer Beiträge vertheilt werden, die fahrende Habe dagegen eine Beute der Truppen sein *). Das ganze Bündniß sollte vorläufig auf zehn Jahre abgeschlossen werden und zugleich mit aller Emsigkeit an der Herbeiziehung anderer Fürsten, des Reichsadels und der Reichsstädte gearbeitet werden; Kurpfalz sollte den rheinischen Kreis, die Markgrafen von Brandenburg den fränkischen, Würtemberg den schwäbischen und Pfalzneuburg den bairischen gewinnen, von den Reichsstädten aber zuerst Straßburg zur Theilnahme aufgefordert werden. — Um nicht religiöse Streitigkeiten einen hemmenden Einfluß auf die Begründung der Union, an die sich Lutheraner wie Kalviner anschließen sollten, gewinnen zu lassen, hatten sich die Fürsten während der Verhandlung das Wort gegeben, ihre Theologen zur Ruhe zu verweisen und keinerlei gegenseitige Ausfälle ihnen zu gestatten. In Rücksicht endlich auf die Gerüchte und Vermuthungen, welche diese nicht ganz zu verheimlichende Zusammenkunft überall in Deutschland wachrufen mußte, beschloß man auf den Vorschlag des Fürsten von Anhalt das Geheimniß selbst insofern zu brechen, als man sich Mühe geben wollte, die Nachricht von der Ahauser Versammlung mit dem Zusatze zu verbreiten, daß eine Anzahl von Fürsten daselbst über die Lage des Vaterlandes Berathungen gepflogen und gewisse Beschlüße gefaßt habe. Zuletzt kamen auch, wie sich das wohl von selbst versteht, die Vorgänge in Oesterreich zur Sprache und Anhalt konnte sich nicht enthalten anzudeuten, daß die Union bald berufen sein könnte, eine thätige Rolle dabei zu spielen **).

---

*) Was mit gemeiner hilff in liegenden gütern erobert, soll pro rato getheilt werden, fahrende hab soll zu gemeiner leutt gehören. Im 11. Artikel der Unionscapita.

**) Die ganze Darstellung der Ahauser Verhandlungen erfolgte hier nach dem Berichte Anhalts an Kurpfalz ddo. 8/18. Mai im Bernburger Archiv. Wir müssen hier noch auf einen beinahe unverzeihlichen Irrthum, der bei allen Historikern über den Gründungstag der Union herrscht, hinweisen. Allgemein wird der 4. Mai als solcher angegeben, keiner bedachte aber, daß dies der 14. Mai neuen Styls sein könnte oder müßte. Die Versammlung zu Ahausen dauerte vom 11. bis zum 17. Mai.

Und Donauwörths, des seitdem so viel genannten, geschah dessen in Ahausen keine Erwägung? Zwar nach der vorliegenden Erzählung wird man die Motive zu würdigen wissen, welche den Abschluß der Union veranlaßt haben, aber nach dem alle Bücher jener Zeit erfüllenden Geschrei über Donauwörth und nach den seitdem so geläufigen Behauptungen, als habe der Fall dieser Stadt die Gründung der Union wo nicht zur Folge gehabt, doch wenigstens beschleunigt, wird man von selbst auf die Frage gebracht, in welcher Weise man in Ahausen Donauwörths gedachte und was man zu dessen Rettung thun wollte. Die Fürsten, welche „pro rato“, wie sie sich ausdrückten, d. h. nach Verhältniß ihrer Einlagen ihre Eroberungen theilen wollten, welche den Theologen Schweigen auflegten, um nicht durch ihr Geschwätz in ihren Plänen gestört zu werden, von denen endlich der bedeutendste, Kurpfalz und sein Helfershelfer Anhalt, in Oesterreich um jeden Preis im Trüben fischen wollten, sei es mit, sei es gegen den Kaiser, diese Fürsten betrachteten die Donauwörther Angelegenheit mit einer viel größeren Ruhe als kurzsichtige Zeitgenossen und getäuschte Nachkommen. War der Fall von Donauwörth nur im mindesten verschieden von der Einziehung so vieler Bisthümer und Reichsstifter, welche seit dem Augsburger Religionsfrieden dem Angriffe der Protestanten erlegen waren? Und wenn dies nicht der Fall war, wenn die Unterdrückung der Protestanten in Donauwörth nichts anderes war, als ein Ereigniß, welches sich so oft in allen Gegenden Deutschlands zum Nachtheile der Katholiken zugetragen hatte, wo war da ein Grund zu besonderem Eifer? Wenn es sich den deutschen Fürsten nicht um die Irreleitung der öffentlichen Meinung handelte, sondern wenn sie kaltblütig zwischen vier Wänden ihre Interessen erwogen, bedienten sie sich auch nicht unwahrer Phrasen und gaben sich nicht den Anschein, als ob etwas ihr Gemüth bekümmere, was ihnen sonst herzlich gleichgiltig war. Es ist Thatsache, daß bei der Versammlung in Ahausen der Stadt Donauwörth in kaum nennenswerther Weise gedacht wurde, ja Fürst Christian von Anhalt erwähnt derselben in seinem an den Kurfürsten von der Pfalz abgeschickten Berichte über die Verhandlungen in Ahausen mit keinem Worte; begreiflich, da ihm Böhmen, aber nicht die schwäbische Reichsstadt am Herzen lag.

Von Ahausen eilte Anhalt nach dem Abschluße der Union nach Amberg, um der böhmischen Grenze näher zu sein und die Ereignisse von da aus zu überwachen. Die ersten Nachrichten, welche er erhielt, allarmirten ihn. Mathias war bereits in Iglau angelangt und alles schien in Böhmen geneigt, sich ihm anzuschließen und seinem Rufe nach Časlau zu folgen; dies wenigstens glaubte Anhalt einige Tage befürchten zu

müssen*). Von dieser Sorge wurde er wohl bald befreit; er erlebte aber nicht lange darauf eine um so unangenehmere Enttäuschung, als er die Nachricht von Mathias' Ankunft in Böhmischbrod erhielt und ihm für gewiß vorkam, daß Rudolf um den Besitz aller seiner Länder kommen und Mathias schließlich als der alleinige Herrscher in Oesterreich auch in den Besitz der deutschen Krone gelangen könnte. Obwohl Anhalt besser als sonst Jemand die Mittel beurtheilen konnte, durch welche Mathias zum Siege gelangte, obwohl er wissen mußte, daß derselbe ganz und gar von dem guten Willen der Stände abhänge, mit denen er sich verbündet hatte, so konnte er sich doch nicht in den Gedanken finden, daß der Gesammtbesitz Rudolfs wieder in eine Hand übergehen und das, was er seit Jahren so eifrig angestrebt hatte, die Theilung der Monarchie, für eine unbestimmt lange Zeit hinausgeschoben werde. Es überkam ihn die Furcht, daß Oesterreich in der Hand des neuen Besitzers mit verjüngter Kraft wieder auf den Kampfplatz treten und daß Mathias vielleicht doch durch kluges Benehmen selbst seiner jetzigen Verbündeten Herr werden könnte. Schon in Ahausen hatte er deshalb die Vermuthung ausgesprochen, daß die Union in die Lage kommen könnte, auf die in Böhmen sich vorbereitenden Ereignisse einen Einfluß auszuüben, jetzt nach seiner Rückkunft in Amberg faßte er diesen Gedanken mit allem Eifer wieder auf und sein in Plänen aller Art und in den zu ihrer Durchführung erforderlichen Mitteln stets erfindungsreicher Kopf setzte sich schnell die Art und Weise zurecht, wie die Union zu einer bewaffneten Intervention veranlaßt und wie sie durchgeführt werden könnte.

Kaum war so der Plan, in Böhmen mit Hilfe der Union zu interveniren, in Anhalts Seele zu einiger Reife gediehen, so gab er auch
3. Juni schon dem Kurfürsten von der Pfalz ohne Säumniß von demselben Nachricht und erörterte umständlich den Vorwand, mit welchem man das ganze Unternehmen beschönigen könnte. Mathias habe, seitdem er sich nicht auf die vom Kaiser zu erzwingende Bestätigung des ungarischen und türkischen Friedens beschränkt habe, seine „gute Sache" verdorben, denn „nun trachte er nach mehrerem, als ihm gebühre und stütze seine Ansprüche auf Waffengewalt." Was diese gegen Mathias künstlich zu erhebende Beschuldigung Wahres enthielt und inwiefern dem Erzherzog der Vorwurf gemacht werden konnte, daß er auf Waffengewalt und nicht auf die Zustimmung der verbündeten Stände seine Unternehmung begründet habe, können wohl unsere Leser am besten beurtheilen; die diplomatische Gewandtheit Anhalts aber scheute sich weder vor der Aufstellung einer so

*) Münchner Staatsarchiv 547/7, 379. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 10/20. Mai.

handgreiflichen Lüge, noch war sie um Gründe verlegen, sie zu stützen. Er verlangte, daß der Pfalzgraf so schnell als möglich sich über eine bewaffnete Intervention mit dem Kurfürsten von Mainz einige, durch welche die Reichsstände den österreichischen Ereignissen gegenüber nicht länger bloße Zuschauer verbleiben, sondern selbst als „Schiedsrichter und Rechtsprecher" die Entscheidung in die Hand nehmen sollten*). Es war ihm natürlich nicht darum zu thun, mit den Katholiken sich um den Einfluß zu theilen, und nicht dies war der Grund, weshalb er ihre Zustimmung und Theilnahme forderte, aber das war doch auch klar, daß der Pfalzgraf nicht so ganz auf eigene Faust sich mit einem Heere nach Böhmen begeben dürfe. Es handelte sich also darum, daß man die Zustimmung, vielleicht auch die Theilnahme eines oder mehrerer katholischer Reichsfürsten für die projektirte Unternehmung gewann; jedenfalls mußte der meiste Vortheil derselben dem Pfalzgrafen zufallen, wenn dieser nach Anhalts Berechnung mit Hilfe der Union der erste auf dem Kampfplatze erschien.

Da durch das rasche Vordringen des Erzherzogs Mathias gegen Prag diplomatischer Einmischung kein Boden mehr übrig geblieben war, so hatte der Kurfürst von der Pfalz es abgelehnt, in Mergentheim mit Maximilian zusammenzutreffen. Allein der Erzherzog zähe an dem Phantome der Vermittlung festhaltend, ließ sich nicht dadurch abschrecken, sondern reiste geradezu nach Heidelberg, um nochmals seine Bitte anzubringen. Sowohl der Kurfürst von der Pfalz als auch der in der Nähe wohnende von Mainz lehnten definitiv jede Theilnahme an den Ereignissen ab, welche ihr unverweiltes Erscheinen in Prag nothwendig gemacht hätte, dagegen erboten sich Beide, bei dem bereits seit längerer Zeit angesagten Kurfürstentag zu erscheinen und eine Vermittlung des kurfürstlichen Kollegiums ins Werk zu setzen, obwohl sie sich nicht verheimlichen konnten, daß diese zu spät kommen dürfte**). Bei dieser Gelegenheit sondirte der Pfalzgraf den Erzbischof von Mainz, was er von einer eilig in Szene zu setzenden bewaffneten Intervention halte, fand aber in dessen Antwort keine besondere Aufmunterung. Schweickhart meinte wohl, es wäre nicht unrathsam, wenn von den Reichsständen jeder in seinem Besitz sich in Vertheidigungsstand setze, aber von einem Einfalle in Böhmen wollte er nichts wissen. Der Pfalzgraf schrieb dem zufolge dem Fürsten von Anhalt, daß man den Plan einer bewaffneten Vermittlung werde aufgeben müssen.

---

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 436. Anhalt an Kurpfalz ddo. 25. Mai N. St.
**) Bernburger Archiv. F. I, 228/198. Kurpfalz an Anhalt ddo. 1/11. Juni.

Allein selbst diese Weigerung konnte den Fürsten nicht vermögen, den einmal gefaßten und zur Lieblingsidee ausgebildeten Plan fallen zu lassen; im Gegentheil er berechnete jetzt genau die Mittel, über welche die wohlhabenden Mitglieder der Union zu gebieten hatten, verglich damit die in Oesterreich herrschende Erschöpfung und konnte sich nicht des Glaubens entschlagen, daß die Union, wenn sie rasch auf den Kampfplatz träte, die Meisterin der Situation sein würde. In seinen Berechnungen fand er an dem uns bekannten Buwinkhausen einen beistimmenden Bundesgenossen. Dieser letztere war zu Anhalt nach Amberg gekommen, um vor seiner Reise zu Heinrich IV, welchem er im Auftrage der Union die Nachricht von ihrer Gründung bringen sollte, von dem Fürsten genaue Instruktionen einzuholen. Buwinkhausen war ein geschulter Diplomat, von hellem Verstande, und hatte sich derart die Achtung Anhalts erworben, daß derselbe ihn in diesem gewichtigen Momente zum Vertrauten seines Planes einer bewaffneten Vermittlung machte. Buwinkhausen erschrak zwar anfangs vor dem weitgehenden Unternehmen, aber nach und nach durch die Beredsamkeit seines Wirthes umgestimmt, machte er sich sogar an die Abfassung eines ausführlichen Gutachtens, welches die Schwierigkeiten der Vermittlung und ihre Vortheile erwog und damit schloß, daß es dieselbe unbedingt empfahl. Beide berechneten, daß zu einem wirksamen Einschreiten in Böhmen mindestens eine Truppenmacht von 10.000 Mann zu Fuß und 2500 Reitern nöthig wäre und daß die Kosten für dieselben im laufenden Jahre etwas über 800.000 Gulden betragen würden, von welcher Summe zwar für den ersten Augenblick vermöge der Ahauser Uebereinkunft nur etwas mehr als der vierte Theil vorräthig wäre, zu der man aber leicht genug das Fehlende beischaffen könnte. Beide meinten, durch geschickte Vorkehrungen und diplomatische Unterhandlungen aller Art könnte man es dahin bringen, daß das Unionsheer allein auf dem Kampfplatze erschiene; Frankreichs Gunst sei gewiß, Heinrich IV werde zu verhindern wissen, daß der Papst aus Italien Hilfe sende, die Schweizer und Erzherzog Maximilian müßten beredet werden, spanischen Truppen, die es versuchen wollten, in den Streit sich einzumischen, die Pässe zu sperren, Belgien müßte von den Holländern in Schach gehalten, England, Dänemerk und Venedig durch Gesandte ins Interesse gezogen werden. In Deutschland wäre es leicht, nicht wenige Freunde für den Einfall in Böhmen zu gewinnen und mindestens alle jene zum ruhigen Zusehen zu vermögen, welche sich an demselben nicht betheiligen würden. Habe man einmal das Heer auf den Beinen, so sei man im Stande mit den Protestanten, welche in der Armee des Kaisers und seines Bruders dienen, Einverständnisse anzuknüpfen, sie

über ihren eigenen Vortheil „zu informiren" und auch den Ständen Böhmens begreiflich zu machen, daß die Vermittlung nur ihren Vortheil im Auge habe. Selbst der Kaiser dürfte für dieselbe gewonnen werden können, wenigstens müßte man versuchen, „ihm zu Gemüthe zu führen, daß die ganze Unternehmung nur seine Erhaltung und sein Interesse" bezwecke *). Sei aber der Pfalzgraf mit der Union entschlossen so weit zu gehen, so müßte man sich schon jetzt klar werden, bei welchem Ziele man anlangen wolle und unter welchen Bedingungen die ganze Vermittlung unternommen werden solle. Um alles ins reine zu bringen, schlug Anhalt eine abermalige Versammlung aller Mitglieder der Union vor und bezeichnete hiefür Nürnberg als den gelegensten Ort **).

Wer möchte die Kühnheit eines Planes in Abrede stellen, dessen Durchführung eine unheilbare Schwächung der deutschen Habsburger, vielleicht deren völligen Ruin zur mehr oder minder nahen Folge gehabt hätte? Die Berechnungen Anhalts, der mit dem kleinen Unionsheer unbeläſtigt nach Böhmen zu kommen und daselbst die Entscheidung herbeizuführen hoffte, erscheinen sanguinisch, aber man würde sowohl seinen an Auskunftsmitteln aller Art reichen Geist unterschätzen, als auch die seiner Einwirkung so günstigen Verhältnisse nicht gehörig würdigen, wenn man das Unternehmen in vorhinein als undurchführbar verdammen wollte. Anhalt hatte nicht die Absicht, die Entscheidung durch Schlachten herbeizuführen, für ihn sollte das schnell geschaffene Heer nur ein Mittel sein, sicher nach Böhmen zu gelangen und daselbst durch Machinationen aller Art den Kaiser von den Böhmen und den Erzherzog von seinem Anhang zu isoliren; es wäre grundlos, daran zu zweifeln, daß er nicht wenigstens theilweise sein Ziel erreicht hätte. Zudem hätte es Heinrich IV gewiß unternommen, dafür zu sorgen, daß Anhalt sein Unternehmen durchführen könne, ohne dabei von Deutschland oder Spanien durchkreuzt zu werden. Was allein sein Unternehmen erschwerte und bei den damaligen Verhältnissen nicht zur Durchführung kommen ließ, war der Mangel an Zeit. Mathias stand im Begriffe, mit Rudolf einen Vergleich

*) Münchner Staatsarchiv 117/5, 102. Anhalt an Kurpfalz ddo. 6/16. Juni. Als Beilage dieses Schreibens folgen mehrere Gutachten, darunter das Gutachten B., welches die Kosten der Expedition berechnet, das Gutachten D., welches die politischen und diplomatischen Schritte erörtert, um das Gelingen der Expedition zu sichern. Alle diese Gutachten sind von Anhalt selbst koncipirt worden. Buwinkhausen verfaßte eine Art Manifest, welches die bewaffnete Vermittlung nach allen möglichen Beziehungen rechtfertigen sollte.

**) Bernburger Archiv Reg. VI, B. 4/1—70. Gutachten für den Kurfürsten von der Pfalz.

abzuschließen und nur Zauberei hätte vor Abschluß dieses Vergleiches ein Heer dem Fürsten zur Verfügung stellen können. War aber der Vergleich einmal geschlossen, Mathias mit seinen Truppen nach Mähren zurückgegangen, so war die Gelegenheit zur Einmischung vorbei, weil auch der Schein eines Grundes für dieselbe fehlte. Uebrigens kam Anhalt, nicht in die Lage, an ein verspätetes Unternehmen die Hand zu legen, denn diejenigen, auf deren Zustimmung es vor allem ankam, theilten seine Entschlossenheit nicht, wenngleich sie seine Absichten billigten. Der Kurfürst von der Pfalz lehnte den Antrag, einen Unionstag nach Nürnberg auszuschreiben und demselben den Plan der bewaffneten Vermittlung vorzulegen, mit der Erklärung ab, daß das ganze Unternehmen zu gefährlich sei und seine Kräfte zu gering und daß es mehr als fraglich sei, ob die Reichsstädte sich demselben anschließen, die Katholiken dagegen sich ihm nicht widersetzen würden*). Anhalt mußte also dem österreichischen Zerwürfnisse, das er mitvorbereitet und auf das er so lange gerechnet hatte, ruhig zusehen.

Von seinem Plan eines bewaffneten Einfalls in Böhmen hatte Anhalt auch dem Erzherzog Maximilian eine wiewohl behutsame Mittheilung gemacht, als dieser auf der Reise von Heidelberg nach Prag in Neumark persönlich mit ihm zusammentraf. Der Erzherzog schien damit einverstanden zu sein, allein die Mittheilung mag gerade die entgegengesetzte Wirkung von der verursacht haben, welche Anhalt vermuthete. Bis zu diesem Augenblicke hatte Maximilian in der That mehr die Partei des Kaisers als die seines Bruders Mathias gehalten und seine so ernstlich und beharrlich festgehaltene Absicht, die Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz in das Vermittlungsgeschäft hineinzuziehen, war fortwährend zu Gunsten des Kaisers gemeint. Aber die Mittheilungen Anhalts und bald darauf die Erfahrungen, welche er nach seiner Ankunft in Prag machte und welche ihn bis zur Evidenz von der persönlichen Unfähigkeit des Kaisers zur weitern Regierung überzeugten, änderten vollständig seine Entschlüße und er stellte sich ganz und gar auf Mathias' Seite. Die Folge war, daß der Letztere durch ihn den Kaiser bereits nach dem Abschluß der Liebner Verträge nochmals ersuchen ließ, er möchte im Interesse des Hauses die Regierung von Böhmen niederlegen und sich in Ruhe zurückziehen. In der That entledigte sich
4. Juli Maximilian in einer Audienz seines Auftrags, wobei es zu harten Worten zwischen ihm und dem Kaiser kam, da dieser natürlich am wenigsten nach dem bisherigen Benehmen des erstern vermuthen konnte, einen

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. 4/68—70. Kurpfalz an Anhalt ddo. 16/26. Juni.

solchen Vorschlag aus seinem Munde zu vernehmen*). In Folge dieser schlechten Aufnahme entfernte sich auch Maximilian bald nach Mathias von Prag und so war der Kaiser wieder sich selbst überlassen. Abwechselnd eine Beute nagender Gefühle, der Beschämung und der Sehnsucht nach Rache und aller eigenen Kraft und alles guten Rathes bar ging Rudolf jetzt der traurigsten Periode seines Lebens entgegen.

IV

Kaum daß der Vertrag zwischen Mathias und Rudolf abgeschlossen war, trafen in Prag zwei Diplomaten ein, welche von ihren Souveränen abgeschickt worden waren, um auf den Bruderstreit vermittelnd einzuwirken, aber in Folge der langsamen Kommunikationsmittel jener Zeit und des schnellen Ganges der Ereignisse in Böhmen zu spät ankamen. Der eine war der päpstliche Legat Kardinal Melino, der andere ein Vertreter Philipps III Don Balthasar de Zuñiga. Der Kardinal sollte nicht dauernd in Prag seinen Sitz nehmen, sondern nur eines besondern Auftrages des Papstes sich entledigen, Zuñiga aber bleibend in Oesterreich seinen Sitz aufschlagen, da San Clemente's Kränklichkeit und Alter diesem nicht häufige Reisen zwischen Prag und Wien, die nun wahrscheinlich bevorstanden, erlaubten und er überdies bei seinem Könige um die Rückberufung angesucht hatte. Seine Kränklichkeit scheint auch die Ursache gewesen zu sein, daß er während des Monates Juni kaum merklich an den Verhandlungen sich betheiligte, während er doch noch im Mai Spaniens gesammtes Gewicht zu Mathias' Gunsten in die Wagschale geworfen hatte; allerdings wurde im Juni so ziemlich über diejenigen Friedensbedingungen unterhandelt, welche er selbst beiden Parteien zur Annahme empfohlen hatte. In der That griff San Clemente auch später nicht mehr in die öffentlichen Verhältnisse ein, denn er starb wenige Wochen nach Zuñiga's Ankunft in Prag. Es gebührt ihm die Anerkennung, daß er während der ganzen Zeit, in welche der Streit des Kaisers mit seinem Bruder fiel, seinem

*) Brüsseler Archiv. Secret. d'Etat Allem. Carton 163. Vischer an den Geheimsekretär des Erzh. Albrecht ddo. 5. Juli 1608. — Pariser kaiserliche Bibliothek. Collection Harlay, 228/10, 76. Baugy an Puysieux ddo. 5. Juli. . . Au reste, j'ai reconnu par son discours (des Erzh. Max), qu' il est en fort bon intelligence avec Mathias et je me confirme de plus en plus, que tout ce qui s'est passé c'est fait avec sa participation et son consentement. — Hurter: Ferdinand II, Bd. VI S. 62.

Hofe die klügsten und versöhnlichsten Schritte anriet, daß er, obwohl ein Gegner der Protestanten, seinen Eifer zu mäßigen wußte, um nicht in unnützen Unternehmungen seine eigene Sache zu gefährden, und daß er beharrlich die Ersetzung Rudolfs durch Mathias empfahl, eine Maßregel, welche nicht nur an sich dem gemeinen Wohle in Oesterreich, sondern auch den Interessen der Habsburger am meisten zusagte, weil sie auf keiner Intrigue, sondern auf natürlichen Verhältnissen beruhte.

Den Entschluß, einen Legaten nach Prag zu senden, hatte Paul V gleich in den ersten Monaten des Jahres gefaßt, als die Nachricht von der Berufung des Preßburger Reichstags erwarten ließ, daß es nicht lange an Stürmen in Oesterreich fehlen werde. So ungern er seinem Charakter nach an politischen Händeln theilnehmen mochte, so konnte er sich ihnen doch nicht ganz entziehen, weil ihr endlicher Ausgang zu eng mit den Interessen der Kirche zusammenhing. Nachdem er jetzt länger als zwei Jahre an der Spitze der Christenheit stand, sah er aber wohl ein, daß die öffentlichen Angelegenheiten durch die verschiedenartigsten Interessen beherrscht würden und daß der eigene Vortheil auf die Politik der Staaten einen zu übermächtigen Einfluß ausübe, als daß es ihm als Haupt der Christenheit rathsam sein könnte, ganz entschieden für oder wider Partei zu ergreifen. In dem großen Gegensatz zwischen Frankreich und Spanien näherte er sich unmerklich jener Linie, bei welcher die von ihm getadelten ruheliebenden Vorfahren angelangt waren: er zeigte sich geneigt durch Rathschläge und gütliche Einwirkung einen annehmbaren Zustand zwischen den beiden Mächten herzustellen, und beabsichtigte seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um namentlich die Lösung der niederländischen Frage herbeizuführen. Er gab hierin offenbar auch den Insinuationen Spaniens Gehör, welches bei den in Oesterreich sich vorbereitenden Stürmen um jeden Preis eine friedliche Vermittlung des Papstes herbeisehnte. Indem er die Vermittlerrolle in Prag und Paris beim Beginne des Jahres 1608 aufzunehmen sich entschloß, zeigte er aber deutlich, daß er in seiner Parteinahme nicht weiter als zur Ertheilung guter Rathschläge gehen werde. Er sah ein, daß eine kriegerische Parteinahme des Hauptes der Christenheit im 17. Jahrhunderte andere Folgen als im zwölften haben würde. Im zwölften Jahrhunderte trug ein Sieg der Partei, auf deren Seite sich der Papst stellte, zu seiner eigenen Machterhöhung bei, jetzt dagegen hätte der Papst nur selbst an seinen Fesseln geschmiedet, wenn er sich vollständig den Interessen einer katholischen Macht hingeben hätte.

Seinen Absichten einer friedlichen Vermittlung entsprach es, wenn er, wie er das schon im Anfang seiner Regierung gethan, einem möglichen

Ruin der deutschen Habsburger durch die Ersetzung Rudolfs begegnete. Was seine schriftlichen Mahnungen nicht zu Wege gebracht hatten, das sollte sein Legat zu Stande bringen, dessen Anwesenheit in Deutschland auch in anderer Beziehung nützlich sein konnte. Rudolf bekam also mit einemmale aus Rom die Nachricht, der Kardinal Melino werde im Auftrage des Papstes nach Deutschland kommen. Der Kaiser, welcher sich weder einen Legaten ausgebeten hatte, noch sonderlich Freude an dem Betragen des Nuncius in Prag fand und schon lange herausgemerkt hatte, welche Stellung Spanien und der Papst in dem Bruderstreite einnahmen, war von der Nachricht nicht sehr erbaut und gab alsogleich sowohl dem Kardinal Paravicini, welcher seine Interessen in Rom vertrat, wie seinem diplomatischen Agenten Renzi den Auftrag, mit allen Mitteln die Absendung Melino's zu hintertreiben. Paravicini und Renzi wußten aber nichts anderes zu erwiedern, als daß Melino's Absendung eine beschlossene und nicht mehr rückgängig zu machende Sache sei; ersterer tröstete den Kaiser, der Papst sei von den besten Absichten für ihn beseelt; aber welcher Art dieselben sein konnten, fühlte Rudolf leicht aus den Lobeserhebungen heraus, welche man seinem friedfertigen Gemüthe machte, und aus den Ermahnungen, ja nicht dieser hochherzigen Friedfertigkeit ein Ende zu machen*). Obwohl Melino's Abreise bereits im Mai eine beschlossene Sache war, verzögerte sich doch seine Ankunft derart, daß er erst am 9. Juli nach Prag kam. Der Kaiser gab sein unbedingtes Mißfallen über seine Ankunft dadurch zu erkennen, daß er zu seinem Empfang keine Anstalten treffen ließ**) und durch drei Tage zögerte, ihn zu einer Audienz zuzulassen. Als er sie endlich dem Kardinal gewährte, that er dies so ungnädig als möglich; er empfing ihn „sehr ernstlichen Gesichtes" im Vorzimmer, wohin er ihm entgegenging, und nickte zum Gruße leicht mit dem Haupte, während der Kardinal mit den tiefsten Bücklingen sich vor ihm verneigte. Diese Scene war Angesichts vieler Zuseher, unter denen sich auch ein kursächsischer Gesandte befand, vor sich gegangen und Niemand ermangelte seine Bemerkungen darüber zu machen; die Protestanten freuten sich über den schlechten Empfang, was die Katholiken wieder zu der Be- 12. Juli

*) Wiener Reichsarchiv. MS. Paravicini an den Kaiser ddo. 26. April, ddo. 10. Mai, ddo. 17. Mai, ddo. 21. Mai.

**) Archiv von Simancas. 2494/7 Guillen de San Clemente an Philipp III. S. M. (Rudolf) no le salio a recibir (den Legaten) como lo hizo con el Papa Clemente, quando vinó per legado a las cosas de Polonia, pero juntóse un recivimiento barto debil y haviendo pasado cosas casi ridiculas . . . .

hauptung veranlaßte, der Kaiser sei ungehalten über die verzögerte Ankunft des Kardinals, da er ihn schon lange herbeigesehnt habe, und daher rühre sein ernstliches Gesicht*).

Während im kaiserlichen Vorzimmer diese Beobachtungen und Bemerkungen ausgetauscht wurden und man sich wohl nicht wenig die Köpfe über den Inhalt der päpstlichen Botschaft zerbrach und gleich richtige Behauptungen wie jene, mit welchen die Katholiken des Kaisers finstere Stirn erklären wollten, aufstellte, befand sich der Kardinal, der nunmehr allein Rudolf gegenüber stand, in der doppelt traurigen Lage eines ungern gesehenen Boten, der überdies noch Unangenehmes zu berichten hatte. Er begann seine Ansprache mit der Erklärung, der Papst fühle sich sowohl seines Gewissens wie seines Amtes wegen verpflichtet, den Kaiser auf alle die Gefahren, welche die Religion und die Wohlfahrt des habsburgischen Hauses im Augenblicke bedrohen, aufmerksam zu machen. Beides sei nahezu einem sichern Ruin preisgegeben, wenn der Kaiser nicht für die Bestimmung der Nachfolge im Reiche sorge; er, der Legat, sei nun deshalb zu dem Kaiser gekommen, um ihm alle die Gefahren vorzustellen und auf das inständigste zu bitten, einen so heiligen und zweckmäßigen Entschluß wie die Bestimmung der Nachfolge nicht länger aufzuschieben. Stürbe der Kaiser heute ohne Erben, so sei das Reich ein Spielball der Häretiker, ihnen würden sich im Auslande nicht nur alle Gesinnungsgenossen, sondern auch alle Feinde des Hauses Oesterreich anschließen und es sei kaum zweifelhaft, daß das Resultat der Kaiserwahl nach seinem Tode, bei der Getheiltheit der Kurfürsten in eine katholische und protestantische Hälfte, nicht zum Vortheil der Habsburger ausfallen werde. Während der Kardinal in dieser Weise einen Gegenstand erörterte, der dem Kaiser im höchsten Grade unangenehm war und der sich ihm seit der gegen den Bruder erlittenen Niederlage gewiß von keiner empfehlenswerthern Seite zeigte, hatte er zugleich Gelegenheit zu bemerken, daß Rudolf sein Mißfallen keineswegs zu verbergen gesonnen sei. Leisen Tones entgegnete dieser endlich dem Kardinal, der alle Mühe hatte, ihn zu verstehen und sich so viel als möglich ihm nähern mußte, daß der Gegenstand, um dessentwillen der Papst jetzt einen Botschafter abgeschickt habe, vielmal bei ihm angebracht worden sei, daß er sich selbst in der letzten Zeit entschlossen habe, die Königswahl ernstlich in Angriff zu nehmen, die Ereignisse jedoch hemmend dazwischen getreten wären und die Entscheidung nicht in seiner, sondern in der Kurfürsten Hand liege und daß er dem Kardinal später

---

*) Sächsisches Statsarchiv. Ungar., Oesterr. und Böhm. Kriegssachen. Buch I, Fol. I. Zeidler an den sächsischen Geheimrath Löser ddo. 3/13. Prag.

seine Entschlüße kund geben werde. Melino entgegnete darauf, der Kaiser dürfe auf die letzten Ereignisse keine solche Rücksicht nehmen, um sich durch sie in andern eben so nothwendigen als heilsamen Entschlüßen bestimmen zu lassen; das schlechte Behagen, welches er an seinem Bruder habe, dürfe ihn nicht hindern, die Christenheit selbst zu bedenken und das zu thun, was für sie so nöthig sei*). Es zieme einem großen Fürsten die Wohlfahrt der Religion, des Staates und der eigenen Dynastie mehr im Auge zu behalten als seine persönlichen Beschwerden; um so mehr, da nun alles von seinem eigenen Entschluße abhänge. Denn was die Kurfürsten betreffe, so sei es zweifellos, daß er sie seinem Willen leicht geneigt machen könne. Der Kaiser gab auf diese Vorstellung keine Antwort und so nahm die Audienz, nachdem sie etwa eine Viertelstunde gedauert hatte, ein Ende. Der Kardinal schrieb darauf nach Rom, daß Rudolf über den ihm gemachten Antrag mit Barvitius gesprochen und diesem gesagt habe, der Legat habe mit seinen Behauptungen Recht und er selbst (Rudolf) sollte allein das Heil der Christenheit ins Auge fassen, aber die Zeit dafür sei bei dem Groll, den er gegen seinen Bruder fühle, nicht da. Melino suchte darauf, soviel er konnte, auf die angesehensten Mitglieder der kaiserlichen Regierung Einfluß zu gewinnen, um durch sie den Kaiser zu einem Entschluß zu bestimmen, allein er kam bald zu der Ueberzeugung von der Erfolglosigkeit dieses Weges, denn der Kaiser ließ von seinen Räthen beinahe Niemand vor sich und wen er vorließ, mit dem besprach er gewiß nicht die Königswahl. Der Kardinal faßte das Resultat seiner Beobachtung so zusammen, daß nach den vorgefallenen Ereignissen niemand anderer als Erzherzog Mathias Nachfolger im Reiche werden könne, daß aber bei der Gemüthsstimmung des Kaisers keine Hoffnung vorhanden sei, letzterer werde selbst die Hand dazu bieten, es sei denn, fügte Melino hinzu, daß er auf das äußerste die eigene Absetzung besorgen müßte, und dieser Besorgniß einen höhern Grad von Gewißheit zu geben, sei doch allzu gefährlich**).

---

*) Simancas. Melino an Borghese ddo. 14. Juli . . . io supplicava SM. a considerare, che la mala satisfattione, che SM. mostrava di havere di su fratello per questo accidente, non doveva operare, che SM. restasse di far beneficio cosi notabile alla cristianità . . .

**) Simancas. Melino an Kardinal Borghese ddo. 14. Juli Prag. — Wie übel berathen man ist, wenn man aus indirekten Quellen die Geschichte einer Zeit schreibt, zeigt sich bei diesere Gelegenheit. Der sächsische Gesandte in Prag Zeidler von Berbisdorf berichtet in einem Schreiben ddo. 3/13. Juli (Sächsisches Staatsarchiv, Ungar., Oesterr. und Böhm. Kriegssachen Buch I Fol. I.) nach Hause, Melino habe von Rom den Auftrag gehabt, dem Kaiser die Erzherzoge Ferdi-

Wenige Tage später machte der neue spanische Gesandte Balthasar von Zuñiga dieselbe Erfahrung. Er war von Spanien in dem Momente abgeschickt worden, in welchem man daselbst Nachricht von Mathias' Rüstungen gegen den Kaiser erhalten hatte, trotzdem kam er in Prag erst am 25. Juli an. Die Audienz, um welche er alsogleich ansuchte, gewährte ihm der Kaiser erst nach 13 Tagen und legte dabei dieselbe abstoßende Kälte an den Tag, über welche sich schon der Legat zu beklagen Ursache hatte; auf die Grüße von Seite des Königs von Spanien und auf einen Brief der Königin seiner Gemahlin, welches beides Zuñiga überbrachte, hatte Rudolf kein Wort freundlicher Entgegnung, ja er versäumte selbst nach der Gesundheit seiner katholischen Majestät und nach jenen Alltagssachen zu fragen, deren Erwähnung der diplomatische Verkehr fast wie ein Dogma vorschreibt. Auch Zuñiga begann seine Anrede damit, daß er im Namen Philipps III dem Kaiser die Nothwendigkeit der römischen Königswahl vorstellte und um eine Entscheidung in dieser Angelegenheit bat, weil dies das einzige Mittel sei, um mit den übrigen Erzherzogen in ein gutes Einvernehmen zu treten und ihrer Dienste sicher zu sein. Er schlug dem Kaiser keinen bestimmten Erzherzog vor, sondern bat nur überhaupt eine Wahl zu treffen. In Bezug auf den zwischen dem Kaiser und seinem Bruder abgeschlossenen Vertrag bemerkte der Gesandte, er sei eigentlich abgeschickt worden, um hiebei seine Dienste anzubieten, nachdem aber derselbe geschlossen und alles ausgeglichen sei, werde er in Prag bleiben und erwarte die Befehle des Kaisers. Leise erwiederte ihm darauf dieser im guten kastilianischen Dialekt: was das Ansuchen wegen der Nachfolge betreffe, so werde er seiner Zeit dem Gesandten einen Bescheid geben, was aber den mit seinem

---

nand und Maximilian zur Nachfolge im Reiche vorzuschlagen; nach einer Unterredung mit den Prager Jesuiten habe er jedoch allein den Erzherzog Ferdinand in Vorschlag gebracht. Aus obiger Erzählung sieht man aber, daß der Kardinal nur einzig und allein auf Mathias hingewiesen habe. — Wir erwähnen dies, um die fast zahllose Menge von Irrthümern, welche über die Geschichte der von uns behandelten Zeit in deutschen Geschichtsbüchern festen Fuß gefaßt haben, zu erklären. Daß man die Betheiligung Spaniens und Roms an den Ereignissen in Deutschland vollends falsch aufgefaßt hat, ist wohl nach den bisherigen Mittheilungen ersichtlich, wird aber in der Folgezeit namentlich bei Gelegenheit des Passauer Einfalls auf das Frappanteste hervortreten. Aus der wohl richtigen Annahme, daß es sich Rom vor allem um die Unterdrückung des Protestantismus, Spanien dagegen um die möglichste Vergrößerung der Macht des Hauses Habsburg gehandelt habe, hat man sich ein Bild von ihrer Theilnahme an den Ereignissen zusammengestellt, dem die Wirklichkeit nicht entspricht.

Bruder geschlossenen Vertrag anlange, so sei derselbe nicht gut sondern schlecht abgeschlossen worden; es wäre eine lange Geschichte, wollte er das Vorgefallene erzählen, Zuñiga könne es bei seinen Ministern erfahren. Bei diesen Worten röthete sich vor Aufregung und wie der Gesandte meinte, vor Scham das Gesicht des Kaisers, so bitter kam es ihm vor, von der erlittenen Niederlage zu sprechen. Nach Hause berichtete Zuñiga, daß er mit dem Erfolge seiner Mission nur schlecht zufrieden sein könne, aber er sprach die Vermuthung aus, daß, da der Kaiser gänzlich niedergebeugt sei, er in kurzer Zeit in die physische Unmöglichkeit versetzt sein würde, die Regierung weiter zu führen*).

Fast im selben Augenblick, in welchem die spanisch-römische Diplomatie in Prag eine Niederlage erlitt und des Kaisers Betragen keine Hoffnung übrig ließ, daß er seinem Bruder den Weg zum deutschen Thron ebnen werde, erfreute sie sich auch in Paris keines günstigern Erfolges. Zuñiga's Mission nach Prag war keine vereinzelte; sie stand in Zusammenhang mit der Absendung Don Pedro's von Toledo, Marquies von Villafranca, welcher als außerordentlicher Gesandte zu Heinrich IV geschickt worden war. Es kam Spanien vor allem darauf an, in dieser kritischen Zeit, in welcher man nicht wußte, was aus der Herrschaft der deutschen Habsburger werden würde, den gefährlichsten Gegner derselben in Unthätigkeit hinzuhalten und unschädlich zu machen. Hiezu sollte die Absendung Pedro's von Toledo dienen, welcher Heinrich IV eine Allianz mit Spanien unter verlockenden Bedingungen anbieten sollte, wobei die Niederlande der Bissen waren, den man Heinrich IV hinhielt, um seine Aufmerksamkeit von Oesterreich abzukehren.

Man begreift leicht, daß bei der politischen Richtung, welche Heinrich verfolgte, der stete Kampf in den Niederlanden ihm über die Maßen erwünscht war, weil er Spaniens Finanzen und Handel einen fortdauernden Schaden verursachte. Seit länger als einem Jahre hatten sich jedoch zahlreiche Stimmen unter den Generalstaaten selbst erhoben, welche einem Frieden mit Spanien das Wort redeten, wofern letzteres ihre Unabhängigkeit anerkennen wollte. Die veranlassende Ursache dieses Umschwunges waren theils bedeutende kriegerische Erfolge, welche die Spanier unter der Anführung Spinola's, der jetzt seine glänzende Feldherrnlaufbahn begann, errungen hatten, theils die eigene finanzielle Erschöpfung, welche es den Bürgern mehr als wünschenswerth machte, im Frieden sich zu erholen. Erzherzog Albrecht zeigte sich geneigt,

*) Archiv von Simancas 2494/83. Zuñiga an Philipp III ddo. 9. August 1608.

mit den Holländern auf Grund ihrer Unabhängigkeit zu unterhandeln und so gewannen in der That die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß eine bedeutende Wahrscheinlichkeit. Heinrich IV war nicht sonderlich von diesem Umschwung erbaut; er suchte bei den Generalstaaten durch die mannigfachsten Machinationen die Neigung zum Frieden zu vereiteln und ihre Besorgnisse vor Spaniens Unaufrichtigkeit zu erhöhen, ja er unternahm es, wiewohl vergeblich, ihnen unter seinen deutschen Freunden neue Bundesgenossen anzuwerben, um ihre Lust zum Kriege zu erhöhen; alles dies aber hinderte nicht, daß die Friedensverhandlungen in den Niederlanden eine immer ernstere Richtung nahmen *). In diesem Stadium derselben ward Pedro von Toledo von Philipp III abgeschickt, um Heinrich den Vorschlag zu machen, er solle von der Unterstützung der Holländer ablassen, den Spaniern gestatten vollends dieselben zu unterwerfen und durch eine Wechselheirat die Interessen seines Hauses mit denen der spanischen Habsburger vereinen. Der Dauphin sollte eine spanische Prinzessin, der spanische Thronerbe eine Tochter Heinrichs heiraten, die Niederlande selbst aber nach dem unbeerbten Tode ihres gegenwärtigen Herrscherpaares dem zweiten Sohn Philipps III, der sich mit einer zweiten Tochter Heinrichs vermählen sollte, zu vollem und erblichem Eigenthum abgetreten werden. Dadurch, daß die Niederlande für immer von der spanischen Monarchie abgetrennt und wenigstens in weiblicher Linie von den Nachkommen Heinrichs IV beherrscht werden sollten, hoffte man sowohl die politische Eifersucht dieses Herrschers zu beschwichtigen, als auch seinen dynastischen Interessen zu genügen. Der Papst war dieser Ausgleichung sehr geneigt und sein Nuncius in Paris begünstigte den Plan Spaniens, nicht etwa um Frankreich zu übervortheilen, sondern um zwischen den katholischen Mächten einen Ausgleich herbeizuführen, dessen die katholische Kirche überall so dringend bedurfte.

Wohl mag Heinrich einige Augenblicke die Vortheile einer spanischen Allianz von der Seite abgewogen haben, daß durch dieselbe die Katholiken Frankreichs fester an seine Dynastie geknüpft werden konnten, und auch die Sorge für die allgemeine Anerkennung der Nachfolge seiner

---

*) Hiefür die Beweise bei Berger von Xivery, Heinrich an Mr. de la Boderie ddo. 14. April 1607 und in anderen Briefen, sowie in den Verhandlungen des Präsidenten Jeannin. Aus den von uns citirten Münchner und Wiener Korrespondenzen, welche die ersten Anfänge der Union erzählen, ergibt sich auch, daß Heinrich die Union zur Unterstützung der Holländer verhalten wollte. Auch bei Rommel finden sich darüber Andeutungen. — In der Lobkowitzer Bibliothek Zuñiga's Relation für Pedro von Toledo.

Kinder mag ein stärkeres Gewicht auf ihn ausgeübt haben als je; allein er hätte nicht der Mann sein müssen, der er war, wenn er wirklich den spanischen Anerbietungen Gehör gegeben und zur Unterdrückung der Holländer die Hand geboten hätte. Nicht nur seine Ehre als Fürst hätte er gebrandmarkt, sondern er würde thörichterweise selbst die Errichtung eines mächtigen Staates an seiner Grenze befördert haben, der durch seine Trennung von Spanien nur stärker und nicht schwächer geworden wäre und der nach einer vorübergehend freundlichen Haltung gegen Frankreich mit der Zeit nur sein dauernder Gegner werden konnte. Die Sendung Pedro's von Toledo konnte bei einem in seinem Reiche von den eigenen Unterthanen hart bedrängten Könige Erfolg haben, keineswegs aber bei Heinrich in der Blüthe seiner Macht. In der That erklärte sich der Letztere auf die ihm von Rom und Spanien gemachten Eröffnungen bereit, in eine Familienverbindung mit den Habsburgern einzugehen, aber nimmermehr um den Preis der Aufopferung der Holländer*).

Ein Sieg der spanischen Politik in Paris würde einen entschiedenen Rückschlag auf die deutschen und österreichischen Angelegenheiten ausgeübt haben, sie würden die Richtung genommen haben, welche ihnen Rom und Spanien zu geben gesonnen waren, vorausgesetzt natürlich, daß diese Mächte Erzherzog Mathias' Interessen zu den ihrigen gemacht hätten. Die Verwerfung ihrer Vorschläge in Paris war gleichbedeutend mit der Entfernung jedes Druckes auf Rudolf und auf die Protestanten, namentlich auf die in der Union vertretene Aktionspartei. Die Sendung Pedro's von Toledo also, so sehr sie eigentlich nur die Niederlande betraf, übte ihre erste Wirkung auf die österreichisch-deutschen Angelegenheiten aus; ihr Mißlingen war unentbehrlich für die längere Dauer der Verwirrung in Oesterreich und Deutschland.

Jetzt kam endlich auch das deutsche Reich auf dem Kurfürstentage von Fulda nachgehinkt, um seine Meinung über die Vorgänge in Böhmen auszusprechen. So wenig der Tag von Fulda als eine Vereinigung der in ihren Absichten getheilten Kurfürsten eine gemeinschaftliche Politik aufzunehmen im Stande war und schon viel zu spät kam, so hielt der Kurfürst von Mainz an seinem Zustandekommen dennoch fest, vielleicht auch deshalb, weil er von dem Erzherzog Maximilian ersucht worden war, die zwischen dem Kaiser und Mathias geschlossenen Verträge unter die Garantie der Kurfürsten zu stellen**). Bevor indessen die Versamm-

*) Berger de Xivery, Recueil de lettres missives de Henri IV, tome VII. 379. Heinrich IV an M. de Breves ddo. 23. Juli. — Ranke, Franz. Geschichte II, 119.
**) Münchner Staatsarchiv 547/8, 81. Die geistlichen Kurfürsten an Kurpfalz ddo. 7. Juli 1608.

lung von Fulda zu tagen begann, hielten sowohl die geistlichen als die weltlichen Kurfürsten getrennte Vorberathungen. Die erstern versammel-
7. Juli ten sich persönlich in Andernach und hier mag nach allem, was vorliegt, eine Mathias sehr feindselige Stimmung geherrscht haben, die namentlich von dem Kurfürsten von Köln hervorgerufen wurde. Die geistlichen Herren hatten zwar nicht den Finger gehoben, um dem Kaiser zu helfen, und hatten ihm erst vor einigen Wochen in Regensburg jede Unterstützung in Geld verweigert, aber nun erwachte mit einemmale ihre Abneigung gegen das revolutionäre Vorgehen des Erzherzogs und weckte derart ihre Kampflust, daß sie nichts geringeres als die vollständige Wiederherstellung der Herrschaft des Kaisers in Angriff nehmen wollten. Sie beschloßen demgemäß die Absendung eines Gesandten nach Prag, welcher Rudolf ihre Hilfe anbieten sollte, wenn er wieder den Besitz des Verlornen erringen wollte*). — Nicht so hitzig wurden die Rechte des Kaisers in Hof vertheidigt, wo sich fast um dieselbe Zeit die Gesandten der weltlichen Kurfürsten versammelten. Welche Sprache daselbst Sachsen und Brandenburg führten, ist uns nicht bekannt; die Aufträge, welche der Pfalzgraf seinen Gesandten gab, zeigen, daß er noch immer nach Gelegenheit haschte, sich in die österreichischen Angelegenheiten einzudrängen. Er wollte die übrigen Kurfürsten zu einem energischen Tadel gegen die Verträge von Lieben hinreißen, weil sie ohne ihre Theilnahme abgeschlossen worden waren und zeigte sich bereit, falls Kurbrandenburg gleiche Lust dazu hätte, zur Absetzung des Kaisers die Hand zu bieten, um dadurch desto sicherer Mathias' ferneren Ansprüchen zu begegnen**). Es ist nicht zu zweifeln, daß Sachsens dem Kaiser geneigte Haltung solche Anschläge gegen seine Stellung im Keime zu nichte machte.

Zu dem Kurfürstentag, der endlich, nachdem diese beiden Versammlungen zu Ende waren, in Fulda abgehalten wurde, schickten sowohl Rudolf als Mathias ihre Gesandten, beide getrieben von verschiedenen Absichten. Der Kaiser beabsichtigte seinerseits Klage wider seinen Bruder zu führen und verlangte deshalb von dem Kurfürsten von Mainz ein Gutachten, in wiefern er denselben wegen „fürgegangener Attentate" zur Strafe ziehen könnte***), während andererseits Mathias bei den Kurfürsten die Billigung seiner Handlungsweise durchsetzen und damit den Weg zum deutschen Throne sich ebnen wollte. Als die Verhandlungen

*) Archiv von Simancas, 988. Melino an Borghese ddo. 18. August.

**) Münchner Staatsarchiv 547/6, 50. Instruction des Pfalzgrafen für seine Gesandten in Hof.

***) Brüsseler Archiv: Secret. d'Etat Allem. Carton 163. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 5. Juli.

in Fulda, wo die Kurfürsten nicht persönlich erschienen, sondern nur durch ihre Gesandten sich vertreten ließen, ihren Anfang nahmen, wurde zuerst die Frage aufgestellt, welche Stellung das Reich gegen die Verträge zwischen dem Kaiser und seinem Bruder einzunehmen habe. Obwohl alle Kurfürsten, wenngleich aus verschiedenen Gründen, mit dem Ausgange des Streites unzufrieden waren, und die Gesandten in ermüdender Breite gegen die Verletzung der Reichshoheit und der kurfürstlichen Rechte klagten, so kam man doch nach mehrtägigen und heftigen Debatten zu keinem andern Schluße, als daß man über den geschlossenen Vergleich kein Urtheil abgeben wolle, für die Zukunft aber energisch dagegen protestire, daß dergleichen Verträge ohne Betheiligung des Reiches abgeschlossen würden. Die Vertreter der geistlichen Kurfürsten mußten sich dieser ausweichenden Beurtheilung auch anschließen, da ihre Herren von Prag noch keine Nachricht hatten, wie der Kaiser ihre Anerbietungen aufnehmen werde. Als bei den Berathungen vielfach das Betragen des Kaisers erörtert wurde, konnten sich einzelne der Gesandten nicht der Bemerkung enthalten, daß derselbe wohl selbst seine Leiden verschuldet habe; gegen eine solche Auffassung traten aber sowohl Sachsen als Köln entschieden auf, ja der kölnische Gesandte nahm keinen Anstand, den Erzherzog Mathias auf das heftigste anzugreifen und geradezu einen Majestätsverbrecher zu nennen. Nach diesen lebhaften, nichtsdestoweniger aber resultatlosen Debatten kamen verschiedene Reichsangelegenheiten zur Sprache; zuerst versäumten die pfälzischen Gesandten nicht gegen die bisherige Zusammensetzung des Reichshofrathes und seine Jurisdiktion Einsprache zu erheben, was wiederum eine Gegenantwort von Seite Sachsens zur Folge hatte, welches in energischer Weise die kaiserlichen Rechte vertheidigte. Auch auf die Lage Donauwörths wurde die Aufmerksamkeit gelenkt. Die protestantischen Kurfürsten, obwohl nicht alle gleich eifrig, verlangten eine gemeinschaftliche Intercession für die Reichsstadt, welche, wie zu erwarten stand, von den geistlichen verweigert wurde. In diesem Stadium der Verhandlungen traf die Nachricht ein, daß der Kurfürst von Brandenburg gestorben sei; die brandenburgischen Gesandten erklärten darauf, nicht weiter an den Berathungen theilnehmen zu können und die Mehrzahl der übrigen Gesandten benützte dies Ereigniß, um den Tag von Fulda abzubrechen und dem kaiserlichen Gesandten einen abschlägigen Bescheid zu geben, als dieser schließlich im Namen seines Herrn um Wiederaufnahme des abgebrochenen Reichstags und um vorläufige Auszahlung von 25 Römermonaten bat*). 29. Juli

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Acta des zu Fulda gehaltenen Kurfürstentags 7387.

Mittlerweile war der Rath des Kurfürsten von Köln, der Kanonikus Hennot im Auftrage der geistlichen Kurfürsten nach Prag gekommen und hatte dem Kaiser Briefe von ihnen überreicht, in welchen sie sich zu jeder Hilfeleistung erboten; sie machten in denselben sogar Rudolf, fast möchten wir sagen, zärtliche Vorwürfe, daß er gesäumt habe ihre thätige Hilfe in Anspruch zu nehmen und versicherten ihn schließlich, daß sie an ihm als ihrem Kaiser festhalten wollten, so lange er lebe und die Last der Regierung weiter tragen könne. Rudolf dankte für diese Anerbietungen und entschuldigte seine Saumseligkeit damit, daß er nicht einmal Zeit gehabt habe um Hilfe zu bitten, denn der Erzherzog habe ihm ganz „unversehens überfallen*)". Er drückte bei dieser Gelegenheit zugleich den Wunsch nach einer persönlichen Zusammenkunft mit den Kurfürsten aus und meinte, daß für alles erlittene Ungemach wohl Hilfe sei, sobald er von ihnen in der That Unterstützung erlangen würde.

Hennot hatte ursprünglich den Auftrag erhalten, dem Kaiser im Namen der geistlichen Kurfürsten geradezu Hilfe „zur Wiedergewinnung der verlorenen Länder" anzubieten; unmittelbar vor seiner Abreise von Köln wurde ihm aber diese weitgehende Vollmacht wieder entzogen und er nur zu jener oben erwähnten allgemeinen Anerbietung von Hilfeleistungen ermächtigt. Wahrscheinlich war es die Absicht der Kurfürsten, sich erst durch ihren Gesandten einen genauen Bericht über die Verhältnisse in Oesterreich erstatten zu lassen, bevor sie sich dem Kaiser zu einer so weitgehenden Unterstützung verpflichten wollten. Als Hennot in Prag anlangte, traf er daselbst den päpstlichen Legaten an, mit dem er natürlich nicht nur seine Aufträge besprach, sondern dessen Ansichten er auch einholte. Die Belehrungen Melino's, die offenen und aufrichtigen Mittheilungen des Geheimrathes Barvitius und endlich eigene Beobachtungen brachten dem Gesandten sehr bald die Ueberzeugung bei, daß seine Auftraggeber bei ihren Beschlüßen von einer vollständigen Unkenntniß der Sachlage ausgegangen seien. Der Kardinal bezeichnete die Wiedereinsetzung des Kaisers in seine frühere Herrschaft als eine bare Unmög-

---

Fol. 73.—149. Protokoll des Kurfürstentags ddo. 19/29. Juli bis 28. Juli/7. Aug. — Münchner Staatsarchiv 547/8, 95. Kurpfälzische Instruktion für den Tag von Fulda ddo. 12/22. Juli. — Bernburger Archiv F. I, 228/279. Plessen an Anhalt ddo. 24. Juli/3. August Fulda . . . Seulement on a conclu, qu'il n'est pas expedient de reprouver n'y approuver les traitéz de Bohême. — Münchner Staatsarchiv F. 547/7, 337 Camerarius an den pfälz. Kanzler Christoph von der Grün ddo. 24. Juli 1608 A. St.

*) . . . perchè el Arciduca le haveva asaltato all improviso. Melino an Borghese.

lichkeit, als einen Versuch, der geradezu zu seinem völligen Verderben ausschlagen würde, weil Mathias nie in eine Abtretung des Gewonnenen willigen könnte und nur gezwungen würde, sich des Restes zu bemächtigen, ja er fügte hinzu, daß eine Unterstützung des Kaisers, weit gefehlt der Religion zu dienen, ihr gerade den völligen Untergang bereiten würde. Barvitius sagte, die Kurfürsten hätten nur aus Unkenntniß von der wahren Lage der Dinge und von der Unfähigkeit des Kaisers zur Regierung Hennot mit solchen Aufträgen nach Prag schicken können. Der Gesandte ward von der Richtigkeit dieser Ansichten so überzeugt, daß er in Prag erklärte, er könne seinem Herrn zu nichts anderem rathen, als höchstens zur Unterstützung des Kaisers, im Falle er von seinem Bruder angegriffen würde.

Damit aber, daß sich die geistlichen Kurfürsten, nachdem sie eine nüchterne Anschauung von den Verhältnissen an dem kaiserlichen Hofe gewonnen hatten, einfach zurückzogen und nichts mehr über eine Hilfeleistung verlauten ließen, war die Sache nicht abgethan. Der Kaiser, gebeugt von den erlittenen Niederlagen und von den neuerlichen Anträgen Melino's und Zuñiga's und ohne irgendwo einen Freund zu finden, würde sich mit oder gegen seinen Willen in das Unvermeidliche gefügt und seinen Bruder wenigstens für eine Zeit in Frieden gelassen haben. Aber die voreiligen Anerbietungen der geistlichen Kurfürsten goßen Oel ins Feuer und mit wilder Leidenschaft dachte Rudolf einige Wochen lang mit Gewalt wieder zu erringen, was er eben verloren. Statt an die mit seinem Bruder bedungene Entwaffnung Hand anzulegen, ertheilte er Patente zur Anwerbung frischer Truppen und betrieb die Sache mit solcher Eile, daß Žerotin in Mähren bereits Vorbereitungen treffen zu müssen glaubte, um dem erwarteten Einfall zu begegnen*). Zwar erlosch Rudolfs Kriegseifer bald wieder, da demselben schließlich alle Mittel gebrachen, und die Rüstungen hielten inne, aber von dem Gedanken, daß es ihm durch politische Machinationen gelingen könne, gegen Mathias das zu erreichen, was diesem eben gegen ihn selbst gelungen war, davon ließ er nicht mehr ab und darnach richtete er jetzt seine Politik ein. Sein Ziel war der Wiedergewinn des Verlorenen, gleichgiltig auf welchem Wege und um welchen Preis. Daß er aber diese Wege einschlug, daran trugen eben die unvorsichtigen Beileidsbezeigungen der geistlichen Kurfürsten große Schuld. Als dieselben sich zurückzogen und den Kaiser sich selbst überließen, warf sich dieser geradezu dem bittersten Gegner seines Hauses in die Arme und wir werden bald sehen, wie er sich mit dem Fürsten von Anhalt gegen seinen Bruder zu verbinden suchte.

*) Brüsseller Staatsarchiv. Vischers Berichte. — Chlumecky: Karl von Zierotin.

Sechstes Kapitel.

I. Mathias' Haltung nach seinem Siege. Beginn seines Zerwürfnisses mit den Oesterreichern. Huldigung in Mähren. Prätensionen der Oesterreicher. Krönung in Ungarn. — II. Anhalts Verhältniß zu den neuen Wirren in Oesterreich. Seine Absicht die Union über Oesterreich, Ungarn und Mähren auszudehnen. Heinrichs IV Stellung zur Union. Versuch Venedig der Union zu gewinnen. Dohna in Venedig, Sedan und Paris. Die Zusammenkunft in Wittingau. Zerotins Verhalten. — III. Anhalts Plan, Mathias mit Hilfe Rudolfs zu stürzen. Illeshazy. Beginn der Verhandlungen Anhalts mit Rudolf. Des Kaisers Hoffnungen auf den Wiedergewinn des Verlorenen. Erzherzog Leopolds Sendung nach Wien. Anhalts weiterer Verkehr mit dem Kaiser. Seine und Tschernembls Entwürfe einer Befriedigung der Oesterreicher. Gesandtschaft der Horner nach Mähren und Ungarn. — IV. Anhalts stetes Bemühen die Verhandlungen mit Mathias resultatlos zu machen. Er wird von Zerotin und von der Union selbst durchkreuzt. Gesandtschaft der Union nach Oesterreich. Des Kaisers Ungeduld wegen der Zögerungen Anhalts. Mathias entschließt sich zur Nachgiebigkeit. Beginn der Verhandlungen in Wien. Tschernembls und Anhalts Versuche sie zu nichte zu machen. Zerotin bringt glücklich den Vergleich zwischen Mathias und den Hornern zuwege. Schlußbetrachtungen.

I

Wenn Mathias bei seinem Rückzuge aus Böhmen die Ereignisse der letzten Monate überblickte, konnte er sich nicht verhehlen, daß er vom Glücke in ganz außerordentlicher Weise begünstigt worden sei, daß Katholiken und Protestanten mehr oder weniger hilfreich die Hand ihm geboten hatten und daß ihm nur dadurch sein rascher und blutloser Sieg gelungen war. Es war nun eine natürliche Folge, wenn sich alle diejenigen, welche an seiner Erhöhung mitgewirkt hatten, um ihren Lohn bewarben und nach dem Antheil, welchen an demselben die Stände von Ungarn, Oesterreich und Mähren und unter diesen wieder der protestantische Theil gehabt hatte, konnte nicht zweifelhaft sein, wen Mathias zu befriedigen trachten müsse. Allein wie so oft vor kurzem erwiesene Dienste uns häufig auf große Wohlthaten vergessen machen, welche wir vor längerer Zeit empfangen haben, so wendete auch Mathias mehr seine Aufmerksamkeit auf das zuvorkommende Benehmen, dessen er sich von den Vertretern Spaniens und Roms zu erfreuen gehabt hatte; er hörte

nur zu oft ihre mündlichen und schriftlichen Versicherungen, daß, wenn er das Wohl der katholischen Kirche stets vor Augen haben werde, man über die Art und Weise, wie er zu seinem jetzigen Besitz gelangt sei, nicht grübeln, sondern ihn auch fernerhin unterstützen werde. Spaniens und Roms Freundschaft, das hoffte Mathias, würden ihm am Ende zum Besitz der böhmischen und deutschen Krone verhelfen; er durfte von Beiden auf Subsidien rechnen, wenn er ihnen nicht Ursache zum Mißfallen gab, und Geld benöthigte seine erschöpfte Kasse fast so wie die des Kaisers. Was war natürlicher, als daß er diesen Hoffnungen mehr Aufmerksamkeit zuwendete, als der Befriedigung seiner Bundesgenossen, welche er bereits als seine Unterthanen ansah.

Den ersten Schritt auf diesem Wege der möglichsten Schonung der zwar nicht durch seine Schuld, aber doch durch seine Theilnahme arg gefährdeten katholischen Interessen machte er, indem er abermals eine Vereinigung aller Prinzen des Hauses anstrebte, um durch sie gewissermaßen nachträglich den Zug gegen den Kaiser billigen zu lassen und an ihnen eine Stütze für sich selbst zu gewinnen. Mit Maximilian scheint er von Prag her wieder in ein vollständiges Einvernehmen getreten zu sein; es handelte sich also nur um den Repräsentanten der Grazer Linie, Erzherzog Ferdinand. Mathias, ein versöhnlicher und nachgiebiger Prinz, vergaß schnell die feindliche Rolle, welche Ferdinand in Regensburg gespielt hatte und lud den letztern in der verbindlichsten Weise zu einer persönlichen Zusammenkunft ein, an der auch andere Erzherzoge theilnehmen sollten. In der That fand diese am 24. Juli 1608
in Schottwien statt und es erschienen dabei neben Mathias und Maximilian auch Ferdinand, Maximilian Ernst und Leopold von der steirischen Linie. Obwohl anfangs mancherlei Differenzen zur Sprache kamen und Mathias es selbst an Angriffen gegen Ferdinand nicht fehlen ließ, kam doch rasch eine Einigung zu Stande und die anwesenden Erzherzoge entschlossen sich, offen für den Senior unter ihnen, für Mathias aufzutreten und sowohl bei den Kurfürsten als auch beim Kaiser darum anzusuchen, daß die Nachfolge im deutschen Reich zu Gunsten desselben ohne längeres Zögern entschieden werde. Wie wenig sowohl die geistlichen als die weltlichen Kurfürsten zu einem Eingehen auf diese Bitte eben jetzt geneigt waren, wissen wir; was den Kaiser betrifft, so sagte er offen, als er von den Verhandlungen zu Schottwien Nachricht erhielt: lieber wolle er todt sein, als in Erzherzog Mathias seinen Nachfolger sehen*).

---

*) Brüsseler Archiv. Secretairie d'Etat Allem. Carton 163. Vischer an Fleck-

Bevor noch Mathias wissen konnte, welch' geringen Erfolg namentlich in Deutschland das Ansuchen der Erzherzoge haben werde, wurde er von seinen neuen Unterthanen daran gemahnt, daß sie keineswegs von gleichem Interesse für seine Erhebung beseelt seien und daß er mit oder gegen seinen Willen jetzt ihnen seine Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Nach seiner Rückkehr nach Wien wollte er die Huldigung in den abgetretenen Ländern entgegennehmen und zwar zuerst in Oesterreich und Mähren, worauf er nach Ungarn zur Krönung zu reisen gedachte. Kaum daß er jedoch diese Absicht kundthat, so versammelten sich die Abgeordneten von Oberösterreich unter Tschernembls Einwirkung in Linz und verbanden sich daselbst, dem Erzherzog nicht früher zu huldigen, bevor nicht ihren Beschwerden abgeholfen und namentlich die Religionsübung freigegeben sei. Noch vor Empfang einer Antwort eröffneten sie wenige Tage später überall den protestantischen Gottesdienst und bemächtigten sich des Linzer Schlosses und der Regierung im Lande mit der Behauptung, daß letztere ihnen allein zustehe, bevor sie nicht die Huldigung geleistet hätten, ja sie setzten selbst die Höflichkeit aus den Augen und verstatteten nicht einmal dem Erzherzog Maximilian, als dieser von Passau nach Wien reiste und im Linzer Schloß absteigen wollte, eine Unterkunft in demselben*). Ihrem Beispiele folgten die niederösterreichischen Protestanten, indem sie mit gleicher Heftigkeit vollständige Religionsfreiheit begehrten und aus diesem Grunde dem Ansuchen der Oberösterreicher sich anschlossen, doch wagten sie es nur in einem einzigen Falle, sich faktisch in den Besitz der begehrten Freiheit zu setzen.

Diese Forderungen waren wohl die hauptsächlichste Veranlassung, daß Mathias sich entschloß, zuerst in Mähren sich huldigen zu lassen, um dann auf dieses Beispiel gestützt, die Oesterreicher leichter zur Nachgiebigkeit zu vermögen. Wenn er auch geneigt war, in allem eine geordnetere Regierung als die Rudolfs einzuführen und dem Adel in seinem Bekenntnisse keine Gewalt anzuthun, so wollte er sich doch für die

---

hammer ddo. 4. August. — Hurter: Ferdinand II, Bd. VI S. 72. — Simancas 990/2. Aytona an Philipp III ddo. Rom den 8. Feber 1609. Die geistlichen Kurfürsten hatten dem Papst selbst ihre entschiedene Abneigung erklärt, Mathias je zum Kaiser zu wählen. Der spanische Gesandte, der in Rom den Papst für Mathias gewinnen sollte, schreibt an Philipp III: V. M. me tiene mandado, qui yo haga instancia con S. S. a que ayude que el Rey de Ungria sea elegido por Rey de Romanos. El Papa me responde, que ningun Elector esta inclinado a ello y mucho menos los Ecclesiasticos y que el Elector de Colonia lo dize muy claro.

*) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 5. Ducker an Anhalt ddo. 3. Jänner 1609.

Städte zu keinen Konzessionen entschließen und gerade um diese handelte es sich. — Vor seiner Ankunft in Mähren hatte sich bereits ein außerordentlicher Landtag in Olmütz versammelt, welchem Žerotin Bericht von den Vorgängen in Böhmen und von den für Mähren errungenen Freiheiten erstattete. Der Landtag war nicht nur mit dem Geschehenen zufrieden, sondern wählte auch Herrn von Žerotin zum Landeshauptmann, übergab ihm so die Regierung des Landes und lud darauf den Erzherzog Mathias ein, die Huldigung der Einwohner entgegenzunehmen, indem er zugleich dieser Einladung die Bitte anhängte, derselbe möge die freie Religionsübung als allgemein giltiges Gesetz bestätigen. Obwohl sich dieser Bitte auch die Katholiken angeschlossen und sie mit ihrer Namensunterschrift versehen hatten, so wandten sich doch einige insgeheim nach Wien und baten den Erzherzog dringend, derselben nicht nachzugeben. Es war vor allem der Kardinal, welcher diese zweideutige Rolle spielte, Mathias zum Widerstand aufforderte und Khlesl insbesondere ersuchte, seinen ganzen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen *).

Die Huldigung war auf den 25. August anberaumt und zu diesem Ende ein gleichzeitiger Landtag nach Brünn ausgeschrieben worden. Mathias langte am bestimmten Tage in dieser Stadt an und erfreute sich der festlichsten Aufnahme; die Huldigung selbst wurde aber auf einige Tage verschoben, da indessen der Langtag eröffnet und seine Wünsche gehört werden mußten. Die Frage wegen allgemeiner und bedingungsloser Gewissensfreiheit kam zuerst in demselben zur Sprache. Während die Protestanten das Verlangen stellten, der Erzherzog solle vor der Huldigung sich zu deren Gewährung verpflichten, traten einzelne Katholiken energisch dagegen auf und selbst Mathias gab die Erklärung ab, daß er lieber auf die Herrschaft verzichten, als eine unbedingte und allgemeine Glaubensfreiheit zugestehen wolle. Diesem Streit, der, wenn man allen Umständen billige Rechnung trägt, in jener Zeit nicht so leicht wie in unseren Tagen zu entscheiden war, weil die kirchlichen Verhältnisse zu eng mit den staatlichen verflochten waren, und der bereits die Gemüther so entflammte, daß ein Ausgleich gar nicht möglich schien, gab Žerotin durch sein maßvolles und friedfertiges Auftreten einen unerwarteten und doch befriedigenden Ausgang. Er beredete seine Freunde, von ihren Forderungen in so weit abzulassen, daß man sich mit dem Zustand faktischer Glaubensfreiheit, wie er fast überall in Mähren Geltung hatte, begnüge und bloß bestimme, daß Niemand um der Religion willen verfolgt

*) Chlumecky: Karl von Zierotin S. 507.

werden solle. Mit diesem Vorschlag war allerdings den königlichen Städten am wenigsten genügt, denn ihnen war, falls er angenommen wurde, die öffentliche Ausübung der protestantischen Religion nach wie vor untersagt und nur gestattet, den Gottesdienst in den Kirchen ihres Glaubens, welche außerhalb des städtischen Weichbildes auf den Gründen des benachbarten Adels lagen, zu besuchen. Dennoch veranlaßte Žerotin seine Freunde zur Annahme dieser beschränkenden Bedingungen, weil er hoffen mochte, daß die Zeit schließlich zwischen den religiösen Parteien einen Friedenszustand anbahnen werde und daß derselbe gewiß gesicherter sei, wenn die Katholiken nicht zu sehr in dem, was ihnen Recht schien, verletzt würden. Von der Zukunft erwartete er also die Ausgleichung, welche in der Gegenwart unmöglich schien. Nachdem die religiöse Frage so geordnet war, ward bezüglich der politischen schnell eine Einigung erzielt, da Mathias den Forderungen des Adels, die ihre Herrschaft im Lande zum Zwecke hatten, keinen Widerstand entgegensetzte. So fand die Huldigung weiter kein Hinderniß und sie wurde dem Erzherzog am 30. August in der Michaelskirche in Brünn geleistet*). Am 4. September reiste er nach Wien zurück.

Zwischen den ober- und niederösterreichischen Protestanten war indessen eine solche Einigung vor sich gegangen, daß auch die letztern entschlossen waren, die Huldigung nicht zu leisten, bevor ihren religiösen Forderungen nicht genügt wäre; beide beriefen sich hiebei auf die „Konzession Maximilians II“. Was nun diese Konzession betrifft, so suchten ihr die Stände eine solche Deutung zu geben, als ob sie mit ihren religiösen Forderungen im Rechte wären, thatsächlich gestattete aber dieselbe nur dem Adel in seinen Burgen und Häusern freie Religionsübung. Indem die Protestanten gleiche Freiheit auch für ihre Unterthanen und für die Städte beanspruchten, traten sie entschieden aus dem Kreise der Konzession heraus und machten also ihre Huldigung nicht von der Bestätigung hergebrachter Rechte, sondern von ihrer Vermehrung abhängig. Wir wollen hiebei weiter kein Gewicht darauf legen, daß nach den Behauptungen der Katholicken Mathias nicht einmal zur Aufrechthaltung und Bestätigung der mehrerwähnten Konzession verpflichtet war, da sie kein Privilegium oder Grundgesetz, sondern nur ein für die Lebensdauer Maximilians II giltiges Zugeständniß war**). Denn die wäh-

*) Chlumecky: Zierotin S. 519.

**) Diese Behauptung stellte auch Mathias auf. Münchner Staatsarchiv 547/10, 243 Mathias' Instruktion für Ferdinand zu Concin zu seiner Reise zu den Unionsfürsten ddo. 11. Jänner 1609.

rend Rudolfs fast gesammter Regierungsdauer eher erweiterte als geschmälerte Religionsfreiheit hatte bereits das nicht unbedeutsame Recht langen Bestehens für sich. — Die Protestanten begnügten sich jedoch nicht mit ihrer willkürlichen Erklärung des unter Maximilian erlangten Zugeständnisses, die Oberösterreicher gingen unter Tschernembls bestimmendem Einfluß noch um einen sehr bedeutenden Schritt weiter. Sie erklärten nämlich, daß, nachdem Rudolf die Regierung über das Land niedergelegt habe, dieselbe ihnen so lange gebühre, so lange sie nicht seinem Nachfolger die Huldigung geleistet hätten. Wenn diese Behauptung ihre Richtigkeit hatte, dann war Mathias' Stellung eine sehr trübe, denn ihm blieb nichts anderes übrig, als allen ständischen Forderungen, welcher Art immer, nachzugeben. Aber so wie in der Erklärung der Konzession Maximilians II die Behauptungen der gesammten österreichischen Stände durch nichts begründet waren, so litten auch jetzt die der Oberösterreicher, daß den Ständen beim Regierungswechsel so lange alle Regierung gebühre, als sie nicht die Huldigung geleistet hätten, an einigen Sprüngen im Beweise. Allerdings ist es unbestreitbar, daß mehrmals der Fall eingetreten war, in welchem die Stände an der Regierung des Landes in solchen Zwischenzeiten Antheil hatten, aber allemal war dies entweder während der Minderjährigkeit des Erben, oder bei Zwistigkeiten im Erzhause und ähnlichen Ereignissen, welche für ständische Uebergriffe günstig waren, eingetreten und es folgte keineswegs daraus das Recht*), die Regierung des Landes für sich selbst zu führen oder die Huldigung zu verweigern, wenn der Landesfürst eine Erweiterung ihrer Privilegien nicht zugeben wollte.

Als Mathias nach Wien zurückkehrte, wollte er die Huldigung der niederösterreichischen Stände entgegennehmen, mußte aber bei den Einwendungen der Protestanten gleich anfangs auf seinen Wunsch verzichten und sich die Einberufung eines Landtags gefallen lassen, der über die strittigen Forderungen berathen sollte. Hatten die Protestanten schon außerhalb des Landtags auf eine allgemeine Religionsfreiheit gedrungen, so war dies noch mehr jetzt der Fall und alle Einwendungen des Erzherzogs, daß sie nicht das Recht hätten, ihm die Huldigung zu verweigern, wenn er die bisherigen Gerechtsame bestätige, halfen zu nichts. Sie erwiederten mit einer schlagenden Folgerichtigkeit, daß, da sie nur deshalb von Rudolf sich getrennt hätten, weil derselbe ihren Beschwerden nicht abgeholfen habe, eigentlich jeder Grund zum Wechsel der Herrschaft weggefallen sei, wenn Mathias ihren Bitten nicht nachgeben

*) Die Streitschriften der Protestanten bei Raupach

wolle**). Der fortgesetzten Unnachgiebigkeit des Erzherzogs setzten die
Protestanten endlich einen entscheidenden Schritt dadurch entgegen, daß sie
14. Sep plötzlich Wien verließen und nach Horn abreisten, um da ihr weiteres Be-
1608 nehmen zu regeln. Von dortaus mahnten sie die katholischen Standesgenossen, die Huldigung nicht eher zu leisten, so lange nicht ihren Forderungen genügt sei, weil ein so einseitiges Vorgehen den gemeinsamen Freiheiten nur zum Nachtheil gereichen könnte. Hierin jedoch täuschten sie sich, denn nach mehreren vergeblichen Aufforderungen an die Horner zur Rückkehr, entschloßen sich die katholischen Stände getrennt zur Huldigung und leisteten dieselbe am 8. Oktober in Wien. Ihrem Beispiele folgten zwei protestantische Herren und sämmtliche niederösterreichische Städte. Dagegen wurden die Protestanten in Horn zur Ausdauer durch den Beitritt der oberösterreichischen Glaubensgenossen aufgemuntert. In der Geschichte erhielten sie alle nach ihrem Versammlungsort den Namen: die **Horner**.

Da auch die weitern Bemühungen des Erzherzogs, die Protestanten zur Nachgiebigkeit zu vermögen, nichts fruchteten, so reiste derselbe nach Preßburg ab, woselbst seine Krönung zum Könige von Ungarn am 20. Oktober stattfinden sollte. Vor seiner Ankunft war von Seite der Horner **Tschernembl** dahin geschickt worden, um die Ungarn zur Verweigerung der Krönung zu vermögen, so lange nicht den Forderungen der Oesterreicher genügt sei, und in der That mahnte er sie an die Verpflichtungen, welche das Sterboholer Bündniß den Ständen Ungarns, Mährens und Oesterreichs zu gegenseitiger Hilfeleistung auflege. Man muß wohl gestehen, daß die Ungarn um so mehr verpflichtet waren, den Wünschen der Oesterreicher Rechnung zu tragen, da sie selbst im Begriffe waren, Forderungen an ihren König zu stellen, welche die der Oesterreicher in vieler Beziehung überboten. Auch entschloß sich wirklich ein Theil der Ungarn die Wünsche der letztern auf das kräftigste zu unterstützen und als **Mathias** in Preßburg anlangte, verlangte man von ihm nichts weniger als eine völlige Freigebung der Religion im Erzherzogthum. Eine ungarische Gesandtschaft reiste überdies nach Wien, um sich bei **Maximilian**, der indessen mit der Regierung Oesterreichs beauftragt war, für die Horner zu verwenden, doch ließ es dieselbe zugleich nicht an Worten fehlen, um auch die letztern zur möglichsten Nachgiebigkeit und zur Vermeidung eines innern Krieges zu mahnen. **Mathias** selbst beeilte sich durch Gewährung wichtiger Zugeständnisse an die Ungarn die Krönung zu beschleunigen, damit nicht die Berichte der

---

*) Stülz: Zur Charakterstik Tschernembls im Archiv für österreichische Geschichte 19. Band.

ungarischen Gesandtschaft aus Wien eine ungewünschte Verzögerung herbeiführen möchten*). Auch die Herstellung der Palatinswürde bewilligte er und ihre Uebertragung an den vielgenannten Illeshazy, welchen er sich durch eine bedeutende Schenkung mit Gütern, welche dem Graner Erzbisthum gehörten, verband. So fand endlich die Krönung selbst am 19. November statt. In 23 Artikeln, in welchen die zwischen Mathias und den ungarischen Ständen vereinbarten Bedingungen zusammengefaßt waren, war der Sieg des Ständestaates und der magyarischen Suprematie vollständig entschieden und die öffentlichen Verhältnisse in Ungarn näherten sich wieder der gesetzlichen Zerfahrenheit, wie sie unter der traurigen Herrschaft der Jagellonen bestanden hatte. Mathias führte fortan den Titel eines Königs. Das Gebiet, welches er in Ungarn beherrschte, war dasselbe, welches dem Kaiser nach dem Zsitwa-Toroker Frieden übrig geblieben war. Denn obwohl Bocskay, wie wir erzählt haben, bereits im Jahre 1606 gestorben war, so blieb die Trennung Siebenbürgens und des damit zusammenhängenden ungarischen Gebietes nach wie vor aufrecht erhalten. Unmittelbar nämlich nach Bocskay's Tode bemächtigte sich Sigmund Rakoczy der Herrschaft daselbst und als er derselben halb freiwillig halb gezwungen entsagte, folgte ihm mit Bewilligung der Pforte Gabriel Bathory. Da auch die Stände Ungarns und Mathias denselben als Großfürsten von Siebenbürgen anerkannten, so blieben die territorialen Verhältnisse Ungarns nach den Bestimmungen des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens festgesetzt.

II

Nach der Huldigung in Mähren und nach der Krönung in Ungarn erschienen die Oesterreicher gleichsam isolirt und in ruhigeren Zeiten würden sie kaum ihren Widerstand weiter fortgesetzt haben, da sich Mathias offen und ehrlich zur Einhaltung der Konzession Maximilians II erbot und nur nicht jene willkürliche Erklärung derselben zugeben wollte, welche die Protestanten ihr zu geben beliebten. In Mähren hatten sich die Stände mit dem Herkommen begnügt, in Ungarn waren die weitgehenden Forderungen derselben in der Verfassung guten Theils begründet; dem historischen Rechte hatte also Mathias überall genügt, und dieses

*) Bernburger Archiv. Reg. VI. B. IV. Vol. XI, 1340. Die Vertreter der Horner an die in Horn versammelten Stände ddo. 19. Nov. 1608.

wollte er auch den Oesterreichern nicht weiter schmälern. Aber da dasselbe den letztern nicht genügte, so blieben sie auch nach der Preßburger Krönung bei der Forderung allgemeiner Religionsfreiheit und bei dem Verlangen nach der praktischen Durchführung religiöser Gleichberechtigung im staatlichen Leben und zeigten sich entschlossen den Widerstand bis aufs äußerste zu treiben, falls ihren Wünschen nicht genügt würde.

Die Entschlossenheit der Horner hatte nur zum geringsten Grade ihren Grund in dem Vertrauen auf die eigenen Mittel, wiewohl dieselben bei dem innigen Anschluß aller Protestanten nicht zu unterschätzen waren, sondern sie stützte sich erstens auf die Berechnung, daß die Mährer und Ungarn, trotzdem sie sich von der Sache der Oesterreicher getrennt zu haben schienen, schließlich doch nicht ihre Unterdrückung zugeben würden und zweitens und dies hauptsächlich auf die Hoffnungen, welche Anhalts Agenten in ihren Herzen rege gemacht hatten und welche im äußersten Falle eine Unterstützung durch die Union in Aussicht stellten. — Einige Tage nach den Liebner Verträger zeigte sich Anhalts Politik nach allen ihren Richtungen als eine schwankende; nachdem sein Versuch, sich zwischen Rudolf und Mathias einzudrängen, vereitelt worden war, wußte er nicht, auf welche Seite er sich stellen, ob er sich dem erstern oder dem letztern nähern sollte. Dies Gepräge der Unentschiedenheit zeigte sich noch in den Anträgen, welche er bei dem
7. Aug. zweiten Unionstag stellte, welcher sich gleichzeitig mit dem Konvent in
1608 Fulda zu Rottenburg an der Tauber versammelte. Er schilderte daselbst die Gefahren, welche der Sache der Protestanten noch immer in Oesterreich und zwar von Seite des Kaisers drohten, er beschuldigte den in Prag weilenden Legaten Melino, daß er den Kaiser gegen seinen Bruder reize und zur Ergreifung der Waffen aufmuntere. Anhalt empfahl dem zufolge den Mitgliedern der Union, ihre Rüstungen fortzusetzen und für alle Fälle gewaffnet zu sein, um bei jedem Zusammenstoß eine entscheidende Rolle zu spielen. Der Beschluß, welchen die Mitglieder der Union in Folge dieser Mittheilungen faßten, lautete dahin, man wolle sich nicht bloß der Protestanten in Oesterreich annehmen, um ihre Unterdrückung hintanzuhalten, sondern Mathias selbst Hoffnung auf Unterstützung machen, falls er von Spanien, Rom oder dem Kaiser einem Angriffe ausgesetzt sein sollte *).

---

*) Münchner Staatsarchiv 343/6, 167. Protokoll des Unionstages zu Rottenburg an der Tauber ddo. 28. Juli bis 5. August A. St. — Bernburger Archiv. Unionsakten I/99. Instruktion des Kurfürsten von der Pfalz für Anhalt zum Unionstag in Rottenburg ddo. 13/23. Juli.

Die absolute Ruhe, in welcher Spanien und Rom in der Folgezeit verharrten und die Ohnmacht des Kaisers würden die Union ohne Zweifel der Aufgabe, Mathias zu schützen, überhoben und sonach Anhalt wieder zur Ruhe verurtheilt haben, wenn nicht in Oesterreich selbst zwischen den Bewohnern des Erzherzogthums und ihrem neuen Herrn die eben erzählten Mißhelligkeiten ausgebrochen wären. Es scheint uns nach allem, als habe Anhalt den Ausbruch derselben nicht vermuthet, denn ihm wie uns, die wir den Ereignissen so fern stehen, konnte es kaum zweifelhaft sein, daß Mathias nicht einmal Miene machen werde, den Protestanten ihre religiösen Forderungen abzuschlagen. Aber schon im Laufe des Monates August gelangte an ihn aus Oesterreich Nachricht auf Nachricht von dem kaum glaublichen und doch nicht lange mehr zweifelhaften Ereigniß, daß Mathias dennoch den Forderungen der Protestanten einen hartnäckigen Widerstand entgegensetze. Zu gleicher Zeit bekam er von Wok von Rosenberg eine Einladung zu einer Zusammenkunft in Wittingau, an der sich die vornehmsten Herrn aus Oesterreich, Mähren und Böhmen betheiligen würden und in der man über die Behandlung der religiösen Angelegenheiten sich einigen wolle*). Die österreichischen Wirren, statt also geschlichtet zu sein, schienen einer neuer Phase entgegenzugehen, die ganz darnach angethan war, das Band, welches die Habsburger an ihre Unterthanen knüpfte, nur noch mehr zu lockern. Gleichwohl lehnte es Anhalt ab, alsogleich nach Wittingau zu reisen und da die gewünschten Verabredungen zu treffen, sei es, weil es ihm der Unionsangelegenheiten wegen wirklich an Zeit gebrach, wie er vorgab, sei es, daß er noch nicht klar in die Stellung der Parteien sah und durch voreilige Entschlüße seine weitere Wirksamkeit nicht verderben wollte**). Aus diesen und vielleicht noch aus andern Gründen bat er Herrn von Rosenberg ihn nicht im Laufe des Monats August erwarten zu wollen.

Mittlerweile war die Spannung zwischen Mathias und den Oesterreichern so weit gediehen, daß die letztern sich zu dem Auszuge nach Horn entschloßen, daselbst eine allgemeine Bewaffnung in Angriff nahmen und damit den vollen Ernst kundgaben, ihrer Sache den Sieg zu verschaffen. Obwohl zwischen Horn und Wien über die friedliche Beilegung des Streites noch unterhandelt wurde, so reiste doch bereits

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I. F. I 227/107. Rosenberg an Anhalt ddo. 3. August 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. I. F. I 227/148. Anhalt an Rosenberg ddo. 9. August. Amberg.

Richard von Stahremberg nach Deutschland, um im Namen der österreichischen Protestanten die bewaffnete Hilfe der Union in Anspruch zu nehmen*). Zu gleicher Zeit schrieb auch Tschernembl an Anhalt und stellte an ihn das gleiche Ansuchen mit dem Bemerken, daß, wofern die Union sich der Oesterreicher annehmen würde, diese fortan zu jeder Gegenleistung an dieselbe erbötig und mit ihr in ein Bündniß zu treten bereit wären**). Die Aufforderung der Horner und die noch gewichtigere Mittheilung Tschernembls gelangte an Anhalt im Laufe des Monates September, also zu einer Zeit, in welcher zwar bereits Mähren, aber noch nicht Ungarn Mathias den Eid der Treue geleistet hatte. Unzweifelhaft vom Sterboholer Bündnisse in Kenntniß gesetzt, mußte es Anhalt für gewiß annehmen, daß wenigstens Ungarn sein Schicksal nicht von dem der Oesterreicher trennen und sonach bei Mathias' weiterer Unnachgiebigkeit ein Zusammenstoß unvermeidlich sein würde. Jetzt zögerte Anhalt nicht länger, die Politik genauer zu bestimmen, die er unter solchen Verhältnissen einhalten wollte. Den Obersten Fuchs, welcher sich damals als pfälzischer Agent in Wien befand, benachrichtigte er, daß der Kurfürst von der Pfalz und die Union unzweifelhaft zu einer thätigen Hilfe bereit seien, wenn nicht bloß die österreichischen sondern auch die ungarischen Stände zu einem Bündniß mit ihr sich entschließen würden***).

Es läßt sich leicht begreifen, daß das Heidelberger Kabinet dem Obersten Fuchs eine so weit gehende Mittheilung nicht zukommen ließ, ohne daß Anhalt umständlich in demselben seinen Plan einer neuen Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten erörtert und empfohlen hätte. Und einen solchen Plan hatte dieser fruchtbare Kopf bereits vollständig entworfen. Er berechnete, daß nach den Mittheilungen, welche er aus Oesterreich und Ungarn empfangen hatte, der Anschluß dieser Länder an die Union sich gewiß ergeben und in nicht langer Ferne auch den von Schlesien und Mähren zur Folge haben würde. Gebiete die Union auf diese Weise nicht bloß über ihre eigenen Streitkräfte, sondern auch über die der genannten Länder, so bleibe dem Hause Oesterreich und überhaupt der Gegenpartei nur Böhmen, Baiern und allenfalls einige Bisthümer und „wir wären", meinte er „menschlich gesprochen, nicht bloß stark genug, den Gegnern Widerstand zu leisten, sondern

*) Bernburger Archiv O XIII, Vol. 11/194. Richard von Stahremberg an Anhalt ddo. 1. Sept. 1608.

**) Bernburger Archiv. Tschernembl an Anhalt ddo. 3. Sept. 1608 Schwertberg.

***) Bernburger Archiv O XIII, Vol. II/256. Anhalt an Fuchs.

wir könnten auch Alles unserer Religion unterthan machen und den gesammten Klerus reformiren. Das Spiel würde allenfalls auf die Weise seinen Anfang nehmen: sobald Oesterreich unserer Union angehört, wird Baiern gegen dasselbe die Waffen ergreifen, wir aber stürzen über Baiern her, nehmen Donauwörth und nichts kann uns widerstehen. Es kommt nur auf Italien an, und vor diesem muß uns Frankreich sicherstellen. Ist Frankreich für uns und fassen wir die ganze Angelegenheit geschickt auf, so können wir mit Gottes Hilfe Allen die Gesetze diktiren und jene zu Herren machen, die wir dazu bestimmen wollen"*).

*) Bernburger Archiv Reg. I, F. I, 23/118. Instruktion Anhalts für Christoph von Dohna für seine Reise zum Herzog von Bouillon ddo. Sept. 1608. Wir fügen diesmal eigens zu, daß diese Instruktion im Original uns vorlag. In dieser entwickelt Anhalt seine Ansichten, wie wir sie mitgetheilt, er sagt . . . Quand nous aurions la Hongrie, Moravie, Austriche et Silesie pour nous, il n'y auroit autres forces, dont ladite maison (Habsburg) se peust servir contre nous, que Boëme et Bavières et quelques peu d' Evesque, contre lesquels, parlant humainement, nous serions assez forts, non seulement pour les soutenir, mais pour réformer tout le clergé et soumettre à la religion et n'y auroit rien à craindre sinon l' Italie. Car en Pays-bas quelque pied que les affaires y prennent, les troubles commenceront et rien ne nous empescheroit . . . Le jeu se commenceroit en telle façon: aussitost que Bavières armeroit pour forcer l' Austriche (presupposé membre de l' Union) nous armerions pour courir sur la Bavières et reprendre Donauwert. Par mesme moyen attirer deux ou trois evesques per ajuto di costa. Or il faudroit en tel cas estre asseuré d' Italie et Monseigneur (Anhalt) prie ledit Sr. de Bouillon de luy dire, ce qu'en ce cas on se pourroit promettre de la France pour divertir l' Italie et en somme ce que la France feroit en ces remuëmons. Certes il semble que procedant dextrement, moyennant la grace de Dieu, nous pourrions par ce moyen donner la loy a tous et installer les chefs tels, que nous voudrions. — Man gestatte uns hier die Worte anzuführen, mit welchen Droysen (Geschichte der preußischen Politik II, 2. S. 572) die Gründung der Union berichtet: „Das Kaiserhaus war gespalten, mochten sich die Erzherzoge Ferdinand und sein Bruder Leopold auf der einen, König Mathias und sein Kardinal (sic) Khlesl auf der andern Seite darum zerren, wer die Fädchen der Marionette kaiserlicher Großmächtigkeit ziehen sollte, im Reich war die römische Partei nach dem Triumph von Donauwörth, mit den Jesuiten in Polen, den Spaniern in Belgien im Verständniß zu jedem Wagniß entschlossen (!); sie verbarg es nicht mehr. — Jetzt endlich ward im Mai 1608 die Union geschlossen, ein Kriegsbund „nicht gegen Kaiser und Reich noch jemand im Reich", sondern zu gegenseitigem Schutz „gegen Leute außer und innen dem Reich", die nicht aufhören, den Landfrieden und die Reichsordnungen zu bedrohen und zu verletzen." — Der erste Absatz dieses Citats enthält fast soviel Unrichtigkeiten und willkürliche Zusammenstellungen als Worte, bezüglich des zweiten, der die friedfertige Grundlage der Union so sehr betont, kann man kaum anders als ausrufen: Quis tu-

Man bemerkt, Anhalt sah für die Erweiterung der Union innerhalb der Grenzen von Deutschland und Oesterreich und für ihren Sieg sowohl über die Habsburger als über die Reste der katholischen Kirche keine anderen Hindernisse mehr als jene, welche eine fremde Einmischung bereiten konnte. Er fürchtete vor allem Italien, weil von da aus spanische und selbst päpstliche Truppen durch die Pässe von Tirol in Süddeutschland einrücken und so eine bedeutende Diversion ausführen konnten, welche am Ende den deutschen Katholiken Muth zu einer verzweifelten Aufbietung ihrer Kräfte einflößte. Da unter solchen Umständen alles von der Stellung, welche das Ausland zur Union einnahm, abhing, so begreift man, daß Anhalt mit erneuertem Eifer die Anknüpfung freundschaftlicher Verhältnisse in Angriff zu nehmen sich entschloß. Kehren wir hier unsere Aufmerksamkeit dem zu, was überhaupt seit Begründung der Union in dieser Richtung geschehen war. Die Abschließung auswärtiger Allianzen, wodurch jede der Union nachtheilige fremde Einmischung ferngehalten werden konnte, war an und für sich eine Lebensfrage für das Gedeihen der letztern und wurde deshalb schon in Ahausen für nöthig erkannt, doch glaubte man damals vorsichtig hiebei auftreten zu müssen und man besann sich mehrere Wochen lang, bevor man Buwinkhausen nach Paris abschickte, um Heinrich VI Nachricht vom Abschluße der Union zu geben und zum Beitritt zu derselben aufzufordern. Nach all' den vorangegangenen Bemühungen Heinrichs sollte man wohl denken, daß derselbe nichts eiligeres zu thun hatte, als der Union sich anzuschließen, dennoch that er
Juli es nicht sogleich, sondern beschwerte sich vorerst darüber, daß Buwink-
1608 hausens Mittheilungen nicht umfassend genug seien und daß man ihm nicht die Artikel des Ahauser Vertrages bekannt gebe. Er verlangte, klar in die Verhältnisse der Union sehen zu können, bevor er sich entschließe, derselben in der Art beizutreten, wie er es seit Jahren versprochen hatte*). — Heinrich trat vorsichtig auf, er hatte die Union ins Leben gerufen und wollte nicht bloß der Urheber, sondern auch die Seele derselben sein; er war einsichtig genug, um Anhalts hochfliegende Pläne zu ahnen und zu vermuthen, daß derselbe sich ebenso seiner als Mittel bedienen wolle, wie er dies selbst bezüglich der deutschen Fürsten beabsichtigte. Wenn Heinrich zum Beitritt der Union sich entschloß, so sollte dies

lerit Gracchos de seditione querentes. Also die Union ein Friedensbund und Anhalt wahrscheinlich der Elihu Burrit des 17. Jahrhunderts! Man möge sich über Hurters sonderbare Anschauungen nicht wundern, so lange ihnen andererseits nicht minder sonderbare entgegenstehen.

*) Münchner Reichsarchiv. Buwinkhausens Relation über seine Reise zu Heinrich IV ddo. Fontainebleau den 9. Juli.

nicht zum Zwecke unbestimmter Pläne, zur Verhütung ungewisser Ereignisse geschehen, sondern der Anschluß an die Union sollte mit dem Momente zusammenfallen, in welchem er im Vereine mit ihr zu offenem Angriffe überging. Wir werden sehen, daß die Verhandlungen noch mehr als ein Jahr in Anspruch nahmen, bevor das Bündniß zwischen Heinrich und der Union zu Stande kam und zwar erst in dem Moment, in welchem Ziel und Zweck des gemeinsamen Angriffs genau bestimmt und derselbe nicht weiter aufgeschoben werden sollte.

Auf dem Unionstage zu Rottenburg wurde Buwinkhausens Bericht, der von Heinrichs Zögerung Rechenschaft gab, bekannt gegeben und beschlossen, die baldige Verbindung mit Frankreich anzustreben, gleichwohl aber nicht die nöthige Vorsicht dabei außer Acht zu setzen*). Dies hieß soviel als, man wolle sich nur Schritt für Schritt Heinrich nähern und genau die Vortheile, welche er biete, gegen jene abwägen, die man ihm bieten konnte. Es wurde zu gleicher Zeit für nothwendig erkannt, durch diplomatische Verbindungen mit den Niederlanden, Burgund, Lothringen, Italien, Ungarn, Böhmen, Mähren und Schlesien die Verhältnisse dieser Länder genau zu studiren, um erst nach der gewonnenen Einsicht die auswärtige Politik der Union in ihren Grundzügen festzustellen. Die Aufgabe, die nöthige Verbindung mit den genannten Ländern zu bewerkstelligen, theilten die Mitglieder der Union unter sich, und es bedarf wohl kaum der Bemerkung, daß der Kurfürst von der Pfalz im Verein mit Anhalt den größten Theil derselben auf sich zu nehmen beschloß. In den meisten Ländern waren eigentlich nur die Verbindungen aufrechtzuhalten, welche bereits seit Jahren zwischen ihnen und einem oder dem andern Fürsten der Union bestanden; ganz neu mußte der jetzige Verkehr mit Italien angeknüpft werden und hier, war es Venedig, von dem man zuerst einen regen Anschluß hoffte, weil die Interessen der Union und der Republik nirgends sich feindlich berührten, wohl aber in der gegen die Habsburger gerichteten Tendenz einander zur gegenseitigen Stütze dienten.

Zur Anknüpfung der Verbindung mit Venedig schickte Anhalt, Juli
ohne den Beschluß der Rottenburger Versammlung abzuwarten, im 1608
Einverständnisse mit dem Pfalzgrafen Christoph von Dohna ab, einen jungen gewandten Diplomaten, welcher tief in das Getriebe der Zeit eingeweiht war und noch oft genannt werden wird. Er hatte sich zuerst an Sarpi zu wenden und diesem vom Abschluße der Union

*) Bernburger Archiv. Unionsakten I, 99. Akten des Unionstag zu Rottenburg an der Tauber.

und ihrem Wunsche, mit Venedig in ein Bündniß zu treten, Mittheilung zu machen. Wenn Sarpi diesen Vorschlag billigte, so sollte Dohna ein Schreiben dem Dogen überreichen, in welchem der entsprechende Antrag im Namen der Union offiziell gestellt und Venedig zu einem Bündnisse aufgefordert wurde, um der „Herrschaft des Papstes" überall ein Ende zu machen. Denn sei Venedig auch katholisch, so habe es doch an den Tag gelegt, daß es das Joch des Papstes nicht dulden wolle und sonach sei eine Verbindung mit der Union zu gemeinschaftlichen Zwecken leicht möglich*).

Um von der Reise nach Venedig jede feindliche Aufmerksamkeit abzulenken, trat Dohna in dieser Stadt so auf, als wenn er daselbst nur Geldgeschäfte besorgen und namentlich wegen Bezahlung dessen, was Heinrich IV mehreren deutschen Fürsten schuldete, unterhandeln wolle; in diesem Sinne verlief auch die erste Audienz, welche ihm der Doge und die Signoria gewährten. Ohne Säumniß suchte er aber zu gleicher Zeit Sarpi auf und machte ihm eine vollständige Mittheilung von seinen eigentlichen Aufträgen. Sarpi entgegnete darauf, die Zeit zur Verhandlung über ein Bündniß mit der Union sei für jetzt schlecht gewählt; wäre die Union zwei Jahre früher gegründet worden, so hätte man ihre Anträge mit offenen Armen angenommen, seit aber der Streit mit dem Papste geschlichtet sei, falle der wichtigste Grund zum Anschluß an dieselbe weg. Doch meinte er, man dürfe den Gedanken dieses Bündnisses keineswegs aufgeben, sondern nur auf eine gelegenere Zeit verschieben, die nicht entfernt sein könne, wenn man auf kluge Weise „überall dem Papste und dem Könige von Spanien Feinde zu wecken trachte". Nicht bloß müsse man also den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Spanien und den Niederländern zu verhindern trachten, sondern man müsse es bei dem Sultan durchzusetzen suchen, daß er eine Flotte ausrüste und an den Küsten von Granada landen lasse, damit die Mauren gegen die Spanier sich erheben, wozu sie ohnedies geneigt seien. Mittlerweile werde ein neuer Streit zwischen dem Papst und Venedig, wozu täglich neue Veranlassungen sich ergäben, ausbrechen und dann sei der rechte Zeitpunkt für den Abschluß des Bündnisses gekommen**). Dem Dogen schon jetzt den

---

*) Bernburger Archiv Reg. I, F. I, 23/25. Anhalts Instruktion für Christoph von Dohna zur Reise nach Venedig ddo. 6/16. Juli 1608.

**) Simancas 990/132. Daß der Unwille des Papstes gegen die Republik wieder einen hohen Grad erreicht hatte, ist ersichtlich aus Aytona's Schreiben an Philipp III ddo. 31. März 1609. Der spanische Gesandte erzählt dem Könige: Me ha dicho el Papa, que escriva a V. M. que le parece, que el daño, que se puede esperar en aquella republica y se vee claro en materia de religion

Antrag zu demselben zu stellen, riet Sarpi ab, dagegen befürwortete er die Absendung eines diplomatischen Vertreters der Union nach Venedig, der daselbst Zeit und Gelegenheit abwarten und mittlerweile, soweit es in seinen Kräften liege, dem Papstthum Abbruch thun könnte*). Noch empfahl er dem Kurfürsten von der Pfalz einen innigen Anschluß an England, welcher durch eine Heirat zwischen dem Kurprinzen und der Tochter Jakobs I wesentlich gefördert werden könnte. Sarpi sprach damit einen Wunsch aus, der damals bereits von Tausenden von Protestanten gehegt wurde und von dessen Erfüllung sich sowohl die gläubige Phantasie des Volkes wie der berechnende Ehrgeiz seiner Häupter unendliche Vortheile versprach.

Obwohl nun Dohna auf Sarpi's Rath in keine weitern Verhandlungen mit Doge und Senat sich einließ, sondern nach Hause zurückreiste, um Bericht zu erstatten, so war es doch nicht nöthig, daß Anhalt alle seine venetianischen Hoffnungen auf eine spätere Zeit vertagte. Gerade in diesem Moment handelte es sich in Venedig darum, dem Heere der Republik einen neuen General zu geben und es war nicht unmöglich, daß Anhalt bei einer gewissen militärischen Reputation, die er genoß, diesen Posten erlange, wenn Heinrich IV mit seiner Fürsprache für ihn eintrat**). Allerdings wäre dies für Anhalt eine Stellung gewesen, die keineswegs seinen bisherigen Entwürfen entsprach, da sie ihn ja von Deutschland entfernen mußte, und wir können uns auch nicht leicht überzeugen, daß er in der That dieselbe angetreten hätte, wenn sie ihm schließlich zu Theil geworden wäre. Wenn er also Schritte zu ihrer Erlangung that, so handelte es sich ihm vielleicht um nichts anderes, als darum, einige Monate von einem bequemen Posten aus, selbst an der Verbindung zwischen Italien und Deutschland zu arbeiten. Denn wiewohl die Revolutionirung Oesterreichs und das Kommando in Venedig zwei Beschäftigungen

---

no se puede remediar sino con las armas, que excommuniones no bastan y que un medico quando vee, que no aproveche un remedio da otros, y que, pues las censuras no han aprovechado, dize que esto conviene para reprimir la heregia, que se entra en Italia por Venecia y mas me vinó a dezir que para el remedio de toda Italia no bastará debilitar a Venecianos quitandoles parte de lo que tienen, sino que seria necessario extinguir aquella republica. Aytona erzählt, Sarpi's und Fulgentio's Auftreten erbittere so sehr den Papst. Man sieht daraus, wie sehr Sarpi recht hatte, Dohna zu erzählen, daß neue Mißhelligkeiten zwischen Venedig und dem Papste im Anzuge seien.

*) Dohna's Relation über seine Reise nach Venedig ddo. 2/12. September 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, Karl Pawel an den Kurfürsten ddo. 18. Okt. 1608; Dohna an Anhalt ddo. 17/27. Okt. 1608.

waren, welche zu gleicher Zeit nicht vereinbar schienen, so liebte es doch Anhalt stets mehrere Mittel bereit zu haben, um seinen Plänen Vorschub zu leisten. Konnte er die Habsburger in Deutschland nicht verderben, so verschmähte er es nicht, als Nebenbeschäftigung, den Papst in Italien in die Enge zu treiben.

Aber auch die Idee einer Verbindung Venedigs mit der Union schien bereits auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Denn wiewohl Dohna auf Sarpi's Rath keine Verhandlungen mit dem Senate deshalb einleitete, so blieb dem letztern der Zweck seiner Reise nach Venedig kein Geheimniß. Man hielt es in Venedig für zweckmäßig, die dargebotene Hand der Union nicht fallen zu lassen, aber die einleitenden Verhandlungen wollte man lieber in der Fremde anknüpfen, um die Aufmerksamkeit des Papstes und Spaniens nicht wachzurufen. Aus diesem Grunde bekam der venetianische Gesandte in Paris den Auftrag, sich mit dem pfälzischen Agenten über die Grundlagen eines Bündnisses mit der Union zu besprechen und gesprächsweise anzudeuten, daß Venedig zwar nicht mit Truppen wohl aber mit Geld gute Dienste leisten und daß es selbst bis zur jährlichen Zahlung von einer halben Million Thaler sich einlassen könnte*). Die Verhandlungen waren auf diese Weise wenn auch nicht in Venedig doch in Paris eingeleitet.

Mit der Rückkehr Dohna's aus Italien traf nun aus Oester-
Sept. reich die Nachricht von Mathias' Zwiespalt mit den Protestanten
1608 und von den Bitten der letzteren um den Beistand der Union ein. Jetzt entschloß sich Anhalt rasch zuzugreifen; Dohna wurde schnell zu dem Herzog von Bouillon nach Sedan abgefertigt, diesem in der offensten Weise ein genauer Bericht über Zweck und Mittel der Union erstattet, und seine Verwendung angesucht, damit Heinrich sein Verhältniß zu den unirten Fürsten bestimme und namentlich bei den erwarteten Zwischenfällen in Deutschland die befürchtete Diversion spanischer Truppen von Italien aus verhindere. Bouillon vernahm mit vieler Befriedigung Dohna's Mittheilungen und empfahl die Aufnahme der österreichischen Länder in die Union eben so entschieden, als er eine etwaige Unterstützung Mathias' um jeden Preis widerriet**). Dohna eilte darauf nach Paris, um Heinrich selbst die passenden Mittheilungen zu machen und, wie nicht zu zweifeln, zur Eingehung positiver Verpflichtungen aufzuforderen. Allein seine Mission scheiterte so ziemlich vollstän-

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 23/155. Pawel an den kurpfälzischen Kanzler ddo. Paris den 15/25. November.

**) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 22/131. Dohna's Bericht von Sedan aus.

dig; nicht daß Heinrich die Verbindung mit der Union abgelehnt hätte, aber er wollte noch immer nicht sein Verhältniß zu ihr in einer bindenden Weise festsetzen. Vielleicht machte ihn auch die gleichzeitige Bewerbung Anhalts um das venetianische Kommando stutzig; er wollte mit dem Papste in einem guten Einvernehmen bleiben und dieses konnte durch Anhalts turbulente Händelsucht auf das nachdrücklichste gestört werden. Er lehnte deshalb vollständig auch die verlangte Empfehlung in Venedig von sich ab*).

So hemmend auch Heinrichs jetziges Verhalten auf den Thatendurst Anhalts einwirken mochte, zum Stillstand konnte derselbe nie gebracht werden und er nahm keinen Anstand, mit den österreichischen Ständen eine immer tiefer gehende Verbindung anzuknüpfen, wenn er gleich jetzt genöthigt war, in seinem Auftreten mehr Maß zu beobachten. Demgemäß empfahl er dem Pfalzgrafen, auf dessen Betheiligung es am meisten ankam, ein schrittweises Vorgehen in den österreichischen Angelegenheiten. Gleich sich den Ständen anschließen, das könne und dürfe man noch nicht, man müsse sich vorderhand begnügen, eine Gesandtschaft nach Wien abzuschicken und durch diese Mathias zur Nachgiebigkeit mahnen; fruchte diese nichts, so müsse man feindlichem Kriegsvolk jeden Durchzug verweigern, den Ständen selbst heimliche Werbungen gestatten und schließlich, wenn der Moment gekommen, sie auch mit Geld unterstützen**). Um diese Unterstützung zu einer ausgiebigen zu machen, hatte Anhalt wenige Tage zuvor eine Reise zu dem Herzog von Würtemberg, dem Markgrafen von Baden und dem Pfalzgrafen von Neuburg unternommen, um sie auf die neuen Verwicklungen in Oesterreich aufmerksam zu machen und von der Nothwendigkeit zu überzeugen, durch zweckmäßige namentlich kriegerische Vorbereitungen entscheidend in dieselben einzugreifen***).

Jetzt gedachte auch Anhalt nicht länger die Zusammenkunft mit den Häuptern der österreichischen Stände, zu der ihn Rosenberg anfangs August eingeladen hatte, aufzuschieben. Er benachrichtigte denselben, daß er ihn in Wittingau besuchen und daselbst am 15. November eintreffen wolle. Rosenberg lud seinerseits Karl von Zerotin, Tschernembl und mehrere andere angesehene Männer aus Oesterreich und

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 23/147. Dohna's Bericht über seine bei Heinrich IV am 14/24. Oktober gehabte Audienz.

**) Münchner Staatsarchiv 547/7. Anhalt an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Amberg 18/28. Oktober 1608.

***) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. VI, 89. Kurpfälzische Instruktion für Christian von Anhalt zu seiner Reise nach Durlach, Stuttgard und Neuburg.

Böhmen zu einem gleichzeitigen Besuche in Wittingau ein; ob er einen oder mehrere ungarische Herren ebenfalls einlud, ist uns nicht bekannt, dürfte aber ziemlich wahrscheinlich sein. Auch den Markgrafen von Jägerndorf, der schon damals unter den schlesischen Fürsten eine wenig verhüllte Feindseligkeit gegen die Habsburger an den Tag legte, wollte er kommen lassen, unterließ es aber, weil er nicht wußte, ob dem Fürsten von Anhalt sein Erscheinen genehm wäre*).

Von den Geladenen erschienen Anhalt und Tschernembl recht-
15 Nov. zeitig in Wittingau, der letztere kam sogar nicht bloß im eigenen Namen sondern auch im Auftrage der in Horn versammelten Stände, um Anhalts wirksames Eingreifen in ihre Angelegenheiten zu erbitten**). Von den Böhmen ist es ungewiß, wer erschienen war, aus Ungarn und Mähren kam Niemand. Auf Karls von Žerotin Erscheinen war mit Gewißheit gehofft worden, statt seiner lief in Wittingau ein Schreiben ein, in welchem er sein Nichterscheinen mit dringenden Geschäften entschuldigte***). Wir dürfen mit Gewißheit annehmen, daß es nicht dringende Geschäfte allein waren, welche ihn fernhielten, sondern theils das Mißtrauen, welches sich seiner gegen Anhalt zu bemächtigen begann, theils die Verschiedenheit der Wege, auf denen nun auch Tschernembl im Gegensatz zu ihm das Heil des Gemeinwesens suchte. Einem Mann von so vieler Lebenserfahrung wie Žerotin, der selbst lange auf den Bänken der Opposition gesessen, konnte nicht verborgen bleiben, daß Anhalt unter dem Vorwande, für die Freiheit des Protestantismus zu wirken, doch eigentlich ganz andere Zwecke verfolge. Auch mochte ein so religiöser Mann, wie Žerotin, von der Religionsfreiheit etwas bessere Begriffe haben, als man sie seiner Zeit zu haben pflegte und er dürfte also kaum darin einen Fortschritt im wahren Christenthum erblickt haben, wenn an Mathias' Stelle, welcher den nichtadeligen Theil seiner Unterthanen zum Katholicismus bisher gezwungen hatte, nunmehr der Adel trat, um einen großen Theil derselben Unterthanen zum Protestantismus zu zwingen.

---

*) Bernburger Archiv. Reg. IV, B. IV, Vol. XI, Fol. 1083. Kurpfalz an Rosenberg ddo. 5/15. Oktober. — Ebendaselbst Fol. 1116 Rosenberg an den Markgrafen von Jägerndorf ddo. Wittingau 9. Oktober. — Ebendaselbst Reg. I, F. I, 227/181. Rosenberg an Croll anhaltischen Leibmedicus ddo. 17. Oktober. — Ebendaselbst Fol. 184. Hock an Anhalt ddo. 8. Oktober.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1158. Die in Horn versammelten Stände ob und unter der Enns an Anhalt ddo. 13. November.

***) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI Fol. 1189. Žerotin an Theobald Hock ddo. Rositz den 15. November 1608. — Derselbe an Rosenberg ddo. 15. November. Ebendaselbst Fol. 1191.

Zwang hier und Zwang dort; der Wechsel des Zwanges schien ihm keines solchen Opfers werth, um durch eine neue Erhebung gegen den Landesfürsten den Staat dauernden Erschütterungen preiszugeben*). Žerotin ging wohl von der Anschauung aus, daß es der Reinheit des religiösen Lebens zuträglicher sei, wenn dasselbe unter einem leisen Drucke stehe und daß das von den Protestanten eroberte Gebiet bereits groß genug sei, um ihre Entwicklung zu sichern und die Katholiken bloß zu einem geistigen Wetteifer aber nicht zu einem Kampf auf Leben und Tod aufzureizen. Es sind dies Anschauungen, die nicht bloß als das Resultat seines eigenen Nachdenkens aufgefaßt werden dürfen, sondern die mehr oder weniger viele Anhänger der Brüderunität beseelten und die sogar in den ersten Jahrzehenden des Bestehens derselben in der schroffen Behauptung sich Geltung zu verschaffen suchten, daß der einzig heilbringende Zustand für die Kirche Gottes der der Unterdrückung sei**).

So wie also Žerotin durch rechtzeitige Nachgiebigkeit am Brünner Landtag eine Einigung mit Mathias und den Katholiken zu Stande brachte und die allerdings wichtige Form opferte, sobald er im Wesen selbst seinen Glaubensgenossen Sicherheit verschaffen konnte, so wünschte er auch bei den Oesterreichern ein gleiches Vorgehen. Eine freundliche Uebereinkunft mit Mathias hielt er für besser, als einen glänzenden Sieg der Stände; die erstere war ihm eine Gewähr für die dauernde Aussöhnung der Dynastie mit den ihr unterworfenen Ländern, die letztere aber das Betreten unsicherer Pfade, die nur zu Kämpfen führten, wobei nicht immer die bessere Sache den Sieg erringt. Er hatte es verschmäht, die Huldigung

*) Daß man unter dem Vorwande der Religion schnöde Dinge trieb, ergibt sich aus Folgendem. Die österreichischen Protestanten waren fast ausschließlich Lutheraner, so daß man nach Stahrembergs Angabe, die Kalviner „an den Fingern einer Hand abzählen könnte", und in der That gehörten unseres Wissens nur die Brüder Stahremberg und Tschernembl dem Kalvinismus an. Anhalt trieb sie nun unablässig an, darauf zu bringen, daß auch ihnen die Freiheit des Bekenntnisses gewährleistet werde. Gegen dieses Bestreben könnte man gewiß nichts einwenden, wohl aber gegen die Art und Weise, wie Anhalt und die genannten Männer ihrem Glauben in Oesterreich weitern Eingang verschaffen wollten. Man gedachte insgeheim kalvinische Prediger nach Oesterreich kommen zu lassen, sie an allen Pfarren, die ihrem Einfluße unterstellt waren, anzustellen und durch schrittweises Vorgehen allgemach das Volk vom Lutherthum zum Kalvinismus zu geleiten. Richard von Stahremberg gestand selbst, wenn man offen vorgehe, würde man das Volk zum Aufstand reizen, welches noch zu sehr an den reliquiis Papatus hänge. Also heimlich jetzt, später gewaltsam. Bernbrurger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 161. Richard von Stahremberg an Anhalt ddo. 5. Jänner 1609.

**) Meine Geschichte der böhmischen Brüder. Bd. I.

der Mährer von der vorausgängigen Befriedigung der Oesterreicher abhängig zu machen; sein Erscheinen in Wittingau wäre einem Aufgeben dieses Programms gleichbedeutend gewesen und hätte ihn auch in Mathias' Augen kompromittirt, dessen Zutrauen er sich in hohem Grade erworben hatte. Er blieb deshalb zu Hause.

Die Zusammenkunft in Wittingau beschränkte sich also eigentlich auf Anhalt, Rosenberg und Tschernembl und entsprach sonach keineswegs den Erwartungen des erstern, der wohl geträumt hatte, in einem glänzenden wenn auch kleinen Kreis von Kavalieren das Schicksal von Oesterreich entscheiden zu können. Das Entschuldigungsschreiben, welches von Žerotin während Anhalts Anwesenheit in Wittingau einlief, ließ über sein Wegbleiben keinen Zweifel mehr aufkommen. Bezüglich der Ungarn kamen zu gleicher Zeit allarmirende Nachrichten aus Wien, denn sie berichteten, daß die Krönung des Erzherzogs in Preßburg auf keine Hindernisse stoßen und sonach nicht von der Befriedigung der Oesterreicher abhängig gemacht werden würde*). War es ziemlich augenscheinlich, daß weder die Ungarn, noch die Mährer für die Horner das Schwert ziehen würden, so überzeugte sich Anhalt doch auch, daß die letztern von den erstern keine Gefahr zu besorgen hätten und daß also beim Ausbruche des Kampfes Mathias mit seinen geringen Hilfsmitteln den Oesterreichern allein gegenüber stehen werde. Zudem waren die Hilfsmittel der letztern nicht zu verachten, denn sie waren stark durch Einigkeit und durch den festen Entschluß, lieber zu verderben als nachzugeben. Zu ihrem Bunde gehörten nicht weniger als 400 der angesehensten und reichsten Männer des Landes, von denen mehr als 300 ununterbrochen in Horn bei einander versammelt waren. Boten diese ihr Vermögen auf, so war es ihnen leicht möglich, eine Armee durch Werbung zusammenzubringen, welcher König Mathias kaum etwas bedeutenderes entgegensetzen konnte**). Anhalt war deshalb im ganzen durch die Mittheilungen Tschernembls befriedigt und glaubte, daß man durch Anwendung einer „starken Medizin die Krankheit heilen", also doch noch zum Ziele kommen werde***). Von

---

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. IV, Vol. XI. Fol. 1164. Stahremberg an Tschernembl ddo. 17. Nov. — Ebendaselbst Herberstein an Tschernembl ddo. Wien 17. November.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1139. Žerotin an Hock ddo. Rossitz den 17. November.

***) Bernburger Archiv Reg. VI, B. IV. Vol. 1195. Anhalt an Žerotin. . . Le Sieur Schernembl m'a tenu ici (in Wittingau) bonne compagnie et m'informe de l' estat, lequel j'ay trouvé plein de confusion, dont la maladie vouldra estre guerie par medicaments un peu violents.

den Böhmen selbst erwartete er keine günstige Diversion, denn er äußerte sich über sie gegen den Kurfürsten von der Pfalz in seinem Bericht über die Wittingauer Zusammenkunft in wegwerfender Weise. „Furcht und Wollust“ seien bei ihnen die maßgebenden Triebfedern und man dürfe nur geringe Hoffnungen auf sie setzen. Vielleicht mag an diesem absprechenden Urtheil der Aerger nicht geringen Antheil haben, den Anhalt über sie empfand, weil sie ihm so wenig Handhaben zur Einmischung in ihre Angelegenheiten geboten hatten*). Indessen versäumte er trotz seines Unmuthes nicht, von Wittingau aus, einige der hervorragendsten böhmischen Protestanten, darunter Budowec, an das mahnen zu lassen, was er für ihre Pflicht hielt**). In Amberg seiner Residenz angelangt, erwog er nochmals in größerer Muße die österreichischen Angelegenheiten und während er einerseits von der Ausdauer der Horner das beste hoffte und ihre entschiedene Unterstützung dem Pfalzgrafen empfahl, riet er andererseits, man müsse mit allen Kräften an der Discreditirung von Mathias und Rudolf arbeiten, um ihnen so die Herrschaft zu entwinden. Das passendste hiefür sei, wenn man in den weiter sich ergebenden Differenzen Rudolf gegen Mathias als den gefährlichern unterstütze, bis es schließlich gelingen könnte, in allen österreichischen Ländern die Regierungsgewalt einem ständischen Ausschuße mit einem Gouverneur an der Spitze in die Hände zu spielen***).

In diesen Worten Anhalts dürfte dem Leser der Satz: „man müsse Rudolf gegen Mathias unterstützen“ dunkel erscheinen, denn es gab jetzt keinen Streit zwischen ihnen, der die Unterstützung eines Theils erheischt hätte; in der That verhüllten aber diese Worte einen Plan, zu dessen Aufstellung wohl nur ein Mann wie Anhalt fähig war. Wenige Wochen nach der Wittingauer Zusammenkunft, als die Oesterreicher noch immer nicht von Mathias erlangen konnten, was sie wünschten, verlautete es, daß sie, auf das äußerste gedrängt, erbötig wären, Rudolfs Herrschaft sich wieder gefallen zu lassen, wenn derselbe sich zu den gewünschten Konzessionen verstehen würde. Wer war der Urheber dieser Drohung und wer faßte zuerst den abenteuerlichen Gedanken einer Wieder-

---

*) Münchner Staatsarchiv 547/7 Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 14/24. Nov. — Bernburger Archiv Reg. VI, B. VI, Vol. XI, Fol. 1226. Anhalt an die Fürsten der Union ddo. 14/24. November 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1328. Hock an Anhalt ddo. 29. Nov. 1608.

***) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1084—1085. Gutachten Anhalts über die österr. Verhältnisse. 11 Blätter lang. Es ist dies Gutachten ein Denkmal macchiavellistischer Politik.

kehr unter das Regiment des Kaisers auf? Es ist für uns nicht mehr zweifelhaft, daß diese Eventualität zuerst bei der Zusammenkunft in Wittingau zur Sprache kam und daß Anhalt es gewesen, in dessen Kopf sie auftauchte. Der eifrige Antheil, den später Tschernembl an dieser Intrigue nahm, läßt uns mit Sicherheit vermuthen, daß er sie in Wittingau bereits guthieß, wenigstens deutet darauf Anhalts Vorgehen hin.
25Nov. Denn kaum daß der Fürst nach Amberg zurückgekehrt war, so schrieb er schon an den Landgrafen von Leuchtenberg, welcher in Prag die frühere Stellung eines Liechtenstein und Dietrichstein auszufüllen begann, und benachrichtigte ihn, daß für den Kaiser Mittel vorhanden seien, um die erlittenen „Scharten auszuwetzen". Was Anhalt damit meinte, bezeichnete er nicht, in Prag wurde es so aufgefaßt, daß er zum Sturze Mathias' beitragen wolle und in der That entsprachen seine weiteren Schritte dieser Annahme*). Man wird bald hören, was der Kaiser diesen Mittheilungen gegenüber that.

III

Wir haben erzählt, daß Mathias seinen Bruder Maximilian mit der Leitung der österreichischen Regierung und mit den Horner Verhandlungen betraut hatte, als er nach Preßburg zur Krönung reiste. Schon früher hatte er auch Karl von Žerotin nach Wien berufen, um durch ihn die Horner Versammlung zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und thatsächlich bot Žerotin seinen ganzen Einfluß zur Herstellung des Friedens auf. Denn während er einerseits Mathias zur Einstellung aller religiösen Bedrückungen mahnte, warnte er die Horner vor der Ergreifung gewaltsamer Maßregeln und rief ihnen in wahrhaft prophetischem Geiste zu: „Wenn ihr Stände besiegt werdet, dann habt ihr keine Hoffnung mehr, eure Freiheiten je wieder herzustellen; Religinonswahrheiten selbst lassen sich nicht mit den Waffen behaupten . . . gebt von eurem Rechte etwas nach, um die Hauptsache zu retten; seid mäßig und
30.Okt. bescheiden." Im Sinne dieser Rede wirkte er mehre Tage, die er in Horn selbst zubrachte und seine Mahnungen fanden zuletzt solche Beachtung, daß er mit der Ueberzeugung nach Mähren zurückkehrte, es werde dem Erzherzog Maximilian ein baldiger Ausgleich gelingen. Allein da sich nach seiner Entfernung die Stände wieder der Hoffnung hingaben, daß

*) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 75. Der Landgraf von Leuchtenberg an Anhalt ddo. 28. Dezember 1608. — Ebendaselbst Fol. 66. Anhalt an Tschernembl ddo. 15/25. Dezember 1608.

die Ungarn sich ihnen anschließen und die Krönung bis zu ihrer Befriedigung aussetzen würden, so kam kein Vergleich zu Stande und Erzherzog Maximilians Vermittlungsvorschlag, der ihnen die Konzession Kaiser Maximilians II anbot, fand keinen empfänglichen Boden. Nachdem hierauf Mathias in Preßburg glücklich gekrönt war, rief er abermals Žerotin zu sich und bediente sich seines Rathes in der österreichischen Dez.
Angelegenheit. Auch jetzt blieb derselbe seinen versöhnlichen Grundsätzen 1608
getreu, indem er einerseits dem König den Abschluß des Štěrboholer Bundnisses nicht verhehlte und sonach deutlich zu verstehen gab, daß Ungarn und Mähren eine gewaltsame Unterdrückung der Oesterreicher nicht zugeben könnten, andererseits aber gleichfalls die letztern zur Aufgebung allzuschroffer Forderungen mahnte. Es scheint, daß Mathias einige Augenblicke das zu thun erbötig war, was von seiner Seite zur Ausgleichung des Streites nöthig erscheinen konnte und daß er sonach die Oesterreicher auf demselben Fuße wie die Mährer behandeln wollte. Denn auch der Palatin Illeshazy, welcher gleichfalls nach der Preßburger Krönung nach Wien gekommen war, schloß sich den Rathschlägen Žerotin's an, indem er sowohl den Hornern Mäßigung als dem König Nachgiebigkeit empfahl. Gewiß ist, daß der Palatin letzterem in freimüthiger Weise die Folgen einer längeren Dauer des gegenwärtigen Zerwürfnisses auseinandersetzte. Er machte Mathias darauf aufmerksam, daß er bei einem blutigen Zusammenstoße in keinem Fall auf einen Sieg rechnen könne, denn behaupte er anfangs auch das Schlachtfeld, so sei damit nichts für ihn gewonnen, da die Stände Ungarns und Mährens sich dann nur um so entschiedener auf die Seite der Horner stellen müßten. Da es hieß, daß Khlesl dem König gerathen hatte, lieber mit „einem weißen Stäbchen" in der Hand das Land zu verlassen als den Ständen nachzugeben, so sagte Illeshazy mit Bezug auf diesen Rath, daß er demselben nimmer beistimmen könne, „denn die Länder würden wohl einen Herrn und König immer noch bekommen, Mathias aber keine Länder mehr." Oesterreich sei das Stammland der Habsburger und demnach wohl zu bedenken, da dasselbe wegen einer Sache preisgegeben werden solle, die sich nun einmal nicht befehlen lasse, nämlich der Glaube. Man möge doch Andere glauben lassen, was ihnen beliebe, denn Niemand werde für einen Andern weder zum Himmel noch zur Hölle fahren. Mathias erwiederte auf diese Vorstellungen, daß er seinem Bruder Maximilian hinreichende Vollmachten für die Befriedigung der Stände ertheilt habe, daß aber jeder Ausgleich an den stets weiter gehenden Forderungen derselben scheitere. Illeshazy gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern entgegnete, er höre von strengen Mandaten,

die man gegen die Stände veröffentlichen wolle, um sie zum Gehorsam zu zwingen und die ihm nicht darnach angethan schienen, als ob sie den Frieden herbeiführen könnten. — In der That wurden in der Kanzlei des Königs offene Mandate vorbereitet, welche die Stände unter Androhung von Strafen zur Leistung der Huldigung mahnen und ihre Unterthanen von allen Pflichten loslösen sollten, falls sie weiter im Ungehorsam verharren würden. Mathias entschuldigte die vorläufige Abfassung derselben damit, daß er sie nicht in Anwendung bringen, sondern nur den Widerspänstigen einigen Schrecken einflößen wolle. Er setzte darauf auseinander, daß er die Absicht habe, den niederösterreichischen Ständen eine erweiterte Religionsfreiheit zu gewähren; er wolle deshalb den Predigern des Adels gestatten, ohne Gefährde die Städte zu betreten, daselbst Kinder zu taufen und das Abendmal zu verabreichen; den Bürgern wolle er nicht verwehren, protestantische Kirchen in der Nachbarschaft zu besuchen; eine öffentliche Ausübung des Gottesdienstes in den Städten könne und werde er dagegen nicht bewilligen, so wenig als er diese in Mähren bewilligt habe. Eben so wenig wollte er einen Einwand gegen die Gleichberechtigung zwischen Katholiken und Protestanten bei der Besetzung der obersten Staatsämter erheben und erklärte sich schließlich erbötig, alle Privilegien des Landes zu bestätigen und überhaupt die Verwaltung auf einem geregelteren Fuße einzurichten. Illeshazy bemerkte auf diese Mittheilungen, daß sie seiner Ansicht nach vollkommen genügen dürften, einen Ausgleich mit den Protestanten Niederösterreichs herbeizuführen, zugleich aber stellte er die Frage, was denn der König mit den Oberösterreichern zu thun gedenke und ob sie anders behandelt werden sollten. Auch in dieser Beziehung beruhigte ihn Mathias; er versprach den letzteren gleiches zu bewilligen, erklärte aber, daß sie vorher für ihr bisheriges dem offenen Aufstand sich zuneigendes Auftreten Abbitte leisten und bekennen müßten, Unrecht gethan zu haben. Thäten sie dies, so werde er ihnen einen Bescheid geben, mit dem sie zufrieden sein sollten. Illeshazy gab sich mit dieser Aufklärung zufrieden und in der That schien sie so ziemlich den Konzessionen gleichzukommen, zu denen Mathias sich in Mähren verstanden hatte*).

Wenn der König thatsächlich Illeshazy die Versprechungen gemacht hatte, welche wir hier angeführt haben und deren Kenntniß nur aus des letzteren Mittheilung zu uns gelangt ist, so besann er sich doch bald darauf eines andern und gab wieder zu erkennen, daß er über die

---

*) Münchner Staatsarchiv 117/3, 12. Relation des Freiherrn von Eytzing über seine Gesandtschaft bei Illeshazy.

Konzession seines Vaters nicht hinausgehen wolle. Gewiß trug die Rücksicht auf Rom und Spanien viel zu dieser Umwandlung bei, Illeshazy aber schrieb dieselbe einfach dem Einfluße Khlesls und seiner Partei im Rathe des Königs zu. Was diesen Rath begrifft, so bestand derselbe aus Khlesl, Liechtenstein, Kuhn, Meggau, Breuner, Trautson, Mollart, Krenberg und Harrach. Von diesen besaß Khlesl im höchsten Grade das Vertrauen seines Herrn und war sonach derjenige, welcher den öffentlichen Angelegenheiten den bestimmenden Impuls gab. Ihm schloßen sich Kuhn und Meggau an, während Liechtenstein an der Spitze der übrigen Räthe stand; die ersteren waren für die Nichtbewilligung der ständischen Forderungen, die letzteren dagegen empfahlen angelegentlich einen baldigen Ausgleich*). Erzherzog Maximilian, welcher die religiösen Streitigkeiten seiner Zeit in kaltblütiger Weise vom politischen Standpunkte aus beurtheilte, nahm die Mitte zwischen beiden Parteien ein; er theilte nicht den Haß der khleslischen Partei gegen den lutherischen Glauben, wohl aber hütete er sich gleich ihr, vor einer Vorschubleistung der politischen Bestrebungen der Protestanten. So mag es wohl gekommen sein, daß Mathias, beeinflußt von der Ueberzeugung des ihm aufrichtig ergebenen Bruders und geleitet von dem Rathe des ihn nahezu beherrschenden Khlesl, schnell die Illeshazy gemachten Zusagen vergaß und Anstalten traf, durch die Publikation strenger Mandate die Protestanten zur unverweilten Huldigung zu nöthigen. Illeshazy, welcher nach diesem Umschwung in Mathias' Haltung sowohl bei Maximilian als bei Khlesl und seinen Anhängern zu Gunsten der Horner vermitteln wollte, stieß auf harten Widerstand; einer der Räthe, dessen Name uns nicht weiter bekannt ist, den der Palatin aber als einen noch jüngern Mann bezeichnet, erwiederte ihm auf seine Vorstellungen: „Die Konfirmation der von den Hornern gemachten Forderungen könne nur mit Blut geschehen." Illeshazy entgegnete ihm: „Mein lieber Herr Sohn, euer Blut ist viel zu wenig dazu, um daß Ihr dieses alles konfirmiren solltet." Er reiste darauf nach Ungarn, die Entwicklung der österreichischen Angelegenheiten sich selbst überlassend.

Es versteht sich, daß die Horner von den vergeblichen Anstrengungen Zerotins und Illeshazy's, zu ihren Gunsten zu vermitteln, ziemlich genaue Kenntniß besaßen. Waren sie schon früher nicht ganz zufrieden, als die genannten Herren auch sie zur Mäßigung mahnten, und ließen sie es nicht an verdächtigenden Beschuldigungen gegen die-

---

*) Archiv von Simancas 2495/50. Erzh. Leopold an Ferdinand ddo. März 1609.

selben fehlen, so waren sie nunmehr vollends gegen Mathias und seine Umgebung entrüstet, als ihnen diese nicht einmal so viel gewähren wollten, was jene schlaffen Freunde für nothwendig gehalten. Jetzt fand Tschernembl bei seinen Parteigenossen einen wohl vorbereiteten Boden, um einigen von ihnen die Unterhandlung mit dem Kaiser empfehlen zu können und so den Plan, dessen Grundzüge in Wittingau
15.Dez. entworfen worden waren, seiner Durchführung näher zu bringen. Er
1608 ersuchte nunmehr den Fürsten von Anhalt in aller Form, dem Kaiser auf einem passenden Wege die Erklärung zukommen zu lassen, daß die Oesterreicher geneigt seien, unter seine Herrschaft zurückzukehren, wofern er jene Forderungen, deren Gewährung sie bis jetzt vergeblich von Mathias verlangt hätten, bewilligen würde. Zugleich fügte er seiner Bitte den Wunsch bei, daß die Reichsfürsten auf irgend eine Weise dem Vertrage mit dem Kaiser als Garanten beitreten möchten*). Wie sehr alles dies Anhalt genehm war, ist leicht begreiflich; gleichwohl mäßigte er die eigene Ungeduld und statt den Versuch einer direkten Unterhandlung mit dem Kaiser augenblicklich zu erneuern, verlangte er nochmals Tschernembls ausführliche Mittheilungen nicht bloß über Oesterreich sondern auch über Ungarn und Mähren. Er dachte nichts Halbes zu thun, sondern geradezu dem König, sobald er sich einmal mit ihm in Kampf begeben würde, seine sämmtlichen Besitzungen zu entreißen; deshalb wollte er erst die Aussichten kennen, welche für das Gelingen dieser Unternehmung sprachen, um darnach seine Anträge an den Kaiser zu bemessen**). Bevor jedoch noch eine Antwort von Tschernembl einlief, ersparte ihm ein eigenthümlicher Zufall die Aufsuchung eines passenden Weges, um mit dem Kaiser in direkte Verhandlungen zu treten.

Während der letzten Wochen hatte sich in Prag Dr. Croll, der Leibarzt des Fürsten von Anhalt, den dieser gelegentlich auch zu diplomatischen Missionen zu verwenden pflegte, aufgehalten. Derselbe starb unerwartet schnell in Prag und ehe noch sein Herr Gelegenheit fand, dessen Papiere durch einen anderen Agenten in Sicherheit zu bringen, waren sie bereits im Auftrage des Kaisers mit Beschlag belegt worden***). Eine nähere Untersuchung warf hinreichend Licht auf die enge Verbindung,

*) Bernburgen Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 62. Tschernembl an Anhalt ddo. Horn den 15. Dezember 1608.

**) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 66. Anhalt an Tschernembl ddo. 15/25. Dezember.

***) Bernburgen Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 91. Anhalt an Kurpfalz dd. Amberg 29. Dezember 1608. A. St.

in welcher der Fürst zu den Horner Ständen stand, und erzeugte in dem Kaiser den abenteuerlichen Plan, Anhalt um seine Vermittlung bei den Oesterreichern anzusuchen.

Um die verlorne Herrschaft wieder zu gewinnen, war der Kaiser jetzt geneigt, jeden Preis zu zahlen. Es ist zwar sonderbar aber richtig, daß, so lange Mathias noch nicht in Ungarn gekrönt war, sich der Kaiser noch immer nicht der Hoffnung entschlagen konnte, derselbe werde freiwillig wieder zu seinen Gunsten auf die abgetretenen Länder Verzicht leisten. Nichts war ihm deshalb willkommener, als die Nachricht von den Schwierigkeiten, denen Mathias in den erworbenen Ländern begegnete; in dieser Richtung war sein Geist ununterbrochen beschäftigt, in jeder andern war er wie todt. Es gab weder für die angesehensten Personen seines Hofes noch für die fremden Gesandten ein sicheres Mittel zu ihm zu gelangen oder auch nur eine Schrift ihm zukommen zu lassen; entweder kam die Schrift nicht in seine Hände oder sie wurde von ihm ungelesen weggeworfen. Wer aber doch zu ihm gelangte, durfte über nichts anderes mit ihm reden, als über den einzigen Gegenstand, der ihn unablässig beschäftigte, nämlich die Erniedrigung seines Bruders*). Die chimärischen Hoffnungen, die er bezüglich des Wiedergewinns der abgetretenen Länder hegte, beruhten auf dem trotzigen Auftreten der Oesterreicher und auf der Annahme, daß sich die Ungarn mit denselben verbünden und die Krönung verweigern würden. Er erwartete, daß Mathias schließlich aus Verzweiflung über die sich aufthürmenden Schwierigkeiten sich ihm in die Arme werfen und auf die abgetretenen Länder Verzicht leisten würde! Die Nachricht von der in Preßburg vollzogenen Krönung traf ihn deshalb wie ein Donnerschlag und regte ihn in furchtbarer Weise auf; ergrimmt wie ein „Löwe", ergoß er sich in Vorwürfen gegen seinen Bruder und beschuldigte ihn der Falschheit, weil er ihn in seinen letzten Briefen eine Rückerstattung des Entrissenen habe hoffen lassen. Mit der eigenthümlichen Auffassungsweise eines Kranken hatte nämlich der Kaiser aus dem unterwürfigen Tone eines Briefes von Mathias diese Hoffnung gefaßt, hatte bereits im Geiste die bittende Gestalt seines Bruders und dessen Verzicht auf die erworbenen Rechte

*) Simancas 2494/102. Zuñiga an Philipp III ddo. 8. November. . . ni ay camino ninguno para alcançar audiencia de S. M. ni persona, que se encarguo de darle ningun recato mio ni de nadie, ni nadie, que le hable sino en lo, que el le pregunta o en cosa, que saven conocidamente, que le a de dar mucho gusto, y si sele escrive algun billete, no ay seguridad ninguna de que aya de llegar a sus manos.

vor sich gesehen und nun besiegelte die Krönung auf unwiderrufliche Weise den Verlust*).

Dennoch gab der Kaiser seine sonderbaren Hoffnungen auf die Wiedererwerbung der verlorenen Länder noch nicht auf. Er schickte den Erz-
9. Dez. herzog Leopold, welcher gerade in Prag zum Besuche weilte, den
1608 Grafen Althan, den Appellationsrath Tennagel und den Reichshofrath Hegenmüller**) nach Wien, um geradezu von seinem Bruder die Rückerstattung des Verlorenen zu verlangen! Erzherzog Leopold hatte im Verein mit Maximilian persönlich bei Mathias dieses Begehren zu unterstützen, während Tennagel und Althan heimlich mit den Hornern selbst in Verbindung treten und sie gegen Anbietung mannigfacher Vortheile zur Anerkennung ihres frühern Herrn bewegen sollten. Mathias wies diese Anträge nicht in der entschiedenen Weise von sich, wie man vielleicht vermuthen sollte; er deutete selbst an, daß er nicht ganz ungeneigt wäre, des Kaisers Begehren zu erfüllen, wenn er nicht in seinen Entschlüßen durch seine neuen Unterthanen zu stark beschränkt wäre. Mathias meinte es wohl keinen Augenblick mit der Rückerstattung ernstlich und machte also mit der unterwürfigen Sprache nur einen Versuch, dem Kaiser eine versöhnlichere Stimmung einzuflößen. Als er aber Rudolfs Hartnäckigkeit und die gegen ihn mit den Hornern angesponnenen Machinationen merkte, schlug er rundweg dem Kaiser sein Begehren ab und der Reichshofrath Hegenmüller kehrte endlich mit der Antwort zurück, daß Mathias sich zu allem nur nicht zur Abtretung der Länder verstehen könne. Nichtsdestoweniger stellte Rudolf nochmals das Ansuchen, sein Bruder solle ihm wenigstens Mähren und Oesterreich zurückgeben***). Was für eine Antwort der Letztere gegeben, ist uns nicht bekannt, gewiß mögen aber des Kaisers unerträgliche Forderungen später seinen Entschluß, mit den Oesterreichern um jeden Preis sich zu versöhnen, beschleunigt haben. Althans Versuch, direkte Verbindungen mit den Horner Ständen anzuknüpfen, endete resultatlos und nöthigte den Unterhändler zur schleunigen Flucht nach Böhmen.

In diesen Momenten, wo der Kaiser durch direkte Verhandlung mit

*) Simancas 2494/109. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 28. November. — Ebendaselbst 2494/72. Zuñiga an Philipp III ddo. 5. Dezember 1608. La nueba de la coronacion de Ungria ha hecho terrible effecto. . .

**) Hurter, Ferdinand II Bd. VI S. 1608. Tennagel war ein Däne von Geburt und Schwiegersohn Tycho Brahe's. — Simancas 709. Protokoll der Staatsrathssitzung vom 10. März 1609.

***) Simancas 709. Protokoll der Staatsrathssitzung in Madrid ddo. 10. März

Mathias und durch geheime Intriguen mit den Hornern sich zum Besitze des Verlornen wieder helfen wollte, geschah es nun, daß ihm die oben berührten Papiere Crolls in die Hände fielen. Gierig nach der günstigen Gelegenheit greifend, welche ihm ein vertrautes Einverständniß mit Anhalt zu bieten schien, beauftragte er den Landgrafen von Leuchtenberg, den Fürsten direkt zur Angabe jener Wege aufzufordern, durch welche er „die erlittenen Scharten auswetzen könnte". Anhalt, der, wie wir wissen, von Tschernembl in einer fast offiziellen Weise zu Verhandlungen mit dem Kaiser ermächtigt worden war, erwiederte dem Landgrafen, er sei jederzeit, „insbesondere aber seit dem Regensburger Reichstage", als alle Welt wider den Kaiser aufge- 1. Jän.
treten, auf dessen Bestes bedacht gewesen und habe zu seiner Rettung 1609
„einige so gute Gelegenheiten ersehen gehabt, daß er sich geradezu wundern müsse, weshalb sie sonst von Niemanden erkannt worden seien". Seien nun auch diese Gelegenheiten bereits verschwunden, so ergäben sich wiederum neue und er für seine Person sei gern erbötig, den Kaiser auf dieselben aufmerksam zu machen*). Kaum hatte Anhalt diese Antwort nach Prag abgeschickt, so kam auch bereits von dort ein gewisser Oberst Gunderode, um im Auftrage des Kaisers persönlich die Verhandlungen einzuleiten. Gunderode lebte damals in Prag als offiziell beglaubigter Agent des Königs von England und es wirft sonach ein eigenthümliches Licht auf Rudolf, daß er sich in einer so wichtigen und zugleich so wenig rühmlichen Angelegenheit eines fremden Diplomaten bediente. Der Gesandte hatte den Auftrag, nicht nur dem Fürsten von Anhalt selbst einen passenden Lohn zu versprechen, sondern zugleich im Namen des Kaisers den Oesterreichern freie Religionsübung anzubieten, im Falle sie zu ihrem frühern Herrn zurückkehren würden. Uebrigens lud er den Fürsten ein, nach Prag zu kommen, da der Kaiser wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, sich mit ihm über die gegenwärtigen Verhältnisse zu berathen**).

Anhalt erwiederte dem Obersten, daß er nur noch Nachrichten aus Oesterreich erwarte, ob Mathias abermals den Hornern eine abschlägige

---

über die Briefe Zuñiga's vom 17., 30. und 31. Jänner. — Ebendaselbst 2495/69. Zuñiga an Philipp III ddo. 3. Jänner 1609.

*) Archiv von Bernburg. O XIII, Vol. III Fol. 75. der Landgraf von Leuchtenberg an Anhalt ddo. 28. Dezember. — Ebendaselbst Fol. 76. Anhalt an Leuchtenberg ddo. 1. Jänner 1609.

**) Bernburger Archiv. O XIII Vol. III, Fol. 91. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg den 8. Jänner 1609.

Antwort auf ihre erneuten Bitten gegeben und daß, wenn dies der Fall sein sollte, er die Unterhandlungen mit dem Kaiser ernstlich in Angriff nehmen wolle. Dem letztern selbst dankte er in einem Briefe für das geschenkte Vertrauen und setzte ihm zugleich auseinander, worauf er seine Hoffnungen, ihm zum Wiedergewinn des Verlornen zu helfen, begründe. Seine Worte verdienen hier einen Platz, denn sie sind selbst in der lügenhaften Sprache der Diplomatie ein Denkmal seltener Gleißnerei. Er wolle, sagte er, dem Kaiser den Grund für seine Hoffnungen angeben und dieser beruhe darin, daß kein römischer Kaiser so lange Jahre so ansehnlich und glücklich regiert (!) und keiner seit hundert Jahren so glänzende Siege gegen die Türken erfochten habe, als er, sodaß der Sultan selbst ihn habe um Frieden bitten müssen. (!!) Nun habe der Kaiser zwar einen Theil seiner Länder „nach fürfallender Occasion*) theils aus Indulgenz, theils aus Gratifikation, theils aus Zufall abgetreten", doch könne es einem solchen Monarchen nach Anhalts einfältigem Ermessen nicht viel Mühe kosten, die von Andern beleidigten Länder wieder durch „Temporisirung" dauernd an sich zu bringen, um so mehr, da das kurfürstliche Kollegium auf seiner Seite sei, dieses verhoffentlich nicht ein geringes (zu seiner Erhöhung) beitragen und auch der „Respekt, die Dependenz und Auktorität, deren er sich bei fremden Königen und Fürsten erfreue, etwas ansehnliches prästiren werde". Diese auswärtige Hilfe vereint mit „der Neigung der Gemüther in den Erbländern, die zwar Gott lenke, wohin er wolle, die aber allbereits merklich verspürt werde, sei ein Fundament", auf welches der Kaiser nicht vergeblich die Erfüllung seiner Wünsche begründen dürfe **). Die Urtheilskraft des Kaisers muß wohl stark gelitten haben, wenn die Unwahrheiten dieses Schreibens ihn nicht mehr erzürnten, sondern noch seinen Hoffnungen schmeicheln konnten. Gunderode's Reise nach Amberg blieb übrigens kein Geheimniß, denn dieser prahlte nach seiner Rückkehr nach Prag, er habe in wenigen Tagen mehr zu Gunsten des Kaisers zu Wege gebracht, als

---

*) Wir haben uns bemüht das Schreiben seiner veralteten Form zu entkleiden und namentlich die lateinischen Ausdrücke durch deutsche zu ersetzen. Es ging dies jedoch nicht überall an und namentlich gelang es uns nicht die Worte: „nach fürfallender Occasion" modern umzukleiden, denn sie enthalten eine so auf Schrauben gestellte Lüge und Unklarheit, daß jede Umkleidung das charakteristische und doch nichtssagende dieser Phrase verwischen würde.

**) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, Fol. 80. Anhalt an den Kaiser ddo. Waldmünchen 7. Jänner 1609. N. St.

seine übrigen Räthe in langen Reisen; man werde bald merkwürdige Dinge erleben*).

Nachdem so Anhalt die Verbindung mit dem Kaiser in Gang gebracht hatte, entwarf er auch in einem Gutachten die Bedingungen, unter welchen die Oesterreicher wieder unter ihren früheren Herrscher zurückkehren könnten. Die erste und unerläßliche Bedingung war ihm natürlich die Freigebung des Glaubens und die völlige Gleichberechtigung der Protestanten mit den Katholiken; damit diese aber dauernd erhalten würde, sollten die protestantischen Fürsten und Kurfürsten so wie der König von England die Garantie des Vertrags durch ihre Mitunterzeichnung übernehmen**), den Ständen selbst sollten zur Erhaltung ihrer politischen Freiheit der Zusammenhang mit der Union freigegeben und Zusammenkünfte aller Art erlaubt sein. Dieser Entwurf, welchen Anhalt zur Begutachtung nach Oesterreich schickte, kreuzte sich auf dem Wege mit einem andern Entwurfe, welchen Tschernembl nach Amberg schickte. Der letztere unterschied sich in seinen Forderungen von Anhalt dadurch, daß er die Garantie auswärtiger Fürsten nicht für nothwendig hielt und weniger auf das Bündniß mit der Union als auf die Aufrechthaltung des Bündnisses mit Ungarn und Mähren ein Gewicht legte***). Die Ansichten des österreichischen Tribuns waren deshalb nicht so weitgehend, weil er stets die Möglichkeit im Auge hatte, daß seine bisherigen Freunde, von denen nur ein sehr kleiner Theil in die Unterhandlungen mit Rudolf eingeweiht war, ihm nicht so weit folgen dürften, als Anhalt wünschen mochte; deshalb ersuchte er auch den letztern, noch vier Tage mit definitiven Anträgen an den Kaiser innezuhalten, weil er hoffte, ihm bis dahin Nachricht geben zu können, welche Stellung Mähren und Ungarn beim Ausbruche des Kampfes gegen Mathias einnehmen würden. Auf die frühere Frage des Fürsten, ob Hoffnung vorhanden sei, daß auch diese Länder für Rudolf gewonnen werden könnten, antwortete er verneinend. Wiewohl nun Anhalt die Verhandlungen mit dem Kaiser nicht weiterführen konnte, so lange nicht von Tschernembl fernere Mittheilungen eingelaufen waren, so ließ er doch die Zeit nicht ungenützt vorüberstreichen. Von Gunderode, den er mit den momentanen Hindernissen einer sofortigen Uebereinkunft mit dem Kaiser bekannt machte, verlangte er zu

12. Jän 1609

29. Jän

*) Brüssel. Secret d' Etat. Allem. Carton 163. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 17. Jänner 1609.

**) Bernburger Archiv. O XIII, Fol. III, Vol. 101. Gutachten Anhalts ddo. 12. Jänner 1609.

***) Bernburger Archiv. O XIII, Fol. 68. Tschernembl an Anhalt ddo. 12. Jänner 1609.

wissen, wie man in Prag die künftigen Verhandlungen einzuleiten gedenke. Anhalt wünschte mit ihnen selbst im Namen des Kaisers, ohne Dazwischenkunft eines Dritten, betraut zu werden, weil er die Vortheile ihrer glücklichen Beendigung, da, wo er allein die Mühe gehabt, Anderen nicht überlassen wollte. Zugleich stellte er die Forderung, der Kaiser solle dem Erzherzog Leopold die Weisung zukommen lassen, nicht mehr gegen die Protestanten eine feindliche Haltung anzunehmen. Seit seiner Gesandtschaft nach Wien war nämlich der junge Erzherzog daselbst geblieben und hatte sich bei jeder Gelegenheit auf das energischeste gegen die Horner ausgesprochen *).

Um über das fernere Verhalten der Ungarn und Mährer im klaren
1609 zu sein, hatten die Horner in den ersten Tagen des Monats Jänner an beide eine Gesandtschaft abgeordnet, wozu sie auch durch die strengere Haltung, welche Mathias mittlerweile einschlug, veranlaßt wurden. Gleich beim Beginn des Jahres 1609 bot er nämlich den Protestanten abermals die unverkürzte Konzession Maximilians II und die Zulassung zu den höhern Aemtern an, dafür aber rügte er in energischer Weise ihr bisheriges Betragen und befahl ihnen die Leistung der Huldigung bis zum 21. Jänner. In einem zweiten Mandat forderte er das von den Ständen geworbene Volk auf, in seine Dienste zu treten und schon sprach man davon, daß auch ein drittes Mandat**) vorbereitet werde, welches die Unterthanen des widerspänstigen Adels von ihren Pflichten und namentlich von der Robotleistung losbinden sollte. Die Horner Versammlung, von diesen Mandaten schon in Kenntniß gesetzt, bevor sie noch veröffentlicht wurden, beschloß die Ungarn und Mährer nochmals an die Verpflichtungen des Štěrboholer Bündnisses zu mahnen. In Olmütz er-
9. Jän. langte ihre Gesandtschaft so viel, daß die daselbst zufälligerweise ver-
1609 sammelten obersten Beamten des Landes sammt einigen Landständen versprachen, daß, falls der Bericht einiger Herren, die man nach Horn senden wollte, zu Gunsten der Oesterreicher lauten sollte, Mähren sich den durch das Bündniß auferlegten Verpflichtungen nicht entziehen werde ***). Mathias hatte eigens Herrn von Liechtenstein nach Olmütz geschickt, um den Einfluß der Horner Gesandten zu paralysiren, aber vergeblich,

*) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV. Anhalt an Gunderode ddo. 19/19. Jänner 1609.

**) Es war dasselbe, zu dessen Kenntniß Illeshazy bereits im Anfang Dezember 1608 gelangt war.

***) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV, Fol. 161. Relation der österreichischen Gesandtschaft an die Horner. — Ebendaselbst Fol. 70. Instruktion für die mährischen Gesandten.

denn wiewohl daselbst weiter nichts als die Absendung einer Deputation beschlossen wurde, so machte sich gleichwohl eine dem König so abgeneigte Stimmung geltend, daß Liechtenstein auf das eiligste nach Hause berichtete und seinen Herrn auf das inständigste vor jedem feindlichen Schritt gegen die Horner warnte*).

Nach Ungarn sandten die Horner Herrn Erasmus von Eizing, welcher, da die Stände des Landes nicht tagten, zum Palatin Illeshazy reiste und ihn um eine offene Erklärung ersuchte, wessen sich die Oester- 17. Jän reicher von den Ungarn zu versehen hätten, im Falle es zum Kriege zwischen ihnen und Mathias kommen sollte. Illeshazy empfing den Gesandten mit Zuvorkommenheit und theilte ihm alles das mit, was er zu Gunsten der Horner mit Mathias und seinen Räthen im vorigen Monate gesprochen hatte und fügte schließlich hinzu, daß er sein weiteres Benehmen nach vorläufiger Berathung mit dem Landeshauptmann von Mähren, welchen er noch am selben Tage zum Besuche erwarte, regeln werde. Eizing, mit dieser Antwort nicht zufrieden, verlangte positive Erklärungen, erinnerte ihn deshalb an die Verpflichtungen des Štěrboholer Bündnisses und erwähnte schließlich eines Gerüchtes, nach welchem 10.000 Ungarn bereits versammelt seien, um an Mathias' Seite zu kämpfen. Illeshazy stellte in Abrede, daß das Štěrboholer Bündniß die Oesterreicher im jetzigen Augenblicke zu irgend welcher Forderung berechtige, denn dasselbe sei nur für allgemeine und nicht für besondere Angelegenheiten aufgerichtet worden. Da nun das Verlangen der Horner nur eine „partikuläre" Angelegenheit sei, so könne er die Gespannschaften nicht berufen, um sie um ihre Meinung zu befragen. Aber das Versprechen könne er doch geben, daß, wie auch die Dinge ausfallen sollten, die Ungarn nicht gegen die Oesterreicher kämpfen würden, und sollten sie doch in ihr Land kommen, so dürfte dies nicht geschehen, um Mathias beizustehen. So günstig diese Erklärungen des Palatins lauteten, so genügten sie dem Gesandten dennoch nicht, denn er verlangte schließlich ein positives Versprechen, daß die Ungarn den Hornern helfen würden, und da dies Illeshazy nicht abgab, kehrte er ziemlich unzufrieden nach Hause zurück. Tschernembl, der es nicht ertragen konnte, wenn Jemand sich ihm nicht anschloß, nannte den Palatin geradezu einen Heuchler**).

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 226/65. Bernhard von Puchaimb an Rosenberg ddo. Horn den 22. Jänner 1609.

**) Münchner Staatsarchiv 117/3, 12. — Relation des Erasmus Freiherrn von Eytzing ddo. 28. Jänner 1609. — Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, 319. Tschernembl an Anhalt ddo. Horn den 19. Jänner 1609.

IV

Brachten die Gesandten der Horner auch nicht die Nachricht nach Hause, daß mährische und ungarische Truppen ihnen auf dem Fuße nachfolgten, um Mathias' Unnachgiebigkeit zu bekämpfen, so befriedigten gleichwohl ihre Berichte, denn sie sprachen mit Gewißheit die Vermuthung aus, daß man von Seite der Sterboholer Bundesgenossen nie das Geringste zu befürchten, wohl aber vieles zu hoffen habe. Dennoch war der Augenblick noch nicht gekommen, daß Tschernembl den Fürsten von Anhalt endgiltig für die Verhandlungen mit Rudolf autorisiren konnte, obwohl er seine schließlichen Aufträge nur bis auf den Empfang der Berichte aus Ungarn und Mähren, welche nunmehr eingelaufen waren, hinausgeschoben hatte; denn da die Mährer den Horner Gesandten auf dem Fuße auch eine Deputation an Mathias zur Vermittlung abgeschickt hatten, an deren Spitze Zerotin stand, so wollte Tschernembl, daß Anhalt mit dem Beginne der Verhandlungen mit Rudolf noch so lange innehalte, bis er erfahren haben würde, was die Mährer in Wien ausgerichtet hätten.

Diese abermalige Verzögerung behagte dem Fürsten von Anhalt nur wenig, weil er immer mehr fürchten mußte, daß Mathias unter dem von allen seinen Ländern auf ihn ausgeübten Drucke zuletzt doch nachgeben könnte. Da er nun einsah, daß Zerotin, nach dessen Meinung sich auch Illeshazy richtete, sowohl die Oesterreicher als Mathias in ihren Entschlüßen bestimmen würde, so nahm er zuletzt keinen Anstand, sich direkt an den mährischen Landeshauptmann zu wenden und ihn zur Theilnahme an den Unterhandlungen mit dem Kaiser aufzufordern, um so die gefürchtete Vereinigung zwischen Mathias und den Oesterreichern zu hindern*). Bei der kühlen Haltung, welche Zerotin ihm gegenüber eingenommen hatte, hätte Anhalt das gewagte dieser Aufforderung mehr bedenken sollen, denn er lief Gefahr, sein ganzes Spiel vor den Augen eines unparteiischen und friedliebenden Mannes aufzudecken. Auch war es thöricht zu glauben, daß die gewöhnlichen Phrasen von papistischer Tyrannei und Freiheit des Evangeliums auf einen Eingeweihten wie Zerotin einen tiefern Eindruck ausüben konnten. Aber Pläne flammenden Ehrgeizes, welche Anhalt selbst eine Krone als etwas Erreichbares vorgaukelten, ließen ihn auf seine sonstige Zurückhaltung ver-

---

*) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, Fol. 325. Anhalt an Zerotin ddo. 18/28. Jänner.

gessen*). Um ja nichts zu versäumen, was seine Wünsche fördern konnte, legte er bald darauf sogar Herrn von Tschernembl (!) dringend die Vereinigung mit dem Kaiser ans Herz und warnte ihn vor der Theilnahme an den Verhandlungen in Wien, da man leicht gegen seine Person einen gefährlichen Streich versuchen könnte.

Trotz dieser Schritte, durch welche Anhalt sich bemühte, den Faden der Verhandlungen, die in Wien beginnen sollten, abzuschneiden, sprach alles dafür, daß dieselben ihren Anfang nehmen würden. Tschernembl schrieb nach Amberg, man dürfe sich keine Hoffnung machen, daß Žerotin für den Kaiser gewonnen werden könnte; er habe vielmehr entschieden erklärt, lieber sich mit dem Türken zu verbinden, als je mehr unter die Herrschaft des Kaisers zurückzukehren. Dennoch gab damit Tschernembl selbst keineswegs das mit Rudolf begonnene Spiel verloren, sondern glaubte, daß die Wiener Verhandlungen bei Mathias' sicherer Unnachgiebigkeit resultatlos bleiben und man in ihnen nur eine Verzögerung aber keine Vereitlung der gemeinsamen Wünsche beklagen dürfe. In einem seiner aufrichtigen Ergüsse an Anhalt schloß er mit folgenden merkwürdigen Worten: „Um die Wahrheit zu sagen, so bin ich der Meinung, daß wir mit dem Kaiser eben so wenig zum Ziele gelangen, als mit dem König, denn die Beschaffenheit seines Charakters beruht darin, daß er alles beginnt und nichts beendet. Mein Plan ist der, daß wenn beide Prinzen unsere Forderungen abweisen, wir die protestantischen Fürsten des Reiches um ihre Hilfe ersuchen und dann ist alles gewonnen" **). An diese verständliche Mittheilung knüpfte Tschernembl noch die Bitte, die Union möchte wenigstens schleunig Gesandte nach Oesterreich schicken, die entweder den König zur Nachgiebigkeit bewegen oder mit den Ständen die letzten Verabredungen über eine thätige Beihilfe treffen könnten. — Anderer Art war die Antwort, welche zu gleicher Zeit von Žerotin auf Anhalts Aufforderung in Amberg einlief. Der Landeshauptmann erklärte darin, daß er, weit entfernt zur Wiedereinsetzung Rudolfs die Hand zu bieten, vielmehr alles aufbieten werde, um die Verhandlungen zwischen den Oesterreichern und Mathias zu einem glücklichen Resultate gelangen zu lassen und lieber es auf einen offenen Kampf ankommen lassen wolle, als eine Wiedervereinigung mit dem Kaiser zuzugeben. Nicht aus persönlichen Rücksichten handle er so, denn es wäre ihm am Ende leicht, sich mit dem Prager Hof wieder auf einen guten Fuß zu stellen, aber des-

*) Wir werden bald mehreres bezüglich Oesterreichs und Böhmens mittheilen.

**) Bernburger Archiv, O 13, Vol. IV, 355. Tschernembl an Anhalt ddo. 8. Feber. — Ebendaselbst Fol. 357. Derselbe an denselben ddo. 10. (?) Feber 1609.

halb, weil die Verbindung mit dem Kaiser gleichbedeutend mit der Wiedereinsetzung des verderbten Regiments wäre, welches allein die Ursache der letzten Ereignisse gewesen*). Anhalt konnte aus dieser Antwort schließen, daß er in seinen Mittheilungen an Zerotin zu weit gegangen sei und daß, wenn nicht das gleiche Band der Religion sie umfaßt haben würde, er wohl etwas schlimmeres als eine einfach ablehnende Antwort von ihm zu fürchten gehabt hätte.

Waren schon alle diese Nachrichten für Anhalt, der die Verhandlungen mit dem Kaiser gern schnell zu einem Abschluß gebracht hätte, unangenehm, so machte er zugleich die trübe Erfahrung, daß er mit allzugroßer Hast auf die bereitwillige Unterstützung der Union gerechnet habe. Wenn es zwischen den Oesterreichern und Mathias zu einem Kampfe kam, war Rudolf nicht im Stande, den erstern irgend welche Hilfe zuzuschicken, selbst in dem Falle nicht, wenn sie wieder unter seine Herrschaft zurückkehren wollten, denn daran war er durch die bereits auch in Böhmen ausgebrochenen religiösen Streitigkeiten, von denen wir bald hören werden, verhindert. Die Oesterreicher, sollten sie also nicht sich allein überlassen bleiben, bedurften der Hilfe der Union bei dem angestrebten Herrschaftswechsel und diese hatte Anhalt nicht nur in Aussicht gestellt, sondern er that alles, was in seinen Kräften lag, um die Union zu einem bindenden Versprechen zu vermögen. Während er deshalb den Pfalzgrafen von den Vorgängen in Oesterreich und von seinen mit dem Kaiser bereits angeknüpften Verhandlungen in Kenntniß setzte, und dabei selbstverständlich die nachdrücklichste und sorgfältigste Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten anriet, ersuchte zu gleicher Zeit ein in Linz versammelter Ausschuß der ober- und niederösterreichischen Stände sämmtliche Fürsten der Union in förmlicher Weise um eine wirksame Unterstützung mit Geld und Mannschaft und überhaupt um die Absendung eines Gesandten, mit dem die Bedingungen des Bündnisses besprochen werden könnten**). Aber die feinen Pläne Anhalts gelangten wieder in das großlöcherige Sieb des Kurfürsten von der Pfalz und seiner Freunde, wurden da sorgfältig durchgesehen, hin und her gerüttelt, so daß es uns nicht wundern darf, wenn sie abermals durchfielen. Von den Räthen des Kurfürsten von der Pfalz, die um ihr Gutachten angesucht wurden, sprach sich Loefenius, der bedeutendste, in entschiedener Weise gegen Anhalts kriegerische Einmischung

---

*) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV, Fol. 410. Zerotin an Anhalt ddo. Wien den 11. Feber 1609.

**) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 156. Die ober- und niederösterreichischen Stände an die Fürsten der Union ddo. Linz den 17. Jänner 1609.

aus. Er begrüßte die österreichischen Streitigkeiten mit Freuden als ein Mittel zur Schwächung der Habsburger, aber er glaubte dieselbe nicht auf so krummen Wegen wie die Wiedereinsetzung Rudolfs in die verlorene Herrschaft suchen zu müssen, sondern hoffte mit aller Sicherheit, daß man durch eine moralische Unterstützung der Oesterreicher, durch die Absendung einer Gesandtschaft nach Wien, gewiß zum Ziele kommen werde. Mathias werde dadurch beeinflußt, schließlich dennoch nachgeben und damit habe man erreicht, was man jetzt wünschen dürfe und könne. In ähnlicher Weise urtheilten die Fürsten der Union, der Pfalzgraf von Neuburg, der Markgraf von Baden und andere; auch sie waren vorerst nur für die Absendung einer Gesandtschaft und obwohl sie die thatsächliche Unterstützung der Union nicht zu verweigern gedachten, so wollten sie dieselbe doch von einem förmlichen Bundesbeschluß abhängig machen und zeigten demnach einiges Mißbehagen darüber, daß Anhalt sie ungefragt in Bahnen drängen wollte, welche ihm beliebten*).

Vor einigen Wochen hatte sich Anhalt selbst mit der Absendung einer Gesandtschaft der Union nach Oesterreich einverstanden erklärt, jetzt wäre er am liebsten an der Spitze einiger Regimenter in Oesterreich eingerückt, aber da die Umstände dies noch nicht möglich machten, so fügte er sich in das Unvermeidliche und beschleunigte, so viel er konnte, die Absendung der Gesandten, weil er nebenbei doch zu seinem Ziele zu kommen hoffte und auch Tschernembl mit diesem vorläufigen Auswege einverstanden war. Pleikhart von Helmstatt und Burkhardt von Weiler, der erstere im Dienste des Kurfürsten von der Pfalz, der letztere in dem des Herzogs von Würtemberg, wurden im Namen der Union nach Oesterreich abgeschickt, um die Stände zur Einigkeit und Ausdauer zu mahnen, bei Mathias selbst aber für die Gewährung ihrer Forderungen zu wirken**). Die thätige Hilfe der Union durften sie zwar in Aussicht stellen, aber doch noch nicht bindend versprechen; sie hatten auf einen Unionstag hinzuweisen, von dessen Beschluß alles abhänge. Im übrigen sollten sie auf das genaueste die Verhältnisse in Oesterreich studieren, die Mittel, welche Mathias und den Ständen zu Gebote stünden, kennen zu lernen trachten, um so der Union eine positive Grundlage für endgiltige Beschlüße zu liefern.

Während so Anhalt diese Gesandtschaft, deren Thätigkeit vielleicht

*) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 134. Des Loefenius Gutachten ddo. 21/31. Jänner. — Ebendaselbst Gutachten des Pfalzgrafen von Neuburg, des Markgrafen von Baden u. s. w.

**) Münchner Staatsarchiv 117/3, 1 und 54. Hauptinstruktion und Nebenmemorial für die nach Oesterreich geschickten Gesandten der Union.

gerade die von ihm gescheute friedliche Ausgleichung zwischen Oesterreich und Mathias herbeiführen konnte, sich gefallen lassen mußte, wurde er immer mehr von Prag aus bestürmt, mit den Verhandlungen zwischen dem Kaiser und den Oesterreichern nunmehr einen ernstlichen Anfang zu machen. Gunderode schrieb ihm, Rudolf sei von Herzen über seine Zuschriften erfreut und bewahre getreu das Geheimniß, indem er Niemanden Einsicht in dieselben nehmen lasse, sondern sie nach der Durchlesung wieder in seine (Gunderode's) Hände überantworte. Schon einige Tage nach dieser Mittheilung schrieb er ihm abermals, der Kaiser erwarte ungeduldig weitere Nachrichten und sei geneigt, den Fürsten für seine Dienste kaiserlich zu belohnen*). Anhalt erwiederte darauf, daß er für seinen Theil alles zur Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Kaiser beitragen möchte, daß man jedoch den Ausgang der Verhandlungen mit Mathias erwarten müsse, bevor ein Entschluß gefaßt werden könne. Bei dieser Gelegenheit wünschte er auch zu wissen, in welcher Art der Kaiser ihn belohnen wolle, wenn das Unternehmen gelinge, denn, fügte er hinzu, es sei nicht seine Gewohnheit umsonst „für Andere zu arbeiten"**). Diese Mittheilung, anstatt auf Rudolf aufheiternd zu wirken, machte ihn bestürzt und ärgerlich, denn er ersah aus derselben, was längst jeder Andere ersehen hätte, daß die Oesterreicher sich nur in dem Falle ihm anschließen wollten, wenn Mathias ihren Forderungen nicht genügen würde, und daß er, wie Gunderode sich ausdrückte, nichts anderes als ihr „Fickmüller" sei***). Zur selben Zeit waren bereits in Prag die böhmischen Stände zu einem Landtage versammelt, in dem Rudolf sein ihnen gegebenes Versprechen bezüglich der Religionsfreiheit einlösen sollte. Weit entfernt, ihnen das bewilligen zu wollen, was er doch den Oesterreichern von freien Stücken anzubieten im Begriffe war, fing er nun an einzusehen, daß er auf den von Anhalt gewiesenen Wegen kaum „die erlittenen Scharten" auswetzen dürfte.

Mittlerweile war Mathias, der nun seit fünf Monaten den Forderungen der österreichischen Stände einen beharrlichen Widerstand entgegengesetzt hatte, an der Grenze seiner Ausdauer angelangt. Wohl hätte ihm jeder urtheilsfähige und besonnene Rathgeber gleich anfangs sagen können, daß er einen vergeblichen Kampf gegen die Oesterreicher

---

*) Bernburger Archiv. O 13, Vol. VI, 144. Gunderode an Anhalt ddo. Prag 1. Feber. — Ebendaselbst Fol. 147. Derselbe an denselben 5. Feber.

**) Bernburger Archiv. O XIII, Fol. IV, Fol. 150. Anhalt an Gunderode ddo. 7. Feber 1609.

***) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. IV, Fol. 303. Gunderode an Anhalt ddo. Prag 13. Feber.

kämpfe, weil trotz aller schonenden Zurückhaltung sich schließlich dennoch die Mährer und Ungarn gegen ihn erklären würden. Allein sowohl die Mahnungen von Rom aus, als der Einfluß Khlesls, der nichts mehr von einer Nachgiebigkeit gegen die Protestanten wissen wollte, und endlich das zügellose Auftreten der letztern namentlich in Oberösterreich hatten seinen Widerstand hervorgerufen. Aber die Intriguen, welche der Kaiser indessen mit den Hornern angesponnen und die ihm der Hauptsache nach nicht unbekannt bleiben konnten, das fortwährende Ausbleiben der von Rom und Spanien erbetenen Unterstützung und der absolute Mangel an eigenen Hilfsmitteln zeigten ihm, daß eine baldige Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Protestanten eine unausbleibliche Nothwendigkeit sein werde. In seinem Rathe trat jetzt die früher geschilderte Theilung in zwei Parteien schroffer als je hervor und Liechtenstein und seine Anhänger sprachen sich mit aller Energie für die Befriedigung der Protestanten aus. Liechtenstein selbst trat um so entschiedener in der Vertheidigung toleranter Grundsätze auf, je mehr sein persönliches Interesse dabei ins Spiel kam. Dieser ehrgeizige Mann hatte sich in der Hoffnung an Mathias angeschlossen, daß er im Rathe desselben den ersten Platz einnehmen und so in Wirklichkeit die Stelle eines ersten Ministers erringen werde. Kaum war er jedoch nach Wien zurückgekehrt, so merkte er zu seiner unangenehmen Ueberraschung, daß Khlesl Mathias' vollständiges Vertrauen besitze und daß der Bischof keineswegs geneigt sei, den darauf begründeten entscheidenden Einfluß auf die Regierung mit Jemandem zu theilen, geschweige denn an einen Andern abzutreten. Diese Enttäuschung versetzte Liechtenstein in ein anhaltendes Unbehagen und erfüllte ihn mit dem tiefsten Groll gegen den eben so beneideten als gehaßten Nebenbuhler. Seine Partie war rasch gewählt; er trat um so entschiedener zu Gunsten der Protestanten auf, je mehr rein persönliche Gründe ihn dabei lenkten; thun wir ihm mit der Vermuthung Unrecht, daß er dadurch Khlesl's Sturz herbeiführen und seinen eigenen Einfluß zum maßgebenden erheben wollte?*)

So dem lähmenden Einfluße äußerlich im höchsten Grade ungünstiger Verhältnisse preisgegeben und durch die in seinem Rathe ausgebrochene Spaltung wankend gemacht, dachte Mathias jetzt wahrhaft an eine Befriedigung der Oesterreicher. Zerotin, der mit meh-

*) Die Geschichte des sich entwickelnden Zwiespalts zwischen Liechtenstein und Khlesl nimmt das ganze Jahr 1609 ein. Liechtenstein erboßt über Khlesl zog sich zuletzt nach Mähren zurück und begann von da aus mit Erzh. Albrecht Unterhandlungen, deren Endziel nicht klar ausgesprochen wurde, die aber eigentlich auf Besitzänderungen in Oesterreich hinaus liefen. Wir werden im Laufe der Erzählung näher darauf eingehen.

reren mährischen Herren zu ihm nach Wien gekommen war, erschien ihm der einzige Mann, der die Verhandlungen mit den Hornern zu einem glücklichen Ende bringen konnte; er rief ihn deshalb geradezu um seine Vermittlung an. Der entscheidende Schritt war damit geschehen; die Horner wurden alsbald davon benachrichtigt, daß der König ernstlich wegen Erfüllung ihrer Wünsche mit ihnen unterhandeln wolle, und aufgefordert zu diesem Behufe einen Ausschuß mit Vollgewalt aus ihrer Mitte nach Wien abzuschicken.

Diese ersten Schritte zu einem friedlichen Ausgleiche geschahen bereits im Monat Jänner, es dauerte aber bis zum 22. Februar, bevor
1609 die Verhandlungen in Wien wirklich ihren Anfang nehmen konnten. Die Ursache lag vor allem in Tschernembl, dem es um diese Zeit keineswegs mehr um einen friedlichen Ausgleich zu thun war, sondern der gern um jeden Preis die Verhandlungen mit dem Kaiser begonnen hätte. Aus diesem Grunde verzögerte er nicht nur die Wahl einer Deputation nach Wien, sondern bewirkte auch zugleich, daß derselben nur eine für zehn Tage giltige Vollmacht ertheilt wurde. Sollte innerhalb dieser Zeit die Einigung mit dem König nicht zu Stande kommen, so hatte die Deputation ihren Rückweg anzutreten und die Versammlung behielt sich die weitern Schritte vor.

Ein Mitglied der nach Wien abgeschickten Deputation war auch Tschernembl, der sonach Anhalts Warnung, nicht nach Wien zu gehen, nicht beachtete, wohl in der Ueberzeugung, daß er bei den Verhandlungen selbst leichter einen hemmenden Einfluß werde ausüben können als zu Horn. Denn daß er diese und keine andere Absicht habe, davon benachrichtigte er seinen politischen Freund unverweilt. Was Tschernembl und seine Freunde jetzt in Wien fordern wollten, bestand der Hauptsache nach in folgendem: Jedermann in Oesterreicher solle frei seine Religion bekennen, die öffentliche Ausübung des Gottesdienstes aber nur den drei weltlichen Ständen, den Herren, Rittern und Städten gestattet sein. Wolle Mathias den Städten dieses Zugeständniß nicht thun, so müsse wenigstens darauf bestanden werden, daß sie in ihrem außerhalb der Stadtmauern gelegenen Gebiete sich Kirchen erbauen dürften. Bei der Besetzung der hohen Aemter und bei der Regierung in Niederösterreich solle die strengste Gleichberechtigung gelten, in Oberösterreich aber, weil das Land größtentheils protestantisch, solle der Landeshauptmann und die Gerichtspersonen nur (!) aus den Protestanten gewählt werden*). Man mag aus diesem Beisatz urtheilen, ob Zerotin Unrecht

*) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV/408. Tschernembl an Anhalt ddo. Horn den 14. Feber 1609.

hatte, wenn er mit großer Vorsicht die Forderungen der Oesterreicher unterstützte. In dem Moment, wo sie über Gewalt und Knechtung des Gewissens klagen, suchen sie bereits ihre andersgesinnten Landsleute zu unterjochen. Wenn ein Prinz erfüllt von Stolz oder heiklem Ehrgefühl in Oesterreich die Regierung geführt hätte, so hätte das Wörtchen „Nur" vielleicht hingereicht, ihn zu einem Philipp II umzugestalten. Die Anmaßung der ständischen Oligarchie hatte in demselben den Gipfelpunkt erreicht.

Tschernembl benachrichtigte den Fürsten von Anhalt von den Forderungen, welche er in Wien zu erheben gedachte und bat ihn zugleich, in Erfahrung zu bringen, um wie viel mehr als dieses man wohl vom Kaiser erlangen könne. Habe er davon genaue Kunde, so würde man den Verhandlungen in Wien ein schleuniges Ende bereiten können*). Anhalt antwortete ohne Zögern, indem er alsogleich einen eigenen Gesandten an Tschernembl abschickte und ihn dringend bat, die Verbindung mit Rudolf nicht aufzugeben und um keinen Preis mit Mathias sich zu vergleichen; der Bruch mit Mathias würde zwar im nächsten Augenblicke zum Krieg führen, aber dieser selbst den Ständen die wichtigsten Vortheile in die Hände spielen, denn sie würden sich nicht nur nach Belieben versammeln können, sondern auch das Kriegswesen vollständig von sich abhängig machen, Rechte, welche sie allein durch einen Krieg dauernd an sich bringen könnten. Bezüglich des Kaisers sprach Anhalt mit Zuversicht die Erwartung aus, daß derselbe in alles, was man von ihm verlangen werde, einwilligen dürfte. Dieses fast diabolische Drängen nach Krieg und Verwirrung hatte seinen letzten Grund in zwar schwankenden aber kühnen Hoffnungen des Fürsten. Brach der Krieg aus, so mußten die Oesterreicher Jemanden mit dem Kommando über ihre Streitkräfte betrauen; wer war wohl passender dazu, als der, welcher unzweifelhaft den Befehl über die Unionshilfe führen sollte, nämlich Christian von Anhalt? Einmal an der Spitze eines Heeres in Oesterreich, Meister der Kräfte dieses Landes und seiner Verwaltung, war wohl Anhalt der Mann, um sich in dieser Stellung für alle Dienste mit dem Solde eines Generallieutenants zu begnügen? Seinem Gesandten Herrn von Schönberg gab er also den Auftrag, nicht nur die Vereinigung zwischen Mathias und den Oesterreichern so viel als möglich zu hintertreiben, sondern auch zugleich zu er-

*) Ebendaselbst. Tschernembl bittet, Anhalt solle ihm sagen „in welchen Punkten E. F. G. vermeinen, Das die Stende eher weichen, als die Sachen ad arma solten khomen laßen. Item ob dieselben vermainen, das bey dem Kaiser dises oder ein mehrers zu erhalten. Da ich deß eine gute nachrichtung möcht haben, würde man zu Wien desto schleuniger zu ende dieße tractation bringen mögen.

forschen, auf welche Hindernisse seine weitfliegenden Pläne stoßen könnten*). — Wenige Tage darauf traf bei Anhalt Herr von Conzin im Auftrage Mathias' ein und frug ihn im Namen seines Herrn, warum er sich in die österreichischen Angelegenheiten mische und selbst an feindseligen Zusammenkünften sich betheilige? Anhalt lehnte diese Anklagen von sich ab, da er sich gar nie in die österreichischen Wirren eingemischt habe, und nichts anderes wünsche als einen baldigen Ausgleich der Stände mit ihrem Herrscher**).

Dieser baldige Ausgleich, den Anhalt ebenso haßte, wie er früher den Ausgleich zwischen Rudolf und Mathias verwünscht hatte, kam endlich trotz der gleich feindseligen Haltung Tschernembls zu Stande. Der ganze Plan, die Einigung mit Mathias zu hintertreiben und mit Rudolf eine neue Verbindung anzuknüpfen, war an und für sich etwas so boshaftes und nichtswürdiges, daß er unausführbar war, wenn Mathias nur halbwegs sich nachgiebig zeigte, denn Ungarn und Mähren würden ihm entschieden gegen jede Intrigue ihren Beistand gewährt haben. Als demnach die Deputation der Horner in Wien eintraf und daselbst unter Vermittlung Zerotins die Verhandlungen ihren Anfang nahmen, war der ganze Streit auf ein Gebiet gelenkt, auf welchem zwar den Katholiken und mit ihnen auch dem König schwere Opfer zugemuthet wurden, auf dem man aber mit offenem Visier kämpfen mußte. Gegen den Ausspruch, welchen Zerotin im Einverständnisse mit Mathias zu thun im Begriffe war, gab es selbst für einen Tschernembl keine Appellation.

Zerotin, der in der zweiten Hälfte des Jänners nach Wien kam und der, wie wir erzählt, von Mathias als Vermittler angenommen wurde, hatte sich dieses Geschäftes auf das energischeste und ehrlichste angenommen. Nicht nur wies er Anhalts nach Prag hinweisende Aufforderungen zurück, sondern er verlangte auch von den Hornern eine genaue Angabe ihrer Forderungen und die Absendung einer Deputation nach Wien mit hinreichender Vollmacht zum Abschluß eines Vertrages mit Mathias. In seiner Gegenwart und in der Illeshazy's, welcher auch nach Wien gekommen war, konnten es die Horner nicht wagen, dem König härtere Bedingungen zu stellen, als ihm etwa von den Mährern gestellt worden waren, und Tschernembl konnte keines-

*) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV, Fol. 380. Memoriale Anhalts für Herrn von Schönberg ddo. 4. März 1609. N. St.

**) Münchner Staatsarchiv. 547/9, 9. Anhalts Antwort ertheilt Herrn von Conzin ddo. 7/17. März 1609.

wegs unter erheuchelten Vorwänden einen Abbruch der Verhandlungen herbeiführen, was er wohl hätte versuchen können, wenn die Hornen sich die Ratifikation der Wiener Vereinbarungen vorbehielten*). Die Horner gaben den Forderungen Zerotins nach, bestimmten jedoch, wie wir berichtet haben, daß die Verhandlungen in Wien nicht länger als zehn Tage dauern, und wenn sie bis dahin nicht zu Ende gebracht seien, abgebrochen werden sollten.

Gleichwohl vergingen die anberaumten zehn Tage, ohne ein Resultat zu Tage gefördert zu haben; die Forderung bezüglich der Städte erschien dem König als eine geradezu unerträgliche Bedingung, weil sie ihn schließlich jeder Macht im Lande beraubte. Denn nicht bloß forderten die Horner freie Religionsübung für die Bürger, sie verlangten auch, daß den Städten die Wahl ihrer Stadtschreiber freigelassen und überhaupt ihre Unabhängigkeit von den Landesfürsten so viel als möglich sichergestellt werde. Mit dem Moment, in welchem Mathias dieser Forderung nachgab, riß die exaltirte protestantische Partei in allen Städten die Regierung an sich, schloß sich eng an den oppositionellen Adel an, und es ist schwer zu sagen, ob überhaupt dem Fürsten noch eine Wirksamkeit übrig blieb. Solche und ähnliche Betrachtungen, Maximilians und Leopolds Rathschläge, die beide in Wien weilten und gleich heftig das Gebahren der Oesterreicher verdammten, Khlesls Warnungen, alles dies hielt Mathias vor der letzten Nachgiebigkeit zurück, so unvermeidlich sie schien. Dann und wann dachte er sogar daran, den Kampf aufzunehmen und in diesem Sinne schrieb er dem spanischen Gesandten in Prag, welcher ihm 11000 Scudi auf eigene Faust vorgestreckt hatte, daß er dieselben mit Verpfändung seines Wortes nur zur Unterdrückung der Ketzer verwenden wolle**). Als zehn Tage verflossen waren, ohne die Einigung herbeizuführen, wollte die Horner Deputation abreisen, aber mehrseitiges Zureden vermochte sie, ihren Aufenthalt noch um fünf Tage zu verlängern. Auch dieser Zeitraum verstrich und ward verlängert, bis endlich am 16. März die Verhandlungen sich vollständig zerschlagen zu haben schienen. Die Horner rüsteten sich bereits zur Heimkehr, Zerotin wollte die Rückreise antreten, als er nochmals zu Mathias berufen wurde. Was in diesem Zwiegespräch vor sich ging, wissen wir nicht, nur so viel ist bekannt, daß der Landeshauptmann vom Schlosse mit der Nachricht zurückkehrte, Mathias werde die Wünsche

---

*) Chlumecky: Karl von Zierotin S. 554.

**) Simancas 2495/33. Mathias an Zuñiga ddo. 6. März 1609. — Ebendaselbst Fol. 44. Khlesl an Zuñiga ddo. 5. März.

der Oesterreicher befriedigen. Liechtenstein und seine Partei hatten gesiegt; im letzten Moment kam es noch zu einer stürmischen Szene im Rathe des Königs, in welcher Leopold mit mehr Eifer als Einsicht gegen jede Beeinträchtigung der katholischen Kirche protestirte und schließlich in Vorwürfe gegen Liechtenstein sich ergoß, welche dieser nicht unbeantwortet ließ. Alles dies änderte aber nichts mehr an dem Entschluße Mathias', seine Räthe wurden mit der Ausfertigung der den Protestanten zu gewährenden Bewilligungen beauftragt, am 19. März war die „Resolution" abgefaßt, und am 21. März wurde sie den Ständen ausgefolgt.

Nach dieser Resolution ward allen Einwohnern in Oesterreich die Freiheit des Gewissens gewährleistet, den adeligen Ständen überdies die Uebung des Gottesdienstes auf ihren Gütern freigegeben. Was die Städte betraf, so wurde ihretwegen eine ähnliche Bestimmung wie bezüglich der mährischen getroffen, Mathias verpflichtete sich bloß mündlich, daß er ihnen keine Veranlassung zu Beschwerden geben werde. Die Frage wegen der öffentlichen Ausübung des lutherischen Gottesdienstes blieb also für sie unentschieden. Was die Verwaltung der Stadtämter und die Bürgeraufnahme betraf, so verstand sich Mathias nur zur Bestätigung der alten Privilegien und Freiheiten, eine Erweiterung derselben gab er mit Ausnahme jener auf die Religion bezüglichen mündlichen Versicherung nicht zu. Er verpflichtete sich weiter zur Errichtung eines Hofraths und zur Besetzung desselben in solcher Weise, daß auf die tauglichen Landsleute Bedacht genommen würde. Die Mitglieder der Gerichte sollten Personen beiderlei Glaubens entnommen werden und die Durchführung dieser und anderer Zusagen gleich auf dem nächsten Landtag geschehen*).

Während der Verhandlungen in Wien waren die Unionsgesandten dahin gekommen und hatten in einer Audienz Mathias im Namen ihrer Herren um Befriedigung der Stände ersucht. Es war dies eben nur ein Vorwand, denn auf ihrer Durchreise durch Linz, Horn und zuletzt in Wien trafen sie alle Vorbereitungen zum Abschluße eines Bündnisses zwischen der Union und Oesterreich**). Mathias' Resolution schnitt ihrer Wirksamkeit den Faden ab. Anhalt hatte mit seinen Einmischungsgelüsten zum zweiten Mal Schiffbruch gelitten.

Wenige Tage vor der Entschließung des 19. März war Erzherzog

*) Stülz, Tschernembl im Archiv der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften 1835.
**) Münchner Staatsarchiv 117/3, 26. Bericht der Unionsgesandten ddo. 3/13. April 1609.

Maximilian von Wien fortgereist, weil er nicht Zeuge der unaufschiebbaren Niederlage seines Bruders sein mochte. Bis zum letzten Augenblick harrte jedoch Erzherzog Leopold auf seinem Posten aus und protestirte nicht bloß in der Eigenschaft eines Prinzen des Hauses, sondern auch in der eines Bischofs von Passau gegen jede Nachgiebigkeit. Er bat seinen Bruder Ferdinand, schnell nach Wien zu kommen, um sein Ansehen gegen die Protestanten geltend zu machen; Ferdinand kam zwar, wie zu erwarten, dieser unnützen Aufforderung nicht nach, aber er beauftragte Leopold auch in seinem und der übrigen Brüder Namen eine Verwahrung einzulegen*). Damit endete der lange Kampf zwischen Mathias und den Hornern. — Wenn man bloß die religiöse Streitfrage ins Auge faßt und berücksichtigt, daß die Stände die Freiheit des Gewissens für Jedermann in Anspruch nehmen, so ließe sich schwerlich etwas zu ihrer Anklage und zur Entschuldigung des langen Widerstandes des Königs anführen, sondern man müßte die Resolution vom 19. März als eine erwünschte Beilegung tausendfacher Wirren und als das begrüßen, was das Toleranzpatent Josephs II den Völkern Oesterreichs war. Allein die religiöse Frage stand im 17. Jahrhundert im engen Verband mit der politischen und deshalb würde man gegen die historische Wahrheit gar sehr verstoßen, wenn man der „Resolution" gleich wohlthätige Folgen für die Freiheit des Gewissens zuschreiben wollte, als dem „Toleranzpatent" Josephs II. Obwohl der Wortlaut der Resolution Jedermann gegen den Glaubenszwang in Schutz nahm, so stellte sich in Wirklichkeit die Sache doch so heraus, daß von nun an der Adel über den Glauben seiner Unterthanen entschied. Mathias' Nachgiebigkeit entband also seine Unterthanen bloß von der katholischen Kirchengewalt, um sie der Willkür einiger Hundert Adelshäupter zu überliefern. Wir wollen damit nicht sagen, daß er seinen Widerstand gegen die Horner noch weiter habe fortsetzen sollen, sondern nur die Bedeutung der Resolution für die öffentliche Freiheit auf ihr wahres Maß zurückführen. Eine wahre Gewissensfreiheit setzt einen Zustand der Gesellschaft voraus, wie er im 17. Jahrhundert nicht vorhanden war. Es waren die Horner ebensowenig wahre Vertheidiger der Gewissensfreiheit, als Mathias der alleinige Gegner derselben. — Ebenso hatte auch der Eifer, mit welchem der Adel für die Städte auftrat, seinen Grund in der Absicht, sich durch Einführung der Glaubensneuerung dem Herrscher abwendig zu machen. Da aber kein Regent in

*) Simancas 2495/49 Leopold an Ferdinand ddo. 14. März. Ebendaselbst Nr. 50 derselbe an denselben ddo. 19. (?) März.

Europa damals seinen Thron behaupten konnte, wenn nachgerade seine Unterthanen sich ihm im Glauben entfremdet hatten, wofür Schweden und England mehrfach den Beweis lieferten, und Mathias dies wohl einsah, so wehrte er sich deshalb bis zum äußersten Moment, der Herrschaft über die Städte sich zu begeben und sie durch Zulassung der Glaubensneuerung dem Adel in die Hände zu spielen. Die Furcht um die Herrschaft, dies war, wenn nicht der alleinige, so doch allemal der wichtigste Grund, welcher sowohl Mathias wie seine Vorgänger und Nachfolger zum Widerstand gegen die Protestanten bestimmte, während andererseits die Stände überall durch geschickte Ausbeutung des religiösen Moments einer Adelsrepublik*) entgegenzusteuern suchten. So traten auf beiden Seiten die religiösen Angelegenheiten in die engsten Beziehungen zu der politischen Machtstellung des Herrschers und der Beherrschten, eine Verkettung, welcher wir im 17. Jahrhundert in allen Ländern Europa's begegnen, und die zwar meistens überall minder tragisch als in Oesterreich gelöst wurde, aber darum nicht minder auf dieselbe einseitige Weise wie in Oesterreich: durch die gewaltsame Herrschaft des einen oder des andern Glaubensprinzips.

Nachdem Mathias sich zu der „Resolution" entschlossen hatte, war die Huldigung keinem Anstande mehr unterworfen. Am 29. April huldigten die Niederösterreicher, am 21. Mai die Oberösterreicher.

Der Papst, welcher schon die den Ungarn gewährten religiösen Freiheiten mit Mißfallen zur Kenntniß genommen, aber in den ungünstigen Verhältnissen eine Entschuldigung für Mathias gefunden hatte, war diesmal in seinem Urtheile noch strenger. Wir können dafür keinen andern Grund angeben, als daß Mathias' Betragen in Oesterreich deshalb für tadelnswerther angesehen worden sein mochte, weil er daselbst den Protestanten neue Freiheiten bewilligte, während er in Ungarn im ganzen nur die hergebrachten bestätigte. Dies mag auch der Grund sein, weshalb jetzt erst angenommen wurde, daß er selbst und die betreffenden Rathgeber in die durch die Bulle in coena ausgesprochene Exkommunikation verfallen seien. Während der König um die Lossprechung von der Exkommunikation in Rom nachsuchte, mußten jene Räthe, die ihm zur Nachgiebigkeit gerathen hatten, um derselben theilhaftig zu werden, vor Mathias selbst sich des Irrthums schuldig bekennen und ihn ersuchen,

---

*) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 243. Mathias sagt dies selbst in seiner Instruktion für Ferdinand zu Conzin ddo. 11. Jänner 1609.

die Resolution in allen ihren Theilen als eine in vorhinein nichtige bei der nächsten Gelegenheit zurückzurufen. Triumphirend theilte dies Khlesl dem spanischen Gesandten in Prag mit*).

---

*) Simancas 2495/18. Khlesl an Zuñiga ddo. 2. Mai 1609. No han alcanzado (die königlichen Räthe) la gracia de la absolucion sino es acudiendo primero al Rey mobido por ellos, pidiendole perdon conociendo su culpa y confessando publicamente que los articulos concedidos son erroneos y ningunos y que assi no aconsejan a S. M. aora ni en adelante, que con la primera comodidad que fuere possible los reboque de todo punto; dieron al Rey esta satisfaccion y a mi tambien.

Siebentes Kapitel.

I. Eröffnung des böhmischen Landtags. Stellung der Lutheraner und Brüder zu einander. Verhalten des Kaisers gegen die Forderungen der Stände. Lobkowitz und Attems sind für die gewaltsame Abweisung der Protestanten. Rudolfs Bitten an den Kurfürsten von Köln. Verhandlungen mit Liechtenstein. Auflösung des Landtags. — II. Die Protestanten versammeln sich am Neustädter Rathhaus. Aufregung in Prag. Neue Forderungen der Protestanten. Zuniga. Rudolfs geistige und leibliche Beschaffenheit. Hannewaldts Auftreten für die Protestanten. — III. Leopold und seine Pläne. Seine Verbindung mit Sulz, Althan und Ramée. Wenzel von Kinsky, seine Verhandlungen mit Vischer, sein Reformplan. — IV. Abermaliger Widerstand des Kaisers. Aufregung unter den Protestanten. Sie fassen den Beschluß sich zu bewaffnen und verlassen den Landtag. Die sächsische Vermittlung. Der Kaiser entschließt sich zur Nachgiebigkeit. Verhandlungen mit den Direktoren. Der Kaiser unterzeichnet den Majestätsbrief. Der Vertrag zwischen den Katholiken und Protestanten. Tragweite des Vertrags und des Majestätsbriefes.

I

Während Rudolf in krankhafter Verblendung Verbindungen mit den hauptsächlichsten Urhebern seines Sturzes einging und dem Phantome, die verlorne Herrschaft wieder zu erringen, nachjagte, rückte der Tag heran, an dem sich der böhmische Landtag versammeln sollte, um die Verhandlungen wegen Durchführung der religiösen Gleichberechtigung aufzunehmen. Man erinnert sich, daß, als Mathias in Böhmen eingebrochen war, die böhmischen Stände die Bewilligung von 25 Artikeln verlangten, von denen der erste den Anhängern der Konfession von 1575 freie Religionsübung gewähren sollte. Damals hatte der Kaiser die Entscheidung über die Religionsfrage abgelehnt, dagegen die Berufung eines Landtags auf
1608 den Monat November versprochen. Der anberaumte Termin erschien und verstrich, ohne daß Rudolf sein Wort eingelöst hätte; er war ja gerade beschäftigt, seinen Bruder zur freiwilligen oder gewaltsamen Entsagung auf das ihm Abgerungene zu nöthigen und da erübrigte er keine Zeit für die Besorgung des eigenen Hauses. So kam allmälig der Monat Jänner 1609 heran und der Kaiser sah sich endlich genöthigt, mit

der Berufung des Landtags um so mehr Ernst zu machen, als er nicht länger die gesetzlichen Steuerbewilligungen vermissen konnte.

In der That wurde der Landtag am 28. Jänner von dem Kanzler Popel von Lobkowitz als hiezu deputirtem königlichen Kommissär eröffnet. Mit diesem Augenblicke begannen langwierige Verhandlungen, welche, ähnlich denen der Horner mit Mathias, vornehmlich um die religiösen Angelegenheiten sich bewegten. Die Erzählung der Begebenheiten in und außerhalb des Landtags, der Unterhandlungen mit dem Kaiser und der tausendfachen Zögerungen und Bedenken des letztern erscheint wie die Geschichte einer langwierigen krebsartigen Krankheit, die, was auch immer für Mittel angewendet werden, stets mit dem Tod endet. Vom Anfange des Zusammentrittes des böhmischen Landtags ließ sich mit apodiktischer Sicherheit sagen, daß die Stände jede ihrer Forderungen durchsetzen würden; vom Anfange desselben war es ein den Häuptern der Bewegung wohlbekanntes Geheimniß, zu welchen Anerbietungen sich Rudolf verstanden hatte, um die Oesterreicher wieder für seine Herrschaft zu gewinnen, und vom Anfange endlich war es Niemandem fremd, daß Rudolf mit jenen, deren Hilfe er gegen die Protestanten anflehen konnte, auf schlechtem Fuße stehe. Dennoch stemmte sich der Kaiser nahezu vier Monate gegen jede den Protestanten zu gewährende Concession ohne irgend welche Hilfsmittel und Freunde, weder erfüllt mit Sympathie für die Sache, welche er vertheidigte, noch durchdrungen von Antipathie gegen jene, die er bekämpfte. Es war ein Kampf, wo den Angreifern in Wahrheit nur scheinbare Vertheidiger entgegenstanden. 1609

Nach seinem im vorigen Jahr den Protestanten verpfändeten Worte war Rudolf verpflichtet, die Stände zuerst über die Religionsfrage verhandeln zu lassen. Wie groß war daher das Erstaunen des Landtags, als der Kanzler unmittelbar nach dessen Eröffnung von den Protestanten die Auslieferung und Vernichtung einer Urkunde verlangte, welche sämmtliche Namensunterschriften jener Personen enthielt, die sich während Mathias' Anwesenheit bei Prag verbunden hatten, vom Kaiser die Freigebung der Religion zu verlangen. Budowec, in dessen Verwahrung sich diese Urkunde befand, protestirte sowohl gegen die Auslieferung als gegen die Vernichtung; zuletzt einigte man sich dahin, dieselbe dem Kaiser selbst zu übergeben und eine Deputation überreichte sie ihm mit den Worten, Rudolf 30. Jän.
werde die Namen seiner treuen Unterthanen daraus kennen lernen. — Den Tag darauf übergab der Kanzler dem Landtag die königlichen Propositionen, welche zur Berathung kommen sollten; gleich im Eingang derselben gestattete der Kaiser den Ständen die Religionsfrage zu erörtern.

Budowec, das weltliche Haupt der böhmischen Brüderunität, hatte

seit einer Reihe von Jahren, als der Kaiser mit Strenge gegen die Protestanten auftrat, mannhaft ihre Rechte vertheidigt, und als demnach im vorigen Jahre die Anwesenheit des feindlichen Heeres den Ständen die bis dahin gebundene Zunge löste, war er derjenige, den sie im ersten Augenblicke zu ihrem Wortführer wählten. Nach Mathias' Abzuge aus Böhmen war, wie leicht begreiflich, die künftige Gestaltung der religiösen Verhältnisse ein Thema, welches überall unablässig erörtert wurde, und jetzt wie im J. 1575 entstand die Frage, wie das Verhältniß zwischen Lutheranern und Brüdern zu regeln sei. Die lutherisch gesinnten Stände bildeten die weitaus große Mehrzahl, die Brüder dagegen nur einen geringen Bruchtheil der Nation. Ueber das Dogma hatten sich beide im J. 1575 geeinigt; sie entschieden sich damals für die Annahme einer eigens ausgearbeiteten Konfession, die obwohl im ganzen lutherisch, sich im Artikel über die Rechtfertigung und guten Werke entschieden dem katholischen Dogma näherte, wie es bei den Brüdern Geltung hatte. Die Frage der gemeinsamen kirchlichen Regierung wurde jedoch nicht entschieden und die bald darauf folgende Herrschaft Rudolfs trat der weitern Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse entgegen. Es war indeß eine bekannte Sache, daß die Brüder, obwohl mit den Lutheranern dogmatisch geeint, doch keine gemeinschaftlichen Oberhäupter mit denselben haben wollten, während diese die Einheit der Kirchenverfassung zur Bedingung ihrer dogmatischen Einigung mit den Brüdern machen wollten.

Die damals unentschiedene Frage wurde jetzt im Lande von neuem erörtert. Sollten die Lutheraner abermals mit den Brüdern um die Bestätigung der Konfession von 1575 ansuchen oder sollten sie vom Kaiser die Zulassung der Augustana verlangen, sollten sie im ersten Falle mit den Brüdern bloß dogmatisch geeint sein oder sollten beide Parteien dieselbe Verfassung, dieselben Kirchenhäupter haben? Einige Häupter unter den lutherisch gesinnten Ständen, unter denen Graf Andreas Schlick obenan stand, waren von keiner für die Brüder freundlichen Stimmung erfüllt; Graf Schlick gab seiner Gesinnung sogar in einem an Budo-
9. Sep. wec gerichteten und für weitere Kreise bestimmten Briefe offenen Aus-
1608 druck*). Er erklärte darin, keine Gemeinschaft mit Personen haben zu wollen, welche da vorgäben, sich an den Buchstaben der Konfession von 1575 zu halten, in der That aber mit Kalvinern, Zwinglianern und andern Sekten mehr oder weniger im besten Einvernehmen stünden; er und seine Freunde seien aufrichtige Anhänger des Augsburger Bekenntnisses,

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 227/170. Schlick an Budowec ddo. 9. September 1608.

und er begreife daher nicht, wie die Brüder bei ihrer Hinneigung zu den genannten Sekten ernstlich von einem Bündnisse mit ihm und seinen Gesinnungsgenossen reden könnten. Budowec blieb die Antwort nicht schuldig und bekannte sich entschieden zu dem Satz, daß man andere Konfessionen nicht verdammen dürfe und nach einer höhern Einheit in Christus selbst suchen müsse*). In keinem Lande Europa's ist um diese Zeit der Grundsatz religiöser Toleranz mit solcher Festigkeit betont worden, wie dies Budowec in seiner Antwort that, und wenn wir dies demselben zur Ehre anrechnen, so dürfen wir dabei doch nicht vergessen, daß die Brüder in jenem Lande, wo sie lebten, eine bloß geduldete Sekte waren, und daß sie also nothgedrungen durch die Bedingungen ihrer Existenz zu einer billigen Ansicht über das Verhältniß der Kirchengemeinschaften gedrängt wurden.

Die klare Sprache Budowec's trug nicht zur Einigung bei und als demnach der Landtag eröffnet wurde, war keinerlei Vereinbarung über ein gemeinschaftliches Auftreten der Lutheraner und Brüder getroffen worden.

Eine geschickte Benützung dieser Trennung würde den Kaiser insoweit zum Herrn der Situation gemacht haben, als er die Lutheraner gegen die Brüder hetzen und so letztere wieder zu Gegnern der erstern machen konnte. Allein daran wurde bei Hofe nicht gedacht, vielmehr wurde nur mit Hilfe des Primas der Altstadt Prag, eines gewissen Heidel, der Versuch gemacht, die Städte von dem Adel zu trennen und zu einer katholischen Haltung zu vermögen, was jedoch im ganzen nur schlecht gelang. Die Protestanten beider Meinungen gewannen aber daraus die Ueberzeugung, daß der Kaiser unter ihnen keinen Unterschied zu machen gedenke und sie gleich feindselig behandeln wolle. Als demnach die Stände nach dem Auftrage des Kaisers die Religionsfrage in Berathung zogen, trat der Gegensatz zwischen Lutheranern und Brüdern minder schroff hervor; es machten sich keine Stimmen geltend, welche die Bewilligung der Augustana verlangten, was alsogleich die Brüder beleidigt hätte, sondern die Gewährung der Konfession von 1575 wurde auch jetzt als der Ausgangspunkt der Unterhandlungen angenommen. Eine Deputation, an deren Spitze sich Stephan von Sternberg befand, sprach sich im Namen des Landtags in diesem Sinne 3. Feb.
vor dem Kaiser aus. 1609

Nichts charakterisirt den Unterschied früherer Zeiten von den unsrigen mehr, als das Benehmen der Fürsten, wenn ihre Unterthanen um die Bewilligung einer neuen Konfession ersuchten. Regelmäßig wurden von den

---

*) Ebendaselbst Budowec an Schlick ddo. 18. September 1608.

ersteren Konsistorien und Bischöfe um ihr Gutachten befragt, das wie natürlich, stets auf das allerentschiedenste gegen die Wünsche der Neuerer lautete. Auch Rudolf ging diesen Weg; er berief zu sich den Nuncius, den Erzbischof von Prag und mehrere Theologen, legte ihnen die Konfession von 1575 zur Begutachtung vor und verlangte von ihnen zugleich zu wissen, welche Antwort er den Ständen geben solle*). Das Gutachten fiel so aus, wie zu erwarten stand; sämmtliche Theologen entschieden sich gegen die Bewilligung der religiösen Freiheit. Ihnen gesellten sich der Kanzler Lobkowitz und seine Freunde bei, während der Oberstburggraf Adam von Sternberg einen Mittelweg empfahl, nämlich auf die Forderungen der Stände zwar nicht einzugehen, aber so wie seit einem Jahre so auch künftighin alle Glaubensbedrückungen zu unterlassen. Der Kaiser, der sich für eine von den beiden Meinungen entscheiden mußte, billigte schließlich, auf den Rath des Erzbischofs von Prag, Karl von Lamberg, die Ansicht derjenigen, welche für eine Abweisung der Stände waren**). In diesem Sinne wurde eine Antwort für den Landtag entworfen und Rudolf übergab dieselbe einer Deputation, an deren Spitze sich wieder Stephan von Sternberg befand. Bei dieser Gelegenheit äußerte er die Hoffnung, daß kein Mitglied der Deputation den Pikharten (d. i. den Brüdern) angehöre und die Stände Böhmens wohl kaum ihre Sache mit denselben verbinden dürften. Es gab in der Deputation einige Brüder, die über diese Worte nicht wenig betroffen waren, aber die Gelegenheit für unpassend hielten, um zu antworten. Die Lutheraner glaubten aus denselben Worten wenigstens auf eine ihnen günstige Entscheidung schließen zu dürfen.

Als jedoch die Antwort des Kaisers den Ständen mitgetheilt wurde, und daraus ersichtlich war, daß derselbe weder den Lutheranern noch den Brüdern irgend eine Konzession machen wolle, sondern beide zum Anschluß an den Erzbischof von Prag mahne, wurde die Stimmung im Landtage eine im hohen Grade gereizte. Die Spaltung, die sich zwischen den Lutheranern und Brüdern bis dahin kenntlich gemacht hatte und welche mit aller Heftigkeit ausgebrochen wäre, wenn der Kaiser sich wenigstens zur Gewährung des Augsburger Bekenntnisses verstanden hätte, verlor augenscheinlich an ihrer Bedeutung, denn die Lutheraner konnten nicht weiter darauf bedacht sein, die Brüder zu unterdrücken, so lange ihnen selbst ein gleiches Loos bevorstand. Mathias von Thurn, dem im ganzen wenig an den religiösen Differenzen gelegen war, erhob im Landtag seine vermittelnde Stimme und machte die Ersteren auf das Widersinnige ihres

---

*) Simancas 2195/83. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 4. Feber 1609.
**) Slavata, Leitmeritzer MS. S. 175 und flg.

Benehmens, das in der Anfeindung der Brüder bestehe, aufmerksam. Auch Budowec blieb nicht still und während er sich einerseits für die Zukunft verpflichtete, daß er zwischen den Lutheranern und Brüdern eine größere Einheit als die bloß in der Lehre liegende anbahnen wolle, vergaß er nicht den Gegnern den Handschuh hinzuwerfen und sie auf die gefährlichen Folgen einer offenen Feindschaft des Brüderadels aufmerksam zu machen. Die Spaltung nahm nach diesen Erörterungen ein Ende und es wurde beschlossen, dem Kaiser auf seine schriftliche Erklärung eine Antwort zukommen zu lassen.

Es wurde nun ein Komité zusammengesetzt und dieses mit der Redaktion der dem Kaiser zu überreichenden Antwort betraut. Die Forderungen, welche die Stände darin aufstellten, beschränkten sich nicht bloß auf die Gewährung der Glaubensfreiheit, sondern zugleich auf die Uebergabe des Konsistoriums und der Universität in ihre Verwaltung. Die kirchliche Oberbehörde also und die erste Bildungsanstalt im Lande, mit welcher die übrigen Schulen in einem organischen Verbande standen, sollten nicht weiter vom Kaiser abhängig sein. Sie stellten dabei als Grundsatz auf, daß so wie die kirchliche Leitung der Katholiken und die Aufsicht über ihre Bildungsanstalten ein denselben ungeschmälertes Recht bleiben solle, auch ihnen ein gleiches Befugniß zustehen müsse. Gegen diese Forderungen setzte der Kaiser den einmal begonnenen Widerstand fort, indem er hauptsächlich damit seine Weigerung begründete, daß die Protestanten über das Maß dessen hinausgingen, worauf sie erweisbar ein historisches Recht hätten. Es kam nun zu geschichtlichen Erörterungen, die an lächerlichen Behauptungen und Sprüngen im Beweise in nichts jenen nachgaben, welche zu gleicher Zeit die Schriften der Horner Glaubensgenossen anfüllten; denn wie sollte man historische Deduktionen nicht lächerlich finden, wenn die Oesterreicher sich auf schriftliche Religionszugeständnisse Julius Cäsars, Tiberius' und Maximians beriefen*) und die Böhmen von solchen Rechten, die ihnen zeitweise von Herrschern für katholische Zwecke ertheilt worden waren, behaupteten, sie seien ihnen auch für die Neuerungen im Glauben gewährt. Weit vernünftiger war es, wenn einige Protestanten, denen es schließlich nicht entging, daß sie mit ihren Beweisen nicht ausreichen dürften, erklärten: nun wohl, haben wir die verlangten Rechte früher nicht gehabt, so wollen wir sie jetzt haben.

Der Umstand, daß der Kaiser und die Stände sich in eine Art historischen Zweikampfes einließen, bewirkte, daß die Zahl ihrer Vorstellungen und Antworten sich am Ende auf jeder Seite auf vier belief und inzwischen

---

*) Hurter Ferdinand II, S. 180.

nicht weniger als zwei Monate verfloßen. Während der ganzen Zeit hatte der Kaiser auch nicht einen Augenblick zu erkennen gegeben, daß er gegen die Protestanten sich zur Nachgiebigkeit entschließen könnte, obwohl wiederholt der Oberstburggraf und mehrere seiner Kollegen ihm zu derselben rieten und Stephan von Sternberg in einer Privataudienz, welche ihm Rudolf gewährte, sich dafür verbürgte, daß die Stände sich zur Ruhe begeben würden, wenn der seit einem Jahre bestehende Zustand faktischer Freiheit nicht angetastet würde. Der Kanzler verwarf aber diesen Ausweg eben so entschieden, als die Gewährung aller ständischen Forderungen, und hatte er auch weder im Geheimrath noch unter den böhmischen Kronbeamten die Mehrzahl der Stimmen auf seiner Seite, so war doch der Kaiser im entscheidenden Augenblick stets seiner Meinung. So wurde denn endlich die vollständige Verwerfung der protestantischen Forderungen entschieden und beschlossen, die Stände zur Berathung über die Steuersachen zu veranlassen. Da nun aber diese von ihren Wünschen nicht abgehen und in die Berathung der übrigen Punkte der königlichen Proposition, die Steuersachen betreffend, sich nicht einlassen wollten, so drohte ihnen schließlich der Oberstburggraf im Namen des Kaisers mit der Auflösung des Landtags. Diese Drohung riß die letzte Scheidewand nieder, welche zwischen den Lutheranern und Brüdern noch bestanden hatte; Budowec verfaßte einen Protest gegen die versuchte Auflösung, der von allen Protestanten als der Ausdruck ihrer Gesinnung anerkannt wurde. Seine Tragweite lag in der Erklärung, daß die Stände nicht weiter die Absicht hätten, sich mit dem Kaiser in schriftliche Verhandlungen einzulassen, da dieser selbst solche nicht wünsche, daß sie aber beschlossen hätten, mit Anwendung aller Kraft jedes Unrecht, das sie treffen könnte, abzuwehren. Dieser Protest wurde im Landtage in Gegenwart der Kronbeamten vorgelesen, worauf der Oberstburggraf, daraus den entschiedenen Willen der Stände nicht nachzugeben ersehend, den Landtag für aufgelöst erklärte.

Die Lage der Dinge entsprach jetzt in Böhmen vollständig jener in Oesterreich, als die Protestanten Wien verließen und sich nach Horn zurückzogen. Theils den Tag vor der Auflösung des Landtags, theils nachher besprachen sich die Häupter der Protestanten über die zu ergreifenden Schritte; die Einigung war schnell herbeigeführt, da die Politik des Hofes selbst die Parteien zu derselben trieb. Hiernach wurde die Absendung von Gesandten an die protestantischen Kurfürsten und an Mathias beschlossen, um ihre Intervention bei Rudolf in Anspruch zu nehmen. Gegen Ende April wollten sich die Stände wieder in Prag versammeln, um die Berichte der Gesandten entgegenzunehmen und die weitern Schritte zu

berathen. Sie machten kein Hehl daraus, daß sie dann, wenn es nöthig sein sollte, zur Bewaffnung schreiten würden, um gleich den Hornern zum Ziele zu kommen.

Neben dem Nuncius Gaëtano, dem Prager Erzbischof und einigen Theologen, die in der Konfessionsfrage vom Kaiser zu Rathe gezogen worden waren und deren Gutachten stets vollständig den protestantischen Wünschen entgegen lautete, war die Zahl der Laien, welche eine gleiche Haltung vor dem Kaiser beobachtet hatten, sehr gering, obwohl ihre Ansicht den Sieg davon getragen hatte. Es waren dies auf Seite der Böhmen der Kanzler Popel von Lobkowitz, Wilhelm von Slawata und Jaroslaw von Martinitz, unter den Mitgliedern des Geheimrathes vor allem Herr von Attems. Es versteht sich, daß diese Männer nicht von der Ansicht ausgingen, daß die einfache Verwerfung der protestantischen Forderungen den Kaiser zum Ziele führen würde; sie sahen nur zu gut die kommenden Stürme voraus und zweifelten nicht daran, daß die Stände sich zur Wehr setzen würden und man ihnen nicht anders, als mit den Waffen in der Hand, Achtung einflößen könnte. Unmittelbar also nach der Auflösung des Landtags rieten sowohl der Kanzler als Attems dem Kaiser, den ganzen Rest seines Vermögens aufzubieten, um wenigstens ein Heer von 20.000 Mann auszurüsten; sie selbst gingen zum Nuncius und baten ihn, er möchte den Papst eilig um Hilfe ersuchen, damit Rudolf den Protestanten widerstehen könne. Der Nuncius war dazu gern erbötig, verlangte aber als Bedingung, sich früher mit dem Kaiser über die zu leistende Hilfe besprechen zu dürfen, eine Bedingung, die bei des letztern Beschaffenheit geradezu unerfüllbar war. Auch verlangte der Nuncius, daß der Erzherzog Leopold so schnell als möglich nach Prag berufen würde, damit er als der rechte Arm Rudolfs die Maßregeln durchführe, die man allenfalls zur Unterdrückung der Protestanten nöthig haben würde. In dieser Beziehung stand der Nuncius mit seiner Meinung nicht isolirt, vielmehr sprach er damit nur aus, was sehr viele in der Umgebung des Kaisers für nöthig hielten und was vor diesem selbst zu vertreten zuletzt sogar Attems gewagt hatte.

Als in den vorangegangenen Jahren der Kaiser von Zeit zu Zeit die Absicht an den Tag legte, als wolle er die Nachfolge dem Erzherzog Leopold zuwenden, waren sehr viele darüber aus dem Grunde entrüstet, weil sie dem jungen Mann keine Bedeutung zutrauten; dies lassen uns wenigstens San Clemente's Berichte vermuthen. Jetzt hätte die Meinung über den nunmehr drei und zwanzigjährigen Jüngling eine Aenderung zu seinen Gunsten erfahren; er schien von Thatendurst verzehrt, entschieden und feurig in seinen katholischen Ueberzeugungen und trotz seines

bischöflichen Amtes jeden Augenblick geneigt, sich an die Spitze einer Armee zu stellen. Als Zuñiga in Prag ankam und mit dem Erzherzog bekannt wurde, war er von seiner Persönlichkeit ganz entzückt und schrieb an Philipp III, das Haus Oesterreich dürfe auf diesen jungen Mann große Hoffnungen setzen. Wenn Rudolf zu einem kriegerischen Auftreten sich entschloß, so mußte Jemand statt seiner die Leitung des Kriegswesens übernehmen und hiezu empfahl sich gewiß Leopold vor allen Prinzen seines Hauses. Attems, der dies wohl einsah und der mit Lobkowitz auf Rüstungen und Waffengewalt hinwies, übernahm es nun selbst, dem Kaiser einen entsprechenden Vorschlag zu thun. Er riet ihm geradezu, die steirische Linie ganz für sich zu gewinnen und sei es auf Ferdinand, sei es auf Leopold die Nachfolge im Reiche zu lenken. Mit diesem Schritte würde er die geistlichen Kurfürsten und Sachsen vollständig befriedigen, eine starke Partei im Reiche sich schaffen und selbst die Nachfolge in Böhmen seinem Bruder zu Gunsten der steirischen Prinzen entwinden können*).

Dieser Vorschlag entsprach der Gemüthsstimmung des Kaisers insofern, als er ihn auf einen Weg aufmerksam machte, wie er seinem Bruder wenigstens die deutsche und böhmische Krone entreißen konnte; er entschloß sich also zu der ihm empfohlenen Berufung des Prinzen, suchte aber selbst noch auf andere Weise seine Rettung herbeizuführen. Nachdem Rudolf sich mit Recht beklagen zu dürfen glaubte, daß er vom Papst und von allen Prinzen seines Hauses mehr oder weniger verrathen worden sei, nachdem die resultatlosen Verhandlungen mit Anhalt ihn um eine Enttäuschung bereichert und seinen Groll auch gegen die Protestanten wachgerufen hatten, betrachtete er die katholischen Kurfürsten und die Herzoge von Sachsen und Baiern als die einzigen, von denen er seine Rettung, und sagen wir es offen, den Wiedergewinn des Verlorenen erwartete. Unmittelbar also, nachdem er einsah, daß er von Anhalt und den österreichischen Protestanten nur als Mittel zum Zweck benützt werde, beschloß er, ohne weiter seine Räthe ins Geheimniß zu ziehen, diesen letzten Rettungsweg zu versuchen. Der Kurfürst von Köln, welcher sich seiner so eifrig, wenigstens in Worten, im vorigen Jahre angenommen hatte, ein offenherziger mehr weltlich als geistlich gesinnter lustiger Herr, wurde von Rudolf aufgefordert, schleunigst nach Prag zu kommen und ihm in seinen bedrängten Angelegenheiten zu rathen und zu helfen**). Der Kur-

*) Simancas 2495/67. Francisco del Losu an Andres de Prada ddo. Prag 11. April 1609.

**) Münchner Staatsarchiv 39/7, 33. Kurköln an Max von Baiern ddo. 19. März 1609.

fürst erschrak etwas über dies allzugroße Vertrauen und schickte statt seiner abermals den Kanonikus Hennot nach Prag, um durch diesen die Wünsche des Kaisers entgegenzunehmen.

Als Hennot in Prag anlangte, ließ sich der Kaiser verlauten, er werde denn doch einen Konvent, bestehend aus den oben erwähnten vier Kurfürsten, dem Herzog von Baiern und einigen Erzherzogen an seinen Hof berufen. Hennot war damit zufrieden, weil von den Schultern seines Herrn eine große Last abgewälzt wurde und man erwartete deshalb täglich die Absendung der Einladungsschreiben, da dieselben auf Befehl des Kaisers ausgefertigt worden waren. Allein hier blieb die Sache wieder stehen; der Kaiser ließ sich die Briefe geben und verschloß sie in seinem Kabinete, wo sie dem Schicksal so vieler anderer Schriftstücke, die nie mehr ihren Weg zu ihrer Bestimmung fanden, anheimfielen. Die Eingeweihten jammerten über diese Saumseligkeit; Lobkowitz und Attems konnten einsehen, daß es weder zu Rüstungen noch zu einem Konvente kommen würde. Denn plötzlich hatte der Kaiser wieder die Berufung des Konventes ganz fallen gelassen, um den Kurfürsten von Köln allein um seine Hilfe anzusuchen.

Am Montag in der Charwoche, so erzählte Hennot seinem Herrn, 13. Ap. 1609
als Niemand in Prag erwartete, daß der Kaiser einem der fremden Gesandten Gehör geben wolle, wurde der Kanonikus von Barvitius aufgefordert, sich Nachmittags an einem geheimen Orte, wo ihn der Kaiser schon einmal empfangen hatte, zur Audienz einzufinden. Als Hennot erschien, frug ihn Rudolf nach Neuigkeiten von seinem Herrn. Der Gesandte, der bereits darum wußte, daß Kurfürst Ernst von Köln nicht gern allein nach Prag reisen mochte, entgegnete, daß derselbe jetzt viel von den Rebellen in Lüttich in Anspruch genommen sei und deutete damit an, daß derselbe keine Zeit habe, sich vom Hause zu entfernen. Auf diese Antwort entgegnete der Kaiser, dessen Gesichtszüge unverkennbar die Merkmale tiefer Traurigkeit und Abspannung an sich trugen: „Was ich euch jetzt sagen und vertrauen werde, das dürft ihr weder dem Barvitius, noch dem Hannewaldt, noch irgend einem Menschen auf der Welt außer eurem Herrn vertrauen, versteht ihr mich wohl?" Als Hennot ihn seines Schweigens versichert hatte, fuhr Rudolf fort: „Ich stecke abermals in großer Noth und Verlegenheit, man plagt mich von allen Orten aus, sowohl meine Räthe als Andere, und treibt seltsame Praktiken wider mich. Sie wollen mich verjagen und sowohl wegen der Nachfolge als wegen der Interposition*) (zu einem Entschluße) nöthigen. Aber

*) Unter Interposition mag wohl der König die Versöhnung mit Mathias gemeint

(trotz) Hundert Päpsten, Hundert Brüdern und Erzherzogen, ich traue Niemandem als dem Kurfürsten von Köln. Einige sagen, ich stehe in Gefahr, andere das Gegentheil, sie machen mich (mit diesen Widersprüchen) toll. Es ist ja wider alles Recht und alle Reichskonstitutionen, daß einer zur Bestimmung seines Nachfolgers gezwungen werden soll; kein Kurfürst würde sich dazu zwingen lassen. Wie es jetzt in Böhmen beschaffen ist, wie gefährlich es mit der Religion und mir steht, das seht ihr. Ich habe Niemanden in der Welt, auf den ich mich sicher verlassen und dem ich trauen dürfte, als den Kurfürsten von Köln. Deswegen wollet in dieser Stunde zu Seiner Liebden reisen und in meinem Namen bitten, daß er herkomme. Ich habe mit dem Kurfürsten über vieles zu reden und ihm meines Gemüthes Meinung zu offenbaren, keiner kann mir helfen und rathen, als er allein. Wollet also forteilen und keine Stunde mehr säumen". — Hennot beurlaubte sich, indem er versprach, unverweilt den Kurfürsten von diesen Mittheilungen in Kenntniß zu setzen.*)

Dieses Gespräch mit Hennot gewährt eben so sehr einen Einblick in Rudolfs umwölktes Gemüth, als es zugleich seine jammervolle Verkennung dessen zeigt, was ihm Noth that. Ein so rechtschaffener und aufrichtiger Mann Ernst von Köln auch immer sein mochte, was konnte seine alleinige Anwesenheit in Prag helfen? Könnte er den Kaiser gegen die Böhmen schützen oder sie, wenn es Noth that, mit Gewalt zur Ruhe bringen? Dem Kaiser half allein ein Heer, mit dem er jeden feindlichen Widerspruch zum Schweigen bringen konnte; und wenn er sich nicht der Waffenmacht bedienen, sondern die Böhmen durch den moralischen Beistand der Reichsfürsten wenigstens bescheidener machen wollte, so war dazu jedenfalls ein Fürstenkonvent weit dienlicher als ein einziger friedfertiger Kurfürst. Seine leidenschaftliche Bitte an den Kurfürsten von Köln war nichts anderes als einer jener krankhaften An- und Einfälle, in denen seit beinahe einem Jahrzehend seine ganze Regierungskunst bestand. Schon zwei oder drei Tage später vergaß er selbst seine auf Ernst von Köln gerichteten Hoffnungen und erinnerte sich wieder des vor einem Jahre zuerst ausgesonnenen Fluchtprojekts. Doch abgesehen davon, daß Vorsatz und That bei ihm stets durch unendlich lange Zwischenzeiten getrennt waren, würde die Flucht nicht nur an dem Widerstande der Katholiken, sondern auch an dem der Protestanten gescheitert sein. Beide

---

haben, zu der ihn Spanien und Rom trieben, indem sie dabei ihre Interposition antrugen.

*) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 59. Hennots Bericht an Kurköln ddo. 13. April 1609.

Parteien waren diesmal und zwar ohne jede vorangegangene Uebereinkunft entschieden, ihn nicht früher abreisen zu lassen, es sei denn, daß er vorher auf die Krone verzichtete*).

Und dürfte man es wohl für möglich halten, daß Rudolf selbst in diesen Augenblicken an den Wiedergewinn eines Theiles seiner an den Bruder verlorenen Länder dachte? Selbst dies Unglaubliche ist wahr und diesmal war es Mähren, wohin seine Hoffnungen gerichtet waren. Wir haben erzählt, daß Karl von Liechtenstein im Rathe des Königs Mathias an der Spitze der Khlesl feindlichen Partei stand, da er es nicht ertragen mochte, daß er neben dem Bischof nur die zweite Rolle spielen sollte. Von dem Manne, der ein intimes Verhältniß mit den Häuptern der katholischen Kirche unterhielt, der selbst erklärte, man müsse den Protestanten nur Zugeständnisse machen, um sie bei gelegener Zeit wieder zurückzunehmen**), und der seinen flammenden Ehrgeiz bei keiner Gelegenheit verbarg, von diesem Manne wird man nicht mit Unrecht behaupten, daß sein brüskes Auftreten zu Gunsten der Horner andere Gründe hatte, als die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit gegenseitiger Duldung. Es entspricht eben so vollständig seinem Charakter als seinem Thun, wenn wir behaupten, er habe durch die Befriedigung der Protestanten Khlesls Einfluß brechen und sich selbst an seine Stelle bringen wollen. Als jedoch nach der Resolution vom 19. März Khlesl das Vertrauen seines Herrn im ungeschmälerten Grade behielt, da war Liechtensteins Geduld zu Ende und er versuchte nun für seine Person das, was vor kurzem Anhalt und Tschernembl bezüglich Oesterreichs versucht hatten, d. h. er dachte daran einen Separatfrieden mit Rudolf abzuschließen, und ihn mit dem Versprechen zu ködern, daß er ihm Mähren wieder in die Hände spielen wolle. Mit dem spanischen Gesandten und dem belgischen Geschäftsträger hatte er immer eine vertraute Korrespondenz unterhalten und sich von Zeit zu Zeit der Gunst seiner katholischen Majestät und seiner Durchlaucht in Brüssel empfehlen lassen; jetzt benützte er diese Handhaben und ersuchte den Geschäftsträger des Erzherzogs Albrecht, Peter von Vischer, durch einen vertrauten Agenten um eine Zusammenkunft. Die Art und Weise, wie dieser Wunsch ausgedrückt wurde, ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Liechtenstein mit dem Kaiser sich versöhnen und ihm seine guten

---

*) Brüssel, Secretairie d'Etat. Allem. Carton 163. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag 18. April 1609.

**) Die Beweise dafür werden wir bei der Erzählung der Ereignisse im Jahre 1610 beibringen.

Dienste antragen wolle. Mit Bewilligung Rudolfs reiste also Bischer zu demselben nach Eisgrub und blieb da acht Tage; was jedoch der Inhalt ihrer Unterredungen gewesen ist, ist in den Details nicht so bekannt, wie wir es wünschen möchten. Wir wissen nur, daß Liechtenstein zuerst sich über die Art und Weise aussprach, wie Rudolf wieder in den Besitz von Mähren gelangen könnte und unter den dazu führenden Mitteln auf einen Fürstenkonvent, der auf Mathias einen Druck ausüben könnte, als auf eines der zweckmäßigsten hinwies. So viel ist aus Bischers Berichten bekannt; es ist dies aber nicht alles, denn in den Briefen desselben an Erzherzog Albrecht heißt es weiter, daß ihm Liechtenstein so wichtige Dinge mitgetheilt habe, daß er sie nicht einmal der Feder anzuvertrauen wage, und deshalb einen Theil nur mündlich und einen Theil in Chiffern berichten wolle*). Wir vermuthen, daß der Inhalt dieser andern so wichtigen Mittheilungen, welche zu entdecken uns nicht gelang, die Bestimmung der Nachfolge in Oesterreich und Deutschland gewesen. Das Benehmen Liechtensteins während der nachfolgenden Zeit war so beschaffen, daß man nicht sicher vermuthen kann, ob er der steirischen Linie, dem Erzherzog Albrecht oder gar der spanischen Linie diese Nachfolge zuzuwenden gedachte. Eines nur ist gewiß, daß er nach einer entscheidenden Rolle sich sehnte, und da er sein Vermögen nicht auf eine Karte setzen wollte, trat er geheimnißvoll und vorsichtig auf, seine Fühlhörner nach allen Seiten ausstreckend. Bei allen wichtigen Ereignissen auftauchend zeigt er gleichwohl nur seinen Kopf an der Oberfläche und überläßt es unserer Vermuthung zu errathen, womit indessen seine Hände beschäftigt waren. Als Bischer nach seiner Rückkehr nach Prag dem Kaiser den auf Mähren bezüglichen Theil der Unterredung mittheilen ließ, freute sich der letztere nicht wenig über die neu eröffnete Aussicht.

---

*) Brüssel. Secretairie d'Etat, Allem. Carton 163. Bischer an Fleckhammer ddo. Prag 2. Mai. — Ebendaselbst derselbe an Erzherzog Albrecht ddo. 2. Mai 1609. — Ebendaselbst derselbe an den Erzh. Albrecht ddo. Prag 9. Mai 1609; „Was ich J. Mt. betreffend von dem von Liechtenstein vernommen, wie E. F. D. ich vor disem gehorsamist berichtet, solches alles hat Ihr Mt. sehr wohl gefallen und sich darauff erklärt, sie wöllen ihm alles verzeihen, was er gethan, allein sollt ich helfen bey ihm gutte officia prästiren, das Mähren wieder mit Böhmen incorporirt werde, hierauff solle Haniwald vernehmen, was für Hoffnung ich darzu hette. Hab ihm geandtwortet, das ich von Liechtenstein wohl so vil vernommen, wann die Erzherzoge zusammenkommen und solches für guet und rathsam finden wührden, das er alsdann seines tails erzaigen wollte. — Münchner Reichsarchiv XV/2, 86. Hannewaldt an Max von Bayern ddo. Prag 20. April 1609.

Darüber war der Monat April verflossen; das Heer, dessen Anwerbung und Aufstellung Lobkowitz und Attems dem Kaiser so dringend empfohlen hatten, blieb unangeworben und ebenso wenig war die Allianz mit jenen Fürsten, die dem Kaiser einigermaßen wohlwollten, zu einem Abschluße gediehen; mit einem Worte der Kaiser stand den Böhmen Ende April eben so hilflos gegenüber, als zur Zeit der Auflösung des Landtags. Desto besser hatten die Protestanten ihre Zeit benützt.

II

Als der böhmische Landtag am 1. April aufgelöst wurde, gaben sich die Protestanten das Wort, sich in vier Wochen wieder in Prag zu versammeln, mittlerweile aber durch Gesandte befreundete Fürsten um ihre Fürsprache zu ersuchen; es waren dies die drei weltlichen Kurfürsten, der Herzog von Braunschweig und König Mathias. Derjenige Theil des Adels, der nicht zu diesen Sendungen verwendet wurde, reiste auf seine Güter und traf da die mannigfachsten Vorbereitungen, um sich in einen besseren Vertheidigungszustand zu setzen. Einige dieser Herren versuchten bereits im Namen ihrer Partei für die künftigen Rüstungen bei den Prager Kaufleuten ein Anlehen von 300.000 Gulden zu Stande zu bringen, was ihnen jedoch nicht gelang*). Als nun der Monat seinem Ende nahte, kam der protestantische Adel wieder in Prag zusammen und zwar diesmal in einer Vollzähligkeit, wie man sie vielleicht seit 200 Jahren nicht mehr beobachtet hatte. Zum gemeinschaftlichen Berathungsort hatten sie das Neustädter Rathhaus auserseheh, und obwohl der Kaiser selbst dem Neustädter Rath die Aufnahme der Stände in diesen Räumen verboten hatte, so wurde es doch für sie bereit gehalten. Bevor sie sich jedoch daselbst versammelten und damit die ungesetzliche Bahn betraten, verfügten sie sich in die Burg und ließen den Kaiser durch eine Deputation um die Wiedereröffnung des Landtags bitten. Zu den ehrfurchtsvollen Worten derselben bildete der tobende Lärm, mit welchem die vor dem Schloß versammelten Stände die Lüfte erfüllten, eine sonderbare Begleitung, die dem ängstlichen Ohre des Kaisers nicht entging**). Trotzdem er den Ständen eine abschlägige Antwort gab, versammelten sich diese dennoch

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. VI, Vol. XII, Fol. 56. Zeitung aus Prag ddo. 16. April 1609.

**) Meine Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes. — S. 56. Sächsisches Staatsarchiv. Böhm. Stände sub utraque 7226, 93. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 8. Mai 1609.

am folgenden Tage nochmals in der Burg und drangen in einen Saal, um sich daselbst die Berichte ihrer Gesandten aus Deutschland vorlesen zu lassen. Der Kaiser, der von einem verborgenen Orte aus dieser tumultuarischen Scene im geheimen zugesehen hatte, berief einige der protestantischen Häupter vor sich und verbot ihnen abermals und in strenger Weise jede weitere Versammlung und blieb dabei, als auch am folgenden Tage eine massenhafte Deputation von 50 Personen ihn um die Rücknahme seines Verbotes ersuchte.

Budowec, der bei diesen Versammlungen meistens die Leitung übernommen hatte, forderte nun seine Gesinnungsgenossen auf, ihm zu
5. Mai folgen und das Neustädter Rathhaus zu ihrem Sitzungslokale zu machen. In einem fast unübersehbaren Zuge bewegten sich darauf die protestantischen Stände Böhmens, vermehrt durch ihr Gefolge und die neugierige Bevölkerung der Hauptstadt, durch die Straßen zu dem improvisirten Versammlungsort. Als sie vor dem Rathhause anlangten, erblickten sie daselbst die angehefteten Plakate, in denen Rudolf jede ungesetzliche Versammlung streng verbot. Einige lustige Gesellen drehten eines der Plakate um, und erklärten zum Gelächter der Umgebung, daß die Rückseite anders laute; einer von den Brüdern Kinsky wahrscheinlich Wenzel, riß das Plakat geradezu herunter und trat es auf dem Boden mit Füßen, indem er dabei ausrief: „Dieser König taugt nichts, wir müssen einen andern haben"*). — Nach der Landesverfassung war jede ungesetzliche, d. i. vom König nicht autorisirte Versammlung der Stände ein Akt offener Empörung und als Hochverrath bestrafbar; indem nun der Adel dem Rufe Budowec's Folge geleistet hatte, verließ er den gesetzlichen Boden und so konnte fortan eine Einigung mit dem König nur auf Kosten der ständischen oder königlichen Rechte geschehen.

Der Zustand von Prag war nun der einer Stadt mit zwei einander feindlich gegenüberstehenden Parteien, die sich gegenseitig die schlimmsten Absichten zutrauen. Auf Seite des Kaisers befanden sich zwar nur eine wenig zahlreiche Leibwache und eine unbedeutende Anzahl von Bürgern, aber es stand ihm doch der Nimbus kaiserlicher Autorität zu Gebote, die selbst in der tiefsten Ohnmacht den Gegnern Scheu und Furcht einflößte. Auf Seite der Protestanten stand der größte Theil der Prager; zugleich bildete der Adel selbst, der mit einem zahlreichen und bewaffneten Gefolge nach Prag gekommen war, ein wohlgerüstetes Heer, so daß, wenn es zu einem Kampfe zwischen den Kaiserlichen und Ständischen kam, der Sieg

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/101. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 9. Mai N. St.

keinen Augenblick zweifelhaft sein konnte. Das Gerücht solcher bevorstehenden Kämpfe hielt die ganze Stadt in dauernder Aufregung und Bewegung; man träumte von plötzlichen Ueberfällen und von großen Waffenanhäufungen seitens der Kaiserlichen und die darauf begründete, ob wirkliche, ob nur vorgeschützte Furcht bewog die ständische Partei, die Waffen nicht aus der Hand zu legen. Bei Tag wie bei Nacht streiften sie in der Stadt in starken Abtheilungen herum und setzten damit die zerstreuten Katholiken in nicht geringe Besorgnisse, weil die Händelsucht des Pöbels dadurch täglich in bedenklicherer Weise aufgereizt wurde. Der Altstädter Primas Heidel, der sich den Haß der Protestanten im besondern Grade zugezogen hatte, weil er früher die Städte von dem Adel trennen wollte, wurde jetzt ein Gegenstand so bitterer Anfeindung, daß selbst seine Sicherheit gefährdet war. Da er in Folge der in der Stadt zunehmenden Unruhe die Stadtwache verstärkt und mit Waffen versehen hatte, so sahen dies die Stände als eine unerträgliche Drohung an. Eine bewaffnete Schaar fand sich im Quartier dieser Wache ein, entwaffnete sie und stellte zugleich mit ihr ein Examen an, um zu erfahren, welche Angriffe Heidel mit ihr beabsichtigt hatte. Jedes Haus der Stadt mußte darauf im Auftrag der Stände eine Person zur Aufrechthaltung der Sicherheit liefern, die in Wahrheit von Niemandem als von ihnen selbst bedroht war*). Um die Unsicherheit und Aufregung auf die höchste Spitze zu treiben, wimmelte Prag von beschäftigungslosem Volk. Von allen Enden Deutschlands waren dienstlose Soldaten in der Erwartung dahin gekommen, entweder bei dem Kaiser oder bei den Ständen Beschäftigung zu erlangen; da nun dies noch nicht der Fall war, mehrten sie durch ihr polterndes und rauflustiges Auftreten, ihr Straßen- und Wirthshausleben das Gefühl der Unsicherheit. Am schlimmsten ging es bei dieser Gelegenheit über die Jesuiten her; nicht nur konnte man sich auf den Straßen gegen die Väter, welche nur in den nothwendigsten Fällen sich außerhalb ihres Hauses blicken ließen, Insulten erlauben, sondern man erhitzte die Phantasie der Menge durch Erzählungen von außerordentlichen Kriegsvorräthen, welche sich in den unterirdischen Räumen des Kollegiums, gehütet von daselbst heimlich unterbrachter Mannschaft, befinden sollten. Die Gefahr war zuletzt so dringend, daß die Mehrzahl der Jesuiten auf die Kleinseite zu guten Freunden flüchtete und im Kollegium nur so viele zurückblieben, als zur Aufsicht über das Gebäude nöthig waren**).

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/108. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 10. Mai 1609. N. St.
**) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 1220/112. Die säch-

Die Sitzungen im Rathhause selbst begannen mit der Vorlesung der Schreiben, welche für die Stände von den darum ersuchten Fürsten an den Kaiser abgeschickt worden waren. Die Kurfürsten von der Pfalz und von Brandenburg empfahlen dem Kaiser einfach die Gewährung der ständischen Bitten; Mathias' Zuschrift dagegen war, den Verhältnissen entsprechend, so auf Schrauben gestellt und nichtssagend als möglich. Er schrieb nämlich an Rudolf, die böhmischen Stände hätten ihn um ihre Fürbitte angesucht, nun habe er aber keine Kenntniß von dem, um was es sich in Prag handle (!); diese Unkenntniß sei auch nicht durch die ständischen Gesandten verringert, sondern er von ihnen einfach um seine Fürbitte angesucht worden; der Kaiser werde sich in seiner Weisheit am besten zu entscheiden und diese Fürbitte gnädig auszulegen wissen. Am entschiedendsten trat der Kurfürst von Sachsen auf. An den Kaiser schrieb er zu Gunsten der Stände, wie er darum ersucht worden war, und hierin genügte er den Anforderungen, welche seine Glaubensgenossen an ihn stellten. Bei seiner freundschaftlichen Stellung zu Rudolf und bei seiner hinreichenden Kenntniß von dem antimonarchischen Geist der letzten ständischen Bewegungen in Oesterreich hielt er es aber auch für seine Pflicht, die böhmischen Stände zur Ruhe zu mahnen; er billigte ihre religiösen Forderungen, verlangte jedoch, daß sie sich auf diese beschränken und in ihrem Auftreten nie die Achtung vergessen sollten, die sie der Würde des Kaisers schuldig seien. Von einem ebenso uneigennützigen als aufrichtigen Eifer für den Frieden beseelt, meinte es der Kurfürst mit seinen Rathschlägen nach beiden Seiten ehrlich und schickte deshalb drei seiner Räthe, Melchior von Wittern, Dr. Gerstenberger und Dr. Göbelmann nach Prag in der Absicht, daß sie ihre guten Dienste beiden Parteien anböten, um einen dauernden Ausgleich herbeizuführen*). — Auch Wok von Rosenberg ließ nunmehr aus seiner Zurückgezogenheit seine Stimme ertönen. Er mahnte den Kaiser durch einen vertrauten Agenten den protestantischen Forderungen zu genügen und versprach dafür, ihm in dem behilflich zu sein, was derselbe bezüglich der römischen Königswahl wünschen dürfte und was unverblümt sagen wollte, daß Rosenberg seine Dienste

---

sischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 2/12. Mai 1609. — Lobkowitzer Bibliothek in Prag. Annalen des Jesuitenordens. MS.

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sud utraque 7220 Fol. 6. Der Kurfürst von Sachsen an die böhmischen Stände ddo. 14/24. April. — Ebendaselbst Fol. 76. Instruktion für die drei Gesandten Melchior von Wittern, Markus Gerstenberger, Kanzler zu Altenburg und Dr. Johann Georg Gödelmann ddo. 1. Mai N. St. — Ebendaselbst Fol. 98. Der Kurfürst von Sachsen an seine Gesandten in Prag ddo. 1/11. Mai.

gegen Mathias anbiete*). Die Stellung der Böhmen zum Auslande war, wie man aus den Zuschriften ersieht, im ganzen eine isolirte, d. h. es waren von ihnen nicht wie von den Hornern Verbindungen angeknüpft worden, um, wenn nöthig, neben der eigenen Macht auch mit fremder Hilfe dem Kaiser entgegenzutreten. Ihre Stellung war aber nichtsdestoweniger günstiger, als die der Horner, weil Mathias über bedeutendere Hilfsmittel als der Kaiser gebot und der letztere nicht einmal von dem, was ihm noch an Macht übriggeblieben, einen zweckmäßigen Gebrauch zu machen wußte.

Nachdem die Protestanten die für sie eingelaufenen Fürbitten zur Kenntniß genommen hatten, beschloßen sie die Abfassung einer Rechtfertigungsschrift, welche sie dem Kaiser zu überreichen gedachten. Man übertrug die Redaktion vier der ausgezeichnetsten Advokaten Böhmens, von denen zwei den Lutheranern und zwei den Brüdern angehörten. In der Rechtfertigungsschrift suchten sie alle ihre Maßregeln als Folgen des auf ihnen lastenden Druckes hinzustellen und ihre Bewaffnung damit zu erklären, daß sie die Absicht hätten, sich gegen jeden derartigen Druck zu schützen; sie baten deshalb abermals den Kaiser um Freigebung des Bekenntnisses und um Wiedereinberufung des Landtages. Sechs Deputirte, unter denen sich Budowec befand, verfügten sich aufs Schloß, um in der kaiserlichen Kanzlei die Erlaubniß zur Ueberreichung der Rechtfertigungsschrift anzusuchen. Da sich ihre Rückkunft unverhältnißmäßig lang verzögerte, verbreitete sich bereits in der Stadt das Gerücht, sie seien in der Burg festgenommen worden. Die Aufregung auf der Alt- und Neustadt stieg darüber abermals auf einen hohen Grad; alles, was Waffen tragen konnte, lief bewaffnet herum und schon versammelte sich eine große Menge Volkes vor dem Jesuitenkollegium, um an den Vätern die allezeit erwünschten Repressalien zu üben. Die endliche Rückkehr der Deputirten brachte die Ruhe wieder und verhinderte ein bereits, wie es schien, unvermeidliches Blutbad. Der Kaiser hatte in die Uebergabe der Rechtfertigungsschrift gewilligt und sie in der That am folgenden Tage entgegengenommen. Während die mit 22. Mai
der Ueberreichung betraute Deputation sich auf das Schloß begab, beteten auf Budowec's Antrag die Zurückgebliebenen um gedeihliche Verrichtung. Trotz des tollen Treibens der Menge und des gleichzeitigen lustigen Lebens in Prag war die Versammlung am Neustädter Rathhause keineswegs eines religiösen Anstriches bar. Fast Tag für Tag predigte ein

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 226/143. Instruktion für Lukan zu seiner Reise zum Kaiser ddo. 4. Mai. — Ebendaselbst Rosenberg an Anhalt ddo. 24. Mai 1609.

Geistlicher vom Fenster des Rathhauses der in der Rathsstube und am Platze versammelten Volksmenge*). Budowec selbst brachte es dahin, daß keine Sitzung begonnen oder beschlossen wurde, ohne daß ein gemeinschaftliches Gebet oder ein Gesang die Versammlung auf den eigentlichen Gegenstand des Tages aufmerksam gemacht hätte; gern hätte er auch noch auf den Straßen klösterliche Ruhe hergestellt und die Wirthshäuser auf einige Wochen gesperrt, allein sein Einfluß reichte um so weniger dahin, da selbst der Adel die erzwungene Anwesenheit in Prag wenigstens durch ein fröhliches Leben sich erheitern wollte**). Als die Deputation vom Schlosse zurückkehrte, verbreitete sich die Nachricht, daß der Kaiser die Bitten der Protestanten erhören wolle. Das Gerücht war in der That begründet und um dies zu erklären, müssen wir einen Blick auf die Vorgänge in der Burg während der letzten Woche werfen.

Zu der Zeit, als der Kaiser den Ständen die Wiedereröffnung des Landtags abschlug und damit die Versammlung auf dem Neustädter Rathhaus veranlaßt hatte, unterhielt er sich, wie wir wissen, mit den durch Liechtenstein angeregten Hoffnungen und bot ihm völligen Pardon an, wenn er thatsächlich die Rückkehr Mährens unter seine Herrschaft zuwegebringen würde. Die Geheimräthe, welche, mochten sie nun wollen oder nicht, schließlich dem Kaiser auf allen seinen Irrwegen folgen mußten und die auch von den Hoffnungen, die Liechtenstein angeregt hatte, in Kenntniß gesetzt wurden, rieten darauf einstimmig, der Kaiser möge doch auch nicht den von Liechtenstein angedeuteten Weg zum Ziele versäumen und die für nothwendig erkannte Berufung eines Fürstenkonvents nicht länger aufschieben. Rudolf gab hierauf Barvitius den Auftrag, den Kurfürsten von Köln nach Prag zu berufen und wieder-
9. Mai holte diesen Befehl noch zweimal vor Ablauf desselben Tages***). Von einer Nachgiebigkeit gegen die Protestanten war also bis dahin keine Rede. Bei diesem Stande der Dinge kam der spanische Gesandte Zuñiga, der vor zwei Monaten abgereist war, um dem Erzherzog Ferdinand in
9. Mai Graz einen Besuch zu machen, wieder in Prag an. Er stieg in dem auf dem Hradschin gelegenen Kapuzinerkloster ab und wurde daselbst vom

---

*) Sächsisches Archiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/208. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 10. Mai. N. St.

**) Meine Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes. S. 62. Man sah nicht wenige vom Adel betrunken auf den Straßen herum gehen.

***) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 107. Barvitius an Kurköln ddo. Prag den 9. Mai. — Secretairie d' Etat. Allem. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 9. Mai.

Nuncius Gaetano, von mehreren katholischen Gesandten, namentlich aber von den bedeutendsten Katholiken Böhmens freudig begrüßt, weil sie sich bei der schwierigen Sachlage nach seinem Rathe sehnten und zugleich von ihm eine Einwirkung auf den Kaiser hofften, wiewohl die Erfahrung sie genugsam vom Gegentheil hätte überzeugen können. Ihrem Rathe gemäß beschloß Zuñiga, nicht um eine Audienz beim Kaiser anzusuchen, weil für ihre Gewährung nur wenig Hoffnung vorhanden war, sondern geradezu sich im kaiserlichen Vorzimmer einzufinden und von da aus Rudolf um Gehör zu ersuchen; vielleicht, daß der Kaiser doch Anstand nahm, den bereits anwesenden Gesandten zurückzuweisen. Als er sich nun am 10. Mai
andern Tage im Schlosse einfand, suchte er in der angedeuteten Weise zum Kaiser zu gelangen; nachdem er jedoch einsah, daß seine Bemühung vergeblich sei, kehrte er sich an den anwesenden Präsidenten des Hofkriegsraths, den Grafen Sulz, und forderte durch ihn den Kaiser zu dem energischesten Widerstand gegen die Protestanten auf. „Der König von Spanien werde Rudolf mit aller seiner Macht zu Gebote stehen" und inzwischen stellte ihm Zuñiga die Kapitalien aller italienischen Kaufleute in Prag zur Verfügung, wenn er sich ihrer zu Rüstungen bedienen wolle. Diese Worte sprach der Gesandte zu Sulz nicht etwa im geheimen, sondern so, daß sie die Umstehenden, unter denen Katholiken und Protestanten gemischt sich befanden, hören konnten, und wenngleich die Verschiedenheit der Sprache das genaue Verständniß erschwert haben mag, so faßten doch Alle ziemlich gut den Inhalt des Gespräches auf. Am Abend gelang es dem Grafen Sulz zum Kaiser zu kommen und ihm diese Anerbietungen mitzutheilen; sichtlich mit denselben zufrieden, versprach Rudolf am folgenden Tag den Gesandten selbst zu empfangen. Zuñiga, nicht wenig über diese Bereitwilligkeit erfreut, besprach sich noch mit Attems über den Umfang der nöthigen Hilfe und beide glaubten um so sicherer einen entscheidenden Sieg, selbst mit schwacher Heeresmacht, erringen zu können, als man den Böhmen eine geringe Kriegstüchtigkeit zutraute. Zu dieser Geringschätzung hatte am meisten der Umstand beigetragen, daß sich den Tag zuvor der aus Tausenden von Bewaffneten bestehenden Versammlung am Neustädter Rathhause ein panischer Schrecken bemächtigt hatte, als Zuñiga, empfangen von 50 Soldaten der kaiserlichen Leibwache, seinen Einzug durch das Reichsthor in Prag hielt. Man fabelte in der Stadt, Zuñiga führe mit sich große Kriegsvorräthe und obwohl das Reichsthor und das Rathhaus beinahe eine Stunde von einander entfernt liegen, floh gleichwohl alles nach andern Stadttheilen, ja von den im Innern des Gebäudes Versammelten hatten es viele mit ihrer Flucht so eilig, daß sie sogar zu den Fenstern herunter-

sprangen, um der eingebildeten Gefahr zu entgehen*). Wie lächerlich diese Flucht nach dem polternden Auftreten der Böhmen auch sein mochte, so scheinen uns Attems und Zuñiga's Schlüße daraus doch etwas zu voreilig.

11. Mai Am andern Morgen fand sich der spanische Gesandte rechtzeitig in der Burg ein, um des Kaisers Wünsche und Befehle entgegenzunehmen, allein die Audienz, auf die er fast sicher gehofft hatte, wurde ihm nicht ertheilt. Als er Tags darauf wieder erschien, wurde er abermals nicht vorgelassen und ihm zugleich durch einen Staatsrath bedeutet, der Kaiser wünsche nicht mehr, daß er sich im Vorzimmer einfinde, „weil die Protestanten an seinem häufigen Erscheinen Aergerniß nähmen!" Der Grund dieses Befehles lag darin, daß sich der Kaiser zur Nachgiebigkeit gegen die Protestanten entschlossen hatte; Hannewaldt hatte diesen Umschwung in seiner Gesinnung zuwege gebracht.

So entschieden auch der Kaiser bisher die Forderungen der Stände abgeschlagen hatte, so wird man doch nicht glauben, daß diese Festigkeit Folge eines unwandelbaren Entschlußes gewesen, der sein Gemüth ganz und gar beherrscht hätte. Im Gegentheil, seine Entschiedenheit hing nur von seiner körperlichen Disposition ab. War es um ihn herum ruhig und schien die Sonne, dann wollte er nichts von Nachgiebigkeit hören, und wies entschieden darauf bezügliche Anträge von sich ab. So oft jedoch ein stärkerer Wind den Schall der Schüsse an sein Ohr brachte, welche beinahe den ganzen Tag über auf der Alt- und Neustadt zu hören waren, erblaßte er und war momentan zu jedem Zugeständniß geneigt. Vollends hin war aber seine Kraft, je mehr sich die Mitternachtsstunde nahte, da erhitzte sich seine Phantasie an all' den wahnsinnigen Schreckensbildern, die ihn seit Jahren verfolgten. Beklemmungen aller Art, die ihren letzten Grund in seiner zerrütteten Gesundheit hatten, erschwerten sein Athmen und ließen ihn die Gefahren, die ihm von den Protestanten drohten, in fürchterlicher Weise vergrößert erblicken; dann wollte er nichts mehr von einem längern Widerstande wissen, bis ihm wieder der Morgen mit der Freundlichkeit des Tages auch die Ruhe des Gemüthes, wenigstens zum Theil, zurückgab. Wenige Menschen wußten damals, welchen tiefen Jammer die Mauern des Prager Schlosses verbargen; der Kaiser selbst, um den Leiden der Gegenwart und der Erinnerung an die Vergangenheit zu entfliehen, war selten einen Tag nüchtern und suchte sein Leid im Trinken zu vergessen**).

---

*) Simancas 2495/35. Zuñiga an Philipp III ddo. 16 Mai 1609.

**) Meine Angaben über den Gemüthszustand des Kaisers in dieser Zeit und die hier angeführten Einzelnheiten stützen sich auf die Relationen Vischers an Erz-

Es erscheint als wahre Quälerei, wenn man von diesem armen kranken Mann verlangte, er solle mit jugendlicher Elastizität seine letzten Hilfsmittel aufbieten, ein Heer ausrüsten, auf seine Gegner losstürzen und sie vernichten, er, der sich nicht getraute, die Mauern seiner Wohnung zu verlassen, den schon der Schatten einer Gefahr, das Rauschen der Blätter in eine nervöse Aufregung und Angst versetzte. Die böhmischen Kronbeamten rieten zur Nachgiebigkeit gegen die Protestanten, weil diese mächtig seien; Lobkowitz, Attems und Zuñiga zum gewaltsamen Widerstand gegen dieselben, um sie eben nicht noch mächtiger werden zu lassen; es fehlte an einem San Clemente, der die Person des Kaisers selbst ins Auge gefaßt hätte, um darnach seine Entschlüße zu regeln. Auf den an Geist und Körper kranken Kaiser eine Politik begründen zu wollen, das durfte sich allenfalls Anhalt erlauben; uns scheint es, daß nur zwei Auswege für die Katholiken offen waren, entweder der der Nachgiebigkeit gegen die Protestanten, oder der auch nicht eine Stunde zu verschiebenden Entfernung des Kaisers. Zu allen Zeiten und in allen Staaten war es auch ohne positive Gesetze eine ausgemachte Sache, daß Geisteskranke zur Führung der Regierung nicht tauglich seien; wir sind überzeugt, daß San Clemente zur Ergreifung dieses Ausweges jetzt vor allem gerathen hätte. — In einer gewissen Beziehung fand sich San Clemente diesmal in Hannewaldt vor.

An dem Tage, an welchem Zuñiga dem Grafen Sulz mitgetheilt hatte, daß er dem Kaiser jede Geldsumme zur Disposition stelle, wenn er sich ihrer zu Rüstungen bedienen wolle, gelangte, wie wir erzählt, dieses Anerbieten durch Sulz selbst zur Kenntniß Rudolfs und derselbe schien zu dessen Benützung geneigt. Während sich nun der Hofkriegsrathspräsident eilig in die Stadt entfernte, um dem Gesandten diese erfreuliche Mittheilung zu machen, fand Hannewaldt Zutritt beim Kaiser und es gelang ihm vollständig, seinen Entschluß umzuändern und endlich dem Gedanken der Nachgiebigkeit gegen die Stände die Oberhand zu verschaffen. Hannewaldt war ein Mann, der keineswegs die krummen Pfade der Politik und die Wege der Gewalt scheute, wie sich das zwei Jahre später zeigte, diesmal jedoch handelte er, wenn auch nicht wie ein ehrlicher, doch

---

herzog Albrecht und auf Zuñiga's Berichte an Philipp III. Ich schöpfe demnach aus den bestunterrichteten und direktesten Quellen. — Brüssler Archiv. Vischer an E. Alb. Simancas 2495/35. Zuñiga an Philipp ddo. 16. Mai 1609. — Vischer schreibt unter andern: Barbitius hat mir seltzame Sachen von Ihr Mt. gesagt, quae certe horrenda sunt und liber auch sicherer E. F. D. gehorsamist mündlich als schriftlich referire, sonst thuen sie (S. Mt.) fast alle Tag starkhe Exceß in trinkhen, meinen damit ihr laydt zu vergessen.

jedenfalls wie ein mit höherer Einsicht begabter Mann. Während die Männer der spanisch-römischen Partei, zu der Hannewaldt sonst gehörte, fortwährend den Kaiser zu einem Kriegsmann umgestalten wollten, gab sich Hannewaldt über das Unnütze, um nicht zu sagen, Kindische dieser Bemühungen keinen Täuschungen hin und trat jetzt im Widerspruche mit allen seinen bisherigen politischen Freunden für eine unverweilte und vollständige Befriedigung der Protestanten ein. Was zwischen ihm und dem Kaiser am 10. Mai Abends, an dem des letztern Nachgiebigkeit zuerst zum Durchbruch kam, für Worte gewechselt wurden, ist uns nicht bekannt, nur so viel ist gewiß, daß eben Hannewaldt damals diesen Umschwung herbeigeführt habe. Nachdem er einmal mit solcher Entschiedenheit für die Befriedigung der Protestanten aufgetreten war, vertheidigte er mit gleichem Eifer in allen katholischen Kreisen die Ergreifung dieses Ausweges und ließ sich nicht durch den fast allgemeinen Widerspruch, den er erfahren mußte, einschüchtern. Auf die Vorstellungen und Einwände der mit den Katholiken verbundenen Gesandten erwiederte er, daß er bei seiner Meinung dennoch verharren müsse, weil man mit dem Kaiser keine Politik treiben könne. Den weitern Widerstand der Katholiken verwarf er als eine unkluge Maßregel, da sie bei dem Stande der Dinge, wie er nun einmal sei, nur zu ihrem Verderben ausschlagen könne.

Das energische Vertreten einer Ansicht, welche die Umstände selbst als eine vernünftige bezeichnen, kann auf die Dauer nie ohne Erfolg bleiben. Hannewaldt besiegte die gewöhnlichen Zögerungen des Kaisers gleich in der Abendunterredung am 10. Mai so weit, daß derselbe Tags darauf den Protestanten die Erlaubniß gewährte, ihm ihre Rechtfertigungsschrift zu überreichen und gleich darauf seine Absicht zu erkennen gab, in die Wiederberufung des Landtags zu willigen. Am 14. Mai war es bereits stadtkundig, daß der Kaiser zu diesem Schritte sich entschlossen habe; nur knüpfte er daran noch eine Bedingung, deren Annahme die Protestanten verweigerten. Er wollte nämlich die Wiedereinberufung des Landtags um sechs Wochen, später wenigstens um vierzehn Tage verschoben wissen, während die Protestanten die unverweilte Einberufung verlangten und zugleich die Ausstellung einer Indemnitätsakte begehrten, welche sie für ihr jetziges Betragen in der Folge vor allen gerichtlichen Verfolgungen schützen sollte. Sowohl der Kaiser als alle jene, welche die Abweisung der Protestanten wünschten, klammerten sich an diese Differenz in Bezug auf die unverweilte oder um einige Wochen verzögerte Wiederberufung des Landtags; der erstere, weil er es nie ganz ernst mit einem Entschluße meinte, die letzteren, weil sie Zeit gewinnen wollten und hofften, daß sich die Verhältnisse alsdann günstiger für sie gestalten würden. Hannewaldt mußte

demnach abermals seine ganze Beredsamkeit aufbieten, um den Kaiser zu überzeugen, daß er dem Entschluße den Landtag wieder zu berufen auch die That folgen lassen müsse. Es gelang ihm im Laufe einer Woche noch zweimal zum Kaiser zu kommen und nach seiner eigenen Versicherung soll er demselben geradezu seinen Sturz vorausgesagt haben, wenn er den Rathschlägen der mit dem Nuncius verbundenen Partei folgen würde. Ja er griff offen sein Vertrauen auf die Hilfe an, welche Rom und Spanien ihm bieten würden; geschickt auf die Vergangenheit hinweisend, konnte er allerdings damit unangenehme Erinnerungen bei dem Kaiser wecken. Als dieser nun dadurch aufgereizt ihn frug: Meint ihr, daß der Papst und die Katholiken es nicht gut mit mir meinen? erwiederte Hannewaldt: Es ist gewiß*).

Dennoch gab der Kaiser noch nicht diesen Versicherungen nach, sondern berief abermals sämmtliche Räthe vor sich, besprach sich einzeln mit ihnen und befahl zuletzt einigen böhmischen Kronbeamten und Geheimräthen in gemeinschaftlicher Sitzung zu berathen, ob der Landtag alsogleich berufen werden solle oder nicht. Die frühern Gegensätze machten sich bei dieser Berathung mehr als sonst geltend; die Mehrzahl der Berufenen war für die Abweisung der Protestanten, aber die Minderzahl siegte, als der Bericht über ihre Berathung an den Kaiser gelangte**). Er beschloß die unverweilte Einberufung des Landtags und die Gewährung der von den Protestanten verlangten Indemnitätserklärung. Um allfälligen Exzessen der letzteren vorzubeugen, die Tag aus Tag ein nicht wußten was der Kaiser am Ende thun werde, schickten Attems und Hannewaldt unmittelbar darauf an den Grafen Schlick einen vertrauten Boten ab und theilten ihm mit, wozu sich Rudolf bezüglich ihrer Forderungen entschlossen habe. In der That war diese unmittelbare Kundgebung zweckmäßig, denn wiewohl das kaiserliche Patent, welches die Wiedereinberufung der Landtage und die Indemnitätserklärung der Stände, „welche es treu und redlich mit dem Kaiser gemeint hätten," enthielt, schon am 20. Mai verfaßt war, so dauerte es doch vier Tage, bis es an den Ecken der Stadt angeschlagen wurde. Vier Tage weigerte sich nämlich Popel von Lobkowitz das Plakat, wie er es als Kanzler verpflichtet war, zu unterzeichnen, bis endlich des

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/191. Bericht der sächsischen Gesandten über die Ereignisse in Prag ddo. 10/20. Mai. — Ebendaselbst Fol. 175 ddo. 13/23. Mai 1609. — Münchner Reichsarchiv XV/2, 121. Bodenius an Max von Baiern ddo. Prag 30. Mai.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Fleckhammer ddo. 23. Mai. Ebendaselbst, derselbe an Erzherzog Albrecht ddo. 23. Mai.

Kaisers ausdrücklicher Befehl seinen Zögerungen ein Ende machte*). Am 24. Mai berief der Kaiser die Stände Böhmens zur weitern Berathung über die Religionsangelegenheiten in den Landtag, der Tags darauf, d. i. den 25. wieder eröffnet werden sollte.

III

Bei dem Widerstreit der Meinungen und bei den Ereignissen, die in Böhmen der Ertheilung des Majestätsbriefes vorangingen, treten die handelnden Personen getheilt in zwei Gruppen auf, auf der einen Seite der Kaiser, die böhmischen Kronbeamten, der geheime Rath, der Nuncius Gaetano und Zuñiga, auf der andern Seite die böhmischen Protestanten. Auf der Seite des Kaisers war die Frage über Befriedigung und Abweisung der Protestanten der alleinige Gegenstand aller Verhandlungen, auf Seite der Protestanten die Art und Weise, wie den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Eine geheime Nebengeschichte gab es bisher nicht, denn Anhalt hatte noch nicht Gelegenheit gehabt, den streitenden Parteien seine guten Dienste anzubieten.

So klar sollten indessen die Verhältnisse auch in Böhmen nicht bleiben und gab es für jetzt daselbst noch keinen Anhalt, so waren doch andere Personen da, welche nicht ungeneigt waren eine Politik auf eigene Faust zu versuchen; es waren dies auf Seite des Kaisers Erzherzog Leopold, auf Seite der Böhmen Wenzel von Kinsky.

Es ist erwähnt worden, daß von den Katholiken, welche die Abweisung der Protestanten wünschten und dem Kaiser die Ergreifung der Waffen anrieten, Erzherzog Leopold zur Führung des Commando's ausersehen war; man erinnert sich auch, welche gute Meinung der Nuncius und Zuñiga von dem jungen Prinzen und seiner Thatkraft hatten. Beide meinten nicht anders, als daß derselbe seine ganze Kraft im Dienste seines Hauses verwenden und von keinen Rücksichten persönlicher Art sich leiten lassen werde, da das bischöfliche Amt ihm alle Aussicht auf eigene Erhebung abschnitt. Solche Ansichten über seine eigenen Fähigkeiten kamen natürlich dem Erzherzog auch zu Ohren, und blieben um so weniger ohne tiefen Einfluß auf ihn, als er keineswegs für immer an Stab und Infel gebunden zu sein glaubte. Er hatte nie besondere Neigung für das Brevier verrathen und wenn er nun hörte, wie schade es sei, daß er nicht zur Nachfolge berechtigt sei, mußte er sich unwillkürlich fragen, ob er denn für immer an das bischöfliche Amt gekettet sei, da er ja noch nicht die

*) Meine Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes S. 67.

Weihen empfangen hatte, und ob nicht seine Energie und sein Muth ihm dazu verhelfen könnten, wozu Mathias und sein eigener Bruder Ferdinand nur Erbansprüche besaßen? Häufig genug hatte der Kaiser angedeutet, daß er ihn mit Uebergehung anderer Ansprüche zu seinem Erben machen wolle; sollte nun nicht der Moment gekommen sein, zu diesem Ziele, ob nun mit ausdrücklicher Zustimmung Rudolfs oder ohne dieselbe, zu gelangen? Alle diese Gedanken mußten in ihm rege werden, je gewisser es ist, daß am Hofe Rudolfs einige Personen für Leopolds Erhebung unter allen Umständen gewonnen waren und daß sie gerade die gegenwärtige Zeit für die günstigste dazu hielten. Auch sie wollten die Ausrüstung eines Heeres, die Uebertragung des Kommando's an Leopold; die Frucht seines Sieges über die Protestanten sollte dann die Krone von Böhmen sein, an die sich die deutsche wie von selbst anschließen würde. Nach den Berichten des belgischen Geschäftsträgers Vischer haben wir allen Grund anzunehmen, daß der Hofkriegsrathspräsident Graf Sulz, der Geheimrath Graf Althan und Oberst Ramée diesem Plane geneigt waren. Keine dieser Personen war bisher unter den Katholiken ihres Eifers wegen berühmt, es waren dies ehrgeizige und selbst habsüchtige Leute, die in der Umwälzung ihren Vortheil suchten; aber gerade solche Personen sind für die Durchführung selbstsüchtiger Unternehmungen die besten weil rücksichtslosesten Werkzeuge. Es ist weiter gewiß, daß dem Plane der Erhebung des Erzherzogs sein Beichtvater, ein Jesuit P. Heinrich mit Namen, und der Appellationsrath Tennagel nicht ferne gestanden sind. — Man vergesse nicht, daß in Folge der Liebner Verträge Mathias die alleinige Anwartschaft auf die Krone Böhmens hatte, und daß demnach jeder Versuch dieselbe auf ein anderes Haupt zu bringen, einem Bruch der Verträge gleich kam, und einen Krieg mit Mathias zur Folge haben mußte.

Erzherzog Leopold selbst mag von einem doppelten Motiv bei seinen jetzigen Bestrebungen geleitet worden sein, von Ehrgeiz und von Liebe. Seine Base Magdalena von Baiern fühlte zu ihm eine innige Zuneigung und der Erzherzog selbst zeigte durch seine Bewerbung um sie, daß er dieselbe theile. Der alte Herzog Wilhelm*), der Vater Maximilians von Baiern, der zu dieser Zeit noch lebte, wußte um diese Neigung und förderte sie, indem er Leopolds Hoffnungen auf einen künftigen Ländererwerb nicht mißbilligte und seinen Wunsch, die jungen Leute mit einander zu vereinen, nicht verhehlte. Nun hatte Rudolf

---

*) Herzog Wilhelm hatte bereits seit vielen Jahren auf die Regierung zu Gunsten seines Sohnes verzichtet.

den Hofrath Hegenmüller im Monat April zu dem Erzherzog abgeschickt, um ihn nach Prag einzuladen. Es war dies damals der Fall, als Lobkowitz und Attems den Kaiser zu Rüstungen zu bewegen suchten, und ihm deshalb die Berufung des Erzherzogs vorschlugen. Rudolf schickte Hegenmüller ab, um Leopold zu holen, trug ihm aber zugleich auf, den Herzog von Baiern nach Prag einzuladen, damit ihm beide mit Rath und Hilfe zur Seite stünden und wenn nöthig sicher aus Böhmen geleiten möchten*). Leopold trat die Reise nach Prag über Baiern an und besuchte seinen Vetter, den Horzog Maximilian, um ihm den Auftrag des Kaisers mitzutheilen und zur Mitreise zu bewegen. Als das gemeinschaftliche Ziel, dessen Erreichung Maximilian daselbst fördern sollte, bezeichnete ihm der Erzherzog bei ihrer Zusammenkunft die Versöhnung zwischen Rudolf und Mathias. Er meinte, dieselbe könnte auf die Art zu Stande kommen, daß der letztere auf seine Anwartschaft auf Böhmen und auf den Besitz von Mähren (!) Verzicht leiste und der Kaiser so das freie Dispositionsrecht über die gesammte Krone Böhmen erlange. Der Letztere selbst würde sich mit diesem Ausweg zufrieden geben und mit seinem Bruder aufrichtig versöhnen, Mathias aber in diese Bedingungen willigen müssen, da er bei der sichtlichen Abneigung der Böhmen gegen ihn ohnedies keine Hoffnung habe, je zur Herrschaft über sie zu gelangen.

Bei diesen Auseinandersetzungen äußerte sich Leopold auch über seine Absicht Maximilians Schwester zu ehelichen, wenn er zu einem eigenen Besitzthum gelangen würde. Der Herzog sah wohl ein, wohin die Hoffnungen des jungen Vetters gerichtet seien, daß er nämlich Böhmen für sich zu erhaschen hoffe, und daß er hiezu seine Mitwirkung in Anspruch nehmen wolle. Obwohl nun Maximilian gern Magdalenens Verbindung mit Leopold gesehen hätte, so entging ihm doch nicht, auf wie luftiger Grundlage das ganze Gebäude seiner Hoffnungen beruhe; denn abgesehen davon, daß die verzweifelte Unbeständigkeit des Kaisers alle Kombinationen über den Haufen werfen konnte, war er auch überzeugt, daß Mathias in eine Verkürzung seiner Ansprüche um keinen Preis willigen werde und daß mit dieser ganzen Planmacherei die eigentlich brennende Frage, die Protestantenfrage in Böhmen nämlich, nicht gelöst sei. Maximilian vermuthete, einige böhmische Kavaliere dürften seines Vetters Kopf etwas verdreht haben, so daß dieser über seinem Ehr-

*) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 120. Max von Baiern an Kurköln ddo. München den 2. Juni.

geiz die Größe der Schwierigkeiten vergaß*). — Und wenn man schon auf Mathias keine Rücksicht nehmen wollte, mit welchem Recht konnte Leopold seinen Bruder Ferdinand der nähern Ansprüche auf die Herrschaft in Böhmen berauben. Auch dies war ein Umstand, den der Herzog nicht übersah und der ihn gleicherweise von einer Verbindung mit Leopold, so sehr er ihm persönlich alles Gedeihen wünschen mochte, zurückhalten mußte. Er lehnte deshalb die Reise nach Prag ab, theils weil er mit den Plänen des Erzherzogs nicht einverstanden war, theils weil er mit dem Kaiser, der nun seit länger als einem Jahre von der Berufung eines Konventes sprach und noch immer zu keinem ordentlichen Beschluß darüber kommen konnte, nichts zu schaffen haben mochte.

Die Zurückhaltung Maximilians von Baiern war jedoch nicht ausreichend, um Leopold auf seine kühnen Hoffnungen gleich verzichten zu lassen. Zur selben Zeit hatte er nach Spanien an seine Schwester, die Königin, geschrieben und sie ersucht, ihm bei ihrem Gemahl eine Geldhilfe zu erwirken, die er zur Aushebung eines Heeres und zur eventuellen Vertheidigung seines Bisthums verwenden wolle**). Da kein Mensch sich zum Angriffe gegen Passau rüstete, so hatte Leopold auch keine Vertheidigung nöthig; es war dies eben nur ein Vorwand, unter welchem er in Spanien zum Ziele zu gelangen hoffte, da ihm nicht unbekannt war, daß man von dort aus seinen wahren Plänen keinen Vorschub leisten würde. Zu gleicher Zeit suchten seine Anhänger in Prag, Sulz, Althan und Ramée, den Kredit des spanischen Gesandten zur Anwerbung eines Heeres auszubeuten. Sie berechneten, daß eine Armee von 12.000 Mann hinreichen würde, um die Böhmen zur Nachgiebigkeit zu bringen und im Lande ein absolutes Regiment aufzurichten, und daß die ersten Kosten

---

*) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 79. Max von Baiern an den Kanzler von Donnersberg ddo. 17. Mai 1609. In diesem wichtigen Aktenstück benachrichtigt der Herzog seinen Kanzler von den Verhandlungen mit Leopold und ersucht um seinen Rath.

**) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 139. Memorial für den baierischen Kanzler Joachim von Donnersberg ddo. 6. Juni. Maximilian schickt den Kanzler nach Prag, um sich wegen seines Nichterscheinens beim Kaiser zu entschuldigen. In diesem Memorial sagt Max, er wolle mit dem Kaiser nichts zu thun haben, da er zu „flexibilis und auf seine Entschlüsse nicht zu bauen sei". Auch wolle er sich nicht gefallen lassen in Prag isolirt zu leben, denn es sei ihm nicht unbekannt, wie sehr der Kaiser zwischen seinen Räthen und fremden Fürsten und Gesandten jeden Zusammenhang unterbreche. — Münchner Staatsarchiv. 25/3, 9 und 97. Khuen an Max von Baiern ddo. Straubing 2. Juni. Aus diesem merkwürdigen Schreiben ist ersichtlich, daß Mathias entschieden gegen jede Einmischung Baierns in die Angelegenheiten des Kaisers gestimmt war.

hiefür kaum 50—60.000 Kronen betragen dürften. Da es ihnen nun vollends an Geld fehlte, so versuchten sie den belgischen Geschäftsträger für ihren Plan zu gewinnen und zu vermögen, daß er ihnen von Zuñiga die nöthigen 50.000 Kronen verschaffe. Bei dieser Gelegenheit mußte Ramée, der die Unterhandlung führte, auf ihre Verbindung mit Leopold hinweisen, und obwohl er erklärte, man wolle sich mit Billigung des letztern bloß des Landes bemächtigen, bis ein Konvent der Erzherzoge die Nachfolge in Böhmen geregelt haben würde, so begriff Vischer nur zu gut, daß es sich hier um nichts anderes als um einen Handstreich handle, der Leopold auf den Thron von Böhmen bringen sollte und mit Rudolfs mehr oder minder gewaltsamer Entfernung geendigt hätte. Er verweigerte deshalb seine Mithilfe*); von nun an aber waren sowohl er als Zuñiga und bald auch der Nuncius unablässig aufmerksam auf des jungen Erzherzogs Handlungsweise, und während sie früher von seiner jugendlichen Thatkraft große Dienste für sein Haus erwarteten, fürchteten sie jetzt das schlimmste von seinem phantastischen Ehrgeiz und von den verderblichen Rathschlägen seiner Umgebung. Die folgenden Ereignisse bewiesen, daß ihre Befürchtungen nur zu sehr begründet waren. Nachdem jedoch Leopolds Bemühungen in Baiern und Spanien, so wie die seiner Anhänger in Prag bei Zuñiga erfolglos geblieben waren, verlief der ganze Versuch, die gesetzlich bestimmte Nachfolge in Böhmen umzugestalten, diesmal ohne Resultat und ohne in der Geschichte eine Spur hinterlassen zu haben. — Am 30. Mai kam Leopold in Prag an, um dem Kaiser, wie dieser gewünscht hatte, zur Seite zu stehen. Wie geheim er auch seine Pläne gehalten hatte, so war dennoch in die Oeffentlichkeit das Gerücht gedrungen, daß er auf die böhmischen Angelegenheiten einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen trachte, und als er demnach bei seiner Ankunft in Prag in der Burg abstieg, wurde er von den die Säle und Höfe daselbst ausfüllenden Protestanten mit Worten und Geberden insultirt**).

In bescheidenerem Maße, wenn gleich auf nicht minder krummen Wegen suchte Wenzel von Kinsky auf die Ereignisse einen Einfluß zu

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai.

**) Münchner Reichsarchiv, XV/2, 121. Bodenius an Max von Baiern ddo. Prag den 30. Mai 1609. . . . wie er (Leopold) über den großen Sall hinauf in seine Zimmer gangen, haben die Behaimben, die ehliche tausende starkh vorhanden durchauß keiner den huet abthuen wollen, haben sehr gescholten und gefluchet, und sich hören lassen, der heilose Pfaff wirt abermal was Neues bringen undt unser intent zurükhbringen. — Münchner Staatsarchiv 25/3, 91. Hennot an Max von Bayern ddo. Prag den 30. Mai 1609.

gewinnen; doch trat er dabei so vorsichtig und verdeckt auf, daß seine Endabsichten sich nur zum Theil errathen lassen.

Als es sich um die Wiederberufung des Landtags handelte und der Kaiser sich verpflichten sollte, die Böhmen über die Durchführung der religiösen Gleichberechtigung abermals berathen zu lassen, erhielt Attems im geheimen einen Zettel von Seite einiger Häupter der ständischen Bewegung, worin sie ersuchten, der Kaiser möge ja nicht nachgeben. Sie verpflichteten sich, die Stände zur Ruhe zu bringen, wenn Rudolf einfach ein Versprechen der Duldung geben wolle *); dann würden sie es dahin zu richten wissen, daß der wieder berufene Landtag mit der Berathung der Steuersachen den Anfang machen würde. Unter jenen „etlichen Vornehmen unter den Protestanten", welche Attems den erwähnten „Zettel" zukommen ließen, befand sich auch Wenzel Kinsky und zwar war er nach seiner eigenen Angabe der Verfasser desselben. Es kann keineswegs zu Gunsten dieses Mannes einnehmen, daß er, der im geheimen sich für einen Katholiken ausgab **), bei den Versammlungen am Neustädter Rathhaus zu den animirtesten Rednern gehörte, die zur Festsetzung der an den Kaiser zu stellenden Forderungen rieten und nun wieder hinterrücks den Präsidenten des Geheimrathes Herrn von Attems aufforderte, gegen die Gewährung eben dieser Forderungen zu wirken, die er dem Anscheine nach vor der ganzen Welt vertheidigte. War schon dieses ein falsches Spiel und eine verwerfliche Doppelzüngigkeit, so machte er sich andererseits einer Falschheit an dem Kaiser schuldig; denn nie und nimmer hätte Kinsky's Einfluß ausgereicht, um die Protestanten mit einem so magern Zugeständniß zu befriedigen, wie er heimlich vom Kaiser verlangte. Im Gegentheil, wenn er nur entfernt mit dieser Ansicht vor die Oeffentlichkeit getreten wäre, so würde das allgemeine Mißtrauen seinem Einfluße gleich ein Ende gemacht haben. Denn so viel ist gewiß, die Protestanten hatten sich während des vier Monate dauernden Kampfes bereits so er-

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai 1609. In diesem Aktenstücke erörtert Vischer, was er über Kinsky's Pläne in Zwiegesprächen mit ihm selbst erfahren habe. Er erzählt, jene im Text angedeuteten Häupter der ständischen Bewegung hätten verlangt, der Kaiser solle bloß die Religion sub utraque promissive concediren und keineswegs die Augsburger Konfession. Hat diese Stelle überhaupt einen Sinn, so kann sie nur den haben: man verlangte vom Kaiser, er solle den Statusquo bestehen lassen, ohne durch ein Privilegium grundsätzlich die Geltung einer protestantischen Konfession anzuerkennen. In dieser Weise haben wir uns auch im Text ausgesprochen.

**) Gegen Peter von Vischer behauptete er, er sei seit Jahren Katholik und zwar ein so guter wie der Papst, obwohl er sich nicht öffentlich dazu bekenne.

hitzt, daß ihnen nichts zuwider war, als die weitere Geltung eines erneuerten Provisoriums.

Kinsky hatte unzweifelhaft von der Uebergabe seines Zettels ein eifriges Entgegenkommen von Seite eines Theils der kaiserlichen Regierung erwartet; um so unangenehmer war er überrascht, als dies nicht der Fall war. Hannewaldts Einfluß auf den Kaiser hatte wenigstens für einige Tage alle Nebenverhandlungen abgeschnitten; denn ganz richtig sah dieser Staatsmann ein, daß sein Herr besser fortkommen werde, wenn er seinen Frieden mit der Gesammtheit der Stände als mit einem Intriguanten abschloß. Kinsky gab sich damit nicht zur Ruhe, sondern suchte auf eine andere Weise zur Geltung zu kommen. Da ihm bekannt war, in welch' nahen Beziehungen Vischer, Zuñiga und der Nuncius zu der kaiserlichen Regierung standen, benützte er seine persönliche Bekanntschaft mit dem ersten und lud ihn zu einer vertrauten Besprechung in seine Wohnung ein. Gegen diesen tadelte er abermals die Voreiligkeit, mit welcher der Kaiser zu einer nach den Wünschen der Protestanten zu regelnden Lösung der Religionsfrage die Hand geboten habe, betonte seine katholische Gesinnung, trotzdem er sie nicht öffentlich kundgebe, und ergoß sich dann in heftigen Vorwürfen gegen die obersten Beamten, von denen er gleichwohl nichts anderes zu sagen wußte, als daß sie den Protestanten verhaßt seien. Bezüglich des Kanzlers, Slawata's und Martinitz's war dies nicht unrichtig, bezüglich des Oberstburggrafen Adam von Sternberg und der ihm gleichgesinnten Kollegen aber entschieden nicht wahr; im Gegentheil benahmen sich die Protestanten gegen sie um so rücksichtsvoller, je mehr ihnen die neutrale Haltung bekannt war, welche sie in der Religionsfrage einnahmen. Er entwickelte dann vor dem erstaunten Vischer einen detaillirten Plan, wie die Regierung von Böhmen reformirt werden müsse und fügte hinzu, daß dessen Durchführung seine angelegentlichste Sorge sein werde.

Die Details dieses Planes sind im hohen Grade interessant. Kinsky suchte mit seiner Reform den Schwerpunkt der ganzen Macht in die ständische Versammlung zu versetzen und den König selbst zu einem bloßen Figuranten herabzudrücken. Der Landtag von Böhmen sollte allein die Gewalt haben, Gesetze zu erlassen und zu interpretiren; er allein sollte einen Krieg erklären dürfen und die hiezu nöthigen Geldmittel nicht nur selbst festsetzen, sondern auch allein durch einen hiezu deputirten Ausschuß verwalten; dem Landtag sollte weiter allein die Kriminalgerichtsbarkeit über die in demselben vertretenen Stände gehören; er sollte sich aus eigener Macht versammeln dürfen, wenn die Nothwendigkeit es erheischte und der König dazu nicht die Hand bieten wollte. Die wichtigste Bestimmung aber,

wodurch die Regierung ganz und gar in die Hände der Stände gespielt werden sollte, war die, daß die obersten Beamten nicht mehr auf Lebenszeit vom König ernannt, sondern allein vom Landtag auf je drei Jahre gewählt werden sollten. Um das aristokratisch-oligarchische Element dieser neuen Verfassung dauernd aufrecht zu erhalten, sollte Niemand das passive Wahlrecht besitzen, der nicht bereits seit drei Generationen dem erbgesessenen Adel angehörte. Die Finanzen sollten dem König vollends entwunden und ihm nur eine mäßige Civilliste ausgeworfen werden. Alle drei Jahre sollte sich ein Generallandtag der gesammten Länder der böhmischen Krone versammeln und die gemeinschaftlichen Angelegenheiten berathschlagen.

Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Reformplanes zeigen, daß seine Durchführung Böhmen in eine oligarchische Adelsrepublik umgestaltet hätte. Kinsky rühmte sich gegen Vischer, daß er die einzelnen Artikel desselben selbst entworfen habe und daß er dessen Durchsetzung bei den weitern Verhandlungen des Landtags befürworten werde. Als Vischer darauf die Bemerkung machte, daß Böhmen durch diese Reform gleich Polen in eine Adelsrepublik verwandelt werden würde, entgegnete Kinsky, die Böhmen und Polen seien Brüder. Vischer bemerkte weiter, er könne nicht begreifen, wie sich Kinsky für einen guten Katholiken ausgeben könne, da er doch die obersten Aemter allein den Protestanten in die Hände spielen wolle, indem er ihre Besetzung dem Landtage übertrage; auch bezweifelte er seine angebliche Loyalität, da er Bestrebungen nicht bloß unterstütze, sondern geradezu wachrufe, durch welche die Dynastie in kurzer Zeit Gefahr laufe, um ihr Erbrecht zu kommen. Damit endeten für diesmal die Verhandlungen zwischen Kinsky und Vischer und unmittelbar dadurch mit der kaiserlichen Regierung. So weit wir aus den von Protestanten über die Ereignisse, welche zur Ertheilung des Majestätsbriefes führten, verfaßten Tagebüchern urtheilen können, besaß Wenzel von Kinsky auf den Gang der Dinge keinen andern Einfluß, als den, welchen bei staatlichen Krisen die vorgeschrittenen Mitglieder einer Partei haben. Aber auch in dieser Beziehung stand er bedeutend einem Budowec, Andreas von Schlick oder Thurn nach. Er prahlte also mit einem größern Einfluß, als er besaß, und auch diesen hätte er augenblicklich verloren, wenn er dem Landtage gegenüber dieselbe Sprache geführt hätte, wie in seiner Unterredung mit Vischer. Was seinen politischen Reformplan betrifft, so ist es allerdings nicht zweifelhaft, daß er ein solches Schriftstück verfaßt hatte, da er es dem belgischen Gesandten vorwies; allein wir haben in den Berichten der Häupter der böhmischen Bewegung auch nicht die leiseste Andeutung gefunden, daß es unter ihnen

zu irgend welchen Besprechungen über eine politische Reform, wie sie Kinsky meinte, gekommen sei. Was später über ein Bündniß Böhmens mit Schlesien und der Lausitz im Landtag verhandelt wurde, hatte mit der Kinsky'schen Reform nichts zu thun*).

Was also wollte eigentlich Kinsky? Ueberblicken wir nochmals sein Betragen. Er forderte Herrn von Attems auf, der Kaiser solle nichts mehr, als eine weitere Duldung der Protestanten versprechen und verpflichtete sich, die Stände damit zufrieden zu stellen und zu den Berathungen über die Steuersache zu vermögen. Obwohl er bei den heftigsten Schriftstücken den Protestanten mitgeholfen, behauptete er doch — allerdings im geheimen — er sei eben so gut katholisch wie der Papst, offenbar um Zutrauen bei der spanisch-römischen Partei zu erlangen. Als er dennoch mit seinem Antrage bei Hofe kein Gehör fand, rückte er mit einem Reformplan hervor, der zehnmal gefährlicher für den Kaiser war, als die privilegirte Stellung der Protestanten. Uns dünkt, daß der Weg Reformpläne durchzusetzen, nur der der Oeffentlichkeit sei; warum hat Kinsky in den ständischen Versammlungen nicht die allgemeine Aufmerksamkeit auf den seinigen gelenkt? Noch nie hat ein Agitator, der es ernstlich meinte, die Regierung, die er zu stürzen gedachte, zum frühesten und einzigen Mitwisser seiner Pläne gemacht. Der wahre Grund seines Betragens war wohl der, er wollte in den Besitz eines der ersten Kronämter gelangen und den Hof zu gleicher Zeit schrecken und födern, um so zum Ziele zu gelangen; deshalb betonte er auch unabläßig gegen Vischer die Nothwendigkeit der Absetzung der obersten Beamten und ihrer Ersetzung durch andere Personen. Bei seinem ganzen Intriguenspiel war er zugleich von persönlichem Haß gegen den Oberstburggrafen erfüllt und da er ihm nicht mit Hilfe der Protestanten beikommen konnte, wollte er ihn mit Hilfe des Hofes stürzen**). — Doch auch die Drohung mit dem Reformplan verfing weder beim Kaiser noch bei seiner Umgebung und Kinsky mußte sich mit seiner privaten Stellung begnügen. Statt nun mit seinen Vorschlägen vor die Oeffentlichkeit zu treten, zog er sich für einige Tage ins Dunkel zurück und begnügte sich die Protestanten zur möglichsten Ausdehnung ihrer Forderungen anzuspornen.

So faul war alles an der Regierung Rudolfs, daß auch ohne die Einmischung Anhalts der Versuch gemacht wurde, und zwar von zwei Seiten her, den zerrütteten Zustand Böhmens nicht durch eine durch-

*) Brüssler Archiv. Secret d' Etat Allem. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai.

**) Näheres darüber wird in dem zweiten Band vorkommen.

greifende und tüchtige Politik zu verbessern, sondern zu persönlichen Zwecken auszubeuten und wo möglich einer noch schlimmern Zukunft entgegenzuführen. Erzherzog Leopold und Kinsky hatten diesmal die Rolle Anhalts übernommen.

IV

Am 25. Mai versammelten sich die Stände auf dem Schloß; der Landtag wurde wieder eröffnet und Katholiken und Protestanten nahmen an demselben Antheil. Das Verhältniß ihrer gegenseitigen Stärke bei dieser Gelegenheit war wie eins zu zehn; auf eine so unbedeutende Anzahl waren bereits die Katholiken in Böhmen zusammengeschrumpft.

Da der Kaiser den Ständen selbst keinen Vorschlag zum Ausgleich der Religionsstreitigkeiten vorlegte, so war das erste, womit die Protestanten ihre Thätigkeit im Landtage begannen, die Ausarbeitung eines Memorials für den Kaiser, worin sie, alle ihre frühern Eingaben zusam- 29. Mai
menfassend, neben der Freigebung der Konfession von 1575 zugleich die Selbstverwaltung ihrer geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten verlangten. Man erwartete in Prag ziemlich allgemein, daß der Kaiser mit Umgehung der Konfession von 1575 zur Bewilligung des Augsburger Bekenntnisses sich entschließen und so die Bitten der Protestanten beantworten werde. In diesem Sinne wirkten neben Hannewaldt auch die in Prag anwesenden sächsischen Gesandten, die nachgerade Zutritt beim Kaiser gefunden hatten. Zudem hatte gerade in diesen Tagen Attems, einer der beharrlichsten Gegner der Protestanten, seine Entlassung aus dem Dienste des Kaisers genommen und in seine Aemter war der Landgraf von Leuchtenberg, von dem man sich nicht mit Unrecht eine entgegengesetzte Haltung versprach, getreten*). In der Stadt suchte man nach Exemplaren der Augsburger Konfession und der Konkordienformel und das Studium beider bildete während einiger Tage die Hauptbeschäftigung aller zum Hofe gehöriger Personen**).

Aber sowohl Erzherzog Leopold als der Kanzler boten jetzt ihren ganzen Einfluß auf, um den Kaiser wieder in die alten Bahnen zu

---

*) Attems war um diese Zeit Obersthofmeister und Präsident des Gemeinrathes; Leuchtenberg hatte schon seit einigen Monaten in Prag eine hervorragende Stellung eingenommen.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220, 207. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 1. Juni N. St. — Ebendaselbst Fol. 1908. Dieselben an denselben ddo. 15/25. Mai. — Ebendaselbst Fol. 143. Dieselben an denselben ddo 7/17. Mai.

drängen und von einem Entschluße zurückzuhalten, der doch nach der Wiederberufung des Landtags unvermeidlich war. Leopold drohte, daß er Hannewaldt wegen geheimen Zusammenhangs mit dem Grafen Schlick verklagen wolle, der Kanzler selbst warf sich dem Kaiser zu Füßen und bat ihn, er möchte doch bei seinen Entschlüßen nicht geradezu den Papst, Spanien und die katholische Kirche vergessen*). Der Nuncius reichte zu gleicher Zeit einen Protest gegen die Wiederberufung des Landtags ein und Wenzel von Kinsky tadelte gegen Vischer und gegen Zuñiga, zu dem er sich endlich auch Zutritt verschafft hatte, jede weitere Nachgiebigkeit des Kaisers. Er verbürgte sich abermals für den Fall, daß der Kaiser bezüglich der Kronbeamten eine Aenderung treffen und den Wünschen (?) der Stände nachgeben würde, daß die Protestanten mit der bloßen Duldung wie bisher sich begnügen würden**). So von vielen Seiten gedrängt und bei seiner Unschlüßigkeit ohnedies zum steten Wechsel seiner Ansichten geneigt, raffte sich der Kaiser neuerdings zum Widerstande gegen die Protestanten auf und wies ihre Begehren in der Art ab, daß er ihnen bloß die Duldung verhieß, wie sie unter seinem Großvater Ferdinand I Geltung gehabt. Er wollte also nicht einmal den Zustand faktischer Freiheit, wie er unter Maximilian II bestanden, anerkennen sondern nur den unter Ferdinand I giltigen, der zwischen zeitweiser Freiheit und zeitweiser Unterdrückung hin und herschwankte

5. Juni Als der Entschluß des Kaisers den Ständen mitgetheilt wurde, gewann nicht bloß die Partei der extremen Forderungen weitern Boden, sondern Thurn, der jetzt auf eine Bewaffnung der Stände drang, verschaffte seinen Ansichten allgemeine Beachtung. Die Landtagssitzungen wurden nicht mehr, wie es gesetzlicher Brauch war, von den Mitgliedern in gewöhnlicher Kleidung, sondern in voller Kriegsrüstung besucht, allgemeine Bewaffnung und Rache an den Urhebern der kaiserlichen Resolution wurde das gemeinsame Losungswort. Budowec frug im Landtage die Kronbeamten, wer von ihnen dem Kaiser bei seiner letzten Entscheidung gerathen habe, und als die ausweichenden Antworten des Kanzlers und das Schweigen der Uebrigen ihn nicht im Zweifel darüber ließen, bedrohte er denselben im Namen der Stände mit ihrer künftigen Rache. Sowohl die katholischen Kronbeamten wie die übrigen Katholiken im Landtag wurden nunmehr von den Protestanten kategorisch aufgefordert, zu erklären, welche Haltung sie fürderhin gegen sie einzunehmen gedächten. Theils

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhm. Stände sub utraque 7220. 212. Dr. Gerstenberger an Kaspar von Schönberg ddo. Prag den 5. Juni 1609. N. St.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 16. Juni 1609.

aus freiem Entschluße, theils eingeschüchtert durch dieses Benehmen gab der Oberstburggraf im Namen seiner Glaubensgenossen das Versprechen ab, daß sie die Rechtsbeständigkeit der Konfession von 1575 anerkennen und fortan gegen Jedermann mit Ausnahme des Kaisers vertheidigen wollten.

Mittlerweile war ein Ausschuß des Landtags mit drei Aktenstücken fertig geworden, welche durch ihre weittragende Bedeutung gewissermaßen das Gegenwicht der letzten kaiserlichen Antwort bildeten. Das erste Aktenstück enthielt eine Anrede an den Kaiser und erklärte, daß die Stände sich nicht in eine weitere Vertheidigung der Religionsfreiheit einlassen wollten, da ihre sämmtlichen Argumente bereits erschöpft seien, sie würden aber Jedermann mit Gewalt zurückweisen, der über sie einen Druck auszuüben suchen würde. Das zweite Aktenstück, für die Oeffentlichkeit bestimmt, enthielt einen Protest gegen das Verfahren des Kaisers, erwähnte in einer den Protestanten günstigen Weise der Ereignisse der letzten Jahre und schloß mit der Ankündigung einer allgemeinen Bewaffnung, deren Kosten durch eine im Lande auszuschreibende Steuer zu decken seien. Das dritte Aktenstück enthielt den Entwurf eines Privilegiums, wie sich dasselbe die Protestanten für die Sicherstellung ihrer religiösen Freiheit und Autonomie wünschten. Dieses dritte Aktenstück ist mit Ausnahme eines einzigen Wortes der nachmals so berühmte Majestätsbrief. Im weitern Verlaufe der Verhandlungen verstand sich nämlich Rudolf zur Annahme desselben, ersetzte jedoch das Wort „evangelisch", womit die Stände ihren Glauben bezeichneten, durch das Wort „utraquistisch". — Sämmtliche Aktenstücke wurden in der vom Komité beliebten Fassung im Landtag angenommen und darauf eine Deputation erwählt, die dem Kaiser den Entwurf des Majestätsbriefes überreichte. Als bei der Gelegenheit 13 Juni
Graf Schlick die instruktionsmäßige Anrede an den Kaiser hielt, war dieser entweder über ihre Länge oder ihren Inhalt so mit Unwillen erfüllt, daß er mitten in der Rede den Empfangssaal verließ und dadurch die Deputation zur einfachen Zurücklassung ihrer Schriften nöthigte.

Eine Woche nahmen abermals die Berathungen im kaiserlichen Kabinet in Anspruch, bevor der Kaiser sich zu einer Antwort entschloß. Die Resolution vom 5. Juni bezeichnete gewissermaßen den Höhepunkt des erneuerten Einflußes des Kanzlers und seiner Freunde. Die seitherigen Schritte der Protestanten erschütterten allmälig wieder den Entschluß des Kaisers und als er ihnen am 20. Juni einen Bescheid auf ihre Eingaben ertheilte, war er schon insofern nachgiebiger, als er den unter Maximilian II und seit dem J. 1608 giltigen Zustand allgemeiner Duldung bestehen lassen, das Konsistorium und die Universität aber nach wie vor

seiner alleinigen Leitung vorbehalten wissen wollte. Im Falle die Protestanten mit dieser Entscheidung nicht zufrieden sein sollten, erbot er sich, den ganzen Streit der Entscheidung sämmtlicher Kurfürsten vorzulegen. Als diese Antwort den Ständen bekannt wurde, wurden die Berathungen über die allgemeine Bewaffnung wieder aufgenommen und namentlich durch die Zustimmung der minder Begüterten, welche den geringen auf sie entfallenden Beitrag nicht scheuten, endgiltig beschlossen. In
24 Juni ganz Böhmen sollte jeder fünfte Mann ausgehoben und eine Steuer von allen liegenden Gründen und Kapitalien binnen sechs Wochen in zwei Terminen erlegt werden. Da der Landtag selbst zur Leitung der Geschäfte zu zahlreich war, so wurde für diese die Wahl einer provisorischen Regierung, bestehend aus 30 Direktoren, und für das Kommando über das zu werbende Heer die Wahl dreier Generäle beschlossen. Zu gleicher Zeit wurde mit den Schlesiern, welche auch die Streitigkeiten in Böhmen zur Erlangung der Religionsfreiheit benützen wollten und deshalb eine Deputation an die Stände nach Prag geschickt hatten, ein Vertrag zur gegenseitigen Hilfeleistung abgeschlossen; die Mährer aber, welche alter Verträge gemäß zur Stellung einer Kriegshilfe verpflichtet waren, wenn die Böhmen solcher bedurften, wieder an ihre Verpflichtung durch eine Gesandtschaft, die man unmittelbar nach diesem Beschluße an sie abschickte, erinnert.

Diese ernstliche Inangriffnahme der Bewaffnung und einer durch die Verbindung mit Mähren und Schlesien möglichen Wiederauflage der Ereignisse von 1608 hatte eine zweite Nachgiebigkeit des Kaisers zur Folge, dessen Entschlüße ähnlich einem vom Berge herabrollenden Felsen rapid einer totalen Veränderung des Standpunktes zueilten, bis der Lauf plötzlich durch ein mächtiges Hinderniß wieder gehemmt wurde. Dr. Gerstenberger, der, wie es scheint, von den drei ursprünglich in Prag angekommenen sächsischen Gesandten nur allein noch zurückgeblieben war, wurde von Seite des Hofes um seine Vermittlung angesucht*), und er unterzog sich dieser Aufgabe mit allem Eifer und aller Aufrichtigkeit; denn er war, wie er erklärte, von seinem Herrn nach Böhmen geschickt, um einen Religionsfrieden und nicht einen Religionskrieg herbeizuführen. Die Bedingungen, die er als Grundlagen eines Ausgleiches aufstellte, waren derart, daß der Kaiser wohl mit ihnen hätte zufrieden sein können, wenn sich die Stände damit begnügen wollten. Gerstenberger verlangte nämlich, daß das Bekenntniß der Konfession von 1575 Jedermann in Böh-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220, 278. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 14/24. Juni 1609.

men freigestellt, der Uebertritt von den Katholiken zu den Protestanten und umgekehrt allgemein gestattet, die Errichtung von Schulen und Kirchen den Ständen durchwegs erlaubt sein sollte. Die kirchliche Oberaufsicht und die Leitung der Universität sollten dagegen als Regale auch ferner dem Kaiser verbleiben. Das Ansehen des Kurfürsten von Sachsen und folglich auch seines Gesandten verschafften diesem Entwurfe viele Anhänger und würde der Kaiser sich rasch für denselben erklärt haben, so wäre es möglich gewesen, daß sich die Majorität unter den Protestanten mit ihm begnügt hätte. Denn als derselbe diesen vorgelegt und berathen wurde, fand er viele Vertheidiger und es bedurfte der ganzen Beredsamkeit eines der Advokaten der Brüderunität, Frühweins oder Linharts, um die Majorität für die Verwerfung des Ausgleiches zu gewinnen. Nach der Beschaffenheit der Verhältnisse im 17. Jahrhundert kann man jenen die den Ausgleich verwarfen, von ihrem Standpunkt aus nicht Unrecht geben. Heutzutage wird wohl Niemand dem Staate das Aufsichtsrecht über Universitäten und Kirchengemeinschaften abstreiten; damals es dem Kaiser zu übergeben, hieß so viel, als ihm gestatten, daß er die protestantischen Lehrkanzeln und das protestantische Konsistorium bei Gelegenheit mit Katholiken besetzen dürfe*).

Doch nicht allein an den Ständen liegt die Schuld, daß diesmal noch kein Ausgleich gelang; denn auch der Kaiser wollte den Gerstenbergischen Vermittlungsvorschlag nur unter der Bedingung annehmen, wenn die Protestanten neben der Konfession von 1575 die alte utraquistische Liturgie beibehalten würden! Als der Oberstburggraf diese Entscheidung ihnen überbrachte, erklärten dieselben den Landtag für abgebrochen, lasen zur allgemeinen Darnachachtung den Defensionsbeschluß vor und entfernten sich unter Toben und Lärmen vom Schlosse; viele ahmten dabei das Geschrei von Wölfen, Hunden und Katzen nach, ein Theil stürmte selbst bis in die kaiserlichen Vorzimmer und brachte Rudolf einen lähmenden Schrecken bei**). 26 Juni

Nach der von den Protestanten selbst beschlossenen Auflösung des Landtags entfernte sich gleichzeitig die Mehrzahl von ihnen aufs Land, um daselbst alles, was zur Bewaffnung nöthig war, ins Werk zu setzen. Die Besorgung ihrer Angelegenheiten übergaben sie den inzwischen gewählten dreißig Direktoren, von denen zehn dem Herren-, zehn dem Ritterstande und zehn den Städten angehörten. Mit der Aufsicht über die Bewaffnung wurde Graf Thurn als Generallieutenant, Colonna von

---

*) Meine Geschichte des Majestätsbriefes. S. 90.

**) Münchner Staatsarchiv 547/8, 194. Zeitungen aus Prag ddo. 27. Juni 1609.

Fels als Feldmarschall und Johann von Bubna d. j. als Generalquartiermeister betraut. Zum Sitz der Direktorial-Regierung wurde das Altstädter Rathhaus ausersehen und daselbst gleich den Tag nach der Auflösung des Landtags die Sitzungen eröffnet und über die Zahl des neben dem allgemeinen Aufgebot auch noch durch Werbung zusammenstellenden Kriegsvolks berathen. Man beschränkte sich hiebei vorläufig auf 3000 Mann zu Fuß und 1500 zu Roß und bestritt die dazu nöthigen Auslagen aus einem Anlehen von 30000 Schock, das man in aller Eile abgeschlossen hatte. Der gemeine Mann in Prag war zum Aufstande aufgelegt und es bedurfte demnach von Seite der Direktoren eher einer Dämpfung der Leidenschaften als einer weiteren Anfachung derselben*).

Durch die Abbrechung des Landtags, durch die Bestellung einer provisorischen Regierung und durch die ernstlich in Angriff genommene Ausrüstung eines Heeres brachten die Protestanten das Absurde jener Politik, welche dem Kaiser noch immer zum Widerstande riet, selbst dem blödesten Auge zur Anschauung. In einer Sitzung der kaiserlichen Räthe, die
29 Juni sich jetzt im Auftrage Rudolfs versammelten, um zu berathen, was nach dem entschiedenen Auftreten der Protestanten zu thun sei, trat Hannewaldt, der seit seinem ersten Siege auf einige Wochen in den Hintergrund getreten war, wieder hervor; aber anstatt einen direkten Rath zu geben, begnügte er sich zu zeigen, wohin man mit der gegenwärtigen Politik gerathen sei. Es gebe, sagte er, drei Wege zum Ausgleiche der jetzigen Wirren; entweder solle der Kaiser waffnen, aber man wisse, was die Rathschläge in dieser Hinsicht genützt hätten; oder man solle den Protestanten in allen Forderungen nachgeben, aber man möge sich jetzt keinen Illusionen hingeben und nicht glauben, daß die Protestanten hierauf ganz einfach den begonnenen Rüstungen ein Ende machen würden, ohne noch andere Forderungen zu erheben; oder der Kaiser möge endlich abdanken und seinem Bruder Mathias die Krone übertragen. Aber in diesem Falle sei zu fürchten, daß die Böhmen die Leitung der Geschäfte in Anspruch nehmen würden, weil Mathias die Anwartschaft auf die Nachfolge erst nach des Kaisers Tode erhalten habe, die Böhmen also die Regierung in der nunmehrigen Zwischenzeit für sich beanspruchen und hiefür bei Kurpfalz Unterstützung finden würden. Welchen Ausweg man also immer ergreifen möge, so biete keiner derselben eine sichere Rettung**).

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraqu 7220/252. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 17/27. Juli. — Meine Geschichte des Majestätsbriefes. S. 100.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag 4. Juli 1609.

Da nun an die Ausrüstung eines Heeres eben so wenig zu denken war, als an eine freiwillige Abdankung des Kaisers zu Gunsten seines Bruders, so blieb nur der mit Recht als gefährlich bezeichnete Ausweg eines vollständigen Ausgleichs mit den Protestanten übrig und für diesen entschied sich nun mehr Rudolf.

In Folge dieses Beschlußes ersuchte der Oberstburggraf die Protestanten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen im Landtag, da derselbe gesetzlich nicht aufgelöst sei; er erhielt aber von den Direktoren eine ablehnende Antwort. Er bat sie darauf wenigstens einen Ausschuß aus ihrer Mitte abschicken zu wollen, mit dem er weitere Berathungen über eine Vereinbarung pflegen könnte. Obwohl die Direktoren auch hierin nicht nachzugeben bereit waren, sondern jede weitere Verhandlung ablehnen wollten, so lange nicht der von ihnen entworfene Majestätsbrief bestätigt sei, gaben sie doch endlich den Vorstellungen des sächsischen Gesandten nach und beauftragten einen Ausschuß aus ihrer Mitte, sich bei dem Oberstburggrafen einzufinden*). Es begannen nun zwischen diesen und einem Ausschuße der katholischen Kronbeamten, an deren Spitze sich der Oberstburggraf befand, neue Verhandlungen im Hause des letztern selbst, welche die einzelnen Punkte des abzuschließenden Religionsfriedens betrafen. Der Kaiser war jetzt erbötig unter folgenden Einschränkungen den Protestanten nachzugeben: er verlangte, daß aus dem ständischen Entwurfe des Majestätsbriefes das Wort „evangelische" Stände ausgestrichen und die altherkömmliche Bezeichnung „utraquistisch" beibehalten werde; unter dieser Bedingung wollte er die Anhänger der Konfession von 1575 nicht weiter zur Beobachtung der alten Liturgie nöthigen und ihnen die Errichtung eines eigenen Konsistoriums gestatten; dagegen forderte er, daß das bisherige utraquistische Konsistorium seiner Leitung unterstellt bleibe und zur Aufsicht über die Universität ein Ausschuß von zwölf Personen von den Protestanten gewählt werde, aus dem er selbst sechs Personen mit dieser Aufgabe betrauen wolle**).

Diese Anerbietungen des Kaisers wurden von Seite des sächsischen Gesandten vollständig genügend gefunden und sind es auch in der That, wenn wir erwägen, daß Rudolf den Protestanten Freiheit des Bekenntnisses, ein eigenes von ihnen allein abhängiges Konsistorium anbot und bezüglich der Leitung der Universität nur verlangte, daß er aus den von

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/232. Dr. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 1. Juli 1609.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/319, 321 und 328. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 3. Juli. Mit zwei Beilagen.

ihnen für die Direktion vorgeschlagenen zwölf Personen sechs Direktoren selbst ernenne. Da die Protestanten gegen die Beibehaltung der Bezeichnung „utraquistisch" statt „evangelisch" keinen Einwand erhoben, so gab es keine andere Differenz als die bezüglich des Konsistoriums und bezüglich der Direktion der Universität. Zum Verständnisse des Streites über das Konsistorium, welches von seiner Lage gewöhnlich das „untere" hieß, muß man wissen, daß dessen von allem Einfluße des Erzbischofs freie Jurisdiktion sich bis dahin über alle jene erstreckte, die in Böhmen das Abendmal unter beiden Gestalten empfingen und an den Basler Kompaktaten als Glaubensartikeln festhielten. Seit jedoch die Mehrheit der böhmischen Bevölkerung sich nicht allein durch den Empfang des Abendmals unter beiden Gestalten und das Festhalten an jenen später von den Päpsten selbst angefochtenen Kompaktaten von der katholischen Kirche unterschied, sondern theils der Lehre Luthers theils dem Glauben der Brüder anhing, wollte dieselbe auch nicht mehr die Gerichtsbarkeit des Konsistoriums anerkennen, weil dasselbe noch immer auf dem dogmatischen Standpunkte des 15. Jahrhunderts verharrte und hierin auch von den Königen geschützt wurde. Nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der böhmischen Bevölkerung, die Mitte zwischen den Katholiken und den Neuerern haltend, theilte noch den Standpunkt des Konsistoriums. Indem die Protestanten jetzt verlangten, daß das untere Konsistorium ihrer Direktion unterstellt werde, wollten sie den alten Utraquismus für immer vernichten und jene, die das Abendmal unter beiden Gestalten empfingen, zum völligen Anschluße an sie zwingen. Der Kaiser dagegen wollte, durch Aufrechthaltung des untern Konsistoriums in seinem gegenwärtigen Bestande, den alten Utraquismus, der sich von der katholischen Lehre nur unwesentlich schied, erhalten. Es würde daher nach der Absicht des Kaisers drei Religionsgesellschaften gegeben haben: die Katholiken unter dem Erzbischof, die Utraquisten unter dem alten untern Konsistorium und die Anhänger der Konfession von 1575 d. i. die unter ihr wie unter einem Schilde geeinten Lutheraner und Brüder unter der Leitung eines neu zu errichtenden Konsistoriums. Der Vorschlag des Kaisers entsprach vollkommen den Grundsätzen der Gleichberechtigung; denn da fortan Jedermann das Bekenntniß der Religion freigestellt haben sollte, war ja Niemand gezwungen, dem alten Konsistorium unterthan zu sein, wenn er dies nicht freiwillig sein wollte. Durch die Forderung der Protestanten, die keine Zwischenmacht zwischen sich und den Katholiken dulden wollten, wurden die Utraquisten genöthigt, entweder zu den erstern oder zu den letztern sich zu schlagen, weil sie sonst jeder kirchlichen Leitung und damit auch jeder Duldung verlustig gingen. Die Direktoren, unter ihnen Budowec obenan, verwahrten

sich mit solcher Energie gegen die fernere Belassung des untern Konsistoriums in seinem jetzigen Bestande, daß die Vertreter des Kaisers bald sahen, es sei von ihnen keine Nachgiebigkeit zu erwarten; ja Budowec erklärte geradezu, die Utraquisten sollten sich entweder zu den Katholiken oder zu ihnen schlagen. Man sieht, wie sehr in dieser Zeit selbst Personen von unverdächtiger Religiosität, wie man dies von Budowec gewiß behaupten kann, einer richtigen Auffassung gegenseitiger Duldung ferngestanden sind. Eben so wenig wie in den weitern Bestand des untern Konsistoriums wollten die Protestanten in eine Einflußnahme des Kaisers auf die Leitung ihrer Universität und des damit zusammenhängenden Unterrichtswesens willigen. Auch hierin griffen sie offenbar über die Grenze alles Erlaubten hinaus; denn während der König unbestritten ein Aufsichtsrecht über die Katholiken ausüben konnte, sollte er sich eines solchen bezüglich ihrer ganz begeben.

Gerstenberger selbst erklärte in seinen Berichten an den Kurfürsten von Sachsen die Forderungen der Protestanten als alles Maß überschreitend und bemerkte, daß vor wenigen Wochen dieselben gewiß mit weit geringern Zugeständnissen sich begnügt hätten. Nach dem, was wir von der verdeckten Feindseligkeit zwischen den Lutheranern und Brüdern mitgetheilt haben, ist daran nicht zu zweifeln, aber eben so gewiß ist es, daß des Kaisers unkonsequentes hilfloses und wiederum den Schein der Gewaltsamkeit annehmendes Betragen jede Forderung der Protestanten mehr als entschuldigt; denn gegen die Launen seiner Krankheit konnten sie sich nur sicherstellen, wenn es ihnen gelang, seinen Einfluß überall von sich abzuwehren.

Diese Verhandlungen zwischen dem Ausschuße der Kronbeamten und den Direktoren dauerten drei Tage und endeten am 3. Juli. Der Oberstburggraf erstattete über das Resultat derselben dem Kaiser Bericht und riet ihm in demselben zur möglichsten Nachgiebigkeit. Obwohl der Kanzler, der an diesen Berathungen keinen Antheil genommen, auch jetzt in seiner schroffen und unnachgiebigen Haltung verharrte und in dieser Richtung seinen Einfluß auf den Kaiser geltend machte, so wurde dennoch bereits am 4. Juli in der kaiserlichen Kanzlei der Anfang mit der Aufzeichnung des Majestätsbriefes gemacht*), nur verlangte Rudolf in diesem Entwurfe, daß die Protestanten ihm zur Leitung des Konsistoriums und der Universität zwölf Personen vorschlagen sollten, aus denen er neun mit

*) Sächsisches Staatsarchiv 7220/326. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. den 4. Juli 1609. — Münchner Staatsarchiv. 39/7. 172. Hennot an Kurköln ddo. Prag den 4. Juli 1609.

der Direktion betrauen wollte. Als sie auch dieses Begehren abschlugen, wurde endlich die Ausstellung des Majestätsbriefes in der von ihnen begehrten Form in Angriff genommen. Erzherzog Leopold wollte dagegen einen Protest erheben, allein nicht bloß die meisten katholischen Kronbeamten hielten ihn davon zurück, sondern der Kaiser selbst wies diesmal seinen Eifer mit den Worten ab: Mein Vetter ist noch jung und hitzig und versteht die Sache nicht*). Inzwischen begannen auch Verhandlungen zwischen den Kronbeamten im Namen der katholischen Stände und zwischen den Direktoren im Namen der protestantischen über einige Punkte, welche die gegenseitige Duldung und die wechselseitigen Rechte, so weit dies durch den zu erlassenden Majestätsbrief nicht bestimmt war, betrafen. Diese Verhandlungen wurden am 9. Juli zur beiderseitigen Zufriedenheit beendet. An diesem Tage war endlich der Majestätsbrief niedergeschrieben worden und der Kaiser unterzeichnete denselben gegen Abend. Es war gesetzliches Herkommen, daß alle Aktenstücke, welche des Königs Unterschrift trugen, mit der des Kanzlers und eines Sekretärs versehen sein mußten; als nun Rudolf dem Dokument seinen Namen beigefügt hatte, sollten dies auch der Kanzler Lobkowitz und der Sekretär Menzel thun, aber beide weigerten sich entschieden, weil dies mit ihrem Gewissen nicht vereinbar sei. So trug der Majestätsbrief anfangs die alleinige Unterschrift des Kaisers. Gleich am folgenden Morgen wurden die Direktoren auf dem Rathhause von diesem wichtigen Ereigniß in Kenntniß gesetzt und aufgefordert, auf dem Schlosse zu erscheinen, um das Privilegium, welches ihre Wünsche mit vollständigem Erfolge kröne, in Empfang zu nehmen. Es erschien eine Deputation von zwölf Personen, an deren Spitze Budowec sich befand, in der Burg, um dieser Aufforderung nachzukommen; als sie nun den Majestätsbrief erblickte, fiel ihr alsogleich die alleinige Unterschrift Rudolfs auf. Nach einigen bissigen Bemerkungen Budowec's erklärte der Oberstburggraf, er habe vom Kaiser die Erlaubniß erhalten, statt des Kanzlers seine Unterschrift beizusetzen, wenn dies den Direktoren genehm sei. Sein Anerbieten wurde mit Dank angenommen, neben ihm unterzeichnete dann auch der Sekretär Paul Michna auf kaiserlichen Befehl. So erlangte das Dokument am 11. Juli einigermaßen
12. Juli die vom Gesetze vorgeschriebene Form, am folgenden Tage wurde es von einer Deputation der Direktoren in Empfang genommen und unter maß-

*) Brüssler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. Prag den 4. Juli 1609. — Sächsisches Staatsarchiv. Gerstenberger an Kursachsen ddo. Prag den 6. Juli. — Münchner Staatsarchiv XV/2, 141. Bodenius an Max von Baiern ddo. Prag den 4. Juli 1609.

losem Jubel der Bevölkerung auf das Altstädter Rathhaus gebracht. Tag für Tag war darauf dieses Gebäude von einer zahlreichen Menschenmenge belagert, die das kostbare Dokument in Augenschein nehmen wollte. Der Jubel der Einen vermischte sich mit den Freudenthränen der Andern; viele hatten nicht Rast und Ruhe, so lange sie das theuere Kleinod nicht wenigstens betastet oder gar geküßt hatten*). Die Nachricht von diesem Ereigniß verbreitete sich mit Blitzesschnelle im Lande und versammelte die Vertreter desselben wieder in Prag.

Von den Katholiken hatte die Partei des Oberstburggrafen sich mit diesem Ereigniß als einem unvermeidlichen versöhnt, nicht so der Kanzler und seine Anhänger. Diese betrachteten die Ertheilung des Majestätsbriefes als das größte Unglück des Landes, weil sie in demselben zugleich das Dokument erblickten, welches ihren eigenen Untergang herbeiführen würde. Am meisten war der lebhafte Erzherzog über dies Ereigniß bestürzt und hatte er schon früher, wiewohl vergeblich, den Kaiser zu einem andern Entschluße zu bewegen gesucht, so klagte er jetzt um so heftiger, nachdem kein Rückschritt möglich war. Einen recht bezeichnenden Ausdruck seiner ganzen Stimmung enthält ein eigenthümliches Schreiben an Max von Baiern, worin er die Vorgänge in Prag beklagt und in dem es am Schluße heißt: „Summa Summarum es ist nicht allein in den Kaiser gedrungen worden, alles zu gewähren, sondern er mußte auch alles mit einem Privilegium bekräftigen, was mir das Herz im Leibe zersprengen möchte. Gott weiß es, ich that, was ich konnte; ich kann nicht mehr schreiben, das Absurde des Gegenstandes zersprengt mein Herz"*).

Es ist bekannt, daß die unmittelbare Veranlassung des Ausbruches des dreißigjährigen Krieges der Bau der Kirchen von Klostergrab und Braunau gewesen, welcher von den protestantischen Einwohnern daselbst im Widerspruch gegen ihre geistliche Gutsobrigkeit versucht wurde. Obwohl der Krieg in Ermanglung dieser Veranlassung auch sonst zum Ausbruch gekommen wäre, so ist es doch nicht ohne hohes Interesse zu wissen, auf welcher Seite das positive Recht gewesen und ob der Majestätsbrief wegen zweideutiger Fassung nicht Schuld an diesem Streite trage.

Bevor wir auf Grundlage des Majestätsbriefes die Rechtsfrage erörtern, machen wir hier darauf aufmerksam, daß derselbe nicht das einzige Gesetz war, das fortan die religiösen Verhältnisse in Böhmen reguliren sollte, sondern daß ihm zur Seite der Vertrag zwischen den katholischen und protestantischen Ständen stand, der, wie erzählt worden, auch am 9. Juli unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag regelte jene Verhältnisse, welche

*) Münchner Staatsarchiv. 25/3, 45. Leopold an Max von Baiern ddo. 13. Juli.

durch den Majestätsbrief unentschieden blieben; er war von den katholischen und protestantischen Ständen nicht auf ihre eigene Auktorität hin abgeschlossen worden, sondern auf den besondern Auftrag des Kaisers und wurde gleich dem Majestätsbriefe wenige Tage später in die Landtafel eingetragen, wodurch die für die Giltigkeit der Gesetze Böhmens nöthige Formalität auch an ihm erfüllt wurde. Der „Majestätsbrief" und der „Vertrag" waren also die Gesetze, nach welchen sich fortan die religiösen Verhältnisse in Böhmen zu regeln hatten.

Vermöge des Majestätsbriefes war „allen" Einwohnern Böhmens ohne Unterschied des Standes, also auch den Bauern das Bekenntniß der katholischen Religion oder der Konfession von 1575 freigestellt, der Bau der Kirchen dagegen nur den drei Ständen, den Herren, Rittern und königlichen Städten eingeräumt. Nach dem Wortlaute des Majestätsbriefes stand also auch den Bewohnern der königlichen und der geistlichen Güter das Recht des freien Glaubensbekenntnisses zu, weil es ja allen Einwohnern des Landes zustand, nicht so aber das Recht des Kirchenbaues, weil dieses nur den drei Ständen des Königreiches freigestellt war und zu diesen natürlich weder die Unterthanen auf den königlichen noch auf den geistlichen Gütern gehörten. Nach dem Majestätsbrief wären sowohl die Klostergraber als die Braunauer vollständig im Unrecht gewesen, nicht so aber nach dem Vertrag. Der „Vertrag zwischen den Katholiken und Protestanten" bestimmte zunächst, daß sowohl das Kirchenvermögen der Katholiken wie der Protestanten für alle Zeiten unantastbar sein solle, traf einige Bestimmungen bezüglich jener Gemeinden, deren Angehörige sich im kirchlichen Bekenntnisse trennen würden und ging dann auf die Feststellung der Verhältnisse auf den königlichen Gütern über. Bezüglich dieser wurde bestimmt, daß wenn die Protestanten daselbst, sei es nun in einem Orte oder in einer Stadt keine eigenen Kirchen und Friedhöfe besäßen, es ihnen unverwehrt sein solle, solche sich zu bauen oder anzulegen. Man sieht daraus, daß der Vergleich über die Bestimmungen des Majestätsbriefes hinaus den Bewohnern königlicher Güter klar und unzweideutig das Recht des freien Kirchenbaues zugestand. Die Schwierigkeit liegt nur darin, ob unter den königlichen Gütern auch die geistlichen zu verstehen seien. Nach den böhmischen Rechtsverhältnissen standen die geistlichen Güter unmittelbar unter der königlichen Kammer, gerade so wie dies mit den königlichen Städten und den königlichen Gütern der Fall war; insofern war es etwas gewöhnliches, geistliche und königliche Güter unter der einzigen Bezeichnung königliches Gut aufzufassen. Man müßte nichtsdestoweniger Anstand nehmen, auf einer obwohl in gesetzlichen Verhältnissen begründeten gemeinschaftlichen Bezeichnung in einer so wichtigen

Angelegenheit einen sichern Schluß zu ziehen, wenn nicht andere Beweise vorlägen. Aus dieser Verlegenheit helfen uns nun die Berichte über die Verhandlungen, welche zur Ertheilung des Majestätsbriefes und zum Abschluße des Vertrages führten. Slawata selbst, einer der größten und zugleich der bekannteste Gegner der Protestanten, berichtet in seiner Geschichte der Ereignisse im Jahre 1609, daß die letzteren unter der Bezeichnung der königlichen Güter auch die geistlichen verstanden und in diesem dem juristischen Sprachgebrauch in Böhmen geläufigen Sinne den Vertrag abgeschlossen haben. Uns bleibt nach einer so unzweideutigen Erklärung nichts übrig, als hinzuzufügen, daß das Befugniß der Bewohner geistlicher Güter zum Kirchenbau unbestreitbar gewesen und die Braunauer und Klostergraber allerdings in ihren Ansprüchen das positive Recht auf ihrer Seite hatten*).

Die Konsequenzen des im vorigen Jahre von Mathias unternommenen Feldzuges waren nunmehr auch gegen den Kaiser in Erfüllung gegangen; Mathias hatte sich zur „Resolution" verstehen müssen, Rudolf zum „Majestätsbrief" und zur Anerkennung des „Vertrags". Während der Kaiser noch den letzten Kampf mit sich kämpfte, ob er seinen Namen dem verhängnißvollen Dokument beisetzen sollte, war bereits der böse Genius seines Hauses, Christian von Anhalt, auf dem Wege nach Prag, um an die Spitze der provisorischen Regierung von Böhmen zu treten, wenn sein Widerstand noch länger gewährt hätte. Und von Venedig aus rief Sarpi seinem deutschen Freunde zu, rasch zuzugreifen und sich der Person des Kaisers geradezu zu bemächtigen, um endlich das ersehnte Ziel, den Sturz der Habsburger, zu erreichen**).

*) Slawata. MS. I Band. In unserer Geschichte der Ertheilung des böhmischen Majestätsbriefes, welche im Jahre 1858 erschienen ist, haben wir von der Tragweite des Majestätsbriefes dieselbe Behauptung wie hier aufgestellt; eine andere jedoch bezüglich des Vertrages. Damals war uns die Erklärung Slawata's, des in dieser Beziehung einzig unverdächtigen Zeugen, nicht bekannt, und wir nahmen sonach Anstand die Bezeichnung königliche Güter auch auf die geistlichen auszudehnen. Diesen Irrthum nehmen wir nun zurück.

**) Ueber dieses neue Auftreten Anhalts und über Sarpi wird der zweite Band die Details bringen.

Regierungen einen sichern Erfolg zu geben, wenn nicht andere Gründe erfolgten. Aus dieser Briefwechsel sehen, was man die Berichte über die Verhandlungen, welche zur Ertheilung des Majestätsbriefes und zum Abschluß des Vertrages führten. Slawata selbst, einer der größten und ärgsten der bekanntesten Gegner der Protestanten, berichtet in seiner Geschichte der Ereignisse im Jahre 1609, daß die letzteren außer der Einräumung der königlichen Güter auch die geistlichen verlangten und in [illegible] dem fanatischen Sprachgebrauch in Böhmen geläufigen Sinne den Vertrag abgeschlossen haben. Uns bleibt nach einer so ungerechtfertigten Erklärung nichts übrig, als hinzuzufügen, daß das Erfordernis der [illegible] geistlicher Güter zum Kirchenbau unbestreitbar gewesen und die [illegible] allerdings in ihren Ansprüchen das gesetzliche Recht auf ihrer Seite hatten*).

Die Kriegsvorrüstungen des im vorigen Jahre von Matthias unternommenen Feldzuges waren nunmehr auch gegen den Kaiser in Erfüllung gegangen; Matthias hatte sich zur „Vermittlung" verstehen müssen. [illegible] zum „Majestätsbrief" und zur Anerkennung des „Vertrages". Während der Kaiser noch den letzten Kampf mit sich kämpfte, ob er seinen Namen dem verhängnißvollen Document beifügen sollte, war bereits der [illegible] Gegner seines Hauses, Christian von Anhalt, mit dem [illegible] nach Prag, um an die Spitze der protestantischen Regierung von Böhmen zu treten, wenn sein Widerstand noch länger gedauert hätte. Und von [illegible] aus rief Carpi seinen deutschen Freunde zu, rasch zuzugreifen und sich der Person des Kaisers gewaltsam zu bemächtigen, um endlich das ersehnte Ziel, den Sturz der Habsburger, zu erreichen**).

---

*) Slawata, MS. I Band. In unserer Geschichte der Entstehung des böhmischen Majestätsbriefes, welche im Jahre 1858 erschienen ist, haben wir von der [illegible] des Majestätsbriefes [illegible]; eine andere [illegible] des Vertrages. Damals war uns die Erklärung Slawata's, [illegible] in seiner Beziehung einzig unverdächtigen Zeugen, nicht bekannt, und wir nahmen [illegible] königliche Güter auch auf die geistlichen [illegible]. Diesen Irrthum nehmen wir nun zurück.

**) Ueber dieses neue [illegible] und über Carpi wird der zweite Band die Details bringen.

Inhalt.

Kapitel IV.

Kapitel V.

Kapitel VI.

Kapitel VII.